

Inhaltsverzeichnis ↩

- [VORWORT](#), S. vii
- [EINLEITUNG](#), S. 1
 - [I. Nationalökonomie und Praxeologie](#)
 - [II. Das Problem einer Wissenschaft vom menschlichen Handeln](#)
 - [III. Nationalökonomie und Zielwahl](#)
 - [IV. Zusammenfassung](#)
- [ERSTER TEIL: DAS HANDELN](#)
 - [1. KAPITEL: DER HANDELNDE MENSCH](#), S. 11
 - [I. Handeln und unbewusste Reaktion](#)
 - [II. Die Vernunft im Handeln — Das Irrationale — Subjektivismus und Objektivität der Wissenschaft](#)
 - [III. Der formale und apriorische Charakter der Lehre vom Handeln](#)
 - [A. Über innere Erfahrung als vermeintliche Quelle praxeologischer Erkenntnis](#)
 - [B. Über den tautologischen Charakter der praxeologischen Deduktion](#)
 - [C. Theorie und Erfahrung](#)
 - [D. Über Kausalität](#)
 - [IV. Eigenes und fremdes Handeln](#)
 - [Über den Instinkt.](#)
 - [V. Die allgemeinen Bedingungen des Handelns.](#)
 - [2. KAPITEL: DIE WISSENSCHAFT VOM MENSCHLICHEN HANDELN](#), S. 31
 - [I. Der Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Betrachtung des menschlichen Handelns: das Handeln des Einzelnen](#)
 - [Ich und Wir](#)
 - [II. Der Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Betrachtung des menschlichen Handelns : die einzelne Handlung](#)
 - [III. Einflüsse der Herkunft und der Umwelt auf das Handeln](#)
 - [IV. Die Unwandelbarkeit der Struktur des Handelns](#)
 - [V. Der logische Charakter der Praxeologie](#)
 - [VI. Das praxeologische Problem.](#)
 - [VII. Theorie und Geschichte — Qualitative und quantitative Erkenntnis.](#)
 - [VIII. Begreifen und Verstehen.](#)
 - [IX. Praxeologischer Begriff und geisteswissenschaftlicher Typus](#)
 - [X. Die Einheit der Wissenschaft](#)
 - [XI. Praxeologischer Begriff und Wirklichkeit.](#)
 - [XII. Die Grenzen der praxeologischen Begriffsbildung](#)
 - [3. KAPITEL: DIE KATEGORIEN DES HANDELNS](#), S. 85
 - [I. Ende, Ziel, Zweck — Mittel und Wege — Knappheit der Mittel — Freie und wirtschaftliche Güter — Die Güterordnungen](#)
 - [A. Hedonismus, Eudämonismus, Utilitarismus](#)
 - [B. Trieb und Triebsoziologie.](#)
 - [C. Bedürfnis und Bedürfnislehre](#)
 - [II. Das Vorziehen und die Rangordnung der Zwecke und der Mittel](#)
 - [Der nichthandelnde Mensch](#)
 - [III. Das Handeln als Tausch — Wert und Preis, Kosten — Erfolg und](#)

durch Bewegungsablauf messenden Verfahren. Die Gegenwart schließt soviel vom Vergangenen ein, als davon noch aktuell ist, d.h. für das Handeln (agere) Bedeutung hat. [47] Die Gegenwart hebt sich je nach dem Handeln, das man im Auge hat, vom Mittelalter ab, vom 19. Jahrhundert, vom vergangenen Jahr, Monat oder Tag, aber auch von der eben verstrichenen Stunde, Minute oder Sekunde. Die Gegenwart ist eine andere für jeden Aspekt. Wenn man sagt: gegenwärtig wird Zeus nicht mehr als Gott verehrt, meint man eine andere Gegenwart als die, die der Kraftwagenlenker im Sinne hat, wenn er denkt: jetzt ist es noch zu früh zum Wenden.

[80]

Da der Mensch über die Zukunft nichts sicher weiß, bleibt es immer unbestimmt, wieviel von der noch nicht verstrichenen Zeit wir zum jetzt und zur Gegenwart zählen. Wenn jemand 1913 denken mochte: in der Gegenwart (jetzt) wird in Europa das Recht der freien Meinungsäußerung allgemein anerkannt, wird er wohl kaum geahnt haben, dass diese Gegenwart schon in wenigen Jahren sich in Vergangenheit verwandelt haben wird.

Das Denkenmodo futuri exacti↩

Alfred Schütz, der sich bemüht, die psychologischen Vorgänge um das Handeln herum zu klären, will den Unterschied zwischen Handeln und Verhalten im Entworfensein der Handlung erblicken, die durch das Handeln zur Selbstgegebenheit gelangen soll, wobei der Entwurf die in einem Akt modo futuri exacti in der Zukunft abgelaufen sein werdende Handlung antizipiert [48]. Das ist doch nichts anderes als Umschreibung des Tatbestandes, dass Handeln auf Ziele und Zwecke bewusst gerichtetes Verhalten ist und dass es stets auf dem Boden bestimmter Vorstellungen über den Kausalzusammenhang wurzelt. Es ändert nichts an der Feststellung, dass das Handeln allein auf die Zukunft gerichtet ist, und dass dem Handelnden allein die Zukunft und nicht die Vergangenheit wichtig ist.

III. Die Bewirtschaftung der Zeit↩

Der Mensch selbst ist dem Zeitablauf unterworfen. Er wird, reift heran, altert und vergeht. Seine Zeit ist knapp bemessen. Er muss mit ihr wirtschaften, wie er mit den übrigen Mitteln des Handelns wirtschaftet.

Dieses Bewirtschaften der Zeit erhält einen besonderen Charakter durch die Einmaligkeit und Nichtumkehrbarkeit des Zeitablaufs. Die Tragweite dieser Tatsache wird durch jedes Stück der Lehre vom Handeln beleuchtet.

Nur auf einen Punkt muss schon hier hingewiesen werden. Die Bewirtschaftung der Zeit ist unabhängig von der Bewirtschaftung der wirtschaftlichen Güter. Auch in einem Schlaraffenland, in dem, von dem etwaigen Wunsch nach ewigem Leben in voller Kraft und Gesundheit abgesehen, alle nur irgendwie denkbaren Wünsche des Menschen sogleich und ohne jede Müheaufwendung befriedigt werden, müsste der Mensch mit der Zeit wirtschaften. Er müsste sich die Zeit einzuteilen suchen, weil es Zustände gibt, die nicht gleichzeitig verwirklicht werden können. Die Zeit müsste auch dem Schlaraffen knapp und im verschiedenen Wertaspekt des *Früher* und *Später* erscheinen.

[81]

IV. Das Problem der Gleichzeitigkeit und die Vorstellung vermeintlich irrationalen Handelns↩

Die Einstein'sche Relativitätstheorie bestreitet die Möglichkeit absoluter Gleichzeitigkeit. Die physikalische Definition der Zeit hat nur Bedeutung mit Bezug auf ein Koordinatensystem von bestimmten Bewegungszustand. *A priori* sei aber nicht evident, dass

zwei Ereignisse, die im Bezug auf ein Koordinatensystem gleichzeitig sind, auch für alle anderen Koordinatensysteme gleichzeitig sein müssen. Das sei als die Relativität der Zeit zu verstehen.

Mit dieser Lehre hat der praxeologische Satz, den wir nun zu entwickeln haben, nichts zu schaffen. Es ist zweckmäßig ausdrücklich darauf hinzuweisen, um von vornherein Missverständnissen vorzubeugen.

Zwei Handlungen eines Einzelnen sind nie gleichzeitig. Von Handlungen verschiedener Einzelner kann Gleichzeitigkeit in Bezug auf die physikalische Zeitmessung behauptet werden. Gleichzeitigkeit ist mithin ein praxeologischer Begriff nur im Hinblick auf das Zusammenwirken des Handelns verschiedener Menschen.

Die einzelnen Handlungen eines Menschen folgen aufeinander; sie können nie zur gleichen Zeit getan werden, sie können nur schneller oder weniger schnell aufeinander folgen. Es gibt Handlungen, die verschiedene Zwecke mit einem Schlage (*uno actu*) verwirklichen. Es wäre unzulässig und irreführend, sie als mehrere gleichzeitig vor sich gehende Handlungen zu bezeichnen.

Man hat die Ausdrücke Wertung und Wertskala missverstanden und hat sich über die Bedenken, die der Annahme der Gleichzeitigkeit von Handlungen desselben Menschen entgegenstehen, hinweggesetzt. Man hat die einzelnen Wahlhandlungen eines Einzelnen als Ausfluss einer unabhängig von ihnen und vor ihnen bestehenden Wertskala und eines vorentworfenen Planes, dessen Ausführung sie dienen sollen, aufgefasst. Wertskala und Wirtschaftsplan, denen man Dauer und damit Unveränderlichkeit während eines Zeitraumes beilegte, wurden zur Ursache und zum Beweggrund des Handelns hypostasiert. Die Gleichzeitigkeit, die von verschiedenen Handlungen nicht ausgesagt werden kann, konnte dann in der Skala und im Wirtschaftsplan unschwer entdeckt werden. Man beachtete nicht, dass die Skala der Werte nur eine gedankliche Hilfskonstruktion der Wissenschaft ist, und dass es unzulässig ist, sie, die nur im Handeln aufscheint und nur aus ihm erkannt werden kann, in einen Gegensatz zum Handeln zu setzen und zum [82] Richter über die Angemessenheit des Handelns zu machen. Es ist daher auch unzulässig, durch Vergleich des Handelns mit Plänen und Entwürfen eine Scheidung von rationalem und nichtrationalem Handeln vorzunehmen.

Es mag sehr bemerkenswert sein, dass gestern anderes für das Handeln von heute geplant worden war, als heute ausgeführt wurde. Doch die Pläne von gestern geben uns ebensowenig ein Richtmass zur Kritik des Handelns von heute wie irgendwelche andere Entwürfe, Ideen oder Normen.

Man hat versucht, zum Begriffe eines irrationalen Handelns durch folgenden Gedankengang zu gelangen: Wenn a dem b vorgezogen wird und b dem c , so müsste auch a dem c vorgezogen werden. Wenn aber tatsächlich c dem a vorgezogen wird, dann liege hier Handeln vor, dem man Folgerichtigkeit (Konsequenz, engl. *consistency*) und demgemäss Rationalität nicht zubilligen kann [49]. Der Fehler dieser Beweisführung liegt in der Nichtbeachtung der Tatsache, dass zwei Handlungen nie gleichzeitig sein können. Wenn einmal a dem b vorgezogen wurde und ein anderes mal b dem c , so ist es nicht zulässig, daraus eine einheitliche Wertskala zu konstruieren, in der b auf a und c auf b folgt, mögen die beiden Handlungen auch zeitlich noch so nahe aneinandergertückt sein. Ebenso wenig ist es zulässig, eine spätere dritte Handlung als gleichzeitig mit den beiden ersten zu setzen. Alles, was man aus dem Beispiel zu folgern vermag, ist das, dass die Werturteile nicht unveränderlich sind und dass daher eine Wertskala, die aus mehreren — notwendigerweise ungleichzeitigen — Handlungen eines Menschen herausgelesen wird, Widersprüche enthalten kann [50].

Hindernisse in den Weg gelegt haben. Heute werden auch diese Staaten von Parteien beherrscht die sich bestreben, den Gang der Marktwirtschaft durch Eingriffe zu lenken, die Gewinne der Unternehmer zu kürzen oder ganz einzuziehen und den Kapitalisten die Verfügung über das Kapital zu nehmen.

In der unbehinderten Marktwirtschaft haben die Unternehmer und Kapitalisten weder an der Beeinflussung der öffentlichen Meinung noch an der Bestechung der Regierungsfunktionäre Interesse. Im Staatswesen, das durch Eingriffe der Obrigkeit in das Marktgetriebe Privilegien schafft, die einer Anzahl von Menschen oder Gruppen von Menschen Vorteile auf Kosten der übrigen Bürger bringen, ist jedermann darauf bedacht, bei der Verteilung der Gnaden so gut als möglich abzuschneiden. Nicht selten werden die Unternehmer und Kapitalisten zum Bestechen gezwungen. Sie müssen trachten, die öffentliche Meinung, die Parteien und die Regierung durch Geschenke davon abzuhalten, ihnen Schaden zuzufügen. Zu den öffentlichen Abgaben treten die Abgaben, die die Beamten, die Parteien und die Parteipresse allen, die zahlen können, auferlegen. Es liegt in der Natur der Sache, dass man von der Bestechung, die man leistet, um verschont zu werden, schließlich zur Bestechung gelangt, die zur Erlangung von einträglichen Privilegien geleistet wird.

Der Tatbestand, dass Unternehmer und Kapitalisten die Regierungsmänner mitunter bestechen, beweist nicht, dass sie herrschen, sondern, dass sie beherrscht werden. Nicht die Herrscher zahlen Tribute, sondern die Beherrschten.

IV. Praxeologischer Subjektivismus und pseudohistorischer Relativismus↩

Man hat die politische Theorie des Liberalismus und die Prinzipien des Subjektivismus und der Objektivität der Praxeologie und der Nationalökonomie nicht ärger missverstehen können als durch ihre Vermengung mit den Gedankengängen des Relativismus.

[173]

Wer von der Wahrheit seiner eigenen Auffassung voll durchdrungen ist, müsse, meint man, rücksichtslos darauf bedacht sein, ihr Anerkennung und Herrschaft zu sichern. Der Fanatismus sei die Geisteshaltung, die sich mit logischer Notwendigkeit aus dem Bewusstsein, die volle Wahrheit zu besitzen, ergeben müsse. Wer von Zweifeln frei und von der Richtigkeit seiner Lehre überzeugt ist, müsse daher die Andersdenkenden unterdrücken, die Verbreitung ihrer Irrlehren hindern und mit allen Mitteln für seinen Glauben Propaganda machen. Er könne niemals ein Regierungssystem anerkennen, das die Möglichkeit, dass die Gegner zur Herrschaft kommen könnten, nicht ganz ausschließt. Nur wer von der Richtigkeit seiner eigenen Auffassungen nicht ganz überzeugt ist, wer an sich selbst zweifelt und die Möglichkeit des Irrtums zugibt, trete für Duldung, Geistes- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Rede und der Schrift, für Parlamentarismus und Demokratie ein [87]. Der Gegensatz der beiden Gesellschafts- und Staatsauffassungen, der liberalen und der autoritären, sei daher durch vernunftgemäße Erörterung nicht zu bereinigen. Wer das absolut Wahre erkannt zu haben glaubt, werde sich nie zu dem Subjektivismus und Relativismus der Zweifler und Skeptiker bekehren und werde nie von der Forderung ablassen, die Wahrheit triumphieren zu sehen.

Der Irrtum dieser Darstellung des Gegensatzes der beiden Auffassungen und ihrer seelischen Motivierung ist offenkundig. Die liberalen Denker waren durchaus nicht Skeptiker und Zweifler; sie hatten alle irdischen Dinge und alle Probleme der Gesellschaft durchdacht und ihre Auffassungen zu einem System verarbeitet. Sie erkannten freilich genau die Grenzen, über die hinaus dem Menschen Erkenntnis versagt bleibt, und hielten sich von Spekulationen über das Unerfahrbare fern; sie behaupteten auch nicht, im Besitze einer

Wahrheit zu sein, die man nicht durch die Vernunft prüfen dürfe und an die man gerade darum blind glauben müsse, weil sie der Kritik durch vernünftige Überlegung nicht standhält. In dieser Ablehnung der Theologie und der Metaphysik waren sie jedoch ihres Unglaubens nicht weniger sicher als ihre Gegner ihres eigenen Glaubens. Wenn sie aus ihrer Überzeugung heraus nicht zur Forderung gelangten, das, was sie für Irrtum ansahen, mit jenen Mitteln auszurotten, die die Kirchen gegen die Dissidenten und die Regierungen gegen die Anhänger ihnen nicht genehmer Staatsideologien anzuwenden pflegten, so geschah [174] das nicht aus mangelndem Vertrauen in die Wahrheit der eigenen Auffassung.

Die Gesellschaft bedarf vor allem des Friedens. Nur aus der friedlichen Kooperation der Menschen kann Wohlstand entspringen. Die Ziele, die sich die Menschen setzen und die sie durch die gesellschaftliche Kooperation zu erreichen suchen, können nur erreicht werden, wenn der gesellschaftliche Fortschritt — die Ausgestaltung der Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung — nicht durch Kriege und Bürgerkriege immer wieder aufs neue gestört wird. Dauernder Friede kann aber nicht gesichert werden, wenn man die Menschen ob ihres Glaubens und ob ihrer Überzeugungen und Ideologien verfolgt und wenn man ihnen verwehrt, zu denken und ihre Gedanken frei auszusprechen. Es ist eine bedauerliche Tatsache, dass viele Menschen irren und sich hartnäckig weigern, von ihrem Irrtum zu lassen. Doch was könnte Unterdrückung der freien Meinungsäußerung daran ändern? Die Geschichte hat bewiesen, dass die schärfsten Verfolgungen die Ausbreitung einer Lehre nicht hindern können. Die Unduldsamkeit hat den Irrtum nicht ausrotten können, sie hat aber zu den fürchterlichsten Kriegen geführt.

Kein Rationalist des 18. und 19. Jahrhunderts hat im katholischen Heiligen-, Bilder- und Reliquienkult etwas anderes sehen wollen als anstößigen Aberglauben, den man wegen seiner schädlichen Wirkungen auf Sittlichkeit und Intelligenz ausrotten müsste. Wenn der Liberalismus dennoch nicht nur Duldung des Katholizismus, sondern auch Achtung der Überzeugung der katholischen Mitbürger zu seinem Programm machte, geschah es gewiss nicht aus der Erwägung heraus, dass in diesem — in seinen Augen sinnlosen — Gehaben vielleicht doch die Wahrheit zu finden wäre. Der Liberalismus wollte Frieden auf Erden, und den Frieden, meinte er, könne nur die Duldung jeder Überzeugung und jeder Glaubenslehre bringen. Wer den Irrtum ausrotten wolle, müsse ihn mit dem Geist bekämpfen und nicht mit Gewalt.

Der Liberalismus konnte so denken, gerade weil er seiner Sache vollkommen sicher zu sein glaubte. Die Vernunft werde doch schließlich siegen müssen, sagte sein Optimismus. Wer unduldsam ist, ist es aus der Erkenntnis heraus, dass seine Sache der Kritik durch die Vernunft nicht standhalten könnte.

Der Relativismus, die Lehre, dass alle Ideen und Wertungen, die Menschen je als richtig betrachtet haben, als gleich richtig und als gleich unrichtig anzusehen sind, ist nicht aus liberalen Anschauungen hervorgegangen. Der Relativismus war und ist eine Doktrin zur Bekämpfung des Liberalismus. Wenn [175] der Liberalismus z. B. Aberglauben oder die Folter als Verirrungen menschlichen Denkens und Handelns verwarf, so lehrte der Relativismus, man müsse diese Ideen und Einrichtungen nur aus dem Geist der Zeit heraus zu verstehen suchen, um in ihnen doch einen berechtigten Kern zu entdecken und das Urteil über sie zu mildern. Auch manches von dem, was heute als wahr und richtig angesehen wird, werde später einmal als Irrtum verworfen werden. Man dürfe die Vergangenheit nicht vom Standpunkt moderner Auffassungen betrachten. So gelangte man zu einem Pseudohistorismus, der alle Wertungen und Einrichtungen, mochten sie sich auch unserer Auffassung als noch so verkehrt, unvernünftig und zweckwidrig darstellen, als berechtigt erklärte, weil sie eben alt und damit historisch erschienen.

den gleichzeitigen katallaktischen Systemen standen. An den Universitäten der angelsächsischen Länder gab es neben den Lehrstühlen für Nationalökonomie besondere für currency and banking. Erst spät setzte sich die Erkenntnis durch, dass gerade die schwierigsten Probleme der Nationalökonomie in der Lehre vom indirekten Tausch enthalten sind. Die Aufnahme der Untersuchungen über das Verhältnis von Realzins und Geldzins, der Durchbruch der monetären Krisentheorie — der Zirkulationskredittheorie des Konjunkturwechsels -, vor allem aber die Untersuchungen über den Gang der Geldwertveränderungen, die zur Zerstörung der Lehre von der Gleichzeitigkeit und Gleichmäßigkeit der Kaufkraftänderungen führten, bedeuteten den Sieg der neuen (man sollte im Hinblick auf Hume, die Currency-Schule, J. St. Mill und Cairnes besser sagen: wiedergewonnenen) Erkenntnis.

Noch verhängnisvoller wurde ein zweiter Irrtum, der auf die Verwendung dieses Gedankenbildes eines Marktes zurückführt, auf dem nur direkt getauscht wird.

Den Ausgangspunkt der modernen Wert- und Preislehre bildet die Erkenntnis, dass nicht Gleichheit der Wertung, sondern stets nur Ungleichheit der Wertung Tausch auszulösen vermag. Mit der Beseitigung der entgegenstehenden Auffassung, die schon Aristoteles irreführt und noch die Bemühungen der klassischen Nationalökonomie zu Unfruchtbarkeit verdammt hatte, verschwinden aus der Nationalökonomie alle Vorstellungen, die sich an den Ausdruck «Wertmessung» knüpfen ließen. Dass zwei Güter ausgetauscht werden, ist nicht Folge [192] des Umstandes, dass sie gleichgehalten werden, sondern im Gegenteil Folge des Umstandes, dass sie von den Tauschparteien verschieden bewertet werden. Dem Tausche geht nichts voran, worauf man den Ausdruck «Wertmessung» anwenden könnte. Man kann zwei Güter als gleich erachten; wo das eintritt, wird jedoch nicht gehandelt und wird nicht getauscht. Wenn man Güter verschieden schätzt, ist man nicht in der Lage, mehr darüber zu sagen als: das eine Gut wird höher und das andere wird weniger hoch geschätzt. Wertungen und Werte sind intensive und nicht extensive Größen. Sie können durch Operationen mit Kardinalzahlen nicht erfasst werden.

All das müsste, sollte man meinen, von einer Betrachtung, die vom Gedankenbild des nur direkten Tausch verwendenden Marktes ausgeht, besonders leicht festzuhalten sein. Doch da treten die Folgen der Auffassung hervor, dass die Ausschaltung des Geldes unwesentlich sei und dass man daher im Gedankenbilde der geldlosen Wirtschaft alle Kategorien der Marktwirtschaft nachzuweisen imstande sein müsste. Am deutlichsten und am schädlichsten zugleich wird dies im System von Wieser. Wieser entwickelt eine Theorie der «einfachen Wirtschaft», d.i. der Wirtschaft eines sozialistischen Gemeinwesens, in dem alles Handeln «von einem einzigen Sinn» ausgeht, somit «einer planmäßigen Leitung» untersteht; in dieser Wirtschaft gibt es keinen gesellschaftlichen Tausch, daher auch keinen Markt, keine Preise und kein Geld, «der wirtschaftliche Prozess der periodischen Erzeugung und Verwendung der Güter» vollzieht sich «als bloßer naturalwirtschaftlicher Prozess» [100]. Wieser nimmt dabei als ganz selbstverständlich an, dass «unter den Problemen, welche die Theorie der einfachen Wirtschaft aufzustellen hat», es keines gäbe, «das nicht bis zu Ende lösbar wäre». Denn «warum sollte es dem theoretischen Denker verschlossen sein, nachspürend die Bahnen zu beschreiben, welche der praktische Sinn des Wirtschaftens täglich und stündlich geht?» [101]. Wieser hält es offenbar für unwesentlich, dass die Bahnen, die der praktische Sinn des Wirtschaftens geht, durch die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende, durch Vermittlung des Geldes umsetzende und in Geld rechnende Marktwirtschaft ziehen, und sieht nicht, dass der Umstand, dass die Wirte in dieser Gesellschaft rechnen können, keineswegs auch schon beweist, dass sie in einer verkehrslosen Wirtschaft, in der es weder Geld noch Geldpreise gibt, rechnen [193] könnten. Wieser wiederholt immer wieder, dass auch in der sozialistischen Gemeinwirtschaft — er nennt sie «die soziale Musterwirtschaft» [102] — genau gerechnet werden muss und soll, wobei er

andere dagegen werden weniger begehrt. Was alle Verbraucher zusammengenommen für die stärker begehrten Waren mehr ausgeben, bringen sie durch die niedrigeren Preise, die sie für die weniger begehrten Waren bieten, wieder herein. Was die eine Gruppe von Unternehmern gewinnt, verliert die andere. In einer stationären Wirtschaft ist, wie auch schon früher gezeigt wurde [142], die Summe aller Unternehmergewinne gleich der Summe aller Unternehmerverluste.

Der Unternehmergeinn wird durch den Wettbewerb der Unternehmer zum Verschwinden gebracht. Wenn man nicht der Ansicht ist, dass die Marktlage, die den Unternehmergeinn entstehen ließ, einer ungünstigeren weichen werde, ehe die neu einzuleitenden Produktionsprozesse Frucht getragen haben, werden neue Unternehmer sich der Erzeugung der fraglichen Waren zuwenden, bis der Preis auf die Erzeugungskosten fällt. Die Aussicht auf Gewinn setzt den Unternehmer in Bewegung. Wo kein Gewinn zu erhoffen ist, sinkt die Erzeugung, wo Gewinn in Aussicht ist, steigt sie.

Wenn man — etwa durch Steuern — den Unternehmergeinn zu verringern oder ganz zu enteignen sucht, bleibt dem Unternehmer nur die Aussicht auf die Möglichkeit von Verlusten. Beschränkt sich die Maßnahme nur auf Gewinne, die durch die Erzeugung und den Verkauf einiger Kategorien von Waren erzielt werden, dann hat sie den Erfolg, dass die Unternehmer diese Waren vernachlässigen und sich anderen Zweigen der Erzeugung zuwenden. Volle Wegsteuerung aller Unternehmergewinne würde die Tätigkeit der Unternehmer lahmlegen und damit die Marktwirtschaft unterbinden.

[271]

VII. Die Auslese des Marktes↩

Die Entscheidungen der Verbraucher lassen den Markt die — vom Standpunkte der Ziele der Verbraucher gesehen — denkbar vollkommenste Auslese treffen.

Nur der kann Unternehmer werden und Unternehmer bleiben, der sich täglich von Neuem als vollkommenster Vollstrecker der Befehle der Verbraucher bewährt. Wer diese Prüfung nicht besteht, erleidet Verluste und wird, wenn er nicht, dadurch belehrt, sein Verhalten ändert, in seiner Unternehmerstellung beschränkt und schließlich ganz aus der Unternehmerstellung gedrängt. Die Notwendigkeit, Gewinne zu erzielen, zwingt den Unternehmer, sich den Wünschen der Verbraucher, die auf dem Markte geäußert werden, so schnell und so vollkommen als möglich anzupassen. Wenn er das nicht vermag, oder wenn er sich dagegen auflehnt, wird er über kurz oder lang aufhören, Unternehmer zu sein.

Kapitalisten und Grundbesitzer müssen in ihrer Unternehmerfunktion ihre gesellschaftliche Stellung dadurch bewahren, dass sie die in ihrer Verfügung befindlichen Produktionsmittel jener Verwendung zuführen, in der sie den nach der Lage des Marktes höchstmöglichen Gewinn abwerfen. Der Kapitalist, der sich durch Beteiligung am Kapitalsstock von Unternehmungen oder durch Darlehen an Unternehmungen in einer Richtung betätigt hat, die nicht die Billigung der Verbraucher findet, gefährdet Ertrag und Stamm seines Vermögens. Keine Anlage ist in dem Sinne sicher, dass sie nicht durch Missbilligung der Verbraucher Schaden erleiden müsste. Wer sein Vermögen nicht richtig, d.i. nicht den Wünschen der Verbraucher gemäss, angelegt hat und immer wieder anlegt, wird es schließlich verlieren. Wer in der Marktwirtschaft «liegen und besitzen» wollte, würde einmal entdecken, dass das, was er besitzt, wertlos geworden ist, weil die Marktlage sich geändert hat. Der Eigentümer muss stets darauf bedacht sein, sein Vermögen so anzulegen, dass Stamm und Ertragsfähigkeit zumindest nicht geschmälert werden.

In der Privilegienwirtschaft des vorliberalen Zeitalters gab es Einkommen, die vom Markte unabhängig waren und durch Vorgänge auf dem Markte nicht berührt werden konnten. Die Fürsten und Herren, denen die Untertanen zu zinsen und zu fronen hatten, lebten auf Kosten der Arbeit der Tributpflichtigen; die Leistungen, die sie zu empfangen hatten, hatten mit dem Marktverkehr nichts zu tun. Die Grundbesitzer waren durch besondere Privilegien in ihrem Eigentum geschützt. Sie waren durch Eroberung oder durch Schenkung von Seiten des [272] Eroberers in den Besitz gelangt und konnten wieder nur durch Eroberung oder durch Zurücknahme der Schenkung aus ihm vertrieben werden. Auch dann, wenn sie für den Absatz auf dem Markte produzierten, konnten sie nicht durch den Wettbewerb tüchtigerer Wirte gefährdet werden, weil der Wettbewerb auf einen engen Kreis von Personen beschränkt war. Nur der Adelige durfte Güter, die dem Adel vorbehalten waren, erwerben, nur dem Bürger war der Erwerb städtischer Grundstücke und Gebäude, nur dem Bauer der Erwerb von Bauerngütern gestattet. Der gewerbliche Wettbewerb war durch Zunft- und Zwangsordnungen beschränkt. Der Verbraucher hatte nicht die Freiheit, sich auf die billigste Art zu versorgen; er war an den privilegierten und geschützten Erzeuger gebunden. Wenn die Zunftmeister die Verwendung brauchbarer Rohstoffe und Halbfabrikate und zweckmäßigerer Verarbeitungsmethoden ablehnten, musste der Verbraucher die Nachteile ihres Starrsinns in Kauf nehmen.

Der Grundbesitzer, der auf seinem Gute vom Ertrag seines Grundstückes autark leben will und kann, der weder auf dem Markte kauft, noch auf ihm verkauft, ist vom Markte unabhängig. Wenn er jedoch als Käufer von Gerät, Dungstoffen, Saatgut und anderen Dingen und als Verkäufer von landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit dem Markte in Berührung kommt, wird er dem Gesetz des Marktes untertan. Dann ist sein Einkommen von der Gestaltung der Marktlage abhängig, und er hat sich ihr anzupassen, wenn er nicht aus seinem Besitze verdrängt werden will.

Die Auslesefunktion des Marktes wirkt sich auch in Bezug auf die Arbeit aus. Der Arbeiter wird von der Arbeit angezogen, die ihm den höchsten Lohn in Aussicht stellt. Die Arbeit wird, wie alle anderen Produktionsmittel, in der Gesamtwirtschaft auf die einzelnen Produktionszweige in der Weise verteilt, dass kein Arbeiter, der zur Leistung einer dringender benötigten Arbeit geeignet wäre, sich einer weniger dringend benötigten Arbeit zuwendet. Wie der Unternehmer und der Kapitalist muss auch der Arbeiter dem Gebot der Verbraucher folgen; wenn er das nicht will, dann muss er durch niedrigeren Lohn büßen.

Die Auslese des Marktes bildet keine Stände, Kasten oder Klassen im marxistischen Sinne. Auch die Unternehmer — unternehmungslustigsten Wirte — bilden keine besondere geschlossene Gruppe. Jeder Einzelne kann Unternehmer werden, wenn er sich die Gabe zutraut, die künftige Gestaltung der Marktlage besser vorausszusehen als seine Mitbürger, und wenn [273] seine Versuche, sich auf eigene Gefahr und Verantwortung zu betätigen, Erfolg haben. Man wird Unternehmer, indem man sich — im vollen Sinne des Wortes — vordrängt und damit der Prüfung stellt, der der Markt ohne Ansehung der Person jeden unterwirft, der Unternehmer werden oder bleiben will. Jedermann hat die Wahl, ob er sich diesem strengen Prüfungsverfahren aussetzen will oder nicht. Er hat nicht darauf zu warten, dass man ihn dazu auffordert; er muss selbst aus eigenem Antrieb vortreten und muss sich selbst darum kümmern, wie und wo er die Mittel für die Betätigung als Unternehmer finden kann.

Man hat seit Jahrzehnten immer wieder die Behauptung vertreten, dass das Aufsteigen von mittellosen Leuten in Unternehmerstellungen im «Spätkapitalismus» nicht mehr möglich wäre. Eine Begründung für diese These ist nie gegeben worden. Seit sie aufgestellt wurde, hat sich die Zusammensetzung der Unternehmerschaft gründlich verändert; ein beträchtlicher Teil der früheren Unternehmer und ihrer Nachkommen sind ausgeschieden, und die hervorragendsten Unternehmer der Gegenwart sind wieder Emporkömmlinge, wie es in der kapitalistischen Wirtschaft immer gewesen ist.

klügeren Wirte beurteilen die Wirkungen einer Datenänderung zutreffender als die übrigen und sind daher im Handeln erfolgreicher. Eine der Voraussetzungen und Bedingungen, von der die Nationalökonomien in der Befassung mit den Marktproblemen immer ausgehen müssen, ist die, dass die natürliche und die erworbene Ungleichheit der Menschen auch die Anpassung der einzelnen Wirte an die Verhältnisse der Umwelt ungleich gestaltet.

Das Getriebe des Marktes wird nicht durch die Verbraucher und nicht durch die, die über die Produktionsmittel verfügen, in Gang gesetzt und gehalten, sondern durch eine Anzahl von Wirten, die durch die Ausnützung der Preisunterschiede gewinnen wollen, die Unternehmer. Das sind Wirte, die mit mehr Eifer und Geschick als die übrigen Wirte nach Verdienstmöglichkeiten Ausschau halten; sie kaufen, wo und wann sie die Preise für zu niedrig halten, und verkaufen, wo und wann sie die Preise für hoch ansehen. Die Spekulation der Unternehmer ist die Triebkraft der Marktbewegungen, wie sie die Triebkraft der Produktion ist. Die Unternehmer suchen die Eigentümer der Produktionsmittel auf, und ihr Wettbewerb treibt die Preise der Produktionsmittel so hoch hinauf, als es ihre Erwartungen über die spätere Höhe der Preise der Endprodukte zulässig erscheinen lassen; die Unternehmer suchen die Verbraucher auf und drücken im Wettbewerb die Preise der Produkte so tief herab, dass der ganze Vorrat abgesetzt werden kann.

Das geht auf dem Markte ohne Unterlass weiter, es sei denn, dass durch das Wirken der Unternehmer einmal ein Zustand [286] erreicht werden sollte, in dem den unternehmungslustigen Wirten keine Aussicht auf Gewinn mehr winkt, weil alle Preise der komplementären Produktionsmittel genau den Preisen der Genussgüter entsprechen und weitere Veränderungen nicht mehr zu erwarten sind [145]. Wir wissen, dass dieser Zustand des Gleichgewichts nie erreicht werden kann und dass die gleichmäßige Wirtschaft ein Gedankenbild ist, dem die sich immerfort verändernde Wirklichkeit nie entsprechen kann. Wir bedienen uns dieses Gedankenbildes nur zu dem Zwecke, um den Antrieb und den Sinn der Unternehmertätigkeit zu begreifen. Das Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft ist nicht etwa ein geistiges Werkzeug zur Erklärung der Preisbildung; die Gleichgewichtspreise, die ihm zugeordnet sind, sind von den Marktpreisen, deren Werden wir zu begreifen haben, verschieden. Das Gedankenbild lässt uns den Sinn des Eingreifens der Unternehmer begreifen, indem es die Bedingungen, die es auslösen, negativ umschreibt.

Weder das Handeln der Unternehmer noch das anderer Wirte richtet sich nach Erwägungen, in denen das Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft und die Vorstellung von Gleichgewichtspreisen eine Rolle spielen. Das Gedankenbild gehört ganz der Theorie an und hat mit dem Handeln selbst nichts zu tun. Die Unternehmer rechnen immer mit künftigen Preisen, doch nicht mit Gleichgewichtspreisen. Sie sehen Unstimmigkeit im Verhältnis der Preise der komplementären Produktionsmittel und der von ihnen erwarteten künftigen Preise der Produkte und wollen aus dieser Unstimmigkeit Vorteil ziehen. Durch diese Handlungen der Unternehmer werden im Wirtschaftsgefüge jene Bewegungen ausgelöst, die, wenn keine weiteren Datenänderungen auftreten würden, zur gleichmäßigen Wirtschaft hinführen müssten.

Der Wettbewerb der Unternehmer gibt der Preisgestaltung Einheitlichkeit. Preisunterschiede, die nicht bloß vorübergehend auftreten und wieder verschwinden, sind stets die Folge eines besonderen, die Ausgleichstendenz behindernden Umstandes; dem Eingreifen der auf Gewinn spekulierenden Unternehmer steht ein Hindernis im Wege. Soweit Preisunterschiede zwischen zwei Orten nicht durch die Transportspesen (im weitesten Sinne des Wortes) verursacht sind, sind sie die Folge institutioneller Hemmungen der Unternehmertätigkeit. Der dem Geschäftsleben fernstehende Beobachter wird es oft nicht [287] vermögen, diese Hemmnisse des Preisausgleichs zu erkennen. Der Geschäftsmann weiß aber stets genau anzugeben, warum es der Arbitrage nicht gelingen kann, den Ausgleich herbeizuführen.

Die Bedeutung der von Gossen, von Carl Menger und von Böhm-Bawerk angegebenen Methode zur Erfassung der Preisbildung der Produktivgüter liegt gerade darin, dass sie die Erkenntnis einschließt, dass wir es mit einem Vorgang der Preisbildung zu tun haben, den wir ohne das Wirken des Marktgetriebes nicht zu denken vermögen. Sie unterscheidet zwischen der Höhe der den Produktivgütern unmittelbar zugewendeten Wertschätzungen, die der Gesamtheit der komplementären Produktionsmittel den Wert des Genussgutes zurechnen, und den Preisen, die auf dem Markte für die konkreten Mengen der einzelnen Produktivgüter als Resultante der hier zusammentreffenden Preishöchstgebote gebildet werden. Die Wertung, wie sie etwa auch ein isolierter Wirt vornehmen könnte, kann nie zu etwas führen, was als Ermittlung von Quoten des Wertes des Produktes bezeichnet werden könnte. Wertung kann immer nur reihen und ordnen, nie «Wertgrößen» zuordnen oder bestimmen. Der Zurechnungsprozess führt nicht zu Aufteilung der Werte der Genussgüter auf die einzelnen Komplementärgüter; er führt nicht zu Ergebnissen, die zur Grundlage der Wirtschaftsrechnung gemacht werden könnten. Was die Zurechnung als Wertungsprozess nicht zu leisten vermag, wird durch den Preisbildungsprozess des Marktgetriebes bewirkt. Wo die bloße Zurechnung des Wertes versagt, gelangt die Preisbildung zu einer Ausmittlung der jedem einzelnen Faktor zuzurechnenden Ertragsquote [146] .

[294]

Diese «Zweistufigkeit» ist der Menger – Böhm'schen Lehre zum Vorwurf gemacht worden. Man ist nicht imstande gewesen, ihr einen logischen Fehler nachzuweisen; man konnte ebenso wenig bestreiten, dass sie die einzige Lehre ist, die der logischen Kritik standzuhalten vermag. Was man ihr zum Vorwurf gemacht hat, war, dass sie nicht «tiefer» gehe, um eine «für alle Organisationsformen der Wirtschaft geltende Lösung zu bieten», eine Lösung, «aus der sich dann die Preise der Produktionsmittel in der Tauschwirtschaft von selbst ergeben». Böhm sei, da sich ihm aus seiner Zurechnungslehre eine eindeutige Determinierung der Werte der Produktionsmittel nicht ergibt, genötigt «den Sprung auf den Markt zu machen, dessen Mechanismus er dann die eindeutige Fixierung der Preise überlässt». [147]

Der Vorwurf, der damit gegen Böhm-Bawerk's Lösungsversuch erhob^{en} wird, ist durchaus ungerechtfertigt. Dass Böhm-Bawerk zwischen Wert und Preis unterscheidet und die Preise der Produktivgüter nicht «von selbst» aus den Preisen oder gar unmittelbar aus dem Wert der Genussgüter hervorgehen lässt, entspricht einem der Grundgedanken der subjektivistischen modernen Nationalökonomie. Dieser Grundgedanke kommt nicht nur in der Lehre von der Preisbildung der Produktivgüter zum Ausdruck. Auch die Preise der Güter erster Ordnung sind nicht einfach durch die Wertschätzungen gegeben; sie werden erst im Getriebe des Marktes durch diese Wertschätzungen gebildet. «Von selbst» ergibt sich aus den Wertschätzungen der Güter erster Ordnung nur ihre Reihung in eine Skala der Vorzugshandlungen. Um Preise zu erklären, muss man immer «den Sprung auf den Markt» machen. Preise gibt es nur auf dem Markte. Wo kein interpersoneller Tausch ist, gibt es nur Wertskalen.

Wieser, und ihm nachfolgend viele andere, setzen an der MengerBöhm'schen Lösung aus, dass sie die Preisbildung der Güter höherer Ordnung nur für die Marktwirtschaft, nicht aber für alle denkbaren Organisationsformen erklärt. Sie gehen stillschweigend von der Annahme aus, dass auch eine tausch- [295] und verkehrslose Wirtschaft [148] , also etwa eine sozialistische Planwirtschaft, in der Lage wäre, von jedem einzelnen Gut höherer Ordnung genau die Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung zu bestimmen. Sie glauben, dass eine sozialistische Wirtschaft die Bedeutung des Endproduktes auf die einzelnen Produktionsmittel der komplementären Gruppe aufteilen könnte. Doch das müsste erst besonders bewiesen werden; man darf es keineswegs als selbstverständlich voraussetzen. Es ist aber nicht nur nie bewiesen worden; es ist der Beweis der Unmöglichkeit solcher

Preise, die die Zukunft für die Konsumgüter bilden wird, bestimmt. Dass in der Vergangenheit, mag es auch die allerjüngste Vergangenheit sein, anders gewertet und geschätzt worden war und dass im Hinblick auf diese Wertungen und Schätzungen Aufwendungen gemacht wurden, die die Änderung der [297] Marktlage nun zu einem verlorenen Aufwand macht, und dass die Interessen von Unternehmern, Kapitalisten, Grundbesitzer und Arbeitern unter der Umgestaltung der Preise leiden, berücksichtigt der Verbraucher nicht, und die Marktpreise können davon nicht berührt werden [149]. Doch die Berechnungen der Unternehmer knüpfen überall an die Marktpreise der jüngsten Vergangenheit an. So wie die Unternehmungstätigkeit mit dem Stande des Kapitalreichtums und mit der Beschaffenheit der Kapitalgüter, die sie auf dem Markte vorfindet, an die Produktion für den künftigen Bedarf schreiten muss, so bereitet sie auch das geistige Rüstzeug für die Produktion, die für die Kalkulation erforderlichen Preisdaten, aus der Bearbeitung der Preise, die sie auf dem Markte vorgefunden hat. Die Unternehmer bauen nicht jeden Tag von Neuem ein System der Preise und die diesem System entsprechende Aufteilung der Produktionsmittel auf die einzelnen Produktionszweige auf; sie gestalten nur das, was sie vorgefunden haben, um und passen es den neuen Bedingungen an. Wieviel sie von dem Überkommenen stehen lassen dürfen und wieviel sie ändern müssen, um der neuen Lage zu entsprechen, hängt von dem Ausmaß ab, in dem sich die Daten ändern.

Das Wirtschaften ist eben ein beständiger Fortgang von Erzeugung und Verbrauch. Die Wirtschaft von Heute ist mit der Vergangenheit durch die technologischen Erfahrungen, durch die vorhandenen Kapitalgüter und durch die Verteilung des Eigentums unter die Einzelnen verbunden. Mit der Zukunft verbindet sie das Handeln selbst; alles Handeln ist auf die Zukunft, d.i. auf Behebung künftigen Unbefriedigtseins, gerichtet. Um sich in dieser unbekanntem und unsicheren Zukunft zurechtzufinden, steht dem Menschen nichts zur Verfügung als Erfahrung, die sich immer nur auf die Vergangenheit und auf Vergangenes bezieht, und sein Denkvermögen, mit dessen Hilfe er aus dem, was ihn die Erfahrung gelehrt hat, die Zukunft zu erkennen sucht, um sein Handeln erfolgreich zu gestalten. Die Kenntnis der Preise der jüngsten Vergangenheit ist ein Stück dieser Erfahrung, und wenn der Unternehmer sich ihrer bedient, um an der Bildung der Preise der Zukunft mitzuwirken, nützt er wie in jeder andern Hinsicht so auch hier die Erfahrung, um sich in der Zukunft zurechtzufinden.

Wenn die Erinnerung an alle Preise der Vergangenheit auf einmal ausgelöscht werden würde, würde wohl die Anpassung [298] der Produktion an die gegebene Lage der Dinge und die Bildung der Preise, soweit das Verhältnis der einzelnen Warenpreise und Lohnsätze untereinander in Betracht kommt, nicht unmöglich werden. Nur freilich müssten die Erfahrungen neu gewonnen werden, die die Grundlage des Vorgehens der Unternehmer zu bilden haben. Man würde Missgriffe und Irrtümer nicht vermeiden können, die man heute leichter vermeidet, weil man über ein Wissen verfügt, das der Niederschlag alter Erfahrung ist. Die Preisschwankungen würden im Anfange wohl viel heftiger sein, Produktionsmittel werden vergeudet werden, die Versorgung wird leiden, doch endlich wird man genug Lehrgeld gezahlt haben und wieder über jene Erfahrungen verfügen, die das Handhaben der Wirtschaftsrechnung erfordert.

Um die Darstellung zu vereinfachen, haben wir, der in der modernen Katallaktik herrschenden Übung gemäss, angenommen, dass die Gleichmäßigkeit des Ablaufes der gleichmäßigen Wirtschaft durch das Auftreten eines neuen Datums gestört wird, und haben zu zeigen gesucht, wie durch das Wirken der Unternehmer die Anpassung der Wirtschaft an die geänderten Bedingungen erfolgt. Doch alles, was für diesen Fall gilt, gilt ganz in derselben Weise für jeden Zustand, in dem auf dem Markte «falsche» Preise der Produktionsmittel bestehen, d.h. Preise, die nicht den erwarteten künftigen Preisen der Produkte entsprechen, und Produktionsprozesse im Gange sind, die Produktionsmittel für

Zwecke verwenden, die die Verbraucher für weniger dringend halten als die Erreichung der Zwecke, für die sie fehlen. Ein derartiger Zustand kann nicht dauern. Denn die Unternehmer werden sich aus den unrentablen Produktionsprozessen zurückziehen und sich den rentablen Produktionsmöglichkeiten zuzuwenden trachten. Sie werden manche Produktion erweitern, andere einschränken. Sie werden die Nachfrage nach Produktionsmitteln, deren Preise ihnen zu hoch erscheinen, vermindern; sie werden die Produktionsmittel, deren Preise ihnen zu niedrig erscheinen, stärker nachfragen. Die Unternehmer werden in ihrem Bestreben, Gewinne zu erzielen und Verluste zu meiden, die Schritte ergreifen, die den unbefriedigenden, d.h. den Stand der Produktionsmittelpreise und der Produktion, der nicht den in der erwarteten Preisgestaltung der Produkte zum Ausdruck gelangenden Wertungen der Verbraucher entspricht, in den Zustand überführen, der unter den gegebenen Verhältnissen als der befriedigendste erscheint. Sie werden das unternehmen, was unter den gegebenen Verhältnissen die dringendsten unter den unbefriedigten Bedürfnissen der Verbraucher zu [299] befriedigen vermag. Wenn mittlerweile nicht neue Veränderungen auftreten, wird das solange fortgehen, bis endlich die «richtigen» oder «natürlichen» oder «statischen» Preise, oder, anders ausgedrückt, die Gleichgewichtspreise erreicht werden, d.h. die Preise, bei denen — vom Zins sehen wir noch ab — die Summe der Preise der Produktionsmittel gleich ist dem Preis des Produkts; Preis und Kosten fallen dann zusammen, für Unternehmergeinn oder Unternehmerverlust ist kein Platz mehr; der neue Gleichgewichtszustand ist erreicht.

Der Wettbewerb zwischen den unternehmenden Wirten bewegt das Marktgetriebe. Der Markt ist gewissermaßen eine Versteigerungshalle, in der die Güter und Dienste öffentlich versteigert werden. Bei dem Ausbot der Produktionsmittel bieten nur die Unternehmer mit [150], die dabei gewissermaßen als die Machthaber der einzelnen Zweige der Bedarfsdeckung der Verbraucher auftreten. Indem die Unternehmer einander die Produktionsmittel streitig machen, übertragen sie den Widerstreit, den die Wahl zwischen den verschiedenen Genussgütern in der Seele des Verbrauchers auslöst, auf die Produktionsmittel. Die Entscheidung, die der Verbraucher im Ankauf der Genussgüter trifft, wird in der Sphäre der Produktionsmittel wirksam, wenn der Kraftwagenerzeuger Stahl kauft und der Kutschenerzeuger auf den Ankauf verzichtet, weil er bei den Preisen, die für Stahl gefordert werden, und bei den Preisen, zu denen er Kutschen abzusetzen erwartet, nicht auf Rentabilität hoffen darf. Jede Veränderung, die in der Nachfrage nach Genussgütern eintritt, wird durch Unternehmerspekulation sogleich auf den Markt der Produktionsmittel hinausgetragen und in der Ordnung der Erzeugung berücksichtigt.

Die Preisbildung ist ein sozialer Prozess. Sie vollzieht sich durch das Zusammenwirken der Unternehmer, der Eigentümer der Produktionsmittel (zu denen auch die Arbeiter als Verkäufer der Arbeitsleistung zählen) und der Verbraucher. Alle Marktparteien wirken mit, wenn auch nicht alle in gleichen Rollen. Das Wechselspiel der verschiedenen Gruppen und der Wettbewerb innerhalb der Gruppen führen das Ergebnis herbei.

Der Prozess der Preisbildung ist aber auch zugleich der Prozess der Ordnung der Produktion und der Zuweisung der Produkte an die Verbraucher. Das wird gründlich missverstanden, wenn man Produktion und Verteilung unterscheiden will. [300] In einem sozialistischen Gemeinwesen sind Erzeugung und Verteilung getrennte Vorgänge. In der Marktwirtschaft sind Preisgestaltung, Aufteilung der Produktionsmittel auf die verschiedenen Produktionszweige und Bildung der Anteile der einzelnen Wirte ein einheitlicher Prozess, der nur gedanklich zergliedert werden kann. Unser Denken vermag das Walten dieses Getriebes nur zu begreifen, wenn es die verschiedenen Funktionen, die in ihm *uno actu* verrichtet werden, sondert, nebeneinander reiht und so betrachtet. Doch wir würden falsch denken, wenn wir nicht beachten wollten, dass Preisbildung, Produktionslenkung und Besitzstandgestaltung in der Marktwirtschaft ein unzerlegbares Ganzes sind.

Eine Grenze des Preisbildungsprozesses der Produktionsmittel ↩

Damit der Prozess, der die Preise der Güter höherer Ordnung aus den Preisen der Güter erster Ordnung hervorgehen lässt, zum Ziele gelange, darf für die Erzeugung eines jeden einzelnen Gutes niederer Ordnung höchstens eines von den nicht durch andere Produktionsmittel ersetzbaren komplementären Produktionsmitteln absolut spezifischen Charakter tragen, d.h. keine andere Verwendung zulassen als die zur Erzeugung dieses einen Gutes. Werden für die Produktion eines Gutes zwei oder mehrere Produktionsmittel absolut spezifischen Charakters benötigt, so vermag man ihnen nur zusammengenommen einen Preis zuzuordnen. Wären alle Produktionsmittel absolut spezifisch, dann könnte der Preisbildungsprozess über die Bildung solcher Kumulativpreissätze nicht hinausgelangen. Er würde nicht mehr ergeben können als das: da aus 3 a und 5 b eine Einheit von p wird, werden 3 a und 5 b zusammengenommen *einem* p gleichgehalten und der endliche Preis von p ist — wenn wir von der Produktionszeit absehen — zugleich auch der endliche Preis von 3 a + 5 b zusammen. Da weder für a noch für b Unternehmer, die diese Produktionsmittel anderweitig verwenden wollen, mitbieten, kann eine nähere Bestimmung nicht erfolgen. Nur wenn für a (oder für b) eine Nachfrage für andere Verwendung auftritt, mit der die, die p erzeugen wollen, in Wettbewerb treten müssen, wird für a (oder für b) ein Preis gebildet, dessen Höhe dann die Bildung des Preises für b (oder für a) bestimmt.

Eine Welt, in der alle Produktionsmittel absolut spezifisch sind, würde mit der Bildung von Kumulativsätzen das Auslangen finden. Denn in einer solchen Welt besteht kein Problem der Aufteilung der Produktionsmittel auf die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten. In der Welt, in der wir leben und zu handeln haben, ist es anders. Da gibt es zahlreiche Produktionsmittel, die verschieden verwendet werden können. Die Aufteilung dieser Produktionsmittel auf die verschiedenen Verwendungen in einer solchen Weise, dass keines von ihnen für einen als minderwichtig erachteten Zweck gebraucht werde, wenn ein als wichtiger erachteter Bedarf nicht gedeckt wird, ist die Aufgabe, die die Produktion hier zu lösen hat; sie löst sie durch die Preisbildung der Güter höherer Ordnung. Das ist die gesellschaftliche Aufgabe dieses Preisbildungsprozesses. Sie kann in keiner Weise dadurch behindert werden, dass für [301] absolut spezifische Produktionsmittel, die nur zusammen in einem einzigen Produktionsverfahren auftreten können, oder, wenn sie in mehreren Produktionsverfahren auftreten können, stets nur in demselben Mischungsverhältnis verwendbar sind [151], nur Kumulativpreise gebildet werden können.

IV. Die Kostenrechnung ↩

Die Kosten erscheinen in der Geldrechnung des Unternehmers als der Geldaufwand, den die Beschaffung der erforderlichen Produktionsmittel verlangt. Indem der Unternehmer die Geschäfte sucht, bei denen er den höchsten Überschuss des Verkaufserlöses über die Kosten erwartet, und die Geschäfte meidet, bei denen geringere Aussicht besteht, einen Überschuss des Ertrages über die Kosten zu erzielen, wird er gezwungen, sein Handeln den Wertschätzungen der Verbraucher anzupassen. Dass ein Geschäft nicht rentiert, weil die Kosten der Produktion den erzielbaren Preis des Produktes übersteigen, ist die Folge des Umstandes, dass für die erforderlichen Produktionsmittel dringlichere Verwendung gegeben ist; es gibt andere Produkte, in deren Preis die Verbraucher bereit sind, den Preis der Produktionsmittel zu bezahlen, wogegen sie für das Produkt, dessen Erzeugung nicht lohnt, entsprechend hohe Preise nicht zu bewilligen geneigt sind.

Für die Gestaltung der Kostenrechnung ist wichtig, dass die beiden nachfolgenden Bedingungen nicht durchaus erfüllt werden:

Erstens: jeder Zuwachs der Menge eines Genussgutes erhöht den Nutzen;

Betrieb diese Kostenerhöhung durch die bessere Ausnützung eines Teils der verwendeten Produktionsfaktoren wettmachen können; in anderen Fällen ist das nicht möglich. Bei der Überlegenheit, die dem Grossbetrieb der Baumwollspinnerei gegenüber dem Kleinbetrieb zustatten kommt, spielt es keine Rolle, dass der Kleinbetrieb keine besonderen Anstalten zur Buchführung treffen muss. In den Bedienungsgewerben, etwa im Friseurgewerbe, liegen da die Größenverhältnisse ganz anders.

Die Kostenrechnung der Unternehmer erhält durch alle diese Tatbestände ihr Gepräge; sie hat sie als Unterscheidung der fixen von den variablen Kosten und als Standortsfragen zu berücksichtigen. Alle diese Rechnungen lassen sich als Geldrechnung leicht durchführen, wenn man nur über die erforderlichen Daten verfügt.

Der Unternehmer hat nicht nur einfach den voraussichtlichen Preisen der Produkte die Preise der Produktionsmittel gegenüberzuhalten; er hat die Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Produktion durch verschiedene Kombination der komplementären Produktionsmittel, die die Leistungsfähigkeit eines Teiles dieser Produktionsmittel in verschiedenem Masse ausnützen. Zu den Problemen, vor die ihn diese Alternativen stellen, ist, wie wir gesehen haben, seine Stellung verschieden, je nachdem, ob er bereits durch frühere Investition Mittel gebunden hat, oder ob er frei über die Art der besten Verwendung der Mittel zu entscheiden hat. Der Unternehmer, der bereits über Betriebsanlagen, die bei einem bestimmten Produktionsumfang das Optimum an Leistung geben, verfügt, wird oft bei einem anderen Produktionsumfang den höchsten Reinertrag erzielen können als der, der noch durch keine vorher getroffene Investition in seinem Vorgehen präjudiziert ist.

Betrachtet man den einzelnen Betrieb, so wie er steht, als gegebene Größe, dann kann man von einem optimalen Ausnutzungsgrad sprechen. Ist Ausnutzung der Anlagen über das physische Optimum hinaus überhaupt möglich, dann verursacht sie steigende Grenzkosten und erhöht daher die Durchschnittskosten. Man irrt aber, wenn man glaubt, dass der Unternehmer, der seine Kalkulation anstellt, mit den Betriebsdaten als festen Größen rechnen darf und rechnet. Alle Preissätze, die der [309] Berechnung der Ausnutzung der Betriebsanlagen zugrundegelegt werden können, sind spekulative Vorwegnahme künftiger Preisgestaltung. Sie enthalten verschiedene Unsicherheitsmomente. Ungewissen Preiserwartungen einer fernerer Zukunft stehen als sicherer angesehene Preiserwartungen einer näheren Zukunft gegenüber. Das beeinflusst die Entscheidung wesentlich.

Ein Betrieb sei mit Maschinen ausgerüstet, für die 10jährige Benützungsdauer angenommen wird; jährlich werden 10 % der Anschaffungskosten abgeschrieben [152]. Im dritten Betriebsjahr ergibt sich die Möglichkeit durch Verdoppelung der (optimalen) Produktion, die die Maschinen jedoch nicht zweimal, sondern dreimal so stark abnutzt als die optimale Ausnutzung, einen Ertrag zu erzielen, der zwar den Ertrag, der bei optimaler Produktion erzielt wird, und den Gegenwartswert der letzten Abschreibungsquote übersteigt, doch nur in einem Ausmaße, das hinter dem Gegenwartswert der vorletzten Abschreibungsquote zurückbleibt. Nimmt man die Abnutzungsquoten als gegebenen Bestandteil der Kosten, dann müsste man sagen: die Kosten, die die zusätzliche Produktion erfordert, finden im Preise keine Deckung; die Ausdehnung der Produktionsmenge über das Optimum hinaus ist verlustbringend. Doch der Unternehmer rechnet anders, auch wenn er das Ausmaß der Abschreibung, dem von der öffentlichen Meinung und vom Handelsrechte gebilligten Brauche der Buchhaltung entsprechend, jahraus jahrein gleich bemisst. Er kann heute nicht wissen, ob er in den späteren Jahren überhaupt noch in der Lage sein wird, aus den im Betrieb investierten Mitteln Ertrag zu erzielen. Es hängt von seiner Beurteilung der weiteren Entwicklung der industriellen Verhältnisse ab, ob er der Nutzleistung, die die Maschinen bei optimaler Ausnutzung im 9. Benützungsjahr abgeben könnten, nicht den schon in den nächsten Wochen verfügbaren halben Gegenwartswert der neunten Abnutzungsquote vorzieht.

Unternehmer immer darauf bedacht sein, den ihm zur Verfügung stehenden Bestand an Produktionsmitteln so zu verwenden, dass er ihm den höchsten erzielbaren Ertrag abwerfe. Fehler, die er in der Vergangenheit gemacht hat, dürfen ihn dabei nicht beeinflussen. Dass er Fehlanlagen gemacht hat oder dass er für die Produktionsmittel Gebäude, Anlagen, Rohstoffe — zu hohe Preise bezahlt hat, ist von seinem Standpunkte bedauerlich. Doch die Verluste, die er dadurch erlitten hat, gehören der Vergangenheit an. Jetzt hat er die Aufgabe vor sich, aus dem verfügbaren Bestand alles herauszuholen, was sich unter den gegebenen Verhältnissen herausholen lässt.

Es kann vorkommen, dass ein verschuldeter Unternehmer sich genötigt sieht, im Hinblick auf die Verpflichtung, Schulden zu verzinsen und zu tilgen, anders vorzugehen als er vorgehen würde, wenn er nicht durch solche Verbindlichkeiten in seiner Freiheit gehemmt wäre. Er mag sich genötigt sehen, Warenvorräte zum Tagespreis zu veräußern, obwohl er damit rechnet, dass er durch Hinausschieben der Veräußerung besser fahren würde. Er mag sich genötigt sehen, die Maschinen in einer Weise auszunützen, die er als Raubbau verurteilen würde, wenn er eben nicht von würgenden Geldsorgen bedrückt wäre. Doch dann hat er, unter dem Druck der Schuldverpflichtungen, bewusst ein Verfahren einschlagen müssen, das künftige Gewinne opfert und sein eigenes Kapital schmälert.

[312]

V. Der Menger-Böhm'sche Weg zur Lösung des Zurechnungsproblems und die mathematische Katallaktik ↩

Die Probleme der Preisgestaltung und Kostenrechnung sind auch in graphischer und mathematischer Weise behandelt und dargestellt worden. Manche haben dieses Verfahren als das allein wissenschaftliche und richtige bezeichnet und leidenschaftliche Angriffe gegen die Nationalökonomien gerichtet, die auf den Gebrauch der mathematischen Methoden verzichtet haben.

Es wäre unangebracht, diesen Gegensatz der Auffassungen als Methodenstreit und Parteienkampf aufzufassen, zu ihm selbst Stellung zu beziehen und von jedem zu fordern, dass er Farbe bekenne. Würde es um nichts anderes als um einen Unterschied in der Wahl des Verfahrens gehen, das man zur Erreichung von brauchbaren und wertvollen Ergebnissen einschlagen will, dann wäre es wohl überflüssig, auch nur ein Wort über die Sache zu verlieren. Das bessere Verfahren wird man schon rechtzeitig an seiner größeren Fruchtbarkeit erkennen. Es wäre übrigens auch denkbar, dass mehrere Verfahren gleich notwendig sind, weil jedes von ihnen zu brauchbaren Ergebnissen führt, zu denen das andere oder die anderen nicht zu gelangen vermögen.

Doch es handelt sich hier keineswegs um einen Gegensatz der Auffassungen über die Zweckmäßigkeit eines Verfahrens zur Findung von Wahrheit, sondern um einen Gegensatz in der Auffassung der wesentlichen Probleme der Katallaktik. Und darum darf die Preislehre an dem Problem der mathematischen Behandlung nationalökonomischer Fragen nicht achtlos vorbeigehen. Sie muss sich mit ihm auseinandersetzen, weil sie die Irrtümer zerstören muss, die den Kern der mathematischen Nationalökonomie bilden, und weil sie ihre eigenen Grundgedanken am klarsten vorträgt, wenn sie zeigt, wo und warum die mathematische Nationalökonomie irrt.

Die Methoden und Gedankengänge der mathematischen Nationalökonomie sind nicht einheitlich. Wir haben drei Gruppen zu unterscheiden, die verschieden arbeiten, verschiedenen Zielen zustreben und daher auch verschieden zu beurteilen sind.

Da ist zunächst die Gruppe der Statistiker, die aus den Ergebnissen der Wirtschaftsstatistik zu nationalökonomischer Erkenntnis gelangen wollen. Von dem Irrtum, der dieser Auffassung zugrunde liegt, war schon die Rede. Die wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung ist Erfahrung eines komplexen Tatbestandes, aus dem man nie zu Erkenntnissen von der Art zu gelangen vermag, die die Naturwissenschaften aus den von [313] ihnen angestellten Versuchen gewinnen. Die Statistik ist eine Methode zur Darstellung preisgeschichtlicher Daten, die mit Nationalökonomie nichts zu tun hat und nie zum Ausgangspunkt nationalökonomischer Erkenntnis werden kann. Preisstatistik ist Wirtschaftsgeschichte und nicht Wirtschaftstheorie. Unser Wissen, dass *caeteris paribus* Steigen des Angebots Preissenkungen auslöst, haben wir nicht aus Erfahrung gewonnen, denn niemals hat und niemals wird jemand Markterscheinungen *caeteris paribus* beobachten können. Quantitatives Wissen kann es auf diesem Gebiete nicht geben; niemand wird wohl im Ernst behaupten wollen, dass die Beziehungen zwischen Nachfrage und Angebot allgemein oder für die einzelnen Waren konstant sind. Wir wissen dagegen, dass äußere Tatbestände auf die einzelnen Menschen verschieden wirken, dass auch dieselben Menschen zu verschiedener Zeit verschieden reagieren, und dass es auch nicht gelingen kann, die Menschen in Klassen einzureihen, die gleichartig reagieren. Das sagt uns unsere apriorische Theorie. Die Empiriker lehnen diese apriorische Methode allerdings grundsätzlich ab; sie wollen nur aus der Erfahrung lernen. Doch sie müssen mit ihren eigenen Grundsätzen in Widerspruch geraten, sobald sie über die bloße Verzeichnung der auf den Märkten gezahlten Preise hinausgehen, um aus den einzelnen Preisen Reihen zu bilden und Mittelwerte zu errechnen. Erfahrung und statistische Tatsache ist nur der einzelne Preis. Die Zusammenfassung der Preise zu Gruppen und die Errechnung von Mittelwerten ist die Anwendung theoretischer Einsicht, die logisch und zeitlich vor der Erfahrung steht. Das Maß der Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung von Begleitumständen der beobachteten Preisdaten ist von theoretischen Überlegungen derselben Art abhängig. Kein Preisstatistiker wird bestreiten können, dass eine a %ige Erhöhung des Kartoffelangebots nicht unter allen Umständen eine b %ige Preissenkung nach sich ziehen müsse. Da er aber nicht imstande ist, diese besonderen Umstände, die seine Schlussfolgerung voraussetzt, nach Art und Maß genau auf Grund der statistischen Erfahrung zu bestimmen, hat er die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen zugegeben.

Man kann die weitere Erörterung dieser Spielart der mathematischen Nationalökonomie als überflüssig ansehen. Ungeachtet aller hochtrabenden Ankündigungen ist kein einziger erfolgreicher Schritt auf dem Weg zur Ausbildung einer quantitativen Nationalökonomie unternommen worden. Und es sei gleich festgestellt, dass die beiden anderen Richtungen der mathematischen Nationalökonomie dies rückhaltlos anerkennen. Denn sie haben nie versucht, in ihre Gleichungen empirisch-statistisch [314] gefundene Werte einzusetzen, um künftiges Geschehen vorauszusagen.

Ein zweites Arbeitsgebiet, auf dem von der mathematischen Methode Gebrauch gemacht wird, ist die Untersuchung des Verhältnisses von Preis und Kosten. In den Untersuchungen dieser Art wird der Gebrauch der Geldrechnung und damit das Walten des Marktetriebes stillschweigend vorausgesetzt. Wenn man allgemein von Preisen und von Kosten spricht, muss man immer Geldpreise und Geldaufwand meinen. Wenn man vom Gelde und von den Geldpreisen absieht, wäre es sinnlos, die Kosten den Preisen schlechthin gegenüberzustellen und Kosten und Preise zu vergleichen. Die Kosten erscheinen, wenn man von der Geldrechnung absieht, als ein Komplex von Mengen verschiedenartiger Produktivgüter, die aufgewendet werden, um ein Gut zu erzeugen, und der Preis dieses Gutes erscheint als die Angabe eines oder mehrerer Austauschverhältnisse, zu dem dieses Gut auf dem Markte gegen ein oder gegen mehrere Güter ausgetauscht werden kann. Die Gütermengen, die diese alternativen Preisausdrücke darstellen, beziehen sich auf andere Güter als die, die in dem Kostenausdruck zusammengefasst werden; ein Vergleich zwischen den beiden Ausdrücken,

der zu einem Urteil über ihre Größe führen könnte, ist nicht möglich. Dass die Preisgüter dem Käufer weniger wertvoll erscheinen als dem Verkäufer, dass der Unternehmer nur dann erzeugt, wenn er erwartet, für das Produkt ein Gut erwerben zu können, das er höher schätzt als den Komplex der in der Produktion aufgewendeten Güter, wissen wir aus unserer praxeologischen Einsicht, bevor wir uns kasuistischer Erörterung der Gestaltung des Verhältnisses von Preis und Kosten in einzelnen, durch die nicht vollkommene Teilbarkeit von Produktionsmitteln ausgezeichneten Fällen zuwenden. Aus dieser Einsicht heraus wissen wir, wie sich die Unternehmer verhalten werden, wenn sie Aufwand und Erfolg rechnerisch gegenüberzustellen in der Lage sind. Wenn wir aber von der Geldrechnung absehen wollen, dann ist alles, was wir aussagen können, das: Jeder Unternehmer wird das Bestreben haben, nur das zu erzeugen, was ihm auf dem Markte schließlich die Erwerbung eines Gutes ermöglicht, das er höher schätzt als die Gesamtheit des Produktionsaufwandes. Ob ihm das gelingen kann, hängt, wenn es nicht indirekten, durch Vermittlung eines allgemein gebräuchlichen Tauschmittels vermittelten Tausch gibt, der die Geldrechnung ermöglicht, nicht nur davon ab, ob er die künftige Marktlage richtig eingeschätzt hat, sondern auch davon, ob er imstande ist, die auf dem Markte bestehenden Austauschverhältnisse so zu überblicken, dass er jedem einzelnen Gute in [315] seinen Überlegungen die Stelle zuweist, die ihm nach den bestehenden Austauschverhältnissen zugewiesen werden müsste.

Man wird daher nicht bestreiten können, dass alle Aufstellungen, die Preise und Kosten gegenüberstellen, den Gebrauch der Geldrechnung implizit voraussetzen. Alle Ausführungen der mathematischen Nationalökonomie, die sich mit diesem Ausschnitt aus dem Gesamtumfang der nationalökonomischen Probleme befassen, versuchen es, die Erwägungen der Unternehmerkalkulation kasuistisch zu formulieren und die Formulierung durch das Ziehen von Kurven zu veranschaulichen. Es fehlt aber dabei an der Einsicht, dass diese Unternehmerrechnung Geldrechnung ist. Man glaubt, sich in einer Sphäre höherer Allgemeinheit zu bewegen, weil man den Hinweis auf den Umstand, dass die Rechnungsoperationen in Geldeinheiten durchgeführt werden, unterlässt. Mitunter glaubt man sogar, dass die Rechnung in irgendwelchen imaginären Nutzeinheiten vor sich gehen könne. Man spricht dann von *utility analysis*. Nüchterne Betrachtung kann aber hier nichts anderes sehen als Algebraisierung der Kostenkalkulation, wie sie die Unternehmer täglich anstellen und wie sie auch in Handelsschulen, wenn auch mit bescheideneren Ansprüchen, gelehrt wird.

Das Kennzeichen der Arbeiten der dritten Gruppe der mathematischen Nationalökonomie liegt gerade darin, dass sie die Probleme der Katallaktik ohne Rückgriff auf die Geldrechnung behandeln wollen. Ihr Grundirrtum ist, dass sie eine Rechenmethode sucht, die vom Markt, von seiner Geldrechnung und von seiner Beseelung durch das Handeln der Unternehmer unabhängig ist. Dieser Irrtum liegt geradeso Wieser's Lehre von der einfachen Wirtschaft zugrunde und durchzieht alle Arbeiten der Wieserschule. Dass Wieser die Gleichungen, die seiner Meinung nach zu einer — von Markt, Geldrechnung und Unternehmerwirken unabhängigen Ermittlung der den einzelnen Gütern höherer Ordnung zuzurechnenden Werte führen sollen, nicht aufstellt und daher auch nicht weiter diskutiert, wogegen die mathematische Richtung gerade in der Aufstellung und Diskussion der Gleichungen das eigentliche Feld nationalökonomischer Arbeit erblickt, ist unwesentlich. Denn auch die mathematische Schule weiß mit den Gleichungen, die sie bildet, nichts anzufangen. Wenn man auch immer wieder die Analogie mit den Gleichungen der Mechanik hervorkehrt, so muss man doch zugeben, dass in dem einen zumindest ein fundamentaler Unterschied gelegen ist: in die Gleichungen der Mechanik lassen sich Konstante, die mit einiger Genauigkeit empirisch gefunden wurden, einsetzen, und mit Hilfe dieser Konstanten vermag man aus gegebenen Daten unbekannte Größen [316] ungefähr zu ermitteln. Die Gleichungen der mathematischen Nationalökonomie können nicht in ähnlicher Weise der Praxis dienstbar gemacht werden; sie bleiben immer Theorie und lassen nie Anwendung zu.

Dass Wieser, weil er die Gleichungen nicht in mathematischen Symbolen formuliert, zu den nichtmathematischen Nationalökonomien gerechnet wird, betrifft nur das Gewand, in dem er seine Lehre vorträgt; in der Sache besteht zwischen ihm und seiner Schule einerseits und den mathematischen Nationalökonomien andererseits kein Unterschied.

Jede nationalökonomische Überlegung, die ernst genommen werden will, muss zwei Hauptsätze der modernen Theorie als unverrückbare Grundlage festhalten. Diese beiden Sätze lauten: *a*) Das Wertvolle ist ein Vorziehen und nicht ein Fürgleichhalten oder Als-gleich-behandeln; *b*) Es besteht keine Möglichkeit, Wertungen verschiedener Personen oder derselben Person zu verschiedener Zeit anders zu vergleichen als durch die Beantwortung der Frage, ob die beiden Wertungen die in Betracht kommenden Alternativen in gleicher Ordnung reihen oder nicht.

Im Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft sind alle Güter höherer Ordnung in die Verwendung gebracht worden, in der sie den höchsten Nutzen leisten können. Man kann von diesem Zustand aussagen: jedes Produktionsmittel wird so verwendet, dass durch keine denkbare und mögliche Verschiebung eine bessere Befriedigung erzielt werden könnte; kein Bestand an Produktionsmitteln wird so verwendet, dass die Erreichung des Zweckes *a*, dem er dient, als minderwichtig angesehen wird als die Erreichung eines nicht erreichten Zweckes *b*, der durch Verzicht auf *a* erlangbar wäre. Man kann diese Verhältnisse durch Indifferenzkurven veranschaulichen. Doch wir haben keine Möglichkeit, diese Indifferenzkurven auch wirklich zu ziehen. Man pflegt davon zu sprechen, dass man die Einzelnen nach ihren Wertungen befragt, und dass man das Ergebnis zur Darstellung der Kurve verwendet. Doch die Antwort der Wirte kann nur ihre Wertung der Güter erster Ordnung betreffen; die den Gütern höherer Ordnung zukommende Bedeutung, die von der Wertung der Güter erster Ordnung abhängt, müsste aus der Wertung der Güter erster Ordnung erst errechnet werden.

Die erklärende Nationalökonomie ist der Auffassung, dass die Lösung der Aufgabe nur in der Marktwirtschaft gelingen kann. Das Spiel des Marktes allein vermag durch die Bildung von Geldpreisen für alle Güter höherer Ordnung jedes einzelne Produktionsmittel der Verwendung zuzuführen, in der es den höchsten Nutzen zu leisten vermag.

[317]

Die mathematische Nationalökonomie beschreibt die dem Zustand gleichmäßiger Wirtschaft entsprechende Verteilung der Produktionsmittel auf die verschiedenen Produktionszweige durch ein System von simultanen Gleichungen. Da sie glaubt, dass die Zahl der Unbekannten die Zahl der Gleichungen nicht übersteigt, hält sie die Aufgabe grundsätzlich für lösbar, wenn auch aus praktischen Gründen nicht daran gedacht werden dürfe, das Problem der Verwendung der Güter höherer Ordnung durch die Lösung von Millionen Gleichungen zu meistern.

Vergleichen wir die beiden Lösungen, die der erklärenden Nationalökonomie und die der Mathematiker, dann erhellt ohne weiteres die Überlegenheit der erklärenden Lösung. Die mathematische Lösung bringt nichts anderes als einen mathematischen Ausdruck für die Begriffsbestimmung der gleichmäßigen Wirtschaft. Was die erklärende Nationalökonomie über die Gedankengebilde des einfachen und des endlichen Ruhezustandes und der gleichmäßigen Wirtschaft in Worten sagt, was die mathematischen Nationalökonomien selbst in Worten sagen und in Worten sagen müssen, bevor sie an die mathematische Ausarbeitung ihrer Gedanken schreiten, wird von den Mathematikern dann noch einmal durch eine Analogie mit der Mechanik und durch mathematische Deduktionen verdeutlicht und veranschaulicht. Beide Richtungen sagen: das menschliche Handeln muss einer derartigen Gleichgewichtslage zustreben und könnte und müsste sie, wenn nicht vorher

Datenänderungen als Störungen auftreten würden, auch wirklich erreichen.

Doch die erklärende Lösung sagt noch mehr: sie zeigt, welche Triebkräfte in der Marktwirtschaft diesen Gleichgewichtszustand herbeiführen. Sie zeigt, wie das Wirken von Wirten, die aus Preisdifferenzen gewinnen wollen und die wir Unternehmer nennen, die Tendenz hat, die Preisdifferenzen und damit die Quelle des Spekulationsgewinns der Unternehmer, des spezifischen Unternehmergewinns, zum Verschwinden zu bringen und so den Gleichgewichtszustand der gleichmäßigen Wirtschaft herbeizuführen. Darin liegt der Fortschritt, den die Katallaktik der Böhm-Bawerk'schen Methode zur Lösung des Zurechnungsproblems verdankt. Wo die mathematische Theorie stehen bleibt, wo sie nichts weiter mehr tut, als durch eine mathematisch-mechanische Metapher den Begriff der gleichmäßigen Wirtschaft und des Gleichgewichtszustandes zu verdeutlichen, wo sie mit ihrer Arbeit aufhört und kein offenes Problem zu erblicken vermag, da eben setzt Böhm-Bawerk an, da zeigt er das Problem auf und führt es zugleich befriedigender Lösung zu. Denn die Aufgabe, die die Katallaktik hier stellt, ist keineswegs mit der Umschreibung des [318] Zieles, dem menschliches Handeln in letzter Linie zustrebt, gelöst; es gilt zu zeigen, wie das Handeln sich diesem Ziele, Schritt für Schritt vorgehend, nähert, wenn es auch nie wirklich zum Ziele gelangt.

Wenn man die beiden Verfahren, das erklärende und das mathematische, vergleicht, dann versteht man besser, was die Forderung nach Ergänzung und Ausgestaltung der statischen Nationalökonomie durch den Ausbau einer Dynamik bedeuten soll. Im Hinblick auf das erklärende Verfahren ist diese Forderung einfach sinnlos. Die erklärende Nationalökonomie ist doch gerade auf die Erkenntnis der Bewegungen gerichtet, und sie bedient sich der Gedankenbilder des Ruhezustandes und der gleichmäßigen Wirtschaft nur zu dem Zwecke der Erfassung der Veränderungen. Anders ist es allerdings mit der mathematischen Methode. Diese beschreibt in ihren Gleichungen den Gleichgewichtsstand eines ruhenden Systems und vermag über die Entstehung dieses Zustandes und über seine Überführung in einen andern Zustand nichts auszusagen, solange sie den Boden der Mathematik nicht verlässt. Dieser Unzulänglichkeit des mathematischen Verfahrens gegenüber enthält die Forderung nach Ausbildung einer Dynamik einen guten Kern. Doch es ist nicht abzusehen, wie man bei Beibehaltung der mathematischen Ausdrucksweise zur Erfassung der Veränderungen gelangen könnte; die mathematische Methode kann das Problem nicht lösen. Die Einführung der Zeitfunktion in die Gleichungen wäre keine befriedigende Lösung; sie würde nur auf einen Mangel hinweisen, dem nicht abgeholfen werden kann. Dass jede Veränderung Zeit beansprucht und dass jede Veränderung in der Zeit ist, ist nur ein anderer Ausdruck dafür, dass wo Starrheit und Unveränderlichkeit besteht, Zeitlosigkeit herrscht. Nicht das allein fehlt den Gleichungen der mathematischen Nationalökonomie, dass sie nichts über die Zeit auszusagen wissen, sondern das, dass sie nichts darüber sagen, wie das Getriebe des Marktes arbeitet.

Diese Aufgabe kann man mathematisch nicht lösen. Man kann mit mathematischen Mitteln zeigen, wie ein Zustand, der vom Gleichgewichtszustand verschieden ist, sich wandeln müsste, um dem Gleichgewichtszustand gleich zu werden. Doch dieser mathematische Prozess ist keine begriffliche Abbildung oder Entsprechung des Prozesses, durch den die nicht im Gleichgewicht befindliche Wirtschaft sich auf den Gleichgewichtszustand hin bewegt. Er sagt nichts über das Handeln aus, das die Anpassung auslöst, durch das sie abrollt und in dem sie wirklich ist. Nur wer durch das Vorurteil, die Nationalökonomie müsste als eine Mechanik des Marktes aufgebaut werden, ganz [319] verblindet ist, wird die Bedeutung dieses Einwandes unterschätzen und bereit sein, eine hinkende Metapher als Ersatz für das zu nehmen, was die Katallaktik in der Preistheorie zu leisten hat und leistet. Die Katallaktik hat zu zeigen, wie aus dem Handeln der Menschen die Preise hervorgehen. Sie darf vom Handeln nicht absehen und darf sich nicht damit begnügen,

darzustellen, wie aus einem mathematisch bestimmten Zustand ein anderer mathematisch bestimmter Zustand durch mathematisch erfassbare Veränderungen wird.

Darüber, dass es die Aufgabe der Katallaktik als einer praxeologischen Disziplin ist, das Handeln zu erklären, stimmen alle überein. Doch die mathematische Nationalökonomie kann nichts anderes leisten, als den Zustand mathematisch zu umschreiben, in dem nicht mehr gehandelt werden würde, und allenfalls noch zu zeigen, wie sich ein Zustand, der vom Gleichgewichtszustand verschieden ist, mathematisch wandeln müsste, um den Gleichgewichtszustand zu erreichen. Die erklärende Nationalökonomie geht darüber weit hinaus, indem sie zeigt, wie aus dem Unbefriedigtsein Handeln entspringt, das jenem gedachten Zustand des Gleichgewichts zustrebt [153].

Wären die Arbeiten der mathematischen Nationalökonomie vor dem Hervortreten der erklärenden Nationalökonomie erschienen, dann hätte man von ihnen sagen können, dass sie zwar nicht mehr bringen als mathematische Paraphrase der Beschreibung der gleichmäßigen Wirtschaft, dass sie aber damit manchen Köpfen, die für die mathematischen Symbole empfänglicher sind als für die Darstellung in Worten, einen Dienst erwiesen haben. Heute muss man es der Katallaktik der mathematischen Schule zum Vorwurf machen, dass sie sich durch die Verwendung der mathematischen Verfahren den Zugang zum Kerne des Problems der Preisbildung der Produktionsmittel und damit zu allen anderen nationalökonomischen Problemen versperrt.

VI. Die Monopolpreise. ↩

In der Erklärung der Preisbildung und der Aufteilung der verfügbaren Produktionsmittel auf die verschiedenen Verwendungen, die sie zulassen, haben wir bisher einen Markt betrachtet, der durch die Begehungen der Verbraucher allein gesteuert wird. Auf diesem Markte befolgen die Unternehmer und die [320] Eigentümer der Produktionsmittel durchaus nur die Weisungen, die die Käufer der Genussgüter erteilen; sie müssen, wenn sie nicht sich selbst schädigen und in weiterer Folge Unternehmerstellung und Eigentum verlieren wollen, die Aufträge der Verbraucher so gut ausführen, als es die verfügbaren Produktionsmittel und der Stand des technischen Könnens zulassen. Die Wirtschaft steht ganz unter der Herrschaft der Verbraucher; sie ist Bedarfsdeckungswirtschaft der Verbraucher. Man pflegt die Preise, die auf einem Markte dieser Art gebildet werden, als Konkurrenzpreise oder Wettbewerbspreise zu bezeichnen. Man kann diese Ausdrücke ohne Bedenken verwenden, wenn man die Irrtümer zu meiden weiß, die aus metaphysischer Deutung der Begriffe «Freiheit» und «Vollkommenheit» des Wettbewerbs entspringen können [154].

Der Wettbewerbspreis ist dadurch besonders gekennzeichnet, dass er das Ergebnis und nichts als das Ergebnis der Wertungen der Verbraucher ist. Weder die Eigentümer der wirtschaftlichen Güter noch die Unternehmer können Preisgestaltung und Ordnung der Produktion von den Wegen ablenken, die ihnen die Wertungen der Verbraucher weisen. (Es sei denn, man wollte es als eine Einflussnahme der Unternehmer auf Preise und Produktion betrachten, dass die Irrtümer, die Unternehmer zu ihrem eigenen Schaden in der Beurteilung der künftigen Wünsche der Verbraucher und mithin auch der künftigen Marktlage begangen haben, zwischen Kosten und Preis jene Spannung entstehen lassen, die die Quelle der spezifischen Gewinne und Verluste der Unternehmer bildet.)

Höhere Preise der Produktionsmittel und der Produkte wären den Verkäufern jederzeit willkommen. Doch sie können nichts tun, um sie zu erzielen. Die Eigentümer müssen die Preise hinnehmen, wie sie der Markt gebildet hat.

Der Unternehmer als Unternehmer ist immer in dieser Abhängigkeit von den Daten des Marktes. Er, das aktivste Element des Marktes, die Triebkraft aller Umstellungen der Produktion, ist nie mehr als der Vollstrecker der Wünsche der Verbraucher, und sein Erfolg

hängt allein davon ab, ob er sich dieser Aufgabe auch am besten zu entledigen wusste.

Dagegen kann, bei Zutreffen besonderer Bedingungen, für den Eigentümer von wirtschaftlichen Gütern oder für den Verkäufer von Dienstleistungen die Abhängigkeit von den Verbrauchern lockerer werden. Es gibt Bedingungen, die es dem Verkäufer ermöglichen, die Menge der Dienste, die von den in [321] seiner Verfügung befindlichen Gütern ausgehen, zu vermindern und dabei besser zu fahren, als wenn er die Einschränkung unterlassen hätte. Er hat dann die Möglichkeit zwischen mehreren erzielbaren Preisen zu wählen. Entscheidet er sich nicht für den niedrigsten unter diesen Alternativpreisen — für den, der mit dem Konkurrenzpreis zusammenfällt — dann hat seine Entscheidung auch eine Verminderung der dem Verbrauch zugeführten Menge des in Frage stehenden Gutes zur Folge. Es gibt mithin eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, dass die Wertungen der Verbraucher allein dem Markte das Gesetz vorschreiben und Richtung und Umfang der Produktion in letzter Linie bestimmen. Diese Ausnahme ist die Marktlage, die Monopolpreise möglich macht.

Wir haben nun die Bedingungen zu umschreiben, unter denen die Bildung der Monopolpreise steht und die Monopolpreise von den Konkurrenzpreisen scharf abzugrenzen:

a) Es muss Monopol des Angebots vorliegen, d.h. über den gesamten Vorrat des in Betracht kommenden Gutes — des Monopolgutes — verfügt nur *ein* Wirt oder eine Anzahl von Wirten, die sich für das Handeln auf dem Markte zum Verkauf dieses Gutes zu einer Einheit zusammengeschlossen haben oder auch ohne ausdrückliche Vereinbarung einheitlich vorgehen. Der Monopolist — d.i. der alleinige Verkäufer oder die Organisation der einheitlich vorgehenden Verkäufer — hat es in der Hand, zur Erhöhung des Preises das Angebot einzuschränken, ohne befürchten zu müssen, dass die Verminderung des Angebots, die er anstrebt, durch eine von anderen ausgehende Steigerung des Angebots wettgemacht werde.

b) Der Monopolist ist nicht in der Lage, die Kauflustigen unterschiedlich zu behandeln, oder er hat freiwillig darauf verzichtet sie unterschiedlich — durch die Forderung von Diskriminationspreisen — zu behandeln. Als unterschiedliche Behandlung der Kauflustigen wird dabei ein Vorgang verstanden, bei dem von jedem Kauflustigen ein Preis verlangt wird, der bis an die Grenze seiner Kaufbereitschaft gehen kann.

c) Die Antwort der Kauflustigen auf die Erhöhung der Preisforderung über den Wettbewerbspreis hinaus, ihre Einschränkung des Einkaufs, darf den Absatz nicht so stark einschränken, dass der Gesamterlös zu jedem den Wettbewerbspreis übersteigenden Preis kleiner wird als der Gesamterlös zum Wettbewerbspreis. Es ist daher überflüssig sich in der Monopolpreislehre in spitzfindigen Erörterungen über die Abgrenzung der Güter- und Warenklassen zu ergehen. Es ist überflüssig, die Frage aufzuwerfen, ob wir alle Krawattenstoffe als Stücke einer Warenart zu betrachten haben, oder ob wir da [322] nach Faser, Gewebeart, Muster und Farbe verschiedene Güter anzunehmen haben. Es kommt gar nicht auf die Abgrenzung des Gutsbegriffes an, sondern darauf, in welcher Weise die Verbraucher auf die Erhöhung des Preises antworten. Es ist daher für die Monopolpreislehre ohne Bedeutung, wenn man darauf hinweist, dass jeder Krawattenstofffabrikant andere Artikel erzeugt als die übrigen, und ihm daher die Monopolistenqualität zuerkennt. Monopolpreise könnte er nur dann erzielen, wenn die Verbraucher seine Stoffe so hoch über die Erzeugnisse anderer Fabriken stellen, dass sie auf die Erhöhung des Preises hin den Ankauf seiner Stoffe nicht in solchem Umfange einschränken, dass er schlechter fährt als beim Verkauf zum Konkurrenzpreis.

Diese Bedingung kann nicht erfüllt werden, wenn die Kauflustigen imstande sind, den Einkauf zu niedrigeren Preisen — nämlich zum Wettbewerbspreis — bei anderen Verkäufern zu besorgen, die dasselbe Gut anzubieten in der Lage sind. Doch der Umstand, dass jemand

Monopolist ist, d.h. über den gesamten Vorrat des in Betracht kommenden Guts allein verfügt, genügt an sich noch nicht, um ihm die Möglichkeit zu bieten, Monopolpreise zu erzielen. Der Hersteller eines Buches, das unter Urheberrechtsschutz steht, ist immer Monopolist. Doch darum muss er noch keineswegs Monopolpreise im Verkauf erzielen können. Es kann sein, dass das Buch überhaupt keine Käufer findet, auch wenn es um einen Pappentwurf angeboten wird. Es kann sein, dass es zu einem Preis, der gerade den Durchschnittskosten des für die Herstellung erforderlichen Papiers und Druckes gleichkommt, nur so wenige Käufer findet, dass es dem Verleger nicht gelingen kann, die Druck- und Papierauslagen hereinzubringen. Monopolpreise können eben nur dann auftreten, wenn die Nachfrage nicht durch die Erhöhung des geforderten Preises so stark eingeschränkt wird, dass dem Verkäufer der Verkauf zum höheren Preis weniger vorteilhaft ist als der zum niedrigeren Wettbewerbspreis [155] .

d) Es ist falsch in der Preistheorie zwischen die Monopolpreise und den Wettbewerbspreis eine weitere Kategorie als den Preis des unvollständigen oder unvollkommenen Wettbewerbs einschieben zu wollen. Der Preis kann — vom Fall der unterschiedlichen Behandlung der einzelnen Käuferschichten, [323] von den Diskriminationspreisen, abgesehen — nur entweder Monopolpreis sein oder Wettbewerbspreis.

e) Der Wettbewerbspreis ist durch die Größe des den Verkäufern zur Verfügung stehenden Vorrats und durch die Wertungen der Kauflustigen eindeutig bestimmt. Dem Monopolpreis ist diese eindeutige Bestimmtheit in der Regel nicht eigen. Wenn es dem Monopolisten überhaupt möglich ist, durch Verkauf zu einem den Wettbewerbspreis übersteigenden Preis einen höheren Gesamterlös zu erzielen als durch den Verkauf zum Wettbewerbspreis, dann sind es in der Regel mehrere Preissätze, die dieser Bedingung entsprechen. Unter diesen Monopolpreisen kann mitunter *einer* sein, der dem Monopolisten höchsten Gesamterlös verspricht; es kann aber auch sein, dass mehrere Preise den höchsten erzielbaren Gesamterlös gehen. Wir wollen den Monopolpreis oder die Monopolpreise, die den höchsten Gesamterlös bringen, optimalen Monopolpreis oder optimale Monopolpreise nennen.

f) Es ist wichtig festzustellen, dass der Monopolist über das Verhalten der Nachfrage im Voraus nur Vermutungen haben kann. Er muss durch Tasten versuchen, den einzigen optimalen Monopolpreis, einen der optimalen Monopolpreise oder überhaupt einen Monopolpreis herauszufinden. Das mag mitunter viel schwerer fallen, als die Theoretiker, die beim Ziehen ihrer Kurven allwissend sind, glauben wollen. Man muss daher als besondere Bedingung für das Auftreten von Monopolpreisen die Fähigkeit der Monopolisten nennen, einen Monopolpreis oder Monopolpreise zu finden.

g) Einen besonderen Fall der Monopolpreise stellt das unvollständige Monopol dar [156] . Von einem unvollständigen Monopol sprechen wir, wenn neben dem Monopolisten auch noch andere Verkäufer über einen Vorrat des Monopulgutes verfügen, und wenn diese Verkäufer, die Außenseiter, nicht geneigt sind, sich ausdrücklich oder stillschweigend mit dem Monopolisten zu gemeinsamem Vorgehen zu vereinigen, und den ganzen Vorrat, über den sie verfügen, absetzen wollen. Voraussetzung ist dabei, dass der in den Händen der Außenseiter befindliche Vorrat so gering ist, dass der Monopolist durch Verkauf eines Teiles des ihm zur Verfügung stehenden Vorrats zu einem Monopolpreis noch immer einen größeren Gesamterlös erzielt als durch den Verkauf seines ganzen Vorrats zum Wettbewerbspreis. Ist diese Voraussetzung gegeben, dann kann er die [324] Preisforderung erhöhen und den Absatz einschränken und fährt dabei besser als beim Wettbewerbspreis. Ob die Außenseiter ihre Preisforderung bis dicht an den von ihm geforderten Monopolpreis erhöhen oder hinter ihm stärker zurückbleiben, ist für ihn ohne Bedeutung. Für ihn kommt allein in Betracht, dass mit dem Sinken des Gesamtabsatzes (seines eigenen und desjenigen

der Außenseiter zusammengekommen) der Absatz der Außenseiter, die unserer Annahme gemäss billiger verkaufen als er, unverändert bleibt und dass daher sein eigener Absatz nicht nur absolut sondern auch im Verhältnis zu dem der Außenseiter sinkt. Das beeinflusst seinen Kalkül in entscheidender Weise. Die im Falle des unvollständigen Monopols gebildeten Monopolpreise werden daher von denen, die unter sonst gleichen Bedingungen beim vollständigen Monopol gebildet worden wären, abweichen.

h) Dagegen sind Duopol und Oligopol nicht besondere Fälle oder Abarten des Monopolpreises, sondern besondere Fälle der Ausfindigmachung der möglichen Monopolpreise. Duopol (oder Oligopol) liegt vor, wenn zwei (oder mehrere) Eigentümer, die in der Lage wären, durch Zusammenschluss Monopolpreise zu erzielen, aus irgendwelchen Gründen es ablehnen, sich über ihr Vorgehen zu verständigen, und dennoch Monopolpreise erzielen wollen. Beim unvollständigen Monopol ist nur *ein* Verkäufer bereit, das Korrelat der Preissteigerung, den Rückgang des Absatzes, zu seinen Lasten wirken zu lassen, wogegen die übrigen Verkäufer es ablehnen, weniger Ware auf den Markt zu bringen, als sie beim Wettbewerbspreis verkaufen können. Im Falle des Duopols (oder des Oligopols) sind aber alle Verkäufer zur Einschränkung des Absatzes bereit, und diese Bereitschaft ist Bedingung der Monopolpreisbildung, wenn die Voraussetzungen für das unvollständige Monopol fehlen. Da sie aber nicht einheitlich vorgehen, kann es zu Monopolpreisen nur nach einem wechselvollen Hin und Her kommen, nach einem Spiel, das jeden nötigt, zu erraten, was der oder die anderen tun werden, wenn er seinen Zug gemacht haben wird. Voraussetzung ist, dass jeder weiß, dass der andere oder die anderen auch zu Absatzeinschränkung bereit sind, dass er aber nicht weiß, wie weit dieser andere oder diese anderen gehen wollen.

Ob Duopol und Oligopol auch praktische Bedeutung haben, sei dahingestellt. In der Regel werden die Eigentümer, wenn die Bedingungen für Monopolpreisbildung gegeben sind, zumindest stillschweigend eine Verständigung suchen.

i) Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die Begrenztheit des Angebots nur unter besonderen Bedingungen zur Bildung von [325] Monopolpreisen führen kann. Knappheit des Angebots im Hinblick auf den Umfang der Nachfrage ist Voraussetzung dafür, dass ein Gut überhaupt als wirtschaftliches Gut behandelt wird. Güter, die so reichlich zur Verfügung stehen, dass jede beabsichtigte Verwendung voll befriedigt werden kann, werden überhaupt nicht bewirtschaftet; für solche Güter werden keine Preise bezahlt. Das haben alle jene Lehren verkannt, die den Begriff des Monopolpreises so ausgedehnt haben, dass alle Preise darunter fallen, die z. B. Grundrente oder Unternehmergeinn als Ausfluss von Monopolpreisen auffassen wollen.

k) Aus den Preisen, die der Verkäufer auf dem Markte erlöst, werden durch Rechnung die Anteile gefunden, die den verschiedenen katallaktischen Kategorien entsprechen. Man stellt dem Preise zunächst den Aufwand [157] gegenüber, den der Verkäufer gemacht hat, um die Verfügung über das Verkaufsobjekt zu erlangen; ergibt sich ein Überschuss des Erlöses über die Kosten, dann ist Bruttogewinn erzielt worden. Aus diesem Bruttogewinn wird dann der Bruttozins ausgeschieden. Bleibt noch immer ein Überschuss übrig, dann ist Bruttoundernehmergeinn erzielt worden. In diesem Bruttoundernehmergeinn unterscheiden wir wieder den spezifischen Unternehmergeinn und gegebenenfalls den Monopolgewinn. Der spezifische Unternehmergeinn ist der Teil des Bruttogewinns, den der Unternehmer beim Verkauf zum Wettbewerbspreis erzielt hätte. Erfolgt der Verkauf zu einem Monopolpreis, so ist auch noch darüber hinaus Monopolgewinn erzielt worden.

Man muss den spezifischen Unternehmergeinn vom Monopolgewinn streng unterscheiden. Monopolgewinn kann der Unternehmer nur als Eigentümer eines Gutes (erster oder höherer Güterordnung) erzielen, in Bezug auf das er Monopolistenstellung hat. Der Unternehmer erzielt den Monopolgewinn als Eigentümer eines Monopolgutes, nicht als

Unternehmer.

Monopolpreise können nur erzielt werden, wenn die Absatzmenge (gegenüber der Menge, die zum Wettbewerbspreis abgesetzt werden könnte) eingeschränkt wird. Wie der Monopolist vorgeht, um einen Teil des verfügbaren Vorrats dem Markte zu entziehen, ob er diesen Teil einfach zurückhält und in Vorratskammern anhäuft oder ob er ihn vernichtet, ist für die Preisgestaltung belanglos. Die Vernichtung von Gütern, die mancher Leute Unbefriedigtsein hätten mindern können, gilt als der klassische Fall einer Monopolistenaktion. Für die [326] Preisbildung macht es aber keinen Unterschied aus, ob die Güter vernichtet oder nur unbenützt liegen gelassen werden.

Das Monopolgut kann ein Gut erster Ordnung oder ein Produktionsmittel sein. Es kann in dem technologischen Wissen, das zur Durchführung eines Produktionsverfahrens notwendig ist, in dem «Rezept» bestehen. Rezepte sind in der Regel freie Güter, da das Wirkungsquantum, das von ihnen ausgeht, unbegrenzt ist. Zu einem wirtschaftlichen Gut kann ein Rezept nur dann werden, wenn sein Wirkungsquantum durch Zurückhaltung in der Verwendung nicht voll ausgenutzt wird. Wer über ein Rezept verfügt, das die anderen nicht kennen, oder wer im Hinblick auf institutionelle Einrichtungen — z. B. Patentrecht, Urheberrecht, Musterschutz, u. dgl. — allein von dem Rezept Gebrauch machen darf, kann die Ausnützung des Rezepts einschränken. Dann wird bei Zutreffen der übrigen Monopolpreisbedingungen das Rezept zu einem Monopolgut höherer Ordnung; der Monopolgewinn, der durch seine Verwertung erzielt werden kann, wird ihm zugerechnet.

Das komplementäre Produktionsmittel, das durch nicht vollständige Ausnützung seiner Wirkungsmenge zu einem Monopolgut wird und Monopolpreise erzielt, kann auch in der dem Monopolisten durch die Natur der von ihm geleisteten Dienste oder verkauften Waren oder durch institutionelle Einrichtungen (z. B. Markenrechte) gebotenen Möglichkeit bestehen, seine Mitwirkung am Produkt, der von den Käufern (aus besonderem, auf Erfahrung beruhendem Vertrauen zum Monopolisten; aus Vorurteil oder Snobismus; aus magischen oder metaphysischen Vorstellungen, über deren Unsinnigkeit andere lächeln mögen) Wert beigelegt wird, auf dem Markte erkennbar zu machen. Ein Heilmittel, das mit einer gesetzlich geschützten Wortmarke versehen auf den Markt kommt, mag in seiner chemischen Zusammensetzung und in seiner objektiv erkennbaren physiologischen Wirkung anderen Präparaten, die nicht denselben Namen tragen dürfen, vollkommen gleichen; wenn die Käufer diesem Namen eine Bedeutung beilegen und daher bereit sind, die mit ihm versehenen Präparate teurer zu bezahlen als die, die diesen Namen nicht tragen dürfen, dann kann der Eigentümer der Marke bei entsprechender Gestaltung der Nachfrage Monopolpreise erzielen.

Einem Rezept, das jeder kennt und anwenden darf, und einem Wort, mit dem jeder seine Produkte bezeichnen darf, wird kein Anteil am Ertrag zugerechnet. Erst die durch besondere Verhältnisse geschaffene Beschränkung der Verwendungsmöglichkeit lässt die Voraussetzungen dafür entstehen.

Bei jedem Monopolpreis hat man die Frage zu beantworten, wodurch dem Monopolisten die Einschränkung des Absatzes [327] oder der Ausnützung des Monopolgutes möglich wurde, ohne dass er befürchten muss, dass die Absichten, die er damit verfolgt, durch die Absatzsteigerung oder Ausnützungsvermehrung anderer Wirte vereitelt werden. In vielen Fällen wird das Auftreten von Konkurrenten, die die Pläne der Monopolisten durchkreuzen und die Bildung von Monopolpreisen verhindern könnten, dadurch vereitelt, dass die Aufnahme der Produktion durch neue Betriebe nur unter steigenden Kosten erfolgen kann und dass die Kostendifferenz groß genug ist, um den schon bestehenden, mit niedrigeren Kosten arbeitenden Betrieben einen Spielraum zu geben, innerhalb dessen sie einen oder mehrere Monopolpreise finden können [158]. Wenn man die Gedankengänge, die die Preise

der Bodenfrüchte als Monopolpreise auffassen, als unrichtig verwirft, so bestreitet man nicht, dass die Verschiedenheit der Fruchtbarkeit der Grundstücke bei einer bestimmten Lage der Daten, die freilich nicht gegeben ist, tatsächlich Monopolpreise entstehen lassen könnte. So wie die Dinge liegen, wäre es für die Mehrzahl der Grundbesitzer aussichtslos, durch Einschränkung der Produktion Monopolpreise und Monopolgewinne anzustreben. Andere Grundbesitzer werden, auf schlechterem Boden, d.i. mit steigenden Kosten, den Anbau erweitern; die Preise der Bodenfrüchte werden steigen, und auch die Erzeuger, die die Produktion auf dem besseren Boden eingeschränkt haben, werden höhere Preise für die verkaufte Mengeneinheit erzielen. Doch nur wenn sie dabei höhere Reinerlöse erzielen könnten, wäre die Produktionseinschränkung für sie vorteilhaft; das ist aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht der Fall. Bodenmonopol und Monopolpreise für Bodenprodukte können nur dann entstehen, wenn die Verfügung über einen so großen Teil des für eine bestimmte Produktion geeigneten Bodens einheitlich erfolgt, dass zumindest die Voraussetzungen für ein unvollständiges Monopol gegeben sind. Diese Bedingungen treffen heute wohl im Bergbau für einige Metalle zu; in der Landwirtschaft haben die Bestrebungen verschiedener Regierungen, auf dem Weltmarkt Monopolpreise für Kaffee, Baumwolle, Gummi, Weizen, Zucker und andere Artikel zu schaffen, bisher meist Schiffbruch gelitten.

[328]

Man hat eben zu beachten, dass die Besitzer des besseren Bodens nur darum beim Verkauf der Bodenfrüchte keine Monopolpreise erzielen können, weil der Unterschied zwischen den Produktionskosten, die ihr besserer Boden verlangt, und denen, die der schlechtere Boden ihrer potentiellen Konkurrenten verlangt, so klein ist, dass kein Raum für die Entfaltung erfolgreicher Monopolistenaktion bleibt.

In anderen Fällen genügt eine Kostendifferenz, um denen, die über den mit niedrigeren Produktionskosten arbeitenden Betrieb verfügen, die Erzielung von Monopolgewinnen zu ermöglichen. Diese Kostendifferenzen können entweder in der Natur der Dinge begründet sein, sie können aber auch institutionellen Ursprungs sein. Die Bedeutung, die den Monopolpreisen in unserer Zeit der Zollschranken zukommt, ist vor allem durch Monopolpreisbildungen bestimmt, die ihre Entstehung solchen Kostendifferenzen institutionellen Charakters verdanken. Wenn die inländischen Betriebe bei voller Ausnützung eine Menge m der Ware w erzeugen und der inländische Absatz zum Weltmarktpreis von p die Menge n erreicht, wobei n kleiner ist als m , dann kann ein Einfuhrzoll von z den inländischen Erzeugern nicht die Möglichkeit bieten, ohne weitere Maßnahmen aus dem Zollschutz Vorteil zu ziehen. Ist es aber möglich, in der Spanne zwischen $p + z$ und p einen Monopolpreis zu finden, dann können die Besitzer der inländischen Betriebe sich zu einem Kartell zusammenschließen und durch Absatz einschränkung im Inlande Monopolpreise und Monopolgewinne erzielen. Ob das Kartell und seine Monopolpreise auf die Dauer aufrecht bleiben können, hängt dann auch davon ab, ob es gelingt, Störung durch das Auftreten von neuen inländischen Konkurrenten hintanzuhalten. Besteht diese Gefahr, dann werden die Nutznießer des durch den Zollschutz ermöglichten Monopols meist die Forderung erheben, dass die Errichtung neuer Betriebe untersagt werde.

Besonders lehrreich ist es, einen Fall zu betrachten, dessen missverständliche Deutung zur Entwicklung von Lehren beigetragen hat, die zwischen Monopolpreis und Wettbewerbspreis als dritte Gruppe die Preise bei «unvollständigem Wettbewerb» und bei «monopolistischem Wettbewerb» stellen wollten. Es gibt immer Produktionszweige, deren Ausstattung mit Erzeugungsanlagen zu groß ist, sei es, weil die Unternehmer von Anfang an falsch spekuliert haben, oder sei es, weil seit der Errichtung der Anlagen die Marktlage sich in einer Weise geändert hat, die sie nicht vorausgesehen haben. Wenn die einzelnen Betriebe eines derartig überreichlich ausgestatteten Produktionszweiges verschiedene Produktionskosten haben, dann [329] werden die teurer arbeitenden die Erzeugung aufgeben

und nur diejenigen werden weiter arbeiten können, deren Produktionskosten zumindest nicht höher sind als der erzielbare Marktpreis. Die übrigen Betriebe, die ihr Produkt nur zu Verlustpreisen absetzen können, werden stillgelegt werden. Es kann sein, dass die Eigentümer dieser schlechteren Betriebe die Erzeugung nicht sogleich aufgeben wollen, weil sie glauben, dass die Verluste, die der Fortbetrieb mit sich bringt, durch andere Vorteile wettgemacht werden. Sie rechnen etwa damit, dass die künftige Marktlage die Rentabilität ihrer Betriebsführung wiederherstellen werde, und wollen die Kosten sparen, die ihnen, falls sie jetzt den Betrieb ganz stilllegen, später durch die Wiederankurbelung des Apparates, durch die Einschulung von neuem Personal, durch den Wiederaufbau des Verkaufsdienstes u. dgl. mehr erwachsen müssen. Doch schließlich werden sie, wenn die Hoffnung auf Umschwung der Marktlage sich nicht bald erfüllt, durch die Verluste doch zur Einstellung der Arbeit gezwungen werden. In vielen Fällen greifen aber die Regierungen aus politischen Gründen ein; sie suchen zu verhindern, dass die Betriebe, die die ungünstigsten Produktionsbedingungen haben, stillgelegt werden; eine Betriebseinschränkung aller Betriebe scheint ihnen das kleinere Übel darzustellen [159]. Doch ob nun das Nichtausscheiden der unter den ungünstigsten Verhältnissen arbeitenden Betriebe diesen oder jenen Ursachen zuzuschreiben ist, sein Ergebnis ist immer das, das die Verkäufer als ungesunde Überproduktion bezeichnen und das sie durch Regelung der Produktion vermittels Eindämmung der übermäßigen Konkurrenz und Erzielung von Preisen, die sie als «vernünftige» und «angemessene» ansehen, zu beseitigen wünschen. Die Eigentümer der Betriebe schließen sich, sei es durch ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung, sei es unter dem Zwange eines von der Regierung ausgehenden Befehls, zu einem Kartell zusammen und suchen die Preisbildung durch Verminderung der auf den Markt gelangenden Produktmenge zu beeinflussen.

Die Besonderheit des Falles, der hier Ausgangspunkt der Kartellbildung ist, liegt darin, dass auf dem Markte Preise verlangt und bezahlt werden, auf deren längeren Bestand nicht zu rechnen ist. Denn nahezu alle Betriebe arbeiten mit [330] Verlust. Auch Betriebe, die im Hinblick auf ihre günstigeren Produktionsbedingungen befriedigend arbeiten könnten, wenn die schlechtesten Betriebe ihre Produktion eingestellt hätten, erzielen nur Verluste. Auf die Dauer können aber Betriebe nicht mit Verlust arbeiten. Nach einer längeren oder kürzeren Übergangszeit werden die unter den ungünstigeren Bedingungen arbeitenden Betriebe doch stillgelegt werden müssen, und der Wettbewerbspreis wird durch die Kosten des Grenzbetriebs bestimmt werden. Doch das ist es gerade, was die Regierung verhindern wollte. Sie will die Verhältnisse in diesem Industriezweig durch ein Kartell sanieren, das den Preis auf «vernünftige» Höhe bringen soll. Als «vernünftig» oder «angemessen» kann aber nur ein Preis erscheinen, der über dem Preis liegt, der sich als Wettbewerbspreis ohne Eingriff des Staates zu Gunsten der schwächeren Betriebe herausgebildet hätte. Denn nur ein solcher Preis kann diesen teurer arbeitenden Betrieben die Fortführung ermöglichen.

Diese Kartellbildung und die Aufrechthaltung von Monopolpreisen, werden dadurch möglich, dass eine neue Konkurrenz nicht auftreten kann. Solange die Marktlage sich nicht derart verändert hat, dass ein neuerrichteter Betrieb rentabel arbeiten könnte, wäre es von vornherein aussichtslos, an die Gründung neuer Betriebsanlagen zu schreiten. Auch wenn der Kartellpreis eine Höhe erreicht oder überschritten hat, die einem neuen Betrieb Rentabilität gehen könnte, wenn er Wettbewerbspreis wäre, hätte ein neuer Betrieb nur dann Aussicht auf Rentabilität, wenn ihm von den schon bestehenden Betrieben eine Kartellquote eingeräumt wird. Wollen die alten Betriebe die Produktionseinschränkung und Gewinnschmälerung, die damit verbunden wären, nicht auf sich nehmen, dann bleibt dem neuen Betrieb nur die Aussicht auf eine Marktlage, die ihm Verluste bringen wird.

Wir können das Wesen unseres Falls noch klarer erkennen, wenn wir annehmen, dass der fragliche Produktionszweig nur durch einen einzigen Betrieb vertreten wird, der — im Hinblick auf die gegenwärtige Gestaltung der Marktlage — zu groß dimensioniert ist und daher seine volle Produktionskapazität nicht auszunützen vermag. Dieser Betrieb könnte seine Erzeugung bis zu dem Punkte ausdehnen, an dem die variablen Kosten (ohne Verzinsung und Amortisation des in den Anlagen steckenden Kapitals) vom Preis gerade gedeckt werden; der Anlage wird dann kein Teil des Produktpreises zugerechnet, sie ist wertlos. Wenn aber mit der Einschränkung der Produktion der Preis stärker steigt als die Durchschnittskosten, kann der Betrieb durch Produktionsbeschränkung Monopolpreise erzielen, [331] da das Auftreten neuer Konkurrenz nicht zu befürchten ist. Der Monopolgewinn wird dann den Anlagen zugerechnet; die früher wertlose Anlage bekommt jetzt Wert.

Der Monopolpreis wird auch in diesem Fall wie in jedem anderen dem Markte vom Eigentümer der Anlagen, nicht von den Verbrauchern vorgeschrieben. Die Verbraucher würden, da die Anlagen nun einmal in dem größeren, für die gegenwärtige Marktlage unwirtschaftlich großen Umfange dastehen und die Mittel, die in ihnen festgelegt wurden, der Befriedigung anderen Bedarfes, den die Verbraucher heute als wichtiger erachten, entzogen wurden, es vorziehen, wenn die Anlagen bis an die Grenze ihrer wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeit in Anspruch genommen werden. Dass das nicht geschieht, schmälert den Verbrauchern die Befriedigung, die sie unter den gegebenen Verhältnissen erlangen könnten. Sie hätten es noch lieber gesehen, wenn die Fehlleitung des Kapitals unterblieben wäre und wenn sie sich andere Güter hätten beschaffen können, die sie heute nicht bekommen, da die erforderlichen Mittel in — wie sich heute zeigt — unzumutbarer Weise gebunden wurden. Da es nun aber schon einmal so weit gekommen ist, wollen sie mehr von dem fraglichen Produkt haben, als sie um den Monopolpreis erwerben können.

l) Der Wettbewerbspreis ist durch die Grenzkosten bestimmt. Der Wettbewerb der Unternehmer hat die Tendenz, die Produktion bis zu jenem Punkte auszudehnen, an dem Kosten und Preis sich decken. Der einzelne Unternehmer kommt gar nicht dazu, die Frage zu prüfen, ob eine Einschränkung der Produktion für ihn nicht vorteilhafter wäre; denn er muss damit rechnen, dass die Einschränkung seiner Erzeugung durch die Erweiterung der Produktion seitens anderer Erzeuger wettgemacht werden wird.

In den Erwägungen, die ein monopolistischer Eigentümer darüber anstellt, ob er durch Einschränkung der Absatzmenge besser fährt als durch Verkauf der ganzen Menge, die er zum Konkurrenzpreis abzusetzen vermag, spielen Produktionskosten keine Rolle. Der verfügbare Vorrat ist ihm als feste Größe gegeben; es handelt sich allein um seine günstigste Verwertung. Das einzige, was der Monopolist für seine Berechnung benötigt, ist Kenntnis der Gestaltung der Nachfrage bei Preisen, die den Wettbewerbspreis übersteigen. Diese Nachfrage geht, falls das Monopolgut ein Gut höherer Ordnung ist, nicht von den Verbrauchern, sondern von Unternehmern aus, die mit Hilfe des Monopolguts Produkte für den Weiterverkauf herstellen wollen. Wenn diese Unternehmer damit zu rechnen haben, dass sie bei Einschränkung der Erzeugung höhere oder [332] niedrigere Produktionskosten (auf die Mengeneinheit des von ihnen zu erzeugenden Produkts bezogen) haben werden, dann wird das ihre Nachfrage nach dem Monopolgut beeinflussen. Der Monopolist hat, wenn er die Nachfragegestaltung richtig beurteilt, auch schon diesem Umstand voll Rechnung getragen.

Wenn man davon spricht, dass der Monopolist die Kostengestaltung zu berücksichtigen habe, denkt man an den — freilich häufigst gegebenen Fall, dass zwischen dem Eigentum am Monopolgut und der Unternehmung, die die erste Verarbeitung besorgt, Personalunion besteht. Doch man muss auch hier genau beachten, dass Monopolpreise nur der Eigentümer verfügbarer Vorräte, nicht der Unternehmer erzielt, und dass die Rücksicht auf die

Produktionskostengestaltung wieder nur dem Unternehmer als Verarbeiter obliegt.

Die auf die Mengeneinheit des Produkts bezogenen Produktionskosten können mit der Einschränkung der Erzeugung entweder unverändert bleiben oder steigen oder sinken. Wenn sie sinken, dann wird der Verkäufer, der Eigentümer des Monopolguts und sein Verarbeiter zugleich ist, durch Einschränkung der Produktion eher Monopolgewinn erzielen können als bei unveränderten Kosten. Wenn sie steigen, dann hat er nicht nur auf die Reaktion der Käufer auf die Preiserhöhung zu achten, sondern auch auf den Umstand, dass seine Gestehungskosten steigen.

Die Personalunion zwischen dem Eigentum am Monopolgut und seiner Verarbeitung kann in die Erwägungen des Verkäufers noch einen weiteren Gesichtspunkt hineinbringen. Hat er, etwa zu einer Zeit, da er noch nicht Monopolstellung hatte, Anlagen errichtet, die auf die Erzeugung der zum Konkurrenzpreis absetzbaren Menge eingerichtet sind, so muss er, wenn er die Erzeugung einschränkt, einen Teil dieser Anlagen außer Betrieb stellen; Verzinsung und Amortisation des in diesen Anlagen gebundenen Kapitals belasten ihn jedoch weiter. Es hängt von der Kalkulationsmethode ab, ob man diesen Umstand besonders in Rechnung stellt oder ihn in die Berechnung der Produktionskosten einbezieht.

Es ist, wie schön gezeigt wurde, wichtig, Unternehmervorgewinn und Monopolgewinn auseinander zu halten. Der Unternehmervorgewinn entsteht daraus, dass der Unternehmer die Gestaltung der Marktlage von heute in dem Zeitpunkt, als die Produktion einzuleiten war, deren Erzeugnisse heute auf den Markt gelangen, richtiger eingeschätzt hatte als die übrigen Wirte; er hat daher die Produktionsmittel zu Preisen erwerben können, die - wie jetzt allgemein begriffen wird - niedriger waren, als sie - bei richtiger Einschätzung der heutigen [333] Marktlage - hätten sein müssen, und so ergibt sich ein Überschuss der Verkaufspreise über die Kosten, eben der Unternehmervorgewinn. Es kann sich unter Umständen fügen, dass der Unternehmer, der jetzt als Eigentümer und Verkäufer der Produkte auftritt, durch die Gestaltung der Verhältnisse in der Lage ist, Monopolgewinne zu seinem Unternehmervorgewinn hinzuzufügen. Wenn der Bedarf den Verbrauchern so dringlich erscheint, dass sie bereit sind, für sofort greifbare Ware Preise zu bewilligen, die dem Unternehmer als vorteilhafte Monopolpreise erscheinen, dann wird er durch Zurückhaltung (oder Vernichtung) eines Teiles seines Vorrats Monopolpreise erzielen können. Die Konkurrenz wird hier durch den Umstand ferngehalten, dass wer erst heute zu produzieren beginnt, für die Versorgung der Nachfrage von heute noch nicht in Betracht kommt.

Jedem Umfang des Angebots ist bei gegebenem Stande der Nachfragegestaltung ein bestimmter Preis zugeordnet. Auch die Monopolpreise sind Preise; auch die Monopolpreise bringen Nachfrage und Angebot zur Deckung. Von dem Fall abgesehen, dass jede Vermehrung der auf dem Markte verfügbaren Menge des in Betracht kommenden Guts ausgeschlossen ist, ist auch jeder Wettbewerbspreis von Produkten durch den Umstand bestimmt, dass die verfügbaren Produktionsmittel nicht stärker für die Erzeugung des fraglichen Gutes ausgenutzt wurden. Hätte man mehr erzeugt, hätte man nicht auf einen Teil der gegebenen Produktionsmöglichkeiten verzichtet, wäre der Preis tiefer. Was Wettbewerbspreis und Monopolpreise scheidet, ist der Weg, auf dem es zu der Marktlage gekommen ist, aus der der Preis hervorgeht. Die Monopolpreise sind dadurch gekennzeichnet, dass das Angebot durch eine gegen die Wünsche der Verbraucher gerichtete Handlung eingeschränkt wurde, um den Preis zu beeinflussen. Damit ein Eigentümer von Produktionsmitteln so vorgehen kann, muss er zumindest über einen so großen Teil des gesamten Bestandes verfügen, dass er nicht befürchten muss, um den Erfolg der Preissteigerung durch das Vorgehen von Konkurrenten gebracht zu werden. Wer nicht in dieser Stellung ist, hat nie die Wahl zwischen Monopolpreisen und dem Wettbewerbspreis, der muss den Wettbewerbspreis hinnehmen, wie ihn der Markt bildet. Der Unternehmer sucht als Unternehmer den Wettbewerbspreis so gut zu ermitteln, als er es vermag, und sucht dann

seine Erzeugung so weit auszudehnen, als er im Hinblick auf diese Preisschätzung und den Stand der Produktionsmittelpreise noch rentabel erzeugen zu können glaubt. Wenn der Unternehmer nicht mehr von der fraglichen Ware erzeugt, ist das nicht etwa gleichzustellen dem Vorgehen des Eigentümers, der einen Teil der verfügbaren Produktionsmittel nicht ausnützt, um für sie höhere Preise zu erzielen. Er hat nicht mehr erzeugt, weil er nicht mehr riskieren wollte, oder weil ihm nicht größere Mittel zur Verfügung standen. Um die Erzeugung zum Zwecke der Preiserhöhung zu beschränken, hätte er die Möglichkeit haben müssen, andere Unternehmer von der Erzeugung fernzuhalten.

m) Schließlich müssen noch einige Worte dem Angebotsmonopol der Arbeit gewidmet werden. Der Monopolist hat, um einen Monopolpreis auf dem Markte durchzusetzen, das Angebot einzuschränken; ein Teil des gegebenen Vorrats muss vom Markte ferngehalten werden. Um den Arbeitslohn zu einem Monopolpreis zu machen, müssen Arbeiter, die bereit wären zu arbeiten, vom Arbeitsmarkte ferngehalten werden.

Es gibt unter den institutionellen Bedingungen der Gegenwart Mittel zur Einschränkung des Angebots an Arbeitern, die den Arbeitern, denen die Einschränkung Vorteil in der Lohngestaltung bringt, keine Kosten auferlegen oder nur solche Kosten, die sie nicht in Rechnung stellen. Die Sperre der Zuwanderung von ausländischen Arbeitern oder die Nichtgewährung von Arbeitserlaubnis an Personen, die irgendwelchen Bedingungen nicht entsprechen, (die z. B. Ausländer, Angehörige einer bestimmten Rasse oder eines bestimmten Volkes, Bekenner eines bestimmten Glaubens oder einer bestimmten Gesinnung sind, die irgendwelche Prüfungen nicht abgelegt haben oder die irgend einem Vereine irgendeiner Gewerkschaft — nicht angehören,) verknappt den Arbeitsmarkt und treibt die Löhne in die Höhe. Es ist dabei ohne Belang, ob diese Einschränkung der zum Arbeitsmarkte zugelassenen Arbeiter durch die Obrigkeit erfolgt oder durch Maßnahmen anderer gesellschaftlicher Gebilde, etwa der Gewerkschaften, deren Vorgehen von der Obrigkeit geduldet und durch Nichthindern der von ihnen zur Durchsetzung der Sperre ergriffenen Gewaltandrohung und Gewaltanwendung gefördert wird. Für die Preistheorie ist hier allein das wichtig, dass solche Verknappung des Marktes und die durch sie bewirkte Lohnsteigerung nicht immer zu Monopolpreisen führen muss. Wir haben den Ausdruck Monopolpreis zur Bezeichnung jener Fälle verwendet, in denen der Absatz einer kleineren Menge zu höherem Preis einen größeren Gesamterlös bringt als der Absatz des ganzen Vorrats zum Wettbewerbspreis. Ob das der Fall ist oder nicht, kümmert die Arbeiter, die durch Verknappung des Arbeitsangebots zu höheren Löhnen gelangen, nur dann, wenn sie an den Löhnen der durch ihre Politik vom Zutritt zum Arbeitsmarkte ausgeschlossenen Arbeiter interessiert sind. Ein Gewerkverein, der alle Arbeiter, die für die Leistung einer bestimmten Art [335] von Arbeit in Frage kommen, umfasst, für alle seine Mitglieder in gleicher Weise sorgen muss und nicht in der Lage ist, einen Teil der Mitglieder an einen andern Teilarbeitsmarkt abzustößeln, wird Monopolpreispolitik, treiben müssen. Er wird zu prüfen haben, ob er bei dem höheren Lohnsatz, den er durch Freisetzung einer Anzahl von Arbeitern den Unternehmern gegenüber durchzusetzen vermag, soviel mehr an Gesamtlohn für die beschäftigten Arbeiter erzielen kann, dass die Summe des Lohnbezugs aller Arbeiter — der arbeitenden sowohl als auch der feiernden — gegenüber dem Wettbewerbslohn erhöht wird. Nur dann wird die Lohnsteigerung der ganzen Arbeitergruppe, die der Gewerkverein vertritt, Gewinn bringen. In dieser Lage befindet sich ein Gewerkverein wenn es ihm obliegt, die, die durch seine Politik arbeitslos werden, zu entschädigen. Die Gewerkschaftspolitik ist jedoch nur in seltenen Ausnahmefällen Monopolpreispolitik. Die Bedingungen, unter denen sie zu arbeiten hat, sind in der Regel so beschaffen, dass die Sorge um das Schicksal der freigesetzten Arbeiter der öffentlichen Hand oder der privaten Wohltätigkeit zugeschoben wird, wenn die Opfer nicht überhaupt ohne alle Berücksichtigung bleiben.

Die mathematische Behandlung der Monopolpreislehre ↩

Die Lehre von den Monopolpreisen ist von der mathematischen Nationalökonomie mit besonderem Eifer behandelt worden. Der Anwendung mathematischer Methoden schienen sich auf diesem Gebiete günstigere Bedingungen zu bieten als auf dem Gebiete der Lehre von den Wettbewerbspreisen. Eine nähere Prüfung wird freilich zeigen, dass die Leistungsfähigkeit der Mathematik auch hier nur gering ist.

In der Behandlung des Wettbewerbspreises vermag die mathematische Denkform nichts anderes zu geben als einen mathematischen Ausdruck für die Darstellung der Gleichgewichtslage in der gleichmäßigen Wirtschaft. Die mathematische Behandlung vermag nichts darüber zu sagen, wie es zur Gleichgewichtslage kommt und wie Handeln der Marktparteien die Tendenz zur Erreichung der Gleichgewichtslage schafft. Alles, was sie uns gibt, ist eine Beschreibung der Gleichgewichtslage, wie sie sich dem nichtmathematischen Denken darstellt, in mathematischen Ausdrucksformen.

In der Lehre von den Monopolpreisen kommt die Mathematik an das Handeln näher heran. Sie zeigt uns, wie der Monopolist den optimalen Monopolpreis errechnen könnte, wenn er über alle in Betracht kommenden Daten verfügen würde. Der Monopolist kennt aber den Verlauf der Angebot- und der Nachfragekurve nicht. Er kennt nur Punkte, in denen sich die beiden Kurven einmal geschnitten haben. Er kann sich daher der Formeln, die ihm die mathematische Katalaktik beistellt, nicht dazu bedienen, um herauszufinden, ob es für ihn überhaupt einen Monopolpreis gibt und, wenn es mehrere sein sollten, welcher für ihn der vorteilhafteste wäre. Für das Handeln selbst sind mithin die Ergebnisse der mathematischen Überlegung auf diesem Gebiet [336] ebensowenig verwendbar wie auf dem der Wettbewerbspreise. Doch sie haben hier doch das für sich, dass sie das Denken des Handelnden darstellen, und nicht, wie in der Behandlung der Wettbewerbspreise, lediglich eine Hilfskonstruktion, mit der ein den Markt von außen her betrachtender Beobachter das Getriebe zu erfassen sucht.

Die mathematische Behandlung des Monopolpreises hat die Problemstellung verwirrt, indem sie den Monopolisten als Unternehmer und Produzenten, nicht als Eigentümer des Monopolgutes betrachtet hat. Man muss den spezifischen Unternehmervorgewinn vom spezifischen Gewinn des zu Monopolpreisen verkaufenden Wirts unterscheiden. Monopolpreise kann immer nur der Eigentümer erzielen; der Unternehmer erzielt sie stets nur als Eigentümer eines Monopolgutes, nicht als Produzent. Die Vorteile oder Nachteile, die sich durch das Sinken oder Steigen der Stückkosten bei Vergrößerung der Produktionsmenge ergeben, erhöhen oder senken den Gewinn des Monopolisten und beeinflussen dadurch sein Verhalten. Doch die katalaktische Betrachtung der Monopolpreisgestaltung hat darauf zu achten, dass der spezifische Monopolgewinn allein aus der Verfügung über das Monopolgut stammt, die es dem Monopolisten gestattet, die Absatzmenge zu verkleinern, ohne befürchten zu müssen, dass andere Verkäufer die Verkaufsmenge ausdehnen und damit seine Absicht, höhere Preise und höhere Gewinne zu erzielen, vereiteln. Alle Versuche, die Voraussetzungen des Auftretens von Monopolpreisen von Seite der Produktionskostengestaltung her zu umschreiben, sind daher verfehlt.

Es ist auch unzulässig, die Marktlage, aus der der Wettbewerbspreis hervorgeht, in der Weise zu umschreiben, dass man erklärt, der einzelne Produzent könnte auch eine größere Menge als die, die er tatsächlich verkauft, zum Marktpreise absetzen. Das trifft nur unter zwei Bedingungen zu: dass der Produzent, von dem die Rede ist, nicht der Grenzproduzent ist, und dass die zusätzliche Produktionsmenge ihm nicht Kosten bereitet, die im Marktpreis keine Deckung finden. Die Marktlage, die den Wettbewerbspreis entstehen lässt, ist auch nicht dadurch gekennzeichnet, dass kein einzelner Verkäufer einen Einfluss auf den Umfang des Angebotes und dadurch auf die Preisbildung zu nehmen vermag. Ihr Kennzeichen liegt vielmehr darin, dass kein Verkäufer, der entgegen den Wünschen der Käufer handelt, besser fährt, als er durch Befolgung der Weisungen der Verkäufer fahren würde. Wenn sonst auf

dem Markte die Verbraucher entscheiden, erlangen im Monopolpreis die Wünsche der Eigentümer den Vorrang. Die Monopolpreise durchbrechen die Demokratie des Marktes. Wettbewerbspreis für Kupfer bedeutet (im endlichen Ruhezustand): die Kupferbergwerke werden soweit ausgenützt, als es die Nachfrage der Verbraucher gestattet; mehr Kupfer kann nicht auf den Markt kommen, weil Ausdehnung der Kupferproduktion Kapital und Arbeit Verwendungen entziehen würde, in denen sie Bedarf, den die Käufer als dringender ansehen, befriedigen. Monopolpreis für Kupfer bedeutet: die Kupferproduktion wird gegenüber dem Umfang, den sie beim Wettbewerbspreis hätte, eingeschränkt, weil das für den Monopolisten vorteilhafter ist; Kapital und Arbeit, die, wenn es nach den Wünschen der Verbraucher ginge, der Kupferproduktion zugeführt worden wären, werden in Produktionen verwendet, die die Verbraucher als minderdringend ansehen. Der den Wünschen der Verbraucher entgegenstehende Sonderinteressenstandpunkt der Eigentümer der Kupfervorkommen hat die Oberhand. Die Verwendung von wirtschaftlichen Gütern folgt, soweit der Monopolpreis wirkt, nicht den Weisungen der Verbraucher.

[337]

VII. Die Kundschaft ↩

Man kann es nicht oft genug wiederholen, dass die Meinung grundfalsch ist, die Nationalökonomie setze in ihren Überlegungen Wirte voraus, die allwissend sind und die Marktlage vollkommen überblicken.

Damit eine Ware Käufer finde, muss das Angebot des Verkäufers dem Kauflustigen bekannt werden, und er muss sich über die Eigenschaften der angebotenen Ware unterrichten können. Auf dem Markte der Produktionsmittel treten als Käufer Unternehmer auf, die es sich zur besonderen Aufgabe gesetzt haben, die Marktlage und die Eigenschaften der angebotenen Waren genau zu studieren; der Wettbewerb des Marktes vollzieht täglich die Auslese der Unternehmer, die diese Aufgabe am vollkommensten lösen. Im Einkauf der Genussgüter durch die Verbraucher ist es anders. Kein Wirt verfügt über die Kenntnisse und Erfahrungen, die es ihm ermöglichen würden, die Beschaffenheit aller Genussgüter so zu beurteilen, dass er in jedem Falle das für seine Zwecke geeignetste Gut von weniger geeigneten Gütern unterscheiden könnte, und kein Wirt kann den Markt so gut überblicken, dass er stets die billigste Einkaufsquelle ausfindig machen könnte. Im Verkehr zwischen dem Einzelhändler und dem Verbraucher ist jener in der Regel diesem an Waren- und Marktkenntnis überlegen. Der Käufer muss in vieler Hinsicht den Worten des Verkäufers, der seine Ware anpreist, vertrauen, weil er sich nicht selten vor dem Einkaufe kein selbständiges Urteil zu bilden vermag. Der Einzelhändler ist nicht nur Verkäufer, er muss auch Berater des Käufers sein. Man kauft dort, wo man selbst oder wo Freunde, denen man vertraut, bisher gut bedient wurden. Man entschließt sich nicht leicht zum Wechsel einer Bezugsquelle, selbst wenn man nicht immer ganz zufrieden gestellt wurde.

Für den Verkäufer wird es daher zu einem besonderen Problem, das Vertrauen des Publikums zu erwerben und zu erhalten. Für die Gewinnung der Kundschaft müssen besondere Aufwendungen gemacht werden. Die Werbung ist mit beträchtlichen Kosten und mit persönlicher Mühe des Verkäufers und seiner Gehilfen verbunden. Es braucht Zeit, bis der Verkäufer über eine Kundschaft verfügt, d.i. über einen Kreis von Verbrauchern, die regelmäßig ihren Bedarf bei ihm zu decken pflegen. In der Zwischenzeit mag er genötigt sein, mit Verlusten zu arbeiten, denen nur die Erwartung späterer Gewinne gegenübersteht.

[338]

Kundschaft — goodwill — ist mithin, vom Standpunkte des Verkäufers aus gesehen, gewissermaßen ein unentbehrliches Produktionsmittel. Sie wird als solches bewertet, und der Preis, der für sie bei Übertragung an einen Geschäftsnachfolger gezahlt wird, entspricht

dieser Bewertung [160] . Ob der goodwill in der Buchführung und Bilanz des Unternehmens offen aufscheint oder nicht, ist unwesentlich. Für die Katallaktik ist allein die Frage nach der Natur dieses eigenartigen Produktionsmittels und der dafür gezahlten Preise von Bedeutung.

Wir haben da drei Fälle zu unterscheiden.

Zunächst den Fall, in dem die Kundschaft dem Verkäufer die Möglichkeit gibt, Monopolpreise zu erzielen. Über diesen Fall ist nichts zu bemerken, was über das in der Behandlung der Monopolpreise Gesagte hinausgehen würde.

Dann den Fall, in dem die Kundschaft dem Verkäufer gerade die Möglichkeit gibt, eine begrenzte Warenmenge zu den Bedingungen zu verkaufen, zu denen auch die Konkurrenten verkaufen. Er vermag nur die Konkurrenzpreise zu erzielen und muss sehen, wie er die Kosten, die mit der Erwerbung der Kundschaft verbunden waren, aus dem Ertrage seiner Geschäfte hereinbringt. Die Kundschaft ist ein Produktionsmittel wie die übrigen Produktionsmittel, hat wie diese eine begrenzte Produktionsfähigkeit und wird demgemäss bewertet. Man kann sie entweder kaufen, (indem man ein schon bestehendes Unternehmen mit dem Teil seiner Kundschaft, die auf den Geschäftsnachfolger übertragbar ist, erwirbt,) oder man muss sie selbst aufbauen (indem man als Anfänger durch Werbung und durch Abwarten der kundschaffenden Wirkung guter Bedienung der Käufer Kundschaft originär erwirbt.)

Und nun der dritte Fall: Der Verkäufer kann, weil er über eine besonders gute Kundschaft — über Stammkunden oder «treue» Kunden verfügt, für gleiche Leistung höhere Preise erzielen als Konkurrenten, die nicht über solche gute Kundschaft verfügen. Was diesen Fall vom ersten Fall unterscheidet, ist das, dass dieser Aufschlag auf die Preise, die die Konkurrenten erzielen, nicht aus einer vom Verkäufer zum Zwecke der Erhöhung seines Reinerlöses herbeigeführten Beschränkung der Verkaufsmenge hervorgeht. Der Verkäufer könnte durch Herabsetzung seiner Preisforderung den Umfang des Absatzes überhaupt nicht erhöhen. Oder aber die Vergrößerung des Absatzes erfordert eine Erweiterung und Umgestaltung seines Unternehmens, für die ihm entweder die Mittel fehlen oder die, [339] nach seiner Beurteilung der Marktlage, ihm nicht Gewinne, sondern Verluste bringen würde. Die Beschränkung des Absatzes ist somit nicht vom Verkäufer durch Nichtverwendung eines Teiles der ihm zur Verfügung stehenden Produktionsmittel (eben der Kundschaft, des goodwill) herbeigeführt worden, sondern durch die Marktlage. Die Preise, die er erzielt, sind daher Konkurrenzpreise und nicht Monopolpreise.

Um die Irrtümer zu meiden, die der heute beliebten Verwischung des Gegensatzes zwischen Wettbewerbspreis und Monopolpreisen zugrunde liegen, empfiehlt es sich, auf die Erwägungen einzugehen, die ein Unternehmer anstellt, wenn die Frage der Erweiterung seines Produktions- und Geschäftsumfanges an ihn herantritt.

Die Erweiterung der Produktion erfordert die Investition zusätzlichen Kapitals, [161] das nur verfügbar ist, wenn dafür im Wirtschaftsgefüge keine dringendere Verwendung gefunden werden kann. Es macht dabei keinen Unterschied aus, ob der Unternehmer persönlich reich genug ist, um eigenes Kapital aufzuwenden, oder ob er Kredit in Anspruch nehmen müsste. Auch das eigene, außerhalb des Unternehmens angelegte Kapital des Unternehmers ist nicht freies Kapital, es ist in irgendwelchen Anlagen gebunden und müsste aus diesen herausgezogen werden, um die Erweiterung des fraglichen Geschäftsbetriebs zu ermöglichen. [162] Erscheint diese alte Anlage dem Unternehmer besser, dann wird er sie nicht gegen die schlechtere Aussichten bietende Anlage im eigenen, im bisherigen Umfang blühenden Unternehmen vertauschen wollen. Dazu treten dann noch persönliche Gesichtspunkte. Der Unternehmer mag sich die Fähigkeit zur Führung eines größeren Betriebs nicht zutrauen oder es mag für ihn physisch unmöglich sein, die größere

Arbeitsleistung auf sich zu nehmen. Er mag glauben, dass die Erweiterung des Absatzes das Aufsuchen neuer «Märkte» erfordert, deren Verhältnisse ihm fremd sind. Wenn wir sehen, dass viele Inhaber gutgehender Unternehmungen nicht an die Erweiterung des Unternehmungsumfanges schreiten, dürfen wir nicht annehmen, dass sie so aus Erwägungen heraus handeln, die denen eines Monopolisten, der Monopolpreise erzielen will, gleichartig oder verwandt sind. Diese Unternehmer halten die Aussichten, die ihnen die Erweiterung des Unternehmens [340] zu bieten scheint, nicht für verlockend genug, um das Wagnis auf sich zu nehmen. Dass ihre Bedenken nicht grundlos sind, zeigen die zahlreichen Beispiele von einstmals blühenden Unternehmungen, die durch Ausdehnung ihres Betriebsumfanges ruiniert wurden.

Wenn die Kundschaft es dem Unternehmer ermöglicht, höhere Preise zu erzielen als die Konkurrenten oder bei gleichen Preisen größeren Umsatz zu machen, so dass er Erträge erzielt, die der Kundschaft zugerechnet werden, könnte er freilich durch Preisnachlass auf diese Gewinne verzichten, gradeso wie jeder Unternehmer auf den Unternehmergewinn verzichten könnte, und wie auch jeder andere Wirt — Arbeiter oder Eigentümer von sachlichen Produktionsmitteln — auf die Ausnützung der Marktlage verzichten und seine Leistungen billiger abgeben könnte. Doch das wäre nichts als ein Geschenk. Die Beschenkten wären die Käufer, die zum Zuge kommen; sie wären begünstigt gegenüber den anderen Kauflustigen, die gleichfalls bereit sind, diesen — durch die Liberalität des Verkäufers — ermäßigten Preis zu zahlen, aber nicht zum Zuge kommen können, weil der Vorrat bereits erschöpft ist. Dass ein solches Verhalten der Verkäufer nicht «sozial» wäre, wie ein dem Ressentiment entstammendes weitverbreitetes Vorurteil meint, liegt auf der Hand; es würde vielmehr, wenn es allgemein würde, der Marktwirtschaft die Wirkungsmöglichkeit nehmen. Die Aussicht, Gewinn zu erzielen, setzt das Getriebe in Bewegung. Ohne Unternehmergewinn kann die Marktwirtschaft nicht arbeiten.

Die Begrenzung des Produktionsumfanges ist immer das Ergebnis von Erwägungen des Unternehmers, der möglichst viel gewinnen und nicht verlieren will. Nicht in dem Umstand, dass der Unternehmer die Produktion nicht erweitert, obwohl er doch annehmen darf, dass er durch niedrigere Verkaufspreise den Absatz vergrößern könnte, liegt das Kriterium der Monopolistenaktion. Um Monopolpreise von Konkurrenzpreisen zu unterscheiden, hat man zu prüfen, ob diese Beschränkung dem Unternehmer durch die Lage des Marktes vorgeschrieben wurde, oder ob er sie freiwillig vorgenommen hat, weil er - als alleiniger Besitzer eines für die Erzeugung unentbehrlichen Produktionsmittels — nicht befürchten muss, dass andere ihre Produktion entsprechend ausdehnen werden, und weil er beim Verkauf einer kleineren Menge zu höherem Preis besser fährt als beim Verkauf einer größeren Menge zu niedrigerem Preis.

Man hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten überall eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die es sich zum Ziele setzte, die Stellung einzelner Produzenten und Händler und einzelner [341] Gruppen von Produzenten und Händlern derart zu privilegieren, dass ihnen die Erzielung von Monopolpreisen ermöglicht werde. Diese Bestrebungen waren besonders stark im Einzelhandel. Wenn nun ein Einzelhändler unter dem Schutze der obrigkeitlichen Konkurrenzbeschränkungen, die sein Unternehmen privilegieren, in die Lage kommt, Monopolpreise zu erzielen, so hat das nichts mit der Kundschaft zu tun. Das Produktionsmittel, dessen Ausnützung beschränkt wurde, um die Monopolpreisbildung zu ermöglichen, ist nicht die Kundschaft, sondern das Privileg.

Auch ein Gemüsehändler, der «gut eingeführt» ist, also eine Kundschaft besitzt, kann, wenn seine Stellung nicht durch die Obrigkeit privilegiert ist, nicht daran denken, durch Unterlassung einer Preisermäßigung seine Gewinne zu steigern. Wenn andere billiger verkaufen können, dann wird sein Kundenkreis und der Umfang seines Absatzes sinken. Doch wenn die Obrigkeit eingreift, wird es anders. Wenn die Obrigkeit den Warenhäusern,

Filialgeschäften und Wanderhändlern verbietet, Gemüse zu verkaufen oder sie durch Sondersteuern belastet, oder wenn sie Maßnahmen ergreift, um den Käufern den Bezug aus entfernteren Verkaufsstätten zu erschweren oder unmöglich zu machen, dann ist durch ihr Einschreiten der Weg freigelegt, der bei entsprechender Gestaltung der Nachfrage zu Monopolpreisen führen kann.

Monopolpreise setzen eben immer auch Monopolstellungen voraus; nur dort, wo das Auftreten von Konkurrenten, die die Restriktion des Eigentümers eines Gütervorrates zu durchkreuzen fähig wären, ausgeschlossen ist, können Monopolpreise zur Geltung kommen.

Den Ausgangspunkt der Erwägungen, die einen Verkäufer veranlassen können, durch Einschränkung des Absatzes Monopolpreise und Monopolgewinne anzustreben, muss immer der Tatbestand bilden, dass seine Einschränkung nicht durch Ausdehnung des Absatzes seitens anderer Verkäufer aufgewogen werden kann. Denn wenn das eintritt, könnten die Preise gar nicht steigen; der Verkäufer könnte sich gar nicht die Frage vorlegen, ob er mit der Einschränkung des Absatzes besser fahren wird.

VIII. Die Preisgestaltung beim Nachfrage-Monopol [↩](#)

Monopolpreise entstehen nur beim Monopol des Angebots. Das Monopol der Nachfrage wirkt auf dem Markte nicht anders als nichtmonopolisierte Nachfrage. Auch der Wirt, der sich allein für den Ankauf eines Gutes interessiert, nach dem kein [342] anderer fragt, kann auf dem Markte nicht anders vorgehen als konkurrierende Käufer. Wenn er die Nachfrage einschränkt, wird er wohl den Preis verbilligen; doch er wird sich dafür auch mit dem Ankauf einer geringeren Menge begnügen müssen.

Das, was man als Monopol der Nachfrage zu bezeichnen pflegt, sind Erscheinungen der Preisgestaltung von komplementären Produktionsmitteln absolut spezifischen Charakters.

Zur Erzeugung des wirtschaftlichen Gutes m bedarf man außer Produktionsmitteln nicht spezifischen Charakters auch noch die beiden Güter a und b , von denen jedes absolut spezifischen Charakter trägt und durch kein anderes Gut ersetzt werden kann; um eine Einheit von m zu erzeugen, muss je eine Einheit von a und b aufgewendet werden; der verfügbare Vorrat von a sei beträchtlich größer als der Vorrat von b . Unter diesen Voraussetzungen wird es den Eigentümern von Stücken des Gutes a nicht möglich sein, einen Preis für a zu erzielen, der die Null merklich übersteigt. Die Nachfrage nach a wird immer hinter dem Angebot weit zurückbleiben; a wird freies Gut.

Wenn nun aber die Eigentümer von a sich zu einem Kartell zusammenschließen, dann können sie den Spieß umkehren. Wenn sie die Menge von a , die sie auf dem Markte ausbieten, so stark vermindern, dass die für die Produktion verfügbare Menge von a nun hinter der Menge von b zurückbleibt, dann werden sie für die verkauften Mengen von a beträchtliche Preise erzielen, b aber wird bis auf Null fallen. Wenn daraufhin auch die Eigentümer von b sich zu einem Kartell zusammenschließen, wird es zu einem Preiskampf besonderer Art zwischen den beiden Gruppen kommen, über dessen Ausgang die Katallaktik nichts sagen kann. Der Preisbildungsprozess kann, wie schon gezeigt wurde, für den Fall, dass zur Produktion eines Gutes niedriger Ordnung mehr als ein komplementäres Produktionsmittel absolut spezifischen Charakters benötigt wird, nicht zu einem praxeologisch bestimmbar eindeutigen Ergebnis führen.

Es macht dabei keinen Unterschied aus, ob die beiden Kartelle der Eigentümer von a und von b zusammengenommen auf dem Markte eine solche Stellung einnehmen, dass sie für a und b zusammengenommen Monopolpreise erzielen können. Ob der Preis, den die Käufer für a und b [163] zusammengenommen bezahlen, Wettbewerbspreis oder Monopolpreis ist, ist belanglos.

Das, was man in der Sprache des Wirtschaftslebens als Monopol der Nachfrage zu bezeichnen pflegt, erweist sich mithin bei näherer Betrachtung als ein Angebotsmonopol, dessen Bildung unter besonderen Umständen erfolgt. Die Eigentümer von *a* und von *b* suchen für *a* und für *b* Monopolpreise zu erzielen, indem sie das Angebot von *a* (oder von *b*) vermindern, wobei es ohne Belang für sie sein kann, ob damit auch eine Monopolpreisbildung für *m* erzielt wird. Das, auf was es ihnen zunächst ankommt, ist, aus dem Betrag, der für *a* und *b* zusammen bewilligt wird, einen Anteil, und zwar einen möglichst großen Anteil, zu erlangen. So wie wir den Fall schematisch vor uns sehen, enthält er nichts, was den Ausdruck «Monopol der Nachfrage» rechtfertigen würde.

Diese Ausdrucksweise lässt sich jedoch aus der Gestaltung erklären, die die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen der Eigner von *a* und von *b* in der Regel annimmt. Wenn die Eigentümer von *a* zugleich die Unternehmer sind, die den ganzen Produktionsprozess führen, dann erscheint ihr Zusammenschluss zu einem Kartell als Bildung eines Monopols der Nachfrage nach *b*. Die Personalunion zwischen den Unternehmern und den Eigentümern von *a* ist aber keine notwendige Bedingung für das Auftreten der Preisgestaltung der besprochenen Art.

Unser Beispiel wird nur in unwesentlichen Punkten verändert, wenn wir annehmen wollen, dass die beiden Produktionsmittel *a* und *b* auch noch eine andere Verwendung als die zur Erzeugung von *m* zulassen, dass sie mithin nicht absolut spezifischen Charakter tragen, wofern nur ihr Wert in dieser anderen Verwendung entsprechend niedriger ist.

IX. Der Verbrauch unter dem Einfluss der Monopolpreise ↩

Wo Monopolpreise gebildet werden, wird die Einflussnahme der Verbraucher auf die Versorgung beschränkt. Die Demokratie des Marktes findet in den Monopolpreisen eine Grenze.

Die Wirkung der Monopolpreise auf die einzelnen Verbraucher ist verschieden je nach ihrem Verhalten:

a) Ungeachtet der Verteuerung schränkt der Verbraucher seinen Verbrauch des Monopolgutes nicht ein und muss daher auf die Befriedigung anderen, weniger wichtigen Bedarfs verzichten. [164]

b) Der Verbraucher schränkt den Verbrauch des Monopolgutes [344] soweit ein, dass er für seine Beschaffung nicht mehr auslegt, als er bei Bestehen des Wettbewerbspreises für die Erwerbung einer größeren Menge auslegen würde. [165]

c) Der Verbraucher schränkt den Verbrauch des Monopolgutes soweit ein, dass er einen Teil des Betrages, den er bei Bestehen des Wettbewerbspreises dafür ausgeben würde, für die Befriedigung von Bedürfnissen verwendet, die er sonst nicht befriedigt hätte. [166]

d) Der Verbraucher legt für die Erwerbung des Monopolgutes mehr aus, als er bei Bestehen des Wettbewerbspreises ausgelegt hätte, und erwirbt dennoch nur eine geringere Menge davon.

In jedem Falle wird die Versorgung des Verbrauchers verschlechtert. Sie wäre bei Bestehen des Wettbewerbspreises besser als unter der Geltung des Monopolpreises. Die Unternehmer leiten die Produktion nicht in die Richtung, die den Wünschen der Verbraucher, soweit die vorhandenen Mittel reichen, am besten dient. Erzeugt wird nicht das, was die Wünsche der Verbraucher unter Geltung des Wettbewerbspreises befriedigt hätte. Die Monopolisten erhalten, wenn sich nicht alle Verbraucher nach Punkt *c* benehmen, höhere

Erlöse, und die Wünsche der Verbraucher werden weniger vollkommen befriedigt. Auch im Falle c , in dem die Verbraucher Bedürfnisse befriedigen, die sie bei Geltung des Wettbewerbspreises nicht befriedigt hätten, sind sie schlechter daran; denn diese Bedürfnisse erscheinen ihnen doch weniger dringend als die, auf deren Befriedigung sie verzichten mussten.

Beim Wettbewerbspreis ist der Eigentümer der Produktionsmittel der fügsame Diener des Verbrauchers; bei Monopolpreisen ist es dem Monopolisten möglich, die Bedarfsdeckung des Verbrauchers von den Wegen abzulenken, die der Verbraucher ihr gewiesen hätte, wenn ihm die Wahl gegeben wäre. Der Monopolist mag ein Wohltäter der Menschheit sein, der den spezifischen Monopolgewinn nicht für sich, sondern für die edelsten Zwecke ausgibt; er ist auf keinen Fall ein so vollkommener Diener der Verbraucher wie der Eigentümer, der sich mit Wettbewerbspreisen begnügt.

[345]

Die Bedingungen für die Bildung von Monopolpreisen sind in der unbehinderten Marktwirtschaft nur für wenige Güter gegeben. Nahezu alle Monopole verdanken ihre Entstehung obrigkeitlichen Beschränkungen des Wettbewerbs. Auch die Monopol- und Kartellvereinbarungen, die über das Gebiet einzelner Staaten hinausgreifen, sind meist nur durch die handelspolitische Absperrungspolitik ermöglicht worden. Die Zahl der «natürlichen» Monopole war und ist auch gegenwärtig nur gering. Sie betrifft in der Regel Rohstoffe, die nur durch die Ausbeute von einigen wenigen Fundstätten gewonnen werden können. Wer das Sondereigentum an den Fundstätten der mineralischen Rohstoffe für schädlich ansieht, weil es zu Vergeudung unersetzbarer Materialien führt, wird es zwar nicht tadeln dürfen, dass die monopolistische Bewirtschaftung der Fundstätten mancher dieser Stoffe den Verbrauch in der Gegenwart einschränkt und damit für die kommenden Zeiten mehr übrig lässt, als es bei Wettbewerb geschehen würde. Er wird, wenn er folgerichtig denkt, nicht fordern, dass die Obrigkeit eingreife, um die Bildung von Monopolpreisen zu verhindern; denn das würde wohl die Versorgung der gegenwärtig lebenden Verbraucher verbessern, müsste aber die der späteren Geschlechter schmälern.

Der Hinweis auf diesen Tatbestand dient nicht etwa der Verteidigung oder Rechtfertigung der Monopolpreise. Die Nationalökonomie hat in Bezug auf die gesellschaftliche Wirkung der Monopolpreise nur das festzustellen, dass die Bildung von Monopolpreisen der Demokratie des Marktes Grenzen setzt; unter dem Einfluss der Monopolpreise werden die Produktionsmittel anders verwendet, als die Verbraucher es wünschen.

Man hat in dem mit großer Heftigkeit geführten Streit um die Kartelle und Trusts von beiden Seiten Argumente ins Treffen geführt, die der Kritik nicht standhalten können. So hat man z. B. einen Vorzug der Monopole in Kostenersparnissen sehen wollen. Die Vereinigung der Produktion eines Artikels in einer Hand könne zu Kostenersparnissen verschiedenster Art führen. Dadurch werden Kapital und Arbeit freigesetzt, die nun für die Deckung anderer, bisher weniger gut befriedigter Bedürfnisse der Verbraucher verwendet werden können. Diese Argumentation vermengt jedoch Dinge, die sorgfältig auseinandergehalten werden müssen. Die Verdrängung der kleineren und wegen ihrer Kleinheit teurer arbeitenden Betriebe durch den rationelleren kostensparenden Grossbetrieb hat mit der Bildung von Monopolpreisen nichts zu tun. Dieser Prozess vollzieht sich im Wettbewerb des Marktes. Es bedarf nicht der Monopolbildung, damit der mit höheren Kosten arbeitende [346] Erzeuger von dem mit geringeren Kosten arbeitenden ausgeschaltet werde.

Vermengung verschiedener Probleme ist auch im Spiele, wenn man die Vereinheitlichung der auf den Markt gebrachten Warentypen und die dadurch bewirkte Kostenherabsetzung als Vorzug der Monopolbildung preist. Wenn alle Menschen gleich gekleidet wären, dann würde

die Herstellung der Kleider weniger Kosten verursachen und die Ersparnis könnte zur Versorgung von Bedarf, der sonst unbefriedigt bleibt, verwendet werden. Doch wenn die Verbraucher so werten würden wie diese Kritiker, dann würden sie auch ohne Monopol und ohne Zwang die billigeren Uniformen den teureren, individuell verschiedenen Kleidern vorziehen und die Ersparnisse für den Ankauf von Gütern verwenden, auf die sie heute verzichten. Wenn man sie aber gegen ihren Willen uniformiert, macht man sie nicht glücklicher, auch wenn ihnen dadurch Mittel für die Deckung anderen Aufwands frei werden. Man mag das Verhalten der Verbraucher als töricht ansehen. Doch Bedürfnisbefriedigung ist subjektiv.

X. Die Diskriminationspreise [↩](#)

Der Wettbewerbspreis und die Monopolpreise sind für gleiche Leistung für alle Verbraucher gleich. Die Wertungen der Verbraucher und der Nachdruck, mit dem sie auf dem Markt ihre Begehungen geltend zu machen wissen, sind verschieden. Dennoch haben alle den gleichen Preis zu zahlen. Der Reiche zahlt für ein Stück Brot nicht mehr als der Arme, obwohl er auch mehr zu zahlen bereit wäre, wenn der Marktpreis höher und Brot billiger nicht zu erhalten wäre. Der Musikenthusiast, der lieber seinen Aufwand für Nahrung, Bekleidung und Wohnung stark einschränken wollte, als auf gute Aufführungen Beethoven'scher Symphonien zu verzichten, zahlt für die Eintrittskarte denselben Preis, den der bezahlt, dem Musik nicht mehr bedeutet als Zerstreuung für einige müßige Stunden und der auf den Konzertbesuch verzichten würde, wenn er ihm das Opfer der Nichtbefriedigung irgend eines Begehns nach nichtigen Dingen auferlegen würde. Diese Differenz zwischen dem Betrag, den der Verbraucher für den Ankauf im Hinblick auf die Marktlage aufwenden muss, und dem Betrag, den er äußerstenfalls aufzuwenden bereit wäre, hat man mitunter als Konsumentengewinn oder als Konsumentenrente [\[167\]](#) bezeichnet.

[347]

Unter bestimmten Voraussetzungen ist es dem Verkäufer möglich, die einzelnen Käufer oder Käuferschichten in der Weise verschieden zu behandeln, dass er von jedem einen Preis fordert, der unter Umständen selbst bis zum Betrag gehen kann, den dieser Käufer äußerstenfalls aufzuwenden bereit wäre, und meist für keinen Käufer, der auch beim Wettbewerbspreis gekauft hätte, für die Menge, die er zum Wettbewerbspreis gekauft hätte, niedriger ist als der Wettbewerbspreis.

Die eine Voraussetzung des Auftretens von Diskriminationspreisen ist die, dass die Leistung so unmittelbar vom Verkäufer an den Käufer gerichtet wird, dass ihre Ablenkung auf andere Verbraucher nicht möglich ist. Denn wäre solche Ablenkung möglich, dann könnte der durch die Diskrimination benachteiligte Käufer den direkten Ankauf beim diskriminierenden Verkäufer unterlassen und bei einem der Wirte, die zu billigeren Preisen kaufen können, seinen Bedarf decken. Die zweite Voraussetzung ist die, dass die Einschränkung der Nachfrage, mit der die durch die Diskrimination betroffenen Konsumenten reagieren, keinen Ausfall an Verkaufserlös hervorbringt. Diese zweite Voraussetzung ist immer gegeben, wenn die Nachfragegestaltung so beschaffen ist, dass sie Monopolpreise ermöglicht. Sie kann aber auch gegeben sein in Fällen, in denen die Nachfragegestaltung Monopolpreise, die dem Verkäufer vorteilhaft wären, nicht auftreten lässt. Denn die Diskriminationspreise zwingen den Verkäufer nicht dazu, auf Käufer, die zum Wettbewerbspreis gekauft hätten, zu verzichten. Er verliert keinen Käufer ganz; er hat nur damit zu rechnen, dass manche Käufer — nämlich die, von denen er höhere Preise als den Wettbewerbspreis fordert, — die Ankaufsmenge verringern. In der Regel wird es aber möglich sein, diesen Ausfall an Absatzmenge wettzumachen durch Verkauf zu Preisen, die unter dem Wettbewerbspreis liegen, an Schichten, denen der Wettbewerbspreis zu hoch war, und so den ganzen Vorrat abzusetzen.

Daher hat der Verkäufer in der Regel auch dann, wenn Personalunion zwischen dem Eigentum am fraglichen Gut und seiner Weiterverarbeitung besteht, auf die Kostengestaltung keine Rücksicht zu nehmen. Denn wenn er durch die Forderung von Diskriminationspreisen die Absatzmenge nicht beschränkt, kann in der Gestaltung der Verarbeitungskosten keine Änderung eintreten.

Ein Arzt, der in der Woche 200 Krankenbehandlungen durchführen kann, kann volle Beschäftigung in der Behandlung von 50 Kranken finden, wenn er für jede Behandlung 3 Schilling verlangt. Wenn er die 10 Wohlhabenderen, die 60 von den 200 Behandlungen konsumieren, nur für ein höheres Entgelt, etwa [348] für 4 Schilling zu behandeln bereit ist, dann wird er die Zahl der von ihnen beanspruchten Behandlungen auf 40 herabsetzen; dagegen wird er 20 Behandlungen für ein Entgelt von 2 Schilling Kranken zukommen lassen können, die nicht imstande waren, das Entgelt von 3 Schilling zu leisten. Ohne Diskrimination beträgt das Wocheneinkommen dieses Arztes 600 Schilling; bei Diskrimination 620 Schilling.

Da Diskrimination von den Verkäufern nur dann geübt wird, wenn sie ihnen Vorteil bringt, erhellt, dass Diskriminationspreise zur Umgestaltung des Konsums und mithin auch zu einer anderen Aufteilung der Produktionsmittel auf die verschiedenen Produktionszweige führen. Denn das Ergebnis der Diskrimination ist immer das, dass auf dem Markte für die Beschaffung der von ihr betroffenen Waren und Dienste mehr aufgewendet wird als beim Konkurrenzpreis und bei Monopolpreisen; die Käufer müssen die Mehrauslagen durch Einsparungen bei der Befriedigung anderer Bedürfnisse wettmachen. Da nicht anzunehmen ist, dass die Verkäufer den Mehrerlös gerade zum Ankauf der Güter und Dienstleistungen verwenden werden, auf die die Käufer der von der Diskrimination betroffenen Artikel verzichten mussten, werden sich daraus Verschiebungen im Konsum und mithin auch in der Produktion ergeben müssen.

Nicht für alle betroffenen Verbraucher bedeuten Diskriminationspreise eine Verschlechterung der Bedürfnisbefriedigung. In dem früher gebrauchten Beispiele wird durch die Diskrimination Kranken, die nicht mehr als 2 Schilling für eine Behandlung aufzuwenden bereit sind, die Inanspruchnahme von 20 Behandlungen ermöglicht. Den dadurch erforderlichen Aufwand müssen sie durch Verzicht auf andere Aufwendungen einbringen. Doch sie schätzen die Genüsse, die sie durch diese anderen Aufwendungen erlangen können, niedriger ein als die Vorteile, die ihnen aus der ärztlichen Behandlung erwachsen. Ihre Bedürfnisbefriedigung ist besser unter dem Diskriminationspreis als unter dem Konkurrenzpreis.

Um die Bedeutung, die den Diskriminationspreisen zukommt, ins rechte Licht zu rücken, und um ihre Überschätzung, die mitunter begegnet, auf das richtige Maß zurückzuführen, muss man daran erinnern, dass die Konkurrenz der Käufer innerhalb der Grenzen, in denen Produktionssteigerung Senkung der Durchschnittskosten ergibt, jedem einzelnen unter ihnen Vorteil bringt. Dass 1000 Leute, und nicht nur 10 oder 20, sich für ein Buch interessieren, ermöglicht die Drucklegung und den Verkauf des einzelnen Exemplars zu einem Preise, der für 1000 Leute erschwinglich ist. So mag es denn mitunter [349] vorkommen, dass nur der Umstand, dass Diskrimination der Käufer statthaben kann, eine Bedarfsdeckung möglich macht, die bei Unmöglichkeit der Diskrimination nicht erfolgen könnte.

In einem Orte leben p Kunstfreunde, die bereit wären, für den Genuss der Darbietung eines Meisters je 10 Schilling zu bezahlen. Die Veranstaltung des Konzertes erfordert jedoch einen Aufwand von mehr als $10 p$ Schilling und muss daher unterbleiben. Wenn aber Diskriminierung der Preise möglich ist und sich unter den p Kunstfreunden n finden, die bereit sind, 20 Schilling zu leisten, kann das Konzert veranstaltet werden, da der Aufwand von $10(n + p)$ Schilling dafür ausreicht. Diesen Betrag werden die Kunstfreunde dadurch

aufbringen, dass jeder Einzelne der Gruppe n 20 Schilling und jeder Einzelne der Gruppe ($p - n$) den Betrag von 10 Schilling dadurch einspart, dass er die mindestwichtigste Ausgabe, für die er sonst diesen Betrag aufgewendet hätte, unterlässt. Jeder Einzelne wird mithin besser fahren, als er gefahren wäre, wenn die Abhaltung der Veranstaltung wegen der Unmöglichkeit, die Besucher verschieden zu behandeln, unterblieben wäre. Es liegt im Interesse der Veranstalter, den Kreis derer, die zugezogen werden, soweit auszudehnen, bis die Grenze erreicht wird, wo die Zuziehung weiterer Personen höhere Kosten bereitet als der Preis, den diese bereit sind, für die Zulassung zu entrichten.

Alle, die das Konzert besuchen, haben auf Genüsse anderer Art verzichten müssen, um ihre Eintrittskarten zu erwerben. Doch sie schätzen eben diese anderen Genüsse niedriger ein als den Konzertgenuss.

Anders liegen die Dinge, wenn das Konzert auch dann hätte veranstaltet werden können, wenn alle Besucher nur 10 Schilling für ihre Karte bezahlt hätten. Dann bedeutet die Diskriminierung, dass ein Teil der Besucher — n Besucher — mehr aufwenden müssen, als sie unter dem Wettbewerbspreis aufgewendet hätten. Sie fahren schlechter, als sie sonst gefahren wären.

Der praktisch häufigste Fall der Abstufung der Konzert- und Theatereintrittspreise und der Eisenbahnpersonentarife bedeutet nicht Diskriminierung der Konsumenten im Sinne der Preistheorie. Wer mehr zahlt, bekommt nicht dasselbe, das der, der weniger zahlt, erhält. Die höheren Preise geben bessere Plätze, bequemere Reisemöglichkeit u. dgl.; sie geben Gelegenheit, Snobismus aller Art zu befriedigen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass man imstande sei, Geld leichter auszugeben, als andere es können. Diskriminierung liegt dagegen vor, wenn der gewissenhafte Arzt, der jeden Kranken so gut behandelt, als er nur kann, von einem wohlhabenderen Kranken mehr fordert als [350] von einem weniger wohlhabenden. Diskriminierung üben die Eisenbahnen, wenn sie für den Transport von Gütern, deren Versendung bei gleichen Kosten für die Bahn dem Verfrächter einen höheren absoluten Ertrag bringt, mehr verlangen als für den Transport von Gütern, bei denen dieser Ertrag kleiner ist. Dass der Arzt und die Eisenbahn dabei durch die Rücksichtnahme darauf beschränkt sind, dass der Kranke und der Verfrächter sich anders helfen könnten, ist selbstverständlich. Diskriminierung kann eben nur geübt werden, wenn die Voraussetzungen, von denen wir oben gesprochen haben, gegeben sind.

Diese Voraussetzungen werden in vielen Fällen nur durch das Eingreifen der Obrigkeit und ihres Zwangsapparats geschaffen. Wo die Obrigkeit sich selbst oder einem Privilegierten die Stellung eines Monopolisten verschafft hat, könnte sie, wenn sie wollte, oft auch diskriminieren. Die Erzeugnisse der Tabakmonopole werden zu Monopolpreisen abgesetzt. Das Schulgeld der öffentlichen Lehranstalten, die ein Prüfungs- und Berechtigungsmonopol haben, ist dagegen mitunter nach dem Einkommen der Eltern abgestuft.

Es hätte keinen Sinn, sich eine Welt auszumalen, in der alle Verkäufer - sowohl die von Produktionsmitteln (also auch die Verkäufer von Arbeitsleistungen jeder Art) als auch die von Konsumgütern — in der Lage wären, die Käufer unterschiedlich zu behandeln. Viel wichtiger ist die Feststellung, dass der Diskriminierung in der Marktwirtschaft, die nicht durch obrigkeitliche Eingriffe gehemmt wird, so enge Grenzen gesteckt sind, dass man berechtigt ist, sie als Ausnahmeerscheinung zu bezeichnen.

XI. Der Zusammenhang der Preise↩

Gehen aus der Kombination der Produktionsmittel a , b und c die Produkte p und q hervor, dann ist für das Handeln der Unternehmer die Summe der für p und q zu erzielenden Preise entscheidend. Die Preise, die für p und für q auf dem Marke gebildet werden, sind in der Weise besonders verbunden, als Veränderungen in der Nachfrage nach p (oder nach q)

Veränderungen im Angebot von q (oder von p) hervorrufen. Wir sprechen von Produktionsverbundenheit der Preise von p und q . Der Kaufmann pflegt p (oder q) als Nebenprodukt der Erzeugung von q (oder p) zu bezeichnen.

Werden zur Herstellung des Genussgutes z die Zwischenprodukte p und q benötigt, zur Herstellung von p die [351] Produktionsmittel a und b und zur Herstellung von q die Produktionsmittel c und d , dann bewirken Veränderungen im Angebot von p (oder von q) Veränderungen in der Nachfrage nach q (oder nach p). Es ist dabei ohne Belang, ob die Verbindung von p und q , aus der z hervorgeht, durch dieselben Unternehmungen erfolgt, die a und b und c und d kombinieren, oder durch unabhängige Unternehmertätigkeit oder durch die Verbraucher selbst. Die Preise von p und q sind besonders verbunden, weil p ohne q oder q ohne p immer (oder in der Regel) nicht gebraucht oder verbraucht werden können. Wir sprechen von Verbrauchsverbundenheit der Preise von p und von q .

Können die Dienste, die ein Genussgut oder ein Produktionsmittel a leistet, durch die Dienste eines anderen Gutes b , wenn auch weniger wirksam, ersetzt werden, dann besteht zwischen den Preisen von a und b Substitutionsverbundenheit. Ein Steigen des Preises von a kann auch den Preis von b hinauf treiben, eine Verbilligung von a kann auch zur Verbilligung von b führen.

Produktionsverbundenheit, Verbrauchsverbundenheit und Substitutionsverbundenheit sind besondere Verbundenheit der Preise einer beschränkten Anzahl von Gütern. Von diesen besonderen Verbundenheiten muss man die allgemeine Verbundenheit der Preise aller Güter und Dienste unterscheiden. Sie ist Folge des allem menschlichen Wirtschaften gegebenen Tatbestandes, dass für jede Art von Produktion neben mehr oder weniger spezifischen Produktionsmitteln auch ein knappes Produktionsmittel nicht spezifischen Charakters, nämlich Arbeit, verwendet werden muss [168].

Die Verbundenheit des Wirtschaftens wird durch den Tatbestand geschaffen, dass es Produktionsmittel nicht absolut spezifischen Charakters gibt, d.h. Produktionsmittel, die verschiedene Verwendung zulassen. Da es ein Produktionsmittel gibt, von dem man — in dem oben genau bezeichneten Sinne — sagen darf, dass es überhaupt nicht spezifischen Charakter hat, und da dieses Produktionsmittel andererseits für jede Art von Produktion unentbehrlich ist, besteht — neben der besonderen — eine allgemeine Verbundenheit aller Produktpreise und die Wirtschaft ist ein Zusammenhang aller Handlungen, der Markt ein Zusammenhang aller Preise.

[352]

XII. Die Preise und die Einkommensbildung↔

Die Sprache, deren sich die Nationalökonomie bedient, wurde von der klassischen Nationalökonomie geformt. Irrtümer und Vorurteile der ersten Nationalökonomien leben in den Sprachbegriffen der modernen Wissenschaft fort und stören den Fortgang ihrer Untersuchungen.

Um die Gedankengänge der klassischen Nationalökonomie zu verstehen, muss man sich immer wieder darauf besinnen, dass ihr, wenn auch nur unausgesprochen, die sozialistische Wirtschaftsordnung als das logisch einfachere Gebilde gesellschaftlicher Beziehungen erschien, und dass sie zur Erkenntnis der Marktwirtschaft dadurch zu gelangen suchte, dass sie das marktwirtschaftliche Getriebe mit dem der «einfachen Wirtschaft» verglich. So nur lässt es sich verstehen, dass sie den Begriff der Verteilung auf die Marktwirtschaft anwendete. Sie sieht die ganze Gesellschaft in eine Anzahl von Klassen — Grundbesitzer, Kapitalisten, Unternehmer und Arbeiter — zerfallen. Die Bildung der Löhne, Gewinne und Renten wird als Verteilungsprozess behandelt, der jeder einzelnen Klasse und dann innerhalb

jeder Klasse jedem einzelnen Klassenangehörigen einen Anteil am Sozialprodukt zuweist.

Doch in der Marktwirtschaft wird kein Sozialprodukt erzeugt und verteilt. Kein marktwirtschaftlicher Vorgang kann aufgezeigt werden, den man als Verteilung ansehen könnte. Gerade das, dass nicht gesellschaftlich produziert und nachher verteilt wird, kennzeichnet die Marktwirtschaft und unterscheidet sie von der «einfachen» Wirtschaft des Sozialismus. Die einzelnen Wirte erzeugen. Der Vorgang, der zur Bildung der Preise, Löhne, Zinssätze und Unternehmergewinne führt, ist kein Verteilungsprozess und ist auch nicht Einkommensbildung.

Der Markt gestaltet die Preise der Genussgüter und die der komplementären Produktionsmittel. Es macht dabei keinen Unterschied aus, ob diese Produktionsmittel ursprüngliche oder erzeugte Produktionsmittel sind und ob die ursprünglichen Produktionsmittel menschliche Arbeit oder außermenschliche naturgegebene Produktionsmittel sind. Die Preisbildung folgt immer den gleichen Gesetzen; sie ist für alle Klassen von Produktionsmitteln gleichartig. Für die Erfassung der Preisbildung ist jede Unterscheidung der Produktionsmittel nach Klassen ohne Erkenntniswert. Denn nicht Löhne im allgemeinen bildet der Markt, sondern Löhne, die für eine bestimmte Art und Menge von Arbeit gezahlt werden. Er bildet nicht Bodenpreise [353] im allgemeinen, sondern Preise, die für ein bestimmtes Stück Boden gezahlt werden.

Der Preisbildungsprozess ist kein Prozess der Bildung von Einkommen. Wenn die Arbeiter ihre Arbeitskraft und die Bodeneigentümer die Grundstücke pfleglich behandeln, dann wird die Fähigkeit von Mensch und Boden, als Produktionsmittel zu dienen, erneuert: beim Menschen eine gewisse Zeit hindurch, bei dem land- und forstwirtschaftlich oder als Standort genutzten Boden sozusagen ewig. Wenn die Marktlage für Produktionsmittel dieser Art sich nicht verschlechtert, wird man immer wieder ihren Einsatz zur Produktion verkaufen können. Boden und Arbeitskraft können dann als Einkommensquellen betrachtet werden, wenn sie als Einkommensquellen behandelt wurden, d.h. wenn mit ihnen, wie man zu sagen pflegt, kein Raubbau getrieben wurde. Der Einkommensbezug wird durch die Beschränkung des Verbrauches, nicht durch die Natur der Einkommensquellen stetig. Noch deutlicher liegen die Dinge beim Einkommen aus Kapitalbesitz. Die Kapitalgüter können als produzierte Produktionsmittel, deren Produktionskraft nach kürzerer oder längerer Zeit, je nach der Stärke der Inanspruchnahme oder durch jede Inanspruchnahme oder auch ohne Inanspruchnahme untergeht, nur dadurch Einkommensquellen werden, dass ihr Eigentümer sie als Kapital behandelt, d.h. wenn die Marktlage unverändert bleibt, den Verbrauch zumindest auf die Höhe des Urzinses beschränkt.

Es gibt im natürlichen Ablauf der Produktion kein Einkommen und keinen Einkommensstrom. Das Handeln, das die Verausgabung der Arbeit und der Bodenkraft in der Produktion und den Verbrauch der aus der Verwendung von Kapitalgütern erzielten Produkte beschränkt, sondert Stamm und Früchte und schafft damit die praxeologischen Kategorien des Vermögens und des Einkommens. Einkommen ist dann jene Genussgütermenge, die man verzehren kann, ohne den Wert des Vermögens zu schmälern. Vermögensstamm und Einkommen sind Begriffe, die nur in der kapitalistischen Geldrechnung Sinn haben. Sie sind marktwirtschaftliche Kategorien, und wenn man sie auf die Verhältnisse einer geldlosen Wirtschaft anwenden will, kann es nur unter Zuhilfenahme der Fiktion geschehen, die allem Operieren mit dem Gedankengebilde der einfachen Wirtschaft zugrunde liegt, dass nämlich in der einfachen Wirtschaft so gerechnet werden könnte wie in der kapitalistischen.

Wenn der Arbeiter seine Arbeitsfähigkeit als Einkommensquelle behandeln will, muss er sie so behandeln, wie der Kapitalist sein Kapital. Er kann sich nicht darauf beschränken, [354] so zu arbeiten, dass er die Wiedererlangung der vollen Arbeitsfähigkeit nach Ablauf der

Erholungszeit nicht gefährdet. Er muss auch damit rechnen, dass Krankheit oder Unfall ihn zeitweilig oder dauernd am Arbeiten hindern können und dass jedenfalls mit dem Fortschreiten des Lebensalters die Arbeitsfähigkeit allmählich schwindet. Er muss daher aus dem Erlös der Arbeit Rücklagen machen, um sich gegen die Folgen von Krankheit und Invalidität zu sichern.

Wenn der einzelne Wirt in der Marktwirtschaft aus der Gesamtsumme der vereinnahmten Geldbeträge und des Geldwerts der empfangenen Gütermengen und Dienstleistungen das Einkommen aussondert, vollzieht er eine Rechnungsoperation, an der er sein Handeln orientieren will. Er will feststellen, wie viel er verbrauchen darf, ohne den künftigen Verbrauch zu gefährden. Wir dürfen annehmen, dass die Gemeinwirtschaft ebenso vorgehen würde, wenn sie imstande wäre zu rechnen. Doch es ist, wie bereits gezeigt wurde, [169] sinnlos, für ein marktwirtschaftliches Gefüge das Sozialprodukt in einer Geldsumme ausdrücken zu wollen. Versuche, zahlenmäßigen Ausdruck für Volksvermögen und Volkseinkommen zu finden, sind Unfug. Man vermag etwa die Schweiz und Bulgarien zu vergleichen und zu sagen: die Summe des Einkommens der Schweizer und das Durchschnittseinkommen eines Schweizer und die Summe der Vermögen der Schweizer und das durchschnittliche Vermögen eines Schweizer sind höher als die entsprechenden Werte für Bulgarien. Mehr zu behaupten, ist nicht zulässig.

XIII. Die Preise und die Ordnung der Produktion ↩

Die Preisgestaltung lenkt, vom Fall der Monopolpreise abgesehen, die Produktion in die Bahnen, in denen sie den Wünschen der Verbraucher so gut entspricht, als es die Verhältnisse zulassen. Sie entscheidet immer darüber, welche Produktionsmöglichkeiten ausgenützt und welche brach liegen gelassen werden.

Dass nicht alle bekannten Möglichkeiten zum Produzieren ausgenützt werden, ist nicht weiter bemerkenswert; es wäre kaum erforderlich, sich damit eingehender zu befassen, wenn nicht volkstümliche Irrtümer den Sachverhalt trüben würden.

Dass nicht alle Rezepte, die wir kennen, genützt werden, dass nur die rentablen Verfahren eingeschlagen werden und dass auf die unrentablen verzichtet wird, bedeutet, dass man die Produktion nach den Wünschen der Verbraucher ausrichtet. Man versteht es auch heute, Ritterrüstungen und Krinolinen zu erzeugen. Man unterlässt es, weil die Nachfrage der Verbraucher nach anderen Waren dringlicher ist und weil man für die erforderlichen Produktionsmittel eine - im Sinne der Verbraucher — dringendere Verwendung kennt. Es gibt Erzvorkommen, deren Abbau nicht lohnt, und anbaufähiges Land, dessen Bestellung nicht lohnt; der Umfang des Abbaus und des Anbaus wird durch das Ausmaß der komplementären Produktionsmittel, die nicht durch dringendere Verwendung beansprucht werden, bestimmt. Es gibt Fabrikanlagen und Fabrikeinrichtungen, deren Erzeugungsfähigkeit gar nicht oder nur unvollständig ausgenützt wird, weil Ausnützung oder Mehrausnützung nicht rentabel wären.

Für die moderne Technik wäre es keine unlösbare Aufgabe, in den Polargegenden in Gewächshäusern Trauben und Orangen zu ziehen. Jedermann würde solches Beginnen für Wahnsinn ansehen. Doch es ist im Wesen dasselbe, wenn man durch Schutzzölle und andere Maßnahmen der Schutz- und Autarkiepolitik den Ackerbau in Gebirgsgegenden festzuhalten sucht, während anderwärts fruchtbareres Land brach liegt. Geredes wie man durch diese Maßnahmen den Ackerbau im Gebirge rentabel gestaltet, könnte man auch die Erzeugung von Südfrüchten in den Polargegenden rentabel machen. Der Unterschied ist bloß quantitativ.

Die Preise des Marktes entscheiden darüber, ob und in welchem Umfange die gegebenen Produktionsmöglichkeiten ausgenützt werden sollen. Dass es Produktionsmöglichkeiten gibt, die nicht ausgenützt werden, ist die Folge des Umstandes, dass die Verbraucher durch ihr

Verhalten auf dem Markte bewirkt haben, dass die komplementären Produktionsmittel anderweitige Verwendung finden.

Dass die Bewohner des Jura es vorziehen, sich der Uhrenerzeugung zu widmen, statt auf den Hängen des Gebirgsstocks Getreide zu bauen, bedeutet, dass die Erzeugung von Uhren für sie ein billigeres Verfahren zur Erlangung von Brot darstellt als der Getreidebau. Auf der anderen Seite ist für den kanadischen Farmer der Anbau von Weizen das billigste Verfahren zur Erlangung von Uhren. Dass im Jura kein Weizen und in Kanada keine Uhren erzeugt werden, ist nicht bemerkenswerter, als dass Bäcker ihre Kleider nicht selbst nähen und Schneider ihr Brot nicht selbst backen.

4. KAPITEL: DER INDIREKTE TAUSCH

I. Tauschmittel und Geld↔

Im indirekten gesellschaftlichen Tausch steht zwischen den Gütern und Diensten, deren Austausch letzter Zweck der Austauschakte ist, ein Tauschmittel oder auch mehrere Tauschmittel. [170] Mit den Tauschmitteln und mit der Bildung der Austauschverhältnisse zwischen ihnen auf der einen Seite und den für den Gebrauch oder Verbrauch bestimmten Gütern und den für deren Erzeugung benötigten Produktionsmitteln auf der andern Seite befasst sich die Lehre vom indirekten Tausch, und nicht etwa nur mit dem Gelde und mit den Geldpreisen. Die Sätze, die sie entwickelt, gelten für jeden indirekten gesellschaftlichen Tausch und für jedes Gut, das in indirektem Tausch als Tauschmittel verwendet wird.

Allgemein gebräuchliche Tauschmittel nennt man Geld. Der Begriff Tauschmittel ist praxeologisch streng zu fassen; dem Geldbegriff geht diese Schärfe ab. Die Qualifikation «allgemein gebräuchlich» macht den Geldbegriff dehnbar, weil sie ihn von subjektiver Beurteilung der «Allgemeinheit» abhängen lässt. Doch dies berührt die Strenge, die dem praxeologischen Gedankengang notwendig ist, in keiner Weise. Denn alles, was wir vom Gelde auszusagen haben, gilt von jedem Tauschmittel. Es ist daher bedeutungslos, ob man den altüberlieferten Ausdruck Geldtheorie beibehält oder ob man ihn durch einen andern Ausdruck ersetzt. Die Theorie des Geldes war und ist in der Nationalökonomie stets Theorie des indirekten Tausches und der Tauschmittel. [171]

II. Bemerkungen über einige Irrwege der Geldtheorie↔

Die Irrtümer, die den volkstümlichen Auffassungen der Geldprobleme und der Geldpolitik vieler Staaten zugrundeliegen, wären wohl nie aufgekommen, wenn nicht manche Nationalökonomien in der Behandlung der Geldlehre Fehler gemacht hätten und auch noch heute an ihnen festhalten würden.

[357]

Da ist vor allem die Vorstellung von der Neutralität des Geldes. [172] Die Theorie der Katallaktik muss damit beginnen, die Vorgänge des Marktes unter der Annahme zu studieren, dass nur direkt getauscht wird, weil direkter Tausch der allgemeinere Fall, indirekter Tausch ein besonderer Fall ist. Man ist nun, wie schon dargelegt wurde, dem Irrtum verfallen, zu glauben, dass man an dem Gedankenbild des unvermittelten Tausches alle Probleme der Katallaktik untersuchen könnte. Ist einmal die Theorie des direkten Tausches zu Ende gedacht worden, so bleibe keine eigentlich nationalökonomische Aufgabe mehr zu lösen übrig; die Arbeit sei abgeschlossen. Was dann noch folge, sei eine Annäherung der Ergebnisse an die Wirklichkeit durch Einfügung des Geldausdrucks der Umsätze. An dem, was die Lehre vom direkten Tausch dargelegt hat, werde dadurch nichts Wesentliches geändert, und es werde ihm auch nichts hinzugefügt, was von Bedeutung wäre. Denn, wenn auch unter dem Schleier des Geldes dem profanen Auge nicht leicht erkennbar, wickle sich in der in Geld umsetzenden Wirtschaft alles so ab, wie es die Theorie für die direkt tauschende Wirtschaft gezeigt habe.

In diesem Irrtum befangen, hat man nicht gesehen, dass der Geldgebrauch die Vorgänge auf dem Markte materiell beeinflusst. Man erkannte nicht, dass auch das gute, dass auch das beste Geld die Marktlage verschiebt und dass es mithin Markterscheinungen gibt, über die die Theorie des direkten Tausches nichts zu sagen weiß. Man bemühte sich daher,

Erscheinungen, die nur die Lehre vom indirekten Tausch zu erklären vermag, auf dem Boden der Theorie des direkten Tausches zu behandeln; hierher gehören alle verunglückten Lehren über den Konjunkturwechsel und die Wirtschaftskrisen. Wenn eine Konjunktur- und Krisenlehre ernst genommen werden wollte, hatte sie sich zu bemühen, zu beweisen, dass die Schwankungen der Konjunktur aus Vorgängen herkommen, die schon im Gedankenbild einer ohne Geldgebrauch tauschenden Wirtschaft aufgezeigt werden können, und durfte sich nicht etwa damit begnügen, sie «bloß» aus der Geld- und Kreditsphäre zu erklären.

Dieser Auffassung entsprach dann die Vorstellung eines Preisniveaus, das mit der Vermehrung oder Verminderung der Geldmenge gleichmäßig steigt oder fällt. Man beachtete nicht, dass die Änderungen der Geldmenge unter keinen Umständen die Preise gleichzeitig und gleichmäßig verändern können, und konnte daher auch nicht sehen, dass die Veränderungen der [358] Kaufkraft des Geldes auch Verschiebungen der wechselseitigen Stellung der Marktparteien bedeuten. Man konstruierte eine Lehre, derzufolge die Preise und die Geldmenge proportional steigen und fallen. Um all das zu beweisen, legte man sich für die Geldlehre ein Verfahren zurecht, das von dem von der modernen Wert- und Preislehre sonst grundsätzlich befolgten durchaus verschieden war. Um das Verhältnis von Geldmenge und Geldpreisen zu finden, nahm man den Ausgangspunkt nicht, wie sonst immer in der modernen Katallaktik, vom Handeln der Einzelnen. Man bildete Formeln, die das Ganze der Volkswirtschaft erfassen sollten; Elemente dieser Formeln waren die ganze in der Volkswirtschaft vorhandene Geldmenge, die Gesamtheit der Umsätze und die «Umlaufgeschwindigkeit» des Geldes. Aus diesen Formeln schien sich dann freilich die Richtigkeit der Lehre von der gleichmäßigen Veränderung aller Preise, vom Steigen und Fallen des Preisniveaus zu ergeben. Man beachtete nicht, dass diese Lehre nicht etwa aus der Formel abzuleiten war, sondern dass sie die Grundlage bildete, auf der die Formel aufgebaut war. Die Verkehrsgleichungen sind eben nichts anderes als der mathematische Ausdruck für die — unhaltbare — Auffassung von der Proportionalität in den Bewegungen der Geldmenge und der Geldpreise.

In der Diskussion der Verkehrsgleichung nimmt man an, dass eines ihrer Elemente — Geldmenge, Umsatzvolumen., Umlaufgeschwindigkeit «sich ändert», ohne zu fragen, wie es zu solchen Änderungen kommen kann. Man sieht nicht, dass die Änderungen nicht in der «Volkswirtschaft» auftreten, sondern in den verschiedenen Einzelwirtschaften, deren Zusammenspiel auf dem Markte erst das marktwirtschaftliche Gefüge bildet. Man lehnt es hartnäckig ab, von Geldbedarf und Geldvorrat der Einzelnen auszugehen, und zieht es vor, zu dem metaphorisch der Mechanik nachgebildeten Begriff der Umlaufgeschwindigkeit Zuflucht zu nehmen. Man sieht die Funktion des Geldes im Umlauf und nicht in der Kassenhaltung der Einzelnen. [173]

Der mathematisch-mechanistischen Geldtheorie dieses ganzheitlichen Charakters kann es daher nicht gelingen, zwischen der Theorie des direkten Tausches und der des indirekten Tausches eine Verbindung herzustellen. Diese Geldlehre will immer vom Gesamtkomplex der «volkswirtschaftlichen» Erscheinungen ausgehen. Sie spricht von Veränderungen der Geldmenge, d.i. der gesamten im Marktgefüge vorhandenen [359] Geldmenge, und nicht von den Veränderungen, die sich im Stande der Kassenhaltung der Einzelnen ergeben. Sie spricht von «den Preisen» im allgemeinen, d.i. gleich von allen Preisen, und nicht von den einzelnen Preisen, die in bestimmten Tauschakten gegeben und genommen wurden. Sie ist in den Auffassungen der Zeit stecken geblieben, in der es noch keine Nationalökonomie gegeben hat, weil man bei allen Versuchen, die Markterscheinungen zu erklären, statt vom Einzelnen und von seinem Verhalten in konkreten Einzelfällen gegenüber einer bestimmten Lage seiner Versorgung und seines Begehrens auszugehen, stets von Gesamtheiten und Allgemeinheiten ausging. Damals fragte man: was ist *Eisen* oder *Gold* wert? Nämlich Eisen im allgemeinen und Gold im allgemeinen, *das* Eisen und *das* Gold, alles Eisen und alles Gold. Und weiter:

wert im allgemeinen, d.h. für die ganze Menschheit oder für ganze Gruppen und Klassen von Menschen, für alle Zeiten und alle Verhältnisse. Dem entsprach dann die Frage nach der Bedeutung der «Geldmenge» für «die» Preise, nämlich der gesamten Geldmenge für die Gestaltung aller Preise. Das war ein Verfahren, das nicht fähig war, die Erscheinungen des Marktes zu begreifen und ratlos vor der scheinbaren Antinomie des Wertes stand. Dass wir weiter gekommen sind im Begreifen der Markterscheinungen, verdanken wir nur dem Umstande, dass wir gelernt haben, anders zu fragen. Wir gehen nicht von Kollektivgebilden aus, die auf dem Markte nicht handeln und für die Marktlehre nur Fabelwesen sind, sondern von dem auf dem Markte wirkenden Handeln des Einzelnen in einzelnen Fällen. Wir fragen nicht, was ist Eisen oder Gold wert, sondern wir fragen: wie verhält sich ein Einzelner, wenn er zwischen der Verfügung über eine bestimmte Menge Eisen und der Verfügung über eine bestimmte Menge Gold zu wählen hat? Von der Beantwortung dieser Fragen gelangen wir dann, Schritt für Schritt vorgehend, zum Begreifen der Preisbildung auf dem Markte. Das allein ist Wissenschaft und Nationalökonomie. Alles andere ist nutzloses Spiel der Phantasie, mag man es auch mit den Ausdrucksmitteln höherer Mathematik darstellen und durch Zeichnen von Kurven illustrieren.

In nationalökonomischen Überlegungen ist für einen Begriff wie den des Preisniveaus kein Raum. Es ist *petitio principii* anzunehmen, dass «die» Preise durch Veränderungen der Geldmenge gleichmäßig gehoben oder gesenkt werden, und zu glauben, dass das Ausmaß dieser Hebung oder Senkung dem Ausmaß der Geldmengenveränderung entsprechen müsse. Diese Auffassung ist der Grundfehler der Lehre von der Messbarkeit der Veränderungen der Kaufkraft des Geldes und der [360] Ausgangspunkt aller Irrtümer der Verfahren, die durch Indizeszahlen die Kaufkraft des Geldes messen wollen.

Darf man sich angesichts der Hartnäckigkeit, mit der an solchen offenkundigen und längst widerlegten Irrtümern festgehalten wird, wundern, dass die Geldlehre noch immer ein Tummelplatz für jede Art von Dilettantismus ist und dass die unsinnigsten Vorschläge auftauchen, die Menschheit durch eine Reform des Geldwesens aus allen Nöten zu befreien?

III. Geldvorrat und Geldbedarf; Nachfrage nach Geld und Angebot an Geld

In der Marktgängigkeit und Absatzfähigkeit der einzelnen Güter und Dienstleistungen bestehen beträchtliche Unterschiede. Es gibt Güter, für die es nicht allzuschwer fällt, Abnehmer zu finden, die bereit sind, den höchsten Preis, der auf dem Markte unter den gegebenen Umständen überhaupt erzielt werden kann, oder einen hinter diesem Preis nur um ein Geringes zurückbleibenden Preis zu bezahlen. Bei anderen Gütern wieder mag es schwerer fallen, sogleich einen Abnehmer zu finden, selbst wenn der Verkäufer bereit ist, sich mit beträchtlich weniger zu begnügen als mit dem, was er erzielen könnte, wenn es ihm gelingen würde, andere Nachfrage ausfindig zu machen. Diese Verschiedenheit in der Marktgängigkeit oder Absatzfähigkeit der Güter lässt aus dem direkten Tausch den indirekten Tausch hervorgehen. Ein Wirt, der im Augenblick auf dem Markte nicht das eintauschen kann, was er für seinen Bedarf zu erwerben wünscht, oder der, weil ihm doch die Zukunft und die Lage, in die sie ihn bringen wird, nicht bekannt sind, im Augenblick noch nicht weiß, was er in späterer Zeit begehren wird, kommt seinem Ziel näher, wenn er das weniger marktgängige Gut, das er im Tausche fortzugeben hat, gegen ein marktgängigeres eingetauscht hat. Die Natur des Gutes, das er fortzugeben wünscht, (z. B. seine Verderblichkeit oder die Kosten, die mit seiner Aufbewahrung verbunden sind, oder anderes dieser Art) oder Befürchtungen über die Verschlechterung der Marktlage für dieses Gut lassen es ihm unter Umständen als besonders unzweckmäßig erscheinen, mit dem Tausch zuzuwarten und das Gut selbst länger aufzubewahren. In jedem Fall hat er durch den Erwerb des absatzfähigeren Gutes seine Lage verbessert, auch dann, wenn das absatzfähigere Gut keines seiner eigenen Bedürfnisse unmittelbar zu befriedigen vermag.

Ein Tauschmittel oder ein Tauschvermittler ist ein Gut, das die Wirte nicht für den eigenen Gebrauch oder Verbrauch oder für die Verwendung als Produktionsmittel erwerben, [361] sondern mit der Absicht, es später einmal gegen Güter einzutauschen, die sie gebrauchen, verbrauchen oder als Produktionsmittel verwenden wollen.

Geld ist ein Tauschmittel. Es ist das absatzfähigste Gut, das die Marktparteien zu erwerben trachten, um es dann im weiteren Verlaufe ihres Handelns gegen jene Waren einzutauschen, die sie zu erwerben wünschen. Das ist die einzige Funktion des Geldes; es ist Tauschvermittler, allgemein gebräuchliches Tauschmittel, sonst nichts. Alle anderen vermeintlichen Funktionen des Geldes sind nichts als Sonderfälle der Tauschvermittlung. [174]

Auch Tauschmittel sind wirtschaftliche Güter. Sie sind knapp, sie werden begehrt; es gibt auf den Märkten Tauschlustige, die sie zu erwerben wünschen und daher bereit sind, für sie andere Güter hinzugeben. Sie haben daher Tauschwert, es werden für sie Preise gezahlt, deren Besonderheit allein darin liegt, dass man sie nicht in Geld auszudrücken vermag, sondern lediglich in Waren. Wo man bei den Waren vom Preis (Geldpreis) spricht, hat man beim Gelde von der — in Waren auszudrückenden — Kaufkraft zu sprechen.

Tauschmittel werden begehrt, weil jeder am Verkehr eines Marktes, auf dem durch Vermittlung von Tauschmitteln getauscht wird, teilnehmende Einzelne einen Vorrat davon zur Verfügung haben will. Jeder Einzelne will einen bestimmten Geldbetrag in seiner Tasche oder Kasse haben; einmal mehr, einmal weniger, vielleicht mitunter auch nichts. Das heißt: In der durch Vermittlung des Geldes tauschenden Marktwirtschaft wollen die Einzelnen einen Teil ihres Eigentums in Geld vorrätig halten. Sie wollen nicht nur Waren, sie wollen auch Geld besitzen. Nur weil dieser Begehrt nach Kassenhaltung besteht, gibt es eine Nachfrage nach Geld, d.h. wird für Geld Ware hergegeben. Die Veränderungen des Verhältnisses dieser Nachfrage nach Geld und des Angebots an Geld, die wir Veränderungen des Geldstandes nennen wollen, verändern das Austauschverhältnis, das zwischen dem Gelde und den einzelnen Waren und Dienstleistungen besteht.

Alles Geld befindet sich stets im Eigentum der am Tauschverkehr des Marktes teilnehmenden Wirte. Der Übergang aus der Verfügung eines Wirts in die Verfügung eines anderen Wirts erfolgt unmittelbar. Es liegt keine Zeit dazwischen, in der das Geld sich nicht in einer Hand, Tasche, Kasse oder in anderer Weise in der Verfügungsgewalt eines Wirts befindet, [362] sondern gerade «umläuft». [175] Es ist daher verfehlt, eine Unterscheidung zwischen umlaufendem und ruhendem Geld zu machen. Es ist ebenso verfehlt, eine Unterscheidung zwischen umlaufendem und gehortetem Geld zu machen. Was man als Hortung bezeichnet, ist eine Höhe der Kassenhaltung, die nach der subjektiven Ansicht des Beurteilers den «normalen» Stand der Kassenhaltung übersteigt. Doch auch die Hortung von Geld ist Kassenhaltung. Das gehortete Geld hört nicht auf, Geld zu sein, und es dient in den Horten keinem andern Zweck als in den Kassenbeständen, die man als normale ansieht. Erwägungen irgendwelcher Art lassen es dem Eigentümer der Horte zweckmäßig erscheinen, mehr Geld anzuhäufen, als er sonst zu tun pflegt oder als andere Menschen zu tun pflegen oder als der sein Tun betrachtende Nationalökonom für angemessen hält. Dass er so verfährt und nicht anders, beeinflusst die Gestaltung der Nachfrage und des Angebots von Geld und damit die Höhe der Geldpreise in der gleichen Weise wie jedes andere Begehren nach Geld.

Man hat sich gescheut, von Nachfrage und Angebot in diesem Sinne als Nachfrage und Angebot von Geld für Kassenhaltung zu sprechen, weil man die Ausdrücke Geldangebot (Geldversorgung, Geldvorrat) und Geldnachfrage (Geldbedarf) im täglichen Sprachgebrauch der Bankiers und Geschäftsleute zur Bezeichnung von Nachfrage und Angebot von Kapital in Geldform verwendet. Im Sinne dieses Sprachgebrauchs nennt man den Markt für kurzfristiges Leihkapital Geldmarkt; Geldknappheit ist eine Gestaltung des Marktes, bei der

der Zinssatz für kurzfristige Darlehen steigt, Geldfülle eine Gestaltung des Marktes, bei der dieser Zinssatz fällt. Diese Art, die Vorgänge auf dem Markte für kurzfristige Darlehen zu bezeichnen, hat sich so eingebürgert, dass kaum daran zu denken ist, sie durch eine andere zu verdrängen. Sie hat leider die Entstehung verderblicher Irrtümer begünstigt. Sie hat dazu geführt, dass man Geld und Kapital verwechselt hat und dass man von einer Vermehrung des Geldes eine — nicht nur vorübergehende — Senkung des Zinsfußes für kurzfristige Anlagen erwartet hat. Doch gerade wegen der Grobheit dieser Irrtümer ist nicht zu befürchten, dass unser Sprachgebrauch irgendwelche Missverständnisse und Verwechslungen hervorrufen könnte. Man kann doch wohl kaum annehmen, dass ein Nationalökonom in solchen Fragen irregehen könnte.

[363]

Andere wieder haben geglaubt, man dürfe nicht von Nachfrage und noch weniger von Bedarf nach Geld sprechen, weil die Absicht, die der Nachfragende und Begehrende mit dem gesuchten Gelde verfolgt, von den Absichten, die die verfolgen, die Waren begehren, verschieden sei. Waren begehre man, um sie zu gebrauchen oder zu verbrauchen, Geld begehre man, um es dann gegen Waren einzutauschen. Auch dieses Bedenken ist grundlos. Der Gebrauch, den man von einem Tauschmittel macht, besteht in seiner schließlichen Hingabe im Tausche; doch er besteht zunächst in der Anhäufung einer gewissen Menge von Tauschmitteln, die das Warten auf den Augenblick, in dem dann gekauft werden soll, ermöglichen. Gerade weil man nicht gleich bei der Hingabe der Waren und Dienstleistungen, die man auf den Markt bringt, den eigenen Bedarf decken will, gerade weil man damit warten will oder warten muss, tauscht man nicht direkt sondern indirekt durch Vermittlung eines Tauschmittels. Dass das Geld durch den Gebrauch, den man von ihm macht, nicht vernichtet wird, dass es seinen Gelddienst weiter versehen kann, ist wichtig in Bezug auf den Umfang der Deckung des Geldbedarfs durch das Geldangebot, doch es ändert nichts an dem Umstände, dass auch die Bewertung des Geldes sich in derselben Weise erklären lässt wie die aller übrigen wirtschaftlichen Güter: durch die Nachfrage, die nach ihm entfaltet wird von denen, die es zu erwerben wünschen.

Man hat versucht, die Momente zu bestimmen, die in einem Wirtschaftsgefüge zu einer Erhöhung oder Verminderung des Geldbedarfes führen mögen. Man hat in diesem Zusammenhange gesprochen: von der Größe der Bevölkerung, von dem Umfang der Versorgung durch Eigenproduktion und der durch Kauf auf dem Markte, also vom Umfange des Marktverkehrs; von der Verteilung der Zahlungen über alle Teile des Jahres, der Monate oder der Wochen und von ihrer Zusammendrängung auf wenige bestimmte Tage; von den Einrichtungen zur Abwicklung von Forderungen und Schulden durch wechselseitige Abrechnung ohne Geldumsatz. Alle diese Umstände beeinflussen wohl die Höhe der Kassenhaltung. Doch sie beeinflussen sie nur mittelbar dadurch, dass sie in den Erwägungen der Wirte, die über die Größe ihrer Kassenhaltung entscheiden, eine Rolle spielen. Den Ausschlag gibt immer das subjektive Urteil der Einzelnen; die einzelnen Wirte entscheiden darüber, wie groß ihr Kassenbestand sein soll, und sie bringen — durch Verzicht auf den Ankauf von anderen Gütern oder auf den Erwerb von zinstragenden Forderungen — Opfer, um den Kassenbestand in der gewünschten Höhe zu erhalten. Es ist beim Gelde wie bei den übrigen wirtschaftlichen Gütern: das [364] Verhältnis von Nachfrage und Angebot entscheidet auf dem Markte über die Gestaltung der Austauschverhältnisse.

Schließlich hat man geglaubt, den Begriff Nachfrage nach Geld aus folgenden Erwägungen als unbrauchbar ablehnen zu müssen: Der Grenznutzen des Geldes sinke beträchtlich langsamer als der aller übrigen wirtschaftlichen Güter, ja, er sinke so langsam, dass man sein Sinken praktisch unberücksichtigt lassen dürfe. Vom Geld sage niemand, dass er davon genug habe, und niemand verzichte praktisch darauf, mehr Geld zu erwerben, wenn die Gelegenheit sich bietet. Die Nachfrage nach Geld könne daher nicht als eine begrenzte

Nachfrage angesehen werden; die Vorstellung einer unbegrenzten Nachfrage sei aber sinnlos. In diesem Gedankengang steckt jedoch ein krasser Denkfehler; er verwechselt die Nachfrage nach Geld für die Kassenhaltung mit dem — in Geld ausgedrückten — Begehren nach reichlicherer Ausstattung mit wirtschaftlichen Gütern aller Art. Auch wer mit Kartoffeln so reichlich versorgt ist, dass er, selbst wenn sie noch so billig auf dem Markte zu erstehen wären, keine weiteren Käufe mehr für seinen Bedarf durchführen würde, wird ein Geschenk von Kartoffeln nicht zurückweisen. Er wird die geschenkten Kartoffeln zu Geld machen und dafür das erstehen, was er gerade begehrt. Geldgeschenke werden gewöhnlich vorgezogen, weil man mit Geld schneller, ohne den Umweg über einen Verkaufsakt, zu der Befriedigung gelangt, die man als die dringendste ansieht. Wer sagt, dass er nie genug Geld haben könnte, meint nicht, dass seine Kassenhaltung nie groß genug sein könnte. Er will einfach sagen, dass er nie reich genug sein könnte. Wenn ihm ein Mehr an Geld zufließt, wird er es nicht oder doch nur zum kleinsten Teil zur Stärkung seiner Kassenhaltung verwenden ; er wird es ausgeben, wird kaufen, sei es für sofortigen Bedarf, sei es für späteren Bedarf durch fruchtbringende Anlage, oder er wird es denen leihen, die konsumieren, produzieren oder anlegen wollen.

Die Erkenntnis, dass, wie bei allen anderen wirtschaftlichen Gütern, so auch beim Gelde Nachfrage und Angebot den Preis gestalten, lag schon der alten Quantitätstheorie zugrunde. Diese ist nichts anderes als der älteste Versuch einer Anwendung der Lehre von Angebot und Nachfrage auf die Probleme des Geldwertes und der Kaufkraft des Geldes. Das Verdienst der Quantitätstheorie lag darin, dass sie es unternommen hat, auch die Gestaltung der Kaufkraft des Geldes in derselben Weise zu erklären, in der die Bildung des Tauschwertes aller übrigen wirtschaftlichen Güter erklärt wurde. Ihr Irrtum bestand darin, dass sie von der ganzen in der Volkswirtschaft [365] vorhandenen Geldmenge ausgehen wollte, und dass sie die Vorgänge mechanistisch, d.h. nicht von den Handlungen der einzelnen Wirte aus zu erklären versuchte; eine logische Folge dieser Irrtümer war dann die Annahme einer Proportionalität zwischen den Veränderungen der Geldmenge und denen der Warenpreise. Doch die älteren Bekämpfer der Quantitätstheorie haben es nicht verstanden, die Quelle der Fehlschlüsse der Quantitätstheorie aufzudecken und an die Stelle einer mangelhaften Lehre eine befriedigendere zu setzen. Sie haben nicht das an der Quantitätstheorie bekämpft, was an ihr irrig war. Es kam ihnen nur darauf an, den Zusammenhang zwischen Preisbewegung und Änderungen der Geldmenge zu bestreiten, ein Versuch, der sie in ein Gestrüpp von Irrtümern, Widersprüchen und Missverständnissen führen musste. Die moderne Theorie knüpft insofern an die alte Quantitätstheorie an, als sie wie diese davon ausgeht, dass man die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes aus denselben Grundsätzen heraus zu erklären habe wie alle übrigen Preisveränderungen, und dass mithin zwischen den Veränderungen des Verhältnisses von Geldbedarf und Geldnachfrage einerseits und den Veränderungen der Kaufkraft des Geldes andererseits eine Beziehung bestehe. In diesem Sinne ist auch die moderne Geldtheorie eine Quantitätstheorie.

Die methodologische Bedeutung der Menger'schen Lehre vom Ursprung des Geldes↩

Carl Menger hat nicht nur in vorbildlicher Weise die praxeologische Theorie von der Entstehung des indirekten Tausches und des Geldgebrauches entwickelt; er hat auch die methodische Bedeutung seiner Lehre erkannt und aufgezeigt. [176] Und dieser Nachweis gewinnt, was auch schon von Menger erkannt wurde, über den Bereich des besonderen Problems hinaus grundsätzliche Wichtigkeit für das Verständnis der praxeologischen Methode.

Man hat versucht, die Einführung des Geldgebrauches auf Satzung zurückzuführen. Die Obrigkeit, der Staat oder die Übereinkunft der Menschen habe den indirekten Tausch und den Geldgebrauch bewusst geschaffen. Nicht das etwa sind die schwersten Mängel dieser Lehre,

dass sie annimmt, dass einzelne oder alle Menschen in einem Zeitalter, das indirekten Tausch und Geldgebrauch nicht gekannt hat, im Geiste den Plan einer neuen, in der Wirklichkeit ihres Lebens und Handelns nicht gegebenen Ordnung entworfen und seine Tragweite begriffen hätten, und dass sich in der Geschichte kein Anhaltspunkt finden lässt, der diese Auffassung zu stützen vermöchte. Es sind andere, [366] gewichtigere Überlegungen, die zu ihrer Ablehnung führen müssen. Nimmt man nämlich an, dass der Schritt, der vom direkten Tausch zum indirekten Tausch und im weiteren Verlaufe zur Bevorzugung bestimmter, besonders absatzfähiger Objekte für den Tauschmitteldienst führt, schon unmittelbar jedem, der sein Handeln in dieser Weise einrichtet, Vorteil bringt, dann ist nicht abzusehen, warum wir zur Erklärung auch noch überdies obrigkeitliche Satzung oder Übereinkunft der Mitglieder der Gesellschaft heranzuziehen hätten. Wenn wir annehmen, dass Wirte, die auf dem Marke für die Leistung, die sie hinzugeben bereit waren, nicht unmittelbar die Leistung zu empfangen vermochten, die sie suchten, erkannt haben, dass sie ihre Aussichten, sich später diese oder eine andere gesuchte Befriedigung zu verschaffen, durch die Erwerbung eines absatzfähigeren Gutes verbessern können, benötigen wir für die Entstehung des indirekten Tausches und des Geldes aus dem indirekten Tausch heraus keiner weiteren Erklärung mehr. Denn wenn dem so war, so bedurfte es weder der obrigkeitlichen Satzung noch der Übereinkunft, um indirekten Tausch und Geld in den gesellschaftlichen Tausch einzuführen. Dann konnten die einen von selbst auf die Idee verfallen, so vorzugehen, und die anderen konnten das Vorgehen jener nachahmen. Dass die unmittelbaren Vorteile, die der indirekte Tausch dem Handelnden bringt, von diesem erkannt wurden, ist jedenfalls einleuchtender, als dass das ganze System eines durch Vermittlung des Geldes tauschenden Gemeinwesens von einem großen Geist auf einmal ersonnen und — wenn wir die Übereinkunft-Theorie annehmen — den übrigen begreiflich gemacht wurde.

Wollten wir aber die Annahme fallen lassen, dass jeder Einzelne in seinem Handeln durch indirektes Tauschen besser fährt als durch das Abwarten einer Gelegenheit für direkten Tausch, dann bleibt, auch wenn wir obrigkeitliche Verfügung oder gesellschaftliche Übereinkunft zur «Einführung» des Geldgebrauches zugeben wollten, noch immer die Frage offen, durch welche Maßnahmen man den Einzelnen zu einem Verfahren im Handeln veranlassen konnte, das ihm nicht vorteilhaft erschien und dabei weniger einfach war als das des direkten Tauschens. Wir müssten annehmen, dass Anstalten getroffen wurden, um den Einzelnen zum indirekten Tausch und zum Geldgebrauch zu zwingen, und wir hätten die Frage aufzuwerfen, wann und wodurch dann später einmal vermittelter Tausch und Geldgebrauch aus einer dem Einzelnen lästigen oder ihm zumindest gleichgültigen Einrichtung in eine auch dem Einzelnen nützliche Verbesserung des Tauschverfahrens umgeschlagen habe.

Die praxeologische Methode leitet alle Erscheinungen des menschlichen Handelns aus dem Handeln des Einzelnen selbst ab. Wenn die Bedingungen des gesellschaftlichen Austausches von Leistungen so beschaffen sind, dass indirekter Tausch und Geldgebrauch jedem Einzelnen die Durchführung der gesellschaftlichen Tauschakte erleichtern, und wenn und soweit dies von ihm erkannt wird, kommt es zu indirektem Tausch und zu Geldgebrauch. Die geschichtliche Erfahrung lehrt nun, dass diese Bedingungen gegeben waren und gegeben sind. Wie ohne Zutreffen dieser Bedingungen, — selbst unter Annahme obrigkeitlichen Eingreifens oder gesellschaftlicher Übereinkunft, obschon jedes von beiden bei Fehlen dieser Bedingungen höchst unwahrscheinlich ist — die Einzelnen zum Verfahren des indirekten Tausches und zum Geldgebrauch hätten gelangen und an ihnen hätten festhalten können, ist nicht abzusehen.

Die geschichtliche Frage nach dem Ursprung der Gepflogenheit, den Tausch durch Vermittlung des Geldes durchzuführen, ist übrigens in letzter Linie für [367] die praxeologische Betrachtungsweise unwichtig. Entscheidend ist allein das: Wir können

entweder annehmen, dass indirekter Tausch und Geldgebrauch bestehen, weil die Bedingungen dafür gegeben waren und gegeben sind; dann brauchen wir, um das Vorgehen der Handelnden zu erfassen, keine Berufung auf Satzung oder Übereinkunft. Wir mögen dabei ruhig den Vertretern der etatistischen Lehre zugeben, dass die Erkenntnis der Vorteile des Geldgebrauches zuerst ihrem Götzen, dem «Staat», aufgedämmert sei, so wenig wahrscheinlich dies auch sein mag. Das, worauf es ankommt, ist aber, dass jemand im Tausche eine Ware erwirbt, nicht weil er sie für seinen Haushalt oder für seine Produktion unmittelbar benötigt, sondern weil er durch ihre Hingabe in einem weiteren Tauschakt zur Verfügung über die gesuchten Güter gelangen will. Durch solches Handeln wird ein Gut zum Tauschmittel und, wenn solches Handeln in Bezug auf dasselbe Gut allgemeiner wird, zum Geld. An die Verwendung eines Gutes als Tauschmittel und als Geld knüpfen sich alle die Lehrsätze, die die Theorie der Tauschmittel und die des Geldes ausmachen. Wenn man selbst berechtigt wäre, zu sagen, die Anregung zur Einführung des Geldes sei durch einen Befehl der Obrigkeit oder durch Übereinkunft der Mitglieder der Gesellschaft gegeben worden, so bleibt doch der Satz unerschüttert, dass nur das Handeln der am Tauschverkehr teilnehmenden Wirte indirekten Tausch und Geldgebrauch schaffen kann.

Die geschichtliche Erfahrung mag sagen, wann und wo und von wem zuerst indirekt getauscht wurde und wie im weiteren Verlaufe der Umkreis der als Tauschmittel verwendeten Güter sich verengte. Da die Unterscheidung zwischen dem weiteren Begriff Tauschmittel und dem engeren Begriff Geld nicht streng ist, sondern nur einen Gradunterschied bezeichnet, kann man verschiedene Auffassungen vertreten über den Anfang des Geldgebrauches. Doch, wie schon gesagt wurde: die Grenze zwischen direktem und indirektem Tausch ist scharf, und alles, was die Nationalökonomie vom Tauschmittel auszusagen hat, gilt ausnahmslos und voll von jedem Gut, das als Tauschmittel begehrt und erworben wird.

Soweit die Behauptung, dass indirekter Tausch und Geldgebrauch durch obrigkeitliche Satzung oder durch Übereinkunft der Wirte geschaffen wurden, als Aussage über einen geschichtlichen Vorgang aufgefasst werden will, ist es Aufgabe der Geschichtsforschung, sie zu widerlegen. Soweit sie nur das Sein will, vermag sie aber die nationalökonomische Lehre vom indirekten Tausch und vom Geld (einschließlich der Ableitung der Entstehung dieser Verfahren des Handelns) nicht zu erschüttern. Soweit jedoch diese Lehre eine Erklärung menschlichen Handelns und gesellschaftlicher Vorgänge sein will, ist sie unbrauchbar, weil sie über das Handeln nichts auszusagen weiß. Denn es ist keine Aussage über menschliches Handeln, wenn einfach angenommen wird, dass einmal den Regierenden oder allen zur Beratung versammelten Genossen die Erleuchtung gekommen sei, dass man indirekt und durch Vermittlung eines allgemein gebräuchlichen Tauschmittels zu tauschen habe. Es ist nichts weiter als ein Zurückschieben des Problems.

Man muss sich darüber klar werden, dass man nichts zur wissenschaftlichen Erfassung einer gesellschaftlichen Einrichtung beigetragen hat, wenn man behauptet, der «Staat» oder ein erleuchteter Führer oder eine mit einem Male über alle gekommene Erleuchtung habe sie geschaffen. Und man widerlegt durch solche Behauptungen in keiner Weise die Lehren einer Theorie, die zeigt, wie [368] solche Einrichtungen «als das unreflektierte Ergebnis, als die unbeabsichtigte Resultante spezifisch *individueller* Bestrebungen der Mitglieder einer Gesellschaft» [177] erkannt werden können.

IV. Die Gestaltung der Kaufkraft des Geldes ↩

Sobald ein wirtschaftliches Gut nicht nur von solchen begehrt wird, die es gebrauchen oder verbrauchen wollen, sondern auch von solchen, die es als Tauschmittel erwerben wollen, um es gelegentlich im Tausche weiterzugeben, tritt zu der Nachfrage die sonst nach ihm entfaltet wurde, eine neue Nachfrage hinzu. Dass ein Gut als Tauschmittel begehrt wird, lässt seinen Tauschwert steigen; der Umstand, dass die Nachfrage gestiegen ist, weil eine

neue Verwendung für das Gut gefunden wurde, bewirkt bei jedem wirtschaftlichen Gut ein Steigen der Preise. Der — in Waren ausgedrückte — Preis, der für ein Tauschmittel erzielt wird, ist zu einem Teil durch eine Nachfrage bestimmt, die im Hinblick auf den Tauschmitteldienst auftritt. Wenn die Marktparteien aufhören, dieses Gut als Tauschmittel zu verwenden, verschwindet diese Nachfrage und der Preis des Gutes, das nun nicht mehr als Tauschmittel dient, fällt.

Die Nachfrage nach einem Tauschmittel setzt sich mithin aus zwei Teilnachfragen zusammen: aus der Nachfrage derer, die das Tauschmittel als Tauschmittel begehren, und aus der Nachfrage jener, die es wegen seiner sonstigen Dienste begehren. [178] (Beim modernen Edelmetallgeld spricht man da von der monetären und von der industriellen Nachfrage.) Der Tauschwert des Tauschmittels beruht auf beiden Nachfragen.

Der Umfang jenes Teils der Nachfrage der auf dem Tauschmitteldienst beruht, ist nun von der Höhe des Tauschwertes selbst abhängig. Das ergibt eine Schwierigkeit, die es vielen Nationalökonomen unmöglich erscheinen lässt, diesen Gedankengang weiter zu verfolgen. Man könne doch, meinen sie, die Kaufkraft des Geldes nicht aus dem Umfang der Nachfrage und den Umfang der Nachfrage aus der Höhe der Kaufkraft erklären.

Die Schwierigkeit ist aber nur scheinbar. Denn die Kaufkraft, die wir aus dem Umfange der Nachfrage erklären wollen, ist nicht die Kaufkraft, deren Höhe den Umfang der Nachfrage bestimmt. Wir haben die Bildung der Kaufkraft der allernächsten Zukunft, des nächsten Augenblicks zubegreifen, und [369] wir ziehen zur Erklärung die Nachfrage heran, deren Bildung durch die Kaufkraft der jüngstverflossenen Vergangenheit, des eben verstrichenen Augenblicks, bestimmt wurde. Das sind zwei verschiedene Größen, und man kann der Erklärung, die auf diesem Wege vorgeht, nicht vorwerfen, dass sie sich im Zirkel bewege. [179]

Das bedeute doch, meinen die Kritiker weiter, nicht anderes als Zurückschiebung des Problems. Denn nun bleibe noch die Kaufkraft von gestern zu erklären; wolle man diese in der gleichen Weise durch die von vorgestern erklären und so fort, so sei das ein regressus in infinitum, der von einer vollkommenen und logisch befriedigenden Erklärung weit entfernt wäre. Die Kritiker sehen nicht, dass der Regress nicht unendlich weiter geht. Er stößt nämlich an einen Punkt, wo die Erklärung abschließt und keine Frage ungelöst lässt. Verfolgen wir die Kaufkraft des Geldes Schritt für Schritt zurück, so gelangen wir schließlich an den Punkt, an dem der Tauschmitteldienst beginnt. An diesem Punkt ist der Tauschwert von gestern ausschließlich durch eine Nachfrage bestimmt, die allein im Hinblick auf die anderweitigen — die industriellen — Verwendungsmöglichkeiten des den Tauschmitteldienst vershenden Gutes entfaltet wird.

Aber das hieße doch, sagen die Kritiker, den auf dem Tauschmitteldienst beruhenden Teil der Kaufkraft des Geldes durch den industriellen Wert des als Tauschmittel dienenden Guts erklären; die Aufgabe aber wäre, die Erklärung aus der Tauschmittelfunktion zu finden. Auch hier irren die Kritiker. Die auf dem Tauschmitteldienst beruhende spezifische Komponente des Tauschwertes der Geldeinheit wird in unserer Erklärung allein durch die Nachfrage erklärt, die im Hinblick auf die Tauschmittelfunktion entfaltet wird. Dass der Umfang dieser Nachfrage von der Höhe des Tauschwertes abhängt, den das Geldgut sowohl aus seiner industriellen als auch aus seiner monetären Verwendung empfangen hat, und dass am historischen Ausgangspunkt der Tauschmittelfunktion die Kaufkraft [370] eines Gutes, das bisher noch nicht als Tauschmittel nachgefragt worden war, allein durch die auf seiner anderweitigen Verwendung beruhenden Nachfrage bestimmt wurde, ist nicht zu bestreiten und wird auch nicht bestritten. Wir erklären den Umfang der ersten Nachfrage, die ein Gut als Tauschmittel und nicht nur für anderweitige Verwendung nachfragt, unter Zuhilfenahme des Tauschwertes dieses Gutes unmittelbar vor dem Auftreten dieser zusätzlichen Nachfrage.

Das heißt keineswegs den spezifischen Geldwert auf den industriellen Gebrauch des Geldstoffes zurückführen.

Schließlich wird unserer Erklärung noch vorgeworfen, sie sei historisch und nicht theoretisch. Auch dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Einen Vorgang historisch erklären, heißt darlegen, wie er sich aus den damals und dort wirkenden Kräften ergeben hat. Diese Kräfte, Elemente oder Individualitäten sind die letzten Faktoren, auf die wir dabei zurückzugehen vermögen; sie sind Daten und als solche nicht weiter zurückführbar oder analysierbar. Einen Vorgang oder eine Erscheinung theoretisch erklären, heißt, sie aus allgemeinen Regeln ableiten, die bereits zum Bestand des theoretischen Systems gehören. Wenn unsere Ableitung die Gestaltung der Kaufkraft des Geldes von heute aus einer Nachfrage erklärt, für deren Umfang die Gestaltung der Kaufkraft von gestern mitbestimmend war, wenn sie innerhalb der Gesamtnachfrage nach einem Tauschmittel zwei Komponenten unterscheidet, die aus dem Begehren für den Tauschmitteldienst und die aus dem Begehren für sonstige Verwendung, wenn sie feststellt, dass ohne Tauschmittelfunktion auch die spezifische Nachfrage nach Tauschmitteln nicht denkbar ist, verwendet sie lauter Begriffe und Denkoperationen, die ihr das System der Katallaktik zur Verfügung stellt. Sie leitet den spezifischen — den auf ihrem Dienst als Tauschmittel beruhenden — Wert der Tauschmittel aus der Tauschmittelfunktion und aus den Wert- und Preisgesetzen ab, die die nationalökonomische Theorie in ihrer — unter Annahme direkten Tausches ausgebauten Wert- und Preislehre ausgearbeitet hat. Sie erfüllt damit alle Anforderungen, denen eine theoretische Ableitung zu genügen hat. Sie führt den spezielleren, unter besonderen Bedingungen stehenden Fall auf die allgemeineren Gesetze zurück. Sie zeigt, wie das Speziellere mit Notwendigkeit aus dem Allgemeineren folgt. Sie sagt nicht etwa: dies geschah damals und dort. Sie sagt: dies geschieht immer wieder, wenn die Bedingungen gegeben sind; jedesmal, wenn ein Gut, das bisher nicht als Tauschmittel verwendet wurde, nun auch oder nur noch für Tauschmitteldienst begehrt wird, wird wieder dasselbe eintreten. Und sie sagt zugleich — [371] was bei der apriorischen Theorie der Praxeologie nur selbstverständlich ist — es muss so sein; es kann gar nicht anders sein. Es kann nicht gelingen einen Fall zu konstruieren, in dem die Dinge anders ablaufen könnten.

Die Kaufkraft entsteht somit aus dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot auf dem Markte. Beide, Nachfrage und Angebot von Geld, werden unter Zugrundelegung der Preise von gestern gestaltet. Der Verkäufer von Waren bildet, soweit die Schätzung der Bedeutung des Geldes in Betracht kommt, das Urteil darüber, ob er sich mit einem ihm gebotenen Preis begnügen soll, auf Grund seiner Kenntnis der Kaufkraft von gestern, und der Käufer von Waren bildet in der gleichen Weise sein Urteil über die Bedeutung des Geldes, das er ausgeben soll. Das Verhältnis von Nachfrage nach Geld und von Angebot an Geld, das heute auf dem Markte herrscht, gestaltet die Kaufkraft neu, bildet — in der beschriebenen Weise von der Kaufkraft von gestern ausgehend — die Kaufkraft von heute. Wer seine Kassenhaltung vergrößern will, wird im Geldausgeben zurückhalten und sich leichter zu Verkäufen entschließen, er wird somit eine Tendenz zur Preissenkung hervorrufen; wer seinen Kassenbestand verkleinern will, wird leichter den Entschluss zum Ausgeben von Geld (für den Erwerb von Genussgütern, von Produktivgütern oder von Geldforderungen) fassen und sich nicht so leicht bewegen lassen, zu verkaufen, er wird somit eine Tendenz zur Preissteigerung hervorrufen.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit den Veränderungen der Geldmenge zu, also den Veränderungen des Angebots an Geld, so haben wir zunächst festzustellen, dass die Veränderungen der Geldmenge stets auch Veränderungen des Reichtums einzelner Personen oder Personengruppen bedeuten. Die Geldmenge kann nicht anders wachsen, als indem einige dieses Mehr an Geld zuerst empfangen. Wir können, wenn wir wollen, auch annehmen, dass alle Wirte an dem zusätzlichen Geld dergestalt teilhaben, dass jeder einzelne

einen Teil von dem neuen Gelde sofort bei dessen Einfließen in das Marktgetriebe empfängt. Es hätte keinen Sinn diese Annahme zu machen, nicht nur weil ihr keine praktische Bedeutung zukommt, sondern weil auch dann, wenn sie zutrifft, das Ergebnis, zu dem unsere Darlegungen gelangen werden, dass nämlich die Preise der verschiedenen Waren und Dienste durch die Preissteigerung nicht gleichzeitig und nicht gleichmäßig betroffen werden - unter keinen Umständen gleichzeitig und gleichmäßig betroffen werden können — nicht berührt wird.

Nehmen wir an, die Regierung erzeuge zusätzliches Papiergeld und setze es in Verkehr. Die Regierung will Waren und [372] Arbeitskräfte kaufen oder Schulden bezahlen oder verzinsen. Wie dem auch immer sei, sie erscheint mit einem zusätzlichen Angebot von Geld auf dem Markte, sie ist reicher geworden und kann nun mehr kaufen, als sie ohne die Papiergeldvermehrung hätte kaufen können. Dieses neue Angebot von Geld muss die Preise der Güter, die die Regierung kaufen will, erhöhen. Wenn die Regierung ihre Einkäufe aus Mitteln bestreiten würde, die sie durch Besteuerung gewonnen hat, müsste der Preissteigerung der von der Regierung begehrten Waren eine Preissenkung der Waren gegenüberstehen, auf die die Steuerzahler nun verzichten müssen. Wenn aber die Regierung an Geld reicher wurde, ohne dass andere an Geld ärmer wurden, so bleibt dieser Preisfall aus. Einige (nämlich die von der Regierung zusätzlich gekauften) Waren steigen sogleich im Preise, die übrigen Waren behalten zunächst den alten Preisstand bei. Doch nun geht es weiter. Die, welche die von der Regierung begehrten Waren zu Markte bringen, sind nun selbst reicher geworden, sie können nun ihrerseits mehr kaufen, und so steigen auch die Preise der Waren, die sie zu kaufen begehren. So schreitet die Preissteigerung im ganzen Marktgefüge von Ware zu Ware weiter, bis schließlich alle Preise und Löhne von ihr ergriffen worden sind. Die Preissteigerung tritt mithin nicht zur gleichen Zeit bei allen Preisen und Löhnen ein.

Doch auch dann, wenn schon alle Preise und Löhne gestiegen sind, ist die Preissteigerung nicht in dem gleichen Ausmaß bei den einzelnen Waren und Dienstleistungen erfolgt. Der Umstand, dass in der Zeit, in der die preissteigernde Wirkung der zusätzlichen Geldmenge von Ware zu Ware weiterschreitet, die einen sich des Vorzugs erfreuen, die Waren, die sie zu Markte bringen, zu den neuen höheren Preisen absetzen zu können, dagegen aber für die Waren, die sie kaufen, noch die älteren niedrigeren Preise zu bezahlen, und dass die anderen in der umgekehrten Lage sind, höhere Preise im Einkauf bezahlen müssen, während sie als Verkäufer nur die alten niedrigeren Preise erzielen, lässt Gewinne und Verluste entstehen. Durch diese Gewinne und Verluste und durch die Gewinne der Schuldner und durch die Einbussen der Gläubiger werden die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Gesellschaft verschoben; es bildet sich eine neue Vermögens- und Einkommensschichtung, die das Verhältnis der Geldpreise der verschiedenen Waren untereinander verschiebt. Wenn die preissteigernde Wirkung der Geldvermehrung sich schon allen Waren gegenüber durchgesetzt hat und wenn der neue endliche Ruhezustand oder Gleichgewichtszustand erreicht ist, haben sich die Verhältnisse geändert. Die Vertreter der älteren Quantitätstheorie [373] haben geirrt, wenn sie angenommen haben, dass dann — wenn nicht etwa noch andere Veränderungen in den Daten vorgegangen sind — die Kassenhaltung jedes Wirts und die Preise aller Güter und Dienste in dem Verhältnis der Geldmengenvergrößerung gestiegen sein werden. Jene Datenänderungen, die zu Veränderungen der Kaufkraft des Geldes führen, müssen notwendigerweise zugleich auch noch andere Veränderungen im Gefüge der Marktwirtschaft hervorrufen. Das Gefüge vor dem Eintreten der zusätzlichen Geldmenge und das Gefüge, das nach dem Ablauf aller durch den Zuwachs an Geldmenge ausgelösten Veränderungen wieder dem Gleichgewicht zustrebt, unterscheiden sich nicht bloß dadurch, dass die Kassenhaltung der Einzelnen nun größer ist und dass die Preise gestiegen sind. Es sind Veränderungen in dem Verhältnis der Preise der einzelnen Waren untereinander vorgegangen, die durch den Ausdruck Umwälzung der Preise

oder Preisrevolution besser gekennzeichnet werden als durch den Ausdruck Veränderung des Preisniveaus.

Von den Veränderungen, die sich durch die Rückwirkung auf alle Schulden und Forderungen ergeben, können wir dabei zunächst absehen. Über die Wirkungen auf die Produktion und auf die Anlage von Kapital wird später zu handeln sein. Auf eines aber muss jetzt schon hingewiesen werden. Die Preisveränderungen sind im Verlaufe des ganzen Prozesses nicht nur Preissteigerungen, sondern mitunter auch Preissenkungen, wenn auch in der Regel am Ende alle Preise gestiegen sein werden. Die Waren, die zuerst von der Aufwärtsbewegung der Preise ergriffen wurden, weil die zusätzliche Nachfrage sich zuerst auf sie gerichtet hat, werden die volle Höhe der am Anfang erzielten Preissteigerung nicht behaupten können; bei ihnen werden, wenn die Bewegung weiter schreitet, Preissenkungen eintreten, wenn auch anzunehmen ist, dass sie nicht so groß sein werden, um den ursprünglichen Preisstand wiederherzustellen.

Es ist für den Gang und für die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Preisänderungen ohne Belang, ob die Vermehrung der Geldmenge durch Papiergeldausgabe eingetreten ist oder durch Goldproduktion. Die Preise steigen auch in derselben Weise, wenn bei ungeändertem Stande der Geldmenge die Nachfrage nach Geld zurückgeht, weil die Kassenhaltung verringert wird. [180] Das Geld, das von denen, die ihren Kassenbestand verringern, auf den Markt gebracht wird, löst den Lauf [374] der Geldentwertung genau so aus, wie die aus den Notendruckereien oder aus den Goldbergwerken auf den Markt strömenden Beträge. Umgekehrt ist die Wirkung einer Verminderung der Geldmenge (etwa durch Einziehung von Papiergeld) und die der Erhöhung der Nachfrage nach Geld (etwa durch Erhöhung der Kassenhaltung, durch «Hortung», wie man zu sagen pflegt). Und auch hier wieder haben wir dieselbe schrittweise, zeitlich abgestufte, ungleichmäßige Veränderung der Preise.

Man könnte nun folgenden Einwand erheben: Wenn die Goldbergwerke ihre normale Produktion auf den Markt bringen, bedeutet das wohl zusätzliches Angebot von Geld, doch nicht zugleich auch Steigerung des Einkommens oder gar des Vermögens der Besitzer der Goldbergwerke. Diese beziehen nur ihr normales Einkommen, das das Gleichgewicht der Marktwirtschaft nicht stören kann. Sie sind nicht reicher geworden, sie werden daher auch nicht bereit sein, höhere Preise zu bieten. Sie werden weiter so leben, wie sie gestern gelebt haben, und werden daher die Gleichgewichtslage des Marktes in keiner Weise stören. Die normale Goldproduktion könne daher, obwohl sie eine Vermehrung der Geldmenge darstellt, den Lauf des Entwertungsmechanismus nicht auslösen, sie sei der Preisgestaltung gegenüber neutral.

Da ist zunächst zu bemerken, dass in einem Marktgefüge mit Bevölkerungsvermehrung und Reichtumszunahme den preissteigernden Wirkungen, die von der normalen Goldmengenvergrößerung ausgehen, die preissenkenden Wirkungen gegenüberstehen, die von der — wir wollen den Ausdruck der Kritiker gebrauchen und sagen: normalen — Steigerung der Geldnachfrage zur Füllung der Kassen der durch Bevölkerungsvermehrung oder durch Ausbreitung der Geldwirtschaft neu in die Marktgesellschaft eintretenden Einzelwirtschaften ausgehen. Die beiden Tendenzen heben sich nicht etwa gegenseitig auf. Beide Prozesse nehmen ihren Lauf, beide führen zu Verschiebungen der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Freilich, die Preissteigerungen, zu denen der eine Prozess führt, werden durch die Preissenkungen, zu denen der andere führt, bei vielen Waren herabgemindert und bei vielen in Preissenkungen verwandelt; bei manchen wird schließlich — allerdings nach Schwankungen hinauf und hinab — der alte Preisstand wieder erreicht werden. Wenn wie es nun seit Jahrhunderten wohl ohne Unterbrechung der Fall war — der Geldbedarf beständig ansteigt, begegnen die Preissteigerungen, die das aus den Produktionsstätten neu in den Verkehr strömende Edelmetall auslöst, einer Gegenwirkung.

Durch diese Gegenwirkung [375] kann die Preiserhöhung gemindert, aufgehoben oder selbst in eine Preissenkung verwandelt werden. [181] Doch dieses Ergebnis wird nicht etwa dadurch erzielt, dass der eine Prozess den andern aufhebt. Beide Prozesse laufen mit allen ihren Begleiterscheinungen ab, und lediglich die Endauswirkung auf die Preise wird durch die Tatsache der Gegenwirkung bestimmt.

Dass die Besitzer der Goldbergwerke mit dem Bezuge eines regelmäßigen Einkommens aus dem Ertrage der Goldproduktion rechnen, beeinflusst nicht die Wirkung, die das neue Gold auf die Preise ausübt. Der Minenbesitzer nimmt aus dem Markte die Güter und Dienstleistungen, die die Kosten seiner Goldgewinnung darstellen, die Genussgüter seines Verbrauches und die Produktivgüter für die Anlage seiner Ersparnisse und gibt ihm dafür neugewonnenes Gold. Hätte er kein Gold erzeugen können, dann wären die Preise nicht durch dieses zusätzliche Gold berührt worden. Dass er für seine Person die Erwartung kommender Goldausbeute eskomptiert und kapitalisiert hat, ist dabei ebenso bedeutungslos, wie dass er seine Lebenshaltung auf die Beständigkeit des Bergwerksertrages eingerichtet hat. Die Wirkung, die die Goldproduktion auf sein Verhalten auf dem Markt und weiter auf das Verhalten jener, denen das Gold im weiteren Verlaufe zufließt, ausübt, beginnt erst mit ihrem Eintreten in seine Verfügungsgewalt. Hat er schon früher, in Erwartung künftiger Eingänge, Geldausgaben gemacht, und bleibt nachher der erwartete Ertrag aus, dann liegt die Sache so wie in allen anderen Fällen einer Kreditansprache, die auf Erwartungen begründet war, die sich dann als trügerisch erwiesen haben.

V. Das Hume-Mill'sche Problem und die Triebkraft des Geldes↩

Können Bedingungen gedacht werden, bei deren Zutreffen die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes gleichzeitig, gleichmäßig und entsprechend dem Verhältnis der Veränderungen, die in der Geldnachfrage oder im Geldangebot eingetreten sind, erfolgen? Mit anderen Worten: Kann man den Begriff des neutralen Geldes auch in das Bild einer Wirtschaft hineindenken, die nicht dem Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft entspricht? Man kann diese durchaus berechnete Frage als das Hume-Mill'sche Problem bezeichnen.

[376]

Dass weder Hume noch Mill die Frage befriedigend zu bejahen wussten, ist unbestritten. [182] Kann man sie verneinen?

Man kann das Problem auch in folgender Weise formulieren: Wir denken zwei unabhängige, in keiner Weise in Verbindung stehende Systeme gleichmäßiger Wirtschaft A und B . Die beiden Systeme sind nur darin verschieden, dass jedem Geldbetrag g im System A ein Geldbetrag ng im System B entspricht, wobei n größer oder kleiner sein kann als 1 ; wir nehmen dabei an, dass es keine Geldschulden gibt und dass das Geld dieser beiden Systeme nur den Gelddienst versieht und anderweitige Verwendung nicht zulässt. Dann werden sich die Geldpreise in den beiden Systemen wie $1:n$ verhalten. Ist es denkbar, dass das System A mit einem Schlage so verändert wird, dass es dem System B gleich wird?

Die Frage so stellen, heißt bereits, sie verneinen. Wer sie nicht verneinen wollte, müsste annehmen, dass ein *deus ex machina* zur gleichen Zeit zu jedem einzelnen Wirt tritt, seine Kassenhaltung um das n fache vermehrt oder vermindert und ihn darüber belehrt, dass er alle Preisdaten, die er in seinen Bewertungen und Berechnungen verwendet, mit n zu multiplizieren habe. Ohne Wunder könnte es da nicht abgehen.

Wir haben schon gesehen, wie im Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft der Begriff des Geldes in ein substanzloses Rechenverfahren, das in sich selbst widerspruchsvoll ist, entschwindet. [183] Man kann indirekten Tausch, Tauschmittel und Geld in ein

Gedankenbild, zu dessen Voraussetzungen Starrheit gehört, nicht einfügen. Die Kassenhaltung und damit der Geldgebrauch setzen eine sich verändernde Wirtschaft voraus; das Geld ist bereits ein Element der Veränderung, das sich mit dem Gleichmass jenes Gedankenbildes nicht verträgt.

Jede Veränderung des Geldangebots und jede Veränderung der Geldnachfrage beeinflusst den Besitzstand der einzelnen Wirte; manche Wirte werden reicher, manche ärmer. Auch wenn die Wirkungen einer Veränderung von Geldnachfrage oder Geldangebot durch ungefähr gleichzeitig auftretende entgegengesetzte Veränderungen von Geldangebot oder Geldnachfrage derart kompensiert werden, dass im endlichen Preisstand sich keine auffälligen Veränderungen der Preise ergeben, bleiben diese Wirkungen nicht aus. Jede Veränderung des Geldstandes nimmt ihren Weg für sich und übt ihren Einfluss [377] auf den Besitzstand. Wenn man auf eine Inflation eine Deflation folgen lässt, die die Preise ungefähr wieder in die Nähe der Preise bringt, die vor Auftreten der Inflation auf dem Markte gebildet worden waren, hat man die sozialen Wirkungen der Inflation nicht behoben oder rückgängig gemacht; man hat nur die sozialen Wirkungen der Deflation hinzugefügt.

Geld kann kein abstraktes Rechnungsmittel und kein Wert- oder Preismesser sein. Geld ist immer ein wirtschaftliches Gut und wird als solches von subjektiven Werturteilen erfasst. Auf dem Markte gibt es immer nur Veränderung und Bewegung, und nur weil es Veränderung und Bewegung gibt, gibt es auch Geld.

Das Geld ist ein Element der Veränderung nicht deshalb, weil es «umläuft», sondern weil es in den Kassen ruht. Denn nur weil es Veränderung gibt und über Art und Ausmaß der Veränderung Ungewissheit besteht, muss der Einzelne Kasse halten.

Wie das Geld nur in einer sich verändernden Wirtschaft Platz hat, so wird es durch die Veränderung eines jeden Datums in Schwung gesetzt und damit zur Triebkraft weiterer Veränderungen. Jede Verschiebung der Verhältnisse, die zwischen den Preisen der einzelnen Waren und Dienstleistungen untereinander bestehen, beeinflusst nicht nur die Produktion und das, was man als Verteilung bezeichnet; sie wird zugleich auch zu einer Quelle von Verschiebungen im Verhältnis von Geldnachfrage und Geldangebot und löst damit weitere Bewegungen aus. Nichts kann in der Sphäre der Waren und Dienste vorgehen, ohne auch die Geldsphäre zu affizieren, und alles, was die Geldsphäre berührt, muss auf die Warensphäre wirken.

Der Gedanke eines neutralen Geldes kann ebensowenig bis zu Ende gedacht werden wie der des Geldes von unveränderlichem Werte oder unveränderlicher Kaufkraft. Geld ohne Triebkraft wäre nicht etwa vollkommenes Geld, es wäre überhaupt nicht Geld.

Die Ausführungen vieler oder der meisten Geldtheoretiker durchzieht die Vorstellung, dass das vollkommene Geld neutral sein sollte, dass ein Geld umso besser sei, je weniger Triebkraft es entwickle und dass es ein Ziel der Geldpolitik sein müsste, ein Geld zu schaffen, dass sich möglichst dem Ideal des neutralen Geldes annähere. Diese unklare Vorstellung fließt dabei mit der ebenso unklaren Vorstellung eines Geldes von unveränderlicher Kaufkraft zusammen.

Der Ausgangspunkt aller dieser Ideen ist der Gedanke, dass Ruhe vollkommener sei als Bewegung, weil Ruhe durch die [378] Erreichung des Zieles, dem die Bewegung zustrebt, bedingt ist. Die Bewegung ist das unvollkommene und unvollendete, sie ist Unrast und Unausgeglichenheit, und das Beste, das man von ihr sagen kann, ist, dass sie auf Überwindung der ihr anhaftenden Unzulänglichkeit durch Erreichung der Ruhe und des Gleichgewichts gerichtet ist. Wenn solche Gedanken nichts anderes ausdrücken sollen als das, dass alles Handeln auf die Abstellung von Unbefriedigtsein gerichtet ist, und dass mit Erreichung des Zieles das Handeln aufhört, sind sie unanfechtbar. Doch man darf nicht

vergessen, dass Ruhe und Gleichgewicht nicht nur dann herrschen, wenn vollkommenes Glück den Menschen wunschlos gemacht hat, sondern auch dann, wenn er keinen Weg offen sieht, um empfundenen Unbefriedigtsein zu beheben. Die Abwesenheit von Handeln ist nicht nur ein Korrelat erreichter Vollbefriedigung, sie ist ebenso ein Korrelat vollkommenen Unvermögens, die Lage irgendwie zu verbessern; sie kann ebenso Wunschlosigkeit als auch Hoffnungslosigkeit bedeuten.

In der gegebenen Welt des Handelns und der unaufhörlichen Veränderung, in der Welt die nicht starr sein kann, weil sie lebt, kann es Neutralität, wie man sie vom Gelde verlangt, ebensowenig geben wie Stabilität der Austauschverhältnisse. Eine Welt, in der die Bedingungen, die neutrales Geld und starre Austauschverhältnisse voraussetzen, gegeben wären, wäre eine Welt, in der nicht gehandelt wird.

Man kann mithin nichts Absonderliches in dem Tatbestand erblicken, dass das Geld weder neutral noch stabil ist, und man muss alle Bestrebungen, die darauf abzielen, das Geld neutral und wertstabil zu machen, als widerspruchsvoll ablehnen. Wir haben einfach festzustellen: Veränderungen im Verhältnis von Geldnachfrage und Geldangebot führen zu Veränderungen in den zwischen dem Gelde und den übrigen wirtschaftlichen Gütern und Diensten bestehenden Austauschverhältnissen. Diese Veränderungen vollziehen sich nicht gleichzeitig und nicht gleichmäßig gegenüber den einzelnen Waren und Diensten. Sie verschieben den Besitzstand der einzelnen Wirte. Der neue endliche Ruhezustand, der sich nach Ablauf aller durch eine solche Veränderung ausgelösten Bewegungen einstellen würde, ist von dem vorher bestandenen nicht bloß dadurch verschieden, dass die Kassenhaltung und die absolute Höhe der Geldpreise anders sind; die Geldpreise der einzelnen Güter und Dienstleistungen stehen untereinander nicht mehr in dem gleichen Verhältnisse, in dem sie früher gestanden sind.

[379]

VI. Veränderungen der Kaufkraft von der Geldseite her und von der Wareseite her ↩

Änderungen in den zwischen dem Gelde und den Waren bestehenden Austauschverhältnissen können sowohl von der Geldseite als auch von der Wareseite her erfolgen. Die Datenänderung, die sie auslöst, kann entweder in der Nachfrage oder im Angebot von Geld oder in der Nachfrage oder im Angebot von Waren aufgetreten sein.

Jede Veränderung in der Kassenhaltung eines der am Marktverkehr teilnehmenden Wirte wirkt auf dem Markte als Erhöhung oder Minderung der Nachfrage oder als Minderung oder Erhöhung des Angebots und löst den Ablauf des Kaufkraftänderungsprozesses aus. Die einzelne Veränderung mag unter Umständen so klein sein, dass ihre Auswirkung auf dem Markte von einem nicht allwissenden Beobachter ebensowenig wahrgenommen werden kann wie die Gewichtszunahme, die ein beladener Eisenbahnwagen dadurch erfährt, dass ein Staubkörnchen auf ihn niederfällt. Es mag unter Umständen sein, dass die Wirkungen, die von den einzelnen Veränderungen ausgehen, ungefähr im gleichen Masse nach den entgegengesetzten Richtungen streben, so dass im Endergebnis, wenn alle Bewegungen aufhören und die Preise einen neuen endlichen Ruhezustand erreichen würden, diese nicht beträchtlich geändert erscheinen würden. Vollkommene Wiederherstellung der früher bestandenen Preisverhältnisse darf man auch in diesem Falle nicht annehmen. Das Wirtschaftsgefüge nach Ablauf der Bewegungen und Veränderungen gleicht nicht mehr dem Gefüge, wie es vorher war. Diesem neuen Zustand müssen auch andere Preise entsprechen.

Die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes, die von der Wareseite den Ausgang nehmen, können immer nur das Angebot der Waren und Dienste betreffen oder die Nachfrage nach einzelnen Waren und Diensten. Eine allgemeine Steigerung oder Senkung der

Nachfrage nach allen Waren und Diensten oder nach der überwiegenden Menge von Waren und Diensten kann nur von der Geldseite ausgehen.

Wir wollen die Wirkung der Kaufkraftveränderungen nun unter folgenden drei Annahmen betrachten: *a*) dass das Geld nur Gelddienst verrichtet und keiner anderweitigen Verwendung zugeführt werden kann; *b*) dass es nur Tausch zwischen Gegenwartsgütern gibt und keinen zwischen gegenwärtigen und künftigen Gütern; *c*) dass wir von den Wirkungen der Veränderungen der Kaufkraft auf die Geldrechnung absehen dürfen.

[380]

Unter diesen Voraussetzungen bringen Veränderungen der Kaufkraft, die von der Geldseite her wirken, zunächst nur Verschiebungen in den Vermögens- und Einkommensverhältnissen der einzelnen Wirte hervor. Einzelne werden reicher, andere werden ärmer; einzelne werden besser versorgt sein, andere schlechter; was die einen gewinnen, haben die anderen verloren. Es wäre unzulässig, diesen Tatbestand in der Weise auszudrücken, dass man erklärt, die Gesamtversorgung und die Gesamtbefriedigung sind unverändert geblieben, oder: bei ungeänderter Gesamtversorgung ist — durch Änderung der Verteilung der Güter — die Gesamtbefriedigung und die Summe von Glück erhöht oder vermindert worden. Gesamtversorgung und Gesamtbefriedigung sind Begriffe, deren Anwendung auf die Probleme der Marktwirtschaft nicht zulässig ist; man kann die Versorgung der einzelnen Wirte nicht addieren, man kann Befriedigung und Glück verschiedener Menschen nicht mit objektiven Mitteln messen und vergleichen.

Mittelbar kann die Veränderung der Kaufkraft von der Geldseite her noch weitere Wirkungen auslösen. Die Verschiebung der Einkommen und Vermögen kann zur Neubildung oder zur Aufzehrung von Kapital führen; ob und in welchem Sinne diese sekundären Folgen eintreten, hängt von den Daten des einzelnen Falles ab.

Veränderungen der Kaufkraft von der Warensseite sind unter Umständen nichts weiter als die Folge von Verschiebungen der Nachfrage von einem oder einigen Gütern zu einem oder zu mehreren anderen Gütern. Treten sie von der Seite des Angebots auf, dann bedeuten sie nicht nur eine Verschiebung von Vermögen und Einkommen von einem oder von mehreren Wirten zu anderen Wirten. Da gilt nicht, dass der eine nur gewinnen kann, was andere verloren haben. Wenn Vermehrung oder Verminderung der Summe der allen Marktgenossen zur Verfügung stehenden Menge eines oder mehrerer Güter im Spiel ist, dann können manche oder alle gewonnen haben, wo niemand verloren hat, oder umgekehrt manche oder alle verloren haben, wo niemand gewonnen hat. Veränderungen der Kaufkraft, die von der Seite des Warenangebots ausgehen, bedeuten nicht nur eine Verschiebung zwischen den einzelnen Wirten; sie bedeuten immer zugleich auch für einige oder für alle Wirte Zuwachs oder Einbusse an Befriedigung, die nicht zu Lasten oder zu Gunsten anderer Wirte geht.

Man kann diese Einsicht auch folgendermaßen ausdrücken: Wir denken uns als *A* und *B* zwei unabhängige, in keiner Weise in Verbindung stehende Systeme, die ein Geld verwenden, das nur den Gelddienst versieht und keine andere Verwendung [381] zulässt. Wir nehmen nun einmal (Fall 1) an, dass die beiden Systeme sich vollkommen bis auf den einen Punkt gleichen, dass in *B* der Geldvorrat das *n* fache des Geldvorrats in *A* in der Weise ausmacht, dass jedem Geldbetrag *g* und jeder Geldforderung *f* in *A* ein Geldbetrag von *ng* und eine Geldforderung *nf* in *B* entspricht. Wir nehmen dann wieder (Fall 2) an, dass die beiden Systeme sich vollkommen bis auf den einen Punkt gleichen, dass in *B* der Gesamtvorrat einer Ware *p* das *n* fache des Gesamtvorrats dieser Ware in *A* in der Weise ausmacht, dass jedem Vorrat *v* von *p* in *A* ein Vorrat von *nv* in *B* entspricht. In beiden Fällen sei *n* größer als 1. Stellen wir dann an jeden einzelnen Wirt des Systems *A* die Frage, ob er bereit wäre, auch nur das kleinste Opfer zu bringen, um seine Stelle gegen die entsprechende

Stelle im System *B* einzutauschen, so wird im Fall 1 die Antwort einhellig nein lauten, wogegen im Fall 2 alle Eigentümer der Vorräte von *p* und alle Wirte, die keine Vorräte von *p* besitzen, jedoch solche zu erwerben wünschen, mindestens also ein Wirt bejahend antworten werden.

Da der Dienst des Geldes durch seinen Tauschwert gegeben ist, da niemand eine bestimmte Anzahl von Geldstücken oder eine bestimmte Gewichtsmenge von Geld in seiner Kasse haben will, sondern eine Geldsumme eines bestimmten Tauschwertes, ist der Dienst, den das Geld dem Einzelnen wie dem gesamten Marktgefüge leistet, stets vollkommen und kann weder durch Vermehrung der Geldmenge verbessert, noch durch ihre Verringerung verschlechtert werden. Die Veränderungen der Kaufkraft der Geldeinheit bringen Verschiebungen in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen hervor, um derentwillen manche eine Politik treiben wollen, die solche Veränderungen hervorruft; vom Standpunkte dieser Wünsche kann man die Geldmenge als unzureichend oder als übermäßig groß bezeichnen. Doch, davon abgesehen, ist die vollkommene Erfüllung des Tauschmitteldienstes von der Größe der Geldmenge unabhängig. Es gibt wohl in der Kasse der Einzelnen mitunter zu viel oder zu wenig Geld, doch das Gesamtgefüge der Marktwirtschaft leidet nie darunter, dass unzureichende Versorgung mit Geld ihm etwas von den Vorteilen nehmen würde, die der Geldgebrauch gewährt; Vermehrung der Geldmenge kann nie die Dienste, die das Geld leistet, erhöhen. Die Nutzwirkung, die vom Gelde ausgeht, ist von der Geldmenge unabhängig. Veränderungen in der Geldmenge können die Vorteile, die der indirekte Tausch und der Geldgebrauch bringen, weder für den Einzelnen noch für die Gesamtheit verändern.

Von diesem Standpunkt betrachtet, ist der Aufwand, der für die Vermehrung der Geldmenge gemacht wird, verlorener [382] Aufwand. Dass Dinge, die auch anderweitig Nutzen stiften könnten, als Geld verwendet und damit anderen Diensten entzogen werden, erscheint als unnütze Minderung begrenzter Befriedigungsmöglichkeiten. Doch Betrachtungen dieser Art können dem Handeln nicht die Wege weisen. Dem Einzelnen ist es gleich, ob durch Handeln, das ihm nützt, auch anderen genützt wird, oder ob sein Vorteil durch den Verlust anderer bedingt ist. Für die Regierung aber könnte, da es nun einmal weder neutrales noch wertstabiles Geld geben kann, die Frage nur so gestellt werden, ob sie diese oder jene Gruppe von Wirten begünstigen oder benachteiligen will.

Man kann, wie Adam Smith und Ricardo und nach ihnen viele Mindergrösse, der Meinung sein, dass es — vom Standpunkt der Allgemeinheit gesehen — sehr zweckmäßig war und ist, die Kosten der Geldherstellung dadurch beträchtlich herabzusetzen, dass man das aus Edelmetall bestehende Sachgeld durch papierenes Kreditgeld und Zeichengeld ersetzt. Doch wenn man die Währungsgeschichte der Zeit, die verstrichen ist, seit diese beiden Meister ihre Schriften veröffentlicht haben betrachtet, wenn man an die mittelbaren und unmittelbaren Folgen der großen Inflationen denkt, dann mag man in dem Aufwand, den die Goldproduktion erfordert, das kleinere Übel erblicken. Man darf sich nicht etwa darauf berufen, es hätte nur der Missbrauch der Geldschöpfungsmöglichkeiten, die Kreditgeld und Zeichengeld in die Hand der Regierungen legen zu den Ergebnissen geführt, die man allgemein als ungünstig ansieht. Da die Geldtheorie nicht imstande ist, eine bestimmte Währungspolitik als richtig und jede andere als verfehlt zu bezeichnen, da die Wahl zwischen den verschiedenen Alternativen, die der Geldschöpfungspolitik offen stehen, von politischen Werturteilen abhängt, kann es nie etwas geben, was man ohne Bezug auf subjektive Werturteile gute, ideale oder richtige Geldpolitik nennen könnte.

Die Wahl des als Tauschmittel zu verwendenden Gutes ist nie gleichgültig; sie entscheidet über die von der Geldseite ausgehenden Veränderungen der Kaufkraft. Da das Geld weder neutral noch wertstabil sein kann, gibt es da nur zwei Möglichkeiten: entweder man lässt den Markt — die auf dem Markte tauschenden Wirte — die Entscheidung treffen; auf diese Weise sind nach langem Ausleseverfahren schließlich die beiden Edelmetalle Gold

und Silber in die Geldstellung eingetrichtert. Oder aber man sucht durch staatliche Maßnahmen die Entscheidung der Marktparteien zu einer bestimmten Wahl zu lenken, wie es seit zweihundert Jahren alle Staaten versucht [383] haben. Das aber bedeutet staatliche Währungspolitik, die immer nur hier begünstigen, dort benachteiligen, nie aber alle oder das allgemeine Beste fördern kann.

VII. Kaufkraftänderungen und Geldrechnung ↩

Die Geldrechnung arbeitet mit Warenpreisen, die auf dem Markte erzielt wurden, hätten erzielt werden können oder voraussichtlich einmal zu erzielen sein werden. Sie sucht die Unterschiede dieser Preise zu ermitteln und daraus ihre Schlüsse zu ziehen.

Veränderungen der Kaufkraft des Geldes kann die Geldrechnung nicht beachten. Es ist möglich, eine Geldrechnung, die in einer Geldart (a) geführt wird, durch die Rechnung in einer anderen Geldart (b) zu ersetzen, und so die Ergebnisse der Rechnung gegen die Einflüsse zu feien, die von den Bewegungen der Kaufkraft von a ausgehen. Damit wird das Ergebnis den Einflüssen, die von den Bewegungen der Kaufkraft von b ausgehen, unterworfen. Geldrechnung, die durch derartige Einflüsse nicht berührt wird, kann es nicht geben.

Alle Ergebnisse der Rechnung und alle Schlüsse, die auf ihnen aufgebaut werden, sind durch die Gestaltung der von der Geldseite her wirkenden Veränderungen der Kaufkraft des Geldes bedingt. Je nachdem, ob die Kaufkraft des Geldes sinkt oder steigt, entstehen zwischen den Ansätzen, die auf früheren Preisen aufgebaut sind, und den Ansätzen, die auf späteren Preisen aufgebaut sind, besondere Unterschiede; die Rechnung zeigt Gewinne oder Verluste, die nur die Folge der Veränderung der Kaufkraft sind. Wenn man diese Gewinne und Verluste mit den Ergebnissen einer in einer andern Geldart, deren Kaufkraft sich weniger heftig verändert hat, geführten Rechnung vergleicht, dann kann man sie als Scheingewinne oder Scheinverluste bezeichnen. Man hat aber darauf zu achten, dass diese Ausdrucksweise immer nur das Ergebnis des Vergleichs von zwei in verschiedenen Geldarten geführten Rechnungen ist. Da es kein «wertstabiles» Geld gibt, da jedes denkbare Geld Veränderungen der Kaufkraft erleidet, da mithin bei jedem Geld derartige nur durch die Bewegungen seiner Kaufkraft ausgelösten Gewinne oder Verluste auftreten, vermag man Gewinne oder Verluste nie absolut in echte und scheinbare zu unterscheiden.

Man kann daher sagen, die Geldrechnung sei unvollkommen. Doch niemand ist imstande, anzugeben, wie man diese [384] Unvollkommenheit beheben könnte, oder wie ein Geld beschaffen sein müsste, das die Geldrechnung von diesen Mängeln befreien könnte.

Es ist den Menschen gelungen, ein Geldwesen zu schaffen, das für alle Aufgaben des indirekten Tausches brauchbar ist und die Grundlage einer Wirtschaftsrechnung zu bieten vermag, die den Aufgaben, die sie im Leben zu erfüllen hat, gerecht wird. Diese Aufgaben sind derartig, dass ihre Lösung durch die Ungenauigkeiten, die aus langsam vorsichgehenden Veränderungen der Kaufkraft der Geldeinheit entspringen, nicht gestört wird. Wenn der Unternehmer errechnen will, ob die Preise, die für die komplementären Produktionsmittel heute auf dem Markte verlangt werden, im Hinblick auf die von ihm erwarteten künftigen Preise der Produkte so niedrig sind, dass die Produktion Rentabilität verspricht, können Kaufkraftänderungen, wie sie beim metallischen Sachgeld und insbesondere beim Goldgeld in den letzten Jahrhunderten vor sich gegangen sind, die Ergebnisse der Rechnung nicht so beeinflussen, dass sie für das Handeln unbrauchbar werden.

Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, dass man mit diesem Verfahren für alle praktischen Zwecke das Auslangen finden kann. Und die Theorie zeigt, dass man kein besseres Verfahren ersinnen, geschweige denn verwirklichen könnte. Gegenüber diesen Tatsachen hat es keinen Sinn, von Unvollkommenheit zu sprechen. Die Welt ist, wie sie ist.

Der handelnde Mensch hat sich ihr anzupassen.

Die Wirte haben nie das Bedürfnis empfunden, die Geldrechnung in Gold von ihrer Abhängigkeit von den Schwankungen der Kaufkraft zu befreien. Die Vorschläge, die Geldverfassung durch eine Indexwährung zu verbessern, sind nicht im Hinblick auf Unzulänglichkeiten der Geldrechnung gemacht worden, sondern im Hinblick auf den Gebrauch des Geldes in Schuldverträgen, vor allem in langfristigen Schuldverträgen. Die Praxis des rechnenden Unternehmers hat es nicht einmal für zweckmäßig erachtet, an der Goldrechnung die Modifikationen vorzunehmen, die man ohne jede Schwierigkeit an ihr vornehmen könnte, um die Gefahr der Verfälschung ihrer Ergebnisse durch die Veränderungen der Kaufkraft herabzumindern. Man hätte z. B. dazu übergehen können, die Abschreibungen von den seinerzeitigen Anschaffungswerten durch die Auffüllung von Erneuerungskonten zu ersetzen, die den voraussichtlichen Wiederanschaffungskosten entsprechen und die man mit der Veränderung dieser Kosten verändern kann. Dass man es unterlässt, zeigt, dass die Praxis mit der Leistungsfähigkeit der Goldrechnung nicht unzufrieden ist.

[385]

Ein heftigen, in einer Richtung vorsichgehenden Veränderungen der Kaufkraft unterliegendes Geld wird nicht nur für die Geldrechnung unbrauchbar, sondern für den Gelddienst überhaupt. [184]

VIII. Das Geld im Kreditverkehr ↩

Jeder Akt gesellschaftlichen Tausches, in dem zwischen dem Abschluss und der Leistung beider oder mindestens des einen Teils ein größerer oder kleinerer Zeitraum liegt, wird durch Veränderungen der Preisgestaltung betroffen, die sich in der Zwischenzeit vollziehen können. Jeder derartige Tausch trägt mithin auch schon im Hinblick auf diesen Umstand Spekulationscharakter. Es kann geschehen, dass die Preisgestaltung anders abläuft, als die Parteien es erwartet haben; die Spekulation kann gelingen oder fehlschlagen.

Lieferungs- und Termingeschäfte über Waren und Wertpapiere werden daher allgemein als Unternehmen betrachtet, deren Ausgang und Erfolg im Ungewissen liegt. Wer Waren oder Wertpapiere gegen künftige Lieferung kauft oder verkauft, weiß, dass er eine Spekulation eingeht. Nur wer Geldforderungen, die erst nach längerer Zeit fällig werden, erwirbt oder Geldschulden macht, die erst nach längerer Zeit fällig werden, ist sich des Spekulationscharakters seines Handelns nicht immer bewusst. Im kurzfristigen Kreditverkehr werden die erwarteten Veränderungen vorweggenommen, indem sie im Bruttozins berücksichtigt werden. Für den langfristigen Kreditverkehr, für die Anleihen, die auf dem Kapitalmarkt (im Unterschied vom Geldmarkt) gegeben und genommen werden, hat die Vorstellung einer vermeintlichen Wertstabilität des Geldes lange über den wahren Charakter des Geschäfts Unklarheit walten lassen.

IX. Der Einfluss erwarteter Kaufkraftänderungen auf die Gestaltung der Kaufkraft ↩

Geldnachfrage und Geldangebot werden unter Zugrundelegung der Preise von gestern gebildet. Die Kaufkraft des jüngstverflossenen Augenblicks ist der Ausgangspunkt für die Urteile, die die Marktparteien sich über die angemessene Größe ihrer Kassenhaltung und über die Preise, die sie bewilligen und die sie fordern wollen, bilden. Hätten sie nicht die Möglichkeit, in dieser Weise an Preise der Vergangenheit anzuknüpfen, so [386] wüssten sie nicht, wie sie sich dem Gelde gegenüber zu verhalten haben. Ein Tauschmittel oder ein Geld ohne Vergangenheit kann es nicht geben. Die Einführung eines Gutes in den Tauschmittel- und Gelddienst setzt voraus, dass es schon vorher wirtschaftliches Gut war und Tauschwert

hatte.

Doch die überkommene Kaufkraft des Geldes wird durch Geldnachfrage und Geldangebot von heute umgestaltet. Wie alles menschliche Handeln immer auf die Zukunft gerichtet ist, mag es auch meist oder oft auch nur die Zukunft des nächsten Augenblicks sein, so ist auch das Handeln in Bezug auf das Geld auf die Zukunft gerichtet. In diesem Sinne kann man sagen, dass der Tauschwert des Geldes die Vorwegnahme seiner künftigen Kaufkraft ist. [185]

Wer kauft, kauft für künftigen Gebrauch oder Verbrauch, mag er auch dabei in der Regel von der Annahme ausgehen, dass die Zukunft sich von der Vergangenheit überhaupt nicht oder nur wenig unterscheiden werde. Doch wenn und soweit er zu wissen meint, dass die Zukunft sich von der Vergangenheit unterscheiden wird, wird er sich auf sie einstellen und sich durch die Erinnerung an eine anders geartete Vergangenheit nicht beirren lassen. Das gilt wie vom Handeln in Bezug auf die übrigen wirtschaftlichen Güter so auch vom Handeln in Bezug auf das Geld.

Das Urteil über die Größe der angemessen erscheinenden Kassenhaltung kann der Einzelne nur auf Grund der Kaufkraft der Vergangenheit bilden. Es gibt keinen anderen Ausgangspunkt für sein Denken über die Bedeutung eines Geldbetrages, [387] und es kann keinen anderen geben. Doch für die Entscheidung über die Höhe der Kassenhaltung wird immer auch noch ein zweiter Gesichtspunkt in Betracht gezogen: die Meinung über die voraussichtliche Gestaltung der Preise in der Zukunft. Das schwächt die Bedeutung der überkommenen Kaufkraft für die Bildung der Kaufkraft der allernächsten Zukunft und für den Umfang der Kassenhaltung nicht ab. Denn auch alle Urteile über die voraussichtliche Kaufkraft der Zukunft müssen auf dem Wissen über die Kaufkraft der jüngstverflossenen Vergangenheit aufgebaut werden.

Wer meint, dass die Preise steigen werden, wird mehr kaufen, als er sonst getan hätte, und daher bereit sein, die Kassenhaltung zu verringern. Wer meint, dass die Preise fallen werden, wird im Einkauf zurückhalten und daher bereit sein, die Kassenhaltung zu vergrößern. Solange die Meinung über voraussichtliche Preisveränderungen nur einzelne Waren betrifft, wird durch die Veränderungen der Kassenhaltung, die aus ihrer Berücksichtigung erfolgt, sich nichts anderes ergeben als Vorwegnahme der erwarteten Preisveränderungen. Anders liegen die Dinge, wenn die Meinung eine allgemeine Verschiebung der Preise aller Kaufgüter gegenüber dem Gelde betrifft.

Wird allgemein Preisfall aller Güter gegenüber dem Gelde erwartet, dann wird die Zurückhaltung der Wirte die Abwärtsbewegung der Preise beschleunigen; wird umgekehrt allgemein Preissteigerung aller Güter gegenüber dem Geld erwartet, dann wird die gesteigerte Kauflust der Wirte die Aufwärtsbewegung der Preise beschleunigen. Das wird so lange fortgehen, bis der Punkt erreicht ist, über den hinaus weitere allgemeine Preisveränderung nach unten oder nach oben hin nicht mehr vermutet wird; die Kauflust wird dann wieder angeregt oder herabgemindert.

Wenn sich aber einmal die Auffassung gebildet hat, dass die Vermehrung der Geldmenge ohne absehbares Ende in großem Umfange weiterschreiten wird und dass demgemäss auch die Geldpreise aller Waren und Dienstleistungen unaufhaltsam steigen werden, dann wird es das Bestreben der Wirte sein, so viel als möglich zu kaufen und die Kassenhaltung auf ein sehr geringes Maß herabzusetzen. Denn mit dem Halten von Kasse sind unter solchen Umständen nicht nur die Kosten verbunden, die man als Zins bezeichnet, sondern darüber hinaus sehr beträchtliche Verluste durch den Rückgang der Kaufkraft. Die Vorteile der Haltung eines Kassenstandes müssen durch Opfer erkaufte werden, die so hoch erscheinen, dass man seinen Umfang mehr und mehr einschränkt. Das ist die Erscheinung, die man in

den großen Inflationen der Nachkriegszeit als [388] «Flucht in die Sachwerte» und als «Katastrophenhauss» bezeichnet hat. Die mathematisch-mechanistische Lehre ist nicht imstande, den Kausalzusammenhang zu erfassen, der hier zwischen der Vermehrung der Geldmenge und der «Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit» besteht.

Nun ergibt sich folgendes: das allgemeine Verlangen nach Waren und nach Herabminderung der Kassenbestände treibt die Preise in die Höhe; die Wirkung der Geldmengenerhöhung auf die Preise wird durch die Herabsetzung des Geldbedarfs noch verstärkt. Betrachten wir an Hand von Umrechnungen des Binnengeldes in ein nicht unter dem Druck einer schnell fortschreitenden Inflation stehendes Geld des Auslandes Preise, Kassenhaltung und Gesamtgeldmenge im Wirtschaftsgefüge, in dem die Meinung besteht, dass die Inflation unaufhaltsam fortschreiten werde, dann kann man feststellen, dass die Kassenhaltung der Einzelnen und der Wert der Gesamtgeldmenge (in Auslandsgeld ausgedrückt) beständig fallen, je mehr die Gesamtgeldmenge (in Binnengeld ausgedrückt) zunimmt. Es kommt schließlich dazu, dass alle Umsätze in Binnengeld aufhören, da die Preise, zu denen sich die Besitzer von ihren Waren zu trennen bereit wären, so stark die erwartete weitere Geldentwertung vorwegnehmen, dass niemand sie zu bezahlen vermag, weil niemandem so große Beträge zur Verfügung stehen. Es ergibt sich dann, dass das Geld technisch nicht mehr dem Tauschmitteldienst gewachsen ist; das Geldwesen muss versagen. Das Ende der Währungs-panik ist die vollkommene Entwertung des Geldes. Man geht zum Tauschhandel über oder zum Gebrauch eines neuen Geldes.

Der Gang einer fortschreitenden Senkung der Kaufkraft des Geldes stellt sich demnach folgendermaßen dar: Die zusätzliche Geldmenge, die als neues Angebot auf den Markt tritt, treibt Preise und Löhne in die Höhe. Doch diese Preisbewegung ist, wie schon ausgeführt wurde, nicht gleichmäßig und gleichzeitig. Es steigen zunächst nur die Preise einiger Waren und nur nach und nach auch die der übrigen Waren. Es gibt eine Zeitspanne (time lag) zwischen dem Auftreten der Preissteigerung bei den einzelnen Waren. (Da von der Preissteigerung in Ländern, die ein vom Auslandsgeld verschiedenes Binnengeld gebrauchen, zuerst die Preise des Auslandsgelds und die Preise der aus dem Ausland eingeführten Waren steigen, ergibt sich die Spannung zwischen den inländischen und den ausländischen Preisen, die die vielberufene einfuhrhemmende und ausfuhrfördernde Wirkung der Geldentwertung erklärt.) Solange dieser Prozess noch im Gange ist, kann man davon sprechen, dass es Preise gibt, die sich den durch die neue Lage des [389] Angebots an Geld geschaffenen Verhältnissen noch nicht angepasst haben; es gibt Preise, die noch nicht gestiegen sind, aber später werden steigen müssen. Doch dann kommt es zum Umschlag. Die Katastrophenhauss lässt alle Preise über alles Maß steigen, weil man die künftigen Preissteigerungen vorwegnehmen will, weil man in jeder Kassenhaltung eine Verlustgefahr sieht und jede andere Ware — auch als Tauschmittel dem alten Gelde vorzieht. Es ist nicht etwa ein Prozess, der zur Entwährung des Geldes führt; es ist schon selbst die Abziehung der Tauschmitteleigenschaft von einem Ding und ihre Übertragung auf andere.

Wenn ein Gut Geld bleiben soll, darf die öffentliche Meinung nicht glauben, dass mit einer schnellen und unaufhaltsamen Vermehrung seiner Menge zu rechnen ist. [186]

X. Der spezifische Geldwert und der Gelddienst ↪

Soweit das als Tauschmittel verwendete wirtschaftliche Gut nicht wegen des Tauschmitteldienstes, sondern wegen seiner anderweitigen Gebrauchsmöglichkeiten geschätzt und begehrt wird, liegt keine Erscheinung vor, die nach einer besonderen Erklärung verlangen würde. Die Lehre vom Gelde und vom Geldwert hat hier nichts zu bemerken. Ihre Aufgabe ist allein die Beschäftigung mit jenem Teil der Schätzung des Geldes und der Nachfrage nach Geld, der auf dem Tauschmitteldienst beruht.

Als Tauschmittel wurden einst wirtschaftliche Güter verschiedener Art (Sachgeld) verwendet. Eine lange Entwicklung hat schließlich dazu geführt, dass nur noch die Edelmetalle Gold und Silber im Tauschmitteldienst verblieben; in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts begann man auch das Silber Schritt für Schritt aus dem Gelddienst zu drängen.

Jünger als Sachgeld ist notwendigerweise das Kreditgeld. Auf Geld lautende Forderungen, die jederzeit fällig waren und gegen deren Sicherheit kein Bedenken bestand, waren im Verkehr als Geldsurrogate wie Geld verwendet worden. (Von [390] diesen Geldsurrogaten wird noch eingehend zu sprechen sein.) Sie blieben im Verkehr und wurden als Tauschmittel weiter verwendet, auch nachdem ihre Einlösbarkeit hinausgeschoben worden war und damit vielleicht auch Zweifel über die Güte des Schuldners und der Forderung entstanden waren. Als jederzeit fällige und ohne Kosten einziehbare Forderungen gegen einen Schuldner, über dessen Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit keine Bedenken gehegt wurden, waren sie dem Geldbetrage, auf den sie lauteten, gleich geschätzt worden und konnten so als Surrogat für diesen Betrag verwendet werden. Durch die Aufhebung ihrer sofortigen Einlösbarkeit, durch die Hinausschiebung der Fälligkeit auf unbestimmte Zeit und durch die dadurch hervorgerufene Unsicherheit über die Kreditwürdigkeit des Schuldners verloren diese Forderungen einen Teil des Wertes, den man ihnen früher als Forderungen beigelegt hatte. Weil sie aber als Tauschmittel verwendet und begehrt wurden, sank ihr Wert nicht so tief, wie es ihrer bloßen Eigenschaft als unverzinsliche Forderungen, deren Fälligkeitstag unbekannt war, gegen einen nicht als durchaus zahlungsfähig und zahlungswillig angesehenen Schuldner entsprochen hätte. Wie das Gold als Metall mit mannigfacher industrieller Verwendbarkeit und als Tauschmittel gewertet wurde, so wurden sie als Forderungen und als Tauschmittel gewertet. Und so wie das Gold wohl auch dann den Tauschmitteldienst weiter versehen könnte, wenn man ganz aufhören würde, es für andere Zwecke zu begehren, so könnten auch diese Forderungen im Tauschmitteldienst verbleiben, wenn sie durch Fortfallen der Hoffnung, dass der Schuldner sie einmal einlösen würde, aufgehört hätten, Forderungen zu sein. Sie wären dann nichts mehr als Zeichen; sie wären nicht mehr Kreditgeld, sondern Zeichengeld. Ob es solches Zeichengeld je gegeben hat oder gegenwärtig gibt, ist eine Frage, die nicht die Theorie, sondern die Geschichte zu beantworten hat. Die grundsätzliche Möglichkeit von Zeichengeld kann nicht bestritten werden. Dass Kreditgeld und Zeichengeld die Gestaltung der Kaufkraft des Geldes in die Hand der Regierung legen und damit zu einem Spielball der Politik machen, hat das Sachgeld — d.h. heute das Gold — im geschichtlichen Ablauf überlegen erscheinen lassen. Doch auch das gehört durchaus in das Gebiet der Geldgeschichte und Geldpolitik.

Die Theorie hat sich allein mit dem spezifischen Geldwert zu befassen, d.h. mit jener Komponente der Kaufkraft der Geldeinheit, die auf dem Tauschmitteldienst beruht.

Das Halten eines Kassenbestandes legt dem Wirt Opfer auf. Um den Betrag der Kassenhaltung vermindert sich die [391] Menge von Genussgütern, die er für den sofortigen Gebrauch oder Verbrauch erwerben könnte, oder die Menge der Produktivgüter, die er sofort in den Dienst der Versorgung mit künftigen Gütern einstellen könnte. In der entwickelten Marktwirtschaft finden diese Kosten ihren Ausdruck in Zinsentgang; der Einzelne könnte, wenn er auf Kassenhaltung ganz verzichten wollte, den Betrag fruchtbringend anlegen. Dass er sich dazu entschließt, auf diesen Ertrag zu verzichten, zeigt, dass er die Vorteile der Kassenhaltung höher schätzt als den Zinsentgang.

Man kann die Vorteile, die der Einzelne aus der Haltung eines Vorrates von Tauschmitteln zu ziehen vermeint, einer eingehenden Prüfung unterziehen. Man kann zeigen, wie der indirekte Tausch dem direkten Tausch überlegen ist. Man kann ferner zeigen, wie in der auf Geldgebrauch aufgebauten Marktwirtschaft die Verfügung über das marktgängigste

Gut, das allgemein gebräuchliche Tauschmittel, das Geld, die Möglichkeit bietet, die Bedürfnisse schneller und billiger zu decken als es ohne Verfügung über einen entsprechenden Kassenbestand möglich wäre. Man kann, mit einem Worte, die Beweggründe darlegen, die für den Entschluss, einen Kassenvorrat bestimmter Höhe zu halten, maßgebend sind.

Man geht aber fehl, wenn man glaubt, es könnte gelingen, auf der Erkenntnis aller Beweggründe, die den Einzelnen zur Haltung eines Kassenbestandes bewegen können, unmittelbar eine Theorie der Kaufkraft des Geldes aufzubauen, die ohne die Begriffe Kassenhaltung, Geldbedarf und Geldnachfrage das Auslangen finden könnte. [187] Die Vorteile, die das Halten von Kasse bietet, werden vom Einzelnen mit den Kosten, die daraus erwachsen, verglichen, und das Ergebnis dieser Abschätzung von Vorteil und Nachteil ist das Handeln, das einen bestimmten Kassenstand bildet. Diese Abschätzung ist gerade so subjektiv wie alle Schätzungen, die die Einzelnen zum Handeln führen. Unter denselben objektiven Voraussetzungen gelangen verschiedene Menschen oder dieselben Menschen zu verschiedenen Zeiten zu verschiedenem Handeln. Sowenig man aus der Kenntnis der Vermögenslage eines Einzelnen und seines physiologischen Bedarfes an Kalorien dazu gelangen kann, im Voraus zu wissen, wie viel er bereit sein wird, für Nahrungsmittel einer bestimmten Qualität aufzuwenden, sowenig kann man aus der Kenntnis irgendwelcher, die wirtschaftliche Lage eines Einzelnen umschreibenden Daten die Höhe der Kassenhaltung, die er für angemessen hält, errechnen.

[392]

XI. Die Geldsurrogate: Geldzertifikate und Umlaufmittel↩

Geldforderungen, die sofort fällig sind und über deren Sicherheit kein Zweifel obwaltet, versehen im Kassenbestande des Einzelnen den gleichen Dienst, den Geld leistet, wenn ihre entscheidenden Eigenschaften - sofortige Fälligkeit der Forderung und Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Schuldners — auch allen Marktparteien, mit denen er Tauschakte vorzunehmen in die Lage kommen könnte, bekannt sind. Man kann diese Forderungen daher als Geldsurrogate ansehen, da sie den Geldbedarf des Einzelnen wie Geld befriedigen. Es ist dabei unwesentlich, ob das Geldsurrogat verkörpert erscheint in einer Banknote, in einem Kassenführungsguthaben bei einer Bank, über das mit Scheck oder sonstwie jederzeit verfügt werden kann, oder in einer Scheidemünze, für deren Einlösung in Geld der Staat durch wirksame Vorkehrungen sorgt, mag er auch formalrechtlich die Einlösungsverpflichtung nicht ausdrücklich anerkannt haben. [188] Die juristischen, banktechnischen und technologischen Dinge sind hier ohne Bedeutung. Wichtig ist allein, dass für den jederzeitigen Umtausch des Geldsurrogats gegen Geld in der Weise gesorgt ist, dass jeder Inhaber einer als Geldsurrogat dienenden Forderung darüber beruhigt sein kann, dass es ihm möglich sein werde, diesen Umtausch jederzeit ohne Verzug und ohne Kosten zu bewerkstelligen.

Wenn der Schuldner den vollen Betrag, den er in Gestalt von Forderungen schuldet, die als Geldsurrogate verwendet werden, in Geld bereit hält, wollen wir die Geldsurrogate als Geldzertifikate bezeichnen. Das einzelne Geldsurrogat ist dann — nicht im juristischen Sinne, doch im wirtschaftlichen — nur der Stellvertreter eines Geldbetrages, der an anderer Stelle aufbewahrt wird. Durch die Ausgabe der Geldzertifikate tritt daher keine Vermehrung der für den Gelddienst tauglichen Objekte ein; ein dem Gesamtbetrag der Geldzertifikate entsprechender Geldbetrag ist aus der Gesamtmenge des für die Kassenhaltung der Einzelnen zur Verfügung stehenden Betrages ausgeschieden worden und bildet nun die volle Deckung der Geldzertifikate. Veränderungen in der Menge der Geldzertifikate sind daher für das Angebot an Geld und mithin für die Gestaltung der Kaufkraft des Geldes ohne Bedeutung.

[393]

Bleibt die Deckung der Geldsurrogate in Geld hinter dem Betrag der ausgegebenen Geldsurrogate zurück, so nennen wir den Betrag der Geldsurrogate, der den Deckungsfonds übersteigt, Umlaufsmittel. Es wird in der Regel nicht möglich sein, für ein konkretes Geldsurrogat festzustellen, ob es Geldzertifikat oder Umlaufsmittel ist, da die Schuldner - die Umlaufsmittelbanken — den Gegenwert eines Teiles der ausgegebenen Geldsurrogate in Gestalt eines aus Geld bestehenden Deckungsfonds bereitzuhalten pflegen und dem einzelnen Stück nicht anzusehen ist, wie es ausgegeben wurde. Ein Teil der Geldsurrogate ist daher den Geldzertifikaten, der Rest den Umlaufsmitteln zuzuzählen, doch diese Unterscheidung kann nur der die Lage auf Grund der Bankausweise Betrachtende vornehmen, nicht auch der Inhaber eines Geldsurrogats; man könnte höchstens von einem konkreten Geldsurrogat sagen, dass es, der Größe der Geld- oder Bardeckung zum Gesamtbetrag der Geldsurrogate dieser Klasse entsprechend, zu einem bestimmten Teil Geldzertifikat, zum übrigen Teil Umlaufsmittel sei.

Durch die Ausgabe von Geldzertifikaten können die Banken die Menge der ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel nicht erweitern. Solange sie sich auf die Ausgabe von Geldzertifikaten beschränken, können sie nur Sachkredit gewähren, d.h. sie können nur ihre eigenen Mittel und die Mittel, die sie sich durch die Aufnahme von Kredit (Entgegennahme von Einlagen) bei den Kunden ihres Passivgeschäfts verschafft haben, ausleihen. Durch die Ausgabe von Umlaufsmitteln erweitern die Banken den Betrag der ihnen für die Kreditgewährung zur Verfügung stehenden Mittel. Sie können durch die Ausgabe von Umlaufsmitteln Zirkulationskredit gewähren, d.h. sie können den Kredit über den Betrag ihrer eigenen und der ihnen zur Verwaltung anvertrauten fremden Mittel hinaus ausweiten.

Die Menge der Geldzertifikate ist für den Markt und die Preisbildung bedeutungslos. Die Umlaufsmittel wirken auf dem Markte wie Geld; die Veränderung ihrer Menge beeinflusst daher die Preisgestaltung in derselben Weise wie die Veränderung der Geldmenge.

Man hat mitunter einer anderen Terminologie den Vorzug gegeben. Man hat die Geldsurrogate einfach als Geld bezeichnet, da sie doch den Dienst des Geldes zu versehen vermögen. Diese Ausdrucksweise erscheint nicht zweckmäßig. Die Sprache der Katallaktik hat die Lösung der Probleme, die der Preistheorie gestellt sind, zu erleichtern, nicht zu erschweren. Die Einwirkung der Geldsurrogate auf die Preisgestaltung kann aber nur untersucht werden, wenn man zwischen Geldzertifikaten und Umlaufsmitteln streng unterscheidet.

[394]

Der Ausdruck Kreditausweitung hat oft Irrtümer verursacht. Man muss sich stets vor Augen halten, dass Ausweitung des Kredits nur durch die Ausgabe von Umlaufsmitteln möglich ist. Sachkredit kann nicht ausgeweitet werden; die Kreditausweitung ist immer Gewährung von Zirkulationskredit. Doch nicht jede Gewährung von Zirkulationskredit ist Kreditausweitung. Wenn die Ausgabe zusätzlicher Umlaufsmittel auf dem Markte alle Wirkungen vollbracht hat, wenn die Gestaltung der Preise, Löhne und Zinssätze sich dem durch sie gegebenen Stand des gesamten Angebots an Geld und Umlaufsmitteln (Geldangebot in weiterem Sinn) angepasst hat, dann bedeutet die weitere Gewährung von Zirkulationskredit, die ohne Vermehrung der Umlaufsmittelausgabe erfolgt, keine Kreditausweitung. Kreditausweitung liegt nur dann vor, wenn Zirkulationskredit aus neugeschaffenen Umlaufsmitteln gewährt wird, nicht schon dann, wenn die Banken zurückgezahlte Zirkulationskredite zu neuer Kreditgewährung benützen.

XII. Die Grenzen der Umlaufsmittelausgabe↩

Die Geldsurrogate werden im Verkehr wie Geld behandelt, werden an Stelle des Geldes genommen und hingegeben, werden daher auch wie Geld zur Bildung von Kassenbeständen verwendet, weil man volles Vertrauen in den Umstand setzt, dass sie im Bedarfsfall jederzeit in Geld umgetauscht werden können. Wir wollen alle jene Wirte, die dieses Vertrauen hegen und demgemäss die Geldsurrogate als solche behandeln, die Kunden der die Geldsurrogate ausgebenden Stelle nennen. Es ist dabei ohne Belang, ob diese Stelle als Bank eingerichtet ist oder nicht und ob dem Inhaber des Geldsurrogats durch die Rechtsordnung ein Anspruch auf die jederzeitige Einlösung des Geldsurrogats zugesichert ist oder nicht. [189] Entscheidend ist allein, ob der Inhaber des Geldsurrogats tatsächlich imstande ist, für das Geldsurrogat jederzeit Geld im Umtausch zu erhalten.

Die Ausgabe von Geldzertifikaten ist für die ausgebende Stelle mit nicht unbeträchtlichen Kosten verbunden. Man muss [395] die Geldzertifikate herstellen, man muss die Geldbeträge, die den Gegenwert der in Umlauf gesetzten Geldzertifikate darstellen, sicher aufbewahren, man muss für die Einlösung Sorge tragen, man läuft Gefahr, durch die Einlösung gefälschter Stücke Verluste zu erleiden; allen diesen Spesen und Verlustmöglichkeiten steht nur die geringe Aussicht auf Gewinne gegenüber, die sich daraus ergeben, dass manche Stücke vernichtet werden können und dass auf diese Weise die Ansprüche des Inhabers erlöschen. Die Ausgabe von Geldzertifikaten, die nicht mit der Ausgabe von Umlaufsmitteln verbunden ist, ist ein schlechtes Geschäft. Geldzertifikate werden daher ohne Verbindung mit Umlaufsmittelausgabe nur ausgegeben, wenn die Kunden bereit sind, für die Kosten aufzukommen, oder wenn die Regierung aus irgendwelchen Gründen die Kosten zu tragen gewillt ist. Die Probleme der Ausgabe von Geldzertifikaten sind Probleme der Technik des Geldverkehrs, die für die Katallaktik bedeutungslos sind. Katallaktisch ist die Ausgabe von Geldzertifikaten überhaupt nur dadurch interessant, dass sie mit der Ausgabe von Umlaufsmitteln verbunden wird.

Ob mehr oder weniger Geldzertifikate ausgegeben werden, ist für die Gestaltung der Kaufkraft des Geldes irrelevant. Dagegen wirkt die Vermehrung oder Verringerung des Betrages der Umlaufsmittel wie Vergrößerung oder Verkleinerung der Geldmenge. Daraus folgt die Wichtigkeit der Frage nach dem Umfang möglicher Umlaufsmittelausgabe. Können Umlaufsmittel unbeschränkt vermehrt werden oder sind ihrer Vermehrung Grenzen gesetzt?

Fällt der Kundenkreis der Bank mit dem Kreis der am Marktverkehr teilnehmenden Wirte zusammen, dann sind der Vermehrung der Umlaufsmittel keine anderen Schranken gesetzt als der Vermehrung der Geldmenge. Eine einzige Umlaufsmittelbank, die in einem isolierten Lande oder in der Ökumene allein steht und alle Wirte zu Kunden hat, muss in ihrer Umlaufsmittelausgabe auf zwei Dinge achten:

Erstens: Sie darf das Vertrauen der Kunden in die Einlösung der Umlaufsmittel nicht erschüttern. Nur solange die Kunden dieses Vertrauen hegen, verzichten sie darauf, die Umlaufsmittel zur Einlösung zu bringen, d.h. die Noten zum Umtausch in Geld zu präsentieren oder die Kassenführungsguthaben aus der Bank zurückzuziehen. Wieweit die Bank in der Vermehrung der Umlaufsmittel gehen darf, ohne Misstrauen zu erwecken, ist von wirtschaftspsychologischen Daten abhängig.

Zweitens: Sie darf die Umlaufsmittelausgabe nicht so schnell steigern, dass die Kunden zur Einsicht gelangen, die Vermehrung der Umlaufsmittel und demzufolge auch die [396] Preissteigerung werde sich unaufhaltsam fortsetzen. Denn dann muss jene Panik ausbrechen, die die Wirte zur «Flucht in die Sachwerte» treibt und die Preissteigerung auf der einen Seite und ihre Entsprechung, die Senkung der Kaufkraft, auf der anderen Seite in schnellem Fortschritt ins Endlose, zur Katastrophenhausse wachsen lässt. Es ist nicht möglich, sich den Gang dieses Prozesses ohne Erschütterung des Vertrauens der Kunden vorzustellen. Der Flucht in die Sachwerte werden die Kunden wohl die Rückkehr zum Geld vorziehen und

daher zunächst die Umlaufmittel der Bank zur Einlösung vorlegen. Die Bank müsste entweder zusammenbrechen oder durch einen Eingriff der Regierung von der Pflicht zur Einlösung der Umlaufmittel befreit werden. Dann hören aber die Umlaufmittel auf, Umlaufmittel und Geldsurrogate zu sein und werden, je nach den Umständen Kreditgeld oder Zeichengeld.

Die katallaktisch wichtigen Probleme, die die Umlaufmittelausgabe einer einzigen, alle Wirte zu ihren Kunden zählenden Bank oder Vereinigung von Banken stellt, sind anderer Art als die Frage nach den Grenzen der Ausgabe. Sie werden uns im Problemkreis Geld und Zins eingehend zu beschäftigen haben.

Wir haben es hier mit einem anderen Problem zu tun. Wir betrachten das Nebeneinanderbestehen von unabhängigen Umlaufmittelbanken. Unabhängigkeit bedeutet dabei, dass jede Bank in ihrer Umlaufmittelausgabe selbständig vorgeht und keine Verabredung oder Vereinbarung über ihr Vorgehen mit anderen Banken getroffen hat. Nebeneinanderbestehen bedeutet, dass jede Bank einen Kundenkreis hat, der nicht alle in das marktwirtschaftliche Gefüge einbezogenen Wirte umfasst. Der Einfachheit halber wollen wir dabei annehmen, dass kein Wirt zum Kundenkreis von zwei oder mehreren Banken gehört. Es bedarf nur geringfügiger Änderungen in den folgenden Gedankengängen und kann an ihrem Ergebnis nichts ändern, wenn man annehmen wollte, dass es auch Wirte gibt, die zum Kundenkreis mehrerer Banken gehören.

Die Frage lautet nun: Sind der Umlaufmittelausgabe der einzelnen Banken Grenzen gezogen, und wenn ja, wodurch sind diese Grenzen bestimmt? Nach dem, was über die Umlaufmittelausgabe einer einzigen, alle Wirte zu ihrem Kundenkreis zählenden Bank oben ausgeführt wurde, schiene es eigentlich überflüssig, die Frage nach dem Bestehen von Grenzen noch einmal aufzuwerfen. Wenn schon eine einzige, alle Wirte in ihrem Kundenkreis umfassende Bank in der Umlaufmittelausgabe nicht frei ist, sind es Banken mit beschränkterem Kundenkreis wohl auch nicht. Doch es ist zu zeigen, dass die Grenzen, die der Umlaufmittelausgabe im Falle des Nebeneinanderbestehens mehrerer [397] selbständig vorgehender Umlaufmittelbanken gezogen sind, noch enger gesteckt sind.

Wir nehmen an, dass in einem Wirtschaftsgefüge, in dem früher nur Geld verwendet wurde und Umlaufmittel unbekannt waren, nach und nach eine Anzahl von Umlaufmittelbanken entstanden sind. Jede hat sich einen Kundenkreis geschaffen, jede hat eine bestimmte Menge von Umlaufmitteln ausgegeben, die als Geldsurrogate in den Kassen ihrer Kunden liegen und von den Kunden zu Zahlungen an andere Kunden verwendet werden. (Denn nur Kunden nehmen, unserer Terminologie gemäss, die Umlaufmittel als Geldsurrogate an; wer ein Umlaufmittel nimmt und es in seinen Kassenstand einfügt, wird damit zum Kunden der Umlaufmittelbank; wer es zurückweist oder, wenn er es empfangen hat, so schnell als möglich zur Einlösung bringt, ist eben nicht Kunde.) Durch die Gesamtmenge der ausgegebenen und von den Kunden ihren Kassenhaltungen einverleibten Umlaufmittel ist die Gestaltung der Preise und der Kaufkraft der Geldeinheit beeinflusst worden; wir nehmen an, dass auf dem Markte nun, durch Abschluss aller dadurch hervorgerufenen Bewegungen, endlicher Ruhezustand erreicht wurde.

Nun setze *eine* Bank mit zusätzlicher Ausgabe von Umlaufmitteln ein, während die übrigen Banken nicht mitgehen. Die Kunden der expandierenden Bank — es mögen die alten Kunden sein oder neue, die durch die Kreditausweitung erst gewonnen werden, — erhalten zusätzliche Kredite, sie können nun ihre Geschäfte erweitern, sie treten auf dem Markte mit zusätzlicher Nachfrage als Käufer auf, sie treiben die Preise hinauf. Die Wirte, die nicht zu den Kunden der Expansionsbank gehören, die entweder überhaupt nicht Bankkunden sind oder dem Kundenkreis einer konservativen Bank angehören, können die höheren Preise nicht erschwingen; sie müssen ihre Käufe einschränken. Es gibt nun auf dem Markte eine

Bewegung der Kaufgüter von den übrigen Wirten zu den Kunden der expandierenden Bank. Die Kunden der Expansionsbank kaufen von Nichtkunden mehr, als sie an sie verkaufen; sie haben daher an die Nichtkunden mehr zu zahlen, als sie von ihnen an Zahlung erhalten; dafür aber sind die Umlaufsmittel der Expansionsbank nicht geeignet. Um die Zahlungen an die Nichtkunden zu leisten, müssen die Kunden die Umlaufsmittel der Bank zur Einlösung präsentieren. Die Expansionsbank muss sie einlösen, ihre Geldreserve — wir nehmen an, dass nur ein Teil der von ihr ausgegebenen Geldsurrogate Umlaufsmittel sind, — sinkt, und sie sieht den Augenblick näher kommen, in dem sie wegen Erschöpfung der Geldreserve außerstande sein wird, die [398] ausgegebenen Geldsurrogate auf Verlangen der Inhaber sogleich einzulösen. Um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden, muss sie die Ausgabe der Umlaufsmittel wieder einschränken.

Die Reaktion des Marktes auf die von einer Bank mit beschränktem Kundenkreis ausgehende Vermehrung der Umlaufsmittel ist von der Currency-School klar dargestellt worden. Man hat dabei stets den Fall behandelt, in dem die ausschließlich privilegierte Notenbank eines Landes oder die vereint operierenden Banken eines Landes den Kredit ausweiten, während die übrigen Länder die Expansion nicht mitmachen. Die Darstellung, die wir gegeben haben, ist auf den allgemeineren Fall des Nebeneinanderbestehens mehrerer unabhängiger Banken in demselben Gebiet abgestellt. Ob die Kunden der Bank in demselben Gebiet geschlossen wohnen oder zerstreut zwischen den Kunden anderer Banken und Wirten, die überhaupt nicht zur Kundschaft einer Bank gehören, ist für die grundsätzliche katallaktische Behandlung unseres Problems ohne Bedeutung. Das ist eine Frage der Daten und nicht mehr eine Frage der Prinzipien.

Eine Bank kann nie mehr Geldsurrogate auf dem Markte unterbringen, als dem Bedarf ihrer Kunden für Zahlungen innerhalb des Kundenkreises entspricht. Jeder einzelne Kunde der Bank kann in seiner Kassenhaltung den von seiner Bank ausgegebenen Geldsurrogaten höchstens den Raum geben, der dem Anteil des Verkehrs mit anderen Kunden seiner Bank in seinem Gesamtumsatz entspricht. Damit ist auch eine Obergrenze für die Umlaufmittelausgabe gezogen. Wir können das besser veranschaulichen, wenn wir annehmen, dass jeder Wirt im Geschäftsverkehr unterschiedslos Noten, die von irgendeiner Bank ausgegeben wurden, und Schecks, die auf irgendeine Bank lauten, annimmt; hat er jedoch Noten oder Schecks fremder Banken empfangen, dann gibt er sie sofort an seine eigene Bank zur Gutschrift auf seinem Konto weiter, und diese selbst präsentiert diese Noten und Schecks der verpflichteten Bank zur Einlösung in Geld. Schon aus banktechnischen und juristischen Gründen kann man mit Schecks, die man empfangen hat, nicht anders verfahren, es sei denn, man präsentiere sie selbst zur Einlösung. Dass man auch mit Noten, die von Banken stammen, die man nicht kennt oder deren Fähigkeit und Willigkeit, die Noten jederzeit einzulösen, nicht über allen Zweifel erhaben ist, nicht anders verfahren kann, wenn man nicht überhaupt schon ihre Annahme zurückgewiesen hat, ist wohl klar. Wenn die Notwendigkeit, so vorzugehen, einmal in Vergessenheit geraten sollte, wird sie durch üble Erfahrungen mit Falsifikaten von Noten guter Banken oder mit Noten fauler Banken wieder aufs neue [399] dem Bewusstsein eingehämmert werden. Alles, was man vorgebracht hat, um den Bestand einer perversen Vorliebe des Publikums für die Noten zweifelhafter Banken zu beweisen, erweist sich bei näherer Betrachtung als unhaltbar. Den Banknoten ist außerhalb des engen Kreises von Geschäftsleuten, die sich ein Urteil über die Kreditwürdigkeit der Emissionsbank zu bilden vermögen, stets mit größtem Misstrauen begegnet worden, und dieses Misstrauen konnte nur durch das Prestige überwunden werden, das den Banken durch besondere Staatsprivilegien verliehen wurde. Die Beseitigung der den Banken in dieser Hinsicht eingeräumten Vorzugsstellung würde es sofort wieder entstehen lassen. Die oft vorgebrachte Behauptung, die Banknoten, insbesondere die kleineren Abschnitte, gelangten in die Hände von Schichten, die zwischen Noten guter und solchen schlechter Herkunft nicht zu unterscheiden wüssten, ist belanglos. Je ärmer der Empfänger einer Banknote ist, je

weniger er mit dem Gang der Bankgeschäfte vertraut ist, desto schneller wird die Note über Einzelhandel und Großhandel wieder zu Banken und mit dem Bankwesen vertrauten Schichten zurückkehren.

Der grundlegende Tatbestand ist doch der, dass eine Bank zwar den Kreis der Wirte, die Darlehen nehmen, die ihnen durch die Ausgabe von Umlaufsmitteln gewährt und in Geldsurrogaten zugezählt werden, nach Belieben erweitern kann, doch nicht den Kreis der Kunden, die gewillt sind, diese Noten und Kassenführungsguthaben auch wirklich als Geldsurrogate zu behandeln und in ihrem Kassenstande zu behalten. Dieser Kundenkreis kann einerseits nur sehr schwer und langsam erweitert werden und kann andererseits sehr schnell verloren gehen. Um ihn zu erhalten, darf man über die prompte Einlösung der Noten und über die prompte Honorierung der Schecks keinen Zweifel aufkommen lassen. Ein Einlösungsfonds muss stets bereit stehen, und dieser Einlösungsfonds muss so groß sein, dass er allen Ansprüchen der Inhaber der Geldsurrogate, die an Nichtkunden zahlen sollen, Genüge leisten kann. Darum kann keine Bank sich darauf beschränken, nur Umlaufsmittel auszugeben; sie muss immer einen Einlösungsfonds bereithalten, weil es unmöglich ist, den Umfang des Kundenkreises und den Umfang der Geschäfte zwischen Kunden und Nichtkunden zu überblicken, und weil in diesen Größen auch täglich unvorhersehbare Änderungen eintreten können. Ohne einen Einlösungsfonds kann eine Umlaufsmittelbank nicht arbeiten.

Es war ein arger Irrtum, zu glauben, der Einlösungsfonds, die Barreserve, könnte die Einlösung der Umlaufsmittel sicherstellen, wenn einmal die Kunden das Vertrauen verlieren sollten. [400] Das Vertrauen, das der Bank und den von ihr ausgegebenen Umlaufsmitteln entgegengebracht wird, ist keine individuelle Erscheinung. Wenn ein Teil der Kunden das Vertrauen verliert, verlieren es alle übrigen auch. Keine Umlaufsmittelbank kann die Verpflichtung, die ihr aus der Ausgabe von Umlaufsmitteln erwächst, erfüllen, wenn die Inhaber der Umlaufsmittel gleichzeitig auf ihrer Einhaltung bestehen. Das liegt im Wesen des Umlaufsmittels, und keine Reservepolitik oder Deckungsvorschrift kann da Abhilfe schaffen. Die Barreserven der Umlaufsmittelbanken dienen der Einlösung der Geldsurrogate, die der Inhaber einlösen will, weil er Zahlungen an Nichtkunden zu leisten hat, oder weil er, ohne Kunde der Bank zu sein oder werden zu wollen, in den Besitz der Geldsurrogate gelangt ist. Die durch die Gesetze vorgeschriebenen Deckungsbestimmungen konnten die Ausgabe von Umlaufsmitteln begrenzen; sie konnten aber keineswegs ihre Einlösung für den Fall eines allgemeinen Rückströmens zur Bank sichern.

Die Banking-Theorie hat in der Behandlung dieses Problems in mehrfacher Hinsicht geirrt. Der Mechanismus, der die Begrenzung der Ausgabe von Geldsurrogaten herbeiführt, ist nicht der, den das Fullarton'sche Prinzip der vermeintlichen automatischen Notenrückströmung beschreibt. [190] Es ist nicht richtig, dass die Summe der Darlehen, die eine Bank überhaupt oder bei Beschränkung auf die Belebung bestimmter kurzfristiger aus Warengeschäften entspringender Forderungen oder bei Beschränkung auf die Eskomptierung kurzfristiger Warenwechsel gewähren kann, eindeutig durch die Lage des Marktes bestimmt ist. Die Ausgabe von zusätzlichen Umlaufsmitteln senkt zunächst den Marktsatz des Zinses, sie vergrößert daher den Umsatz der Geschäfte, aus denen die Forderungen entstehen, deren Belehnung oder Eskomptierung von der Bank begehrt wird. Der Umfang der an die Bank gestellten Kreditansuchen ist von dem Vorgehen der Bank abhängig; er wächst mit dem Bestreben der Bank, mehr Umlaufsmittel in den Verkehr zu setzen. Wenn die Umlaufsmittelbank durch institutionelle Verhältnisse in einer Stellung ist, in der sie nicht genötigt ist, auf ihre eigene Zahlungsfähigkeit und auf die konservative Haltung anderer Banken Rücksicht zu nehmen, sind ihr in der Kreditausweitung keine anderen Schranken gezogen als die, die im schließlichen Zusammenbruch jeder endlos fortschreitenden Inflation liegen. Wenn die Currency-Schule für das England von 1840 behauptete, dass

Kreditausweitung nur am external [401] drain ihre Grenze finde und wenn sie daher, weil sie den external drain ausschalten wollte, gesetzliche Beschränkung der Umlaufmittelausgabe in Banknotengestalt forderte, kann man ihr vorwerfen, dass sie die andere Alternative, nämlich Herstellung der Bankfreiheit, gar nicht in Erwägung zog, und dass sie nicht erkannt hat, dass auch Kassenführungsguthaben Geldsurrogate sind, die den Charakter von Umlaufmitteln tragen und daher zum Werkzeug von Kreditausweitung werden können. Doch diese Fehler wiegen leicht im Vergleich mit den Irrtümern der Banking-Schule, die von einer unklaren Vorstellung über die Neutralität der Umlaufmittelausgabe erfüllt war und die Quantitätstheorie durch die Berufung auf einen *deus ex machina*, die Horte, bekämpfen wollte.

Man kann es nicht scharf genug hervorheben, dass das politische Problem der Begrenzung der Umlaufmittelausgabe durch Eingriffe der Regierung nur in einer Welt entstehen konnte, in der die Bankfreiheit durch das Privileg einer oder mehrerer Banken unterbunden war. Hätte man der Entwicklung der Umlaufmittelbanken freie Hand gelassen, hätte man die Umlaufmittelbanken nie von der — jedermann in der Marktwirtschaft obliegenden — Verpflichtung befreit, die freiwillig übernommenen Zahlungsverbindlichkeiten genau so zu erfüllen, wie es die Vertragsbedingungen verlangen, dann hätten die in der unbehinderten Marktwirtschaft der Umlaufmittelausgabe gezogenen Schranken ihre Wirkung getan. Dann hätte die Rücksicht auf ihre eigene Liquidität und Solvenz jede Bank in der Umlaufmittelausgabe zum Maßhalten gezwungen. Die Banken, die nicht genug zurückhaltend sein wollten, wären früh zugrunde gegangen, und das Publikum, durch Verluste gewarnt, wäre den übrigen Banken gegenüber doppelt misstrauisch geworden.

Man verkennt den Gang der Bankpolitik, wenn man in den Eingriffen der Regierungen das Bestreben sehen will, die Umlaufmittelausgabe zu beschränken. Der Grundzug der Bankpolitik war nicht Beschränkung, sondern Förderung der Umlaufmittelausgabe. Man hat Banken privilegiert, weil man zur Verbilligung des Kredits die Grenzen, die die Bankfreiheit der Kreditausweitung setzt, hinausverlegen wollte, oder weil man für die Staatskassen unmittelbare Vorteile erlangen wollte; meist wurden beide Ziele, das kreditpolitische und das fiskalische, zugleich angestrebt. Man hat im Umlaufmittel ein taugliches Werkzeug zur Herabsetzung des Zinsfußes gesehen und forderte von der Bank, dass sie durch Ausweitung der Umlaufmittelausgabe den Staatskassen oder der «Wirtschaft» billige Kredite zur Verfügung stelle. Erst als man die währungspolitischen [402] Folgen der Kreditausweitung zu erkennen begann, kam es zu Gesetzen, die die Ausgabe metallisch nicht bedeckter Banknoten und mitunter auch die Eröffnung metallisch nicht gedeckter Kassenführungsguthaben zu beschränken suchten. Zur Bankfreiheit, die dem, was man als Missbrauch oder Gefahr schrankenloser Kreditausweitung ansah, am wirksamsten abgeholfen hätte, wollte man gerade wegen ihrer Wirksamkeit nicht zurückkehren. Denn man glaubte, dass die Wirtschaft auf ein «normales», auf ein «berechtigtes» Ausmaß von Kreditausweitung nicht verzichten könne, und man hielt das Maß an Kreditausweitung, das im Systeme der Bankfreiheit möglich wäre, für unzulänglich. [191]

Viele Regierungen haben in der Ausgabe von Umlaufmitteln durch privilegierte Banken nichts anderes gesehen als die Möglichkeiten, die sie der Beschaffung von Geldmitteln für die Staatskassen eröffnete. Die Bank sollte durch die Ausgabe von Umlaufmitteln dem Staate Kredit gewähren. Das Geldsurrogat, die auf Verlangen des Inhabers jederzeit einlösbare Banknote, sollte beim Publikum den Weg bahnen für die nichteinlösbare Note, für das Kreditgeld. Mit dem Erstarken der interventionistischen und etatistischen Bewegung ist diese Auffassung allgemein geworden. Keine Regierung wäre heute bereit, das Problem der Bankfreiheit ernstlich zu erwägen, weil keine auf eine Einrichtung verzichten will, die als die letzte, aber auch als die ergiebigste Geldquelle für die Zeit der Not angesehen wird. Unter

finanzieller Kriegsbereitschaft versteht man vor allem die Fähigkeit, durch Inanspruchnahme der privilegierten Bank die Mittel zur Kriegführung zu beschaffen.

Doch auch zur Zeit, da der Liberalismus auf dem Höhepunkte seines Einflusses stand und Regierungen und Parlamente weniger an Krieg, Mord und Zerstörung dachten als an Frieden und Mehrung von Glück und Wohlfahrt durch nützliche Arbeit, konnte man dem Problem der Bankfreiheit nicht unbefangen gegenüberreten. Die öffentliche Meinung hat — außerhalb der angelsächsischen Länder — auch damals an der Auffassung festgehalten, dass es eine der vornehmsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik sei, den Zinsfuß so stark als möglich herabzudrücken, und sie glaubte, dass der beste Weg zu diesem Ziel die Ausweitung der Umlaufmittelausgabe sei.

In England hat man diesen Irrtum nicht geteilt. Es ist das [403] Verdienst der Currency-Schule, dieser Nachfahren der klassischen Nationalökonomie, dass sie zuerst gezeigt hat, wie die Ausweitung des Zirkulationskredits zur Wirtschaftskrise führt. Es war dabei verhängnisvoll, dass die Currency-Schule den Geldsurrogatcharakter der Kassenführungsguthaben verkannte und nicht gesehen hat, dass auch Kassenführungsguthaben zu Umlaufmitteln werden können. Weil die englische Bankakte von 1844 und die ihr nachgebildeten Gesetze anderer Staaten die Umlaufmittelausgabe in Gestalt von Kassenführungsguthaben frei ließen, konnten sie den Erfolg, den sie anstrebten, nicht erreichen. Das Umlaufmittel, das als Banknote unterdrückt worden war, entfaltete sich in der Gestalt des Kassenführungsguthabens.

Wenn heute, dem Grundgedanken der Currency-Lehre entsprechend, auch für das Kassenführungsguthaben volle — hundertprozentige — Deckung verlangt wird, damit die Erweiterung der Umlaufmittelausgabe auch in dieser Gestalt unterbunden werde, dann ist das folgerichtiger Ausbau der Ideen, die jenem alten englischen Gesetz zugrundeliegen. Wer freilich die Kreditausweitung nur soweit beschränkt sehen will, als sie nicht dem Staate, dem staatlichen Finanzbedarf und den Zwecken, die der Staat fördern will, dient, dem Staate selbst aber volle Freiheit zur Inanspruchnahme der Umlaufmittelausgabe belassen will, empfiehlt in Wahrheit nicht Einengung, sondern bedenkenlose Erweiterung der Umlaufmittelausgabe.

Jedenfalls aber bedeutet eine Regelung der Umlaufmittelausgabe, die die privilegierten Banken bestehen lässt, nie mehr als Beschränkung der Umlaufmittelausgabe für «normale» Zeiten und Verhältnisse. Selbst wenn man radikal und ausnahmelos alle Erweiterung der Umlaufmittelausgabe untersagt, bleibt doch, wenn man die privilegierte Zentralbank aufrecht erhält, die Einrichtung, die es jederzeit ermöglicht, die Umlaufmittel zu vermehren. Dann wird sich immer die Regierung finden, die von der ihr zugebotene stehenden Möglichkeit der Kreditausweitung auch Gebrauch machen wird. Jede Regierung ist stets geneigt, finanzielle Verlegenheiten, denen sie begegnet, als einen Fall von Notstand anzusehen, der die Anwendung von außerordentlichen Mitteln, die in «normalen» Zeiten verpönt erscheinen, rechtfertigen kann. Auch das schärfste Verbot der Erweiterung der Umlaufmittelausgabe versagt gegenüber einer Notstandsgesetzgebung.

Bankfreiheit ist scheinbar ein weniger radikales Mittel zur Bekämpfung der Missstände der Kreditausweitung. Sie könnte eine langsame und in sehr engen Grenzen gehaltene Vermehrung der Umlaufmittelausgabe durch angesehene vorsichtige [404] Banken nicht hindern. Doch nie hätte unter der Herrschaft der Bankfreiheit die Kreditausweitung mit allen ihren Folgen zu einem ständigen Stück der Wirtschaftsentwicklung werden können. Die Bankfreiheit allein hätte die Wirtschaft «krisenfest» machen können.

Ein Rückblick auf die Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts kann heute feststellen, dass das Versagen des Liberalismus in der Bankfrage dem kapitalistischen System zum Verhängnis geworden ist. Dass die liberalen Politiker in diesem Punkte vor den volkstümlichen Irrtümern zurückgewichen sind, dass sie die doppelte Irrlehre, dass der Staat auf «billiges» Geld und hohe Preise hinarbeiten müsse und dass man beides durch Kreditausweitung dauernd und ohne sonstige Nachteile erzielen könne, nicht auszurotten vermochten, dass sie den von der CurrencySchule begonnenen Kampf gegen die Politik der Kreditausweitung nicht mit aller Kraft fortgesetzt haben, hat die schwerwiegendsten Folgen gehabt. Nichts hat die liberalen Wirtschaftsideen und das kapitalistische Wirtschaftssystem ärger kompromittiert als der wiederkehrende Wechsel von fieberhafter Haussespekulation, dramatischem Zusammenbruch der Konjunktur und langanhaltender Depression. Die öffentliche Meinung gewöhnte sich daran, in den «Auswüchsen der Haussespekulation» und in den Widrigkeiten des Niederganges Übelstände zu erblicken, die dem kapitalistischen System notwendigerweise anhaften. Sozialistische und interventionistische Ideen konnten allgemeinen Anklang finden, weil man in den Krisen eine unabwendbare Begleiterscheinung «freier» Wirtschaft zu sehen glaubte. Man begriff nicht, dass die Übelstände, die man beklagte, die Folge von Bemühungen waren, den Zinsfuß künstlich durch Kreditausweitung zu drücken, und suchte daher die Wirkungen der Intervention auf dem Darlehensmarkte nicht durch die Beseitigung der Einrichtungen, die Kreditausweitung möglich machten, zu erreichen, sondern durch weitere Interventionen zu Gunsten der geschädigten Interessen einzelner Gruppen und Schichten. So verstrickte man sich immer stärker in das Gestrüpp der Interventionen, aus dem sich kein Ausweg mehr finden ließ.

Bemerkungen zur Diskussion über Bankfreiheit ↩

Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass in einem System der Bankfreiheit die Vermehrung der Umlaufmittel durch den Umstand gehemmt wird, dass die Darlehen nur für eine begrenzte Zeit erteilt werden und dass daher nach Ablauf der Darlehensfrist die ausgegebenen Geldsurrogate oder entsprechenden Geldbeträge an die Bank zurückgelangen müssen. Wenn die Bank die Mittel, die ihr durch Rückzahlung von Darlehen zufließen, nicht zur Gewährung neuer [405] Darlehen verwendet, dann hat sie die Menge der von ihr ausgegebenen Umlaufmittel wieder herabgesetzt und damit freiwillig die Kreditausweitung rückgängig gemacht. Wir haben aber den Fall zu betrachten, in dem die Bank nicht geneigt ist, die Menge der von ihr ausgegebenen Umlaufmittel freiwillig zu verringern, und haben daher anzunehmen, dass die Summe der von ihr durch Schaffung von Umlaufmitteln ausgegebenen Darlehen, d.i. die Gesamtmenge des von ihr gewährten Zirkulationskredits, zumindest nicht verringert wird. Nicht die Rückzahlung der Darlehen, sondern der Umstand, dass die Empfänger der durch Kreditausweitung gewährten Darlehen von den übrigen Wirten mehr kaufen, als sie an sie verkaufen, löst den Mechanismus der selbsttätigen Begrenzung der Umlaufmittelzirkulation aus. [192]

Für Umlaufmittel, die die Gestalt von Kassenführungsguthaben tragen, ist das nie bestritten worden. Wer es für die Umlaufmittel, die die Gestalt von Banknoten tragen, bestreiten will, ist in irrigen Vorstellungen über die Umlaufsfähigkeit der Geldsurrogate befangen.

Wenn die Katallaktik von Geldsurrogaten spricht, dann muss sie vom Geldsurrogat aussagen, dass es von einer Anzahl von Wirten wie Geld behandelt wird, d.h. wie Geld im Tauschverkehr genommen und fortgegeben und wie Geld in die Kassenbestände eingereicht wird. Alles, was über das Geldsurrogat weiter auszusagen ist, knüpft an diesen Tatbestand an. Doch nichts berechtigt zu der Annahme, dass darum auch jede unverzüglich fällige, auf Geld lautende Forderung Geldsurrogat werden kann oder muss. Man darf nicht außerachtlassen, dass zu den Bedingungen, die eine jederzeit fällige Geldforderung erfüllen muss, um Geldsurrogat zu werden, auch die zählt, dass die Inhaber nicht den geringsten Zweifel

darüber hegen, dass die Forderung vom Verpflichteten such wirklich jederzeit eingelöst werden wird. Man darf daher nicht ohneweiters davon ausgehen, dass jede von einer Bank ausgegebene Banknote von den Wirten auch tatsächlich als Geldsurrogat behandelt wird. Wir dürfen vielleicht nicht nur annehmen, dass jedermann bereit sein wird, Darlehen in solchen Noten zu empfangen, sondern auch das noch, dass jedermann es vorziehen wird, Rückzahlung aushaftender Forderungen in solchen Banknoten zu empfangen, als noch länger auf Zahlung warten zu müssen. Doch wenn die Inhaber der Noten auch nur den geringsten Zweifel darüber hegen, ob die Note auch jederzeit einlösbar ist, werden sie sich beeilen, sie wieder auszugeben. Sie werden Geld und solche Geldsurrogate, zu denen sie volles Vertrauen haben, in ihrer Kasse behalten und die zweifelhaften Noten fortgeben. Diese Noten werden im Verkehr mit einem, wenn auch nur geringfügigem Disagio bewertet werden. Dieses Disagio muss sie zur ausgebenden Bank zurückführen. Denn nur diese allein bleibt rechtlich verbunden, sie zum vollen Nennwert in Geld einzulösen.

Mit dem Begriff «Bankfreiheit» verbindet man zu Unrecht die Vorstellung eines Zustandes, in dem jedermann nach Belieben zum eigenen Vorteil und zum Nachteil des Publikums Noten in Umlauf setzen kann. Man hat da immer wieder einen von Tooke zitierten Ausspruch eines Amerikaners angeführt: Free trade in banking is synonymous with free trade in swindling. Doch die Bankfreiheit hätte im Gegenteil den Spielraum der Banknote sehr eingeengt, [406] wenn sie ihr nicht überhaupt den Boden entzogen hätte. Das hat Cernuschi am 24. Oktober 1865 vor der französischen Bankenquete so formuliert: «A mon avis, ce qu'on appelle la liberté des banques en France emmènerait la suppression du billet de banque. Quant à moi, je désire que tout le monde en puisse émettre, afin que personne n'en prenne.» [193]

XIII. Die Grösse der Kassenbestände der einzelnen Wirte

Die gesamte Menge an Geld und Geldsurrogaten liegt in den Kassen und Taschen der am Marktverkehr teilnehmenden Wirte. Die Grösse des Anteils, der den Einzelnen zur Verfügung steht, bestimmt der Grenznutzen. Im endlichen Ruhezustand hat jeder soviel von seiner Gesamthabe als Geld in der Kasse, als er haben will. Überschüsse hat er durch Käufe abgestossen, Fehlbeträge durch Verkäufe beseitigt. Die landläufige Ausdrucksweise, die unbefriedigten Bedarf an Kapital und an Genussgütern als Geldmangel bezeichnet, darf da nicht irre.führen. Auch im endlichen Ruhezustand des Marktes ist niemand vollbefriedigt; jeder hat Wünsche, deren Erfüllung er sich versagen musste. Doch diese Begehungen sind auf die übrigen wirtschaftlichen Güter gerichtet, nicht auf grössere Kassenhaltung. Der Einzelne würde wohl, wenn er seinen Wünschen gemäss besser versorgt, d.h. reicher wäre, wahrscheinlich auch die Kassenhaltung vergrössern. Beim gegebenen Stande der Versorgung ist er jedoch mit der Höhe seiner Kassenhaltung zufrieden.

Was von den Einzelnen und ihrer Kassenhaltung gilt, gilt gradeso auch von jeder Summe von Einzelnen und von der Summe ihrer Kassenhaltung. Der Gesichtspunkt, nach dem wir eine Anzahl von Wirten zusammenfassen und dann als Einheit betrachten wollen, ist dabei ohne Belang. Auch wenn wir alle Wirte, die innerhalb derselben politischen Grenzen leben, zusammenfassen und die Frage nach dem Umfang des Gesamtgeldbestandes in diesem Gebiete stellen, bleibt die Antwort dieselbe.

Wir wollen zunächst annehmen, dass die Tauschgesellschaft nur ein einziges Geld verwendet, und dass Geldsurrogate entweder ganz unbekannt sind oder dass die Geldsurrogate im ganzen Marktgebiete in der gleichen Weise gebraucht werden. Es sei etwa überall nur Goldgeld bekannt und daneben noch Banknoten, die von einer Weltbank ausgegeben und überall verwendet werden. Unter diesen Voraussetzungen würden Massnahmen zur Unterbindung des zwischenstaatlichen Austausches von Waren und Diensten auf das Geld und auf die Verteilung des Geldes auf die einzelnen Wirte keinen

Einfluss [407] haben. Zolle, Einfuhr- und Ausfuhrverbote, Wanderungsbeschrankungen können die Tendenz zur Ausgleichung der Preisunterschiede ganz oder zum Teil beseitigen ; sie können bewirken, dass in den verschiedenen Staaten die Preise sehr verschieden sind von dem Stande, den sie bei Freiheit des Verkehrs hatten, sie können aber nichts daran ändern, dass das Geld auf die einzelnen Wirte und damit auch auf die einzelnen Staatsgebiete nach dem Grenznutzen aufgeteilt wird.

Wenn eine Regierung Massnahmen ergreifen will, urn die Gesamtgeldmenge im Besitze ihrer Untertanen zu vergrössern, müsste sie den Einzelnen auftragen, einen bestimmten Geldbetrag bei einem Amte zu hinterlegen und unversehrt liegen zu lassen. Die Notwendigkeit, sich diesen Betrag über seine Kassenhaltung hinaus zu beschaffen, würde jeden zwingen, Verkäufe vorzunehmen oder Einkäufe zu unterlassen ; damit würden die Preise im Inland gedrückt werden, die Ausfuhr von Waren würde steigen, die Einfuhr sinken und der Ausgleich würde durch erhöhete Geldeinfuhr erfolgen. Dagegen konnte die Regierung ihre Absicht nicht erreichen, wenn sie die Einfuhr von Waren und die Ausfuhr von Geld erschwert. Wenn weniger Waren eingeführt werden, dann wird *caeteris paribus* auch weniger ausgeführt werden ; wenn weniger Geld ausgeführt wird, wird auch weniger eingeführt werden.

Dem Gelde kommt im interpersonellen Tausch im allgemeinen und im Handel zwischen Personen, die verschiedenen Staaten angehören, im besonderen keine andere Stellung zu als die eines Tauschmittels. Zwischen Binnenhandel und Aussenhandel ist da kein Unterschied. Wie im Binnenhandel die Käufe und Verkäufe nur dann zu einer dauernden Veränderung in der Grösse der Kassenhaltung des Einzelnen führen, wenn der Einzelne seine Kassenhaltung vergrössern oder verkleinern will und demgemäss handelt, so auch im Aussenhandel. Wer nicht die Absicht hat, seine Kassenhaltung zu erweitern, wird, wenn ihm ein Mehr an Geld zufliesst, die Käufe solange fortsetzen, bis der Kassenstand auf das gewünschte Mass gesunken ist. Wer nicht die Absicht hat, seine Kassenhaltung zu verkleinern, wird, wenn ein Teil seines Geldbestandes geschwunden ist, seine Käufe einschränken, bis der Kassenstand auf das ihm angemessen erscheinende Mass gestiegen ist. Einfuhr- und Ausfuhrverbote können die Versorgung mit Waren von den Wegen, die sie sonst eingeschlagen hätte, ablenken ; sie beeinflussen aber nicht die Höhe der Kassenhaltung. Gelduberschusse kommen nur dann ins Land herein, wenn die inländischen Wirte ihre Kassenhaltung stärker vergrössern wollen als die Ausländer ; Gelduberschusse fliessen nur dann ab, wenn die Inländer ihre [408] Kassenhaltung mehr einschränken wollen als die Ausländer. Die Vorstellung, als ob die Einzelnen im Käufen und Verkäufen keine Rücksicht auf den Stand ihrer Kassen nehmen würden und die Kassenhaltung einfach der Rest nichtverausgabten Geldes wäre, der ihnen nach Durchführung aller ihrer Käufe übrig bleibt, ist falsch. Die Kassenhaltung ist geradeso das Ergebnis des Abwägens verschiedener Alternativen durch den Wirt wie die Versorgung mit alien übrigen Gütern. Eine Kasse oder Tasche wird nicht leer, wenn ihr Eigentümer es nicht für wichtiger gehalten hat, alles Geld für den Erwerb von Waren auszugeben, als Geld zurückzubehalten. Der Umfang der Kassenhaltung und ihr Verhältnis zum Vermögen und Einkommen wird von jedem Einzelnen so festgesetzt, wie es seiner Abwägung der Vorteile der Kassenhaltung und ihrer Kosten entspricht. Der Gesamtgeldvorrat eines Landes ist die Summe der Kassenhaltung seiner Burger. Indem jeder Einzelne dafür sorgt, dass seine Kasse nicht durch ein Übermass von Käufen wider seine Absicht leer werde, tragt er sein Teil dazu bei, dass das Land seinen Geldbestand nicht verliere.

Geldversendung von Land zu Land, die nicht durch Geldversendung in der entgegengesetzten Richtung aufgehoben wird, ist nicht das unbeabsichtigte Ergebnis der Lage des interregionalen Handels und der übrigen interregionalen Geschäfte, die durch Geld abgewickelt werden, sondern die Folge eines auf Veränderung der Kassenhaltung gerichteten

Handelns. Geradeso wie Weizen aus einem Lande nur dann ausgeführt wird, wenn seine Bewohner einen Überschuss an Weizen gegen andere Güter tauschen wollen, wird auch Geld nur dann ausgeführt, wenn die Bewohner einen Überschuss an Geld gegen andere Güter tauschen wollen.

Werden in einem Lande Umlaufsmittel in Gebrauch genommen, die das Ausland nicht verwendet, dann können diese als Geldsurrogate im Kassenstand der Einzelnen die Stelle von Geld einnehmen. Es gibt nun im Lande einen Überschuss an Geld im weiteren Sinne (Geld und Umlaufsmittel zusammengenommen). Dieser Überschuss wird, etwa durch Bezug von Waren aus dem Ausland, abgestossen. Da die Geldsurrogate im Ausland, unserer Annahme gemäss, nicht verwendet werden, kann nur Geld abströmen. Das Ergebnis ist mithin, dass innerhalb des Geldvorrats im weiteren Sinn (Geld + Umlaufsmittel) der Anteil des Geldes vermindert, der der Umlaufsmittel erweitert wurde ; der Geldvorrat im engeren Sinn ist im Lande verkleinert worden.

Nehmen wir nun an, dass die Geldsurrogate, die im Lande verwendet werden, aufhören Geldsurrogate zu sein. Die Bank, [409] die sie ausgegeben hat, stellt ihre jederzeitige Einlösung gegen Geld ein ; sie sind jetzt Forderungen mit hinausgeschobener Fälligkeit gegen einen Schuldner, der seine Verpflichtung nicht pünktlich erfüllt und dessen Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit daher bezweifelt werden muss. Geldsurrogate können sie darum nicht länger sein. Doch es kann recht gut geschehen, dass sie als Kreditgeld weiter Tauschmitteldienst versehen. Sie werden nicht mehr dem Gelde gleichgewertet, sie erhalten Disagio gegenüber dem Sachgeld, mit dem sie früher gleichgewertet wurden.

Bei dieser Lage der Dinge pflegt nun in der Regel die Regierung einzugreifen. Sie erlasst eine Verfügung, die jeden Gläubiger verpflichtet, das vom Verkehr als minderwertig erachtete Kreditgeld zu seinem vollen Nennwerte vom Schuldner entgegenzunehmen, [194] und sie verbietet, das Sachgeld dem Kreditgeld gegenüber als höherwertig zu behandeln. Sie greift damit in die Preisbildung des Marktes durch eine Preistaxe ein ; sie befiehlt, dass Sachgeld und Kreditgeld, die die Marktparteien verschieden bewerten und behandeln, gleichbewertet und gleichbehandelt werden. Das Ergebnis entspricht nicht der Absicht, die die Regierung erreichen wollte. Es gelingt ihr nicht, den Markt dazu zu bringen, die beiden Geldsorten gleichzubewerten. Da man das Sachgeld in den Austauschoperationen nicht höher veranschlagen darf als das Kreditgeld, trachtet man darnach, sich bei den Umsätzen nur des Kreditgelds zu bedienen. Das Sachgeld wird zurückgehalten oder ins Ausland verkauft. Es verschwindet aus dem Verkehr. Das Gresham'sche Gesetz sagt: Schlechtes Geld verdrängt das gute.

Das Abströmen des Sachgeldes ins Ausland ist mithin nicht die Folge einer ungünstigen Gestaltung der Zahlungsbilanz, sondern das — von der Regierung nicht beabsichtigte — Ergebnis eines Regierungseingriffs in die Preisbildung des Marktes.

XIV. Die Zahlungsbilanzen↩

Die Gegenüberstellung des Geldanschlages der Eingänge und Ausgänge eines Haushalts in einem begrenzten Zeitabschnitt nennen wir die Zahlungsbilanz. Die beiden Seiten der Zahlungsbilanz [410] sind immer gleich gross. Die Zahlungsbilanz ist immer ausgeglichen.

Wollen wir die Stellung eines Einzelnen im gesellschaftlichen Zusammenwirken der arbeitsteiligen, auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Marktwirtschaft, in der alle Umsätze durch Geld vermittelt werden, kennen lernen, dann müssen wir nur seine persönliche Zahlungsbilanz betrachten. Sie belehrt darüber, wie er in die gesellschaftliche Arbeitsteilung eingegliedert ist; sie zeigt, was er leistet und was er empfängt, und ob er alles, was er empfängt, wieder verausgabt oder ob er Rücklagen macht.

Die kaufmännische Buchführung hat die Methoden zur Aufstellung solcher Bilanzen verfeinert und vermag damit ein genaues Bild der Haushaltsgebarung zu entwerfen. Will man erfahren, welche Stellung ein Einzelner in der Gesellschaft einnimmt, dann fragt man, wovon lebt er ? woher stammen seine Einnahmen ? und wie lebt er ? wie verwendet er seine Einnahmen ? Will man erfahren, wie ein Unternehmer oder ein Kapitalist wirtschaftet, dann hat man nur seine Buchabschlüsse, seine Bilanz und seine Gewinn- und Verlustrechnung einzusehen.

Will man erfahren, welche Stellung einer Gruppe von Einzelnen im Verhältnis zu den übrigen Mitgliedern der Marktgesellschaft zukommt, dann wird man eine Zahlungsbilanz aufstellen, in der man die Eingänge und Ausgänge der Einzelnen nur soweit aufscheinen lässt, als sie aus dem Umsatz mit den nicht zur Gruppe gehörigen Einzelnen stammen. Man erhält dann die Zahlungsbilanz der Londoner Anwälte, der belgischen Landwirtschaft, der Stadt Paris oder des Kantons Bern. Die Statistik versucht in der Regel die Aufstellung der Zahlungsbilanz der Bewohner eines Staatsgebiets gegenüber dem gesamten Auslande und gegenüber einzelnen fremden Staatsgebieten.

Die persönliche Zahlungsbilanz eines Einzelnen oder eines Unternehmens gibt über seine Wirtschaftstätigkeit und Wirtschaftslage in dem betrachteten Zeitraume erschöpfende Auskunft. Die Zahlungsbilanz einer Gruppe sagt viel weniger. Über den Verkehr der Gruppenmitglieder untereinander ist aus ihr nichts zu entnehmen. Je grösser und je weniger homogen die Gruppe, desto geringer ist der Erkenntniswert der Zahlungsbilanz. Die Zahlungsbilanz Luxemburgs gibt ein genaueres Bild von der Wirtschaft der Luxemburger als die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten von der Wirtschaft der Bürger dieser grossen Republik. Wenn man die Wirtschaft eines Landes beschreiben will, wird man zwar nicht soweit gehen müssen, die Zahlungsbilanz jedes Einzelnen aufzustellen, doch man wird bei gruppenweiser Darstellung der Zahlungsbilanz nur Gruppen [411] bilden dürfen, deren Mitglieder ziemlich gleichartig sind. Man wird etwa von den Eingängen und Ausgängen der Unternehmer und der Arbeiter bestimmter Kategorien, der Grossgrundbesitzer, der Bauern und dgl. zu sprechen haben.

Zahlungsbilanzstudien sind somit ausserordentlich aufschlussreich. Doch man muss sie richtig zu deuten wissen.

Man pflegt die nichtmonetären Posten der Zahlungsbilanz eines Landes den monetären gegenüberzustellen und spricht dann von aktiver (günstiger) oder passiver (ungünstiger) Zahlungsbilanz, je nachdem, ob Geld ein- oder ausgeführt wird. Die Geldbewegung wird dabei als das von den Wirten nicht beabsichtigte Ergebnis der Gestaltung der nichtmonetären Posten der Zahlungsbilanz betrachtet. Diese Auffassung ist durchaus verkehrt. Man darf die Gestaltung der Zahlungsbilanz einer Mehrheit von Wirten nicht als etwas anderes ansehen denn als das Ergebnis einer Berechnung, die aus den Zahlungsbilanzen der Einzelnen die Posten, die sich aus dem Verkehr mit anderen Wirten derselben Gruppe ergeben, streicht und den verbleibenden Rest auf beiden Seiten addiert. Durch die Berechnung der Zahlungsbilanz gelangt man zur Ermittlung der Summe der Geldbeträge, die in einem bestimmten Zeitraum, den wir als möglichst klein annehmen, von alien Wirten, die wir zur Gruppe A zahlen, an alle Wirte, die wir nicht zur Gruppe A gezahlt haben und die wir als zur Gruppe B gehörig bezeichnen wollen, zu zahlen sind. Ergibt die Berechnung einen Überschuss der von den Wirten der Gruppe A an die Wirte der Gruppe B zu leistenden Zahlungen, so ist das nicht etwa ein Ereignis, das über die Wirte von A als Folge einer unglücklichen Verkettung von Umständen wie eine Elementarkatastrophe hereinbricht ; es ist die Folge des Handelns der Wirte von A, die den Erwerb von Kaufgütern der Erhaltung des Kassenstandes in einem grösseren Umfange vorgezogen haben. In diesem Sinne ist die Zahlungsbilanz der Goldproduktionsländer dauernd passiv ; in diesem Sinne ist die Zahlungsbilanz eines Landes passiv, das einen Teil der Kassenstände seiner Bürger durch neugeschaffene Umlaufmittel

besetzt und damit Gold freimacht.

Um ein Land davor zu schützen, dass es nicht seinen Geldbestand an das Ausland verliere und dann plötzlich ohne Geld dastehe, bedarf es keines fürsorglichen Eingreifens der Obrigkeit. Sowenig Eingreifen der Obrigkeit notwendig ist, um zu verhindern, dass Herr A oder Herr B durch ungünstige Gestaltung seiner persönlichen Zahlungsbilanz seinen Kassenstand verliere, oder dass die Londoner ihr Geld an Manchester oder Birmingham bis auf den letzten Penny verausgaben, sowenig ist ihr Einschreiten vonnöten, um England vor der Verausgabung [412] seines Geldes an das Ausland zu schützen. Solange ein Engländer darauf Gewicht legt, einen Kassenstand zu halten, wird er durch entsprechendes Verhalten schon selbst dafür Sorge tragen, dass seine Kasse nicht leer werde, und damit sein Teil dazu beitragen, dass England nicht durch die vollständige Verausgabung seines Geldbestandes leide. Wenn aber kein Engländer einen Kassenbestand halten wollte, dann konnte keine den Aussenhandel und die Abwicklung der Geldzahlungen mit dem Ausland betreffende Massnahme der Regierung verhindern, dass alles Geld von England abströmt, es wäre denn ein scharf durchgeführtes Ausfuhrverbot für Geld und Gold.

XV. Die Paritäten↩

Wir nehmen zunächst an, dass nur eine Geldart verwendet wird. Dann gilt von der Kaufkraft des Geldes an verschiedenen Orten dasselbe, was von den Warenpreisen gilt. Der Preis der Baumwolle in New York kann im endlichen Ruhezustand von dem Preise der Baumwolle in Bremen nur um die Kosten der Versendung und aller mit der Versendung in Verbindung stehenden Spesen verschieden sein ; sobald der Unterschied grösser wird, werden Unternehmer Baumwollversendungen vornehmen, die den endlichen Preis wieder herstellen. Der Preis für *Auszahlung New York* kann in Bremen, und der Preis für *Auszahlung Bremen* kann in New York nicht über den Betrag steigen, der die Kosten der Versendung, der Umprägung der Stücke, der Versicherung der Geldversendung und der Zinsen für die zur Durchführung aller dieser Handlungen benötigten Zeit deckt ; sobald der Unterschied grösser wird, werden Arbitragegeschäfte einsetzen, die den Preis wieder in die Spanne zwischen den beiden Goldpunkten zurückbringen. Der Unterschied zwischen der Gestaltung der zwischenörtlichen Warenpreise und der zwischenörtlichen Valutenpreise liegt nur darin, dass die Warenbewegung zu jeder Zeit immer nur in einer Richtung geht. Baumwolle wird in der Regel nur von den Vereinigten Staaten nach Bremen versendet und nicht umgekehrt; der Baumwollpreis in New York ist daher regelmässig um die Versandkosten niedriger als der Baumwollpreis in Bremen. Geld wird jedoch hin und hergeschoben.

Der Irrtum derer, die die Gestaltung der Valutenkurse und der Geldversendungen von Land zu Land durch die Gestaltung der nichtmonetären Posten der Zahlungsbilanz zu erklären suchen, liegt zunächst darin, dass sie dem Gelde eine Sonderstellung zuweisen wollen. Sie sehen nicht, dass zwischen Geld und Waren in Hinsicht auf die interregionale Preisgestaltung [413] kein Unterschied besteht. Wenn Baumwollhandel zwischen New York und Bremen überhaupt möglich ist, kann der Baumwollpreis in New York vom Baumwollpreis in Bremen höchstens um den Betrag der vollen Versandkosten verschieden sein. Ist der Baumwollpreis im Bremen um den Betrag der Versandkosten höher als der in New York, dann wird Baumwolle von New York nach Bremen versendet. Genau so liegen die Dinge für das Gold im Verkehr zwischen den Goldproduktionsländern und den Ländern, die kein Gold erzeugen, jedoch Gold als Geld und für industrielle Zwecke verwenden, und im Verkehr zwischen Ländern, die ihren Bestand an Gold in stärkerem Masse verändern wollen als die übrigen Länder, und diesen übrigen Ländern.

Sehen wir von der besonderen Lage der Goldproduktionsländer ab und nehmen wir an, dass die Wirte nicht die Absicht haben, die Höhe ihrer Kassenhaltung zu verändern, dann ergibt sich ein anderes Bild. Aus der Gestaltung des zwischenörtlichen Handels und der

übrigen zwischenörtlichen Geschäfte sind Zahlungen von Ort zu Ort zu leisten. Diese Zahlungen verlangen Geldversendungen, die sich jedoch, unserer Annahme gemäss, im Umfange decken. Wenn der Baumwollimporteur von Bremen nach New York und der Importeur von deutschen Industrieartikeln von New York nach Bremen zu zahlen hat, können beide die mit der Geldversendung verbundenen Kosten sparen, indem der Bremer Importeur die Forderung des Bremer Exporteurs erwirbt und seinem New Yorker Gläubiger abtritt, der sie beim New Yorker Importeur einzieht. Ob diese Glattstellung der Forderungen und Schulden zur Vermeidung der Geldversendungskosten durch die Umsätze auf ein em besonderen Markte der fremden Valuten und Devisen, auf dein Wechsel auf fremde Plätze und Auszahlung gekauft und verkauft werden, erfolgt oder durch Verrechnung in einem zwischenörtlichen oder inter.regionalen Clearinghouse, ist unwesentlich.

Es kann nun, bei Zutreffen der übrigen unserem Gedankengange zugrundeliegenden Annahmen, geschehen, dass die Zahlungen zwischen den beiden Orten *A* und *B* sich zeitlich nicht genau decken. Dann kann die Geldversendung nur durch die Aufnahme von zwischenörtlichen Krediten vermieden werden. Wenn der Importeur, der von *A* nach *B* heute zu zahlen hat, auf dem Devisenmarkte nur Forderungen gegen Schuldner in *B* erwerben kann, die erst in drei Monaten fällig sind, kann er um die Kosten der Geldversendung herumkommen, wenn er in *B* einen Dreimonatskredit aufnimmt. Voraussetzung dafür ist, dass die Kosten der Kreditaufnahme in *B* die Kosten der Kreditaufnahme in *A* nicht um einen Betrag übersteigen, der höher [414] ist als die Kosten der zweimaligen Geldversendung. Wenn die Kosten der Geldversendung 1/8 % betragen, werden die Banken des Ortes *A*, die den Zahlungsverkehr zwischen *A* und *B* abwickeln, bereit sein, für einen Dreimonatskredit in *B* im äussersten Fall nahezu um 1 % (pro anno) mehr an Zins zu vergüten, als dem Stande des Zinses entspricht, bei dem sonst keine Kreditgeschäfte zwischen den beiden Orten möglich sind.

Man kann diesen Tatbestand auch in der Weise darstellen, dass man sagt : die tägliche Gestaltung der Zahlungsbilanz zwischen *A* und *B* bestimmt die Höhe, in der sich innerhalb der durch die Kosten der Geldversendung gezogenen Grenzen die Devisenkurse zwischen *A* und *B* bilden ; die Devisenkurse schwanken innerhalb der durch die Goldpunkte gezogenen Grenzen. Doch man darf dabei nicht vergessen hinzuzufügen, dass dies nur dann gilt, wenn die Wirte von *A* und von *B* keine Veränderung in der Höhe ihrer Kassenhaltung vorzunehmen wünschen, so dass Geldversendung ganz vermieden werden kann. Wenn die Wirte von *A* ihre Kassenhaltung verringern, die von *B* ihre Kassenhaltung erhöhen wollen, wird der Kurs der *Auszahlung B* in *A* den oberen Goldpunkt erreichen. Dann wird Gold von *A* nach *B* gesendet, geradeso wie im gleichen Falle Baumwolle von New York nach Bremen verschifft wird. Nicht weil die Zahlungsbilanz von *A* gegenüber *B* « ungünstig » oder « passiv » wurde, erreicht der Preis der *Auszahlung B* in *A* den oberen Goldpunkt ; weil die Wirte von *A* Gold an *B* verkaufen, weil daher Gold von *A* nach *B* verschifft wird, wird dieser Preisstand erreicht.

Alles das gilt vom Verkehr zwischen verschiedenen Plätzen ohne Rücksicht darauf, ob sie demselben politischen Verband angehören oder nicht. Hier greift nun der moderne Staat in einer sehr wichtigen, doch in der Kegel von der nationalökonomischen Betrachtung der Gestaltung der Valuten- und Devisenkurse nicht genügend beachteten Weise ein. Die Zentralnotenbank und andere öffentliche Bankanstalten — z. B. der Geldscheckdienst der Postverwaltung — übernehmen die Tragung der Kosten, die durch die Geldversendung innerhalb des Staatsgebietes entstehen. Einst gab es auch zwischen inländischen Plätzen Bildung von Wechselkursen. Heute bereitet eine Zahlung von New York nach San Francisco dem Einzelnen keine höheren Kosten mehr als eine solche in New York selbst; es kann aber auch nicht mehr vorkommen, dass die Zahlung nach San Francisco billiger ist als die Zahlung in New York selbst, weil der Wechselkurs für San Francisco gerade ungünstig, d.h.

unter Pari liegt. Durch diese Massnahme erst wird im Geldwesen ein scharfer Unterschied zwischen Inland und Ausland [415] gezogen. Zahlungen im Inland werden al pari abgewickelt; bei Zahlungen ins Ausland sind — innerhalb der Goldpunkte — Schwankungen um die Parität herum möglich.

Sind mehrere Geldarten in Gebrauch, so wird das wechselseitige Austauschverhältnis unter ihnen durch die Kaufkraft bestimmt. Die endlichen Preise der einzelnen Waxen gegenüber jeder Geldart stehen in dem gleichen Verhältnis, und das endliche Austauschverhältnis der Geldarten untereinander entspricht dem Preisverhältnis gegenüber den Waren. Die Kaufkraft jeder einzelnen Geldart gegenüber den Waren, auf der ihr Tauschwert gegenüber den übrigen Geldarten beruht, wird durch die Nachfrage, die nach ihr für Kassenhaltung entfaltet wird, und durch das Angebot bestimmt, wobei etwaige industrielle Nachfrage geradeso mitspielt wie sonst in der Bildung der Kaufkraft. Die Kaufkraftparitätentheorie ist mithin nichts weiter als die Anwendung der allgemeineren Sätze über die Bildung der Kaufkraft auf den besonderen Fall der Koexistenz mehrerer Geldarten.

Es macht dabei keinen Unterschied aus, ob die verschiedenen Geldarten nebeneinander in demselben Gebiet verwendet werden oder ob ihre Verwendung je auf ein Gebiet oder Staatsgebiet beschränkt ist. In jedem Fall muss sich das endliche Austauschverhältnis in der Höhe bilden, dass es keinen Unterschied ausmacht, ob mit dem einen Gelde direkt eingekauft wird oder ob man es zuvor noch in eine andere Geldart umwandelt. Wo Versendungsspesen in Betracht zu ziehen sind, erfahren diese Austauschverhältnisse die entsprechenden Aufschläge oder Abschläge.

Die Veränderungen der Kaufkraft vollziehen sich nicht gleichzeitig alien Waren gegenüber. Nehmen wir wieder einmal den praktisch ausserordentlich wichtigen Fall einer Inflation eines auf ein Land beschränkten Kreditgeldes vor. Die Vermehrung der Geldmenge äussert sich zunächst nur im Steigen einer beschränkten Zahl von Warenpreisen. Die Preise der anderen Güter gehen erst nach und nach hinauf. Das Austauschverhältnis zwischen Binnengeld und dem ausländischen Weltgeld wird auf der Valutenbörse gebildet, wo die Mitwirkung von spekulativen, d.h. die künftige Entwicklung vorwegnehmenden Käufen und Verkäufen eine grössere Rolle spielt als bei den nicht börsenmassig gehandelten Waren und Diensten. Es erreicht daher viel schneller die dem neuen Stande der Menge des Binnengeldes entsprechende Höhe als die Preise der Mehrzahl der Waren und Dienstleistungen. Kaum dass die Inflation ihre Wirkung auf die Preise zu äussern begonnen hat, jedenfalls lange bevor sie ihre Wirkung alien Preisen gegenüber ausgeübt [416] hat, steigt der Kurs des Auslandsgeldes auf die Höhe, die dem neuen, später einmal zu erreichenden endlichen Preisstand der Waren entspricht.

Dieser Tatbestand ist gründlich missverstanden worden. Man hat die Erklärung der beiden Erscheinungen getrennt. Die Bewegung der Valutenkurse erklärte man durch Veränderung der Zahlungsbilanz. Die Nachfrage nach fremder Valuta sei durch die Spekulation oder durch Verschlechterung der Handelsbilanz oder anderer Einzelposten der Zahlungsbilanz erhöht worden. Da man wegen der höheren Valutenkurse für die eingeführten Waren in Inlandsgeld mehr zu bezahlen habe, müssten dann im späteren Verlauf auch die Inlandspreise der eingeführten Waren steigen; wenn man nicht durch Ausfuhrverbote oder durch Preistaxen eingreift, müssten schliesslich auch die Preise der im Inland für den Inlandsmarkt hergestellten Erzeugnisse die Preissteigerung mitmachen.

Der Fehler dieser Erklärung ist leicht aufzuweisen. Wie können die ausländischen Waren im Inlande zu höheren Preisen Käufer finden, die imstande sind, die Geldmittel für die Bezahlung aufzubringen? Wenn das nominelle Geldeinkommen der Inlander nicht durch Inflation gestiegen ist, dann müssen sie entweder ihren Verbrauch an Auslandswaren oder aber den Verbrauch von Inlandswaren einschränken. In jenem Falle wird die Handelsbilanz

durch den Rückgang der Einfuhr, in diesem Fall durch Steigen der Ausfuhr wieder auf den früheren Stand zurückgeführt.

Die Spekulation nimmt nur die voraussichtliche Veränderung vorweg. Wenn die Spekulanten geirrt haben, wenn ihre Meinung, dass Inflation am Werke sei, auf falschen Annahmen beruht hat, wird die Gestaltung der inländischen Warenpreise und der Devisenkurse anders verlaufen, als sie geglaubt haben, und sie werden ihren Irrtum durch Verluste zu bezahlen haben.

Dass die Gestaltung der Zahlungsbilanz innerhalb des durch die Goldpunkte begrenzten Spielraums die Bildung der Valutenkurse bestimmt, ist gerade dadurch bedingt, dass die Höhe der Kassenhaltung der einzelnen Wirte und Gruppen von Wirten das Ergebnis ihres Begehrens nach Kassenhaltung ist, und dass kein einzelner Wirt und keine Gruppe von Wirten durch Steigerung der Geldausgaben, die ohne Rücksicht auf den Bedarf an Kassenhaltung erfolgte, den Kassenbestand wider Absicht schwinden lassen. Die Kaufgüter bewegen sich gewissermassen auf einer Einbahnstrasse von den Überschussländern nach den Einfuhrländern. Bei ihnen ist der Preis in den Ausfuhrländern ständig um den Betrag der Versandkosten niedriger als in den Einfuhrländern. Beim Gelde, das, wenn wir [417] von den besonderen Bedingungen der Goldproduktionsländer and den von den Wirten gewollten Verschiebungen im Umfang der Kassenhaltung absehen, nur dem Umsätze dient, ist bald dieses, bald jenes Land Ausfuhrland, und jedes Land wird, weil es Ausfuhrland war, bald wieder Einfuhrland. Daher können beim Gelde die Versendungen und die durch sie verursachten Spesen durch das Spiel des Valuten- und Devisenmarktes vermieden werden.

XVI. Die Zinsfussarbitrage und die Diskontpolitik der Notenbanken ↩

Das Geld wird in Kreditgeschäften geradeso verwendet wie bei alien anderen Umsätzen. Darlehen werden in der Regel in Geld gewahrt und in Geld verzinst und zurückgezahlt. Doch die Höhe der Kassenhaltung wird dadurch nur vorübergehend beeinflusst. Die Empfänger der Darlehen, der Zinsen und der Darlehensrückzahlung geben das so empfangene Geld wieder aus, es wäre denn, sie hatten aus besonderen, von dem Eingang dieser Geldbeträge unabhängigen Gründen die Absicht, die Kassenhaltung zu verstärken.

Der endliche Stand des Nettozinses für Gelddarlehen gleicher Art ist im gesamten Wirtschaftsgefüge gleich hoch. Die Verschiedenheit des Zinssatzes ist entweder in Unterschieden der mit der Darlehensgewährung verbundenen Eiskten oder in Unterschieden in den Darlehensbedingungen begründet. Treten Zinsfussunterschiede auf, die durch solche Verschiedenheit nicht gerechtfertigt erscheinen, dann werden Bewegungen ausgelöst, die den Ausgleich herbeiführen. Die Kreditbedürftigen wenden sich dorthin, wo sie den Kredit billiger erhalten können, die Darlehensgeber suchen die Kreditbedürftigen zu befriedigen, bei denen sie bessere Verzinsung erlangen können. Die Zinsfussarbitrage arbeitet nicht anders als die Effekten- und Warenarbitrage.

Im Falle der Währungsverschiedenheit spielen für die Zinsfussarbitrage auch die Erwartungen in Bezug auf etwaige Veränderung des Austauschverhältnisses der in Betracht kommenden Geldarten eine Rolle. Wenn in *A* Goldwährung besteht, in *B* Silberwährung, muss der Zinsfussarbitrageur, der von *A* nach *B* Kredit gewahren will, Gold gegen Silber verkaufen. Steigt dann Gold (gegen Silber), so wird der Betrag Silber, den er als Kreditrückzahlung in *B* empfangen wird, nicht mehr hinreichen, um den Goldbetrag zurückzukaufen, den er zur Gewährung des Silberdarlehens verkaufen musste. Er wird daher Silberkredite nur dann zu gewahren bereit sein, wenn ihm die [418] Zinsspanne zwischen *A* und *B* gross genug erscheint, um ihn auch das Währungsrisiko tragen zu lassen.

Nehmen wir Währungsleichheit zwischen *A* und *B* an, dann müssen wir noch eine weitere Voraussetzung machen, nämlich, dass in beiden Orten entweder nur Geld verwendet wird und keine Umlaufmittel, oder dass zwar Umlaufmittel verwendet werden, dass aber kein Versuch unternommen wird, durch Kreditausweitung den Zinsfuß unter den Stand herabzudrücken, bei dem Kreditgeschäfte zwischen den beiden Orten nicht rentieren. Wenn die Notenbank in *A* Kreditausweitung vornimmt, wenn sie ihren Kunden, den Bürgern von *A*, zusätzliche Kredite gewährt, werden die Bürger von *A* kaufkräftiger, während die Bürger von *B* nicht mehr Geldmittel zur Verfügung haben, als sie früher hatten. Die Bürger von *A* werden ihre Käufe ausdehnen, sie werden daher an die Bürger von *B* mehr zu zahlen haben, als sie von ihnen zu empfangen haben. Nicht nur die Gestaltung des Aussenhandels wirkt dahin, sondern auch die Richtung, die die Zinsfußarbitrage nun einschlägt. Es ist vorteilhaft, Geld aus *A* herauszuziehen und in *B*, wo der Zinsfuß nicht durch Kreditausweitung gesenkt wurde, zu verleihen. Da die Banknoten nicht ausgeführt werden können, wird nur Geld versendet. Die Ansprüche, die an die *A* Bank auf Einlösung der Noten gestellt werden, wachsen. Ihre Barreserve sinkt. Es tritt das ein, was die Currency-Schule als external drain bezeichnet hat. Wenn die Notenbank *A* nicht zahlungsunfähig werden will, muss sie diesem Geldabfluss Einhalt tun. Dafür gibt es nur einen Weg: sie muss die Kreditausweitung wieder rückgängig machen, sie muss die Kredite kürzen, den Satz, zu dem sie ausleiht, hinaufsetzen. Sie muss, pflegt man zu sagen, die Diskontschraube anziehen.

Man verkennt das Wesen dieses Vorgangs vollkommen, wenn man in ihm eine Massnahme der Bank zur Sicherung « volkswirtschaftlicher » Belange erblicken will oder einen Dienst, den die Bank der « Volkswirtschaft » durch Erhaltung der Barreserve leistet. Was die Bank unternimmt, tut sie zum Schutze ihrer eigenen Zahlungsfähigkeit. Wenn sie den external drain nicht zum Stillstand zu bringen weiss, muss sie zahlungsunfähig werden. Die schwierige Lage, in die sie geraten ist, ist die unabwendbare Folge ihrer Kreditausweitungspolitik. Sie hat versucht, in der Kreditausweitung weiter zu gehen als die anderen — die ausländischen — Notenbanken und stösst damit an die Schranken, die der Umlaufmittelausgabe gezogen sind. Sie hat den Kredit durch Kreditausweitung verbilligt, sie muss ihn nun, um den Bankrott zu vermeiden, durch Krediteinschränkung wieder verteuern.

[419]

Mitunter mag es die Bank aus politischen Gründen vorziehen, die Kreditvertéuerung anders durchzuführen als durch Diskonthinaufsetzung oder allein durch Diskonthinaufsetzung. Sie lässt den Diskont unverändert oder setzt ihn nicht so hoch hinauf, als es nötig wäre, um weiteren Geldabzug zu hindern. Doch sie selbst tritt auf dem Geldmarkte, dem Markte für kurzfristigen Kredit, als Darlehensnehmerin auf, indem sie Wertschriften aus ihrem Besitzstand, meist Staatspapiere, verkauft, um sie dann später, wenn die Klemme verstrichen ist, wieder zurückzukaufen. Auch dieser Vorgang bedeutet Krediteinschränkung und treibt den Zinssatz auf dem Markte hinauf. Das ist die open market policy, ein Verfahren, das man heute erstaunlicherweise als neu zu bezeichnen pflegt, obwohl es manche der grossen Notenbanken schon seit vielen Jahrzehnten geübt haben.

XVII. Sekundäre Tauschmittel [↩](#)

Die Ausbildung des Geldgebrauchs beseitigt nicht die Verschiedenheit, die in der Marktgängigkeit und Absatzfähigkeit der übrigen Güter — der Kaufgüter — besteht. Wohl bringt es die Entwicklung des Geldes mit sich, dass der Unterschied, der zwischen der Absatzfähigkeit des Geldes auf der einen Seite und der der Kaufgüter auf der anderen Seite besteht, ausserordentlich gross wird. Doch zwischen den einzelnen Kaufgütern bleiben Unterschiede in der Absatzfähigkeit bestehen. Da die Umstände, die einigen Kaufgütern höhere, anderen nur geringere Absatzfähigkeit verschaffen, sich ändern, ändert sich auch die

Absatzfähigkeit; es kann geschehen, dass Güter, die einst als besonders absatzfähig erschienen, schwer absetzbar werden, und dass andererseits Güter, die einmal als schwer absatzfähig angesehen werden mussten, nun leicht absetzbar sind ; es kann auch geschehen, dass neue Güter auftauchen, die in hohem Grade absatzfähig sind.

Wenn Absatzfähigkeit im Allgemeinen den Grad der Wahrscheinlichkeit bedeutet, der dafür besteht, dass man auf dem Markte ohne Verzug einen Käufer finden werde, der bereit ist, den höchsten Preis zu zahlen, der bei der gegebenen Gesamtmarktlage überhaupt zu erzielen ist, so bedeutet Absatzfähigkeit in der besonderen Anwendung auf die Kaufgüter auf einem Markte, in dem durch Vermittlung des Geldes umgesetzt wird, den Grad der Wahrscheinlichkeit, der dafür besteht, dass man auf dem Markte ohne Verzug einen Käufer finden werde, der bereit ist, den höchsten erzielbaren Geldpreis zu bieten. Ein Kaufgut erscheint umso absatzfähiger, je leichter und rascher [420] es zu dem höchsten erzielbaren Preis zu Geld gemacht werden kann. Man vergleicht die Absatzfähigkeit der Kaufgüter nicht mehr mit der des Geldes ; man vergleicht nur noch die Absatzfähigkeit der Kaufgüter untereinander in Bezug auf das Geld. Man kann in diesem Sinne von Unterschieden in der sekundären Absatzfähigkeit der Kaufgüter sprechen.

Wer über Kaufgüter grösserer sekundärer Absatzfähigkeit verfügt, kann seine Kassenhaltung in engeren Grenzen halten. Er kann darauf rechnen, dass er diese Kaufgüter höherer sekundärer Absatzfähigkeit ohne Zeit- und Wertverlust veräussern kann, wenn er seinen Kassenstand einmal erhöhen will. Ohne Zeitverlust, d.h. ohne dass er auf einen Käufer warten muss und in der Wartezeit Zinsverluste erleidet; ohne Wertverlust, d.h. ohne dass er sich mit einem niedrigeren Preis begnügen muss, weil die Marktlage im Augenblick gerade für dieses Gut ungünstig ist, oder weil er keinen Käufer findet, der den höchsten erzielbaren Preis zu zahlen bereit ist. Die Höhe der von den einzelnen Wirten gehaltenen Kassenbestände wird somit von der grösseren oder geringeren sekundären Absatzfähigkeit der in ihrer Habe befindlichen Kaufgüter beeinflusst. Der Umfang der Kassenhaltung und damit auch die Kosten, die die Kassenhaltung auferlegt, können vermindert werden, wenn Güter höherer sekundärer Absatzfähigkeit zur Verfügung stehen.

Daraus folgt, dass nach solchen Kaufgütern höherer sekundärer Absatzfähigkeit eine besondere Nachfrage entsteht, die ihren Preis über die Höhe hinauftreibt, die sie ohne diese besondere Nachfrage erreichen würden. Diese Güter haben einen Preisstand, der zu einem Teil auf ihrer besonderen Funktion als Gut von höherer sekundärer Absatzfähigkeit beruht. Sie fungieren gewissermassen als sekundäre Tauschmittel und demgemäss ist in ihrer Schätzung eine Komponente enthalten, die auf dem von ihnen versehenen Dienst als sekundäres Tauschmittel beruht.

Die Kosten der Kassenhaltung können durch die Haltung eines Bestandes von sekundären Tauschmitteln in dem Ausmasse vermindert werden, in dem die Kosten der Haltung eines Bestandes von sekundären Tauschmitteln hinter den Kosten der Kassenhaltung zurückbleiben. Die Kosten der Kassenhaltung sind in der Kegel durch den Zinsentgang an den in den Kassen liegenden Betragen gegeben, die Kosten der Haltung eines Bestandes sekundärer Tauschmittel durch die Differenz, die zwischen dem Ertrag dieser Werte und dem im übrigen ihnen gleichzuhaltender Werte, die nicht als sekundäre Tauschmittel verwendet werden können, besteht.

[421]

Als sekundäre Tauschmittel dienen und dienen seit alters-her vor allem Edelsteine und Schmuckstücke. Man schätzt sie nicht nur, weil man sich ihres Glanzes erfreut und sich mit ihnen schmückt, sondern auch weil man damit rechnet, sie leicht und schnell zu Geld machen zu können, wenn die Verhältnisse es erfordern sollten. Mit der Ausbildung des modernen

Kreditwesens wurden neue Wege für die Anlage von Mitteln, die man leicht flüssig machen will, eröffnet. Als sekundäre Tauschmittel dienen heute besonders :

a) Einlagen bei Banken und Sparkassen die, ohne den Charakter von Geldsurrogaten zu haben, jederzeit fällig sind [195] oder nach Ablauf einer kurzen Kündigungsfrist fällig werden.

b) Schuldverschreibungen, die an den Börsen einen so grossen Markt haben, dass sie in Zeiten ruhiger Börsenlage schnell ohne Kurseinbusse veräussert werden können.

c) Schliesslich auch Aktien und mitunter selbst Waren, für die die gleichen Voraussetzungen gegeben sind.

Den Vorteilen, die der Einzelne aus der Verminderung der Kassenhaltung zu Gunsten solcher Anlagen zieht, stehen allerdings auch gewisse Eisken gegenüber. Die Veräusserung der Wertschriften (und noch leichter kann dies bei Waren eintreten) mag unter Umständen nur zu einem Kurse möglich sein, der hinter dem seinerseitigen Anschaffungskurse zurückbleibt. Diese Gefahr besteht bei der Zurückziehung von Bank- und Sparkassenguthaben nicht, und das Risiko der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners wird im Allgemeinen als unbedeutend angesehen. Verzinsliche kurzfristige Guthaben bei Bankiers und Kreditinstituten sind daher die beliebtesten sekundären Tauschmittel.

Man darf die sekundären Tauschmittel nicht mit Umlaufsmitteln verwechseln. Die Umlaufsmittel werden als Geldsurrogate in der Abwicklung von Geschäften wie Geld genommen und gegeben. Die sekundären Tauschmittel sind aber keine Geldsurrogate. Sie müssen erst zu Geld (oder Geldsurrogaten) gemacht werden, wenn man sich ihrer — auf Umwegen — zur Abwicklung von Geschäften bedienen will.

Dass die sekundären Tauschmittel wegen der spezifischen, auf ihrem sekundären Tauschmitteldienste beruhenden Nachfrage höher geschätzt werden als im übrigen gleichartige Objekte, die diesen Dienst nicht leisten, äussert sich bei Geldforderungen in niedrigerer Verzinsung. Schuldverschreibungen [422] des Staates und Schatzwechsel, die auch als sekundäre Tauschmittel gesucht werden, können unter günstigeren Bedingungen vom Schuldner begeben werden als Schulddokumente anderer Art. Das Bestreben der Schuldtitel ausgebenden Stellen ist daher darauf gerichtet, den Markt so zu gestalten, dass ihre Schuldtitel den sekundären Tauschmitteldienst erfüllen können. Dem Inhaber der Schuldtitel — dem Gläubiger — soll ermöglicht werden, seine Wertschriften jederzeit ohne Kursverlust zu verkaufen oder zu günstigen Bedingungen belehnen zu können. In den Prospekten, die bei der Aufnahme der Anleihen ausgegeben werden, wird auf diese Vorteile stets mit besonderem Nachdruck hingewiesen.

Dass auch die Banken und Bankiers bemüht sind, die Nachfrage nach sekundären Tauschmitteln an sich zu ziehen, ist wohl zu verstehen. In diesem Bestreben suchen sie dem Publikum « kulante » Bedingungen zu gewahren ; sie wetteifern darin, die Kündigungsfristen kürzer zu bemessen und kleinere Beträge verzinslich auch gegen die Zusage jederzeitiger Fälligkeit entgegenzunehmen. Durch übermässiges Entgegenkommen in der Behandlung solcher Einlagen sind schon manche Banken illiquid und selbst insolvent geworden.

In den letzten Jahren haben die politischen Verhältnisse die Bankguthaben, die als sekundäre Tauschmittel verwendet werden können, eine besonders grosse Bedeutung erlangen lassen. Die Regierungen der meisten Staaten führen einen scharfen Kampf gegen das « mobile Kapital ». Sie enteignen grosse Teile des Vermögens durch Steuern und durch währungspolitische Massnahmen. Die bedrohten Kapitalisten suchen sich diesen Gefahren dadurch zu entziehen, dass sie die Vermögen so anlegen, dass sie rechtzeitig dem Schläge ausweichen können. Sie halten grosse Bankguthaben in den Ländern, in denen für die

nächste Zukunft die Wahrscheinlichkeit einer Geldentwertung verhältnismässig gering ist. Ändert sich die Lage, so dass sie für diese Anlage fürchten müssen, dann übertragen sie die Guthaben in andere, für den Augenblick grössere Sicherheit bietende Länder. Diese jederzeit fluchtbereiten Gelder — hot money — haben die Gestaltung der Daten des internationalen Geldmarktes durchgreifend verändert.

Im Lauf der letzten hundert Jahre sind nämlich alle Staaten zum Einreserve-System übergegangen. Um die privilegierte Zentralnotenbank besser in die Lage zu versetzen, nationale Kreditausweitungspolitik zu treiben, wurde darauf hingearbeitet, die Privatbanken zu veranlassen, den grössten Teil der Kassenbestände bei der Zentralnotenbank zu deponieren. Die Privatbanken beschränkten ihre Kassenhaltung auf den [423] Umfang, den die Abwicklung des täglichen normalen Geschäfts erfordert. Sie hielten es nicht mehr für notwendig, ihre Passivgeschäfte mit ihren Aktivgeschäften derart in Einklang zu bringen, dass sie ihren Verpflichtungen jederzeit voll und pünktlich nachkommen konnten. Um täglich fällige Ansprüche ihrer Kunden befriedigen zu können, schien es ihnen ausreichend, über Aktiven zu verfügen, die die Zentralnotenbank als Unterlage für die Gewährung von Krediten ansieht.

Als der Zustrom des « heissen Geldes » einsetzte, sahen die Privatbanken in der Vermehrung der täglich oder mit kurzer Kündigungsfrist rückziehbaren Einlagen nichts Bedenkliches. Sie nahmen diese Einlagen entgegen und verwendeten sie in ihrem Kreditgeschäfte. Sie dachten nicht an die Gefahr, die ihr Verhalten heraufbeschworen musste. Sie machten sich keine Sorgen, wie sie diese Gelder, deren stete Abwanderungsbereitschaft sie doch erkennen mussten, eines Tages zurückzahlen sollten.

Heute beginnt man, diese Probleme besser zu begreifen. Man ist zur Erkenntnis gelangt, dass man diese Gelder nicht im Kreditgeschäfte binden darf und dass man für solche Einlagen nicht nur keine Zinsen vergüten darf, sondern eine Verwahrungsgebühr berechnen muss. Es wird noch geraume Zeit verstreichen, bis man dieser Einsicht gemäss vorgehen und damit die Gefahren für die Aufrechthaltung des Banksystems in der überlieferten Gestalt beseitigt haben wird.

XVIII. Die inflationistische Geschichtsauffassung ↩

Eine weitverbreitete Auffassung meint, dass fortschreitende Senkung der Kaufkraft des Geldes sich in der geschichtlichen Entwicklung als ausschlaggebender Faktor erwiesen habe und erweise. Die Menschheit hatte, pflegt man zu sagen, den Weg von den einfacheren Wirtschaftsverhältnissen alterer Zeiten zum hochentwickelten Kapitalismus unserer Epoche nicht zurücklegen können, wenn die Geldmenge nicht schneller gewachsen wäre als der Geldbedarf und wenn demgemäss nicht die Kaufkraft des Geldes von der Geldseite her so stark gesenkt worden wäre, dass ungeachtet starken, ja geradezu gewaltigen Anwachsens der Kaufgüterversorgung fortschreitende Steigerung aller Preise und Löhne resultiert hatte. Die Ausgestaltung der Arbeitsteilung, die Neubildung von Kapital und die Steigerung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit wäxen nur durch die fortschreitende Geldentwertung ermöglicht worden. Nur sie schaffe Wirtschaftsblüte und Reichtum ; Deflation und Preisfall [424] führten dagegen stets zu Wirtschaftsschrumpfung und Wirtschaftsverfall. [196]

Man kann, wenn man auf das Schrifttum blickt und die Ideen beachtet, die die Währungspolitik seit Jahrhunderten beherrschen, ruhig sagen, dass diese Meinung ziemlich allgemein geteilt wird. Man pflegt die Epochen stärker Vermehrung der Geldmenge und stärker Kreditausweitung als die grossen Fortschrittsepochen der Menschheitsgeschichte zu betrachten, wenn man auch, einigermaßen belehrt und zur Vorsicht gemahnt durch die Erfahrungen der grossen Inflationen, praktisch nicht Inflation und Kreditausweitung schlechthin, sondern massige, gewisse schränken nicht überschreitende Politik zur Senkung

der Kaufkraft des Geldes empfiehlt.

Die Vorliebe für inflationistische Politik beruht zum Teil auf dem tiefeingewurzelten Hass gegen die Gläubiger. Inflationspolitik wird als Waffe im Kampfe der Schuldner um Befreiung von den übernommenen Verpflichtungen betrachtet, weil sie die Schuldner auf Kosten der Gläubiger begünstigt, wird sie als gerecht und als wohlthätig für die Massen angesehen. Doch dieser Gedankengang ist von dem, mit dem wir es hier zu tun haben, zu unterscheiden. Die Auffassung, von der wir sprechen, betrachtet Inflation nicht wegen ihrer Rückwirkung auf die Schuldverhältnisse, sondern wegen ihrer sonstigen Wirkungen und Begleiterscheinungen als den treibenden Faktor oder als notwendige Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung.

Man kann das Problem, das die inflationistische Geschichtstheorie aufwirft, nicht an Hand der geschichtlichen Erfahrung prüfen. Es wird nicht bestritten, dass die Geschichte seit vielen Jahrhunderten eine im Grössen und Ganzen fortschreitende, wenn auch ab und zu durch kurze Rückschläge unterbrochene Aufwärtsbewegung der Preise aufweist. Von irgendwelcher Genauigkeit, wissenschaftlicher Strenge oder gar zahlenmässig bestimmter Feststellung kann bei der Ermittlung eines derartigen Tatbestandes nicht die Rede sein. Es wäre vergebens, den Versuch zu unternehmen, die Kaufkraft des Silbers und des Goldes in Europa Jahrhunderte zurückzuverfolgen und ihre Veränderungen zu messen. Dass alle Methoden, die man zur Messung der Kaufkraftveränderungen angegeben hat, auf Verkennung des Wesens der Austauschverhältnisse und des Wirtschaftens überhaupt beruhen, und dass sie daher sinnlos sind, wurde schon gezeigt. Was die Geschichte mit ihren Methoden [425] auf diesem Gebiete zu ermitteln vermag, genügt aber, um die Behauptung zu rechtfertigen, die Kaufkraft des Geldes habe im Zuge der Jahrhunderte abgenommen. In diesem Punkte herrscht ziemlich weitgehende Übereinstimmung. Doch nicht diese Frage hat uns zu beschäftigen, sondern das ganz andere Problem, ob die Geldwertsenkung in der geschichtlichen Entwicklung Europas und des modernen Weltkapitalismus, in der Ausgestaltung der Arbeitsteilung und in der fortschreitenden Verbesserung der Versorgung durch erhöhte Kapitalbildung und Anwendung ergiebigerer Produktionsverfahren eine notwendige Bedingung war. Wir haben unabhängig von aller geschichtlichen Erfahrung, die man immer verschieden interpretieren kann und verschieden interpretiert, und auf die Gegner und Anhänger jeder Geschichtskonstruktion und jeder Entwicklungstheorie sich mit gleichem Recht oder Unrecht zu berufen pflegen, zu untersuchen, wie die Wirkungen der Kaufkraftänderungen den Ablauf eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses zu beeinflussen vermögen.

Man kann bei einer solchen Untersuchung kaum oder überhaupt nicht von den Argumenten und Gedankengängen ausgehen, die die Vertreter der inflationistischen Geschichtsauffassung zur Stützung ihres Standpunktes vorgebracht haben. Deren Argumente sind meist so offenkundig falsch, dass ihre Zurückweisung und restlose Ablehnung mit den einfachsten Mitteln gelingt. Seit es Nationalökonomie als Wissenschaft gibt, hat man immer wieder mit Erfolg gezeigt, dass alle Behauptungen über die vermeintlichen Nachteile des Geldmangels und die vermeintlichen Vorteile der Geldfülle auf groben Denkfehlern beruhen. Man hat es jedoch, vielleicht gerade wegen der Überzeugungskraft und der Scharfe, die diesen Widerlegungen innewohnt, und wegen der krassen Unzulänglichkeit der Ausführungen der Anhänger der inflationistischen Lehre unterlassen, sich die Frage vorzulegen, ob nicht andere Gedankengänge als die, die man zu Gunsten der Inflationstheorie vorgebracht hat, etwa doch eine besondere Prüfung des Problems notwendig machen. Man muss sich fragen, ob die inflationistische Geschichtsauffassung nicht mit Argumenten vertreten werden konnte, die besser sind als die ihrer Anhänger, und man muss versuchen, den Gehalt solcher Argumente zu prüfen. Man muss die Behandlung des Problems von der Bindung an die Unzulänglichkeit aller inflationistischen Lehren befreien, um keinen Gedanken unberücksichtigt zu lassen, der für das Ergebnis der Untersuchung von Bedeutung sein

konnte.

Die Erörterung der für die Beurteilung der inflationistischen Geschichtsauffassung entscheidenden Gesichtspunkte [426] muss den später folgenden Untersuchungen über die Beziehungen von Geldstand und Zinsfußgestaltung und über den Konjunkturwechsel überlassen bleiben. Dort wird zu zeigen sein, wie Inflation und Kreditausweitung den Gang der Wirtschaft beeinflussen und was es für eine Bewandnis mit dem durch die Geldfülle ausgelosten Aufschwung hat. [197]

An dieser Stelle müssen wir uns darauf beschränken, das Problem von einer besonderen Seite zu betrachten. Wir wollen eine Welt denken, in der die Geldmenge starr ist. Wir nehmen an, dass die Menschen von dem als Geld verwendeten Stoff schon in einem frühen Stadium der geschichtlichen Entwicklung, jedenfalls schon vor Jahrhunderten alle die Mengen dem Gelddienst zugeführt haben, die ihnen jemals erreichbar sein können; seither ist keine weitere Vermehrung mehr möglich. Umlaufsmittel werden nicht verwendet. Der Gelddienst werde ausschliesslich durch Geldstücke und durch Geldzertifikate versehen; auch die Teilmünzen, die den Umsatz kleiner und kleinster Beträge ermöglichen sollen, sind durch Geldbeträge, die bei den Ausgabestellen erliegen, voll gedeckt und sind demnach Geldzertifikate.

Unter diesen Voraussetzungen hatten der Ausbau der Arbeitsteilung und der Geldwirtschaft des Marktes auf der einen Seite, die Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit und die Mehrung der Gütermengen auf der anderen Seite fortdauernd Preissenkungen hervorrufen müssen. Hatte das den Fortschritt hemmen können, hatte es nicht die Wirtschaft in Verhältnissen festgehalten, die mehr Ähnlichkeit mit denen des zehnten Jahrhunderts als mit denen des zwanzigsten haben?

Der Kaufmann wird diese Frage bejahen. Das ist leicht zu verstehen. Das Denken des Geschäftsmanns steht eben ganz im Banne von Anschauungen, die sich unter anderen Voraussetzungen herausgebildet haben. Für ihn ist Preisniedergang gleichbedeutend mit Verlust, Preishausse mit Gewinn. Selbst der Umstand, dass es auch Baissespekulation gibt, und dass grosse Vermögen durch Spekulation auf den Preisniedergang entstanden sind, wird ihn in seiner Auffassung nicht beirren. Das waren eben nur Spekulationen, die aus dem Preisfall schon vorhandener Güter Gewinn zu erzielen suchen. Schöpferisches Neue, neue Anlagen, neue Verfahren würden nur durch die Aussicht auf steigende Preise verlockend. Der Fortschritt wäre ohne Preissteigerung nicht denkbar.

Diese Auffassung ist jedoch unhaltbar. In einer Welt sinkender Preise hatte sich das Denken aller Wirte den Verhältnissen [427] ebenso anpassen müssen wie es sich den steigenden Preisen angepasst hat. Heute ist jedermann geneigt, in steigendem Geldeinkommen den Ausdruck einer Verbesserung seiner Lage zu erblicken; die Aufmerksamkeit ist vor allem auf das Steigen des Geldausdrucks der Löhne und der Vermögen gerichtet und weniger auf das Verhältnis, in dem sich die Versorgung mit Sachgütern verbessert hat. In einer Welt sinkender Kaufkraft würde man sich wohl mehr mit dem Sinken der Lebenshaltungskosten befassen. Das Ergebnis des wirtschaftlichen Fortschritts, der die Versorgung erleichtert und verbessert, würde dabei klarer hervortreten.

Die säkulare Entwicklung der Preise spielt in den Erwägungen, die Unternehmer und Kapitalisten in ihrer Geschäftsführung bestimmen, keine Rolle. Kein Wirt kümmert sich darum, wie sich die Kaufkraft des Geldes säkular gestaltet; für die Wirte entscheidet allein die Auffassung, die sie über die Preisentwicklung in den kommenden Wochen und Monaten hegen. Nicht die Richtung, die die Preisbewegung im Allgemeinen nehmen wird, interessiert den Unternehmer, sondern die Gestaltung des Verhältnisses, das zwischen den Preisen der komplementären Produktionsmittel und denen der Produkte besteht. Er kauft nicht etwa, weil

er erwartet, dass « die Preise », d.h. alle Preise steigen werden, sondern weil er glaubt, dass die Spannung, die zwischen den Preisen bestimmter komplementärer Produktionsmittel und den erwarteten Preisen der Produkte besteht, so gross ist, dass sich dem Produzenten Gewinnaussichten bieten. In einer Welt, in der der säkulare Zug der Preisgestaltung die Kaufkraft der Geldeinheit steigen lässt, werden den unternehmenden Wirten solche Gewinnaussichten nicht weniger oft und in nicht geringerem Umfang winken als in einer Welt sinkender Kaufkraft. Die Erwartung allgemeiner progressiver Preissteigerung lost nicht etwa erhöhte Produktionstätigkeit aus, sondern « Flucht in die Sachwerte » und « Katastrophenhause ».

Wenn die Auffassung, dass die Preise aller Güter fallen werden, allgemein wird, wird der Bruttodarlehenszins für kurzfristige Anlage durch das Auftreten einer negativen Preisprämie gesenkt. [198] Damit wird der Unternehmer gegen etwaige nachteilige Folgen des Preisfalls gesichert.

Doch auch soweit diese Sicherung in kurzfristigen Geschäften und Spekulationen nicht hinreicht und in den langfristigen Anlagen, für die sie in der Regel überhaupt nicht erzielt werden [428] kann, konnte allgemeine Preissenkung das Sparen und die Kapitalbildung nicht hemmen. Wenn der Aktionär in the long run auch mit fallenden Dividenden zu rechnen haben wird, wird er andererseits auch mit fallenden Preisen und mit sinkenden Lebenshaltungskosten zu rechnen haben. Das Sinken der Preise kann ihn nicht um die Früchte des Sparens bringen.

Man kann daher die Meinung, dass psychische Momente das wirtschaftliche Handeln unter Verhältnissen fortschreitenden säkularen Sinkens der Warenpreise hemmen müssten und die Unternehmungslust schwächen würden, nicht als begründet ansehen. Andere als solche psychologische Hemmungen kamen überhaupt nicht in Betracht. Denn dass die wesentliche Voraussetzung allen Handelns, das Unbefriedigtsein und die Erwartung, es durch Aktivität zu mindern oder ganz zu beseitigen, und die wesentliche Voraussetzung der Entstehung von Unternehmergewinn, die Ungewissheit der Zukunft, mit der Gestaltung der Kaufkraft nichts zu tun haben, wird nicht bestritten werden können.

XIX. Die Goldwährung↩

Die geologischen, physikalischen und chemischen Eigenschaften der beiden Edelmetalle Gold und Silber haben dazu geführt, dass ihnen von den Menschen in der Wahl des Geldstoffs der Vorzug gegeben wurde. Dass es in der Marktwirtschaft Geld geben muss, ist praxeologische Notwendigkeit. Dass gerade das Gold Geld ist, ist eine historische Tatsache, die sich als solche rational nicht ganz begreifen lässt ; auch in der Währungsgeschichte muss man zu verstehen suchen, wo man nicht begreifen kann.

In den Gang der Währungsgeschichte hat bewusste Wirtschaftspolitik der Regierungen eingzugreifen gesucht. Die Verdrängung des Silbers aus der Geldstellung, die erst vor Kurzem ihren Abschluss durch Massnahmen der chinesischen Regierung gefunden hat, ist wohl als Ergebnis solcher Regierungsintervention anzusehen. Es ist müssig, sich die Frage vorzulegen, wie sich das Nebeneinanderbestehen von zwei Geldarten ohne diese Eingriffe gestaltet hatte und ob es auch dann zur Verdrängung des einen der beiden Metalle gekommen wäre. Wichtig aber ist festzustellen, der Goldmonometallismus nicht das Ziel war, dem die Regierungen von Anfang an zustrebten. Die Währungspolitik wollte aus dem Nebeneinanderbestehen zweier Geldarten, aus der Parallelwährung, die sich im Marktverkehr herausgebildet hatte, ein einheitliches Währungssystem schaffen, indem sie ein festes Austauschverhältnis zwischen Gold [429] und Silber dekretierte. Diese ungeachtet aller Fehlschläge immer wieder erneuten Bestrebungen, die das Wesen des Marktverkehrs so vollkommen verkannten, wie es nur Regierungen verkennen können, mussten Schiffbruch

leiden. Aus diesem Versagen der Regierungen, nicht aus Erfolgen ihrer Politik ist die moderne Goldwährung entstanden.

Schon im 17. Jahrhundert hatte die Tarifierung der Gold- und der Silbermünzen durch die englische Regierung, die die Goldmünze, die Guinea, den Silbermünzen gegenüber höher bewertete als den damals herrschenden Marktverhältnissen entsprochen hatte, zum Verschwinden der Silbermünzen aus dem englischen Geldumlauf geführt. Nur die stark abgenutzten Silberstücke, deren Silbergehalt so herabgemindert war, dass ihre Verwertung auf dem Edelmetallmarkt nicht rentierte, erhielten sich im Verkehr. So kam England wider die Absichten der staatlichen Währungspolitik zur Goldwährung. Erst als die Goldwährung schon lange *de facto* bestanden hatte, wurde sie vom Staate auch rechtlich anerkannt. Man verzichtete auf weitere Versuche, Silberkurantgeld in ein festes Austauschverhältnis zum Goldgeld zu setzen, und begann damit, für den Kleinverkehr Silberscheidemünzen auszuprägen. Diese Scheidemünzen waren nicht mehr Geld, sondern Geldsurrogate, deren Wert nicht durch ihren Silbergehalt bestimmt wurde, sondern durch den Umstand, dass sie gegen Gold eingelöst werden konnten, mithin *de facto* eine jederzeit fällige, als durchaus sicher angesehene Forderung auf einen aliquoten Teil der Goldkurantmünze darstellten. Sie waren silver printed notes, Noten, auf Silber gedruckt.

Später, im 19. Jahrhundert führte die Doppelwährung in Frankreich und in den übrigen Ländern der lateinischen Münzunion zur *de facto* Goldwährung; als dann der Niedergang des Silberpreises in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bei Aufrechthaltung der Doppelwährungsgesetzgebung automatisch den Übergang zur *de facto* Silberwährung hatte bewirken müssen, beseitigte man die freie Silberprägung, um am Golde festzuhalten. Den Vereinigten Staaten hatte die Doppelwährung schon vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges faktisch die Goldwährung gebracht. Nach der Greenback-Zeit wurde die Goldwährung wiederhergestellt, gegen die Angriffe der Silberpartei verteidigt und schliesslich auch gesetzlich verankert. Nachdem so die reichsten, im Weltverkehr führenden Völker die Goldwährung angenommen hatten, folgten die anderen Länder nach. Nach den Inflationen des Weltkriegs und der auf ihn folgenden Revolutionszeit kehrte man entweder zum Golde zurück oder traf wenigstens die Vorbereitungen zur Rückkehr zur Goldwährung.

[430]

Die Goldwährung war zur Weltwährung der liberalen Epoche und des kapitalistischen Zeitalters geworden. Ihr wesentlicher Vorzug war in den Augen der Freihändler gerade der Umstand, dass sie eine internationale Währung war, wie sie der internationale Handel und der internationale Geld- und Kapitalmarkt benötigen. [199] Sie war das Tauschmittel, mit dessen Hilfe die westeuropäischen Wirtschaftsmethoden und das westeuropäische Kapital die europäische Zivilisation über die ganze Ökumene trugen, überall die Schranken uralter Vorurteile niederreissend, neues Leben und Streben befruchtend, die Geister befreiend und ungeahnten Reichtum spendend. Sie begleitete den unvergleichlichen Siegeszug der Kultur, die sich anschickte, die Welt zu einer Einheit einträchtiger Zusammenarbeit und friedlichen Wettbewerbs aller Völker zu verbinden. Es war nicht merkwürdig, dass man im Gold ein Symbol dieser gewaltigen Umwälzung erblickte und dass die reaktionären Bestrebungen in der Goldwährung nicht nur das vorzüglichste Werkzeug zur Ausbreitung weltwirtschaftlicher Gemeinschaft, sondern auch das Wahrzeichen des ihnen verhassten Systems der Freiheit und des Friedens bekämpften. Beim Streit um die Goldwährung ging es um weit mehr als um Währung und Wechselkurse.

In der Goldwährung sah man das Hindernis, das einer Politik schrankenloser Kreditausweitung im Wege steht. Durch die Loslösung vom Golde wollte man den nationalen Kapitalmarkt aus der Verflechtung mit dem Weltkapitalmarkt lösen, um unbehindert von den Rücksichten, die die Einlösungspflicht den Umlaufmittelbanken auferlegte, den Zinsfuss

möglichst tief herabzudrücken. (Es ist charakteristisch, dass diese Bestrebungen in den Ländern, deren Wirtschaft durch den Zustrom auswärtigen Kapitals befruchtet worden war, früher und stärker auftraten als in den Gläubigerländern.) Man wollte die Goldwährung beseitigen und Inflationspolitik betreiben, um die Schuldner auf Kosten der Gläubiger zu begünstigen und um die Ausfuhr zu fördern und die Einfuhr zu hemmen. Man wollte durch vermehrte Notenausgabe den Staat von der Notwendigkeit befreien, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen.

Man hat an der Goldwährung manches auszusetzen gewusst; man hat ihr den Vorwurf gemacht, dass sie nicht vollkommen sei. Doch niemand weiss anzugeben, wie man an Stelle der Goldwährung Vollkommeneres und Besseres setzen konnte. Gewiss, die Goldwährung ist nicht wertstabil. Doch Wertstabilität und [431] Kaufkraftfestigkeit sind Unbegriffe. In einer sich verändernden Welt, das heisst in einer lebenden Welt, kann es keine Festigkeit der Kaufkraft und keine Wertstabilität geben. Dass die Kaufkraft des Geldes schwankt, ist für ein Geld eines nicht starren Systems der Marktbeziehungen notwendig; in einem erstarrten System, das dem Gedankenbild der gleichmassigen Wirtschaft entspräche, wäre aber für Geld überhaupt kein Raum. Die Goldwährung macht die Gestaltung der Kaufkraft von dem Einfluss der Politik und der schwankenden wirtschaftspolitischen Anschauungen wechselnder Majoritäten unabhängig. Das ist ihr Vorzug. Jede Währungsmanipulation muss willkürlich sein; alle Verfahren, die durch Messung der Kaufkraftveränderungen einen objektiven Massstab gewinnen wollen, der der Kaufkraftgestaltung als Richtschnur dienen konnte, verkennen die Unmessbarkeit der Kaufkraftbewegungen. Sowohl in der Auswahl der der Berechnung zugrundezulegenden Preisdaten als auch in der Wahl der für ihre mathematische Verarbeitung zu Mittelwerten zu verwendenden Methode liegen Probleme, für die keine eindeutige, dem Widerstreit von Sonderinteressen und Parteien entrückte Lösung gefunden werden kann.

Man weist darauf hin, dass auch die Goldwährung als manipulierte Währung anzusehen sei, weil die Regierungen durch Umlaufmittelausgabe, selbst wenn sie sich innerhalb der durch die Rücksichtnahme auf die Aufrechthaltung der Goldparität des Währungsgeldes gebotenen Grenzen halt, und durch Massnahmen, die mittelbar zur Herabsetzung der Kassenhaltungen führen, die Gestaltung der Kaufkraft des Goldes zu beeinflussen vermögen. Das ist nicht zu bestreiten, und sicher ist, dass das Steigen der Preise zwischen 1896 und 1914 zu nicht unbeträchtlichem Teil durch derartige Regierungsmanipulationen zu erklären ist. Doch das Wesentliche ist doch das, dass die Goldwährung alien derartigen Massnahmen enge Grenzen steckt. Gerade weil diese Beschränkung den Bestrebungen der Inflationisten im Wege steht, wollen sie die Goldwährung beseitigen.

Man hat schliesslich behaupten wollen, dass die Goldwährung unter den Verhältnissen der Gegenwart nicht mehr so funktionieren könne, wie sie im Zeitalter des Liberalismus und Kapitalismus funktioniert habe. Die Erfahrung habe gezeigt, dass Zinsfusserhöhung nicht mehr imstande sei, den Abfluss von Gold aufzuhalten oder Gold aus dem Auslande heranzuziehen. Die Diskontpolitik der Notenbanken und der Währungsausgleichsfonds sei damit sinnlos geworden; sie verteuere zwar der inländischen Produktion den Kredit, könne aber die gefährdete [432] Währung nicht retten. Diese Auffassung mancher Erscheinungen der jüngsten Vergangenheit ist jedoch durchaus verkehrt. Die Zinsfussgestaltung hat ihre Bedeutung für die Bewegung der anlagesuchenden flüssigen Mittel von Land zu Land und für die Auswahl der Anlagemöglichkeiten auf den nationalen Geld- und Kapitalmärkten keineswegs verloren. Doch es können Umstände eintreten, die es den Kapitalisten angezeigt erscheinen lassen, die Vorteile, die höhere Verzinsung bietet, gegenüber besonderen Nachteilen, die ihnen aus dem Handel erwachsen konnten, abzuwiegen. Der Aussicht, eine gewisse Zeit hindurch höheren Zinsbezug zu geniessen, steht heute oft das Risiko gegenüber, durch Währungsverschlechterung oder durch Massnahmen der Devisenbewirtschaftung einen

grossen Teil des Kapitals einzubüssen. Selbst eine um 10 % höhere Verzinsung in Paris kann einem Ausländer nicht verlockend erscheinen, wenn er befürchtet, 30 oder 50 % des Kapitals durch Entwertung des französischen Francs zu verlieren. Kein Ausländer wird es rätlich finden, flüssige Mittel in jenen Ländern anzulegen, deren Devisengesetzgebung Zinszahlung und Kapitalrückzahlung an Ausländer nicht zulässt. Grosse Geldbeträge sucht man heute so anzulegen, dass man sie einer drohenden Geldabwertung durch schnelle Übertragung in eine im Augenblick weniger gefährdete Währung entziehen kann ; der Zinsentgang, der mit solcher Anlage verbunden ist, spielt keine Rolle im Hinblick auf die Verlustmöglichkeiten, die mit besser verzinslichen Anlagemöglichkeiten verbunden sind.

Der Mechanismus des internationalen Geldmarktes versagt heute, weil die Regierungen durch ihre Politik sein Funktionieren verhindern. Die Goldwährung hat nicht versagt, doch die Regierungen versuchen es, sie zu beseitigen, weil sie sich dem Wahn hingeben, sie könnten damit den Zinsfuß im Lande so niedrig halten, als sie es wünschen, und die Handelsbilanz « verbessern ».

Keine Regierung vermag die Goldwährung abzuschaffen. Die Goldwährung ist die Währung des internationalen Verkehrs und des Weltmarktes und kann als solche durch Massnahmen einzelner Regierungen nicht berührt werden. Solange ein Land nicht im strengen Sinn des Wortes selbstgenügsam geworden ist, solange es noch irgendein Loch in den Mauern gibt, durch die die Regierung ihr Staatsgebiet von der übrigen Welt abzuschliessen sucht, hat das Gold seine Geldstellung für die Wirtschaft der Bewohner dieses Landes selbst dann nicht eingebüsst, wenn der Besitz von Gold als todeswürdiges Verbrechen angesehen wird. Die Clearingverträge, die den Austausch zwischen den Angehörigen zweier Staaten vom Golde [433] unabhängig machen sollen, suchen zwar ängstlich jeden Hinweis auf das Gold zu vermeiden ; doch die Umsätze, die auf Grand dieser Verträge durchgeführt und abgerechnet werden, sind an den Goldpreisen orientiert. Wer im Auslande kauft oder verkauft, berechnet die Vorteile und Nachteile dieser Geschäfte in Gold. Aber auch die inländischen, in einem auf das Staatsgebiet beschränkten Kredit- oder Zeichengeld ausgedrückten Preise sind mit den Goldpreisen des Auslandes fest verbunden, und wenn die Regierung die Käufe und Verkäufe, die sich aus dieser Verbindung ergeben könnten, verhindern will, muss sie besondere Massnahmen ergreifen.

Nahezu alle Regierungen sehen es heute als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, gegen den Gebrauch des Goldes als Geld anzukämpfen. Bisher haben sie damit Schiffbruch gelitten. In einer Welt von im strengen Sinn des Wortes selbstgenügsamen Staatsgebieten wird für ein internationales Geld kein Raum sein. Von diesem Ideal der Nationalisten ist aber die Wirklichkeit heute noch immerhin ziemlich weit entfernt.

Die Regierung eines die ganze Welt umfassenden Staates konnte den Versuch unternehmen, das Goldgeld durch ein Weltkreditgeld oder durch ein Weltzeichengeld zu ersetzen. In der Weltanarchie der Gegenwart sind solche Versuche von vorneherein aussichtslos.

Man darf den Kampf gegen die Goldwährung nicht losgelöst von der politischen Haltung betrachten, die in ihm eine ihrer Erscheinungsformen findet. Die Goldwährung wird bekämpft als ein Stein in dem grössten Werk, das Menschen je aufzurichten versucht haben, dem Werk der friedlichen Vereinigung aller Menschen zu einer einzigen grossen Gesellschaft der Arbeitsteilung und der einträchtigen Zusammenarbeit durch Austausch von Gütern und Diensten. Was an der Goldwährung ausgesetzt wird, ist, dass sie diesem System des ökumenischen Friedens und der Kooperation aller Menschen zugeordnet ist. Das, was man ihr als Unvollkommenheit ankreidet, ist gerade das, dass sie der Absperrungspolitik des einzelstaatlichen Separatismus im Wege steht. Vom Standpunkte der auf die Zerstörung der weltwirtschaftlichen Verbundenheit der Völker gerichteten Politik ist die Goldwährung

zweifellos als ein Werk des Teufels zu betrachten. Betrachtet man sie aber im Rahmen der Weltwirtschaft, dann kann man nur zu dem Urteil gelangen, dass sie eine immerhin brauchbare Lösung des Währungsproblems darstellt. Sie ist das Ergebnis desselben geschichtlichen Prozesses, der von dem Kampfe aller Horden gegen alle Horden zur politischen und ökonomischen Verfassung des 19. Jahrhunderts geführt hat. Kein Kritiker oder Gegner der [434] Goldwährung wüsste ein Geldsystem vorzuschlagen, das besser als die Goldwährung funktionieren könnte.

Es kann wohl sein, dass eines Tages die Technologie einen Weg findet, die Goldmenge so billig zu vermehren, dass das Gold nicht länger mehr für den Gelddienst geeignet sein wird. Dann wird man das Gold durch ein anderes Geld ersetzen. Es wäre zwecklos, über die Lösung, die dieses Problem dann finden könnte, schon heute Betrachtungen anzustellen. Alle Bedingungen, unter denen diese Entscheidung zu treffen sein wird, sind uns heute unbekannt.

5. KAPITEL: DAS HANDELN IM ABLAUF DER ZEIT

I. Die verschiedene Schätzung gleichlanger Zeitabschnitte.↩

Für das Handeln ist die Unterscheidung der Zeit vor der Befriedigung und der Zeitdauer der Befriedigung wesentlich.

Handeln ist immer auf die Zukunft gerichtet, mag es auch nur die Zukunft des nächsten Augenblicks sein. Zwischen dem Einsatz des Handelns und dem Erreichen des angestrebten Ziels liegt immer eine, wenn auch mitunter kurze Spanne Zeit: die Ausreifungszeit, in der aus dem Handeln der Erfolg reift. Am sinnfälligsten tritt uns die Erscheinung der Ausreifungszeit in der Bodenbebauung entgegen. Zwischen der Bestellung der Acker und dem Heranreifen der Frucht verstreicht geraume Zeit. Ein anderes Beispiel bietet die Verbesserung der Beschaffenheit des Weins durch das Abliegen. In manchen Fällen mag die Ausreifungszeit von so kurzer Dauer sein, dass man im Sprachgebrauch des Alltags sagen mag, der Erfolg trete sogleich ein.

Wenn das Handeln Arbeit aufwendet, hat es mit der Werkzeit zu rechnen. Jede Arbeit nimmt Zeit in Anspruch. Auch die Werkzeit mag in manchen Fällen so kurz sein, dass man im Alltag sagt, die Arbeit beanspruche überhaupt keine Zeit.

Nur selten führt schon ein einfacher und einmaliger Einsatz von Handeln zum Ziel. In der Regel trennt den Wanderer mehr als *ein* Schritt vom Ziel. Er muss viele Schritte machen, und vor jedem Schritt steht er von -Neuem vor der Wahl, ob er weitergehen soll oder nicht. Die meisten Ziele sind so weitgesteckt, dass nur Beharrlichkeit zu ihnen führt; fortgesetztes Handeln, wiederholtes und immer wieder auf dasselbe Ziel gerichtetes Handeln tut not, wenn man zum Ziele kommen will. Der gesamte Zeitaufwand, Ausreifungszeit und Werkzeit zusammengenommen, [435] den man als Produktionszeit bezeichnen kann, mag beim einzelnen Schritt wieder so gering sein, dass man im Alltag sagt, der Schritt erfordere überhaupt keinen Zeitaufwand. Wenn der Weg sich hinzieht, dann summieren sich aber auch kleine Zeitabschnitte zu einer beträchtlichen Zeitdauer.

Auch die Nutzwirkung, die vom Erfolg ausgeht, hat Dauer in der Zeit. Die Nutzdauer mag kürzer oder länger sein. In manchen Fällen ist sie so lang, dass man sie im täglichen Sprachgebrauch ewig nennt. Im Allgemeinen ist sie zeitlich begrenzt. Es gibt auch Güter, deren Fähigkeit, Nutzen zu stiften, durch den bloßen Zeitablauf schwindet, auch wenn die Nutzwirkung nicht in Anspruch genommen wurde; tritt dies schon nach kurzer Zeit ein, dann spricht man von verderblichen Gütern.

Das Handeln hat mithin stets mit Produktionszeit und mit Nutzdauer zu rechnen. Es hat nicht nur mit dem Aufwand von naturgegebenen (und in der Regel auch von produzierten) sachlichen Produktionsmitteln und von Arbeit. zu rechnen, sondern auch mit der Produktionszeit, und es hat in der Beurteilung des Erfolges auch die Nutzdauer zu berücksichtigen.

Das Handeln ist nicht auf unbestimmte Zukunft gerichtet, sondern stets auf einen begrenzten Abschnitt der Zukunft. Dieser Zeitabschnitt ist nach der einen Seite immer durch den Augenblick des Handelns begrenzt. Wo sein anderes Ende liegt, hängt von der Voraussicht und der Vorsorge des Handelnden ab. Es gibt Menschen, die nur dem nächsten Augenblicke leben, und es gibt Menschen, deren Vorsorge über das voraussichtliche Ende des eigenen Lebens weit hinausreicht. Wir wollen den Zeitabschnitt, für den Handeln in irgend einer Weise und in irgend welchem Ausmaß vorsorgen will, die Vorsorgezeit nennen. Ob die Vorsorgezeit länger oder kürzer ist, hängt vom Handeln ab. Wie das Handeln

zwischen verschiedener Art von Befriedigung in demselben Zeitabschnitt wählt, so wählt es auch zwischen Befriedigung in näherer und der in weiterer Zukunft. In jedem Handeln wird auch über die Länge der Vorsorgezeit mitentschieden; es gibt keine gesonderte Entscheidung über die Länge der Vorsorgezeit. In den Entscheidungen der Einzelnen über die Verwendung der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wird auch die Entscheidung über Verlängerung oder Verkürzung der Vorsorgezeit gefällt. In der Marktwirtschaft entscheidet die Nachfrage auf dem Markte auch über die Länge der Vorsorgezeit.

Die Verlängerung der Vorsorgezeit kann auf verschiedene Weise erfolgen:

1. Durch Anhäufung von gebrauchsfertigen Gütern, die für den Verbrauch in der Zukunft aufbewahrt werden.

[436]

2. Durch die Herstellung von Gütern mit längerer Nutzdauer.

3. Durch das Hinarbeiten auf weitergesteckte Ziele. Es werden Güter erzeugt, die eine längere Produktionszeit erfordern.

4. Durch das Einschlagen von Produktionsverfahren, die zwar zeitraubender sind (erst nach längerer Zeit zum Erfolg führen), die aber bei gleichem Aufwand ergiebiger sind (eine größere Menge von Produkt ergeben) als Verfahren, die schon nach kürzerer Zeit zum Erfolg führen. Es werden mithin Güter, die auch in kürzerer Produktionszeit erzeugt werden könnten, in einem Verfahren erzeugt, das eine längere Produktionszeit erfordert, wenn und weil dieses Verfahren ergiebiger ist.

Die beiden ersten Wege zur Verlängerung der Vorsorgezeit bedürfen keiner weiteren Erörterung. Zu den beiden anderen ist manches zu sagen.

Es ist eine der natürlichen Bedingungen, unter denen das Handeln steht, dass die kürzesten — am wenigsten Produktionszeit erfordernden Verfahren nicht zu voller Befriedigung führen. Auch nach Erschöpfung aller dieser kürzeren Verfahren bleibt Unbefriedigtsein zurück und damit Antrieb zu weiterem Handeln. Da man stets darauf bedacht ist, unter den zur Auswahl stehenden Verfahren die zu bevorzugen, die *caeteris paribus* am schnellsten zum Ziele führen, [200] bleiben für weiteres Handeln nur Verfahren übrig, die mehr Zeit beanspruchen. Sie werden eingeschlagen, wenn der Handelnde den Erfolg des Handelns so hoch einschätzt, dass er die mit ihm verbundenen Nachteile (die längere Wartezeit) in Kauf zu nehmen bereit ist. Böhm-Bawerk spricht von der Mehrergiebigkeit zeitraubender Produktionsumwege. Es wäre zweckmäßiger, von der Mehrergiebigkeit zeitraubender Verfahren zu sprechen. Die Mehrergiebigkeit dieser Verfahren liegt nicht immer darin, dass sie bei gleichem Aufwand eine größere Menge der Güter bringen, die man auch in kürzerer Produktionszeit herstellen könnte. Häufiger noch besteht sie darin, dass sie Güter zu bringen vermag, die in keiner Weise in kürzerer Produktionszeit hergestellt werden könnten. Die Verfahren, um die es sich hier handelt, sind keine Umwege; sie sind der kürzeste und direkteste Weg zu dem ins Auge gefassten Ziel. Nur weil sie das sind, werden sie gewählt und eingeschlagen. Wenn mehr Fische gefangen werden sollen, dann gibt es kein anderes Verfahren als das, das Fischen ohne Werkzeug durch das Fischen mit Booten und Netzen zu ersetzen, und wenn Pyramiden erzeugt werden soll, dann gibt es kein besseres, kürzeres oder [437] billigeres Verfahren als das, das die chemische Industrie gewählt hat. Wenn wir von Irrtum und Unkenntnis absehen, steht die Mehrergiebigkeit eines Verfahrens, das gewählt wurde, ebensowenig in Frage wie seine höchste Zweckmäßigkeit. Würde man es nicht für das direkteste Verfahren, d.h. für das, das auf dem kürzesten Wege zum Ziel führt, halten, so wäre es nicht eingeschlagen worden.

Die Erstreckung der Vorsorgezeit durch bloßes Anhäufen von Vorräten gebrauchsfähiger Güter und durch Herstellung von Gütern, deren Nutzdauer entsprechend dem größeren für ihre Herstellung erforderlichen Aufwand länger ist, [201] entspringt allein dem Bestreben, für eine größere Spanne der kommenden Zeit vorzusorgen. Werden jedoch dem Handeln weiterliegende Ziele gesetzt, dann ist die Erstreckung der Vorsorgezeit die notwendige Begleiterscheinung der Einstellung auf das weitere Ziel. Die Verbesserung des Versorgungsstandes muss mit der Verlängerung der Vorsorgezeit Hand in Hand gehen. Die Ergiebigkeit des Handelns ist an die Verlängerung der Produktionszeit gebunden. Wer reichlicher oder besser versorgt sein will, muss auf den Genuss länger warten und muss dabei sein Handeln auf längere Vorsorgezeit abstellen.

Die Hinausschiebung eines Genusses bedeutet, dass man unter den gegebenen Verhältnissen die Befriedigung, die man durch ihn heute erreichen könnte, weniger hoch wertet als die Befriedigung, die er später bringen kann. Das Einschlagen eines Verfahrens, das erst nach längerer Zeit zum Erfolg führt, bedeutet, dass man diesen Erfolg höher wertet als den Erfolg, den ein kürzeres, in weniger Zeit zum Genuss führendes Verfahren bei gleichem Aufwand bringen kann.

In den Erwägungen, die solches Handeln leiten, erscheint die Produktionszeit als Wartezeit. Es war eine der unvergänglichen Leistungen Böhm-Bawerks, erkannt zu haben, wie sich diese Berücksichtigung der Wartezeit äußert.

Würden die handelnden Menschen die Wartezeit nicht berücksichtigen, dann würden sie von keinem Ziele sagen, es liege zu weit, als dass man darauf hinarbeiten könnte, es zu erreichen. Sie würden, wenn sie zwischen zwei Verfahren zu wählen hätten, die bei gleichem Aufwand verschiedene Erträge bringen, das, das eine größere Menge zu beschaffen vermag, immer vorziehen, auch wenn dieses Ergebnis erst in einem späteren [438] Zeitpunkt zu erwarten ist als das mengenmäßig geringere Mehraufwendungen, die zu einer überverhältnismäßigen Verlängerung der Nutzdauer des Produkts führen, würden immer als vorteilhaft angesehen werden. Aus dem Umstande, dass dem nicht so ist, vermögen wir zu erkennen, dass die handelnden Menschen gleichlange Zeitabschnitte verschieden beurteilen, je nachdem sie näher oder weiter von ihnen entfernt sind. Befriedigung in einem näher gelegenen Zeitabschnitt wird der Befriedigung sonst gleicher Art und sonst gleichen Umfangs in einem später liegenden Zeitabschnitt gleicher Länge vorgezogen.

Dass *caeteris paribus* Befriedigung in einem näher gelegenen Zeitabschnitt der Zukunft der Befriedigung gleicher Art und Stärke in einem gleichlangen ferner gelegenen Zeitabschnitt der Zukunft vorgezogen wird, dass mithin im Warten auf eine Befriedigung Unlust liegt, ist gegenüber der Feststellung, dass das Handeln zwischen der Zeit vor der Befriedigung und der Zeitdauer der Befriedigung unterscheidet, kein neuer Tatbestand. Wenn überhaupt zwischen Befriedigtsein und Nichtbefriedigtsein und somit zwischen der Zeit vor der Befriedigung und der Zeitdauer der Befriedigung unterschieden wird, wenn im Handeln dem Zeitmoment überhaupt eine Rolle zufällt, dann kann von gleicher Wertung der Befriedigung in verschiedenen Zeitabschnitten, ohne Bedachtnahme darauf, ob sie in näherer oder fernerer Zukunft liegen, nicht die Rede sein. Die Gleichhaltung der Zeitabschnitte gleicher Länge würde bedeuten, dass es dem Handelnden gleichgültig ist, ob ein Erfolg früher oder später eintritt; sie würde bedeuten, dass er das Zeitmoment aus den Erwägungen, die sein Handeln bestimmen, ausgeschaltet hat. Denn dann würde ein Mehr an Gütern, die erst nach Ablauf einer längeren Wartezeit verfügbar werden, immer höher geschätzt werden als ein schon früher verfügbares Weniger. Wertung der Zeit liegt nämlich nicht schon einfach darin, dass Befriedigung während zweier Monate höher gewertet wird als Befriedigung während eines Monats. Dass jede Nutzwirkung, zeitlich begrenzt ist und dass daher jede Befriedigung Dauer in der Zeit hat, ist schon in der Bewertung der Nutzwirkung berücksichtigt. Das Zeitmoment ist in diesem Sinne ein unentbehrliches Element in der

Bestimmung der Größe der Nutzwirkung — des objektiven Gebrauchswertes — eines jeden Gutes. Die Berücksichtigung der Zeit, die in der Unterscheidung des Zustandes vor der Befriedigung und des Zustandes der Befriedigung liegt, ist von anderer Art. Sie unterscheidet nicht einfach Zeitabschnitte nach ihrer Länge. Sie unterscheidet früher und später; für sie ist die Zeit nicht eine homogene Menge, von der es ein Mehr und ein Weniger gibt, [439] sondern ein nicht umkehrbarer Ablauf, dessen Abschnitte dem Werten und Handeln in verschiedener Beleuchtung erscheinen, je nachdem sie näher oder weiter vom Heute entfernt sind.

Bemerkungen zu Böhm-Bawerks Lehre von der Höherwertung gegenwärtiger Güter ↩

Böhm-Bawerk geht in seinen bahnbrechenden Untersuchungen über das Zinsproblem von dem Satze aus, dass gegenwärtige Güter in aller Regel mehr wert sind als künftige Güter gleicher Art und Zahl. [202] Auf zwei Wegen sucht er dann diesen Satz psychologisch zu begründen.

Als zweiten Grund für die Höherwertung der Gegenwartsgüter hat Böhm-Bawerk die fehlerhafte systematische Unterschätzung (zu niedrige Wertung) der künftigen Bedürfnisse und der Mittel, die zu ihrer Befriedigung dienen, angeführt. Böhm glaubt, dass über das Bestehen dieser Unterschätzung kein Zweifel möglich sei. Die Lückenhaftigkeit der Vorstellungen, die wir uns von unserem künftigen Bedürfnisstande bilden, die Willensschwäche, die uns mitunter veranlasst, gegenwärtige Befriedigung der künftigen vorzuziehen, auch wenn wir wissen, dass diese Wahl für unsere Wohlfahrt im Ganzen unvorteilhaft ist, und schließlich die Rücksicht auf die Kürze und Unsicherheit unseres Lebens wirken, seiner Meinung nach, alle in dieser Richtung. Dass die psychologischen Tatsachen, auf die Böhm-Bawerk sich hier zur Erklärung der Unterschätzung künftiger Bedürfnisse beruft, wirklich gegeben sind und dass sie das Handeln der Menschen bestimmen können, ist nicht zu bezweifeln. Es gibt sicherlich viele Menschen, in deren Entschlüssen sie eine große Rolle spielen. Doch sie wirken, wie auch Böhm-Bawerk nicht entgangen ist, bei den verschiedenen Individuen, und auch bei demselben Individuum zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Geistes- und Gemütsstimmungen, in äußerst verschiedenen Graden. Und auch Böhm-Bawerk stellt fest, dass bei «Fanatikern der Vorsicht» sich sogar «eine parteiische *Überschätzung* künftigen Nutzens» einstellen könne.

Wie bei allen psychologischen Tatbeständen dieser Art haben wir es hier nämlich keineswegs mit Notwendigkeit und Allgemeingültigkeit zu tun. Wenn wir annehmen wollen, dass viele Menschen durch die von Böhm-Bawerk angeführten Beweggründe zu einer systematischen Unterschätzung künftiger Bedürfnisse getrieben werden, dann müssen wir auch die Wirkung von Beweggründen in Betracht ziehen, die in der entgegengesetzten Richtung wirksam sind. Auch wenn wir von den vielleicht als pathologisch zu klassifizierenden Typen des «Fanatikern der Vorsicht» und des Geizhalses absehen wollen, — in welchem Falle man wohl auch von den pathologischen Typen der entgegengesetzten Art, vom tolleren Verschwender, von dem Einfältigen, der zu beschränkt ist, um sich von künftigen Sorgen überhaupt eine annähernde Vorstellung zu machen, und von dem Menschen, der unter der niederdrückenden Einwirkung einer nahen großen Gefahr steht, abzusehen hätte, — darf man doch wohl die große Rolle, die Höherwertung der Zukunft im Handeln spielt, nicht übersehen. Man halte sich doch etwa folgende typische Fälle vor Augen: den jungen [440] Mann, der es vorzieht, statt eine Arbeit zu übernehmen, die ihm sogleich ein bescheideneres Einkommen bringen würde, sich unter Entbehrungen für eine Arbeit auszubilden, die wohl ein höheres Einkommen, doch erst in späterer Zeit verspricht; den Sparer und den Versicherungsnehmer, die sich manches versagen, um für die eigene Zukunft und für die ihrer Angehörigen vorzusorgen; den Mann, der eine schlechter besoldete Stelle, die mit Pensionsberechtigung verbunden ist, einer besser besoldeten vorzieht, die nicht in derselben

Weise für die Zukunft sichert; den Unternehmer, der seine Lebenshaltung bescheiden hält, um alle Überschüsse im Unternehmen weiterarbeiten zu lassen. Dass Sparen und durch Versicherung für die Zukunft Sorgen nicht überall und nicht unter allen Umständen möglich sind, dass es Einrichtungen besonderer Art — wie geordnetes Bank-, Sparkassen-, Kredit-, und Versicherungswesen und vor allem von inflationistischen Eingriffen verschontes Geldwesen — geben muss, um den Massen das Sparen überhaupt zu ermöglichen, und dass dort, wo diese Voraussetzungen fehlen, nicht gespart werden kann, schwächt die Bedeutung dieser Argumente ebensowenig ab wie der Umstand, dass Unternehmer und Kapitalisten, die von Enteignungen bedroht sind, es vorziehen, ihr Kapital lieber selbst aufzuzehren, als es dem Enteigner zu überantworten. Denn wo immer die institutionellen Bedingungen des Vorsorgens gegeben waren, wurde von ihnen ausgiebig Gebrauch gemacht.

Man darf nicht etwa einwenden, dass in den angeführten Beispielen keine (fehlerhafte) Unterschätzung (zu niedrige Schätzung) der Gegenwart gegenüber der Zukunft zu erblicken sei, die man der von Böhm-Bawerk im zweiten Grunde angeführten (fehlerhaften) Unterschätzung (zu niedrigen Schätzung) der künftigen Güter entgegen zu halten berechtigt wäre; es werde einfach, nachdem für die Gegenwart ausreichend vorgesorgt wurde, auch für die Zukunft, jedoch in weniger ausgiebiger Weise etwas zurückgelegt. Dieser Einwand würde den Fall des unter Entbehrungen sich für einen künftigen einträglicheren Beruf vorbereitenden Studenten und des jungen pensionsberechtigten Angestellten gewiss nicht treffen: er berührt aber auch ebensowenig die übrigen Beispiele. Denn in allen diesen typischen Beispielen handelt es sich nicht um Personen, die «überversorgt sind oder es doch wären, falls sie ihre sämtlichen in der Gegenwart verfügbaren Deckungsmittel auch in der Gegenwart aufzehren wollten», [203] sondern um Personen, die eine Einschränkung der gegenwärtigen Lebenshaltung, die sie subjektiv als Entbehrung und Entsagung empfinden, in Kauf nehmen, um für die Zukunft besser vorzusorgen. Man darf, wie schon erwähnt wurde, zur Beurteilung dieser Dinge nur Beobachtungen heranziehen, die unter den Verhältnissen einer Gesellschaftsordnung gemacht wurden, in der Sparen für künftige Versorgung möglich ist. Die von liberalem Geist erfüllte kapitalistische Wirtschaftsordnung hat die Voraussetzungen für die Entfaltung des Sparsinns geschaffen und damit überhaupt erst den Massen die Wahl geboten, zwischen Befriedigung zeitlich näher liegenden und Befriedigung zeitlich ferner liegenden Bedarfs zu wählen. Vorher war das Sparen auf die engen Schichten der Unternehmer und der Besitzenden beschränkt gewesen. Die rasche Zunahme der Kapitalbildung im Zeitalter des Kapitalismus war jedoch zu einem guten Teil auf das Sparen der Massen zurückzuführen, bei denen man wohl, ungeachtet der gewaltigen Wohlstandssteigerung, die ihnen der [441] Kapitalismus gebracht hatte, doch nicht von Überversorgung sprechen könnte. Das Sparen als Massengewohnheit, ja selbst als Massenfanatismus hätte sich wohl noch viel stärker eingebürgert, wenn ihm nicht zwei Strömungen entgegengearbeitet hätten: die wachsende Gefährdung der Sparkapitalien durch die antikapitalistischen Tendenzen und die durch das Umsichgreifen der antikapitalistischen Ideologie betriebene systematische Verächtlichmachung des Sparens und Bestreitung seines Wertes. Der Liberalismus hatte dem Minderbemittelten als einzigen Weg zum Aufstieg das Sparen empfohlen. Die sozialistische Propaganda bemühte sich dagegen zu erweisen, dass das Sparen den Einzelnen niemals zu Wohlstand bringen könne; Kapital, lehrte sie, entstehe nicht durch Sparen, sondern durch Akkumulation des durch Ausbeutung fremder Arbeit und durch Aneignung von Mehrwert erzielten Profits.

Man kann wohl die Behauptung vertreten, dass für die kapitalistische Gesellschaft eher eine Überschätzung der künftigen Bedürfnisse charakteristisch sei als eine Unterschätzung. Aber wie dem auch immer sein mag, wir haben es hier mit einem psychologischen Tatbestand zu tun, dem die Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit fehlt. Es gibt Menschen, bei denen Beweggründe für die Unterschätzung künftiger Bedürfnisse und der Mittel zu ihrer Befriedigung — in verschiedenem Ausmaße wirksam sind; aber es gibt auch Menschen, die

die künftigen Bedürfnisse und die Mittel zu ihrer Befriedigung eher überschätzen als unterschätzen. Niemals könnte man eine Erscheinung von der Allgemeinheit, die der Höherwertung der gegenwärtigen Güter und der Niedrigerwertung künftiger Güter zukommt, auf das Vorwalten psychologischer Beweggründe, die nur bei einem Teile der Menschen in verschiedener Stärke wirksam sind, befriedigend erklären.

Nicht besser steht es mit dem ersten Grund, den Böhm-Bawerk für die Höherwertung der gegenwärtigen Güter anzuführen weiß: der Verschiedenheit des Verhältnisses von Bedarf und Deckung in den verschiedenen Zeiträumen. Auch hier handelt es sich um einen Tatbestand, dem die Allgemeingültigkeit mangelt. Es gibt wohl Personen, die in der Gegenwart Mangel leiden, aber hoffen dürfen, in späterer Zeit besser versorgt zu sein. Es gibt aber auch Personen, bei denen das Gegenteil zutrifft. Das räumt auch Böhm ein, und er selbst rechnet «in diese Kategorie die sehr stattliche Zahl von Leuten, deren Einkommen ganz oder überwiegend aus der persönlichen Tätigkeit fließt und voraussichtlich in einem späteren Lebensalter bei eintretender Arbeitsunfähigkeit versiegen wird». [204] Freilich meint Böhm die Bedeutung dieser Tatsache durch die Behauptung verkleinern zu können, dass diese Personen die Möglichkeit besitzen, gegenwärtige Güter dem Dienste der Zukunft aufzubehalten und für die Zwischenzeit als Reservefonds zu benützen; sie werden die gegenwärtigen Güter den künftigen eben gleich oder gleichfalls noch etwas höher schätzen. Nur in einer verschwindenden Minorität von Fällen, in denen die Kommunikation von Gegenwart und Zukunft durch besondere Umstände gehindert oder bedroht ist, hätten gegenwärtige Güter für ihre Besitzer einen geringeren subjektiven Gebrauchswert als künftige. Bei diesem Stand der Dinge müsste offenbar, auch wenn gar kein anderer Umstand mitwirken würde als die Verschiedenheit von Bedarf und Deckung in Gegenwart, und Zukunft, die Resultante der subjektiven Wertschätzungen, die den objektiven Tauschwert [442] bestimmt, so ausfallen, dass die gegenwärtigen Güter einen mächtigen Vorsprung, ein mächtiges Agio gegenüber den künftigen behaupten. [205]

Böhm-Bawerk hat nicht erkannt, dass der Umstand, dass die Menschen in sehr großem Masse für die Zukunft - und nicht nur für die nächste Zukunft — sorgen, ganz allgemein gegen die Beweiskraft seines ersten Grundes spricht. Dass überhaupt für die Zukunft gesorgt wird, dass man überhaupt gegenwärtigen Genuss dem künftigen gegenüber zurückstellt, ist doch ein Beweis dafür, dass man der Meinung ist, dass die Versorgung in der Zukunft ohne solche Vorkehrungen im Vergleich mit der Versorgung in der Gegenwart unzulänglich sein werde. Es ist dabei ohne Belang, ob die Zahl der Personen, bei denen die Dinge anders liegen, so dass sie in der Gegenwart Mangel leiden, andererseits aber hoffen dürfen, in einer künftigen Periode reichlicher versorgt zu sein, größer oder kleiner ist. Denn die Gruppe dieser Personen zerfällt, wie auch Böhm nicht entgangen ist, in zwei scharf zu trennende Untergruppen. Die eine Untergruppe bilden die — mittellosen — Kinder und Kranken, bei denen der Zeitablauf allein zur Verbesserung des Versorgungsstandes führt; herangewachsen oder genesen, werden sie arbeiten können. In einer Gesellschaft, die von der Hand in den Mund lebt und daher auch Kreditgeschäfte — den Tausch von gegenwärtigen gegen künftige Güter — nicht kennt, wären sie dem Verhungern preisgegeben, wenn nicht Familiensinn oder Nächstenliebe sie davor bewahrt. In einer Gesellschaft, in der auch für die Zukunft gesorgt wird, können sie — oder ihre Sachwalter und Vormünder für sie — ihre künftige Arbeitskraft und ihren künftigen Wohlstand eskomptieren und damit das Heute durch das Morgen und zugleich das Erleben des Morgen sichern. Doch das können sie nur darum, weil es andere Leute gibt, die in der Gegenwart so weit versorgt sind, dass sie für die Zukunft, die ihrer Meinung nach sonst Unterversorgung bringen müsste, schon jetzt Sorge tragen.

Noch deutlicher wird dies bei der andern Untergruppe, die, nach Böhm-Bawerks Worten, jene umfasst, die, «mit Zuversicht einem wirtschaftlich aufsteigenden Lebenslauf entgegensehen». Das sind Personen, die sich für einen Beruf ausbilden oder die die ersten

Schritte in einem Beruf tun, der erst nach Ablauf einer gewissen Zeit einträglich zu werden verspricht. Dass solches Abstellen des Handelns auf eine entferntere Zukunft auch solchen Personen möglich ist, die nicht über die zum Durchhalten in der Ausbildungs- oder Wartezeit erforderlichen Mittel selbst verfügen, ist nur möglich, weil andere Personen über diese Mittel verfügen und sie ihnen gerade deshalb leihen, weil sie — in der Gegenwart. verhältnismäßig übertüftigt — auf diesem Wege ihre — der Verleiher — eigene künftige Versorgung sichern.

Die Verschiedenheit des Verhältnisses von Bedarf und Deckung in verschiedenen Zeiträumen kann erklären, warum für die Zukunft und nicht nur für die Gegenwart schon im gegenwärtigen Handeln Sorge getragen wird. Sie kann aber nicht erklären, warum künftige Güter niedriger geschätzt werden als gegenwärtige. Denn auch dann, wenn künftige Güter gerade so hoch oder noch höher geschätzt werden würden als gegenwärtige, ja dann noch eher würden diejenigen, die in der Gegenwart reichlich versorgt sind und fürchten, dass sie in der Zukunft, wenn sie nicht einen Teil des gegenwärtigen Wohlstands ihr aufopfern, schlechter versorgt sein werden, für die künftige [443] Bedürfnisdeckung sorgen. Personen, die in der Gegenwart Mangel leiden, aber hoffen dürfen, künftig reichlicher versorgt zu sein, sind begreiflicherweise bereit, Gegenwartsgüter höher zu schätzen als künftige Güter. Doch nicht sie sind es, die auf dem Markt, auf dem gegenwärtige gegen künftige Güter ausgetauscht werden, die entscheidende Rolle spielen; die Hauptrolle fällt jenen zu, die über gegenwärtige Güter verfügen und zu entscheiden haben, ob diese zur Befriedigung von Bedarf der näheren oder der ferneren Zukunft herangezogen werden sollen. Sie sind es, die zwischen gegenwärtigen und künftigen Gütern wählen. In ihren Wahlhandlungen tritt jene Wertungsverschiedenheit hervor, die unser Problem bildet.

Böhm-Bawerk's Irrtum lag zunächst darin, dass er den Satz von der Höherwertung der gegenwärtigen Güter psychologisch zu begründen suchte. Auf psychologischem Wege vermag man jedoch niemals zu einem allgemeingültigen Satz zu gelangen. Die Psychologie kann uns zeigen, dass manche Menschen oder viele Menschen von bestimmten Beweggründen geleitet werden, sie kann aber nie zeigen, dass ein bestimmtes Verhalten notwendig immer in gleicher Weise allen Menschen gemein ist. In der Tat gelingt es Böhm-Bawerk nur zu zeigen, dass manche Umstände, unter denen Menschen mitunter zu handeln haben, eine Höherwertung der gegenwärtigen Güter plausibel erscheinen lassen. Diesem Tatbestand steht aber der nicht minder klare Tatbestand gegenüber, dass Menschen mitunter auch unter Umständen zu handeln haben, die eine Höherwertung künftiger Güter plausibel erscheinen lassen. Es gibt Typen, die zu einer fehlerhaften Unterschätzung künftiger Güter, es gibt aber auch Typen, die zu einer fehlerhaften Überschätzung künftiger Güter neigen.

II. Der praxeologische Beweis für die Höherwertung zeitlich näherer Befriedigung↵

Böhm-Bawerk gelangt denn auch nur zu dem Ergebnis, dass künftige Güter «in aller Regel» niedriger geschätzt werden als gegenwärtige Güter gleicher Art und Zahl. Das kann uns nicht befriedigen. Gibt es Ausnahmen von dieser Regel? Wenn es Ausnahmen gibt, welche Bedeutung kommt ihnen dann für den Zins zu? Wäre es vielleicht denkbar, dass die Ausnahmen unter bestimmten Voraussetzungen zur Regel werden und dass dann der Zins verschwindet?

Nein, solche Ausnahmen gibt es nicht. Handeln muss immer und ausnahmslos Befriedigung in einem näher gelegenen Zeitabschnitt höher schätzen als Befriedigung gleicher Art und Stärke in einem ferner gelegenen gleichlangen Zeitabschnitt. [206] Täte es das nicht, dann könnte es nie dazu gelangen, sich für eine Befriedigung zu entscheiden. Wer verbraucht oder gebraucht, wer Unbefriedigtsein durch sein Handeln in größerem oder geringerem Umfange zu beheben sucht, muss darin immer Befriedigung in einem näher

gelegenen Zeitabschnitt der [444] in einem ferner gelegenen Zeitabschnitt vorziehen. Wer verzehrt und genießt, hat damit eine Wahl zwischen Befriedigung im nächsten Zeitabschnitt und Befriedigung in einem fernerem Zeitabschnitt getroffen und die frühere Befriedigung vorgezogen. Würde er anders entscheiden, würde er nicht die frühere Befriedigung der späteren vorziehen, könnte er nie zum Genuss kommen. Er könnte auch morgen nicht verzehren und genießen, weil auch die Entscheidung zwischen dem nun zum Heute gewordenen Morgen und dem zum Morgen gewordenen Übermorgen die Höherwertung der früheren Befriedigung gegenüber der späteren Befriedigung verlangt, wenn nicht ein neuer Aufschub des Genusses eintreten soll. [207]

Doch nicht nur der erste Schritt zur Befriedigung, auch jeder weitere Schritt setzt die Höherwertung der Befriedigung im näheren Zeitabschnitt voraus. Wenn nach Befriedigung des dringendsten Bedarfs, der die Rangordnung 1 trägt, das nächstdringende Bedürfnis, das die Rangordnung 2 trägt, vor dem noch nicht befriedigten Bedürfnis von morgen, das bei gleicher Wertung die Rangordnung 1 tragen würde, befriedigt werden soll, dann ist damit dem weniger dringenden Bedarf von heute der Vorrang vor einem Bedarf von morgen eingeräumt worden, der — wenn man vom Zeitmoment absieht — als der dringendere erscheinen würde. Wer nicht die Befriedigung in einem näheren Zeitabschnitt der in einen späteren Zeitabschnitt vorzieht, würde nur immerfort anhäufen und für die Zukunft vorsorgen, ohne je zu genießen und zu verzehren. Handeln, das heißt: bewusstes, auf die Behebung von Unbefriedigtsein gerichtetes menschliches Verhalten, schließt die Höherwertung der Befriedigung in einem näher gelegenen Zeitabschnitt gegenüber der in einem später gelegenen Zeitabschnitt ein.

Die Lage, in der der moderne Mensch zu handeln hat, ist freilich nicht mehr die des Urmenschen, der über die Verwendung einiger Fische oder Kokosnüsse zu verfügen hat. Als das Ergebnis der Vorsorge unserer Vorfahren steht uns ein Vorrat von fertigen Gütern und von Zwischenprodukten zur Verfügung. Unser Wertesystem ist auf eine längere Vorsorgezeit abgestellt, weil wir Erben einer Vergangenheit sind, die die Vorsorgezeit Schritt für Schritt verlängert hat und uns die Mittel hinterlassen hat, mit längerer Wartezeit zu wirtschaften. Wir fassen einen längeren Zeitabschnitt ins Auge und richten unser Handeln auf die Versorgung während dieses ganzen Zeitabschnitts in der Weise ein, dass wir auf gleichmäßige [445] Befriedigung in allen Teilen dieses Abschnitts hinarbeiten. Wir können *caeteris paribus* — mit einem ständigen Zustrom von gebrauchsfertigen — gegenwärtigen — Gütern rechnen und verfügen nicht bloß über einen Vorrat von genussreifen Gütern, sondern über einen Vorrat von Produktionsmitteln, aus dem durch unser weiteres Handeln fort und fort Genussgüter abreifen. In der Verfügung über die Verwendung dieses regelmäßigen Zuwachses verschwindet scheinbar die verschiedene Wertung der Befriedigung in näheren und der in fernerem Zeitabschnitten. Wir synchronisieren, pflegt man zu sagen, und damit, meint man, verliere das Zeitmoment seine Bedeutung. Es sei daher nicht zulässig, zur Erklärung von Vorgängen, die sich im Rahmen der modernen Wirtschaft abspielen, die verschiedene Schätzung gegenwärtiger und künftiger Befriedigung heranzuziehen.

Der Irrtum, der in diesem Einwand steckt, beruht wie manche andere Irrtümer auf einem Missverstehen der Bedeutung des Gedankenbildes der gleichmäßigen Wirtschaft. In der gleichmäßigen Wirtschaft geschieht nichts Neues; alles läuft immer in den alten Bahnen. In der gleichmäßigen Wirtschaft werden daher auch keine Handlungen gesetzt, die in der Verwendung der Güter für näherliegenden oder fernerliegenden Genuss Änderungen vornehmen. Niemand will daran etwas ändern, weil — eben unserer Annahme gemäss — der bestehende Zustand seinen Wertungen entspricht und unter den gegebenen Verhältnissen keine Änderung eine Verbesserung bringen könnte. Niemand will den Verbrauch im nächstgelegenen Zeitabschnitt auf Kosten des Verbrauchs in fernerliegenden Zeitabschnitten erhöhen, weil die bestehende Aufteilung besser befriedigt als jede andere, die im Bereich des

Möglichen liegt.

Diese Lage bestimmt die praxeologische Unterscheidung von Stammvermögen (Kapital) und Einkommen. Sie ist der Ausdruck eines Handelns, das bereits auf der verschiedenen Wertung der Befriedigung in näher und in ferner gelegenen Zeitabschnitten der Zukunft aufgebaut ist. Indem wir das Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft in der Weise bestimmt haben, dass das ganze Einkommen aufgebraucht wird, aber auch nicht mehr als das Einkommen, so dass das Kapital unverändert erhalten bleibt, haben wir implicite schon angenommen, dass zwischen der Aufteilung der verfügbaren Güter für Verwendung in näherer und in fernerer Zukunft Gleichgewicht hergestellt wurde. Von diesem Zustand mag man daher sagen: niemand begehrt sein Einkommen von morgen schon heute zu verbrauchen. Wir haben eben den Zustand so [446] konstruiert, dass er dieser Bedingung entspricht. Doch wir hätten dann, wenn wir an dieser Ausdrucksweise festhalten, von der gleichmäßigen Wirtschaft auch zu sagen: niemand begehrt von einer Ware mehr, als ihm gerade zur Verfügung steht. Sowenig uns diese Ausdrucksweise berechtigen würde anzunehmen, dass kein Begehren nach besserer Versorgung an verschiedenen Genussgütern auftreten würde, wenn die Möglichkeit, es zu befriedigen, auftaucht und dem Wirt zur Wahl gestellt wird, sowenig sind wir berechtigt, aus den Bedingungen der gleichmäßigen Wirtschaft auf gleiche Wertung der Bedürfnisbefriedigung in verschiedenen Zeitabschnitten zu schließen. [208]

Sobald das Gleichgewicht der gleichmäßigen Wirtschaft durch eine neue Tatsache gestört wird, muss wieder zwischen Befriedigung in näherer und der in fernerer Zukunft gewählt werden. Wenn ein Zuwachs an Gütern für den Verbrauch in näherer Zukunft gewidmet wird und nicht — durch Investition — für die Verwendung in späterer Zukunft, so kann das nur den Grund haben, dass der Befriedigung in näherer Zukunft vor der in fernerer Zukunft der Vorzug gegeben wird.

Wer die Allgemeingültigkeit der Höherwertung zeitlich näherer Befriedigung bestreitet, hätte doch die Verpflichtung, zu erklären, wieso es kommt, dass ein Einzelner einen Betrag von 100 Dollar, die ihm heute zufallen, nicht immer investiert, sondern in vielen Fällen verbraucht, obwohl die hundert Dollar doch nach einem Jahr 105 Dollar geben. Offenbar schätzt unser Mann, wenn er die 100 Dollar nicht investiert, die Befriedigung, die er durch 100 Dollar heute erhalten kann, höher ein als die Befriedigung, die er durch die Verwendung von 105 Dollar nach einem Jahr erzielen kann. Doch auch wenn er Sparen dem Verbrauch vorzieht, bedeutet das keineswegs, dass er die spätere Befriedigung der früheren vorzieht. Es bedeutet nicht, dass er hundert Dollar von heute weniger hoch schätzt als hundert Dollar nach Ablauf eines Jahres, sondern dass er 100 Dollar von heute niedriger schätzt als 105 Dollar nach einem Jahre. Jeder Groschen, der heute ausgegeben wird und nicht für spätere Verwendung aufbewahrt wird, ist, gerade und ganz besonders auch unter den Verhältnissen moderner kapitalistischer Produktion, Beweis für die Tatsache, dass Befriedigung in einem näheren Zeitabschnitt der Zukunft der in einem fernerem Zeitabschnitt der Zukunft vorgezogen wird.

Der Beweis für die Höherschätzung der Befriedigung in [447] näherer Zukunft ist in doppelter Hinsicht zu erbringen. Einmal für das Handeln, das nicht zwischen einem Weniger an Menge heute und einem Mehr an Menge in späterer Zeit zu wählen hat; das ist der Fall der Menschen in Verhältnissen, in denen sie zwischen gleichen Mengen heute und später zu wählen haben. Dann für das Handeln unter Verhältnissen, in denen dem Warten ein Mehr an Menge oder eine — von der Zeitdifferenz abgesehen — höher gewertete Befriedigung in späterer Zeit gegenübersteht. Für beide Fälle haben wir den Beweis erbracht. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

Man kann den Tatbestand der Höherwertung der Befriedigung in näherer Zukunft auch psychologisch zu verstehen suchen. Das Problem der Ungeduld und der Unlust, die im Warten liegt, ist wohl psychologischer Natur. Man kann an seine Aufhellung herantreten, indem man von der Begrenztheit des menschlichen Lebens ausgeht, vom Werden und Vergehen des Einzelnen, der wächst und aufblüht, verblüht -und schließlich stirbt. Im Ablauf des Menschenlebens gibt es für alles einen richtigen Augenblick ebenso wie ein *zu früh* und ein *zu spät*. Vielleicht mag selbst die Experimentalpsychologie hier manche interessante Beiträge zu liefern imstande sein. Doch unser praxeologisches Problem hat mit dem psychologischen Problem nichts zu tun. Wir haben zu begreifen und nicht bloß zu verstehen. Wir haben zu begreifen, daß ein Mensch, dem Befriedigung in einem näheren Abschnitt der Zukunft nicht wichtiger erscheint als die in einem ferneren Abschnitt, nie zum Verbrauch und zum Genuss, mithin auch nie zu irgend einer Befriedigung gelangen könnte.

Unser Problem hat auch nichts mit dem physiologischen Problem zu tun. Wer den späteren Tag erleben will, muss zunächst für die Erhaltung des Lebens in der Zwischenzeit sorgen. Das Überleben und die Befriedigung der Existenzbedürfnisse in der näheren Zukunft erscheinen somit als Bedingung für die Befriedigung in späterer Zukunft. Das lässt uns verstehen, aus welchen Beweggründen in vielen Fällen — überall dort, wo die Existenz (das nackte Leben) im strengsten Sinne des Wortes in Frage steht — die Befriedigung in näherer Zukunft der in fernerer Zukunft vorgezogen werden muss. Doch wir befassen uns nicht mit den Beweggründen des Handelns, sondern mit dem Handeln. Sowenig wir darnach fragen, aus welchen Gründen Eiweiß, Kohlenhydrate und Fett begehrt werden, sowenig fragen wir darnach, aus welchen Gründen unter Umständen die Befriedigung mancher Bedürfnisse im allernächsten Augenblick unabweislich erscheint. Wir haben zu begreifen, dass nur dann verzehrt, verbraucht und genossen werden kann, wenn die [448] nähere Befriedigung der ferneren vorgezogen wird. Der Umfang dieser Einsicht reicht dabei weit über das hinaus, was uns durch den Hinweis auf jenen physiologischen Tatbestand erklärt wird. Denn wir haben nicht nur die Befriedigung der Bedürfnisse im Auge, die man im strengsten Sinne des Wortes als Existenzbedürfnisse bezeichnet, sondern die Behebung jeglichen Unbefriedigtsein.

Man muss das besonders hervorheben, weil der von Böhm-Bawerk eingeführte Ausdruck «Subsistenzmittelfonds» Mißverständnisse hervorrufen kann. Es ist freilich auch eine der Aufgaben dieses Fonds, den notdürftigsten Unterhalt in der Wartezeit zu sichern und dadurch die Verlängerung der Produktionszeit überhaupt erst zu ermöglichen. Doch darüber hinaus muss dieser Fonds so groß gehalten werden, dass er während der Wartezeit auch alle jene, über die Befriedigung des Bedürfnisses nach bloßer Fristung der Existenz hinausgehenden Befriedigungen ermöglicht, die als dringender angesehen werden als die reichlichere, aber auch spätere — Befriedigung nach Beendigung der im Gange befindlichen Produktion.

Böhm-Bawerk hat darauf hingewiesen, dass jede Verlängerung der Produktionsumwege an «die im Angelpunkte meiner Theorie stehende Bedingung» geknüpft sei, nämlich «an die Verfügung über eine ausreichende Menge gegenwärtiger Güter, die die verlängerte durchschnittliche Pause zwischen dem Einsatz der vorbereitenden Arbeit und dem Einheimsen ihrer Früchte zu überbrücken gestattet.» [209] Der Ausdruck «ausreichende Menge» bedarf einer Erläuterung. Er darf nicht etwa als «zur Fristung der Existenz ausreichende Menge» verstanden werden. Gewiss hat ihn auch Böhm-Bawerk nicht in diesem Sinne aufgefaßt; das würde im Widerspruch mit dem Grundgedanken seiner Lehre stehen. Die Menge der verfügbaren gegenwärtigen Güter muss so groß sein, dass sie Befriedigung in näherer Zukunft in solchem Umfang gestattet, dass der Verzicht auf weitere Befriedigung im näher liegenden Abschnitt der Zukunft durch die Aussicht auf eine reichlichere, wenn auch erst für einen ferner liegenden Abschnitt der Zukunft zu erwartende Befriedigung aufgewogen wird. Ob die Menge «ausreichend» ist oder nicht, hängt nicht von objektiven Tatsachen ab, mag auch den Ausdruck «überbrücken» die Vorstellung eines

Wasserlaufs erwecken, dessen Breite der Überbrückung eine Aufgabe von objektiv bestimmbarer Größe stellt. Die Menge wird [449] von Wirten geschätzt, und ihr subjektives Urteil entscheidet, ob sie ausreicht oder nicht.

Auch in einer Welt, in der für den im strengen Sinn des Wortes notwendigen Lebensunterhalt durch die Natur freigebig gesorgt wird, in der die wichtigsten Lebensmittel freie Güter sind und in der das Handeln sich nicht mit der Sorge um die nackte Existenz zu befassen hat, müsste es die Erscheinung der Höherwertung der Befriedigung in näherer Zukunft und mithin Zins so geben wie in unserer Welt.

III. Die Kapitalgüter ↩

Sobald einmal für die Befriedigung des Heute gesorgt ist, die dringender erscheint als irgend eine Befriedigung des Morgen, beginnt man, einen Teil des Vorrats an Genussgütern für morgen aufzubewahren. Dieser Aufschub des Verzehrs macht es möglich, dem Handeln weitere Ziele zu setzen: man kann Ziele anstreben, die bisher wegen der Länge der erforderlichen Produktionszeit überhaupt nicht in Betracht kamen, und man kann Verfahren wählen, die zwar nicht zu neuen Zielen führen, die aber bei gleichem Aufwand höheren Ertrag, wenn auch erst nach längerer Produktionszeit, abwerfen. Am Anfang der Verlängerung der Produktionszeit steht das Sparen. Ein Genuss wird aufgeschoben, weil man den Bedarf von heute soweit befriedigt hat, dass die Deckung eines Teiles des späteren Bedarfs für dringender erachtet wird als das weitere Fortschreiten in der Befriedigung des heutigen Bedarfs. Der Aufschub des Genusses und das Bilden von Vorräten für spätere Befriedigung würde auch ohne den Anreiz erfolgen, den die höhere Ergiebigkeit der Verfahren mit längerer Produktionszeit bietet. Doch die Mehrgiebigkeit der Verfahren mit längerer Produktionszeit vervielfacht diesen Anreiz. Dem Verzicht auf die Befriedigung in näherer Zukunft, der im Sparen liegt, steht nun nicht nur die Aussicht gegenüber, dass man die dem Genuss entzogene Menge später werde genießen können, sondern die Aussicht, dass man dann eine größere Menge dieser Güter oder aber andere Güter, die man ohne das vorläufige Opfer, das im Sparen liegt, überhaupt nicht erlangen könnte, zur Verfügung haben werde. Würde das Handeln nicht ausnahmslos der Befriedigung in einem Zeitabschnitt näherer Zukunft den Vorzug geben vor Befriedigung gleicher Art und Stärke in einem gleichlangen Zeitabschnitt der ferneren Zukunft, dann würde überhaupt immer nur gespart werden, um das Einschlagen von immer zeitraubenderen, doch ergiebigeren Verfahren zu ermöglichen. [450] Nur weil der Mehrgiebigkeit, die viele zeitraubendere Verfahren auszeichnet, die Höherwertung der Befriedigung in näherer Zukunft gegenübersteht, wird nicht nur gespart und investiert, sondern auch aufgebraucht.

Damit Verfahren mit längerer Produktionszeit eingeschlagen werden können, muss vorerst durch Sparen dafür gesorgt worden sein, dass in der verlängerten Wartezeit die Befriedigung erfolgt, die dringender erachtet wird als der durch die Mehrgiebigkeit des längeren Verfahrens erwartete Zuwachs an späterer Befriedigung. Alle Kapitalbildung beginnt mit der Ansammlung von Überschüssen an Genussgütern, die für späteren Verbrauch gespart und zurückgelegt werden. Werden diese ersparten Vorräte einfach aufgehoben, so sind sie nur Reichtum oder, richtiger gesagt, Reserve oder Notpfennig; sie bleiben außerhalb der Produktion. In den Produktionsprozess werden sie erst dadurch eingeschaltet, dass man sie verwendet, um zunächst ursprüngliche Produktionsmittel (und im weiteren Fortgang der Entwicklung auch produzierte Produktionsmittel) für das Einschlagen von Verfahren mit längerer Produktionszeit freizubekommen. Sie werden verausgabt, und an ihre Stelle treten zunächst die Zwischenprodukte eines zeitraubenderen Produktionsverfahrens und schließlich die in dem längeren Verfahren erzeugten Genussgüter.

Diesen ganzen Prozess verfolgt und begleitet der Geist des handelnden Menschen mit der Kapitalrechnung. [210] Sie geht von dem Marktpreis der für die weitere Produktion verfügbaren Kapitalgüter aus, der ihr als Geldsumme, als Kapital, erscheint. Sie verzeichnet jede Verausgabung aus diesem Fonds und den Geldwert jedes durch diese Verausgabung erzielten Eingangs, bis sie endlich das Schlussergebnis aller Veränderungen in der Zusammensetzung des Kapitals ermittelt und damit gestattet, an Hand der Geldrechnung Erfolg oder Misserfolg des Unternehmens zu ermitteln. Doch sie zeigt nicht nur das Endergebnis an; sie spiegelt auch jedes Zwischenstadium des Ablaufs wieder. Sie vermag Zwischenbilanzen für jeden beliebigen Tag zu liefern und die Erfolgsrechnung für jeden Teilprozess aufzustellen. Nur weil sie das kann, ist sie befähigt, der arbeitsteilig produzierenden Marktwirtschaft als Kompass zu dienen. Denn in dieser ist die Produktion einerseits ein [451] kontinuierlicher endloser Prozess, andererseits in eine sehr große Anzahl von Teilprozessen zerlegt. Es werden nicht ursprüngliche Produktionsmittel eingesetzt und bis zur Fertigstellung der gebrauchts- und verbrauchsreifen Güter verarbeitet, worauf dann mit neuer Produktion in einer neuen Produktionsperiode begonnen wird. Man erzeugt und verbraucht fortlaufend. Man bildet durch Sparen neues Kapital oder zehrt durch Überverbrauch Kapital auf. Die Produktion ist auf zahlreiche Einzelunternehmungen verteilt, von denen jedes nur begrenzten Produktionszwecken dient. Die Zwischenprodukte — die produzierten Produktionsmittel — wechseln im Laufe der Produktion den Eigentümer, sie wandern von Unternehmen zu Unternehmen, bis sie für Gebrauch und Verbrauch reif geworden sind. Der gesellschaftliche Produktionsprozess selbst kommt nie zu einem Ende. In jedem Augenblicke sind eine Unzahl von Produktionsverfahren im Gange, von denen die einen mehr, die anderen weniger von der Vollendung der ihnen gesetzten Teilaufgabe entfernt sind.

In diesem endlos ununterbrochen fortschreitenden gesellschaftlichen Produktionsprozess ist jeder Schritt auf dem Sparen und auf der Vorarbeit der Vergangenheit aufgebaut. Wir sind die Erben unserer Vorfahren, durch deren Sparen die Kapitalgüter gebildet wurden, mit denen wir arbeiten. Von dem Ursparen der Fischer, die einen Teil ihrer Arbeit nicht der Sorge für den nächsten Tag, sondern durch Herstellen von Netzen und Booten der Vorsorge für spätere Tage gewidmet haben, ziehen auch wir heute noch Nutzen. Hätten die Söhne dieser Fischer das so gebildete Kapital wieder aufgezehrt, indem sie die Zwischenprodukte — Netze und Boote — aufgebraucht hätten, ohne für Ersatz durch Widmung eines Teils ihrer Arbeit zu sorgen, dann hätte der Kapitalbildungsprozess von Neuem beginnen müssen. Das erste Kapital ist nur aus den ursprünglichen Produktionsfaktoren (Arbeit und naturgegebenen Produktionsmitteln) gebildet worden, und wenn wir Späteren weiteres Kapital durch Sparen von Gütern bilden, die durch Kombinieren von drei Gruppen von Produktionsfaktoren, nämlich Arbeit, naturgegebene sachliche Produktionsmittel und produzierte Produktionsmittel, erzeugt wurden, so ist das nur dem Umstande zuzuschreiben, dass wir dank dem von unseren Vorfahren ererbten Kapital in der Kapitalbildung nicht mehr von Frischem anfangen müssen. [211]

[452]

Will man das Kapital nicht aufzehren, dann müssen die Güter, in denen es verkörpert ist, immer wieder aus dem Ergebnis der Produktion ersetzt werden, wenn sie durch die Produktion aufgebraucht, durch Elementarereignisse zerstört oder durch Änderung der Bedarfsgestaltung oder der Produktionstechnik entwertet wurden. Gemehrt wird das Kapital durch neue Rücklagen, die über diese Erneuerung des alten Kapitals hinausgehen. Um zu sparen, muss man immer wieder mehr erzeugen als verbrauchen.

Die Kapitalrechnung ist Geldrechnung. Nur die Geldrechnung ermöglicht es, den Gedanken der Sonderung des Kapitalstammes vom Ertrage zu verwirklichen. In einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den Geldgebrauch entweder überhaupt nicht

kennt oder keine Geldpreise der Produktionsmittel bildet, kann man wohl die Gedankengänge erfassen, die zur Kapitalrechnung führen. Die Kapitalrechnung selbst könnte jedoch dort nicht durchgeführt werden. In sehr einfachen Verhältnissen, in denen nur wenig Zeit beanspruchende Produktionsverfahren eingeschlagen werden, könnte man allenfalls in vagen Schätzungen halbwegs einen Ersatz für die Geldrechnung erblicken. Jene Urfischer und Urjäger konnten sie entbehren; sie hatten nur darauf bedacht zu sein, ihren Besitz an Werkzeugen und an Reservevorräten ungeschmälert zu erhalten. Darüber, dass die arbeitsteilig produzierende Wirtschaft sie nicht entbehren kann, braucht man nicht viel Worte zu machen.

IV. Produktionszeit, Wartezeit, Vorsorgezeit. ↩

Wollte man die Produktionszeit, die die Herstellung der einzelnen Güter vom ersten Einsatz originärer Produktionsmittel an erfordert hat, messen, dann müsste man in der Lage sein, die Geschichte der Entstehung eines jeden genussreifen Gutes zurückzuverfolgen und festzustellen, in welchem Zeitpunkte der Vergangenheit Arbeit und naturgegebene Produktionsmittel zuerst in Handeln eingesetzt wurden, das schließlich zur Hervorbringung dieses Gutes geführt hat. Die Lösung dieser Aufgabe würde die Lösbarkeit des Problems der physischen Zurechnung voraussetzen. Man müsste feststellen können, in welchem Ausmasse die Werkzeuge und Rohstoffe, die mittelbar und unmittelbar dem Erzeugungsprozess gedient haben, zu dem Endergebnisse beigetragen haben, und man hätte diese Rechnung zurückzuverfolgen bis zur Urentstehung ersten Kapitals durch das Ursparen von Leuten, die von der Hand in den Mund gelebt haben. Nicht allein die praktische Schwierigkeit, die solcher Geschichtsforschung im Wege steht, macht die Lösung des [453] Problems unmöglich, sondern die grundsätzliche Unlösbarkeit des Problems der physischen Zurechnung, die uns schon den ersten Schritt dieser Rückverfolgung des Entstehungsganges eines Gutes verbietet, nämlich die Ermittlung des physischen Anteils, der jedem einzelnen Komplementärgut an seiner Entstehung zuzuschreiben ist.

Weder das Handeln selbst noch die Wissenschaft vom Handeln bedürfen einer Messung der Länge der Produktionszeit, die in der Vergangenheit auf die Herstellung der verfügbaren Güter verwendet worden war; sie wüssten mit den Maßzahlen, wenn sie sie zur Verfügung hätten, nichts anzufangen. Der Wirt hat über die Verwendung von Gütern zu verfügen und trifft seine Entscheidung, indem er jeden Teil der verfügbaren Güter so verwendet, dass er den dringendsten Bedarf befriedigt; dafür bedarf er in der Produktion der Kenntnis der voraussichtlichen Wartezeit, die ihn von der Erreichung der in Betracht kommenden Ziele trennt, doch nicht des Rückblicks auf die Geschichte der Entstehung der verfügbaren Kapitalgüter. Der Wirt rechnet die Produktionszeit immer vom Heute an. Denn so wie es ohne Einfluss auf die Wertung der produzierten Produktionsmittel ist, ob für ihre Erzeugung mehr oder weniger Arbeit und sachliche Produktionsmittel aufgewendet wurden, so ist es auch ohne Belang, ob die Erzeugung mehr oder weniger Zeit in Anspruch genommen hat. Für die Wertung ist allein der Nutzen maßgebend, den das Gut heute und künftig zu leisten verspricht, nicht die Herstellungskosten und die Produktionszeit, die aufgewendet wurden und der toten Vergangenheit angehören.

Die Vermehrung des Kapitalgüterbestandes ist unerlässliche Vorbedingung für das Einschlagen von Verfahren mit längerer Produktions- und demgemäß auch längerer Wartezeit. Wenn man Ziele anstrebt, die weiter liegen, muss man die Produktionszeit verlängern, weil diese Ziele eben erst nach längerer Zeit erreicht werden können. Wenn man Verfahren einschlagen will, die bei gleichem Aufwand höhere Mengenergiebigkeit versprechen, dann muss man die Produktionszeit verlängern, weil man die Verfahren, die geringere Mengenergiebigkeit bringen, nur darum gewählt hat, weil sie schneller zum Ziele führen. Doch andererseits muss nicht jede Anlage von aus neuem zusätzlichem Sparen gebildeten Kapital in Verfahren erfolgen, bei denen der Weg vom Heute bis zur Herstellung

des genussreifen Produkts mehr Zeit beansprucht als die längsten der schon bisher verwendeten Produktionsverfahren. Es kann geschehen, dass die Wirte nun, da die dringenderen Bedürfnisse befriedigt sind, Güter anstreben, die in verhältnismäßig kurzer Zeit [454] hergestellt werden können. Dass man diese Güter nicht schon früher begehrt und erzeugt hat, ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Produktionszeit zu lang erschien, sondern darauf, dass man für die dabei benötigten Produktionsmittel eine dringendere Verwendung hatte. Man nehme etwa an, dass die reicher gewordenen Wirte nun bereit sind, mehr Mittel aufzuwenden, um Aufführungen von Kunstwerken und Sportfeste zu veranstalten. Die Produktionszeit im Vergnügungswesen ist im Allgemeinen wohl kürzer als die in der Erzeugung von Wasserleitungen, Beleuchtungsanlagen und Eisenbahnen.

Es wäre daher ein Irrtum, wollte man glauben, dass jeder Zuwachs von Kapital zur Aufnahme von Produktionsverfahren führt, bei denen die Produktionszeit länger ist als bei den schon früher aufgenommenen. Der Satz, dass langwierigere Produktionsverfahren die Verfügung über mehr Kapital voraussetzen als kürzere, lässt sich nicht in der Weise umkehren, dass man sagt: ein Zuwachs an Kapital kann nur zur Verlängerung der Produktionszeit verwendet werden.

Es kann auch vorkommen, dass technische Fortschritte oder die Entdeckung bisher nicht bekannter ursprünglicher Produktionsmittel dazu führen, dass Verfahren, die sowohl mehr Kapital als auch längere Produktionszeit erfordern, durch Verfahren mit geringerem Kapitalaufwand und kürzerer Produktionszeit ersetzt werden. Ob das häufiger oder seltener eintritt, ist für die grundsätzliche Frage ohne Bedeutung.

Wenn wir sagen, Vermehrung des Kapitalbestandes führe notwendigerweise immer zu einer Verlängerung der Produktionszeit und der Wartezeit, auch wenn die einzelnen mit der Kapitalvermehrung neu aufgenommenen Produktionsverfahren in kürzerer Produktionszeit zum Endergebnis führen als die schon früher aufgenommenen, dann stellen wir uns auf einen Standpunkt, dem folgende Betrachtung zugrundeliegt: Wenn a die schon früher hergestellten Konsumgüter bedeutet, b die im neu aufgenommenen Verfahren hergestellten Konsumgüter, dann muss man auf $a + b$ länger warten als man auf a allein warten musste. Denn um $a + b$ zu erhalten, musste man vorerst nicht nur die Kapitalgüter erzeugen, die für die Erzeugung von a benötigt werden, sondern auch darüber hinaus die, die für die Erzeugung von b benötigt werden. Wenn man die zusätzlichen Unterhaltungsmittel, die man zur Freimachung von Arbeit für die Erzeugung von b verwendet hat, durch Verbrauchssteigerung aufgezehrt hätte, wäre man früher zu einem Genuss gekommen als durch ihre Verwendung für die Erzeugung von b .

Am deutlichsten tritt die Bedeutung der Wartezeit hervor, wenn man sich auf das Wesen der Erscheinung besinnt, die [455] man als Kapitalmangel zu bezeichnen pflegt, und wenn man die Leistung des Kredits in der Produktion untersucht. Wenn wir z. B. sagen, dass Rumänien um 1860 herum nicht über das Kapital verfügte, um Eisenbahnen und Strassen zu bauen, seine Landwirtschaft nach mitteleuropäischem Vorbild umzugestalten und die handwerksmäßige Erzeugung im Gewerbe durch fabrikmäßige zu ersetzen, dann wollen wir sagen, dass die Rumänen, wenn es ihnen nicht möglich gewesen wäre, ausländischen Kredit zu erhalten und fremdes Unternehmungskapital heranzuziehen, die Mittel für diese Reformen nur durch Sparen hätten beschaffen können. Die Rumänen hätten dann die Wahl gehabt zwischen der Einschränkung des Verbrauchs bei ungeänderter Erzeugung und der Erhöhung der Erzeugung bei unverändertem Verbrauch. Beide Wege hätten nur langsam zum Ziele führen können. Weit schneller konnte das Ziel durch die Einfuhr ausländischen Leih- und Unternehmungskapitals erreicht werden. Denn auf diese Weise konnte man die Produktion sehr bald beträchtlich steigern und aus dem Mehrertrag nicht nur das fremde Kapital verzinsen, sondern auch — selbst bei Steigerung des Verbrauchs — noch genug erübrigen, um daran zu denken, die Schulden zu tilgen und die Anteile der fremden Unternehmungen zu

erwerben.

Wäre jedoch Rumänien außerhalb des Weltverkehrs geblieben, dann hätte man die Eisenbahnen, Maschinen und anderen Hilfsmittel moderner Erzeugung nicht anders zu beschaffen gewusst als durch Anlage aller jener Betriebe, die zu ihrer Erzeugung benötigt werden. Man hätte aus der Landwirtschaft und aus den Gewerben Arbeiter herausziehen müssen, um sie für diese Arbeiten zu verwenden, und man hätte den Verbrauch soweit einschränken müssen, dass man mit den dadurch verminderten Erträgen der landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugung das Auslangen hätte finden können. Was den Rumänen fehlte, waren mithin die Unterhaltsmittel, deren Vorhandensein es ihnen ermöglicht hätte, ohne Einschränkung des Verbrauches die Erzeugung von Eisenbahnmaterial, Maschinen u. dgl. aufzunehmen. Doch selbst wenn sie sich diese Unterhaltsmittel durch ausländische Kredite hätten beschaffen können, hätten sie — auf die Herstellung der benötigten Mengen an Eisenbahnmaterial und Maschinen im Inland angewiesen — noch lange warten müssen, bis sie in die Lage gekommen wären, sich dieser Produktionsmittel bedienen zu können. Indem sie im Auslande so große Kredite aufgenommen haben, dass sie gleich diese Produktionsmittel einzuführen imstande waren, haben sie den gleichen Erfolg erzielt, als ob sie mit dem Sparen im Verbrauch und mit der Widmung eines Teiles ihres [456] —bescheidenen — schon früher angesammelten heimischen Kapitals und ihrer Arbeit für die Erzeugung von Eisenbahnmaterial und Maschinen bereits vor Jahren begonnen hätten.

Kapitalmangel bedeutet, dass man von einem Ziele, das man erreichen will, noch weiter entfernt ist als man in dem Falle wäre, wenn man bereits zeitiger begonnen hätte, auf dieses Ziel durch Einschränkung des Verbrauches und durch Verwendung der durch diese Einschränkung freigesetzten Mengen von Kapital, Arbeit und naturgegebenen sachlichen Produktionsmitteln hinzuarbeiten. Weil man das versäumt hat, fehlen die Zwischenprodukte, die die Etappen auf dem Wege zu diesem Ziel bilden. Es fehlt die vorgetane Arbeit und daher liegt das Ziel noch in der Ferne. Das Vorhandensein von Kapital bedeutet, dass man Zielen näher gekommen ist, weil man schon früher begonnen hatte, auf sie hinzuarbeiten. Kapitalmangel bedeutet daher Zeitmangel. Man hat zu spät begonnen, und es ist daher noch zu früh, an die Erreichung weitgesteckter Ziele zu denken. Man kann noch immer anfangen, man wird das Ziel erreichen, doch erst später. Kapitalmangel ist Mangel an den für die frühere Erreichung eines Ziels benötigten Zwischenprodukten, ist Mangel an vorgetaner Arbeit und ungenügendes Sparen in der Vergangenheit. Wir können weder den Dienst, den Kapital leistet, noch die Nachteile, die die ungenügende Versorgung mit Kapital mit sich bringt, umschreiben, ohne dabei das Zeitelement des «Früher» und des «Später» zu beachten. [212]

Ein Zuwachs an Kapitalgütern bedeutet, dass man ohne Einschränkung des Verbrauches in die Lage versetzt wird, weiterliegende Ziele zu erreichen. Ein Verlust an Kapitalgütern bedeutet umgekehrt, dass man nur durch Einschränkung des Verbrauches manche Ziele erreichen kann, die man vor dem Verlust ohne Einschränkung des Verbrauches hätte erreichen können.

Die Verfügung über Kapitalgüter bedeutet mithin *caeteris paribus* Zeitgewinn oder, was dasselbe ist, Zeitersparnis. Ohne Einschränkung des Verbrauches, ohne Erwerbung besseren technologischen Könnens, ohne Aufwendung von mehr Arbeit oder von mehr naturgegebenen sachlichen Produktionsmitteln vermag man dank der Verfügung über Kapital Ziele früher zu erreichen, als es ohne diese Verfügung möglich wäre. Der Vorsprung, den die Verfügung über Kapital dem Kapitalisten gibt, [457] besteht in Zeitersparnis. Man kann diesen Vorsprung mit der Zeit wettmachen, wenn man den Verbrauch entsprechend einzuschränken in der Lage ist, oder wenn man es versteht, die Ergiebigkeit der wirtschaftlichen Arbeit *caeteris paribus* zu steigern.

Der Vorsprung, den die Völker des abendländischen Kulturkreises gegenüber den übrigen Völkern gewonnen haben, beruht darauf, dass sie in jahrhundertelanger Arbeit die institutionellen Vorbedingungen für einigermaßen ungestörten Fortgang des Kapitalbildungsprozesses geschaffen haben. Sie haben damit schon bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Kapitalfülle angesammelt, die ihrem Wirtschaften einen gewaltigen Vorsprung gegenüber den Völkern gab, die in der Verdrängung der militaristischen Gesellschaftsform durch die industrielle Gesellschaftsform nicht so erfolgreich gewesen waren. Auf sich selbst gestellt und ohne die Hilfe des internationalen Kapitalmarktes hätten diese Völker wohl viele Jahrhunderte gebraucht, ehe es ihnen gelungen wäre, die Höhe kapitalistischen Reichtums zu erklimmen, die Europa durch eigene Arbeit schon im 19. Jahrhundert erklommen hatte.

Man kann den Gang der großen politischen Weltereignisse im kapitalistischen Zeitalter und die Beziehungen zwischen Westeuropa und den übrigen Völkern der drei alten Erdteile in den letzten hundert Jahren nicht verstehen, wenn man nicht begriffen hat, was dieser gewaltige «Transfer» zu bedeuten hatte. Der Westen hat dem Osten nicht nur die Rezepte der modernen Technologie geliefert, sondern auch das Kapital, um diese Rezepte schneller und ohne den Preis von Entbehrungen durchzuführen. Das war das Wesen der «Ausbeutung» der in der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung zurückgebliebenen Völker des Ostens durch den westlichen Kapitalismus, von dem Marxismus und Nationalismus sprechen. Es war eine Befruchtung der rückständigen Länder durch die fortgeschritteneren; sie war auf der Voraussetzung aufgebaut gewesen, dass die Zinsen der Anleihen gezahlt werden, dass die Eigentümer der Unternehmungen die Erträgnisse beziehen können und dass den Eigentümern und Gläubigern die Verfügung über den Kapitalstamm gewahrt bleibt. Diese Erwartungen haben sich als unberechtigt erwiesen. Ein großer, ja der größte Teil des Kapitals, das der Westen dem Osten zur Verfügung gestellt hat, ist ebenso wie ein beträchtlicher Teil des Kapitals, das von Europa der neuen Welt zur Besiedlung und Urbarmachung der neuerschlossenen Gebiete anvertraut worden war, den Eigentümern entzogen worden oder dürfte ihnen in nicht ferner Zukunft entzogen werden. Überall ist das Kapital, ganz besonders aber [458] das «fremde» Kapital heute von Enteignungsmaßnahmen verschiedener Art bedroht.

Es ist nicht Aufgabe der Katallaktik, sondern der Geschichte sich mit diesen Geschehnissen und ihren Folgen für die Zukunft des Menschengeschlechts zu befassen. Die Katallaktik hat nur die Wirkungen größeren und geringeren Kapitalbesitzes auf die industrielle Struktur zu prüfen.

Vergleichen wir zwei isolierte marktwirtschaftliche Systeme (A und B), die bei gleicher Bevölkerungs- und Arbeiterzahl, gleichem Stand der technologischen Kenntnisse und gleichem Umfang der naturgegebenen sachlichen Produktionsfaktoren sich nur durch die Ausstattung an Kapitalgütern unterscheiden, indem A an Kapital reicher ist als B , dann ergibt sich: In A sind Produktionsverfahren im Gange, die höhere Mengenergiebigkeit bringen als die in B eingeschlagenen. In B kann man zu der Einführung dieser Verfahren nicht schreiten, weil man nicht die erforderlichen Unterhaltsmittel hat, um die längere Wartezeit ohne Einschränkung des Verbrauchs durchzuhalten. In B werden Arbeiten durch Arbeiter verrichtet, die in A durch arbeitsparende Maschinen ausgeführt werden. In A werden Güter von längerer Nutzdauer erzeugt, die man in B nicht erzeugen kann, selbst wenn die Verlängerung der Nutzdauer dem erforderlichen Mehraufwand gegenüber überproportional ist. [213]

Erstreckung der Vorsorgezeit über die erwartete Lebensdauer hinaus

Die Werturteile und Wahlakte, die zwischen Befriedigung in näherer und der in fernerer Zukunft entscheiden, werten die gegenwärtige Bedeutung und nicht die künftige Bedeutung der Befriedigung. Es wird die Bedeutung, die der Befriedigung in näherer Zukunft heute beigemessen wird, gegen die Bedeutung abgewogen, die der Befriedigung in fernerer Zukunft heute beigemessen wird. Das Unbefriedigtsein einer näheren und das einer ferneren Zukunft wird heute verglichen und nach dem heutigen Stand gewertet.

Es wäre eigentlich richtiger, diesen Sachverhalt in der Weise auszudrücken, dass man nur von der gegenwärtigen — d.h. im Augenblick des Handelns, des Wahlaktes — empfundenen Befriedigung über künftige Befriedigung in näherer und in fernerer Zukunft spricht. Das Unbefriedigtsein, das der Handelnde soweit, als die verfügbaren Mittel es gestatten, abstellen will, ist gegenwärtiges Unbefriedigtsein, das durch die Aussicht auf künftiges Unbefriedigtsein erweckt wird. Beim Handeln, das auf die Behebung fremden Unbefriedigtsein gerichtet ist, liegt das Unbefriedigtsein, das der Handelnde abstellen will, in seinem Unbehagen, das er beim Gedanken an des andern Unbefriedigtsein empfindet. Indem er für den andern sorgt, sucht er sein eigenes Unbefriedigtsein zu beheben.

[459]

Es liegt daher nichts Auffälliges in dem Umstande, dass Handelnde die Vorsorgezeit auch über die Dauer des eigenen Lebens hinaus zu erstrecken bedacht sind. Zu den Triebfedern des Handelns gehört auch die Fürsorge für Nachkommen, Verwandte und andere Menschen. Vorsorge für die Zeit nach Beendigung des eigenen Lebens fällt nicht aus dem Rahmen, der alles Handeln umschliesst.

V. Die Lenkbarkeit der Kapitalgüter ↩

Als Zwischenprodukte sind die Kapitalgüter Etappen auf dem Wege zu einem Ziel. Wird im Laufe der Produktionszeit der Entschluss gefasst, das Ziel zu wechseln, so kann man nicht ohneweiteres alle bereits erzeugten Zwischenprodukte für das neue Werk brauchen. Manche dieser Zwischenprodukte werden durch den Zielwechsel überhaupt un verwendbar, und alle Kosten, die auf ihre Herstellung aufgewendet wurden, erscheinen nun als verlorener Aufwand. Andere Zwischenprodukte können auch dem neuen Zwecke dienstbar gemacht werden, wenn man an ihnen Veränderungen vornimmt; diese Umstellung verursacht Kosten, die man hätte vermeiden können, wenn man von vornherein auf das neue Ziel hingearbeitet hätte. Manche Zwischenprodukte wieder sind zwar so, wie sie sind, auch unter den geänderten Verhältnissen zu brauchen; hätte man jedoch schon bei ihrer Herstellung gewusst, dass sie in der neuen Art verwendet werden sollen, dann hätte man den Nutzeffekt, den sie nun bringen, durch Herstellung anderer Güter, die ihn ebenso leisten, billiger zu erreichen gewusst. Schließlich gibt es aber auch Zwischenprodukte, bei denen es überhaupt keinen Unterschied ausmacht, ob man sie für den ursprünglich gewählten oder für den neuen Zweck verwenden will.

Die Gutsqualität aller Kapitalgüter hängt eben von der Gutsqualität der Genussgüter ab, deren Herstellung sie dienen. Ändert sich die Bedeutung der Endprodukte, dann wirkt das auf die Bewertung der komplementären Produktionsgüter zurück. Es wäre wohl kaum notwendig, diesen Tatbestand nochmals und besonders hervorzuheben, wenn man nicht die Verpflichtung hätte, gangbare Irrtümer über das Wesen des Kapitals zu berichtigen. Es gibt kein abstraktes oder ideelles Kapital, das abseits von den konkreten Kapitalgütern ein Sonderdasein führt. Wenn wir von dem Gelde als Bestandteil des Kapitals, von dem später noch zu sprechen sein wird, zunächst absehen, haben wir festzustellen, dass Kapital immer in konkreten Kapitalgütern verkörpert ist und dass es das Schicksal dieser Kapitalgüter teilt. Der Wert eines Kapitalbestandes ergibt sich aus dem Werte der einzelnen Kapitalgüter, aus denen er zusammengesetzt ist. Es gibt nichts, was man als freies [460] Kapital zu bezeichnen

berechtigt wäre. Jedes Kapital ist stets in dem Sinne gebunden, dass die einzelnen Kapitalgüter für manche Verwendungen besser, für andere weniger und für noch andere gar nicht geeignet sind. Jedes Kapital ist damit in höherem oder geringerem Grade für bestimmte Verwendungen festgelegt. Die Unterscheidung zwischen festangelegtem und beweglichen Kapital ist eine gradweise, keine grundsätzliche Unterscheidung. Alles, was von der Bindung des festangelegten Kapitals gilt, gilt grundsätzlich ebenso, wenn auch in der Regel in geringerem Ausmasse, von dem beweglichen Kapital. Alle Kapitalgüter haben spezifische Gestalt, mag auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie durch eine Änderung in den dem Wirtschaften gesetzten Zielen entwertet werden könnten, bei vielen von ihnen nur gering sein.

Mit dem Fortschreiten des Produktionsprozesses wird die Bindung der Kapitalgüter an das Ziel des Prozesses in der Regel immer enger. Roheisen hat weniger spezifischen Charakter als Eisenrohre oder gar als eiserne Maschinenbestandteile. Die Umstellung eines Produktionsprozesses wird daher im Allgemeinen umso schwieriger, je weiter er bereits getrieben wurde und je mehr er sich seinem Abschlusse, der Erzeugung von Genussgütern, genähert hat.

Verfolgt man den Prozess der Kapitalbildung von seinem Anfang an, dann erkennt man unschwer, dass es freies Kapital nicht geben kann und dass man nur zwischen Kapital, das in Produktionsmitteln von höherem, und solchem, das in Produktionsmitteln von geringerem spezifischen Charakter besteht, unterscheiden kann. Für naturalwirtschaftliche Verhältnisse bedarf es da keiner weiteren Beweisführung. Die zusätzlichen Ersparnisse eines nur für den eigenen Bedarf wirtschaftenden Landwirts oder eines Erzeugers, der die Erzeugnisse seiner Arbeit nur im unvermittelten Tausche umzusetzen vermag, können immer nur in Mengen von verschiedenen Gütern aller Güterordnungen bestehen und sind mithin an die Bedeutung, die diesen Gütern für die Bedürfnisbefriedigung zukommt, gebunden. Ändern sich die Bedürfnisse oder die Anschauungen über die Weise, in der die Bedürfnisse befriedigt werden können, dann ändert sich auch der Wert dieser Kapitalgüter. In der Geldwirtschaft liegt es nicht anders. Neues Kapital kann auch hier nur durch ein Zurückbleiben des Verbrauchs gegenüber der Erzeugung entstehen. Das Neukapital ist in konkreten Kapitalgütern bereits im Augenblick seines Entstehens verkörpert. Diese Güter mussten zuerst produziert werden, ehe sie — als Überschuss über den Verbrauch — zu Kapitalgütern werden [461] konnten. Wie dieser Vorgang durch das Dazwischentreten des Geldes beeinflusst wird und ob zwischen Sparen und Kapitalbildung unter bestimmten Voraussetzungen Unstimmigkeiten durch Verschiebungen im Verhältnis von Geldmenge und Geldbedarf entstehen können, wird später zu erörtern sein.

Kapital kann nicht frei sein, es ist immer gebunden und teilt immer die Schicksale der konkreten Kapitalgüter, an die es gebunden ist. Auch der Kapitalist, der seinen Kapitalbesitz in Geld und Geldforderungen angelegt hat, verfügt nicht über freies Kapital. Sein Besitz ist an das Geld und damit an die Gestaltung des Geldwerts gebunden und — wenn er Geldforderungen und nicht Bargeld besitzt — darüber hinaus auch noch an die Einbringlichkeit der Forderung.

An Stelle der irreführenden Unterscheidung zwischen freiem und gebundenem Kapital empfiehlt es sich, den Begriff der Lenkbarkeit der Kapitalanlage zu verwenden. Als Lenkbarkeit des Kapitals sei die Möglichkeit verstanden, die Verwendung der Kapitalgüter geänderten Verhältnissen anzupassen. Die Lenkbarkeit ist gradweise abgestuft, sie ist niemals vollkommen, d.h. für alle auf Erden überhaupt möglichen Veränderungen gegeben. Sie ist im Grenzfalle überhaupt nicht vorhanden. Da das Umlenken der Kapitalgüter auf eine andere als die ursprünglich geplante Verwendung im Hinblick auf nicht vorausgesehene Änderungen in den Daten der Wirtschaft erfolgt, kann man von der Lenkbarkeit nie im Allgemeinen und ohne Bezugnahme auf bereits eingetretene oder erwartete Datenänderungen sprechen.

Radikale Änderung der Daten würde auch Anlagen, die sonst als hochgradig lenkbar angesehen werden, unlenkbar oder schwer umlenkbar erscheinen lassen.

Es liegt in der Natur der Dinge, dass die geringe Lenkbarkeit bei Produktionsmitteln, deren Brauchbarkeit sich erst nach Abgabe zahlreicher einzelner Nutzwirkungen langsam erschöpft, auffälliger zutage tritt und größere Verluste nach sich zieht als bei den Produktionsmitteln, die in der Erzeugung durch die Abgabe einer einzigen Nutzwirkung aufgebraucht werden. Die unausgenützte Produktionsfähigkeit industrieller Anlagen und Verkehrsanstalten und die Verschrottung von Maschinen und Fahrzeugen, die im Sinne des ihrer Erzeugung seinerzeit zugrundegelegten Planes noch lange hätten gebrauchsfähig bleiben können, fällt mehr auf und bedeutet in der Regel stärkere Verluste als die Verramschung von Stoffen, die aus der Mode gekommen sind, oder von Lebensmitteln, deren längere Aufbewahrung zum Verderb führen würde. Das Problem der Lenkbarkeit wird überhaupt nur darum als ein Problem des Kapitals [462] und der Kapitalgüter behandelt, weil es durch die Kapitalsrechnung besonders sichtbar gemacht wird. In letzter Linie handelt es sich hier jedoch um eine Erscheinung, die auch bei den Genussgütern auftritt, die der Einzelne für seinen eigenen Verbrauch und Gebrauch beschafft hat. Ändern sich die Verhältnisse, die zu ihrer Anschaffung geführt haben, dann tritt auch bei ihnen das Problem der Lenkbarkeit der Verwendung auf.

Die Kapitalisten und die Unternehmer sind nie absolut frei und liquid; sie stehen nie vor der ersten Entscheidung, die sie erst binden soll; sie sind immer schon gebunden, ihre Mittel sind immer schon irgendwie angelegt. Wenn sie Kapital in Geldform besitzen, dann kann das, je nach der Marktlage, gute oder schlechte Anlage sein; es ist aber immer schon Anlage und Bindung. Sie haben entweder den richtigen Augenblick für den Ankauf der konkreten Produktionsmittel, die sie früher oder später, aber doch jedenfalls einmal erwerben müssen, verpasst oder aber der richtige Augenblick für den Ankauf ist noch nicht gekommen. In jenem Fall ist ihre Anlage in Geld unzweckmäßig; sie hätten schon früher kaufen sollen. In diesem Fall hat sich die Anlagewahl als richtig erwiesen.

Unternehmer und Kapitalisten, die durch Verausgabung von Geld zur Anlage in anderen Kapitalgütern schreiten, betrachten die gegebenen Produktionsmöglichkeiten nur im Hinblick auf die Zukunft. Wenn sie Produktionsmittel erwerben, dann bewilligen sie nur die Preise, die ihnen durch die erwarteten Ertragsmöglichkeiten der geplanten Erzeugung gerechtfertigt erscheinen. Sie zahlen für Produktionsmittel nur die Preise, die der gegenwärtigen Marktlage entsprechen. Die Irrtümer und Fehler vergangener Zeit belasten nicht den -Unternehmer, der erst zum Umsatz des Geldkapitals in konkrete Produktionsmittel schreitet; sie werden ganz von den Vorbesitzern getragen. In diesem Sinne setzt der Unternehmer, der mit Geld in der Hand an den Erwerb von Produktionsmitteln für künftige Produktion schreitet, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit. Nur in diesem Sinn, dass sein Vermögen nicht durch die vor seinen Produktionsmittelkäufen in der Bewertung dieser Produktionsmittel eingetretenen Änderungen berührt wird, ist er als Besitzer von Kapital in Geldform im Besitz liquider Mittel.

Der Unternehmer unterscheidet das festangelegte — fixe — Kapital vom umlaufenden Kapital. Die Unterscheidung ist relativ, und die Grenzen zwischen beiden Klassen sind flüchtig. Die nationalökonomische Ausdrucksweise, die von der Lenkbarkeit der Kapitalgüter spricht, ist korrekter und zweckmäßiger.

VI. Das Kapital als Träger einer Einwirkung der Vergangenheit auf Produktion und Verbrauch↩

Je mehr die Kapitalbildung fortschreitet, je grosser unser Reichtum an Kapitalgütern wird, desto grössere Bedeutung gewinnt das Problem der Lenkbarkeit. Die primitivere, mit wenig Zwischenprodukten arbeitende Verfahrensweise «vorkapitalistischer» Landwirtschaft und handwerkemässiger Gewerbe konnte leichter und schneller neuen Aufgaben angepasst werden als die moderne Produktion «hochkapitalistischer» Wirtschaft. Gerade diese aber hat es mit schnell wechselnden Bedingungen zu tun. Änderungen in der Nachfrage der Verbraucher und Änderungen in der Produktionstechnik, wie sie unter modernen Verhältnissen alltäglich sind, lassen die Voraussetzungen, unter denen die Wirtschaftsplane der Vergangenheit gefasst wurden, als hinfällig erscheinen und werfen die Frage auf, ob und wie weit man die eingeschlagenen Wege weiter wandeln soil.

Der Geist rücksichtsloser grundstürzender Neuerung mag mitunter die Welt erfassen, die seelischen Hemmungen und die Widerstände stumpfer Trägheit stürmisch überwinden, den bequemen Gewohnheitsmenschen zu radikalem Wandel der überkommenen Anschauungen und Wertungen fortreissen und gebieterisch das Beschreiten neuer Bahnen, die zu neuen Zielen führen, heischen. Das Denken sucht zu vergessen, dass wir in unserem Sinnen und Trachten die Erben unserer Vorfahren sind und dass unsere Kultur, die uns vom Tier unterscheidet, ein in langer Entwicklung allmählich Gewordenes ist, das man nicht mit einem Schlage umzugestalten vermag. Doch wie wild sich die Wünsche auch gebärden mögen, ihrer kühnen Neuerungssucht stellt sich sogleich ein Element entgegen, das die Menschen zwingt, von der von den Ahnen eingeschlagenen Marschrichtung nicht allzu scharf abzuweichen. Alle Kultur beruht auf dem von der Vergangenheit übernommenen Kapitalsbestand, und die Bindung dieses Reichtums an die konkrete Gestalt der Kapitalgüter, in denen er verkörpert ist, bindet das Handeln der Nachfahren an die Zielsetzungen und an die Wegwahl der Erblasser. Unser Kapitalreichtum, der aus dem Sparen unserer Vater entstanden ist und den Überschüssen ihrer Erzeugung über ihren Verbrauch seinen Ursprung verdankt, lenkt unser Handeln mitunter in Bahnen, die wir nicht wählen wurden, wenn wir unsere Entscheidung in voller Freiheit hätten treffen können. Zielwahl und Wegsuche werden durch die Vergangenheit beeinflusst. Das Kapital wirkt als konservatives [464] Element, das unser Handeln nötigt, sich Bedingungen anzupassen, die durch das Denken, Wahlen und Handeln der dahingegangenen Geschlechter und durch unser eigenes Handeln in der Vergangenheit gesetzt wurden.

Wir können uns ausmalen, wie wir die Wirtschaft eingerichtet hätten, wenn wir mit unseren Kenntnissen der Beschaffenheit der Erde, der Technologie und der Hygiene alle Kapitalbindungen verfügt hätten. Wir hätten die Produktionsstätten anders über die Erdoberfläche verteilt, wir hätten demgemäss die Menschen an anderen Orten angesiedelt. Manche Gegend, die heute mit Erzeugungsanlagen und mit Wohnstätten dicht besetzt ist, hätten wir weniger dicht besiedelt, an anderen Orten dagegen hätten wir mehr Menschen und mehr Anlagen versammelt. Alle Betriebe hätten wir mit den zweckmässigsten Maschinen und Werkzeugen ausgestattet und jedem Betriebe den Umfang gegeben, der die vollkommenste Ausnützung der Anlagen ermöglicht. In der nach unserem Idealplane eingerichteten Wirtschaft würde es keine technische Rückständigkeit geben, keine unausgenützte Produktionskapazität und keine vermeidbaren Transporte von Waren und Menschen ; sie würde daher weit ergiebiger arbeiten als die wirkliche Wirtschaft unseres Zeitalters.

Man begegnet solchen utopischen Phantasien in den Schriften und Reden der sozialistischen Planwirtschaftler. Mögen sie nun als Marxisten oder als antimarxistische Sozialisten, als Technokraten oder als Etatisten auftreten, immer wollen sie uns darüber belehren, wie unvernünftig die Welt eingerichtet ist, und wie schon wir es haben könnten, wollten wir ihnen die Wirtschaftsdiktatur übertragen. Nur der Sinnlosigkeit des auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Systems sei es zuzuschreiben, dass wir von ihrem Idealbild weit entfernt sind, und dass wir nicht alle Vorteile geniessen können, die der gegenwärtige Stand unseres technologischen Könnens zu verbürgen imstande sei.

Die Irrtümer dieser rationalistischen Romantik liegen in der Verkennung des Charakters des Kapitalbestandes. Die Zwischenprodukte, über die wir verfügen, sind von unseren Vorfahren und von uns selbst in der Vergangenheit erzeugt worden, und die Ideen, die ihre Herstellung leiteten, entsprachen den damals herrschenden Zielsetzungen und technologischen Auffassungen. Wenn wir nun anderen Zielen zustreben und andere Wege gehen wollen, haben wir die Wahl, entweder einen grossen Teil des verfügbaren Bestandes an Kapitalgütern aus der Reihe der uns zur Verfügung stehenden Hilfsmittel ganz auszuschneiden, oder aber unsere Zielsetzungen zu modifizieren [465] und unsere Verfahren den vorhandenen Mitteln anzupassen. Jeder am Marktverkehr teilnehmende Wirt hat da zu entscheiden. Wenn er zwischen dem Wohnen in einem alten Hause, das in Lage, Bauart und Einrichtung den vor Jahren herrschenden Auffassungen über Wohnkultur entspricht, und dem Wohnen in einem modernen, mit allem Komfort von heute ausgestatteten Gebäude die Wahl trifft, entscheidet er über den Umfang der Kapitalmengen, die für den Wohnhausbau gewidmet werden. Wenn er zwischen Eisenbahn und Kraftwagen, zwischen elektrischer Beleuchtung und Gasbeleuchtung, zwischen Baumwollware und Kunstseide wählt, trifft er jedesmal Entscheidungen über die Verwendung der alten Kapitalbestände und über die Richtung, in der sich die Ersatzbildung und Neubildung von Kapitalgütern vollzieht. Wenn die alten Gebäude nicht vorzeitig niedergerissen und nicht durch Neubauten ersetzt werden, weil die Verbraucher den Aufwand nicht zu vergüten bereit sind und es vorziehen, ihre Wohnkultur einzuschränken, um andere Bedürfnisse besser befriedigen zu können, ist unschwer zu erkennen, in welcher Weise die Bedürfnisbefriedigung von heute durch die Wirtschaft der Vergangenheit bestimmt wird.

Dass nicht jeder technische Fortschritt sofort allgemein durchgeführt wird, so dass neben modernsten Anlagen auch noch solche alterer überholter Konstruktion weiter verwendet werden, ist nicht schwerer zu erklären als die Tatsache, dass neben Kraftwagen modernster Bauart auch noch solche alterer Typen unsere Strassen befahren und dass es Leute gibt, die sich nicht beeilen, ihre Kleidung den jüngsten Moden anzupassen. In alien diesen Fallen muss man eben mit der Beschränktheit der verfügbaren Mittel rechnen.

Ein neues, wirtschaftlicheres Maschinenmodell kommt auf den Markt. Ob die Fabriken, die mit einem älteren, weniger leistungsfähigen Model! ausgerüstet sind, die noch gebrauchsfähigen alten Maschinen vorzeitig ausser Dienst stellen und durch neue ersetzen werden, hängt davon ab, ob die Überlegenheit des neuen Modells so gross ist, dass sie den durch Ausmusterung der in Gebrauch stehenden Maschinen und ihren Ersatz durch neue entstehenden Aufwand wettmacht. Ist p der Preis der neuen Maschine, q der durch Veräusserung der alten (als Altmaterial) erzielbare Erlös, a die Kosten einer Einheit der mit der alten Maschine erzeugbaren Produktmenge, b der entsprechende Wert für die neue Maschine, jedoch ohne Einschluss der durch ihre Anschaffung entstehenden Kosten, und nehmen wir an, dass der Vorzug des neuen Modells lediglich in besserer Auswertung des umlaufenden Kapitals etwa durch Arbeitersparnis, nicht auch in der Verarbeitung grösserer [466] Mengen liegt, so dass die Grosse der in einem Jahr erzeugten Menge z unverändert bleibt, dann wird die Maschine ausgewechselt werden, wenn der Ertrag $z (a - b)$ gross genug

ist, um die Aufwendung eines zusätzlichen Kapitals von $p-q$ bezahlt zu machen. Von den Amortisationsquoten sehen wir dabei ab, indem wir annehmen wollen, dass die neue Maschine keine höheren Abschreibungen verlangt als die alte. Was von dem Ersatz einer technisch überholten Maschine durch ein leistungsfähigeres Modell gilt, gilt auch für die Übertragung eines Betriebes an einen Ort, der unter den gegebenen Verhältnissen günstigere natürliche oder institutionelle Bedingungen für die Geschäftsführung bietet. Es kann sich mithin ergeben, dass die mit veralteter Ausrüstung versehene oder an einem ungünstigeren Orte gelegene Unternehmung mit Erfolg im Wettbewerb mit moderneren oder günstiger gelegenen Anlagen zu bestehen vermag. Die technische oder standortmässige Unterlegenheit führt nicht immer zu wirtschaftlicher Unzweckmässigkeit. Das Verhältnis des Ausmasses der Überlegenheit des neuen Verfahrens zu den mit seiner Einführung verknüpften Kosten, die wieder zum Teil von der Lenkbarkeit der im alten Verfahren bereits investierten Kapitalgüter abhängt, gibt da den Ausschlag.

Der Grad der Lenkbarkeit des verfügbaren Kapitalgüterbestandes spricht bei der Entscheidung über Wechsel der Produktionsziele und Produktionsverfahren mit. Je geringer die Lenkbarkeit der Kapitalgüter im Hinblick auf die erwünschten Neuerungen erscheint, desto stärker wird die Verwendung der neuen Verfahren gehemmt. Es wäre dennoch irreführend, dem Kapital im allgemeinen Neuerungs- und Fortschrittsfeindlichkeit zuzuschreiben. Was den Fortschritt (die Anpassung) hemmt, ist nicht die geringe Lenkbarkeit der Kapitalgüter, sondern die Knappheit an verfügbarem Kapital, die uns nicht gestattet, auf Dienste, die die nur wenig lenkbaren Anlagen noch leisten können, vorzeitig zu verzichten. Fortschrittshemmend wirkt nicht das Kapital, sondern die Knappheit an Kapital. Das Erbe der Vergangenheit, das im Kapitalbestand verküppert ist, ist unser Reichtum und das vornehmste Mittel unserer Wohlfahrtsforderung. Dass wir noch besser daran waren, wenn die Vergangenheit in ihrem Handeln die Lage, in der wir zu handeln berufen sind, hatte vorausahnen können, ist eine Feststellung, die uns manche Erscheinung in unserem Handeln begreifen lässt, doch weder Kritik an der Vergangenheit noch ein Vorwurf gegen die institutionellen Grundlagen der Marktwirtschaft.

VII. Kapitalersatz, Kapitalneubildung, Kapitalaufzehrung↔

Alle Kapitalgüter sind, wenn man sie vom Standpunkte der Produktion, der sie dienen, betrachtet, Zwischenprodukte, die im weiteren Verlaufe der Erzeugungsverfahren in Endprodukte verwandelt werden und schliesslich als solche durch Verbrauch und Gebrauch untergehen, wenn sie nicht etwa durch Änderung der Verhältnisse ihre Gutseigenschaft schon vor ihrem physischen Aufbrauch verloren haben. Will der Wirt seinen Kapitalbestand unverändert in gleicher Höhe erhalten, dann muss er dafür sorgen, dass an die Stelle der in der Produktion aufgebrauchten und als Endprodukte dem Verbrauch und Gebrauch zugeführten Kapitalgüter neue Kapitalgüter in entsprechendem Ausmass treten.

Da die Gutseigenschaft nicht eine den Dingen anhaftende Eigenschaft oder Fähigkeit ist, sondern das Ergebnis der — sich verändernden — Beurteilung ihrer Brauchbarkeit zur Befriedigung der — sich gleichfalls verändernden — menschlichen Bedürfnisse durch die Menschen ist, und da sich auch die Verfahren, die die Menschen zur Herstellung dieser Güter einschlagen, ändern, kann bei Erhaltung des Kapitalbestandes das Absehen nicht darauf gerichtet werden, die ausscheidenden Zwischenprodukte durch neue von gleicher Art in gleicher Menge zu ersetzen. Das kann mitunter der Lage der Verhältnisse entsprechen, muss aber nicht immer so sein und wird umso seltener vorkommen, je rascher die Bedürfnisse und die Verfahren zu ihrer Befriedigung sich ändern. Die Absicht, das von früherer Produktion und von früherem Sparen überkommene Kapital in seinem Bestande zu erhalten, kann sich nur auf die Erhaltung eines Bestandes von Gütern richten, dem die gleiche Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung beigemessen wird. Da die Menschen und die äusseren Bedingungen, unter denen sie zu leben und zu handeln haben, und auch die menschlichen Bedürfnisse und die Mittel, durch die man sie befriedigen will, sich immerfort ändern, da nirgends ein fester Standpunkt gefunden werden kann, von dem aus man mit unveränderlichem Werturteil die Dinge betrachten kann, und da jeder Versuch, an Werte und Wertungen Massstabe anzulegen, hoffnungslos scheitern muss, kann man zur Richtschnur der Kapitalerhaltung nur die Preissumme des zu erhaltenden Kapitalbestandes nehmen. Die Kapitalrechnung, die der Gebahrung mit Kapital die Richtung weist, kann nur die Geldrechnung sein. Kapital erhalten heisst dann : den Geldwert des Kapitalbestandes ungeschmälert lassen, mögen auch die Kapitalgüter, die ihn gebildet haben, mittlerweile durch andere ersetzt worden sein.

Die Absicht, den Bestand an Kapitalgütern zumindest ungeschmälert zu erhalten, konnte auch Wirten vorschweben, denen das geistige Werkzeug der Geldrechnung nicht zu Gebote stand. Auch jene vielberufenen Urfischer und Urjäger werden wohl bestrebt gewesen sein, ihre Werkzeuge fortlaufend zu erneuern, um nicht später einmal wieder von vorne anfangen zu müssen. Auch der Landwirt, der seinen Betrieb nach altüberkommener Vaterweise jeder Neuerung und jedem Rechnen abhold führt, ist nicht minder darauf bedacht, seine Wirtschaft nicht verfallen zu lassen und alles zumindest in dem Stande zu erhalten, in dem er es übernommen hat. In den einfachen Verhältnissen solcher Unternehmungen kann das auf den Ersatz des in der Produktion aufgebrauchten Kapitals gerichtete Bestreben durch fortlaufende Nacherzeugung von Stücken, die an Stelle der unbrauchbar gewordenen treten sollen, verwirklicht werden, oder durch Ansammlung von Unterhaltsmitteln, die es einmal ermöglichen sollen, ohne Einschränkung des täglichen Verbrauchs eine Zeitlang die ganze Kraft auf die Herstellung der Ersatzstücke zu richten. Wo die Kapitalrechnung die Grundlage für die Kapitalerhaltung schafft, geht man von der rechnerischen Gegenüberstellung von Kapitalstamm und Kapitalertrag aus. Vom Rohertrag der Produktion wird der gesamte

Aufwand, den die Produktion erfordert hat, abgezogen, und nur der verbleibende Überschuss wird als Reinertrag angesehen, den der Wirt als Einkommen betrachten darf. Unter alien Umständen kann das Kapital nur erhalten bleiben, wenn die Produktion erfolgreich war. Kapital reproduziert sich nicht, Kapital heckt auch nicht Profit, wie marxistische Redewendungen glauben machen wollen. Wenn die Kapitalgüter in der Produktion vom Unternehmer so glücklich verwendet wurden, dass der Geldwert des Produkts den aufgewendeten Kosten zumindest gleichkommt, kann der Unternehmer aus dem Ertrag die aufgebrauchten Kapitalgüter ersetzen. Die Verwendung der Bruttoerträge, ihre Aufteilung auf Kapitalersatz, Verbrauch und Kapitalneubildung ist immer das Ergebnis neuen Handelns der Unternehmer, deren Geschäftsführung erfolgreich war. Neues Kapital kann nur entstehen, wenn ein Teil des Reinertrages der Produktion nicht verbraucht wurde. Das Sparen, das Kapital neubildet, kann immer nur in Zurückbleiben des Verbrauchs hinter dem Reinertrag bestehen, sei es, dass der Verbrauch eingeschränkt wurde, sei es, dass bei unverändertem Umfang des Verbrauchs der Reinertrag gestiegen ist.

Ohne Einschränkung des Verbrauchs können Überschüsse, die neues Kapital darstellen, auf mannigfache Art entstehen :

[469]

a) Die Natur ist freigebiger geworden. Die Ernten sind reicher gewesen als früher ; man ist auf ergiebiger Vorkommen von Erzen und anderen Naturprodukten gestossen ; Elementarkatastrophen, die sonst in häufiger Wiederkehr menschliches Bemühen vereitelt haben, sind seltener eingetreten ; Seuchen und andere Leiden der Menschen und des Viehs, die Schaden angerichtet haben und deren Bekämpfung grossen Aufwand verschlungen hat, sind zurückgegangen.

b) Die Menschen haben es verstanden, Produktionsverfahren ohne Aufwand an zusätzlichen Produktionsmitteln und ohne Verlängerung der Produktionszeit ergiebiger zu gestalten.

c) Institutionelle Störungen des Produktionsprozesses, die bisher häufiger aufgetreten sind und Schaden verursachten, die den Reinertrag geschmälert haben, sind seltener geworden. Es habe z. B. Befriedung die Verluste und Zerstörungen, die durch Krieg, Aufruhr, Arbeitseinstellung und Sabotage hervorgerufen werden, verringert.

Die auf diese Weise verfügbar gewordenen Überschüsse an Unterhaltungsmitteln steigern, einmal als zusätzliches Kapital zur Ausgestaltung des Produktionsprozesses verwendet, im weiteren Verlaufe die Reinerträge noch weiter. Dann kann auch der Verbrauch erhöht werden, ohne dass dem ferneren Sparen und dem Fortgang des Kapitalbildungsprozesses Abbruch geschieht.

Kapital wird immer von einzelnen Wirten, nicht etwa von der Volkswirtschaft oder von der Gesellschaft gebildet. [\[214\]](#) Es kann dabei geschehen, dass im Wirtschaftsgefüge die Kapitalbildung einer Anzahl von Wirten durch die gleichzeitige Kapitalverminderung anderer Wirte aufgehoben wird. Dann bleibt die Summe der in der Gesellschaft verfügbaren Kapitalien unverändert, und an das Einschlagen von langwierigeren Produktionsverfahren kann nicht geschritten werden. Die Kapitalbildung der einen Gruppe verhindert nur, dass durch die Kapitalminderung der anderen die Notwendigkeit entsteht, manche Produktionsverfahren als zu langwierig einzustellen. Betrachten wir den Vorgang vom Standpunkt dieser Folgen für das Wirtschaftsgefüge, dann können wir sagen : es hat eine Verschiebung des Eigentums an Kapital stattgefunden. Man darf sich darunter freilich nicht etwa die Übertragung des Eigentums an Kapitalgütern von einem Wirt an einen andern vorstellen.

Übertragung des Eigentums an Kapitalgütern und Übertragung von Kapital in Geldform im Darlehensverkehr sind Geschäfte, die mit solcher Kapitalverschiebung nichts zu tun haben. Sie sind Austauschakte, die die Kapitalgüter in die Verfügung der Unternehmer bringen, die sie für ihre besonderen Produktionspläne benötigen. Durch Käufe und Verkäufe, durch Darlehensgewährung und Darlehensempfang wird an sich Kapital weder gebildet noch verzehrt. Wenn der Baumwollpflanzer Baumwolle an den Händler, der Händler Baumwolle an den Spinner, der Spinner Garne an den Weber verkauft u.s.w. können alle dabei gewinnen oder verlieren. Ob sie gewinnen oder verlieren, hängt davon ab, ob sie es besser oder schlechter verstanden haben, ihr Handeln der künftigen Lage des Marktes anzupassen. Doch nicht die einzelnen Gewinne oder Verluste entscheiden über den Erfolg ihrer Geschäfte, sondern das Gesamtergebnis. Und ob das Gesamtergebnis der Geschäfte zu Kapitalbildung oder zu Kapitalaufzehrung führt, wird durch den Umfang der Erzeugung und des Verbrauches bestimmt.

Kapitalverschiebung kann sowohl mit als auch ohne Übertragung des Eigentums an Kapitalgütern von einem Wirt an einen andern vor sich gehen. Ohne Übertragung : ein Wirt zehrt sein Kapital auf, während ein zweiter Wirt unabhängig davon Kapital neu bildet. Mit Übertragung : ein Wirt verkauft Kapitalgüter aus seinem Kapitalbestand an einen anderen Wirt; der Verkäufer zehrt den Käuferlös auf, der Käufer bestreitet den Kaufpreis aus Reinerträgen, die er nicht aufgezehrt hat.

Man muss sich vor Augen halten, dass Kapitalaufzehrung und der physische Untergang von Kapitalgütern zwei Vorgänge sind, die genau zu sondern sind. Alle Kapitalgüter werden früher oder später in Endprodukte umgesetzt und gehen durch Gebrauch oder Verbrauch unter. Was allein erhalten werden kann, ist ein Bestand an Kapitalgütern, der den gleichen Geldwert verkörpert ; nie können die konkreten Kapitalgüter selbst erhalten bleiben. Es kann vorkommen, dass durch Elementarkatastrophen oder durch Zerstörungen, die von Menschen ausgehen, Kapitalgüter in solchem Umfange vernichtet werden, dass keine noch so grosse Einschränkung des Verbrauchs in kurzer Zeit zur Wiederherstellung des früheren Bestandes führen könnte. Doch immer ist es der Umstand allein, dass aus den Erträgen der laufenden Produktion nicht vorerst das Kapital auf seinen alten Stand gebracht wurde, der zur Kapitalaufzehrung führt.

VIII. Geld und Kapital ; Sparen und Investieren↩

Das Kapital wird nicht nur in Geld gerechnet und in dieser Rechnung gedanklich als Geldsumme erfasst. Kapital kann auch in Geld bestehen. Da auch die Kapitalgüter im Tausche umgesetzt werden müssen und da auch der Austausch von Kapitalgütern unter den Bedingungen erfolgt, die jedem Tausch gesetzt sind, bestehen auch für sie die Bedingungen, die indirekten Tausch und den Gebrauch von Tauschmitteln als zweckmässig erscheinen lassen. In der Marktwirtschaft kann kein Wirt auf die Vorteile verzichten, die die Kassenhaltung gewährt. Auch als Unternehmer und Kapitalisten, nicht nur als Verbraucher, müssen die Wirte über einen Kassenbestand verfügen.

Dass man in diesem Tatbestand einen Widerspruch zu finden glaubt, erklärt sich aus Erwägungen, die in der Kapitalrechnung etwas anderes erblicken wollen als das, was sie in Wahrheit ist, und ihr Aufgaben zuweisen wollen, die sie nicht erfüllen kann. Die Kapitalrechnung ist das Rechnungsverfahren der in der Marktwirtschaft handelnden Wirte, und der Kapitalbegriff kann nur in der Kapitalrechnung jene Gestalt annehmen, die ihn rechenbar macht. Die einzige Aufgabe, der die Kapitalrechnung dienen kann, ist die, dem einzelnen Wirt einer Marktwirtschaft zu zeigen, ob und wie sich der Geldwert seines Bestandes an Kapitalgütern verändert hat. Für alle anderen Berechnungen ist sie schlechterdings unbrauchbar.

Wenn man den Versuch macht, aus den Kapitalbeständen der einzelnen Wirte einen Kapitalbestand zu ermitteln, in dem man das « volkswirtschaftliche Kapital » oder « Sozialkapital » als eine von den einzelnen « Privatkapitalbeständen » oder der Summe dieser Bestände verschiedene Grösse erblicken will, empfindet man freilich das Geld, das in den Kapitalbeständen der einzelnen Wirte enthalten ist, als problematisch. Doch nicht das Geld als Bestandteil des Kapitals der einzelnen Wirte ist hier problematisch ; die Geldrechnung in ihrer Anwendung auf die Ermittlung einer Grösse, die nur im Denken, deren Objekt eine geldlose Gemeinwirtschaft ist, Sinn hat, ist schon an und für sich widerspruchsvoll. Sobald ein Gedankengang über den Rahmen der Marktwirtschaft hinausgehen will, muss er auf alle Erwägungen, die das Geld und die Geldpreise voraussetzen, verzichten. Man kann den Begriff « volkswirtschaftliches Kapital » oder « Sozialkapital » nur als einen Bestand von Zwischenprodukten und Unterhaltsmitteln denken. Jeder Versuch, zwei Bestände solcher Art anders zu vergleichen als dadurch, dass [472] man ihre Bedeutung für die Abstellung von Unbefriedigtsein in eine Rangordnung bringt, ist sinnlos. Auf den Begriff « Sozialkapital » lässt sich kein Geldausdruck anwenden. Man kann mit ihm daher gedanklich nicht in der Weise verfahren, in der die Katalaktik ohne Bedenken mit dem Begriff des Kapitals verfährt, mit dem sie arbeitet, nämlich mit dem Begriff eines dem einzelnen, Wirt im Rahmen der Marktwirtschaft zur Verfügung stehenden Vorrats von Kapitalgütern. Man kann das Privatkapital der einzelnen Wirte als eine in Geldausdruck erfassbare und daher rechenbar gemachte Grösse ansehen, weil jeder seiner Teile auf dem Markte gegen Geld umgesetzt wird und daher einem Geldausdruck — dem Marktpreise — zugeordnet werden kann. Sobald man aber den Boden gemeinwirtschaftlicher Überlegungen betritt, darf man sich des Geldausdrucks nicht mehr bedienen, weil es für solche Überlegungen unzulässig ist, dem gesamten Kapitalbestand oder einzelnen seiner Teile Geldmengen zuzuordnen. Wenn man es für notwendig erachtet, dem Begriff des Kapitals, wie er von der marktwirtschaftlichen Kapitalrechnung ausgebildet wurde, den Kapitalbegriff eines gedachten sozialistischen Gemeinwesens unter der Bezeichnung Sozialkapital oder volkswirtschaftliches Kapital gegenüberzustellen, dann muss man alle Folgen der Eliminierung von Geld und Geldgebrauch auf sich nehmen und darf sich nicht darauf beschränken, auf halbem Wege

stehen zu bleiben.

Man hat in den letzten Jahren der Bedeutung der Kassenhaltung für Sparen und Kapitalbildung besondere Aufmerksamkeit geschenkt und ist dabei mitunter zu falschen Schlüssen über das Verhältnis von Sparen und Kapitalbildung gelangt.

Wenn ein Wirt einen Geldbetrag, den er zur Ausdehnung seines Verbrauchs verwenden könnte, dem Ankauf von Produktionsmitteln widmet, gehen Sparen und Kapitalbildung Hand in Hand. Wenn der Sparer die zusätzlichen Ersparnisse zur Vergrößerung des Kassenbestandes verwendet, weil er der Auffassung ist, dass dies für ihn unter den gegebenen Verhältnissen der zweckmässigste Gebrauch ist, dem er den Zuwachs widmen kann, dann löst er eine Tendenz zur Preissenkung der Kaufgüter und zur Kaufkraftsteigerung des Geldes aus. Wenn wir die Geldmenge im Marktsystem als gegebene unveränderliche Grösse annehmen, dann wird dieses Verhalten der Sparer die Produktion und die Bildung von Kapital unmittelbar nicht beeinflussen. [215] Die Überschüsse an Sachgütern, die erzeugt und nicht aufgezehrt wurden, werden nicht verschwinden. Die [473] Kapitalgüter werden niedrigere Geldpreise erzielen, weil die Nachfrage nach ihnen geringer ist, als sie ohne dieses Horten wäre. An dem Tatbestand, dass nun mehr Kapitalgüter zur Verfügung stehen, wird durch das Bestreben einer grösseren oder geringeren Anzahl von Wirten, ihre Kassenhaltung zu vergrössern, nichts geändert. Wenn niemand die Güter, deren Nichtaufzehren die zusätzlichen Ersparnisse entstehen liess, zur Erhöhung seiner Verbrauchs verwendet, bleiben sie als Vergrößerung des Gesamtbestandes an Kapitalgütern erhalten, wie immer sich auch der Geldausdruck dieses Kapitalbestandes gestalten mag. Die beiden Prozesse des Strebens nach höherer Kassenhaltung und der Vergrößerung des Bestandes an Kapitalgütern durch das Sparen gehen nebeneinander einher.

Der Niedergang der Preise bewirkt, dass der Geldausdruck des Kapitals der einzelnen Wirte *caeteris paribus* sinkt. Doch diese Erscheinung bedeutet nicht, dass nun weniger Kapitalgüter verfügbar sind und dass die Produktion solcher Verarmung angepasst werden muss ; sie verändert nur die Preisansätze, mit denen die Wirtschaftsführung zu rechnen hat.

Lassen wir die Annahme, dass die Geldmenge unverändert bleibt, fallen und nehmen wir an, dass durch die Ausgabe zusätzlichen Kreditgeldes oder durch Kreditausweitung, die neue Umlaufmittel in den Verkehr setzt, der Betrag, der für die den Wünschen der Wirte entsprechende Auffüllung der Kassenhaltungen erfordert wird, neu in das Marktsystem einströmt. Dann gehen drei Prozesse der Preisänderung nebeneinander her : die von der Vergrößerung des Bestandes an Kapitalgütern ausgehende Tendenz zur Preissenkung, die von dem Bestreben der Wirte nach Vergrößerung der Kassenhaltung ausgehende Tendenz zur Preissenkung und schliesslich die durch die Vermehrung der Geldmenge im weiteren Sinn des Wortes (Menge an Geld und Umlaufmitteln) ausgehende Tendenz zur Preissteigerung. Und wieder ist festzustellen : die einmal neugebildeten Ersparnisse, die neuen Kapitalgüter, werden durch die monetären Prozesse, die gleichzeitig mit der Kapitalbildung ablaufen, nicht zum Verschwinden gebracht. Jedesmal, wenn ein Wirt *caeteris paribus* ein Mehr an Gütern, das ihm zugeflossen ist, nicht aufbraucht, sondern spart, deckt sich der Prozess der Kapitalbildung durchaus mit dem des Geldsparens und bleibt unabhängig davon, ob der Sparer seinen Kassenbestand vergrössern will oder nicht.

Die Vorstellung, es waren die gehorteten Geldbeträge ein unfruchtbarer Teil der Gesamtkapitalmenge, dessen Vergrößerung den in der Produktion tätigen Teil der Gesamtkapitalmenge schmälert, ist nur insoweit zutreffend, als wegen des [474] Steigens der Kaufkraft der Geldeinheit mehr Kapital und Arbeit auf die Produktion des Sachgeldes verwendet wird und Geldmetall aus der industriellen Verwendung in die monetäre abströmt. Doch das ist dann Folge der verstärkten Kassenhaltung und hat mit dem Sparen an sich nichts zu tun. Sparen kann in der Marktwirtschaft ein Wirt nur dadurch, dass er von den

bezogenen Reinerträgen einen Teil nicht verbraucht. Ob er seine Ersparnisse zur Vergrößerung der Kassenhaltung verwendet oder in der Produktion mittelbar oder unmittelbar anlegt, beeinflusst die Preisgestaltung, doch nicht den Umfang des Kapitalgüterbestandes. Die Veränderung der Kaufkraft mag den Geldwert der Kapitalbestände verringern, sie führt aber unmittelbar weder zur Aufzehrung von Kapitalgütern noch zu ihrer Ausschaltung aus dem Produktionsprozess.

6. KAPITEL: DER ZINS

I. Die Zinerscheinung. ↩

Dass die Behebung von Unbefriedigtsein in näherer und in fernerer Zukunft verschieden beurteilt wird, dass *caeteris paribus* die Behebung eines Unbefriedigtsein für einen Abschnitt näherer Zukunft der Behebung eines Unbefriedigtsein für einen gleichlangen Abschnitt entfernter Zukunft vorgezogen wird, ist, wie wir zeigen konnten, ein Ur- und Grundphänomen allen Wertens und Wirtschaftens. Diese Wertverschiedenheit tritt darin zutage, dass die menschlichen Werturteile eine geringere Menge von gegenwärtigen Gütern einer größeren Menge von künftigen Gütern gleicher Art vorziehen und dass daher eine kleinere Menge gegenwärtiger Gütern gegen eine größere Menge künftiger Güter gleicher Art ausgetauscht werden kann. Auf ihr beruht der ursprüngliche Zins oder Urzins, das ist der Preisabschlag, den künftige Güter gegenüber gegenwärtigen Gütern erleiden.

Das Zinsproblem ist mithin nicht Kapitalzinsproblem. Zins ist nicht etwa der Ertrag oder das Einkommen aus der Verfügung über den Produktionsfaktor Kapital. Der der klassischen Theorie eigentümliche Parallelismus der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital und der Einkommensarten Lohn, Rente und Profit kann nicht aufrechterhalten werden. [475] Rente ist nicht das spezifische Einkommen des Grundbesitzers. Die Rentenerscheinung ist eine allgemeine Erscheinung, die mit dem Boden und den aus der Verfügung über den Boden fließenden Erträgen nicht mehr und nicht weniger verknüpft ist als etwa mit dem Arbeitslohn. Es gibt auch keine homogene Einkommensquelle, die man als Profit bezeichnen könnte. Unternehmergewinn und Zins sind mit dem Kapital oder mit den Kapitalgütern, den produzierten Produktionsmitteln, nicht enger verbunden als mit anderen Produktionsmitteln. Der Boden als Träger naturgegebener Produktionsmittel nimmt in der Preisbildung keine Sonderstellung ein, die ihn von der Stellung der produzierten Produktionsmittel unterscheiden würde.

Die Preise der Genussgüter werden in der Marktwirtschaft durch das Getriebe des Marktes auf die komplementären Produktionsmittel — Arbeit, Boden und Kapitalgüter (produzierte Produktionsmittel) — aufgeteilt. Da die Genussgüter gegenwärtige Güter sind, die Güter höherer Ordnung Mittel zur Erzeugung künftiger Güter, gegenwärtige Güter aber höher geschätzt werden als künftige Güter gleicher Art und Menge, bleibt die aufgeteilte Summe hinter dem gegenwärtigen Preis der entsprechenden Güter erster Ordnung zurück. Diese Differenz ist der Urzins, der somit mit keinem der drei Produktionsfaktoren besonders verknüpft ist. Unternehmergewinn und Unternehmerverlust entstehen aus Verschiebungen in der Preisgestaltung der Güter, die durch Veränderung der Marktlage im Ablaufe der Produktionszeit eintreten können.

Primitivem Denken erscheint das Einkommen aus Jagd und Fischerei, Viehzucht, Waldbesitz und Bodenbestellung als durchaus natürlich und keiner weiteren Erklärung bedürftig. Die Natur lässt Fische, Jagdtiere und Vieh werden und wachsen, lässt die Kühe Milch geben und die Hennen Eier legen, lässt die Bäume Holz ansetzen, die Bodenfrüchte sprießen und reifen. Wer das Recht hat, diesen sich immer wieder erneuernden Reichtum einzuheimsen, verfüge über ständiges Einkommen; wie ein Strom immerfort neues Wasser zuführt, so fließt auch der Einkommensstrom stetig und trägt immerfort neuen Reichtum herbei. Für den Nationalökonom liegt das Problem im Bodenpreis und im Preis des Viehs. Würde man gegenwärtige und künftige Güter nicht verschieden werten, dann hätte der Käufer eines Grundstückes einen Kaufpreis zu entrichten, der der Summe aller künftigen Reinerträge gleichkommt und keinen Raum für ein fortlaufendes Einkommen aus der Verfügung über Boden übrig lassen würde.

Das jährliche Einkommen der Eigentümer von Boden und Vieh hat nichts an sich, was es von dem Einkommen aus der [476] Verfügung über produzierte Produktionsmittel, die im Verlaufe der Produktion früher oder später aufgebraucht werden, grundsätzlich unterscheiden würde. Die Verfügung über einen Acker ist die Verfügung über die Mitwirkung dieses Ackers an der Produktion aller Bodenfrüchte, die je auf ihm erzeugt werden können, und die Verfügung über ein Bergwerk ist die Verfügung über seinen Anteil an der Gewinnung aller Mineralien, die aus ihm jemals gewonnen werden können. Genau so ist die Verfügung über eine Maschine oder über einen Ballen Baumwolle Verfügung über ihren Beitrag zur Erzeugung aller Güter, zu deren Erzeugung sie verwendet werden können. Es war und ist der Grundfehler aller Produktivitäts- und Nutzungstheorien, dass sie den Zins aus der Brauchbarkeit der Kapitalgüter erklären wollten. Dass die Produktionsmittel zur Erzeugung von Genussgütern mitwirken, erklärt ihren Preis, doch nicht den Zins. Die Abhängigkeit des Ertrages von der Mitwirkung der Produktionsmittel bestimmt die Höhe der Preise, die für sie gezahlt werden. Dass die Summe der Preise der komplementären Güter hinter dem Produktpreis auch in der gleichmäßigen Wirtschaft zurückbleibt, beruht auf der Verschiedenheit in der Schätzung gegenwärtiger und zukünftiger Güter. Das Ausmaß dieser Preisdifferenz, des Zinses, entspricht dieser Verschiedenheit in der Wertung. Zu seiner Erklärung darf man keine Gedankengänge heranziehen, die mit der größeren oder geringeren Produktivität der Kapitalgüter operieren.

Der Zins ist eine einheitliche Erscheinung. Es gibt nicht verschiedene Quellen des Zinsbezuges. Dem Zins aus ausdauernden Gütern und dem Zins aus Konsumtivarlehen kommt keine Sonderstellung zu; auch sie sind ganz aus der Verschiedenheit der Wertung von gegenwärtigen und künftigen Gütern und Dienstleistungen zu erklären.

II. Der Urzins↩

Man spart nicht, weil Zins besteht. Der Zins ist nicht die Ursache des Sparens, sondern das Wertverhältnis, das im Sparen hervortritt und den Umfang des Sparens bestimmt. Unter Verhältnissen, in denen die Vorsorge für die Zukunft in nichts anderem bestehen kann als im einfachen Nichtverzehren eines Teiles der genussreifen Güter und deren Aufbewahrung für späteren Verbrauch, ist der Zins in der verschiedenen Rangstellung gegeben, die man der Befriedigung gegenwärtiger und künftiger Bedürfnisse zuerkennt. Ehe man an das Sparen schreitet, durch das für künftige Bedürfnisse vorgesorgt wird, [477] werden heutige Bedürfnisse befriedigt, die man jenen künftigen Bedürfnissen nur darum vorzieht, weil sie heutige Bedürfnisse sind. [216]

Die Mehrgiebigkeit der kapitalistischen Produktionsumwege, die in Böhm-Bawerks Lehre und in den Lehren vieler seiner Nachfolger zur Erklärung der Zinserscheinung herangezogen wird, erklärt nicht den Zins. Dass die Wertdifferenz, die den Zins ergibt, besteht, erklärt, warum ungeachtet der Mehrgiebigkeit zeitraubenderer Produktionsverfahren oft kürzere Verfahren von geringerer Ergiebigkeit an Menge oder Art der Produkte eingeschlagen werden. Die Wertdifferenz zwischen Befriedigung in näherer und der in fernerer Zukunft erklärt, warum Grundstücke überhaupt einen begrenzten Preis haben; würde man die künftigen Dienste, die ein Grundstück abzugeben vermag, denen, die es schon heute zu leisten vermag, gleichhalten, dann würde kein Preis hoch genug sein, um den Eigentümer zur Abtretung eines Grundstückes zu veranlassen. Grundstücke könnten weder um Geld gekauft oder verkauft, noch gegen Güter, die nur eine endliche Zahl von Nutzungen abzugeben vermögen, vertauscht werden. Umsätze in Grundstücken könnten nur im Tausch gegen andere Grundstücke erfolgen. Ein Haus, das durch zehn Jahre einen jährlichen Mietertrag von 100 Einheiten zu bringen vermag, würde (ohne das Grundstück, auf dem es steht) am Beginn dieser zehn Jahre 1000 Einheiten gleichgehalten werden, im folgenden Jahre 900 Einheiten und so fort.

Der ursprüngliche Zins oder Urzins ist kein Preis und wird nicht auf dem Markte durch Zusammenwirken einer Nachfrage nach und eines Angebots von Kapital oder Kapitalgütern gebildet. Er tritt auf dem Markte in der Preisbildung aller Güter und Dienstleistungen in verschiedener Bewertung gegenwärtiger und künftiger Güter und Dienstleistungen zutage. Er ist im Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft durch den Betrag gegeben, um den die Summe der Preise der komplementären Güter hinter dem Preise der entsprechenden Genussgüter zurückbleibt. Auf dem Darlehensmarkte (Kapitalmarkt und Geldmarkt) erfolgt nicht die Bildung des Urzinses, sondern die Anpassung des Zinses von in Geld gegebenen und empfangenen Darlehen an den durch die Preisbildung des Marktes, auf dem Güter und Dienstleistungen ausgetauscht werden, gebildeten Satz des Urzinses.

[478]

Der Urzins ist von der Menge des Angebots an Kapitalgütern unabhängig. Er ist es vielmehr, der Kapitalangebot und Kapitalnachfrage bildet. Durch den Urzins wird bestimmt, wie viel von dem verfügbaren Gütervorrat für den Verbrauch in der Gegenwart und wieviel für die Vorsorge für die Zukunft gewidmet wird.

Der Urzins kann aus dem menschlichen Werten und Handeln nicht verschwinden. Wenn eine Lage der Dinge wiederkehren würde, wie sie am Ende des ersten christlichen Jahrtausends bestand, als der Glaube an das unmittelbare Bestehen des Endes aller irdischen Belange allgemein war, dann würde, dem Gebote der Bergpredigt gemäss, alle Vorsorge für die irdische Zukunft aufhören. Die Produktionsmittel würden jede Bedeutung verlieren; sie würden als nutzlos und wertlos angesehen werden. Das Agio der gegenwärtigen Güter gegenüber den künftigen Gütern würde damit nicht verschwinden; es würde über alles Maß hinauswachsen. Würde dagegen der Urzins ganz verschwinden, dann würde das bedeuten, dass für die Deckung gegenwärtigen Bedarfs, des Bedarfs des nächsten Augenblicks und des Bedarfs in absehbarer Zukunft nicht gesorgt wird, dass man immerfort nur für die fernste Zukunft produzieren will und dass man einem Apfel, den man heute oder morgen, in einem Jahre oder in zehn Jahren verzehren kann, zwei Äpfel, die erst in tausend oder zehntausend Jahren genussreif sein werden, vorzieht. Der Urzins ist eine elementare Werterscheinung, die man aus dem menschlichen Wirtschaften nicht fortdenken kann. Er ist daher auch nicht an die Organisationsform der gesellschaftlichen Kooperation geknüpft. Er ist im Handeln eines isolierten Wirts oder eines sozialistischen Gemeinwesens ebenso wirksam wie in der Marktwirtschaft der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung.

Wenn man wie die modernen (d.h. die nach Böhm-Bawerks Kritik der älteren Produktivitätstheorien gebildeten) Produktivitätstheorien den Urzins aus der höheren Ergiebigkeit der kapitalistischen Produktionsumwege herleitet, kann man zu dem Schlusse gelangen, dass der Urzins verschwinden würde, wenn einmal ein Zustand erreicht ist, in dem durch weitere Verlängerung der Produktionszeit keine Steigerung der Ergiebigkeit erzielt werden kann. [217] Doch man kann einen solchen Zustand nicht denken, wenn man an der Annahme der Knappheit der Güter festhalten will.

[479]

Solange die Welt nicht zum Schlaraffenland geworden ist und die Menschen daher handeln und wirtschaften, wird man immer zwischen Befriedigung in näherer und der in fernerer Zukunft zu wählen haben, weil weder für diese noch für jene volle Befriedigung erzielt werden kann. Wenn wir annehmen, dass durch Änderung in der Verwendung der Produktionsmittel, die Produktionsmittel aus einer Verwendung, in der sie der Versorgung näherer Zukunft dienen, in eine Verwendung leitet, in der sie der Versorgung fernerer Zukunft dienen, keine weitere Verbesserung der späteren Versorgung erzielt werden kann,

verwickeln wir uns in unlösbare Widersprüche. Wir vermögen zwar immerhin einen Zustand zu denken, in dem das technologische Wissen und Können an einem Punkte angelangt ist, über den hinaus es nicht mehr weitergehen kann; die Technologie ist ans Ende ihrer Leistungsfähigkeit gelangt und wird keine Verfahren mehr entdecken, die die Ergiebigkeit der Produktion zu steigern vermögen. Wir dürfen aber, solange wir an der Annahme festhalten, dass die Güter knapp sind und daher bewirtschaftet werden müssen, nicht annehmen, dass alle Verfahren, die — vom Zeitmoment abgesehen ergiebiger sind, auch voll ausgenützt werden und dass kein Verfahren, das weniger ergiebig ist, nur darum beibehalten wird, weil es in kürzerer Zeit zur Befriedigung führt als das ergiebigere. Dass die Güter knapp sind, bedeutet doch nichts anderes als das, dass man noch immer Pläne zu fassen vermag, deren — im Hinblick auf den Stand der verfügbaren Mittel undurchführbare — Verwirklichung eine weitere Verbesserung des Standes der Bedürfnisbefriedigung bringen würde. Darin, dass solche wünschbare Verbesserung nicht ausführbar ist, besteht die Knappheit der Mittel. Der Gedankengang der modernen Anhänger der Produktivitätstheorie wird da durch den Böhm-Bawerk'schen Ausdruck «Produktionsumwege» und die durch diesen Ausdruck ausgelösten Vorstellungen von Vervollkommnung unseres technologischen Könnens irregeleitet. Solange wir an dem Gedanken der Knappheit der Mittel festhalten, vermögen wir nicht anzunehmen, dass die Möglichkeit, die Erzeugung der Genussgüter durch weitere Verlängerung der Produktionszeit zu erhöhen, nicht besteht. Denn das würde bedeuten, dass man nicht mehr imstande wäre, auch bei unverändertem Stande des technologischen Wissens und Könnens, Pläne zu fassen, die durch eine andere Verwendung der verfügbaren Güter uns zu Befriedigungen führen würden, auf die wir nur darum verzichtet haben, weil der Weg, der zu ihnen führt, zu weit ist und dringendere Ziele vorerst befriedigt werden sollen. Wenn die Mittel knapp sind, gibt es unbefriedigte Wünsche sowohl in [480] Bezug auf die gegenwärtige als auch in Bezug auf die spätere Versorgung. Dass für die Zukunft nicht reichlicher vorgesorgt wird, ist das Ergebnis des Vergleichs zwischen der Dringlichkeit der Befriedigung in Gegenwart und Zukunft, ist mithin Urzinsgestaltung.

Wir fassen etwa den Plan (Plan A), Ferienhäuser in herrlicher Gebirgslage in schwer zugänglichen Gegenden und die Verkehrswege, die zu diesen Anlagen hinführen, zu errichten. Wenn wir diese Entwürfe auf ihre Ausführbarkeit untersuchen, gelangen wir zur Erkenntnis, dass die vorhandenen Mittel zu ihrer Ausführung nicht genügen; die Durchrechnung der Rentabilitätsaussichten zeigt, dass die voraussichtlich erzielbaren Erträge nicht groß genug sein werden, um die Kosten zu decken, wobei in den Kosten auch die Verzinsung der erforderlichen Kapitalien enthalten ist. Man muss sich daher begnügen, einem zweiten Plan (Plan B) gemäss, die Häuser in leichter zugänglichen Gegenden zu errichten, die zwar nicht alle Vorzüge der prachtvollen Gebirgslandschaft bieten, doch mit geringerem Aufwand oder mit gleichem Aufwand in kürzerer Zeit fertig gestellt werden können. Entfällt die Berechnung von Zins, dann entsteht der Schein, dass die Bauvorhaben des Planes A unter den gegebenen Verhältnissen durchführbar sind; verlockt durch diesen falschen Schein, kommt es zur Kapitalfehlleitung und zu allen Folgen einer solchen.

Der Urzins besteht nicht, weil die Verlängerung der Produktionszeit durch das Einschlagen von kapitalistischen Produktionsumwegen die Ergiebigkeit der Erzeugung von Genussgütern, die man auch in kürzerer Produktionszeit herzustellen vermag, mengenmäßig erhöht, und weil diese Mehreergiebigkeit den Kapitalgütern zugerechnet wird. Der Urzins besteht auch nicht, weil durch Verlängerung der Produktionszeit Genüsse zugänglich gemacht werden können, die kein kürzeres Produktionsverfahren vermitteln kann, und weil der Wert dieser Genüsse den Kapitalgütern zugerechnet wird. Wenn man das annehmen wollte, würde man in die von Böhm-Bawerk in unwiderlegbarer Weise aufgezeigten Irrtümer der Produktivitätstheorien verfallen. Dass die Kapitalgüter — und auch die originären sachlichen Produktionsmittel und die Arbeit — Mittel zur Erlangung von Genussgütern sind,

erklärt den Wert, der ihnen beigemessen wird, und den Preis, der für sie bewilligt wird. Dass die Summe der Preise der komplementären Güter hinter dem Wert der entsprechenden Genussgüter zurückbleibt, das allein ist das Zinsproblem.

Man hat behauptet, dass es in der gleichmäßigen Wirtschaft keinen Zins geben könne. Im Bilde der statischen Wirtschaft, [481] wie es Schumpeter nach dem Vorgang mancher angelsächsischen Autoren entwirft, ist er nicht enthalten. Für den Zins, meint Schumpeter, fehle hier jede Grundlage; es gebe keine Funktion, als deren Bezahlung er erscheinen könnte. [218] Es kann jedoch gezeigt werden, dass diese Behauptung mit den Voraussetzungen, die dem Bilde der gleichmäßigen Wirtschaft zugrundeliegen, unvereinbar ist.

Wir gehen von der Unterscheidung zweier Arten der Vorsorge für die Zukunft aus: des einfachen und des kapitalistischen Sparens. Das einfache Sparen besteht in dem Anhäufen von Genussgütern für künftigen Bedarf. Das kapitalistische Sparen besteht in der Bildung von Kapital durch Produktion von Kapitalgütern, die reichere Versorgung in der Zukunft ermöglichen. Der Sinn des einfachen Sparens liegt in späterem Verbrauch; das einfache Sparen ist nichts als aufgeschobener Verbrauch. Früher oder später werden die gesparten Güter doch dem Verbrauch zugeführt. Der Sinn des kapitalistischen Sparens ist zunächst Erhöhung der Ergiebigkeit des Handelns; das Sparen bildet Kapitalgüter, die der Produktion dienen sollen, und nicht bloß Reservevorräte zur Verwendung in Zeiten der Not sind. Der Nutzen des einfachen Sparens liegt im Verbrauch der aufgesparten Vorräte, der Nutzen des kapitalistischen Sparens zunächst in der Erhöhung der Menge der künftig für den Verbrauch oder für weiteres Sparen verfügbaren Güter. Wenn die Nationalökonomien das Bild einer gleichmäßigen (statischen) Wirtschaft formen, dann sehen sie von dem Handeln, das zur Bildung von Kapital geführt hat, ab; die Kapitalgüter sind nun einmal da und sie bleiben auch, da sich doch, der Annahme gemäss, in den Daten nichts ändert. Es gibt weder Neubildung von zusätzlichem Kapital durch Sparen, noch Kapitalaufzehrung durch Zurückbleiben der Erzeugung hinter dem Verbrauch. Es ist nun unsere Aufgabe zu zeigen, dass sich diese Annahme mit der Annahme, dass kein Zins besteht, nicht vereinbaren lässt.

Mit dem einfachen Sparen brauchen wir uns dabei nicht lange zu beschäftigen. Das einfache Sparen ist Vorsorge für eine Zukunft, die schlechter versorgt sein könnte als die Gegenwart. Da zu den Voraussetzungen unseres Gedankenbildes die Abwesenheit von Veränderungen in den Daten gehört, müssen wir das einfache Sparen aus dem Bilde eines Systems, in dem unseren Annahmen gemäss die Zukunft sich von der Gegenwart nicht unterscheidet, von vornherein ausschließen. Wir [482] könnten solche ersparte Vorräte in dem Gedankenbild der gleichmäßigen oder — wie Schumpeter sie nennt — der statischen Wirtschaft nicht unterbringen.

Anders ist es mit dem Ergebnis des kapitalistischen Sparens, mit den Kapitalgütern. Wir dürfen zwar annehmen, dass in der gleichmäßigen Wirtschaft keine neuen Ersparnisse gemacht werden, doch wir dürfen nicht annehmen, dass in ihr Kapital aufgezehrt wird, weil das das Auftreten eines neuen Datums bedeuten und damit das Gleichmass der Wirtschaft stören würde. Nun ist aber der Umfang der Kapitalerhaltung in der Vergangenheit, d.h. in der Zeit, die der Erreichung des Gleichmasses der Wirtschaft vorausgegangen ist, durch die Höhe des Zinses bestimmt worden. Wenn jetzt der Zinsbezug des Eigentümers der Kapitalgüter, des Kapitalisten, wegfällt, dann werden die Voraussetzungen, die zur Aufteilung des verfügbaren Güterbestandes auf Deckung zeitlich näheren und zeitlich ferneren Bedarfs geführt haben, hinfällig. Unter neuen Verhältnissen muss ein neues Gleichgewicht gesucht werden. Die Verschiedenheit in der Wertung gegenwärtiger und künftiger Güter kann auch in der gleichmäßigen Wirtschaft nicht aufhören. Auch in der gleichmäßigen Wirtschaft wird man einen Apfel, der heute schon für den Genuss verfügbar ist, höher schätzen als einen Apfel, auf dessen Genussreife man noch zehn oder hundert Jahre warten muss. Wenn nun dem Kapitalisten kein Zins mehr zukommen kann, wird das Gleichgewicht zu Ungunsten der

künftigen Verwendung verschoben. Dass ein Kapitalist seinen Kapitalbestand gerade mit 100.000 Dollar erhalten hat, war durch die Tatsache bedingt, dass 100.000 heutige Dollar gleich 105.000 Dollar nach Ablauf eines Jahres waren. Der Betrag von 5.000 Dollar schien ihm eine ausreichende Vergütung für den Entgang der Vorteile, die sofortige Aufzehrung eines Teiles des Kapitals gewähren konnte. Wenn diese Prämie für die Aufschiebung des Genusses fortan entfällt, dann wird das den Kapitalisten zur Verringerung der für die Zukunft aufgesparten Gütermenge, d.h. zur Aufzehrung eines Teils des Kapitals veranlassen.

Hier haben wir den Kardinalfehler des Gedankenbildes der Statik, wie Schumpeter es entwirft. Es genügt nicht anzunehmen, dass die Kapitalausstattung dieser statischen Gesellschaft in der Vergangenheit aufgehäuft worden ist und dass sie jetzt nun einmal da ist und auf unverändertem Stand erhalten wird. Sie ist im Hinblick auf den Zinsbezug der Kapitalisten geschaffen und erhalten worden, und wenn jetzt dieser Zinsbezug verschwindet, dann steht man vor einer vollkommen veränderten Lage. Wenn man den Kapitalisten als Bezieher des Zinses aus [483] dem Bilde entfernt, dann ersetzt man ihn durch den Kapitalisten als Verzehrter seines Kapitals. Was sollte den Kapitalisten dazu bestimmen, das Kapital nicht aufzuzehren? Der einzige Vorteil, den er aus der Verfügung über die Kapitalgüter zu ziehen vermag, ist, sie aufzuzehren und damit seine Wohlfahrt zu erhöhen. Sie als Reserve für spätere Zeiten der Not aufzusparen, wäre unter den Bedingungen der statischen Wirtschaft sinnlos. Doch selbst wenn wir — inkonsequenterweise — annehmen, dass ein Teil davon für diesen Zweck bestimmt wird und der Aufzehrung nicht unterliegt, so wird doch zumindest der Teil des Kapitals aufgezehrt werden, um den das Ergebnis des kapitalistischen Sparens das des einfachen Sparens übersteigt. [219]

Der Urzins ist nicht die Bezahlung einer Funktion oder eines Dienstes, er ist nicht die Belohnung, die für Enthaltung von der Kapitalaufzehrung gewährt wird, er ist auch kein Aufschlag, der zu einem niedrigeren Preis hinzutritt oder hinzugefügt wird. Er ist die Wertverschiedenheit in der Bewertung künftiger und gegenwärtiger Güter. Er ist kein Preisauflage, sondern der Preisabschlag, den künftige Güter gegenüber den Preisen gegenwärtiger Güter erleiden. Wenn es keinen Urzins gäbe, würden die Kapitalgüter nicht etwa aufgezehrt werden. Im Gegenteil: in einer Welt ohne Urzins würde stets nur gespart und für künftigen Verbrauch dienende Erzeugung investiert werden. Nicht das — unausdenkbare und mit dem menschlichen Handeln unvereinbare — Verschwinden des Urzinses könnte Kapitalaufzehrung bewirken, sondern die — bei Fortbestand der elementaren Werterscheinung des Urzinses — institutionell verfügte Enteignung der Zinsbezüge der Kapitaleigner. Wenn man den Zinsbezug des Kapitalisten abschafft, wird der Kapitalist gerade darum die Kapitalgüter aufbrauchen, weil Urzins besteht und gegenwärtiger Verbrauch dem künftigen Verbrauch vorgezogen wird.

Man kann daher den Zins nicht «abschaffen». Man kann den Zinsbezug der Eigentümer der Produktionsmittel beschränken oder beseitigen; doch dann hat man eine Lage herbeigeführt, in der die Kapitalien aufgezehrt werden. Wer den Urzins beseitigen wollte, müsste die Menschen dazu bringen, einen Apfel, der in hundert Jahren verfügbar sein wird, nicht niedriger zu schätzen als einen genussreifen Apfel.

[484]

III. Die Höhe des Zinses.↩

Im einfachen Sparen und im kapitalistischen Sparen isolierter Wirte tritt der Unterschied in der Wertung gegenwärtiger und künftiger Güter nur darin zutage, dass für die Deckung entfernteren Bedarfs in weniger reichlicher Weise gesorgt wird als für die des näheren Bedarfs. Im kapitalistischen Sparen der in die Marktwirtschaft einbezogenen Wirte ist, unter den Annahmen, die der gleichmäßigen Wirtschaft entsprechen, der Urzins gleich dem

Unterschied zwischen einem gegenwärtigen Geldbetrag und dem später verfügbar werdenden Geldbetrag, der ihm gleichgeschätzt wird.

Der Urzins, die verschiedene Bewertung gegenwärtiger und künftiger Güter, schreibt den Unternehmern die Richtung vor, die sie ihrer Tätigkeit zu geben haben. Der Urzins entscheidet darüber, wie weit die Produktion für späteren Bedarf gehen und wie weit die Wartezeit in jeder Produktion ausgedehnt werden darf.

Man hat mitunter die Frage aufgeworfen, ob hoher oder niedriger Zins Sparen und Kapitalbildung stärker fördere. Die Frage ist sinnlos. Je geringer das Agio wird, das gegenwärtigen Gütern gegenüber künftigen beigemessen wird, desto niedriger ist der Urzins. Nicht weil der Urzins steigt, wird mehr gespart, und nicht weil mehr gespart wird, sinkt der Urzins. Sinken des Urzinses und Steigen des Sparens sind ein- und dieselbe Erscheinung. Das Verschwinden des Urzinses wäre gleichbedeutend mit dem Verschwinden des Verbrauchs; das grenzenlose Ansteigen des Urzinses wäre gleichbedeutend mit dem Verschwinden des Sparens.

Je reichlicher die Gegenwart versorgt ist, desto mehr wird *caeteris paribus*, pflegt man anzunehmen, der einzelne Wirt sparen. Spartätigkeit und Kapitalbildung sind daher im Gesamtfelde der Wirtschaft von der sozialen Schichtung abhängig. Je geringer die Zahl der Wirte ist, denen größere Einkommen zufließen, und je größer das Einkommen jedes einzelnen Angehörigen dieser Schichte ist, desto mehr wird gespart. In einem Marktsystem, in dem die einzelnen Wirte so ziemlich das gleiche Einkommen beziehen, wird weniger gespart als in einem sonst gleichen Marktsystem, in dem mehr Ungleichheit herrscht. Man kann diese Deduktion nicht anfechten, doch man darf ihrem Obersatz nicht praxeologische, sondern nur psychologische Bedeutung beilegen. Denn zu den Umständen, deren Gleichheit sie voraussetzt, gehört das durchaus in den Bereich der subjektiven Wertungen der Einzelnen fallende Moment der [485] Abwägung des Wertes gegenwärtiger und künftiger Güter. Es ist durchaus nicht notwendig, das jener vorletzte Expropriateur der marxistischen Fabel, der alles Kapital sein eigen nennt, ein großer Sparer ist; er könnte gerade so gut ein wahnwitziger Verschwender und Kapitalaufzehrer sein.

Man kann daher auch keinen nationalökonomischen Satz über die Beziehungen zwischen Veränderung der verfügbaren Kapitalmenge und Gestaltung der Höhe des Urzinses aufstellen. Wo die subjektiven Werturteile entscheiden, kann es keine allgemeingültige praxeologische Voraussage geben.

Wir haben die Gestaltung des Urzinses bisher unter zwei Voraussetzungen betrachtet; dass die Umsätze in neutralem Gelde vorsichgehen und dass die institutionellen Bedingungen dem Sparen, der Kapitalbildung und dem Zinsbezug kein Hindernis in den Weg legen. Vom Verhältnis von Zins und Geld und von institutioneller Behinderung des Sparens wird im nächsten Kapitel zu sprechen sein.

IV. Der Urzins in der ungleichmäßigen Wirtschaft ↩

Wer für künftigen Bedarf vorsorgen will, muss trachten, die künftige Bedarfsgestaltung richtig zu erkennen. Hat er in der Beurteilung der Zukunft Fehler begangen, dann erweist sich seine Vorsorge als weniger zweckmäßig oder gar als ganz vergebens. Abstraktes Sparen, das für alle Arten künftigen Bedarfs in gleicher Weise vorsorgen könnte und vom Wechsel der Bedarfsgestaltung und der Wertschätzungen unabhängig wäre, kann es nicht geben. Der Zins kann daher in der ungleichmäßigen Wirtschaft nicht rein auftreten. Nur im Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft bringt der Zeitablauf den Urzins zum Reifen; im Fortschreiten der Zeit und der Produktion wächst den komplementären Produktionsmitteln gewissermaßen Wert zu; mit der Vollendung der Produktion hat der Ablauf der Zeit den Zins im Werte des Produktes realisiert. In der ungleichmäßigen Wirtschaft sind in der gleichen

Zeit noch andere Wertveränderungen vorsichgegangen. Manche Genussgüter werden nun höher geschätzt als früher, manche weniger hoch. Diese Wertveränderungen sind die Quelle der Unternehmergewinne und Unternehmerverluste. Nur der Unternehmer kann einen Überschuss des Verkaufserlöses über die Kosten erzielen, der die künftige Marktlage rechtzeitig richtig erkannt hat. Der Unternehmer, der falsch spekuliert hat, kann das Produkt entweder überhaupt nicht verkaufen oder nur zu einem Preise, der entweder seinen Produktionsaufwand nicht ganz deckt oder doch den Urzins nicht ganz enthält.

[486]

Der Urzins ist kein Preis. Er ist — wie Unternehmergeinn und Unternehmerverlust — in einer Preisdifferenz enthalten, aus der er erst durch ein besonderes Rechnungsverfahren ausgesondert werden muss. Diese Preisdifferenz zwischen dem Produktpreis und dem Produktionskostenaufwand ist, wenn sie positiv ist, das, was die ältere englische Nationalökonomie den Profit [220] genannt hat; der Bruttogewinn besteht aus Unternehmergeinn, Unternehmerlohn und Zins. Wenn überhaupt kein Bruttogewinn erzielt wurde, hat der Unternehmer nicht nur keinen Unternehmergeinn erzielt; er erhält auch keine Vergütung, die er als Lohn seiner persönlichen Arbeit und als Zins ansehen könnte.

Die Aufteilung des Bruttogewinns auf Unternehmergeinn, Unternehmerlohn und Zins für das in der Produktion verwendete Kapital ist nicht etwa erst durch die Nationalökonomie vorgenommen worden. Die Wirtschaftsrechnung der Unternehmer übte sie schon unabhängig von allen Erwägungen der Wissenschaft. Der Unternehmer rechnet zu den Selbstkosten auch die eigene im Unternehmen geleistete Arbeit, nach ihrem Marktwert, den Darlehenszins, den er für das verwendete fremde Kapital auslegen muss, und den Darlehenszins, den er nach der Marktlage für das verwendete eigene Kapital hätte erzielen können; der Überschuss des Produktpreises über die so aufgestellten Selbstkosten erscheint ihm als Unternehmergeinn.

Die Aussonderung des Unternehmerlohns bot der theoretischen Betrachtung kein besonderes Problem. Die Scheidung von Unternehmergeinn und von Zins ist schwieriger. In jedem der Zinssätze, die auf dem Darlehensmarkte auftreten, ist mehr enthalten als bloßer Urzins. In der ungleichmäßigen Wirtschaft ist der Darlehenszins stets ein Bruttozins, aus dem der Urzins erst durch ein Zurechnungs- und Aufteilungsverfahren errechnet werden muss. Wir wissen schon, dass mit jeder Darlehensgewährung, auch ganz abgesehen vom Risiko der Veränderungen der Kaufkraft des Geldes, ein Unternehmerrisiko verbunden ist. Jede Darlehensgewährung ist ein Unternehmen, das auch fehlschlagen kann. Jeder Darlehensgeber bezieht im Bruttozins auch Unternehmergeinn.

Diese Verbindung von Urzins und Unternehmergeinn hat die Zinstheorie lange irreführt. Erst die Ausarbeitung des Gedankenbildes der gleichmäßigen Wirtschaft, das die strenge [487] Erfassung des Unternehmergeinns ermöglichte, hat hier Wandel geschaffen.

V. Die Zinsrechnung ↩

Der Urzins ist der Unterschied in der Bewertung der Produkte und der Summe der komplementären Produktionsmittel, der Tag für Tag auf dem Markte aufscheint. Er ist das Ergebnis von Wertungen, die sich täglich ändern; er muss sich mit diesen Wertungen ändern. Die Gepflogenheit, den Zins auf das Jahr zu rechnen, ist nur kaufmännischer Brauch und Rechenregel. Sie hat mit der Gestaltung des Urzins nichts zu tun.

Die Einheitlichkeit in der Gestaltung des Urzinses wird durch das Wirken der Unternehmer hergestellt. Wenn auf einem Teilmarkte die Spannung zwischen den Preisen der Produktionsmittel von der Spannung, die sich auf anderen Teilmärkten gebildet hat, abweicht, wird der Ausgleich durch die Unternehmer bewirkt, die sich dem Teilmarkte zuzuwenden suchen, der ihnen den höheren Urzinsbezug verspricht. Der endliche Urzins ist

im ganzen Marktsystem gleich hoch.

In den Wertungen, die zur Bildung des Urzinses führen, wird Befriedigung in einem nähergelegenen Zeitabschnitt der Zukunft der Befriedigung gleicher Art und gleichen Umfangs in einem entfernteren Zeitabschnitt gleicher Länge vorgezogen. Doch nichts berechtigt uns zur Annahme, dass der Preisabschlag stetig oder gleichmäßig fortschreitet. Wollten wir das annehmen, dann müssten wir die Vorsorgezeit als endlos annehmen. Schon der Tatbestand, dass die Wirte in verschiedenem Umfang für die Zukunft vorsorgen wollen und dass selbst dem vorsorglichsten Wirt über eine bestimmte Länge der Vorsorgezeit hinaus weitere Vorsorge als überflüssig erscheint, verbietet es aber, die Vorsorgezeit als endlos zu denken.

Wir dürfen uns durch die Usancen des Darlehensgeschäftes nicht beirren lassen. Dass Darlehen mit längerer Laufzeit zu einem für die ganze Laufzeit einheitlichem Zinssatz vereinbart werden, und dass für den Fall, dass die Zinsvergütung nicht nach Ablauf der üblichen Fristen periodisch erfolgt, sondern erst nach Ablauf der ganzen Laufzeit, die Zinseszinsrechnung mit Zugrundlegung eines einheitlichen Zinssatzes Anwendung findet, gehört der Technik der Kreditgeschäfte an. Es ist Usance und bequemes Rechenverfahren, weiter nichts. Die Gestaltung der verschiedenen auf den Märkten gebildeten Zinssätze ist von der Technik des Marktverkehrs unabhängig. Wo die Zinssätze starr genommen werden, wird die Abweichung vom Marktzinssatz durch Veränderung in den Preisen, die für [488] die Schuldsomme gezahlt werden, kompensiert. Ob man mit unveränderlichem Zinssatz und veränderlichem Preis des Schuldkapitals oder mit veränderlichem Zinssatz und unveränderlichem Preis des Schuldkapitals oder mit Veränderlichkeit beider Größen rechnet, lässt das Ergebnis unberührt.

Die Bedingungen, zu denen Darlehensverträge abgeschlossen werden, sind von der Laufzeit des Darlehens nicht unabhängig. Nicht nur weil für die im Bruttozins auftretenden Faktoren, die ihn vom Nettozins unterscheiden, die Verschiedenheit der Laufzeit von Bedeutung ist, sondern auch im Hinblick auf die den Urzins bestimmenden Momente werden Darlehensgeschäfte je nach der Länge der Laufzeit verschieden beurteilt, gewertet und bewertet.

7. KAPITEL: GELDZINS, KREDITAUSWEITUNG UND KONJUNKTURWECHSEL

I. Die Probleme der Geldzinslehre ↩

In der Marktwirtschaft, in der alle Tauschakte durch Vermittlung des Geldes abgewickelt werden, erscheint der Urzins im Geldzins von Gelddarlehen aller Art.

In der gleichmäßigen Wirtschaft ist der Urzins die Differenz zwischen dem Preise jedes einzelnen Produkts und der Summe der Preise der komplementären Güter. Diese Differenz muss, den dem Gedankenbilde zugrundegelegten Annahmen gemäss, bei allen Gütern im ganzen Wirtschaftsgefüge für gleichlange Zeitabschnitte und gleichgroße Geldaufwendungen gleich groß sein. Würde sie in verschiedenem Maße auftreten, für einzelne Güter höher, für andere niedriger sein, dann würde sich eine Quelle für erfolgreiche, d.h. gewinnbringende Unternehmerbetätigung erschließen. Die Gleichmäßigkeit des Wirtschaftsablaufs könnte erst erreicht werden, bis durch das Wirken der Unternehmer die Ausgleichung eingetreten ist. Wir wollen den diesem Stande des Urzinses in der gleichmäßigen Wirtschaft zugeordneten Geldzins den neutralen Geldzins oder Neutralzins nennen.

Wenn das Gleichmaß der Wirtschaft durch Veränderungen in der Nachfrage nach oder im Angebot von einzelnen Gütern und Dienstleistungen gestört wird, wird nach Ablauf aller dadurch bedingten Bewegungen und Veränderungen schließlich ein neues Gleichmaß erreicht werden. Dem neuen Zustand gleichmäßiger Wirtschaft entspricht dann ein neuer Stand des Neutralzinses.

[489]

Gleichmäßige Wirtschaft setzt neutrales Geld voraus. Da das Geld nie neutral sein kann, ergeben sich nun besondere Probleme.

Wenn der Geldstand, d.i. das Verhältnis von Geldbedarf und Geldangebot, sich ändert, ändern sich die Geldpreise der Kaufgüter; diese Preisverschiebung tritt bei den einzelnen Gütern und Dienstleistungen nicht gleichzeitig und nicht gleichmäßig auf. Die daraus fließenden Veränderungen im Reichtum der einzelnen Wirte können auch die Verhältnisse verändern, die den Urzins gestalten. Wenn sich auf dem Markte wieder der Gleichgewichtszustand der gleichmäßigen Wirtschaft einstellt, wird der neue Stand des Urzinses nicht mehr dem Stand des Urzinses vor dem Auftreten der Veränderung des Geldstandes entsprechen müssen. Es können mithin durch die Triebkraft des Geldes bleibende Veränderungen im Ausmaß des Urzinses hervorgerufen werden.

Von diesem ersten Problem muss ein zweites unterschieden werden, obwohl es sich nur um eine Seite oder, richtiger ausgedrückt, um eine andere Betrachtungsart derselben Erscheinung handelt. Die Veränderungen des Geldstandes können unter Umständen zunächst auf dem Darlehensmarkt, auf dem durch Angebot von und Nachfrage nach Darlehen der Geldzins des Marktes, der Marktzins, gebildet wird, wirksam werden. Können die dadurch bewirkten Veränderungen des Marktzinses den in ihm enthaltenen Nettoszins dauernd von dem Stande entfernen, den die verschiedene Wertung gegenwärtiger und künftiger Güter, der Urzins, bedingt? Können etwa Vorgänge auf dem Darlehensmarkt den Urzins ganz beseitigen? Jeder Nationalökonom muss diese Frage verneinen. Doch dann tritt eine neue Frage auf: Wie wird durch das Getriebe des Marktes der dem Ausmaß des Urzinses entsprechende Stand des Marktzinses wieder hergestellt?

Das sind große Probleme, die die Nationalökonomie seit jeher in verschiedener Fragestellung zu lösen gesucht hat. Um diese Dinge ging es, wenn man Banken, Umlaufmittel und Zirkulationskredit, Kreditausweitung, Entgeltlichkeit oder Unentgeltlichkeit des Kredits, Konjunkturwechsel und alle anderen Probleme des indirekten Tausches erörterte.

II. Die Risikokomponente im Bruttozins↩

Der Darlehenszins des Marktes ist nicht reiner Geldzins; die Marktzinssätze enthalten auch Komponenten, die nicht Zins sind. Der Kapitalist, der Geld verleiht, ist immer Unternehmer; jede Darlehensgewährung ist ein Unternehmen, dessen [490] Erfolg in höherem oder geringerem Masse ungewiss ist. Ob das Darlehensgeschäft dem Gläubiger Erfolg oder Misserfolg bringt, ist, wenn auch meist in geringerem Masse, doch stets in derselben Art ungewiss wie Erfolg oder Misserfolg jedes anderen Geschäftes.

Erfolg oder Misserfolg hängen beim Personalkredit vom Schicksal des Schuldners und beim Realkredit vom Schicksal der als Unterlage dienenden Pfänder ab. Auch der Gläubiger kann das ganze Kapital verlieren. Auch im Bruttozins, den der Gläubiger bezieht, ist Unternehmergewinn enthalten. Vollkommen sichere Kapitalanlage gibt es nicht. Auch Darlehen, die als erstklassig gelten, können durch Eintreten nicht vorhergesehener Umstände zum Verlust des ganzen Betrags führen; auch sie sind dem Wechsel der Marktlage unterworfen; auch in ihrem Ertrag ist mehr als bloß Zins enthalten. Kapital «trägt» in der sich verändernden Wirtschaft nicht Zins, sowenig es «sich» reproduziert; Kapital ist auch nicht die «Quelle» des Zinseinkommens. Der Satz: *pecunia pecuniam parere non potest*, stimmt in diesem Sinne, der von dem, den man ihm beizulegen pflegte, freilich sehr verschieden ist. Zins kann nur von Unternehmern und Kapitalisten bezogen werden, die ihr Kapital gut angelegt haben. Wenn Zins überhaupt erzielt wird, ist er stets in einem größeren Bruttoertrag enthalten, aus dem er erst durch das Denken herausgeschält werden muss.

Auch der Darlehenszins ist stets Bruttozins. Er enthält außer dem reinen Geldzins den Unternehmergewinn des Kapitalisten, den wir die Risikoprämie nennen wollen. Die Risikoprämie ist je nach der Bewertung der Gefahren, die dem Gläubiger drohen, höher oder niedriger. Sie hängt daher ab von der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Schuldners, der Art der Geschäfte, die er mit dem geliehenen Geld zu betreiben gedenkt und der Rechtsstellung — den «Sicherheiten» —, die der Darlehensvertrag dem Gläubiger einräumt. Die Risikoprämie des Gläubigers kann mitunter zum Teil — niemals ganz — aus dem Nominalzins ausgeschieden werden. Sie nimmt etwa die Gestalt eines Zuschlages an, auf den der Darlehensgeber nur dann Anspruch hat, wenn der Unternehmergewinn des Schuldners oder der Bruttoertrag seines Unternehmens eine bestimmte Höhe erreicht hat. In dieser Gestalt ist die Funktion der Risikoprämie, — Beteiligung des Gläubigers an den günstigen Chancen der Unternehmung des Schuldners, an deren ungünstigen Chancen er notwendigerweise beteiligt ist, — besonders sichtbar.

Auf dem Darlehensmarkte treten als Kreditwerber neben den Unternehmern auch noch Personen auf, die Konsumtivkredit [491] suchen, und Regierungen, die Mittel zur Bestreitung von Staatsausgaben beschaffen wollen. Der Darlehenszins, den diese beiden Kategorien von Schuldner zu entrichten haben, enthält wie jeder Darlehenszins Nettozins und Risikoprämie. Die Risikoprämie des Konsumtivdarlehens bietet keinen Anlass zu besonderen Betrachtungen. Der Darlehensgeber schätzt die Aussichten ab, die für pünktliche Erstattung von Zinsen und Kapital der Schuldsumme bestehen. Anders steht es mit den öffentlichen Anleihen. Das spezifische Risiko des Staatsgläubigers ist politisch. Wenn der Gläubiger sonst auf Bezahlung rechnen darf, solange der Schuldner über die Mittel zur Verzinsung und Abtragung der Schuld verfügt, weil er in der Marktwirtschaft der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung seine

Forderung auch vom zahlungsunwilligen Schuldner einzutreiben vermag, wofern der Schuldner nur zahlungsfähig ist, steht es mit der Geltendmachung von Forderungen gegen die öffentliche Hand anders. Die im Geschäftsverkehr üblichen Sicherungen des Gläubigers durch Pfandbestellung und ähnliche Mittel sind gegenüber Regierungen, gegen die Zwangsvollstreckung von Urteilen der Gerichte nicht durchführbar ist, unwirksam. Der Staat als Schuldner ist aber auch noch in der Hinsicht in besonderer Stellung, als er auch Gesetzgeber ist und sich durch Gesetze der Verpflichtung, Schulden zu verzinsen und zu tilgen, teilweise oder ganz zu entziehen vermag. Jeder Darlehensgläubiger läuft Gefahr, seine Forderung durch Maßnahmen der Gesetzgebung zu Gunsten der Schuldner zu verlieren. Diese Gefahr war stets bei den Staatsschulden am größten. [221]

Von dem besonderen Risiko der Staatsgläubiger und dem allgemeinen Risiko aller Gläubiger, ihrer Ansprüche durch Eingriffe des Gesetzgebers ganz oder zum Teil beraubt zu werden, ist das sozialpolitische Risiko, das mit jeder Vermögensanlage [492] verbunden ist, wohl zu unterscheiden. Wenn in der Marktwirtschaft zwischen Befriedigung in der näheren Zukunft und der in der ferneren Zukunft gewählt wird und die Entscheidung zugunsten des späteren Verbrauches fällt, erwartet der Handelnde, dass die gesellschaftliche Ordnung, die ihm die Verfügung über Güter und deren Verwendung ermöglicht, bestehen bleiben wird. Wenn diese Erwartung schwindet und soweit sie schwindet, wird die Freiheit, zwischen Befriedigung in näherer und der in fernerer Zukunft zu wählen, beseitigt; dann kann nur noch aufgezehrt werden, und Anlage für die Zukunft kommt für den Einzelnen nicht in Betracht. Das sozialpolitische Risiko lässt zwar die Höhe des Urzinses unberührt, doch es lässt die Risikoprämie wachsen, im Grenzfall, wenn nämlich die Enteignung alles Eigentums als unmittelbar bevorstehend und unausweichlich angesehen wird, über alles Maß hinauswachsen. [222]

III. Die Preisprämie im Bruttozins↩

Das Geld ist neutral, wenn die durch Veränderungen im Geldstande ausgelösten Veränderungen der Kaufkraft der Geldeinheit sich allen Waren und Dienstleistungen gegenüber gleichmäßig und im ganzen Wirtschaftsgefüge gleichzeitig vollziehen. Führen wir in dieses Bild auch Kreditverträge ein, die in Zukunft zu leistende Geldzahlungen festlegen, und sehen wir vom Risiko des Gläubigers und von der Risikoprämie ab, dann müssen wir es durch die Annahme ergänzen, dass die Bewegungen der Kaufkraft der Geldeinheit beim Abschluss der Kreditverträge berücksichtigt werden. Die Kreditsumme wird jeweils mit der Indexzahl der Kaufkraftveränderung multipliziert und damit den Veränderungen der Kaufkraft entsprechend erhöht oder vermindert, und mit der Kreditsumme verändert sich auch die Grundlage für die Berechnung des Zinses, der damit Neutralzins bleibt.

Derselbe Erfolg könnte aber auch auf anderem Wege erreicht werden, wenn die Parteien die Veränderungen der Kaufkraft vollkommen voraussehen. Man könnte beim Abschluss des Geschäftes einen Zinssatz vereinbaren, der außer [493] dem dem Urzins entsprechenden Geldzins noch einen Zuschlag oder Abschlag enthält, der dem Ausmaß der künftigen Preisveränderung entspricht. Diesen Zuschlag oder Abschlag, der den Geldzins erhöht oder vermindert und ihn unter Umständen, in dem freilich wenig wahrscheinlichen Fall rasch fortschreitender Deflation, auch in einem negativen (vom Gläubiger an den Schuldner zu leistenden) Bruttozins verwandeln könnte, wollen wir die — positive oder negative — Preisprämie nennen. Die vollkommene Preisprämie macht den Geldzins unter den umschriebenen übrigen Annahmen zum Neutralzins.

Verlassen wir das Feld dieser Annahmen, die man widerspruchsfrei nicht zu Ende denken kann, dann betreten wir eine Welt, in der der Geldzins nie Neutralzins sein kann. Die Veränderungen des Geldstandes lösen Preisverschiebungen aus, die nicht gleichzeitig und nicht im gleichen Ausmaße bei den verschiedenen Gütern und Dienstleistungen auftreten.

Solange diese Preisverschiebungen noch im Gange sind, hat sich im Wirtschaftsgefüge noch kein einheitliches Verhältnis zwischen den Preisen der Genussgüter und der Summe der Preise der komplementären Güter herausgebildet. Es gibt noch keinen einheitlichen Satz des Urzinses; unter solchen Umständen kann von einem Neutralzins nicht gesprochen werden.

Das Handeln der Wirte in dieser lebenden Wirtschaft unterscheidet sich darin von dem Handeln, das wir dem Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft zugrundelegen, dass es mit Preisveränderungen rechnet. Nur weil sie Preisveränderungen erwarten, leiten die Unternehmer neue Geschäfte ein, um Unternehmergewinn zu erzielen; nur weil sie Preisveränderungen erwarten, verändern die Kapitalisten die Kapitalanlage, um Spekulationsgewinne zu erzielen und Verluste zu meiden. Wer glaubt, durch Käufe Gewinne erzielen zu können, tritt auf dem Darlehensmarkte als Darlehenswerber auf und ist bereit, mehr an Bruttozins zu vergüten, als er vergüten würde, wenn er geringere Preissteigerung oder Unveränderlichkeit der Preise erwarten würde. Wer glaubt, dass die Preise steigen werden und dass es daher angezeigt wäre zu kaufen, wird andererseits nur dann bereit sein, Darlehen zu gewähren, wenn er im Bruttozins auch die Entschädigung für den Entgang des Gewinns findet, den er durch Selbsteintritt in Kaufgeschäfte erzielen könnte. Wenn allgemein mit Preissteigerung gerechnet wird, dann muss auch der Bruttozins steigen, und wenn allgemein mit Preisfall gerechnet wird, muss der Bruttozins fallen. Die allgemeine Erwartung von Preisveränderungen nach oben oder nach unten lässt im Bruttozins einen Aufschlag oder Abschlag [494] auftreten: die positive oder negative Preisprämie. [223] Die Rolle, die die Preisprämie in der lebenden Wirtschaft spielt, ist von der, die ihr unter jenen oben gemachten Annahmen zukommen würde, genau zu unterscheiden.

Selbst wenn wir eine Wirtschaft denken, in der keine anderen Datenveränderungen auftreten als Veränderungen des Geldstandes, können wir nicht annehmen, dass durch die Preisprämie den Veränderungen des Geldstands die Triebkraft ganz genommen und damit das Geld neutralisiert wird. Selbst wenn der Umfang der Veränderung im Geldangebot und die Stelle, wo die zusätzliche Geldmenge in das Wirtschaftsgefüge eintritt oder die verschwindende Geldmenge es verlässt, allen Wirten genau bekannt sind, können sie im Voraus weder wissen, ob sich und wie sich die Geldnachfrage verändern wird, und in welchem Zeitpunkt und in welchem Ausmaße die Preise der verschiedenen Güter und Dienstleistungen von der Veränderung des Geldstandes betroffen werden. Um die Einwirkung der Veränderungen des Geldstands auf den Inhalt der Schuldverträge zu kompensieren, müsste die Preisprämie den Veränderungen der Geldpreise der Kaufgüter vorausgehen und daher das Ergebnis von Überlegungen sein, durch die die einzelnen Wirte aus den ihnen bekannten Daten den Zeitpunkt und das Ausmaß der Preisveränderungen für jede sie interessierende Ware zu errechnen suchen. Solche Berechnungen vermag man jedoch nicht anzustellen; es fehlt — auch wenn das Ausmaß der Veränderung der Geldmenge und ihr Ansatzpunkt bekannt sind — nicht nur an den erforderlichen Daten, sondern auch an der Kenntnis, in welchem Ausmaß und zu welchem Zeitpunkt die Veränderung der Daten die Wertschätzungen der einzelnen Wirte beeinflussen wird. Erst mit dem Fortschreiten der durch Veränderungen des Geldstandes ausgelösten Preisveränderungen erwacht, zuerst bei einigen, dann bei vielen, schließlich bei allen Wirten, die Auffassung, dass man vor einer bestimmt gerichteten Preisbewegung stehe, und damit das Bestreben, das Handeln auf dem Markte an dieser Erkenntnis zu orientieren. Erst wenn die Wirte zu kaufen oder zu verkaufen beginnen, um aus der erwarteten Preisumgestaltung Gewinne zu erzielen, kann die Preisprämie auftreten.

Die Wirte, die durch ihr Handeln die Preisprämie entstehen lassen, können auch irren. Ihre Vermutungen über die voraussichtliche künftige Gestaltung der Preise können sich nachträglich als unrichtig herausstellen. Die Preisgestaltung kann anders verlaufen; sie kann die entgegengesetzte Richtung [495] einschlagen, ihr Ausmaß oder ihr Tempo mögen, auch

wenn sie in der vermuteten Richtung geht, nicht den Erwartungen entsprechen.

Die erhöhte Bereitschaft zum Kaufen oder Verkaufen, aus der die Preisprämie hervorgeht, bezieht sich in der Regel in stärkerem Masse auf kurzfristige als auf langfristige Geschäfte. Die Preisprämie wird daher in der Regel zuerst auf dem Geldmarkte, dem Markt für kurzfristige Kreditgeschäfte, auftreten und den Markt für langfristige Kreditgeschäfte, den Kapitalmarkt, nur durch den Zusammenhang, der zwischen allen Teilen des Darlehensmarktes besteht, berühren.

Die Preisprämie kann in der lebenden Wirtschaft wohl die Einflüsse, die Veränderungen im Geldstand auf den Inhalt der Geldschulden haben, zum Teil abschwächen, doch sie kann sie nie ganz kompensieren oder gar überkompensieren. Zwischen dem Einsatz der Veränderungen des Geldstandes und dem Auftreten der Preisprämie muss zeitlich und im Ausmaße Unstimmigkeit sein, weil die Preisprämie nicht an den Einsatz der Veränderungen des Geldstandes, sondern an ihre — notwendigerweise spätere — Wirkung auf die Preise anknüpft. Nur wenn Inflation ohne Unterlass solange fortgesetzt wird, bis der Zusammenbruch der Währung erfolgt, steht es anders. Die Panik des Währungszusammenbruchs, die Katastrophenhause, ist nicht nur durch Steigerung der Preise über alles Maß hinaus gekennzeichnet, sondern auch durch über alles Maß hinausgehendes Ansteigen der positiven Preisprämie. Die Preisprämie bekommt die Tendenz, unendlich groß zu werden, d.h.: kein Zinssatz scheint dem Kapitalisten schließlich hoch genug, um ihn für die Verluste zu entschädigen, die er von dem Fortschreiten der Preissteigerung befürchtet; statt Geld zu verleihen, zieht er es vor, selbst als Käufer von Waren aufzutreten. Der Darlehensverkehr hört vollkommen auf.

Die Preisprämie ist eine Reaktion des Marktes gegen die Beeinflussung des Inhalts von Geldschulden und Geldforderungen durch Veränderungen der Kaufkraft des Geldes. Sie kann diesen Dienst bei kurzfristigen Kreditgeschäften besser erfüllen als bei langfristigen; vollkommen ist sie auch bei kurzfristigen Geschäften nicht.

Den dauernden Wirkungen der Veränderungen des Geldstandes auf den Urzins und ihren vorübergehenden Wirkungen auf die Gestaltung des Marktzinses vermag die Preisprämie in keiner Weise entgegenzuarbeiten. Da sie in der Regel nicht einmal hinreicht, um den Stamm der Kreditsumme vor den Wirkungen der Kaufkraftänderung zu bewahren, bleibt ihr dafür keine Kraft.

[496]

IV. Der Darlehensmarkt↩

Der Darlehensmarkt bildet keinen Einheitszinssatz.

Der Marktzinssatz ist schon je nach der Höhe der in ihm enthaltenen Risikoprämie verschieden. Wenn man Veränderungen des Zinssatzes betrachten oder Zinssätze verschiedener Teilmärkte vergleichen will, muss man daher darauf achten, wieweit diese Veränderungen oder Verschiedenheiten auf Veränderungen oder Verschiedenheiten in der Risikoprämie und wieweit sie auf Veränderungen oder Verschiedenheiten des Nettozinses zurückzuführen sind.

Der Darlehensmarkt wird gewöhnlich unter dem Gesichtspunkt einer Scheidung von Kapitalmarkt (Markt für langfristige Darlehen) und Geldmarkt (Markt für kurzfristige Darlehen) betrachtet. Eine genauere Betrachtungsweise könnte in der Unterteilung noch weiter gehen. Weder der Geldmarkt noch der Kapitalmarkt sind homogen. Der Markt für tägliches Geld ist von dem Diskontomarkt, auf dem Wechsel mit kurzer Verfallzeit gehandelt werden, und von dem Markt der Vorschüsse, die die Banken ihren Kunden erteilen, und von

anderen ähnlichen Sondermärkten ebenso verschieden wie der Markt für mittelfristige Anlagen von dem für langfristige.

Auf allen diesen Teilmärkten werden besondere Zinssätze gebildet. Doch alle diese Teilmärkte hängen eng zusammen. Ihre Bewegungen stehen in einem Verhältnis, das, wenn nicht außerordentliche Ereignisse auftreten, nur geringen Schwankungen unterliegt. Nur wenn man allen diesen Tatbeständen Rechnung trägt, ist man berechtigt, vom Marktzinsfuss als von einer einheitlichen Erscheinung zu sprechen.

Der Marktzinsfuss kann in der lebenden Wirtschaft schon darum nicht neutral sein, weil in ihr ein einheitlicher Satz des Urzinses im Verhältnis der Preise der Genussgüter und der komplementären Produktionsmittel nicht besteht; es gibt hier nur jeweils eine Tendenz zur Erreichung eines einheitlichen Urzinssatzes. Die Preise der Güter verschiedener Güterordnungen bewegen sich im Grossen und Ganzen in der Art, dass sie, wenn nicht neue Datenänderungen auftreten würden, schließlich überall denselben Stand des Urzinses erreichen würden. Der Marktzinsfuss bewegt sich dementsprechend jeweils in der Richtung nach einem endlichen Stand hin.

Soweit wir sie bisher betrachtet haben, bietet die Gestaltung des Marktzinsfusses in der lebenden Wirtschaft kein besonderes Problem. Die lebende Wirtschaft erscheint uns in jedem Augenblick in Bewegung zu einem endlichem Preisstand hin. Sie erreicht freilich niemals diesen Stand, weil immer wieder neue [497] Datenänderungen auftreten, die der Bewegung eine neue Richtung weisen, die zu einem neuen endlichen Preisstand führt. In dieses Getriebe ist auch das Verhältnis, das zwischen den Preisen der Genussgüter und denen der komplementären Produktionsmittel besteht, miteinbezogen. Auch der Marktzins würde, wenn das Getriebe sich selbst überlassen bliebe, den der gleichmäßigen Wirtschaft entsprechenden Gleichgewichtsstand erreichen.

Die Datenänderungen, die wir da im Auge haben, betreffen stets Nachfrage nach und Angebot von bestimmten Gütern oder Dienstleistungen. Diesen Datenänderungen passen die Unternehmer ihr Handeln an und führen so das Wirtschaftsgefüge dem neuen Gleichgewichtsstand entgegen. Ihrem Handeln weist dabei der Stand der Preise und der Marktzinssätze den Weg. Die Gestaltung des Zinssatzes zeigt den Unternehmern, wie weit sie in der Widmung von Produktionsmitteln für die Deckung des Bedarfes fernerer Zukunft gehen dürfen. In den Berechnungen, die die Unternehmer über die Aussichten ihrer Pläne anstellen, in ihrer Kalkulation, kommt dem Zinssatz dieselbe Bedeutung zu wie jedem andern Datum. Wenn der Unternehmer mit einem Zinssatz rechnen würde, der nicht dem des Marktes entspricht, würde er fehlgehen und sein Handeln wird voraussichtlich erfolglos werden.

Hier ist es nun, wo die Triebkraft des Geldes eine besondere Rolle zu spielen vermag. Da auf dem Darlehensmarkte Darlehen in Geld gegeben und genommen werden, muss jede Veränderung im Verhältnis von Geldvorrat und Geldbedarf das Angebot auf dem Darlehensmarkte unmittelbar beeinflussen. Strömt *caeteris paribus* Geld in das Wirtschaftsgefüge ein oder verschwindet *caeteris paribus* Geld aus dem Wirtschaftsgefüge, so kann das zuerst auf dem Darlehensmarkte wirksam werden. Während sich im Übrigen noch nicht viel verändert hat, wird das Angebot auf dem Darlehensmarkte reichlicher oder knapper und der Marktzinsfuss fällt oder steigt, ohne dass dies durch Veränderungen im Verhältnis der Preise der Produkte und der komplementären Produktionsmittel gerechtfertigt wäre. Die Funktion, die dem Geldzins im Getriebe des Marktes zukommt, dass er nämlich dem Unternehmer anzeigt, wie er die Produktionsmittel auf die Deckung zeitlich näheren und zeitlich fernerer Bedarfs aufzuteilen habe, ist an seine Übereinstimmung mit der jeweils der Marktlage entsprechenden Stand der Preisunterschiede zwischen gegenwärtigen und künftigen Gütern gebunden. Wenn der Geldzins unter dem Einfluss der Triebkraft des Geldes

von diesem Stande abgelenkt wird, kann er diese Funktion nicht mehr erfüllen.

[498]

V. Die Veränderungen des Geldstandes und die Gestaltung des Urzinses [↪](#)

Jede Verschiebung der Eigentumsverhältnisse kann auch den Urzins beeinflussen. Wenn wir annehmen, dass Steigen des Wohlstandes, das es ermöglicht, die Bedürfnisse der nächsten Zukunft reichlicher zu befriedigen, dem Einzelnen den Antrieb zu stärkerer Bedachtnahme auf die Bedarfsdeckung in weiterer Zukunft gibt, so dass die Spanne zwischen der Schätzung der gegenwärtigen und der künftigen Güter, der Urzins, sinkt, dann werden wir annehmen dürfen, dass eine Verschiebung der Eigentumsverhältnisse zugunsten der wohlhabenderen Schichten und zuungunsten der ärmeren Schichten den Urzins drückt. Wenn die Verschiebungen im Geldstand die Unternehmer und Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter begünstigen, weil etwa die Geldlöhne langsamer steigen als die Preise der Genussgüter und etwa noch weil die Kleinkapitalisten, vorwiegend Sparkasseneinleger und Besitzer von festverzinslichen Werten, geschädigt werden und die verschuldeten Unternehmer und Eigentümer von Produktionsmitteln gewinnen, dann wird daraus eine Tendenz zur Verbesserung der Fürsorge für die weitere Zukunft erwachsen. Man wird mehr sparen und anlegen, die Menge der Kapitalien wird wachsen; d.h. der Urzins wird fallen. Das ist das Wesen des Prozesses, den man das erzwungene Sparen genannt hat. [224] Man hat sich dabei stets vor Augen zu halten, dass es von den besonderen Umständen jedes einzelnen Falles von inflationistischer Preissteigerung abhängt, ob die durch die Inflation hervorgerufenen Verschiebungen in den Eigentumsverhältnissen den Urzins drücken und die Spar- und Anlagelust steigern. Es kann auch geschehen, dass die Inflation Kräfte auslöst, die die Fürsorge für die entferntere Zukunft eher schwächen als fördern, z. B. wenn sie die dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln feindlichen politischen Strömungen stärkt und die Besitzenden befürchten müssen, durch Enteignungen um die Frucht ihres Sparens gebracht zu werden. Es kann auch geschehen, dass der Erfolg des erzwungenen Sparens aufgewogen wird durch Kapitalaufzehrung, die aus der mit der Inflation einhergehenden Verfälschung der in Geld geführten Kapitalsrechnung entspringt. Wenn die Kapitalsrechnung die Veränderungen der Kaufkraft nicht oder nicht in [499] vollem Ausmaß berücksichtigt, wird sie Scheingewinne aufweisen. Denn wenn die Abschreibungen, wie es der nur geringe Geldwertschwankungen voraussetzende Geschäftsbrauch will, von den seinerzeitigen Anschaffungspreisen ausgehen, unter den neuen Kaufkraftverhältnissen hinter den Wiederanschaffungskosten zurückbleiben, und wenn die Mehrerträge, die durch die Veräußerung von Waren erzielt werden, ohne Berücksichtigung der allgemeinen Kaufkraftsenkung gebucht werden, werden Gewinne errechnet, die ganz oder zum Teil nur Scheingewinne sind. Die Buchführung müsste, um diesen Fehler zu vermeiden, den Buchwert des Kapitals im Zuge der fortschreitenden Kaufkraftsenkung immer wieder hinaufsetzen oder sich überhaupt auf die Grundlage eines «wertbeständigeren» Geldes stellen. Tut man das nicht, dann täuscht man sich über die Rentabilität der Unternehmungen und der einzelnen Geschäfte. Man sieht die Gewinne zu hoch und wird geneigt sein, mehr zu verzehren, als ohne Schmälerung des Kapitalbestandes verzehrt werden darf. Es ist dabei gleichgültig, wem der Mehrkonsum zukommt, ob es die Unternehmer und Kapitalisten selbst sind oder die Arbeiter, deren Lohnforderungen von den Unternehmern, die täglich reicher zu werden glauben, leicht bewilligt werden, oder ob es die Nutznießer der Staatskassen sind, die von den Scheingewinnen den Löwenanteil abschöpfen.

Es könnte mithin geschehen, dass die Wirkung des erzwungenen Sparens aufgehoben wird und dass das Ergebnis des Geldentwertungsprozesses nicht in vermehrter Kapitalbildung sondern in Kapitalaufzehrung besteht.

Man hat die Folgen der Geldentwertung für die Kapitalbildung vielfach außerordentlich günstig beurteilt. Für die inflationistische Geschichtsauffassung schien es festzustehen, dass die Geldwertsenkung die Geschäftsgewinne erhöhe, die Reicheren bereichere, und damit die Anlagetätigkeit stärke, dass sie im Zuge der geschichtlichen Entwicklung die Kapitalbildung begünstigt habe und dass ohne sie die Ansammlung gesellschaftlichen Reichtums viel langsamer vor sich gegangen wäre. Doch Kaufkraftsenkung muss nicht immer erzwungenes Sparen auslösen, und auch wenn es auf der einen Seite zu erzwungenem Sparen kommt, kann es geschehen, dass eine andere Folge der Kaufkraftsenkung, die durch die Verfälschung der Buchführung hervorgerufene Kapitalaufzehrung, die Wirkungen des erzwungenen Sparens herabsetzt, aufwiegt oder überwiegt.

Wenn man vom erzwungenen Sparen als Folge fortschreitender Kaufkraftsenkung spricht, liegt es nahe, von erzwungener Kapitalaufzehrung als Folge einer fortschreitenden [500] Kaufkraftsteigerung zu sprechen. Wenn das Verhältnis von Geldvorrat und Geldbedarf sich dergestalt verschiebt, dass die Preise sinken, werden unter Umständen die Unternehmer in Einkommen und Vermögen geschädigt; die Preise der Produkte fallen, die Schulden und die Schuldzinsen bleiben unverändert, und die Löhne und Steuern mögen unter Umständen langsamer zurückgehen als die Preise. Es mag sein, dass dadurch im ganzen Wirtschaftsgefüge die Schätzung der künftigen Güter im Verhältnis zu der gegenwärtigen Güter fällt, dass mithin der Urzins steigt und die Vorsorge für die Zukunft vermindert wird. Es wird weniger gespart und angelegt, es wird mehr verzehrt. Doch das kann eintreten, muss aber nicht eintreten. Den Wirkungen der erzwungenen Kapitalaufzehrung stehen Kräfte gegenüber, die zu erhöhter Kapitalbildung führen können. Es mag sein, dass die Gewinne der Gläubiger produktiv verwendet werden. Dann darf man nicht vergessen, dass die Verluste der Unternehmer nur Scheinverluste sind, soweit sie darauf beruhen, dass die Abschreibungen zu hoch angesetzt werden. Wenn die ungünstigen Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung die Unternehmer zu Einschränkung des Verbrauchs veranlassen, entsteht eine Tendenz zur Neubildung von Kapital.

Man kann nicht voraussagen, welchen Einfluss Verschiebungen im Geldstand auf die Gestaltung des Urzinses unmittelbar nehmen werden. Alles hängt von den Daten des einzelnen Falles ab.

VI. Der Marktzins unter dem Einfluss der Veränderungen des Geldstands im Fall der Inflation und der Kreditausweitung↩

Von den Wirkungen, die die Veränderungen des Geldstandes durch Verschiebung der Eigentumsverhältnisse, die aus der Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der Beeinflussung der einzelnen Warenpreise entsteht, auf die Höhe des Urzinses ausüben, muss man die Wirkungen unterscheiden, die von den Veränderungen des Geldstandes *vorübergehend* auf die Gestaltung des Marktzinses ausgeübt werden. Hier handelt es sich um Störungen in der Anpassung der auf dem Darlehensmarkte gebildeten Geldzinssätze an den Stand des Urzinses, die nach einer gewissen Zeit überwunden werden und zu neuer Anpassung des Marktzinses an den Stand des Urzinses führen müssen. Es mag sein, dass diese Störungen weitere Verschiebungen in den Eigentumsverhältnissen auslösen und damit auf die Gestaltung des Urzinses wirken, so dass der neue endliche Stand [501] des Marktzinses, wie er sich nach Ablauf des ganzen Prozesses auf dem Markte herausbildet, nun auf dem Grunde eines geänderten Urzinses selbst dann zu beruhen hätte, wenn der Urzins nicht schon durch die Verschiebungen der Eigentumsverhältnisse betroffen worden wäre, die aus der Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der Veränderung der Preise der einzelnen Waren und Dienste entstehen. Doch das, um was es sich hier handelt, sind nicht die dauernden Veränderungen in der Höhe des Urzinses, sondern die vorübergehenden Veränderungen in der Höhe des Marktzinses.

Der Marktzins kann durch die Kaufkraftveränderungen zunächst in der Weise beeinflusst werden, dass er die Preisprämie nicht oder nicht entsprechend berücksichtigt. Dass das vorkommen kann, ja dass die Preisprämie sogar regelmäßig die Kaufkraftveränderungen nicht voll zu berücksichtigen vermag, ist nicht zu bestreiten. Dagegen wird man kaum annehmen dürfen, dass diesem Umstand praktisch eine große Bedeutung zukommt. Wenn die Preise steigen, steigen auch die Zinssätze für kurzfristige Darlehen, und wenn die Preise fallen, fallen auch die Zinssätze für kurzfristige Darlehen; in beiden Fällen natürlich nur, wenn nicht gerade eine entgegengesetzte Kraft wirksam ist. Verknappung oder Verflüssigung auf dem Markte der kurzfristigen Darlehen wirken auf den Markt für langfristige Darlehen zurück. Die Sätze für langfristige Anlagen werden in der Regel durch die Höhe der Sätze für kurzfristige Anlagen beeinflusst, es sei denn, man wäre der Meinung, dass die Lage des Marktes für kurzfristige Anlagen bald eine vollkommene Umstellung erfahren wird. Die Sätze für bereits laufende langfristige Schuldverträge werden freilich nicht mehr geändert. Doch die Gestaltung dieser Sätze beeinflusst die Anlagetätigkeit der Gegenwart nicht mehr und vermag daher keine Wirkungen auf die Verwendung der Produktionsmittel zu äußern. Dass die alten Schuldverträge die nun eintretende Kaufkraftänderung nicht berücksichtigt haben, verschiebt Vermögensverhältnisse und kann nur über dieses Zwischenglied auf den Urzins wirken.

Dass wir der Preisprämie und der Möglichkeit, dass sie im Marktzinssatz nicht oder nicht voll zum Ausdruck kommt, besondere Aufmerksamkeit schenken müssen, hat seinen Grund vor allem darin, dass wir der üblichen Methode entgentreten müssen, die die Zinssätze entweder überhaupt nur arithmetisch oder nur im Hinblick auf die Richtung ihrer Bewegung betrachtet und darnach ein Urteil über die Höhe des Zinses fällt. Die öffentliche Meinung hat stets eine zahlenmäßige Vorstellung von einem «normalen» Zinssatz, der meist zwischen 3 und 5 [502] Prozent angenommen wird. Wenn die Zinssätze des Marktes darüber hinausgehen oder wenn die Sätze — ohne Rücksicht auf ihre zahlenmäßige Höhe — ansteigen, dann glaubt man ohneweiteres von hohem Zinsstand sprechen zu dürfen. Daher muss nachdrücklich festgestellt werden, dass steigende Preisbewegung (sinkende Kaufkraft der Geldeinheit) im Vergleich mit einer Zeit stabilerer Preise einen Marktzinssatz nur dann als unverändert erscheinen lässt, wenn eine entsprechende positive Preisprämie miteingeschlossen ist. In diesem Sinne war im Herbst 1923 ein Diskontsatz von 90 % ein «niedriger», ein zu niedriger Zinssatz der Deutschen Reichsbank, da er nicht einmal der Höhe der Preisprämie entsprach und für die anderen Elemente — Nettogeldzins und Risikoprämie - überhaupt nichts übrig ließ.

Wir haben jetzt die direkte Wirkung der Geldmengenveränderung auf den Marktzins zu untersuchen. Da wir den Zins nicht etwa als Vergütung für die zeitweilige Überlassung der Verfügung über Geld ansehen, müssen wir annehmen, dass die Höhe der Zinssätze von der Menge des verfügbaren Geldes unabhängig ist. Andererseits können Vergrößerung oder Verringerung der Geldmenge zunächst als Vergrößerung oder Verminderung des Angebots an Darlehen auftreten und damit den Marktzins beeinflussen. Wir werden mithin zu zeigen haben, wie durch die Veränderungen im Geldstande vorübergehend Abweichungen des Marktzinses von dem Stande, den er ohne diese Veränderungen im Geldstand eingenommen hätte, einzutreten vermögen und wie sich schließlich das gestörte Gleichgewicht wieder herstellt.

Wir betrachten Veränderungen im Geldstand, die zu Preissteigerungen führen, und wollen annehmen, dass die zusätzliche Geldmenge dem Darlehensmarkte zukommt, sei es, dass ihre ersten Empfänger sie selbst verleihen, sei es, dass sie sie bei Banken oder Bankiers hinterlegen. Die zusätzliche Geldmenge erhöht zunächst nur das Angebot auf dem Darlehensmarkte; alle weiteren Wirkungen der Geldmengenerhöhung treten über diese Steigerung des Angebots auf dem Darlehensmarkte ein.

Wir wollen annehmen, dass das Marktgefüge sich auf dem Wege zur Anpassung an die gegebenen Daten befindet; da tritt nun als neues Datum eine zusätzliche Menge an Geld oder Umlaufmitteln in das Getriebe ein und wirkt als Störung des Anpassungsprozesses. Der Marktzins sinkt, und sein Sinken lässt manche Geschäfte, die bisher nicht unternommen werden konnten, weil die Vorkalkulation sie als unrentabel erscheinen ließ, als rentabel erscheinen. Die Grundlagen der Rentabilitätsrechnung sind durch das Auftreten der zusätzlichen Geldmenge [503] erschüttert worden. Wenn die Rentabilitätsrechnung früher angezeigt hat, wo die Grenze liegt, die die Anlagen, die bei dem gegebenen Stand der Dinge (Umfang der Versorgung mit Gütern aller Güterordnungen und Gestaltung des Urzinses), gemacht werden dürfen, von den Anlagemöglichkeiten trennt, die angesichts des bestehenden Ausmaßes der Minderbewertung der Befriedigung in fernerer Zukunft nicht mehr gemacht werden dürfen, so ist das jetzt anders. Der Marktzins ist nicht mehr der Ausdruck der Wertungen der Wirte; er zeigt ein von diesen Wertungen abweichendes Verhältnis in der Bewertung gegenwärtiger und künftiger Güter. Rechnungen, die auf ihm aufgebaut sind, müssen ergeben, dass mehr investiert werden könnte, als tatsächlich an Kapitalgütern für Investition zur Verfügung steht. Weil der Zinsfuß des Marktes gesunken ist, erscheinen eine Reihe von Geschäften, die bei dem höheren Zinssatze als unrentabel galten und daher unterblieben, als rentabel und werden daher unternommen. Die Unternehmungstätigkeit wird belebt, pflegt man zu sagen. Die Nachfrage, die von diesen zusätzlichen Geschäften ausgeht, treibt die Preise der Güter höherer Ordnung und mit ihnen auch die Löhne empor. Mit den Löhnen steigen auch die Preise der Genussgüter; die Preise der Genussgüter steigen aber auch, weil die Unternehmer und Kapitalisten realisierte und noch nicht realisierte Geldgewinne, die ihnen aus den Preissteigerungen fließen, zu einem Teil wenigstens verzehren. Die Unternehmer sehen somit zunächst ihre Erwartungen sich erfüllen. Die Güter, die sie für den Konsum erzeugt haben, können zu höheren Preisen abgesetzt werden, und so erweist sich die erweiterte Produktion auch noch bei den höheren Preisen der Produktionsmittel als gewinnbringend. Freilich, um die Produktion bei den höheren Preisen fortzuführen, bedarf man größerer Geldmittel, und diese kann man nur finden, wenn jene Umstände, die den Aufschwung ausgelöst haben, fortauern. Wenn die Vergrößerung der Geldmenge nur ein einmaliges Ereignis war, wenn der Zustrom zusätzlichen Geldes abreißt, wenn dem Geldmarkte keine neuen Mittel zufließen, dann können die Unternehmer sich das Geld, dessen sie zur Fortführung der Geschäfte in dem erweiterten Umfange bedürfen, nicht verschaffen. Dann steigt der Zinsfuß auf dem Markte, weil der größeren Nachfrage der Unternehmer kein größeres Angebot an anlagesuchendem Geld gegenübersteht. Ein Teil der Geschäfte wird nun wieder unrentabel, es kommt zur Einschränkung der Geschäftstätigkeit; die Preise gehen zurück, weil manche Unternehmer Waren losschlagen müssen, um sich flüssige Geldmittel zu verschaffen, und andere Unternehmer vom Kaufen abstehen. Der Aufschwung kommt zum [504] Ende, weil die Bedingungen, die ihn ausgelöst haben, nicht mehr gegeben sind. Die zusätzliche Geldmenge hat ihre Wirkungen auf die Preise ausgeübt; bei dem höheren Preisstande, dem nun größere Kassenhaltung entspricht, hat sich die Wirkung der zusätzlichen Geldmenge auf den Zinsfuß erschöpft. Das Wiederansteigen der Zinssätze bringt das Ende des Aufschwungs. Nur wenn immer wieder neue Mengen zusätzlichen Geldes in das Wirtschaftsgefüge einströmen und zunächst auf dem Geldmarkte als zusätzliche Darlehen ausgebaut werden, kann der Aufschwung weitergehen.

Der wunde Punkt aller nichtmonetären Hausssetheorien liegt darin, dass sie diesem Umstände nicht genug Beachtung schenken. Wenn die Preise steigen, weil die Unternehmungslust *caeteris paribus* angeregt wurde, und dem Wirtschaftsgefüge keine zusätzliche Geldmengen zur Verfügung gestellt werden, muss bald eine rückläufige Bewegung einsetzen. Die Nachfrage auf dem Geld- und Kapitalmarkt muss steigen, die Zinssätze gehen in die Höhe, und die Preise müssen wieder sinken. Das Steigen der Zinssätze und der Niedergang der Preise, das ist das Ende der guten Konjunktur und der Beginn des Abstiegs. Jede nichtmonetäre Konjunkturtheorie ist daher genötigt zuzugestehen, dass es

auch monetäre Bedingungen des Aufstiegs gibt und dass es bei Fehlen dieser Bedingungen nicht zum Aufstieg kommen kann. Sie muss mithin die Richtigkeit der Gedankengänge der Zirkulationskredittheorie zugeben.

Andererseits leuchtet ohneweiteres ein, dass jede Vermehrung der auf dem Geldmarkte anlagesuchenden Mittel, die durch das Einströmen einer zusätzlichen Geldmenge in das Wirtschaftsgefüge hervorgerufen wurde, die geschilderten Wirkungen auslösen muss. Diese Wirkungen können nur ausbleiben, wenn gleichzeitig ein anderer Faktor auftritt, der ihnen entgegenarbeitet. Wenn z. B. gelegentlich einer Verbilligung des Diskont durch die Notenbanken, die die Wirtschaft «ankurbeln» soll, von der Regierung verkündet wird, dass sie die Konjunkturgewinne der Unternehmer restlos wegsteuern werde oder dass man, sobald nur die «Ankurbelung» geschehen sei, sofort wieder zu Restriktionspolitik greifen werde, kann die Ermäßigung des Zinsfußes die Unternehmer nicht veranlassen, ihre Geschäftstätigkeit zu erweitern. Dann wird der niedrige Zinssatz wirkungslos bleiben, weil er dem Unternehmer keine Gewinnaussichten eröffnet. Damit werden manche Vorgänge der letzten Jahre verständlich.

Das Fortschreiten der guten Konjunktur setzt mithin voraus, dass die Vermehrung der Geldmenge fortschreitet und dass dem Geldmarkte dadurch ständig neue Mittel zuströmen. [505] Die Konjunktur bricht ab, wenn die Vermehrung der Geldmenge und der Zustrom zusätzlicher Mittel auf den Geldmarkt ihr Ende erreichen. Doch sie könnte auch dann nicht endlos weitergehen, wenn die Inflation und die Kreditexpansion endlos fortgesetzt werden würden.

Der Ausgangspunkt aller geldtheoretischen Überlegungen muss immer die Erkenntnis bleiben, dass die Veränderungen der Preise, Löhne und Zinssätze, die durch Verschiebungen des Geldstands ausgelöst werden, nicht gleichzeitig und nicht gleichmäßig erfolgen. Diese Einsicht ist das Um und Auf der Geldtheorie. Würden die Veränderungen im Geldstande sofort und mit einem Schlage alle Preise und Löhne im gleichen Ausmaße heben oder senken, dann wäre das Geld neutral und die Veränderungen des Geldstandes würden das Gefüge der Wirtschaft, würden Verbrauch und Produktion und die Eigentumsverhältnisse nicht berühren. Auch der Zinssatz würde dann vom Gelde nicht — auch nicht vorübergehend beeinflusst werden können. Dass die Veränderungen des Geldstands ihn dauernd verändern können, ist auf die Verschiebungen der Eigentumsverhältnisse, die sie hervorzurufen vermögen, zurückzuführen, und dass sie über diese dauernden Veränderungen des Urzinses hinaus vorübergehend den Zins auf dem Markte zu beeinflussen imstande sind, ist selbst schon eine Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit ihrer Wirkungen auf dein Markt. Wenn das zusätzliche Geld in einer solchen Weise in das Wirtschaftsgefüge einströmt, dass es auf den Darlehensmarkt als erhöhtes Angebot an Leihgeld erst dann gelangt, bis es die Preise der größeren Menge von Waren und Diensten bereits in die Höhe getrieben hat, dann werden diese unmittelbaren zeitweiligen Wirkungen auf die Gestaltung des Leihgeldsatzes ausbleiben oder nur sehr gering sein; sie werden umso stärker sein, je früher das zusätzliche Geld in seinem Einströmen in das Wirtschaftsgefüge auf den Darlehensmarkt als zusätzliches Angebot von Leihgeld gelangt.

Die unmittelbare Wirkung der Geldmengenvergrößerung ist eine doppelte. Sie führt auf der einen Seite zu einer Steigerung des Konsums, soweit die Nutznießer, d.h. die, denen die zusätzliche Geldmenge zuerst zufließt, ihren Verbrauch erhöhen. Sie führt auf der anderen Seite zu erhöhter Investitionstätigkeit, soweit die Nutznießer sparen und dadurch das Angebot von Geld auf dem Darlehensmarkte erhöhen. Das Charakteristische des Grenzfalles, den wir betrachten, ist das, dass der gesamte zusätzliche Geldbetrag zunächst für Erweiterung der Versorgung künftigen Bedarfs ausgegeben wird und dass er zur Steigerung des Konsums im Anfange nur auf dein Wege über die [506] Lohnsteigerung führt. [225] Die zusätzliche Geldmenge gelangt in solcher Weise in das Wirtschaftsgefüge, dass ihre erste Wirkung in der

durch die Verfälschung der Rentabilitätsrechnung hervorgerufenen Erweiterung der Produktion besteht. Es werden durch die Unternehmer die Produktionsprozesse verlängert, es werden Produktionsmittel — sachliche und persönliche — in Verfahren gesteckt, in denen sie erst später ein konsumreifes Produkt zu liefern vermögen. Nun ist aber die Menge der zur Verfügung stehenden Produktionsmittel und der zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Güter überhaupt nicht vergrößert worden. Auch der Verbrauch ist nicht eingeschränkt worden; er wird wohl später im Laufe des weiteren Ganges der Wirkungen der zusätzlichen Geldmenge durch den erzwungenen Minderverbrauch eines Teiles der Bevölkerung eingeschränkt werden, doch ob dieser erzwungene Minderverbrauch eines Teiles den Mehrverbrauch des anderen Teiles der Bevölkerung überwiegt und so auch zu einem erhöhten Sparen im ganzen Wirtschaftsgefüge führt, ist je nach den Daten des einzelnen Falles verschieden. Jedenfalls setzt bald nach dem Beginn des Aufschwungs auch eine Steigerung des Verbrauches seitens jener Arbeitergruppen ein, deren Löhne durch die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften zuerst hinaufgetrieben wurden. Wenn wir der Einfachheit halber zunächst annehmen wollen, dass der Mehrkonsum dieser Arbeiter und der erzwungene Minderkonsum anderer Bevölkerungsgruppen sich quantitativ und qualitativ entsprechen, so haben wir folgende Lage: die Produktion ist so umgestaltet worden, dass sie erst später zu einem konsumreifen Ergebnis führt, ohne dass die Nachfrage nach konsumreifen Gütern für die Zwischenzeit nachgelassen hätte. Wohl muss das die Preise der Konsumgüter in die Höhe treiben und damit den Konsum drosseln, also die Bedingungen, die zum erzwungenen Sparen führen können, in erhöhtem Masse setzen. Doch das Hinaufgehen der Genussgüterpreise verstärkt auch zugleich die Tendenzen, die die Unternehmer zu einer Erweiterung der Produktion (Verlängerung der Produktionsprozesse) treiben. Sie glauben nun den Beweis dafür zu besitzen, dass ihr Verhalten richtig ist, d.h. der Marktlage entspricht und rentabel ist. Sie suchen daher ihre Investitionstätigkeit zu erweitern, ihren Geschäften einen größeren Umfang zu geben und treiben die Preise der Produktionsmittel und damit auch die Löhne und die Preise der Genussgüter weiter hinauf; all das unter der Voraussetzung, dass der weitere Zufluss von zusätzlichem Geld zum Darlehensmarkt [507] anhält. In der sich dem Gleichgewichtsstande nähernden Wirtschaft waren alle jene Produktionsprozesse im Gange, die unter den gegebenen Verhältnissen rentabel erschienen. Es gab keine unbeschäftigten Arbeitskräfte und es gab keine Produktionsmittel, die man einem Produktionsverfahren hätte zuführen können, das rentabler war als das, in dem sie eben Verwendung fanden. Die Produkte, die erzeugt wurden, waren die, die unter den denkbaren Produktionsmöglichkeiten die höchste Rentabilität versprachen. Sollen nun jetzt noch andere Produkte oder noch mehr von denselben Produkten erzeugt werden, dann kann das nur in der Weise geschehen, dass Überschüsse erzielt wurden, die man nicht verbraucht hat, oder dass man die Möglichkeit gefunden hat, den Konsum mit einem geringeren Aufwand an Arbeit und sachlichen Produktionsmitteln zu befriedigen, sei es, weil weniger konsumiert wird, sei es, weil durch irgend ein Naturereignis, das in das Wirtschaftsgefüge hineinwirkt, die Ergiebigkeit der Arbeit gestiegen ist, so dass derselbe Aufwand höhere Erträge bringt. Wenn das eintritt, kann man Arbeit und Kapitalgüter für die Deckung des Bedarfs fernerer Zukunft frei bekommen, man kann die Wartezeit verlängern. Nun aber ist das Besondere unseres Falles eben das, dass diese Voraussetzung nicht gegeben ist, und dass man den Versuch unternimmt, die Produktionszeit zu verlängern, ohne dass die Mittel dafür vorhanden wären. Die Produktionsmittel, die den neuen Geschäften zugeführt werden, können nicht anders aufgebracht werden als dadurch, dass man sie anderen Verwendungen entzieht. Zwischen den Unternehmern entbrennt ein Preiskampf um die Produktionsmittel.

Wir wollen die Gesamtheit der produzierten Produktionsmittel vor Beginn der Kreditausweitung als p und die Gesamtheit der Genussgüter, die sie in einem Zeitabschnitt dem Verbrauch zur Verfügung stellen konnten, als g bezeichnen. Nun soll, unter der Einwirkung der Kreditausweitung, eine zusätzliche Menge von Produktionsmitteln p_3 eine zusätzliche Menge von Genussgütern g_3 derselben Art, die schon vor Beginn der

Kreditausweitung erzeugt, gekauft und verbraucht wurde, und eine weitere zusätzliche Menge von Produktionsmitteln p_4 eine zusätzliche Menge von Genussgütern g_4 von einer Art, die bisher noch nicht erzeugt wurde, erzeugen. Da, unserer Annahme gemäss, sich an dem Güterbestande nichts geändert hat, fehlen die Mengen p_3 und p_4 . Das gerade unterscheidet die durch Kreditausweitung ausgelöste Produktionsausdehnung von einer Produktionsausdehnung, die durch das — z. B. durch Nichtverbrauch eines Produktionsüberschusses entstandene — Hinzutreten von p_3 und p_4 zum Bestande p ausgelöst wird. Der Wettbewerb [508] der Unternehmer, sowohl derer, die ihre Produktion nur im alten Umfang fortsetzen wollen, als auch derer, die zusätzlich produzieren wollen, treibt die Preise aller Produktionsmittel in die Höhe. Auch die Preise aller Genussgüter, sowohl derer von der Art g und g_3 als auch derer von der Art g_4 , steigen, da die Lohnsteigerung auch den Verbrauch steigert; überdies wird auch von den Unternehmern und Kapitalisten, die durch den Verkauf zu höheren Preisen Gewinne erzielt haben, mehr verbraucht. Die Unternehmer sehen in dem Steigen des Absatzes, der Preise und des Verbrauchs den Beweis dafür, dass ihr Vorgehen richtig war, und wollen in der Produktionserweiterung fortfahren. Die Preise, die für die Produktionsmittel gezahlt werden, gehen immer weiter hinauf. Sie steigen schneller und stärker als die Preise der Genussgüter.

Doch bald muss die Aufwärtsbewegung der Genussgüterpreise die der Produktionsmittelpreise überflügeln. Die Erzeugung der zusätzlichen Mengen g_3 und g_4 bedarf einer gewissen Zeit. Die Lohnsteigerung wirkt auf dem Markte bereits als erhöhte Nachfrage nach Genussgütern, ehe die zusätzlichen Mengen dem Verbrauch zugeführt werden können. Die Bauarbeiter wollen z. B. ihren Wohnungsbedarf schon reichlicher befriedigen, ehe die Neubauten fertiggestellt sind, in denen sie besser wohnen können, und sie wollen mehr Textilware kaufen, ehe die neuerrichteten Fabriken ihre Produktion auf den Markt bringen können. Der Abstand, der zwischen den Preisen der Produktionsmittel und denen der Genussgüter klafft, hat sich am Beginn der Kreditausweitung verengert; nun erweitert er sich wieder. Am Beginn hat sich eine vorübergehende — Tendenz zur Senkung des Urzinses gezeigt; jetzt tritt wieder rückläufig eine Tendenz zur Erhöhung des Urzinses auf. Die Preissteigerung ist freilich nicht einheitlich. Sie ist stärker bei g und g_3 als bei g_4 , da die Verbraucher jene Waren stärker begehren als diese.

Diese Tendenz zur Erhöhung des Urzinses und das Auftreten der positiven Preisprämie erklären die banktechnischen Vorgänge im Fortgang der Konjunktorentwicklung. Die Banken sehen die Nachfrage der Unternehmer nach Darlehen wachsen; die Unternehmer verlangen immer mehr Kredit zur Fortführung ihrer Geschäfte und sind, weil Urzins und Preisprämie steigen, bereit, höhere Bruttozinssätze zu vergüten. Die Banken erhöhen nun die Zinssätze. Arithmetisch betrachtet, erscheinen die Bruttozinssätze jetzt höher, als sie vor Beginn der Kreditausweitung waren; katallaktisch betrachtet, bleiben sie nichtsdestoweniger hinter dem Stande zurück, der Urzins + Risikoprämie + Preisprämie decken würde. Die Banken glauben, dass [509] sie mit der Verschärfung der Kreditbedingungen alles getan hätten, um «ungesunder» Spekulation vorzubeugen. Sie finden, dass die Kritiker im Unrecht sind, die sie für den Hausse-Taumel, der die Geschäftswelt ergriffen hat, verantwortlich machen. Sie sehen nicht, dass sie einfach die Kreditausweitung in verschärfter Masse fortsetzen.

Das Merkmal der Kreditausweitungshausse liegt darin, dass die für die Erweiterung der Produktion erforderlichen Mengen p_3 und p_4 nicht anders beschafft werden können, als indem man sie den Beständen r , p_1 und p_2 entzieht. Als r bezeichnen wir dabei jenen Güterbestand, der für die Reinvestition zum Ersatz der in der Produktion aufgebrauchten Teile von p fortlaufend aus den Bruttoerträgen der Produktion zur Verfügung gestellt wird. Wird r zum Ersatz der in der Produktion aufgebrauchten Teile von p verwendet, dann kann auch in Hinkunft der Bestand g erzeugt werden; wird r dieser Verwendung entzogen, dann wird der Bestand p um r verkleinert und man kann dann nicht mehr g erzeugen, sondern

nur den kleineren Bestand $g - a$. Wir nehmen ferner an, dass in der Wirtschaft vor dem Auftreten der Veränderung des Geldstandes Überschüsse erzielt wurden, die nicht verbraucht, sondern zur Erweiterung der Produktion investiert werden. Wir bezeichnen diese Bestände an Kapitalgütern als p_1 und p_2 ; sie würden in einer nicht unter der Einwirkung von Kreditausweitung stehenden Wirtschaft, sagen wir also «normalerweise», zur Erzeugung eines Bestandes g_1 von Genussgütern der Art, die schon vor ihrem Hinzutreten erzeugt, gekauft und verbraucht wurde, und eines Bestandes g_2 von Genussgütern von einer Art, die bisher noch nicht erzeugt wurde, verwendet werden. Unter dem Einfluss der Kreditausweitung gehen die Unternehmer nun so vor, als ob nicht $r + p_1 + p_2$ zu ihrer Verfügung stünden, sondern darüber hinaus auch noch $p_3 + p_4$ und als ob sie nicht nur an die Erzeugung von $g + g_1 + g_2$ sondern darüber hinaus auch noch an die von $g_3 + g_4$ schreiten könnten.

Es ist verfehlt, das Wesen dessen, das in der Hausse vorsichgeht, in einem Übermaß an Investition (Overinvestment) zu erblicken. Zusätzlich investieren kann man nur insoweit, als ein zusätzlicher Bestand an Kapitalgütern zur Verfügung steht. Da, vom erzwungenen Sparen abgesehen, der Verbrauch in der Hausse nicht sinkt, sondern eher steigt, stellt die Hausse selbst kein Mehr an Produktionsmitteln für die Investition zur Verfügung. Das Wesen der Hausse liegt nicht in einem Übermaß der Investition, sondern in Investition am unrechten Orte. Die Unternehmer verwenden den verfügbaren Bestand $r + p_1 + p_2$ so, als ob ihnen ein Bestand $r + p_1 + p_2 + p_3 + p_4$ zur Verfügung [510] stehen würde. Sie planen Produktionserweiterung von einem Umfang, für die der verfügbare Bestand an Kapitalgütern nicht hinreicht. Diese Pläne sind aus Mangel an Kapitalgütern nicht ausführbar. Früher oder später müssen sie an dem Fehlen der erforderlichen Kapitalgüter scheitern. Dann gibt es Anlagen, die nicht verwendbar sind, weil die komplementären Anlagen fehlen; Anlagen, die nicht vollendet werden können; Anlagen, deren Produkte keinen Absatz finden, weil die Verbraucher andere Produkte dringender begehren, die nicht erzeugt werden können, weil die erforderlichen Produktionsanlagen nicht bereit sind. Die Hausse ist nicht Überinvestition, sie ist Fehlleitung der Investitionstätigkeit.

Der Irrtum, der das Wesen der Hausse in Überinvestition zu finden glaubte, entstand aus einer Betrachtungsweise, die nur auf die sichtbaren Fehlanlagen das Augenmerk richtete und nicht beachtet hat, dass diese nur darum Fehlanlagen sind, weil die komplementären Anlagen und die Anlagen, die dringlicher begehrte Waren erzeugen könnten, nicht errichtet werden konnten. Aus natürlichen Gründen muss die Produktionserweiterung in der Weise durchgeführt werden, dass zuerst die Anlagen errichtet werden, die zur Erzeugung der vom genussreifen Produkt entferntesten Produktionsmittel dienen. Um mehr Genussgüter zu erzeugen, muss man damit beginnen, ein Mehr an komplementären Gütern der höchsten Güterordnungen zu erzeugen. Um mehr Schuhe, Kleider, Kraftwagen und Wohnhäuser herzustellen, muss man zunächst mehr Eisen, Stahl, Kupfer u. dgl. erzeugen. Indem man den Bestand $r + p_1 + p_2$, der für die Erzeugung von $a + g_1 + g_2$ hinreicht, so verwendet, als ob er $r + p_1 + p_2 + p_3 + p_4$ wäre und für die Erzeugung von $a + g_1 + g_2 + g_3 + g_4$ ausreichen würde, errichtet man zunächst die Anlagen, die unter den für die Erzeugung von $a + g_1 + g_2 + g_3 + g_4$ erforderlichen zuerst gebaut werden müssen. Man geht so vor, wie ein Baumeister, der mit einer begrenzten Menge von Baumaterial und Arbeit einen Bau aufführen will und sich dabei verrechnet hat. Man legt die Fundamente zu groß an, verbraucht schon für die Fundamente den ganzen verfügbaren Bestand an Produktionsmitteln und kann dann nicht weiterbauen. Das ist nicht Überinvestition; man hat dabei nicht mehr verbaut, als man verbauen konnte; man hat das verfügbare Material falsch verwendet. [226]

[511]

Ein augenfälliges Merkmal der Hausse ist daher die Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln. Wenn die Wirtschaftsjournalistik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das Kennzeichen des Konjunkturaufstiegs vor allem im Ansteigen der Produktionsmengen der Schwerindustrie und des Baugewerbes erblickt hat und im Rückgang des Auftragsbestandes und des Produktionsumfanges dieser Zweige die Vorboten des Konjunkturumschwunges erkennen wollte, war sie auf der richtigen Fährte. Sie irrte nur in der Erklärung der Hausse als Überinvestition.

Natürlich werden auch in der Hausse Werke errichtet, die Genussgüter herstellen. Doch die Genussgüter, die sie herzustellen vermögen, sind nicht immer die von den Verbrauchern am dringendsten begehrten. Sie hätten in den Rahmen des auf die Erzeugung von $a + g_1 + g_2 + g_3 + g_4$ gerichteten Produktionsplans hineingepasst; in der durch die Unausführbarkeit dieses Planes geschaffenen Lage erweisen auch sie sich als Fehlanlagen.

Der Aufschwung muss nicht immer Preishausse auslösen. Wenn die Produktionsverfahren durch Veränderungen der Technik, die von der Kreditausweitung unabhängig sind, so verbessert werden, dass bei ungeändertem Geldstand ein Rückgang aller Warenpreise eingetreten wäre, erschöpft sich die Wirkung der Kreditausweitung auf die Preise in Erhaltung des früheren Preisstandes. (Man hat das mitunter als «Mengenkonjunktur» bezeichnet; der Ausdruck ist nicht glücklich gewählt.) In jeder andern Hinsicht ist der Ablauf dem beschriebenen gleich.

Das eine steht fest: keine wie immer geartete Maßnahme der Kredittechnik kann der Wirtschaft das geben, was ihr fehlt. Um die Pläne der Unternehmer durchzuführen, bedarf man eines Bestandes an Produktionsmitteln, der den verfügbaren Bestand übersteigt. Es fehlt an Produktionsmitteln, nicht an Geld oder Kredit.

Dieser Sachverhalt tritt in dem Augenblick zutage, in dem die Banken, durch den immer rascheren Fortgang der Hausse ängstlich geworden, die weitere Kreditausweitung einstellen. [227] Solange die Banken immer weitere zusätzliche Kreditmittel in die Wirtschaft hineinpumpen, können die Unternehmer den Mangel an den zur Durchführung ihrer Pläne erforderlichen [512] Kapitalgütern nicht wahrnehmen. Sie sehen nur weiteres Anziehen der Preise der Produktionsmittel, das ihre Pläne nicht stören kann, solange ihnen die erforderlichen Geldmittel nicht fehlen. Sie sehen in dem Umstand, dass die Werke, die Produktionsmittel erzeugen, einen Auftragsbestand haben, der ihnen auf lange Zeit hinaus Beschäftigung sichert, ein günstiges Zeichen und erkennen nicht, dass die damit verbundene Hinausschiebung der Lieferungsstermine den Mangel an den zur Durchführung ihrer Pläne erforderlichen Kapitalgütern anzeigt.

Wenn aber die Banken in der Kreditausweitung endlos fortschreiten wollten, dann würden sie das Ende des Aufschwungs durch Katastrophenhausse auslösen. Der Versuch, nicht vorhandene Kapitalgüter (die Bestände p_3 und p_4) durch banktechnische Maßnahmen zu ersetzen, müsste auch dann scheitern. In der Regel halten jedoch die Banken ein, ehe es zur Katastrophenhausse kommt.

Sobald der Zustrom zusätzlichen Geldes versiegt, muss das ganze Gebäude der Konjunktur einstürzen. Dann müssen die Unternehmer ihre Geschäfte einschränken, weil ihnen die erforderlichen Geldmittel fehlen. Sie müssen trachten, durch Verkäufe die Geldmittel zu beschaffen, die sie im Aufschwung durch Darlehensaufnahme beschafft haben. Die Warenpreise und die Löhne sinken.

Aus institutionellen und massenpsychologischen Gründen vollzieht sich der Umschlag vom aufsteigenden zum absteigenden Ast der Konjunktur panikartig. Der Beschreibung dieser Paniken ist im Schrifttum besondere Sorgfalt zugewendet worden. Die nationalökonomische Theorie hat weniger darauf bedacht zu sein, die Schrecken der

Krisenwochen breit auszumalen und bei ihren mitunter grotesken Erscheinungen zu verweilen, als darauf, in dem Ablauf der Ereignisse den notwendigen Ausgang der Geschäftsfehlleitungen des Aufschwunges zu erkennen. Es hat ihr nicht sosehr darauf anzukommen, die verschiedenen typischen Abläufe zu beschreiben, die den einzelnen institutionellen Voraussetzungen entsprechen, als darauf, das Notwendige und Unvermeidliche vom Zufälligen und historisch Bedingten zu sondern. Die Panik ist für sie uninteressant, und im absteigenden Ast der Konjunktur sieht sie nichts als den Prozess der Liquidation der Kapitalfehlleitungen des Aufschwungs und der Anpassung des Marktes und der Produktions- und Unternehmungstätigkeit an die gegebenen Verhältnisse: Urzinsgestaltung und Stand der Versorgung mit Kapitalgütern.

Diese Daten sind nicht mehr die der Zeit vor dem Aufschwung. Manches hat sich seither geändert. Das erzwungene [513] Sparen mag da und dort zu neuer Kapitalbildung geführt haben. Manche Verschiebungen der Eigentumsverhältnisse sind im Gefolge der Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit der Kaufkraftveränderungen eingetreten. Unabhängig von den monetären Vorgängen sind Änderungen in der Größe und in der Zusammensetzung der Bevölkerung, in der Technik, in der Richtung und im Umfang der Nachfrage und in mancher anderen Hinsicht erfolgt. Das Gleichgewicht, dem die Wirtschaft nun zustrebt, ist nicht mehr dasselbe, dem sie vor dem Auftreten der Störung zugestremt hat. Manche Anlagen, die im Zuge des Aufschwungs errichtet wurden, werden als Fehlanlagen einfach stillgelegt werden müssen, weil die Mittel für ihren Fortbetrieb den Erlös, den die Erzeugnisse bringen, nicht decken; diese Mittel werden eben an anderen Stellen des Produktionsprozesses dringender benötigt und finden dort rentablere Verwendung. Andere Fehlinvestitionen können aber im Betrieb bleiben. Hätte man richtig gerechnet, hätte man sie nicht gebaut. Da sie nun einmal vorhanden sind, übersteigen die Erlöse, die man aus ihnen ziehen kann, die für den laufenden Betrieb benötigten Mittel. Die Verbraucher sind nicht geneigt, für ihre Produkte einen Preis zu zahlen, der auch die einmal aufgewendeten und verlorenen Anlagekosten zu verzinsen und zu amortisieren gestattet: doch sie sind bereit, die Produkte, wenn sie ihnen billig genug angeboten werden, zu kaufen; übersteigt dieser Preis die laufenden Betriebsspesen, dann ist es dem Unternehmer vorteilhafter, den Betrieb der Fehlanlage fortzuführen. Mit dem Verlust eines Teiles des in der Anlage gebundenen Kapitals muss er sich dabei abfinden. Die Verbraucher befriedigen nun Bedürfnisse, die sie sonst nicht befriedigt hätten; auf der andern Seite freilich verzichten sie auf die Befriedigung anderer Bedürfnisse, die sie — bei richtiger, d.h. ihren Wünschen besser entsprechender Verwendung des Kapitals — hätten befriedigen können. Man habe etwa in der Aufschwungszeit eine Straßenbahnlinie gebaut, die man bei richtiger, nicht durch die Geldflüssigkeit verfälschter Rentabilitätsrechnung nicht gebaut hätte. Nun stellt es sich heraus, dass die Strecke nicht rentabel ist, dass ihr Betrieb aber gerade noch etwas mehr als die laufenden Betriebsspesen deckt. Die Kapitalisten, die Aktien und Schuldverschreibungen dieser Bahn erworben haben, haben ihr Kapital verloren. Sie müssen jetzt ihre Ausgaben einschränken und auf manches verzichten, was sie früher kaufen und verzehren konnten. Andererseits haben sie die Möglichkeit, die Straßenbahn zu benutzen. Sie würden es vorziehen, wenn sie ihren früheren Vermögens- und Einkommenstand und die ihm entsprechende höhere Lebenshaltung [514] hätten beibehalten können und würden dann auf die Annehmlichkeit der Straßenbahnfahrten gerne verzichten; doch an dem Geschehenen lässt sich nichts mehr ändern. In ähnlicher Lage sind aber auch alle anderen Bürger. Sie müssen manches entbehren, was sie hätten beschaffen können, wenn das Kapital in ihrem Sinne richtig verwendet worden wäre; dagegen können sie jetzt die Straßenbahn benutzen.

Die Senkung des Marktsatzes für Darlehenszinsen, die als nächste Folge des Zufließens zusätzlichen Geldes auf den Darlehensmarkt auftritt, führt mithin zu Kapitalfehlleitung und zu Überverbrauch. Das Ergebnis ist Verarmung: ein Teil der Zwischenprodukte, die vor dem Einströmen der zusätzlichen Geldmenge zur Verfügung stand, ist aufgezehrt worden, ein Teil

ist in Verwendungen festgerannt worden, die sich als minderdringend erweisen, und fehlt nun an Stellen, wo er dringender benötigt wird.

Sobald der Zustrom neuen zusätzlichen Geldes stockt, muss die Tatsache dieser Kapitalfehlleitung auf dem Markte offenbar werden, und es beginnt der Prozess der Anpassung an die neue Lage, die gekennzeichnet ist durch Kapitalverarmung, durch Verschiebung der Eigentumsverhältnisse und durch Verfügung über Kapitalanlagen, die bei ungestörter Rentabilitätsrechnung nicht gemacht worden wären, von denen aber manche doch fortbetrieben werden können.

Wenn wir annehmen, dass die zusätzliche Geldmenge zunächst nur für Steigerung des Verbrauches verwendet wird, ist der Ablauf anders. Es steigen zunächst nur die Preise der Genussgüter und erst in zweiter Reihe die Preise der Produktivgüter. Die Preissteigerung mag die Unternehmer zur Ausweitung der Produktion anregen. Doch mit dem Steigen der Produktionsmittelpreise erscheinen diese Pläne als unrentabel. Zu Kapitalfehlleitung beträchtlicheren Umfanges kann es gar nicht kommen.

In der Regel freilich wird die zusätzliche Geldmenge mindestens zu einem beträchtlichen Teil sogleich dem Darlehensmarkte zuströmen. Bei der Ausweitung des Zirkulationskredits kommt immer die ganze zusätzliche Menge zuerst auf dem Darlehensmarkte zur Wirkung.

VII. Der Marktzins unter dem Einfluss von Veränderungen des Geldstands im Fall der Restriktion ←

Auch in der Untersuchung der vorübergehenden Wirkungen, die von der Verringerung der Geldmenge bei unverändertem Geldbedarf ausgehen, empfiehlt es sich, zuerst die Annahme [515] zugrunde zu legen, dass der ganze aus dem Wirtschaftsgefüge verschwindende Geldbetrag dem Darlehensmarkte entnommen wird. Wir wollen mithin annehmen, dass etwa von der Regierung planmäßig in der Weise Deflationspolitik betrieben wird, dass Anleihen begeben werden und dass die so aufgebrauchten Geldbeträge vernichtet werden. Dieses Verfahren ist in der Geschichte der letzten 150 Jahre wiederholt eingeschlagen worden. Die Regierungen wollten die internationale Bewertung des Kreditgeldes auf einen höheren Stand heben; sie wollten sein Disagio (gegenüber seinem einstigen gesetzlichen Edelmetallgehalt und gegenüber der einstigen Parität zum Auslandsgeld) beseitigen und seine Kaufkraft heben. Dass sie von ihrem Vorhaben mitunter später abkamen, sei es wegen der Kosten, die es dem Staatsschatze auferlegte, sei es, weil sie die Folgen der Kaufkraftsteigerung als schädlich erkannten, ist bekannt. Wir können aber auch annehmen, dass die Banken, durch die Erfahrungen einer Krise vorsichtig und selbst ängstlich geworden, ihre Reserven erhöhen wollen und daher den Umfang der Umlaufmittel einschränken, oder dass die Wirte ihren Kassenstand erhöhen wollen und sich daher vom Geldmarkte zurückziehen. Wir können endlich auch annehmen, dass der Zusammenbruch von Umlaufmittelbanken dem Markte die von diesen ausgegebenen Umlaufmittelmengen entzogen hat.

In jedem dieser Fälle entsteht auf dem Darlehensmarkte eine Verknappung, die den Marktzinsfuß zunächst hinauftreibt. Geschäfte, die bisher rentabel waren, werden damit unrentabel. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln geht zurück, die Preise der sachlichen Produktionsmittel und die Löhne sinken, in weiterer Folge auch die Preise der Genussgüter. Wenn die Eigentümer der von diesem Preisfall betroffenen Produktionsmittel und die Arbeiter mit ihren Preis- und Lohnansprüchen gleich so tief hinuntergehen wollten, dass sich die Rentabilität der Geschäfte, die durch die Darlehenszinserhöhung vernichtet wurde, wieder einstellt, dann könnte die Restriktion auch nicht vorübergehend zu Produktionseinschränkung führen. Nur der Zeitunterschied zwischen der Zinssteigerung und der Anpassung der Preise der Produktionsmittel und der Löhne an die Veränderung des

Geldstandes löst die produktionshemmende Wirkung der Restriktion aus.

Wird jedoch nur ein Teil der aus dem Marktgefüge verschwindenden Geldmenge zunächst dem Darlehensmarkte entnommen oder wird der Darlehensmarkt von der Restriktion überhaupt nur mittelbar berührt, dann ist der Verlauf anders. Wenn die Regierung die für die Deflation benötigten Mittel nicht durch Anleihen beschafft, sondern durch Besteuerung der [516] Bürger, der Verbraucher, dann sinkt der Verbrauch und damit die Preise der Genussgüter. Wenn dementsprechend auch die Preise aller Produktionsmittel sinken würden, könnte eine Stockung in der Geschäftstätigkeit überhaupt nicht eintreten. Der unvermeidliche Zeitunterschied ruft sie zwar hervor. Doch da die Geschäftsstockung auch auf dem Darlehensmarkte zu einer Einschränkung der Nachfrage nach Darlehen und damit auch zu einem Sinken des Zinsfußes führt, wird sie bald überwunden werden, wenn nicht neue Restriktionsmassnahmen immer wieder störend auftreten.

Man hat die vermeintlich günstigen Folgen der Kreditausweitung immer überschwänglich gepriesen, und man hat anderseits die bösen Folgen der Restriktion in krasser Weise geschildert. Man hat darüber versäumt, den Unterschied, der zwischen den durch Expansion und den durch Restriktion bewirkten Störungen des Wirtschaftsablaufs besteht, richtig zu erfassen. Die Kreditausweitung führt zu Kapitalfehlleitung; wenn der Expansionsprozess zu Ende gekommen ist, muss ein Liquidierungsprozess folgen, der das Wirtschaftsgefüge den durch diese Fehlleitung geschaffenen Verhältnissen anpasst. Die Restriktion führt zu Stockungen; vorhandene Kapitalgüter werden nicht gleich eingesetzt, Arbeitskräfte liegen brach. Das bringt einen zeitweiligen Ausfall an Produktion, der aber durch die Einschränkung des Verbrauchs der feiernden Arbeiter und der keine Gewinne erzielenden Unternehmer zum Teil aufgewogen wird. Da die unverkäuflichen Produktionsmittel und die feiernden Arbeiter durch die Restriktion nicht vertilgt werden, da sie nach Absatz und Arbeit verlangen, werden Eigentümer und Arbeiter durch Herabsetzung der Ansprüche auch bald wieder das Gleichgewicht herzustellen suchen, und sind diese Faktoren wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet, dann stellt sich der «normale» Ablauf sehr bald her, ohne dass erst ein langwieriger Liquidierungs- und Übergangsprozess erforderlich wäre. Die Restriktion ist ein Ereignis, dessen Spuren bald getilgt sind, wenn sie einmal zum Stillstand gekommen ist; sie wirkt nicht solange nach wie die Kreditausweitung. [228] Die Störungen, die die Restriktion auslöst, liegen in der Langsamkeit, mit der der Prozess der Anpassung aller Preise an die neue Lage des Geldstandes vorsichgeht. Die Störungen, die die Expansion auslöst, bestehen zunächst in der Kapitalfehlleitung [517] und in der durch sie bewirkten Verarmung; der Anpassungsprozess, der nach Beendigung des Aufschwungs einsetzt, muss dann die Produktion dem Stand der Versorgung mit Produktionsmitteln, der durch den Aufschwung bewirkten Verarmung, anpassen.

Man darf die Folgen der Deflation nicht mit den Folgen des auf die Beendigung des Aufschwungs folgenden Anpassungsprozesses zusammenwerfen. Dieser wird durch die Beendigung der Kreditausweitung ausgelöst, auch wenn die Geldmenge nicht verringert wurde. [229] Auf das Ende der Kreditausweitung muss die Anpassung der Produktion an den Stand der Versorgung der Wirtschaft mit Kapitalgütern und an den Satz des Urzinses folgen. Das Steigen der Preise hat den Bedarf der Unternehmer nach weiterem Geldkapital zur Fortführung ihrer Geschäfte ständig gesteigert; sie konnten nur fortfahren, weil sie von den Banken neue Kredite aus den Mitteln der fortschreitenden Kreditausweitung erhalten haben. Jetzt sind die Banken nicht mehr länger imstande, weitere Kreditansprüche zu befriedigen. Da müssen die Unternehmer ihre Geschäfte einschränken. Zunächst entsteht daraus ein Chaos. Die Krediteinschränkung trifft die Unternehmungen ohne Rücksicht darauf, ob sie unter den neuen Verhältnissen rentabel sind oder nicht. Die Banken wären, selbst wenn sie sich darüber einen Überblick verschaffen könnten, nicht in der Lage, genauere Unterschiede in der Behandlung der einzelnen Unternehmungen zu machen. Sie müssen die

Kreditgewährungen einschränken, weil ihnen die Mittel für neue Kredite fehlen; sie müssen daher auch solche Kreditgesuche abweisen, die von Unternehmungen ausgehen, die ihrer Meinung nach die Krise gut überstehen könnten, wenn man ihnen im Augenblick einen weiteren Kredit gewähren würde. Die Betriebseinschränkungen, die durch den Abbruch der Kreditausweitung ausgelöst werden, betreffen daher nicht nur jene Unternehmungen, die aus der Produktion ganz ausscheiden müssen oder in Hinkunft nur mit Ausnützung eines Teiles ihrer Erzeugungskapazität zu arbeiten haben werden. Zunächst werden durch den Umschwung in der Kreditlage wahllos alle Unternehmungen und alle Produktionszweige gedrosselt. Erst allmählich stellt es sich dann heraus, für welche Unternehmungen und in welchem Umfange die rentable Fortführung der Produktion möglich ist.

Der Preissturz, den die Krise hervorruft, ist daher zunächst [518] viel stärker, als den Verhältnissen entspricht. Eine Erholung der Preise muss allmählich in dem Masse eintreten, in dem die Unternehmer wieder bessere Übersicht über die Lage des Marktes zu gewinnen vermögen. [230]

In der Regel wird aber auf die Beendigung der Kreditausweitung auch Deflation folgen. Die Banken halten größere Barreserven im Verhältnis zu ihren Verbindlichkeiten, d.h. sie verringern die Umlaufmittelmenge, und die einzelnen Wirte erhöhen ihre Kassenhaltung. Zu den unmittelbaren Wirkungen des Konjunkturuschwungs treten noch Deflationsfolgen hinzu.

VIII. Die Zirkulationskredittheorie des Konjunkturwechsels↵

Der Weg, auf dem das nationalökonomische Denken zur Ausbildung einer Lehre vom Konjunkturwechsel gelangt ist, war lang.

Der Ausgangspunkt der Betrachtungen war zunächst empirisch. Die klassische Nationalökonomie und ihre Nachfahren standen vor der Erfahrungstatsache, dass der Fortgang des Wirtschaftens durch die periodische Wiederkehr von Krisen gestört wird, die man nicht durch unvorhergesehenes plötzliches Auftreten von Datenänderungen großen Umfangs zu erklären vermochte. Der Scharfsinn der Currency-Schule fand sehr bald eine Erklärung, die vollkommen zu befriedigen schien. Für die Currency-Schule ist nicht mehr die Krise das Problem, sondern der ihr vorausgehende Aufschwung; sie erweitert das Krisenproblem zum Problem des Konjunkturwechsels. Der Aufschwung ist die Folge der Kreditausweitung, sein Zusammenbruch die unvermeidbare Reaktion des Marktes, die schließlich zum normalen Wirtschaften zurückführt.

Die Gedankengänge der Currency-Theorie wiesen zwei Mängel auf. Sie sahen Kreditausweitung nur in der Ausgabe von metallisch nicht gedeckten Banknoten. Dass auch die Kassenführungsguthaben Umlaufmittelcharakter annehmen können und dass Ausweitung des Zirkulationskredits auch durch die Ausgabe von zusätzlichen Kassenführungsguthaben erfolgen könne, haben sie verkannt. Der Fehler wiegt nicht allzuschwer, da man ihn leicht beheben kann; man hat einfach festzustellen, dass alles, was von der Kreditausweitung gesagt wird, unabhängig davon ist, ob die Kreditausweitung durch zusätzliche Noten oder durch zusätzliche Kassenführungsguthaben erfolgt. [518] Doch die Lehren der Currency-Schule wurden sehr bald durch die Gesetzgebung zur Grundlage krisenpolitischer Maßnahmen gemacht. Das Versagen der Peel'schen Bankgesetze erschütterte das Ansehen der Schule. Ihre Lehre, meinte man, sei durch die Erfahrung widerlegt worden. Die Banking-Schule triumphierte.

Schwerer wog der zweite Mangel der Currency-Lehre. Sie beschränkte ihre Untersuchungen auf das Problem des external drain. Sie betrachtete nur einen Fall: Kreditausweitung in einem Lande bei unveränderten Bedingungen in der übrigen Welt. Das reichte hin, um die englische Geschichte der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu

beleuchten, doch das nationalökonomische Grundproblem blieb unberührt. Die Frage, wie allgemeine, nicht auf den Kundenkreis einer Anzahl von Banken beschränkte Kreditausweitung wirken müsse, wurde nicht aufgeworfen; das Verhältnis von Geldmenge und Zinsgestaltung, zu dessen Behandlung schon die Vorschläge, durch Bankreform den Kredit zu verbilligen oder gar unentgeltlich zu machen, anregen mussten, wurde nicht geprüft. Kein Schritt wurde getan, um das Vorurteil der Neutralität des Geldes zu zerstören. So blieb das Feld für alle jene Lehren frei, die Krisen und Konjunkturwechsel mit den Mitteln der Theorie des direkten Tausches zu erklären strebten. Jahrzehnte mussten vergehen, ehe es der Nationalökonomie gelingen konnte, hier weiterzukommen.

Man darf freilich nicht unterlassen, daran zu erinnern, dass nicht nur wissenschaftlicher Irrtum im Spiele war, sondern auch politische Voreingenommenheit. Die Kraft der klassischen Nationalökonomie hatte gerade hingereicht, um die öffentliche Meinung daran zu gewöhnen, die Gestaltung der Preise und Löhne nicht mehr mit den Augen des Sittenrichters zu betrachten; sie war nicht stark genug, um dasselbe auch für den Darlehenszins zu leisten. Die alten Vorurteile blieben unangetastet. Auch heute weigern sich noch viele, die sich für Nationalökonomien halten, den Zinssatz einfach als Markterscheinung zu betrachten. Man hält den Zins für ein Hindernis menschlicher Wohlfahrt, man glaubt, dass es Pflicht der Obrigkeit sei, auf Senkung der Zinshöhe hinzuarbeiten, und meint, dass Kreditausweitung das Mittel sei, das diesen Erfolg erzielen kann. Mit dem Wiedererstarken der interventionistischen Wirtschaftspolitik und der Erneuerung der Lehren, die sie rechtfertigen wollen, wuchs auch die Volkstümlichkeit des Bankinterventionismus. Die Staaten wollen aktive Konjunkturpolitik treiben, sie wollen «ankurbeln» und den Aufschwung endlos fortgehen lassen, und sie brandmarken alle nationalökonomischen Lehren, [520] die die Aussichtslosigkeit solcher Politik erweisen, als *dismal science*.

Wenn man diesen Tatbestand ins Auge fasst, könnte man sich verleitet sehen, die Behandlung der Kreditausweitung aus der Lehre von der unbehinderten Marktwirtschaft in das Lehrstück von der durch Eingriffe behinderten Marktwirtschaft zu verweisen. Es ist nicht zu bestreiten, dass die Kreditausweitung in den Umkreis der Probleme des Interventionismus fällt. Doch das Problem der Kreditausweitung ist von dem Problem der Beziehungen der Veränderungen im Verhältnis von Geldnachfrage und Geldangebot zur Zinsgestaltung nicht zu trennen; es ist nur in seiner Erscheinungsform und in seiner praktischen Bedeutung von ihm verschieden.

Denn alles, was von der Kreditausweitung zu sagen ist, gilt auch von den Wirkungen, die zusätzliche Geldmengen ausüben, wenn sie in einem verhältnismäßig frühen Stadium ihres Eintretens in das Wirtschaftsgefüge dem Darlehensmarkte zuströmen. Wenn die zusätzliche Geldmenge auf dem Darlehensmarkte in der Gestalt zusätzlichen Kreditangebots auftritt, ehe die Preise und Löhne sich bereits der neuen Gestaltung der Geldverhältnisse angepasst haben, ist der Ablauf im Wesen nicht verschieden von dem, der der Kreditausweitung eigentümlich ist. Unterschiede bestehen in der Regel beim Sachgelde im Ausmaß des zusätzlichen Kreditangebots. Sachgeld konnte im bisherigen Verlaufe der Wirtschaftsgeschichte nie in dem Umfang vermehrt werden, in dem die Kreditausweitung oder die Vermehrung von Kredit- und Zeichengeld vorsichgehen kann. Die Vermehrung des Sachgeldes ging in der Regel langsamer vonstatten, ihre Begleiterscheinungen vollzogen sich weniger heftig und fielen weniger auf. Die Konjunkturwellen, die sie brachten, waren länger, weil die Tendenzen, die die Sachgeldproduktion beherrschen, stetiger sind und Umschläge nicht mit jener Plötzlichkeit erfolgen, die ein Kennzeichen des Umschwungs in der Kreditpolitik ist. [231]

Aus der Betrachtung der langen Wellen der Konjunktur konnte die inflationistische Geschichtsauffassung Argumente zur Stützung ihres Standpunktes gewinnen, weil die längeren Wellen auch flacher sind und der Übergang vom Aufschwung zum Abschwung sich

bei ihnen nicht so scharf und darum auch weniger auffällig zeigt als bei den kurzen Wellen der Kreditausweitung. Doch alle ihre Argumente sind unstichhaltig. Auch im Hinblick auf die Zinsgestaltung und die Anregung [521] von Aufschwung ist alles, was die inflationistische Geschichtsauffassung zu sagen weiß, durch die Zirkulationskredittheorie des Konjunkturwechsels widerlegt.

Für die grundsätzliche Betrachtung der nationalökonomischen Theorie sind Kreditausweitung und Beeinflussung des Darlehensmarktes durch Zuströmen zusätzlicher Geldmengen identische Erscheinungen, und ebenso Krediteinschränkung durch Verringerung der Umlaufmittelmenge und Beeinflussung des Darlehensmarktes durch Abströmen von Geldbeträgen. Doch in der Wirtschaftsgeschichte der letzten 150 Jahre hat die Kreditausweitung eine Rolle gespielt, die sie aus dem Kreise der ihr nationalökonomisch gleichzuhaltenden Erscheinungen weit heraushebt.

IX. Die Marktwirtschaft im Wechsel der Konjunktur ↩

Im Lichte der Zirkulationskredittheorie ist der Konjunkturwechsel das Ergebnis der immer wieder neu einsetzenden Bestrebungen, durch Kreditausweitung die Bedingungen, zu denen Gelddarlehen erhältlich sind, für die Kreditsuchenden günstiger zu gestalten. Der zusätzliche Zirkulationskredit bewirkt Kapitalfehleitung. Will man die Kreditausweitung endlos fortsetzen, dann bricht das Umlaufmittelsystem, das ihr dient, zusammen; das zwingt die Unternehmer und die Eigentümer der Produktionsmittel, ihr Handeln dem Stande der Versorgung mit Produktionsmitteln anzupassen; diese Anpassung muss schon früher einsetzen, sobald die weitere Vermehrung der Umlaufmittel eingestellt wird. Einmal muss schließlich auf dem Markte der Prozess ausgelöst werden, durch den die Produktionsmittel wieder den Verwendungen zugeführt werden, in denen sie die dringlichsten Bedürfnisse der Verbraucher am zweckmäßigsten zu befriedigen vermögen.

Man verkennt das Wesen der Konjunkturveränderungen, wenn man, wie es nahezu allgemein üblich ist, im aufsteigenden Ast eine normale oder gar wohlfahrtsfördernde Erscheinung und im Abstieg die Störung befriedigender Entwicklung sehen will. Schon die gangbaren Ausdrücke, z. B. Aufschwung und Niedergang, gute und schlechte Konjunktur, sind irreführend. Das, was man als Anstieg der Konjunktur bezeichnet, ist ein Zustand, in dem Produktionsmittel Verwendungen, in denen sie dringlichere Bedürfnisse der Verbraucher befriedigen könnten, entzogen werden, um der Durchführung von Plänen, für die der verfügbare Produktionsmittelbestand nicht hinreicht, zugeführt zu werden. Wenn man den Ausdruck «Störung» gebrauchen will, dann hätte man im Aufschwung die Störung des [522] Marktgetriebes zu erblicken und im Niedergang den Prozess der Anpassung an die gegebenen Bedingungen und der Wiederherstellung des «normalen» Zustandes, in dem das Marktgetriebe die Produktion so lenkt, dass die Produktionsmittel der Befriedigung der dringlichsten Bedürfnisse der Verbraucher in der zweckmäßigsten Weise dienstbar gemacht werden.

Die Wirtschaftsgeschichte der Kulturvölker ist durch fortschreitende Kapitalbildung gekennzeichnet. Weil regelmäßig mehr erzeugt als verzehrt wird, wird es möglich, die Produktion ergiebiger zu gestalten, die Bedürfnisse immer reichlicher zu befriedigen und dabei doch auch durch weitere Bildung von Rücklagen für künftige Erhöhung des Wohlstands zu sorgen. So leben auf der Erdoberfläche heute weit mehr Menschen als früher, und jeder einzelne von ihnen lebt weit besser als die Menschen vergangener Zeiten. Wenn man diese Veränderungen als wirtschaftlichen Fortschritt oder Aufstieg bezeichnet, stellt man sich auf den Standpunkt der Verbraucher, die bessere Befriedigung weniger reichlicher Befriedigung vorziehen; man kann die Frage nach der Berechtigung der Ausdrucksweise ruhig unbeantwortet lassen. Doch der KonjunkturAnstieg ist von wirtschaftlichem Fortschritt wohl zu unterscheiden. Er ist, wenn man ihn vom Standpunkt der Verbraucher und ihrer

Bedürfnisbefriedigung betrachtet, nicht Fortschreiten zu besserer Versorgung, sondern zu schlechterer.

Man hat verzweifelte Versuche unternommen, um am Konjunkturaufstieg doch eine gute Seite zu finden. Man hat auf das erzwungene Sparen hingewiesen. Das Argument hält der Kritik nicht stand. Es konnte schon gezeigt werden, dass die Kreditausweitung nie erzwungenes Sparen in einem Ausmaße herbeiführt, das die von ihr durch Kapitalfehlleitung und Überverbrauch bewirkte Kapitalaufzehrung aufwiegen oder gar überwiegen könnte. Wenn man schon in das Getriebe der Marktvorgänge eingreifen wollte, um durch Minderverbrauch der Wenigerreichen Einkommen und Vermögen der Reicheren zu mehren, weil man erwartet, dass dann im Gesamtfelde der Wirtschaft mehr Kapital gebildet wird, so würde man dieses Ziel besser erreichen, wenn man die Wenigerbemittelten stärker und die Reicheren weniger stark besteuert. Dem so erzwungenen Sparen würde keine Kapitalaufzehrung gegenüberstehen; seine «wohltätigen» Wirkungen könnten die Menge der Kapitalgüter mehren und nicht nur, wie im Fall der Kreditausweitung, das Ausmaß der Kapitalaufzehrung herabsetzen.

Man hat ferner darauf hingewiesen, dass manche der Anlagen, die ihre Entstehung der Kreditausweitung, verdanken, sich in späterer Zeit als rentabel erweisen. Man habe zwar diese [523] Anlagen, durch die von der Kreditausweitung bewirkte Verfälschung der Geld- und Rentabilitätsrechnung irreführt, zu früh errichtet, d.h. in einem Zeitpunkt, da der Stand der Kapitalversorgung und die Richtung des Bedarfs ihre Errichtung noch nicht gerechtfertigt hätten. Der Schaden wäre aber nicht groß, da man sie doch später ohnehin gebaut hätte. Es ist zuzugeben, dass das unter besonderen Umständen mitunter eintreten kann. Dass es immer eintreten müsste, wird niemand behaupten wollen. Die Folgen der Kapitalfehlleitung werden aber jedenfalls ohne Rücksicht darauf fühlbar, ob manche der Fehlanlagen sich später als brauchbar erweisen werden oder nicht. Wenn eine Eisenbahnlinie um 1845 gebaut wurde, die man damals nicht gebaut hätte, wenn die Kreditausweitung nicht den Anstoß zum Bau gegeben hätte, war es für die Marktlage in den folgenden Jahren ohne Bedeutung, ob man etwa 1870 oder 1880 die Mittel für den Bahnbau verfügbar haben wird. Der Gewinn, den man dann später davon hatte, dass die Bahnstrecke nicht erst durch Aufwendung von Kapital neu zu bauen war, konnte um 1847 keine Entschädigung für die Nachteile bieten, die der vorzeitige Bau bewirkt hatte.

Als Abstieg der Konjunktur bezeichnet man die Wiederanpassung der Produktion an die durch den Stand der verfügbaren Produktionsmittel und die Wertungen der Verbraucher gegebene Marktlage. Diese Ausdrucksweise und die lauten Klagen, die diesen Prozess zu begleiten pflegen, geben ein falsches Bild. Der Abstieg der Konjunktur ist fortschreitende Annäherung der Produktion an einen Zustand, in dem sie den Bedürfnissen der Verbraucher so gut, als es die Verhältnisse gestatten, und jedenfalls besser entspricht als auf dem Scheitelpunkt der Konjunktur, an dem der Abstieg beginnt. Der Aufstieg war Kapitalfehlleitung und daher Kapitalverminderung und wirtschaftlicher Rückschritt, der Abstieg ist wirtschaftlicher Fortschritt in dem Sinne, dass er die vorhandenen Produktionsmittel den Verwendungen zuführt, in denen sie dem Verbrauch die besten Dienste zu leisten vermögen. Wer über die Vorgänge auf dem Markte und die Produktionsverschiebungen, die der Abstieg bringt, klagt, klagt darüber, dass ihm Illusionen genommen werden und dass er nun die Dinge so sehen muss, wie sie sind. Der Abstieg vernichtet nicht Werte, er wertet nur illusionsfrei und nüchtern. Was man als die Übel des Konjunkturniedergangs ansieht, ist das Gewahrwerden der Folgen des durch die Kreditausweitung vorgetäuschten Aufstiegs.

Die Anpassung der Wirtschaft an die gegebenen Verhältnisse vollzieht sich nicht mit einem Schlage. Die Wirte gelangen nicht mit einem Male zur Erkenntnis der Sachlage, sie [524] halten noch durch einige Zeit an manchen der Irrtümer fest, die die Kreditausweitung

hat entstehen lassen. Man trennt sich schwer von Illusionen. Je größer die psychischen Widerstände sind, die der zutreffenden Erfassung der Marktlage entgegenwirken, desto langsamer geht der Anpassungsprozess vonstatten. Über die Dauer, die er benötigt, lässt sich keine nationalökonomische Aussage machen.

Ein Stück des Anpassungsprozess ist auch die Stärkung der Kassenhaltung. Solange man der Meinung war, dass die Preise immer weiter steigen werden, schien es klug zu sein, die Kassenstände niedrig zu halten und sich so reichlich als möglich mit Ware zu versorgen. Dass diese Auffassung vorherrschte, hat die Aufwärtsbewegung der Preise beträchtlich beschleunigt und verstärkt. Nun beginnen die Preise zu fallen, und allgemein wird angenommen, dass sie noch weiter fallen werden. Da erscheint es nun vorteilhaft, vom Kaufen abzustehen und die Kassenreserven zu erhöhen.

Man hat daher immer im Verlaufe des Konjunkturabstiegs neue Kreditausweitung als Heilmittel empfohlen. Die Krise, meinte man, sei eine Deflationserscheinung; man müsse sie bekämpfen, indem man die Deflation durch entsprechend große Inflation kompensiert. Man mag die Folgen der Stärkung der Kassenhaltung als Deflation bezeichnen: doch man muss eben erkennen, dass ein gewisses Ausmaß an Erweiterung der Kassenhaltung mit dem Anpassungsprozess notwendig verbunden ist. Es ist falsch, die Krise selbst als Deflationserscheinung anzusehen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der Umschlag der Konjunktur durch Einstellung der weiteren Ausgaben zusätzlicher Umlaufmittel bewirkt wurde. Wahrscheinlich hätte der Aufschwung noch für einige Zeit verlängert werden können, wenn die Banken ihre Kreditausweitungspolitik fortgesetzt hätten. Doch endlos hätte man den Aufschwung der Konjunktur durch Festhalten an der Kreditausweitung nicht verlängern können. Früher oder später muss es zum Zusammenbruch des durch die Kreditausweitung ausgelösten Aufschwungs kommen, und der Anpassungsprozess, den man Niedergang der Konjunktur nennt, wird umso schmerzlicher sein und umso mehr Zeit beanspruchen, je länger die Kreditausweitung fortgesetzt worden war und je größer der Umfang der durch sie bewirkten Kapitalfehlleitung gewesen ist.

Man pflegt bei der Befürwortung der Redeflationspolitik folgendermaßen zu argumentieren: Hier sind Werke und Anlagen, deren Erzeugungsfähigkeit nicht oder nur zum Teil ausgenutzt wird, Warenvorräte, die keine Käufer, und Arbeiter, die keine Arbeit finden können; dort wieder sind Verbraucher, [525] die gewiss bereit wären, mehr zu verzehren. Das, woran es fehlt, sei allein der Kredit. Zusätzliche Kreditmittel würden den Unternehmern die Möglichkeit bieten, zu produzieren. Die Arbeitslosen würden Beschäftigung finden und könnten als Käufer der Produkte auftreten. Der Gedankengang ist außerordentlich bestechend, er ist aber dennoch falsch.

Wenn Waren keine Käufer und Arbeiter keine Arbeit finden, dann kann das nur *einen* Grund haben: die geforderten Preise und Löhne sind zu hoch. Wer seine Ware oder Arbeit verkaufen will, muss seine Ansprüche so lange ermäßigen, bis er einen Abnehmer gefunden hat. Das ist das Gesetz des Marktes; das ist das Mittel, durch das der Markt die Produktion in die Bahnen lenkt, auf denen sie den Bedürfnissen der Verbraucher am besten zu dienen vermag. Die Kapitalfehlleitung des Aufschwungs hat bewirkt, dass Anlagen errichtet wurden, deren Errichtung Vernachlässigung dringlicheren Bedarfs zur Folge hatte. Der Überinvestition in einer Anzahl von Produktionszweigen steht Unterinvestition in anderen Produktionszweigen und Betrieben gegenüber. Um diese Disproportionalität zu beheben, muss Kapital neu gebildet und den Verwendungen zugeführt werden, wo es die dringlichsten Bedürfnisse zu befriedigen vermag. Das braucht Zeit, und während dieser Zeit können die komplementären Produktionsanlagen nicht voll ausgenutzt werden, auch wenn die Erwartung, dass sie später einmal wieder vollausgenutzt werden, berechtigt sein mag. Man pflegt immer darauf hinzuweisen, dass es auch unausgenutzte Anlagen zur Erzeugung von Produktionsmitteln geringen spezifischen Charakters gibt. Deren Nichtausnutzung zeige,

meint man, dass die Stagnation nicht auf Disproportionalität in der Besetzung der verschiedenen Produktionszweige zurückzuführen sei; ihre Produkte könnten doch für alle denkbaren Zwecke verwendet werden. Auch das ist falsch. Wenn die Eisenwerke, Kupferwerke, Forstbetriebe nicht voll ausgenützt werden, so heißt das: der Markt kann zu den Preisen, die zumindest noch die variablen Produktionskosten decken, nicht ihre ganze Erzeugung aufnehmen; da die variablen Produktionskosten immer nur Löhne und Produktpreise sein können, von den Preisen dieser Produkte aber wieder das gleiche gilt, bedeutet das in letzter Linie doch wieder nur, dass die Löhne zu hoch sind, um allen Arbeitern Beschäftigung zu geben und alle Werke so weit auszunützen, als es die Notwendigkeit, die Arbeiter nicht dringenderer Verwendung zu entziehen, zulässt.

Aus dem Zusammenbruch des Konjunkturaufstiegs führt nur *ein* Weg zurück in die Wirtschaft, die durch fortschreitende [526] Kapitalbildung steigende Wohlfahrt schafft: man muss durch Einsatz neu zu bildenden Kapitals das Verhältnis in der Kapitalausstattung der einzelnen Produktionszweige herstellen, das der auf dem Markte aufscheinenden Nachfrage der Verbraucher entspricht. Man muss durch Sparen die Mittel beschaffen, um die Lücken in der Kapitalausstattung der im Aufstieg vernachlässigten Produktionszweige auszufüllen. Die Löhne müssen sinken, die Massen müssen ihren Verbrauch einschränken, bis das durch Fehlleitung verschwendete Kapital wieder ersetzt wurde.

Wenn man in den Anpassungsprozess durch neue Kreditausweitung eingreift, verzögert man ihn, wenn man nicht gar einen neuen Aufschwung mit allen seinen unausbleiblichen Folgen auslöst.

Der Anpassungsprozess wird durch die seelischen Wirkungen der schweren Enttäuschung, die die Wirte erfahren haben, wesentlich verzögert. Auf der einen Seite will man die Illusionen, denen man sich im Aufstieg der Konjunktur hingegeben hat, nicht ganz aufgeben. Die Unternehmer versuchen Geschäfte fortzusetzen, die sich als unrentabel erweisen und daher fortlaufend Verluste bringen; sie verschließen sich einer Erkenntnis, die ihnen zu schmerzlich ist. Die Arbeiter wollen ihre Lohnforderungen nicht so weit herabsetzen, als es die Lage des Marktes verlangt; sie suchen der Notwendigkeit, ihre Lebenshaltung herabzusetzen und Berufs- und Ortswechsel vorzunehmen, so lange auszuweichen, als es nur irgendwie geht. Auch dort, wo die Obrigkeit nicht durch Eingriffe den Anpassungsprozess aufzuhalten trachtet, wird er durch institutionelle Faktoren vielfach gehemmt. Die Panik, die die Krise einzuleiten pflegt, bringt eine seelische Erschütterung, deren Folgen nur durch Zeitablauf überwunden werden können. Die Entmutigung ist umso allgemeiner und stärker, je größer die Zuversicht gewesen ist, die der Aufschwung ausgelöst hatte. Sie ist unter Umständen in der ersten auf den Umschwung folgenden Zeit so schwer, dass selbst eine neue Kreditausweitung sie nicht beheben könnte; die Unternehmer und Kapitalisten haben so sehr Vertrauen und Selbstvertrauen eingebüsst, dass sie nichts Neues zu unternehmen wagen, selbst wenn die Marktlage, dank neuer Bereitschaft der Banken, den Kredit auszuweiten, günstige Aussichten bietet. Doch wenn die Unternehmer von den angebotenen Kreditleichterungen Gebrauch machen, dann kann es wieder zu nichts anderem kommen als zu einem Konjunkturanstieg, der unabwendbar wieder in den Abstieg münden muss.

[527]

A. Die Rolle der unbeschäftigten Produktionsmittel im Anfangsstadium des Aufschwungs ↩

Auch wenn wir von den Verhältnissen im Verlaufe des auf die Kreditausweitungshausse folgenden Anpassungsprozesses absehen, finden wir im Wirtschaftsablauf stets unverkaufte Warenvorräte, die über jenes Maß hinausgehen, das aus technischen Gründen auf Lager

gehalten werden muss, unbeschäftigte Arbeiter und unausgenützte Produktionskapazität von Anlagen. Darin, dass sie nicht im Gleichgewichtsstand der gleichmäßigen Wirtschaft ist, unterscheidet sich die wirkliche, die lebendige, die sich verändernde Wirtschaft von dem Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft. In der lebendigen Wirtschaft besteht die Tendenz zur fortschreitenden Annäherung an den Gleichgewichtszustand; doch das Auftreten von neuen Datenänderungen verhindert die Erreichung dieses Zustandes, der erst erreicht wäre, wenn jedes Teilchen von Kapital und Arbeit so beschäftigt wäre, dass keine denkbare und vollziehbare Änderung seiner Verwendung eine Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung bringen könnte.

Die Nichtausnutzung der vollen Produktionskapazität von Kapitalanlagen, die nicht umgelenkt werden können, erklärt sich aus Fehlern der Vergangenheit. Man hat Investitionen gemacht unter Annahmen, die sich als ungerechtfertigt erwiesen haben; der Markt verlangt anderes als das, was ihm von diesen Anlagen geliefert werden kann. [232] Die Anhäufung von Warenvorräten und die Arbeitslosigkeit von Arbeitskräften ist Spekulation. Der Eigentümer will die Waren nicht zu dem Preis verkaufen, den er heute erhalten könnte, weil er hofft, später einen höheren Preis zu erzielen. Der Arbeiter will weder Orts- oder Berufswechsel vornehmen, noch seine Lohnforderung ermäßigen, weil er hofft, die Arbeit, die er vorzieht, an dem Orte, den er vorzieht, mit höherem Lohn zu finden. Beide, Vorratsbesitzer und Arbeitslose, weigern sich, sich der Marktlage von heute anzupassen, weil sie auf das Auftreten neuer Daten hoffen, die die Marktlage zu ihren Gunsten verändern soll. Weil sie sich der Marktlage nicht anpassen, hat das Wirtschaftsgefüge noch nicht den Gleichgewichtsstand erreicht.

Das, was fehlt, um die unausgenützte Erzeugungsfähigkeit voll auszunutzen, die Vorräte zu Preisen, die die Eigentümer als ausreichend ansehen, abzusetzen und die Arbeitslosen Arbeit um Lohn, mit dem sie sich zufrieden geben, finden zu lassen, ist, nach Meinung der Befürworter der Kreditausweitung, nur zusätzlicher Kredit, den die Kreditausweitung beschaffen könnte. Diese Auffassung, die allen Plänen zugrunde liegt, die, in dem Kraftfahrwesen entlehnter Ausdrucksweise, von «Ankurbelung» der Wirtschaft und von «Initialzündung» sprechen, wäre für die Warenvorräte und für die Arbeitslosen unter zwei Voraussetzungen richtig: wenn die durch die zusätzliche Umlaufmittelmengewe bewirkte Preissteigerung sich gleichmäßig und gleichzeitig allen übrigen Preisen und Löhnen gegenüber durchsetzen würde, und wenn die Besitzer der übernormalen Warenvorräte und die Arbeitslosen ihre Preis- und Lohnforderungen [528] nicht erhöhen würden, so dass das Austauschverhältnis zwischen diesen Waren und Diensten und den übrigen Waren und Diensten so verändert wird, wie es sich heute durch Herabsetzung der Ansprüche verändern müsste, damit Käufer für diese Waren und Dienste gefunden werden.

Am Ablauf der Hausse wird durch den Umstand, dass vor ihrem Beginn nichtausgenützte Produktionskapazität, unverkaufte Vorräte und Arbeitslose vorhanden sind, nichts Wesentliches geändert. Wir wollen etwa annehmen, dass es sich um Kupferbergwerke, Kupfervorräte und Arbeiter von Kupferbergwerken handelt. Der Kupferpreis hat einen Stand, bei dem eine Anzahl von Bergwerken ihre Produktion nicht mehr rentabel betreiben können; die Arbeiter, die sie beschäftigt haben, müssen, wenn sie nicht den Beruf wechseln wollen, feiern, und die Besitzer von Vorräten können nur einen Teil davon verkaufen, wenn sie nicht mit einem niedrigeren Preis vorliebnehmen wollen. Was fehlt, um den unbeschäftigten Bergwerken und den feiernden Arbeitern Vollbeschäftigung zu geben und die Abstoßung der Vorräte ohne Preissturz zu erlauben, ist ein Zuwachs p an Kapitalgütern, der eine solche Ausdehnung der Produktion erlauben würde, dass eine entsprechende Steigerung des Kupferpreises und Kupferabsatzes folgt. Wenn nun dieser Zuwachs p nicht erfolgt, durch Kreditausweitung jedoch die Unternehmer veranlasst werden, so vorzugehen, als ob er erfolgt wäre, dann werden zunächst die Wirkungen für den Kupfermarkt so eintreten, als ob p

wirklich zugewachsen wäre. Doch alles, was von den Wirkungen der Kreditausweitung früher gesagt wurde, tritt auch in diesem Fall ein. Der einzige Unterschied ist der, dass die Kapitalfehlleitung, soweit Kupfer in Betracht kommt, nicht erst durch Herausziehen von Kapital und Arbeit aus anderer, bei dem gegebenen Stande der Versorgung von den Verbrauchern als dringender angesehenen Produktion vorsichgeht. Doch das hat seinen Grund allein darin, dass soweit Kupfer in Betracht kommt, die Kreditausweitungshausse auf ein Stück bereits früher geschehener Kapital- und Arbeitsfehlleitung stößt, das durch den im Zuge befindlichen Anpassungsprozess noch nicht getilgt war.

Man erkennt somit, was für eine Bewandnis es mit der Berufung auf die unausgenützte Produktionskapazität, die unverkauften — oder, wie man ungenau sagt, unverkäuflichen — Vorräte und die unbeschäftigten Arbeiter hat. Der Beginn einer jeden Kreditausweitung stößt auf solche noch nicht angepasste Reste älterer Kapitalfehlleitung und «saniert» sie scheinbar. In der Tat aber handelt es sich dabei um nichts anderes als um die Störung von im Zuge befindlichen Anpassungsprozessen. [233] Das Vorhandensein unbeschäftigter Produktionsmittel erschüttert nicht die Schlüssigkeit der Gedankengänge der Zirkulationskredittheorie des Konjunkturwechsels. Wenn die Befürworter der Kreditausweitung im Hinblick auf diese unbeschäftigten Produktionsmittel meinen, dass die Unterdrückung aller Möglichkeiten der Kreditausweitung die Depression verewigen würde, sind sie in Irrtum befangen. Die von ihnen empfohlenen Maßnahmen würden nicht die gute Konjunktur verewigen, sondern den Anpassungsprozess und die Gesundung immer wieder stören.

[529]

B. Bemerkungen über Versuche, den Konjunkturwechsel nicht monetär zu erklären ↩

Betrachtet man die Versuche, den Konjunkturwechsel anders zu erklären als durch die Gedankengänge der Zirkulationskredittheorie, dann muss man das Augenmerk vor allem auf einen Umstand richten, dem die dogmengeschichtliche und dogmenkritische Behandlung bisher kaum Beachtung- geschenkt hat.

Es hat Schriftsteller gegeben, die den Zins einfach als Vergütung für die Zurverfügungstellung von Geld ansehen wollten; sie kamen dann zu dem Schluss, dass eine Beseitigung der Knappheit an Geld und Kredit auch zur Beseitigung des Zinses, d.h. zur Unentgeltlichkeit des Kredits, führen müsste. Wenn man das Wesen des Urzinses erkannt hat und wenn man daher diese Auffassung verwirft, dann drängt sich ein Problem auf, dessen Lösung man nicht ausweichen darf: zusätzliches Angebot an Kredit, das durch Vermehrung der Geldmenge oder der Umlaufmittelmenge ausgelöst wird, drückt den Marktinzuss zunächst herab. Wenn der Zins nicht bloß eine monetäre Erscheinung ist und daher durch keine noch so starke Vermehrung der Geldmenge dauernd gesenkt oder gar beseitigt werden kann, dann muss die Nationalökonomie die Frage beantworten, auf welchem Wege sich der der Lage der nichtmonetären Daten entsprechende Stand des Zinses wieder einstellt; sie muss zeigen, wie die durch die Veränderung des Geldstandes bewirkte Abweichung von dem durch die Marktdaten bedingten Stand des Zinses wieder behoben wird. Denn wenn sie das nicht zu leisten vermag, dann würde sie zugeben, dass der Zins eine monetäre Erscheinung ist, die im Gefolge monetärer Veränderungen unter Umständen auch ganz verschwinden könnte.

Für die nichtmonetären Konjunkturtheorien ist die Erfahrungstatsache, dass es Krisen gibt, das Primäre. Ihre Vertreter sehen in ihrem System der katallaktischen Abläufe zunächst nichts, was dieses Faktum — diese «Störung» — erklären könnte. Sie suchen nach den Ursachen einer Störung, um sie dann ihrem System als Konjunkturlehre anzuflicken.

Für die monetäre Theorie liegt die Sache anders. Die moderne Geldtheorie hat mit allen Vorstellungen, denen vermeintliche Neutralität des Geldes zugrundeliegt, aufgeräumt und hat gezeigt, dass in der Marktwirtschaft Kräfte wirksam sind, über die eine Theorie, die von der Triebkraft des Geldes nichts weiß, nichts zu sagen hat. Das System der Katallaktik, dass diese Erkenntnis einschließt, drängt notwendig zu der Fragestellung hin, wie Veränderungen des Geldstandes auf die Zinsgestaltung zunächst (in the short run) und endlich (in the long run) wirken. Das System wäre lückenhaft, wenn es diese Frage nicht beantworten könnte, und es wäre widerspruchsvoll, wenn es sie anders beantworten wollte als durch eine Erklärung, die zugleich den Ablauf der Konjunkturen erklärt. Auch wenn es nie Umlaufmittel und Zirkulationskredit gegeben hätte, hätte die moderne Katallaktik das Problem der Beziehungen zwischen Veränderungen des Geldstandes und Zinsgestaltung aufwerfen und lösen müssen.

Wer den Konjunkturwechsel anders erklären will als die Zirkulationskredittheorie, kommt daher ohne Zuhilfenahme der Überlegungen dieser Theorie nicht nur darum nicht aus, weil man allgemeine Preissteigerung, die nicht durch allgemeinen Rückgang der Produktion und des Angebots an Kaufgütern [530] ausgelöst wurde, nicht ohne Vergrößerung des Geldangebots (im weiteren Sinne) zu denken vermag. Er muss auch auf die monetäre Theorie zurückgreifen, wenn er die Frage beantworten will, wie eine auf dem Darlehensmarkte auftretende zusätzliche Geldmenge auf die Zinsgestaltung wirkt. Kein Nationalökonom kann sich der Anerkennung der Gedankengänge der Zirkulationskredittheorie verschließen, es sei denn, er wäre bereit, im Zins nichts als eine monetäre Erscheinung zu erblicken. Keine Kritik war daher imstande, die Grundlagen der Zirkulationskredittheorie zu berühren, geschweige denn zu erschüttern.

Die Unzulänglichkeit der nichtmonetären Konjunkturtheorien tritt am deutlichsten zutage in den Disproportionalitätstheorien. Allen diesen Lehren ist das eigentümlich, dass sie die Krise aus irgendwelchen Störungen in der Anpassung der Produktion an die Gestaltung der Nachfrage zu erklären suchen. Doch solche Störungen größeren und geringeren Umfangs treten in der lebenden Wirtschaft täglich auf; ihr Auftreten unterscheidet die wirkliche Wirtschaft von dem Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft und eröffnet das Feld für das Wirken der Unternehmer, das darauf gerichtet ist, die Anpassung wiederherzustellen. Wer den Konjunkturwechsel erklären will, muss zeigen können, unter welchen Bedingungen dem auf die Behebung solcher Unstimmigkeit gerichteten Handeln der Unternehmer der Erfolg versagt bleibt.

Die modernste Spielart der Disproportionalitätstheorien, die Accelerationstheorie, meint, dass eine vorübergehende Steigerung der Nachfrage nach einigen Kaufgütern zu Erweiterung der Erzeugung führe. Stellt sich dann später heraus, dass für das größere Angebot kein Absatz zu entsprechenden Preisen zu finden ist, dann erweisen sich die Neuanlagen als Kapitalfehlleitung. Solche Fehlleitung spiele eine besonders große Rolle in der Herstellung von Produktionsmitteln mit längerer Nutzdauer. Wenn die Nachfrage nach einem Genussgut a um 10 % steigt, werden die Erzeugungsanlagen um 10 % erweitert werden. Das bedeute eine umso stärkere prozentuelle Steigerung der Nachfrage nach den für die Ausrüstung dieser Anlagen erforderlichen Gütern p , je länger die Nutzdauer von p ist und je geringer daher die jährliche Nachfrage nach p zum Ersatz der abgenützten p war. Wird diese Nutzdauer mit 10 Jahren angenommen, dann ist die jährliche Ersatznachfrage 10 % des Gesamtbestandes an p gewesen; die 10 %ige Steigerung der Nachfrage nach a verdoppelt die frühere Nachfrage nach p und führe zu Verdoppelung der bestehenden Anlagen zur Erzeugung von p . Bleibt dann später das jährliche Wachstum der Nachfrage nach a hinter 10 % zurück, so könne für die erweiterten Anlagen keine volle Verwendung gefunden werden. Wenn die Nachfrage nach a nur noch um 5 % steigt, dann bedeute das einen Rückgang der Nachfrage nach p um 25 % des Höchststandes. [234]

Der erste Fehler dieser weitverbreiteten Auffassung liegt darin, dass sie die Unternehmertätigkeit als zwangsläufige Reaktion auf die augenblickliche Gestaltung der Nachfrage ansieht. Wenn die Nachfrage steigt und die Unternehmer höhere Gewinne erzielen, werde sofort zu Erweiterung der Produktionsanlagen geschritten. Diese Behauptung ist unhaltbar. Unternehmer irren oft und büßen ihre Irrtümer durch Verluste. Doch wer so vorgehen wollte, wie die [531] Accelerationstheorie es ausmalt, wäre kein Unternehmer, sondern ein Automat. Der Unternehmer ist jedoch ein Spekulant, [235] der auf Grund der Meinung, die er sich über die künftige Gestaltung der Marktlage gebildet hat, die Gelegenheit zu gewinnversprechenden Geschäften wahrzunehmen sucht. Es gibt für diese Erfassung der Verhältnisse einer unbekanntem Zukunft keine Regeln und kein System; man kann sie weder lehren noch erlernen. Wäre es anders, dann könnte jeder mit dem gleichen Aussicht auf Erfolg als Unternehmer auftreten. Was den Unternehmer von den übrigen Wirten unterscheidet, ist gerade, dass er sich in seinem Handeln nicht durch das bestimmen lässt, was war und ist, sondern allein durch das, was seiner Meinung nach sein wird. Er sieht, wie alle übrigen Menschen, die Vergangenheit und die Gegenwart; doch er sieht die Zukunft anders als sie. Den Antrieb zum Handeln gibt ihm seine, von den Meinungen seiner Mitbürger abweichende Erwartung über die Gestaltung der Zukunft. Dass er von der Zukunft eine andere Auffassung hat als die Mitmenschen, dass er die Produktionsmittel anders bewertet, als sie sie bewerten, scheint ihm eine Quelle von Gewinnen zu erschließen, die er nutzen will. Wenn die heutige Preisgestaltung bestimmter Produkte den Unternehmern, die sie schon heute verkaufen können, reiche Gewinne bringt, wird das nur dann zu Erweiterung der Produktion durch zusätzliche Investition führen, wenn Unternehmer der Meinung sind, dass die günstige Marktlage so lange anhalten wird, dass die neuen Anlagen sich als gewinnbringend erweisen werden. Wenn dies nicht erwartet wird, wird auch günstiger Geschäftsgang der bestehenden Unternehmungen keine Ausweitung der Produktion bewirken können.

Dass einzelne Unternehmer falsch spekulieren und daher Fehlinvestitionen machen, kommt immer vor. Doch das ist nicht das Problem, das die Konjunkturtheorie zu lösen hat. Sie hat es mit dem allgemeinen Aufschwung aller Geschäfte, mit dem alle Zweige der Produktion umfassenden Drang nach Erweiterung der Produktion und mit dem darauf folgenden allgemeinen Niedergang zu tun. Diese Erscheinungen kann man nicht daraus erklären, dass eine Steigerung des Absatzes in einem Produktionszweig zu überproportionaler Steigerung der Anlagen führe, die die für diese Produktion erforderliche Ausrüstung herstellen.

Selbst wenn wir annehmen, dass die Unternehmer so vorgehen wollen, wie die Accelerationstheorie es beschreibt, wäre nicht abzusehen, wie sie ohne Kreditausweitung die Neuinvestitionen durchführen könnten. Ihr Auftreten müsste den Marktzins und die Preise der komplementären Produktionsmittel in die Höhe treiben; die Expansionsbestrebungen würden damit sehr schnell abgebremst werden.

Man hat noch nichts zur Erhellung der Verursachung der Konjunkturveränderungen beigetragen, wenn man feststellt, dass ein im Verhältnis zu den verfügbaren Kapitalgütern übergroßes Maß von Investitionen zur Krise führe. [236] Das, was der Erklärung bedarf, ist, wie es zu solcher Überspannung [532] der Investitionstätigkeit kommen kann, und warum das durch sie ausgelöste Steigen des Darlehenszinses, der Produktionsmittelpreise und der Löhne sie nicht schon im Keime erstickt. Auf diese Fragen kann nur die Zirkulationskredittheorie eine befriedigende Antwort geben.

8. KAPITEL: ARBEIT UND LOHN

I. Innenarbeit und Außenarbeit↩

Der Zweck der Überwindung von Arbeitsleid (des Verzichts auf Muße) kann verschieden sein:

a) Die Arbeit wird zur Kräftigung, Ertüchtigung und Gesundung des eigenen Körpers und Geistes nur um der Kraft, Tüchtigkeit und Gesundheit willen geleistet. Arbeitsleid wird dabei nicht etwa in Kauf genommen, um diese und ähnliche Ziele zu erreichen; in der Überwindung des Arbeitsleids selbst sucht und findet man Befriedigung. Wichtigste Beispiele: der echte Sport, der ohne Hinter- und Nebengedanken betrieben wird; alles Bildungsstreben, das nur auf das Erkennen [237] allein gerichtet ist und nicht etwa auf die Erhöhung der Leistungsfähigkeit für Arbeit, die anderen Zielen dienen soll.

b) Die Überwindung des Arbeitsleids erfolgt im Dienste Gottes als Opfer oder Askese. Man nimmt das Leid auf sich, weil man im Ertragen von Leid ein Mittel sieht, um die Gunst der Gottheit zu erlangen. Das Opfer wird Gott gebracht, damit er es im Jenseits durch Gnade lohne und schon auf Erden das Glück und die friedensbringende Seligkeit des Gemütes schenke. (Wo nicht dies von der Askese und vom Opfer erhofft wird, sondern Wohlergehen auf Erden, das tägliche Brot und die Bewährung durch Erfolg in den Geschäften der Welt, ist die der Gottheit gewidmete Arbeit nicht anders anzusehen als jede andere auf die Erreichung irdischer Ziele gerichtete Arbeit. Ob die Theorie, die dem Handeln dieser Art zugrundeliegt, richtig ist und ob die Erwartungen, die der Handelnde hegt, sich erfüllen, geht die Nationalökonomie nichts an.)[238]

[533]

c) Man sucht in der Arbeit und im Arbeitsleid größerem Leid zu entkommen. Man arbeitet, um zu vergessen, um sich selbst zu entrinnen, um schweres Unbehagen verschiedener Art zu verscheuchen; d.h. man spielt in raffinierter Weise. Man hat dieses raffinierte Spielen vom einfachen Spielen der Tiere und der Kinder, das nur Lust erweckt, genau zu unterscheiden. (Nicht jedes Kinderspiel ist einfaches Spielen. Auch die Kinder sind schlau genug, raffinierte Spiele zu ersinnen.)

d) Die Arbeit der Klassen *a*, *b* und *c* wird geleistet, weil das Arbeitsleid selbst befriedigt. Die Arbeit wird nicht um des Zieles willen geleistet, das am Ende des Weges liegt, sondern um des Wanderns willen. Der Bergsteiger will nicht den Gipfel erklimmen, er will klettern; er verschmäht die Bergbahn, die ihn ohne Anstrengung auf den Gipfel tragen würde, auch dann, wenn die Ausgaben, die ihm die Benützung der Bergbahn auferlegen würde, weit niedriger sind als die Kosten des Aufstiegs (z. B. Führerlohn). Das Steigen bringt nicht unmittelbaren Arbeitsgenuss, sondern Arbeitsleid. Doch gerade in der Überwindung dieses Arbeitsleids sucht er die Befriedigung. Eine Besteigung, die weniger anstrengend wäre, würde ihn nicht mehr, sondern weniger befriedigen.

Die Arbeit der Klasse *d* wird dagegen nicht geleistet, weil sie Arbeitsleid schafft, sondern obwohl sie Arbeitsleid bringt. Das Arbeitsleid wird in Kauf genommen um eines Zieles willen, das außerhalb des Arbeitsleids gesucht wird. Nur mit der Arbeit dieser Art haben wir es in der Nationalökonomie zu tun.

Es kann vorkommen, dass Arbeit der Klassen *a*, *b* und *c*, die wir als Innenarbeit zusammenfassen wollen, auch Ergebnisse bringt, die sie zur Einreihung in die Klasse *d*, die wir Außenarbeit nennen wollen, geeignet erscheinen ließe. Wenn jemand als Sport Holz

zerkleinert, wenn der Asket um Gotteslohn Kranke pflegt oder wenn jemand Zerstreung und Vergessen im Kraftwagenlenken oder im Basteln sucht, so mag — als Nebenprodukt gewissermaßen — ein Ergebnis abfallen, das auch aus anderen Gründen als wegen der Befriedigung, die der Arbeitende in der Überwindung des Arbeitsleids findet, angestrebt werden würde.

Die Nationalökonomie, die sich nur mit der Außenarbeit zu befassen hat, hat die unmittelbaren Arbeitsgenuss bringende Arbeit und die Innenarbeit nur insoweit zu beachten, als sie das Angebot an Außenarbeit zu beeinflussen vermögen. Dass das Angebot an Arbeit bestimmter Art auf diese Weise unter bestimmten Umständen (in freilich nur geringfügiger Menge) erhöht werden kann, ist dabei allein für sie von Bedeutung, nicht aber etwa die psychologischen Probleme, die unmittelbarer [534] Arbeitsgenuss und Innenarbeit bieten. Im Lichte der Nationalökonomie gesehen, ist die Innenarbeit dem Verbräuche gleichzustellen. Man beachte, dass für die Zwecke, denen sie dient, nicht nur eigene Arbeit und eigenes Arbeitsleid des Handelnden aufgewendet werden, sondern in der Regel auch Sachgüter und fremde Arbeit, die vergütet werden muss. Die Leibesübung erfordert Sportgerät und Sportlehrer, der Gottesdienst Sakralgebäude- und Geräte, Opfergegenstände, Priester und Kirchendiener, das raffinierte Spiel Spielgerät verschiedener Art. Alle diese Aufwendungen werden als Verbrauch angesehen, und so ist auch die Innenarbeit der Verbrauchersphäre zugehörig.

II. Arbeitsfreude und Arbeitsqual↵

Die Arbeit, mit der wir es in der Nationalökonomie allein zu tun haben, ist die arbeitsleidbringende Außenarbeit. Sie wird um des mittelbaren Arbeitsgenusses, der in der Erreichung eines außerhalb der Arbeit und des durch sie erweckten Leids liegenden Zweckes erblickt wird, geleistet. Gearbeitet wird um des Ertrages und des Lohnes willen. Die Arbeit erweckt Arbeitsleid. Doch neben dem Arbeitsleid, das als lästig empfunden wird und um dessentwillen mit der Arbeit auch dann gewirtschaftet werden würde, wenn die menschlichen Kräfte nicht beschränkt wären und der Einzelne ein unbegrenztes Maß von Arbeit zu verrichten imstande wäre, gehen mitunter besondere Affekte, Arbeitsfreude und Arbeitsqual, einher.

Beide, Arbeitsfreude und Arbeitsqual, liegen auf einer anderen Ebene als das Arbeitsleid. Die Arbeitsfreude kann daher das Arbeitsleid weder mindern noch aufheben. Sie ist eine Begleiterscheinung der Arbeit, die auch nichts mit unmittelbarem Arbeitsgenuss zu tun hat, sondern bald an den regulären mittelbaren Arbeitsgenuss, an den Ertrag oder Lohn der Arbeit, anknüpft, bald mit Nebenwirkungen der Arbeit verbunden ist, die eine Art von irregulärem mittelbarem Arbeitsgenuss liefern. Die Arbeit wird nicht der Arbeitsfreude wegen geleistet, sondern des mittelbaren Arbeitsgenusses wegen, obwohl sie an sich Arbeitsleid schafft. Die Arbeitsfreude setzt meist geradezu den Tatbestand des Arbeitsleids und seiner Überwindung um des Lohnes willen voraus.

Die Quellen der Arbeitsfreude sind :

a) Die Aussicht auf den mittelbaren Arbeitsgenuss, auf den Erfolg und Ertrag der Arbeit, auf den Lohn. Die Arbeit erfreut als Mittel zu einem angestrebten Zweck, der Fortgang der Arbeit erfreut als Fortschritt auf dem Weg zu einem Ziel. Die [535] Arbeitsfreude ist Vorfriede, Vorwegnahme der Befriedigung, die im mittelbaren Arbeitsgenuss liegt. Im gesellschaftlichen Gefüge äußert sich diese Freude in der Genugtuung darüber, dass man imstande ist, im Rahmen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit seinen Mann zu stellen und eine von den Mitmenschen gewürdigte, weil durch Entlohnung erfolge sie nun in der Form von Preiszahlung für das Arbeitsergebnis oder in der Form von Arbeitslohn — anerkannte Funktion zu erfüllen. Der Arbeiter findet Befriedigung im Bewusstsein, sich und seine

Angehörigen erhalten zu können, im Bewusstsein, sein Leben nicht von der Gnade und der Barmherzigkeit seiner Mitmenschen abhängig zu wissen, sondern es seiner eigenen Kraft zu verdanken.

b) Im Fortgang der Arbeit bestaunt der Arbeiter die Naturgesetzlichkeit, der er arbeitend gehorcht, und die Kraft des menschlichen Geistes, der es versteht, der Natur seinen Willen aufzuzwingen, indem er sich ihren Gesetzen gemäss verhält. Es ist ästhetische Freude am Schaffen und ästhetisches Genießen des Werks, doch nicht die Freude dessen, der bloß beschaut, was andere vollbracht, sondern die höhere Freude dessen, der sich sagen darf: das kann ich und das leiste ich, das ist mein Werk.

c) Nach Vollendung der Arbeit genießt der Arbeiter die Genugtuung, das Arbeitsleid, alle Mühe und Plage, erfolgreich überwunden und überstanden zu haben. Er ist befriedigt, weil er Schweres und Leidvolles hinter sich gebracht hat. Er hat das Hochgefühl des: Ich hab's vollbracht und vollendet.

d) Manche Arbeit befriedigt auch noch andere Gelüste. Es gibt Arbeiten, die erotische Wünsche — bewusste und unbewusste — befriedigen. Manche dieser Wünsche sind «normal», manche sind es weniger. Auch Fetischisten, Homosexuelle, Sadisten und Pervertierte anderer Art können im Arbeiten ein Feld zur Stillung ihrer Leidenschaften finden. Es gibt Berufe, die Menschen solcher Veranlagung besonders anziehen. Grausamkeit und Mordlust entwickeln sich nicht selten unter dem Schutze eines beruflichen Vorwandes.

Die verschiedenen Arten von Arbeit bieten, auch wenn wir von der Arbeitsfreude der Klasse *d* absehen, verschiedene Bedingungen für die Entfaltung von Arbeitsfreude. Am gleichmäßigsten werden wohl die Bedingungen für die Klassen *a* und *c* liegen. Für die Klasse *b* dürften sie stärker differenziert sein.

Die Arbeitsfreude kann auch ganz fehlen; seelische Faktoren vermögen sie auszuschalten. Andererseits kann man durch psychische Einwirkung versuchen, die Arbeitsfreude zu heben.

[536]

Kluge Menschenkenner haben sich seit jeher bemüht, die Arbeitsfreude zu steigern. Ein gutes Stück der Leistungen der Heerführer und Heeresorganisatoren liegt auf diesem Gebiete. Sie hatten es meist nicht allzuschwer. Das «Waffenhandwerk» erschließt auch so schon die besondere Befriedigung, die Blutvergießen und Vergewaltigung von Mitmenschen dunklen Urinstinkten gewähren, und Schwertergeklirr und Sporengerassel sind wirksame Förderer erotischer Erfolge. Doch diese Freuden sind jedem Waffengebrauch eigen; auch der Krieger, der seinen Herrn im Stiche läßt und die Waffen gegen ihn im Dienste neuer Herren kehrt, genießt sie. So musste es zu einer besonderen Aufgabe des Kriegswesens werden, durch Erweckung von Korpsgeist und Fahmentreue ein Band zu knüpfen, das den einzelnen Söldner und ganze Abteilungen so bindet, dass sie gegen das verlockende Anbot günstigerer Bedingungen fest bleiben. Es gab freilich auch Armeen, die auf diese «Imponderabilien» verzichtet haben; in den Heeren und Flotten des 18. Jahrhunderts begnügte man sich damit, die Soldaten durch Prügel zum Verbleib bei den Fahnen zu zwingen.

Die moderne kapitalistische Großindustrie hat der Erweckung und Steigerung der Arbeitsfreude keine Beachtung geschenkt. Das schien ihr überflüssig. Die Fülle von Wohlfahrtszuwachs und die Befreiung von den Fesseln der landwirtschaftlich-feudalen und handwerksmäßig-zünftlerischen Arbeitsverfassung, die sie dem Arbeiter brachte, steigerte ohnehin die Arbeitsfreude. Die Nachkommen gedrückter darbender Knechte wurden nicht nur zu gleichberechtigten freien Bürgern; sie sahen ihre Lebenshaltung in fortschreitendem Aufstieg. Die moderne Großindustrie ist vor allem Erzeugung für den Bedarf der Massen.

Der Verbrauch wuchs, die Sterblichkeit sank. Zum erstenmale in der Geschichte war der kleine Mann, der Handarbeiter und Handlanger, zum Nutznießer des gesellschaftlichen Wohlstands geworden. Ist er doch der *Konsument*, dem zu dienen die Großindustrie auf das eifrigste beflissen ist, wenn sie Märkte sucht und latenten Bedarf zu erwecken trachtet.

Da setzte die Propaganda der sozialistischen und gewerkschaftlichen Parteien ein. Sie suchte den Arbeiter darüber zu belehren, dass er sich auf dem Wege fortschreitender und unaufhaltsamer Verelendung befinde. Er werde durch Unternehmer und Kapitalisten um den größeren Teil des Ertrages seiner Arbeit gebracht, er werde ausgebeutet, unterdrückt und beraubt, er gehe zugrunde, während er andere reich macht. Das herrschende Wirtschaftssystem sei nichts als ein großes Unrecht am Arbeiter. Dieses verwünschte System müsse [537] vernichtet werden und einem andern Platz machen, in dem der Arbeiter alles Glück des Paradieses genießen werde.

Nichts stand dieser Propaganda mehr im Wege als die Freude, die dem Arbeiter seine Eingliederung in den kapitalistischen Produktionsprozess der Marktwirtschaft bereitete. Des Arbeiters Trachten war ganz darauf gerichtet, den schnellen und glänzenden Aufstieg der Arbeiterschaft zu Wohlstand, Kultur und bürgerlicher Freiheit mitzumachen. Nur wenige Arbeiter fühlen in sich den Antrieb, Unternehmer zu werden. Doch alle wollen ihre Stellung im Arbeitsprozesse möglichst verbessern. Die Arbeiter bejahten mit vollem Herzen die Gesellschaftsordnung, die ihnen täglich mehr bot. Sie grollten ihr nicht, sie wollten in ihr glücklich werden. Sie waren erfüllt von Idealen und Anschauungen, die der Marxist als «kleinbürgerlich» stigmatisierte. Doch es gelang schließlich, die Kampf- und Gewaltinstinkte dieser Schichten, die das Zeitalter «bürgerlicher Sekurität» hatte einschlafen lassen, zu neuem Leben zu erwecken. Es gelang, das «proletarische Klassenbewusstsein» und den «gewerkschaftlichen Geist» zu entzünden. Die neue Ideologie nahm dem Arbeiter die Arbeitsfreude, indem sie ihm die Arbeit und seine gesellschaftliche Stellung verkelte.

Wir wollen als Arbeitsqual die Gefühle bezeichnen, die das Gegenstück der Arbeitsfreude, gewissermaßen negative Arbeitsfreude, darstellen. Die Arbeitsfreude der Klassen *a* und *b* ist bis zu einem gewissen Grade von ideologischen Auffassungen und Überzeugungen bestimmt; den Arbeiter freut seine gesellschaftliche Stellung und seine aktive Mitwirkung im Rahmen des gesellschaftlichen Gefüges. Wenn man die Ideologie, auf der diese Freude beruht, in den Augen des Arbeiters entwertet und ihm mit Erfolg eine Ideologie empfiehlt, die die Arbeit als Fron im Dienste unmenschlicher Ausbeutung erscheinen lässt, verkehrt man die Arbeitsfreude in Arbeitsqual.

Es kann keiner Ideologie, sie mag noch so eindringlich vorgetragen werden, je gelingen, am Arbeitsleid etwas zu ändern. Man kann Arbeitsleid nicht wegdisputieren und nicht wegsuggerieren, man vermag es andererseits freilich durch Worte und Lehren auch nicht zu steigern. Arbeitsleid bleibt immer Arbeitsleid. Seine Lebenskräfte ungehemmt ausströmen zu lassen, sich frei auf den Gefilden der Erde umher zu tummeln, befriedigt besser als der Zwang der Arbeit. Auch der Arbeiter, der mit vollem Herzen, mit Begeisterung und selbst mit Aufopferung bei der Arbeit ist, empfindet das Arbeitsleid nicht weniger, als er es empfinden würde, wenn er den mittelbaren Arbeitsgenuss niedriger einschätzen würde; er sieht in der Arbeit ein Übel, weil sie Arbeitsleid bringt, sucht, wenn es den angestrebten [538] mittelbaren Arbeitsgenuss nicht gefährdet, die Arbeitsmenge herabzusetzen, um damit auch das Arbeitsleid zu mindern, und empfindet die Arbeitsfreude der Klasse *c* ohne Rücksicht darauf, ob er mehr oder weniger von der Arbeitsfreude der Klassen *a* und *b* empfunden hat.

Doch die Arbeitsfreude der Klassen *a* und *b* und selbst die der Klasse *c* können durch ideologische Einwirkungen zum Verschwinden gebracht und selbst durch Arbeitsqual ersetzt werden. Die Arbeit wird zur Qual, wenn man glaubt, man überwinde das Arbeitsleid nicht

freiwillig, um einen Erfolg zu erzielen, den man höher wertet als das Freisein von Arbeitsleid, sondern dass man durch eine ungerechte Gesellschaftsordnung gezwungen werde, für das Wohl anderer, der Ausbeuter, die Fron des Arbeitsleids auf sich zu nehmen.

Die Arbeitsfreude der Klassen *a* und *c* entspringt in letzter Linie der Einsicht, dass doch das Freisein von Arbeitsleid niedriger bewertet wird als der Erfolg und Ertrag der Arbeit; der Arbeiter findet sich mit der Tatsache ab, dass nun einmal auf dieser Erde Erfolge nur durch Plage erreicht werden können. Die Propaganda der Gegner der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung hat dem Arbeiter diese Einsicht wieder genommen. Der moderne Gewerkschaftsgenosse glaubt, dass der Kapitalismus allein daran schuld sei, dass er Arbeitsleid erdulden müsse. Die kommende Gesellschaftsordnung des Sozialismus und Kommunismus, die er mit herbeiführen will, wird so beschaffen sein, dass die Arbeit «aus einer Last eine Lust wird.» [239] Im Lichte dieser Auffassung wird die Arbeit dem Arbeiter zur unerträglichen Qual.

Arbeitsfreude und Arbeitsqual sind seelische Vorgänge, die das Handeln begleiten, mit ihm aber zunächst unmittelbar nichts zu tun haben. Wir können das verdeutlichen, wenn wir die seelischen Vorgänge beachten, die durch die Knappheit der ursprünglichen sachlichen Produktionsmittel hervorgerufen werden. Unsere Welt- und Naturauffassung lässt uns die Tatsache dieser Knappheit als unabänderliches Schicksal hinnehmen; wir klagen nicht ernstlich darüber, dass wir weder im Paradies noch im Schlaraffenland leben; wir sehen in den durch die Natur gezogenen Schranken unserer Entfaltungs- und Glücksmöglichkeiten kein Unrecht, das uns zugefügt wurde. Dass aber im Naturgeschehen eine Regel- und Gesetzmäßigkeit waltet, von der wir manches zu erkennen vermögen, und [539] dass wir dieses Wissen gebrauchen können, um unser Unbefriedigtsein teilweise zu beheben, erfüllt uns mit Genugtuung. Faust jammert nicht über die Ärmlichkeit und Nichtigkeit des Menschenschicksals; arbeitend und schaffend söhnt er sich mit dem Leben aus und genießt so den «höchsten Augenblick». Doch wenn diese Welt- und Naturauffassung durch eine andere verdrängt werden würde, der die Knappheit der ursprünglichen sachlichen Produktionsfaktoren nicht mehr als eherne unabänderliche Bedingung unseres Daseins erschiene, sondern als das teuflische Machwerk von Dämonen, die uns um unseren Anteil an den Gütern der Welt prellen, wenn wir in den unserem Wirken und Leben gezogenen Schranken nicht mehr das Walten der Natur, sondern den Ausfluss der Bosheit und Tücke von uns immerhin ähnlichen Wesen zu erkennen hätten, wenn wir in jedem Missgeschick, das uns trifft, die Hand solcher Unholde sehen würden, dann würde uns das mit Bitterkeit erfüllen. Wir könnten uns der Welt nicht freuen, die so verkehrt eingerichtet ist, wir würden den Unglückstag beweinen, der diese Dämonen in die sonst so vortreffliche Welt gesetzt hat. Wir würden nicht anders handeln können, als wir heute handeln, wir würden aber mit anderen Empfindungen auf die Welt und die Natur blicken.

So ist es auch mit dem Wegfall der Arbeitsfreude und ihrer Verdrängung durch Arbeitsqual. An der Arbeit selbst und an der Beurteilung des Arbeitsleids und des Arbeitsertrags wird nichts geändert. Das Angebot an Arbeit und die Nachfrage nach Arbeit bleiben unverändert. Man nimmt ja das Arbeitsleid nicht wegen der Arbeitsfreude in Kauf, sondern wegen des mittelbaren Arbeitsgenusses. Was sich ändert, ist allein die gefühlsmäßige Stellung des Arbeiters zu seiner Arbeit und zur Gesellschaft, und in weiterer Folge seine Stellung zum Leben und zur Welt überhaupt. Eine Gesellschaft, in der die Arbeitsfreude durch die Arbeitsqual verdrängt wurde, ist eine Gesellschaft von unfrohen, verdrossenen und mit sich selbst zerfallenen Menschen.

Wie wenig die Arbeitsfreude den eigentlichen Arbeits- und Produktionsprozess selbst berührt, zeigt das Versagen der in sie gesetzten Erwartungen im sozialistischen Arbeitssystem. In den sozialistischen Experimenten, die die politischen Machthaber in Sowjet-Russland, im nationalsozialistischen Deutschland und im fascistischen Italien

unternommen haben, hat man damit gerechnet, dass durch eindringliche Propaganda gezüchtete Arbeitsfreude die Unergiebigkeit der kollektivistischen Arbeitsmethoden wettmachen werde. Das Ergebnis war kläglich. Wo man der Arbeitsfreude eine Funktion im Arbeitssystem [540] zuweisen will, werden alle Bemühungen, sie hervorzurufen und zu steigern, zum eiteln Spiel.

Arbeitsfreude und Arbeitsqual können das Angebot von Arbeit nicht beeinflussen. Für Arbeitsfreude und Arbeitsqual, die mit jeder Art von Arbeit in gleicher Intensität verbunden sind, bedarf das wohl keiner näheren Beweisführung. Doch auch dort, wo die Arbeitsfreude von der besonderen Art. der Arbeit und von der besonderen Veranlagung des Arbeiters abhängt, so vor allem bei der Arbeitsfreude der Klasse d , ist sie für den Umfang des Arbeitsangebots belanglos. Wohl strömen solcher Arbeit Arbeiter zu, die für die besondere mit ihr verbundene Arbeitsfreude empfänglich sind; doch dieser Zustrom hat die Tendenz, den Lohn zu drücken und damit alle jene abzuwehren, die, weil sie für die besondere Arbeitsfreude dieser Klasse unempfindlich sind, lieber andere Arbeitsgelegenheiten aufsuchen, wo ihre Arbeit besser vergütet wird.

Arbeitsfreude und Arbeitsqual sind eben Gefühle und Empfindungen, die neben der Arbeit einhergehen, ohne auf die Schätzung des Arbeitsleids und des Arbeitslohns Einfluss zu üben.

III. Der Arbeitslohn ↩

Im weiteren Sinne des Wortes hat man unter Arbeitslohn die in der Marktwirtschaft für Arbeit gezahlten Preise zu verstehen, gleichviel ob diese Preise mit dem Preis, der für das Produkt gezahlt wird, verbunden sind, oder ob die Arbeit allein gekauft und verkauft wird. Im engeren Sinn des Wortes ist als Arbeitslohn nur der Preis der Arbeit, wie er in der Entlohnung von Arbeitern durch Unternehmer oder direkt empfangener Dienste durch die Verbraucher gezahlt wird, zu verstehen.

Die Arbeit ist auf dem Markte ein Produktionsmittel. Für das Handeln und für den handelnden Menschen ist die eigene Arbeit nicht nur Produktionsmittel, sondern auch Quelle des Arbeitsleids; sie wird nicht nur als Produktionsmittel, sondern auch im Hinblick auf das Arbeitsleid gewertet. Doch die auf dem Markte angebotene fremde Arbeit ist nichts als Produktionsmittel. Sie wird wie jedes andere Produktionsmittel behandelt, bewirtschaftet und bewertet. Die Bewertung der Arbeit folgt denselben Grundsätzen und Regeln wie die Bewertung aller anderen Produktionsmittel; der Preis, der für die Arbeit auf dem Markte gebildet wird, der Arbeitslohn, unterliegt denselben Preisgesetzen wie die Preisbildung aller anderen Produktionsmittel. In diesem Sinne kann man sagen, die Arbeit werde wie eine Ware behandelt. Um die Assoziationen, die man [541] unter dem Einfluss des Marxismus mit diesem Ausdruck verbindet, braucht sich die Nationalökonomie nicht weiter zu kümmern.

Von «Arbeit» ganz allgemein ohne näheren Zusatz zu sprechen, ist nur unter gewissen Einschränkungen zulässig. Es gibt keine einheitliche Arbeit. Arbeit ist sehr verschiedener Qualität, und jede Art von Arbeit ist von anderer Wirkung und wird daher als ein Produktionsmittel besonderer Art angesehen. Die Arbeit des Chirurgen ist von der des Erdarbeiters, der Erde aushebt, und von der des Eisendrehers verschieden. Jede Art von Arbeit wird als komplementäres Produktionsmittel zur Erzeugung von bestimmten Genussgütern bewertet. Zwischen der Bewertung der Arbeit des Chirurgen, der des Erdarbeiters und der des Eisendrehers besteht zunächst kein Zusammenhang. Jede einzelne Arbeitsart wird als komplementäres Produktionsmittel besonders bewertet. Ein Zusammenhang wird erst durch die zwischen dem Angebot an Arbeit verschiedener Art bestehenden Beziehungen hergestellt. Eine noch so starke Steigerung der Nachfrage nach Chirurgen wird nicht zu einem Abströmen von Arbeitskräften aus der Erdarbeit in die

Chirurgie führen. Doch zwischen den einzelnen näher verwandten Arbeitsqualitäten gibt es Übergänge, durch die jede Veränderung der Nachfrage nach einer bestimmten Arbeitsart sich nach und nach auf alle übrigen Arbeitsarten auswirkt. Wenn mehr Kräfte dem Ärzteberuf zuströmen, werden anderen, dem Ärzteberuf nächstehenden Gruppen Arbeitskräfte entzogen, die wieder durch Zustrom aus ferneren Gruppen ersetzt werden, und so fort. In diesem Sinne besteht zwischen dem Angebot von Arbeit gänzlich verschiedener Art doch ein Zusammenhang, auch wenn der unmittelbare Übergang von einer Gruppe in die andere nicht möglich ist. Das ist die Auswirkung des Tatbestandes, dass die Verschiedenheit der zur Deckung menschlicher Bedürfnisse benötigten Arbeitsleistungen größer ist als die Verschiedenheit der angeborenen menschlichen Fähigkeit, Arbeit zu verrichten. [240]

Jeder Arbeit wird in der Marktwirtschaft der Preis, der ihrem Ertrag entspricht. In derselben Weise, in der jedes sachliche Produktionsmittel mit dem Preise bezahlt wird, der seiner Mitwirkung am Ergebnis der Zusammenfügung der komplementären Produktionsfaktoren entspricht, wird auch der Arbeit ihr Lohn. Jeder Unternehmer bietet für jede Arbeitsmenge, die er verwenden will, gerade soviel, als er bieten muss, um auf dem Arbeitsmarkte zum Zuge zu kommen. Er kann nicht [542] weniger bieten, weil er dann vom Wettbewerb anderer Unternehmer geschlagen wird und keine Arbeiter findet. Er kann nicht mehr bieten, weil er dann das Produkt teurer erzeugen würde als seine Konkurrenten und es nur zu Verlustpreisen absetzen könnte. Die Marktpreise der Genussgüter legen die Löhne vollkommen fest. Die Löhne sind durch das Angebot an Arbeit und an sachlichen Produktionsmitteln und durch die Marktpreise der Genussgüter eindeutig bestimmt.

Man hat das durch den Hinweis auf die Möglichkeit der Bildung eines Nachfragemonopols bestreiten wollen. Ob man nun die von Adam Smith behauptete stillschweigende Verabredung der Arbeitgeber zur Herabdrückung der Löhne [241] im Auge hat oder ausdrückliche Vereinbarungen zwischen den Unternehmern eines isolierten Gebietes oder der ganzen Welt, der Einwand ist in jedem Fall unstichhaltig.

Die Unternehmer stehen den Verkäufern der Arbeitskraft nicht anders auf dem Markte gegenüber als den Verkäufern der sachlichen Produktionsmittel. Sie wollen — und müssen — die Produktionsmittel so billig als möglich erwerben. Wenn einzelne Unternehmer, Unternehmergruppen oder alle derzeit auf dem Markte wirkenden Unternehmer in diesem Bestreben zu niedrige Löhne und Preise bieten, d. s. Löhne und Preise, die nicht der Lage des Marktes entsprechen, werden sie nur dann Erfolg erzielen, wenn durch natürliche oder durch institutionelle Verhältnisse der Zutritt zum Unternehmertum gehemmt ist. Wenn das Auftreten neuer Unternehmer möglich ist, wenn Wirte, die bisher nicht Unternehmer waren, nicht daran gehindert werden, die Gunst der Marktlage durch eigene Unternehmertätigkeit auszunützen, muss das Sinken der Preise und Löhne sogleich wieder einer Aufwärtsbewegung weichen, die durch die Nachfrage dieser neuen Unternehmer ausgelöst wird. Es werden z. B. die Eigentümer der sachlichen Produktionsmittel statt die Sachgüter höherer Ordnung an die Unternehmer zu verkaufen, selbst als Unternehmer auftreten und den alten Unternehmern damit die Monopolgewinne, die sie durch Unterentlohnung der Arbeit oder durch zu billigen Erwerb der Sachgüter oder durch beides erzielen, wieder nehmen. Die stille Vereinbarung der Unternehmer, von der Adam Smith spricht, könnte nur dann die Löhne unter den durch die Marktlage bedingten Stand herabdrücken, wenn der Zutritt zum Unternehmertum [543] und Spekulantentum gesperrt wäre, d.h. wenn der Unternehmer zum Produzieren außer über Arbeit und sachliche Produktionsmittel auch noch über ein institutionelles Produktionsmittel, ein Unternehmerpatent oder Privileg, verfügen müsste.

Man hat gemeint, dass die Arbeiter ihre Arbeit um jeden Preis verkaufen müssen, da der Lohn in der Regel ihr einziges Einkommen bildet und sie daher ohne Lohn verhungern müssten. Der Arbeiter sei daher gezwungen, jedes Angebot, das ihm gemacht wird, anzunehmen, wenn er kein günstigeres findet. Wenn die Unternehmer einheitlich vorgehen,

können sie daher den Lohn beliebig herabdrücken. Dabei wird als selbstverständlich angesehen, dass die Unternehmer den Unterschied zwischen dem Lohn, der sich auf dem nichtmonopolisierten Arbeitsmarkt gebildet hätte, und dem durch ihre Monopolaktion herabgedrückten Lohn als Sondergewinn einstecken und ihn nicht etwa den Verbrauchern durch Preisnachlass zukommenlassen. Denn täten sie das, dann hätten sie als Unternehmer von ihrem Vorgehen keinen unmittelbaren Gewinn; der Vorteil käme den Verbrauchern (und damit auch wieder den Arbeitern in ihrer Eigenschaft als Verbraucher) zu gute und die Unternehmer wären nur als Verbraucher an ihm mitbeteiligt. Die Unternehmer wären aber nur unter der Voraussetzung imstande, den durch den Lohndruck erzielten Überschuss den Verbrauchern vorzuenthalten, wenn sie für den Verkauf der Waren an die Verbraucher gleichfalls zu einheitlichem Vorgehen vereinigt wären, was sie wieder nur könnten, wenn der Zutritt zum Unternehmertum institutionell beschränkt wäre.

Damit gelangen wir zu dem entscheidenden Punkte der Auseinandersetzung. Jenes vermeintliche Monopol der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt wäre ein Nachfragemonopol. Wir haben jedoch schon gesehen, welche Bewandnis es mit diesen vermeintlichen Nachfragemonopolen hat. Sie sind Angebotsmonopole besonderer Art. [242] Die Bedingung, die den Unternehmern allein die Möglichkeit verschaffen könnte, auf dem Arbeitsmarkt jenen Lohndruck auszuüben, den Smith und mit ihm ein großer Teil der öffentlichen Meinung im Auge haben, wäre die, dass sie über ein sachliches Produktionsmittel, das für jede Produktion unentbehrlich ist, monopolistisch verfügen und dafür Monopolpreise erzielen können. Da es ein für jede Produktion unentbehrliches sachliches Produktionsmittel nicht gibt, müssten sie in dieser Art über alle sachlichen Produktionsmittel [544] verfügen. Diese Bedingung wäre nur in der sozialistischen Wirtschaftsordnung erfüllt, in der es weder Markt noch Marktpreise gibt.

Auch die Eigentümer der sachlichen Produktionsmittel, der ursprünglichen sowohl als auch der erzeugten, könnten sich nicht zu einem Universalkartell verbinden, um die Preise der sachlichen Produktionsmittel zu erhöhen und dadurch mittelbar den Preis der Arbeit zu drücken. Der Tatbestand, der dem menschlichen Wirtschaften bisher und für alle absehbare Zukunft den Stempel aufdrückt, ist die Knappheit der Arbeit und der Überfluss an ursprünglichen sachlichen Produktionsmitteln. Die Knappheit an verfügbarer Arbeit bestimmt das Ausmaß der Ausnützung der ursprünglichen sachlichen Produktionsfaktoren. Es gibt brachliegenden Boden, weil nicht genug Arbeit zur Verfügung steht, um mehr Bodenkraft zur Erhöhung menschlicher Wohlfahrt heranzuziehen. Wenn die Eigentümer des Bodens, der heute der Produktion dient, sich kartellieren würden, um durch Einschränkung der Produktion Monopolgewinn zu erzielen, würden sie durch das Auftreten der Konkurrenz des extramarginalen Bodens um die Frucht ihres Vorgehens gebracht werden. Die Eigentümer der Kapitalgüter aber könnten sich ohne Einbeziehung der Bodeneigentümer allein nicht kartellieren.

Um die Lehre von der monopolistischen Ausbeutung der Arbeiter durch stillschweigende oder ausdrückliche Verabredung der Unternehmer zu widerlegen, hat man manche Einwände vorgebracht. Man hat zunächst festgestellt, dass man nirgends und niemals den Bestand einer solchen Vereinbarung aller Unternehmer — denn nur eine solche aller Unternehmer käme hier in Frage — hätte nachweisen können. Man hat darauf hingewiesen, dass es nicht richtig sei, dass der Arbeitssuchende nicht warten könne, weil er sonst hungern müsste, und darum gezwungen sei, jedes, auch das ungünstigste Angebot der Unternehmer anzunehmen. Auch die Arbeiter hätten Reserven, die ihnen das Warten zumindest für einige Zeit ermöglichen. Überdies stünde, einem Teil der Arbeitssuchenden wenigstens, die Möglichkeit offen, ihre Arbeit auf dem Markt ohne Dazwischentreten der Unternehmer zu verwerten; da sei vor allem der Übertritt in landwirtschaftlichen Kleinbetrieb durch Pachtübernahme und in gewerblichen Kleinbetrieb von Bedeutung. Schließlich hat man darauf hingewiesen, dass

auch der Unternehmer nur um den Preis von Vermögens- und Einkommenseinbußen warten könne; der Versuch den Arbeiter durch Zuwarten müde zu machen, sei dabei auch für den Unternehmer nicht ungefährlich.

[545]

Es ist, im Hinblick auf das früher Gesagte, nicht mehr notwendig, sich mit diesen — übrigens durchaus richtigen — Einwendungen nebensächlicher Art eingehender zu befassen. Auf einen anderen Punkt muss aber noch besonders hingewiesen werden.

Für jene Auffassung von der monopolistischen Ausbeutung der Arbeiter durch die stillschweigende Verabredung der Unternehmer ist alle «Arbeit» gleichartig; es gibt Angebot von «Arbeit» und Nachfrage nach «Arbeit», d.h. nach Arbeit schlechthin ohne Beachtung der verschiedenen Qualität der Arbeit. In Wahrheit gibt es aber etwas derartiges nicht. Angeboten wird immer Arbeit bestimmter Art, und ebenso richtet sich die Nachfrage nie auf «Arbeit» schlechthin, sondern stets auf Arbeit bestimmter Art. Jeder Unternehmer muss darauf bedacht sein, für sein Unternehmen die Arbeiter zu finden, die die bestimmten Arten von Arbeit, die er benötigt, leisten können. Er muss diese Arbeiter aus den Produktionszweigen, Beschäftigungen und Betrieben, in denen sie gerade tätig sind, durch das Anbot besserer Entlohnung herausziehen und anzulocken wissen. Jede Neuerung, die ein Unternehmer ins Werk setzen will, bestehe sie nun in der Aufnahme der Erzeugung eines neuen Artikels, in der Anwendung eines neuen Verfahrens, in der Wahl eines neuen Standortes oder einfach nur in der Erweiterung schon bestehender Erzeugung, bedarf der Mitwirkung von Arbeitern, die bisher anderweitig tätig waren. Die Unternehmer stehen nicht nur im Allgemeinen einer Knappheit an Arbeit gegenüber, sondern im besonderen einer Knappheit an Arbeit der von ihnen benötigten Qualität. Der Wettbewerb der Unternehmer um den gelernten Arbeiter, den Qualitätsarbeiter, den sie für ihre besonderen Ziele brauchen können, ist nicht minder heftig als ihr Wettbewerb um die geeigneten Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen und Werkzeuge und als ihr Wettbewerb auf dem Kapital- und Geldmarkte. Die Ausdehnungsmöglichkeit der einzelnen Unternehmungen ist wie die der gesamten Produktion durch die Knappheit der Arbeit gerade so begrenzt wie durch die von ihr bewirkte Knappheit der produzierten Produktionsmittel.

Der Unternehmer hat wohl ein Interesse daran, die Arbeit so niedrig als möglich zu entlohnen; ein Unternehmer, der seinen Arbeitern mehr zahlen wollte, als dem Marktwerte ihrer Leistungen entspricht, würde bald aus der Unternehmerstellung hinausgedrängt werden. Doch das bedeutet nicht, dass es dem Unternehmer möglich wäre, den Arbeiter schlechter zu entlohnen als nach dem Marktwerte seiner Leistungen. Er muss die Arbeit jener Qualität suchen, die in den Rahmen seines [546] Produktionsprozesses am besten hineinpasst; Verwendung von Arbeit schlechterer Qualität bedeutet für ihn weniger zweckmäßige Ausnützung der Anlagen, Werkzeuge, Rohstoffe und der Halbfabrikate; sie bringt, auch wenn sie billiger ist, Verluste. Die Qualitätsarbeit — und jede Arbeit, auch die des «ungelernten» Arbeiters, ist Qualitätsarbeit; «abstrakte» Arbeit ist eine unsinnige Vorstellung — muss er durch Überbieten der Löhne, die die übrigen Unternehmer zu zahlen bereit sind, an sich zu ziehen suchen.

IV. Die Arbeitslosigkeit↩

Wenn ein Arbeitssuchender für die Art von Arbeit, die er vorzieht, keinen Abnehmer findet, muss er sich um Arbeit anderer Art umsehen. Wenn ein Arbeitssuchender nicht den Lohn erhalten kann, den er gerne haben wollte, dann muss er seine Ansprüche herabsetzen. Will er das nicht, so findet er keine Arbeit; er wird arbeitslos.

Die Arbeitslosigkeit ist die Folge des Umstandes, dass der Arbeiter entgegen der Auffassung der früher erwähnten Lehre vom Nichtwartenkönnen der Arbeiter — warten kann und warten will. Ein Arbeiter, der nicht warten kann und nicht warten will, findet in der unbehinderten Marktwirtschaft, in der es extramarginalen brachliegenden Boden und oft auch unausgenützte Produktionskapazität produzierter Produktionsmittel gibt, immer Arbeit; es genügt, dass er seine Lohnforderung ermäßigt oder Beruf und Arbeitsort wechselt.

Es gab einst und gibt auch noch heute Arbeiter, die eine gewisse Zeit hindurch arbeiten, um dann wieder eine Zeit lang von Ersparnissen zu leben. In Ländern mit niedrigem Kulturstand der Massen ist es oft nicht leicht, Arbeiter zu finden, die ständig in der Arbeit bleiben wollen. Der Arbeiter ist dort so bedürfnislos und phantasiearm, dass er für seine Ersparnisse keine andere Verwendung kennt als die, sich für einige Zeit Muße zu kaufen. Der Arbeiter arbeitet nur, um dann wieder arbeitslos leben zu können.

In den Kulturländern ist das anders. Die Arbeitslosigkeit erscheint dem Arbeiter hier als ein Übel, das er gerne vermeiden möchte, wenn nur das Opfer, das er für das Vermeiden zu bringen hat, nicht zu groß ist. Das Vermeiden der Arbeitslosigkeit wird dem Arbeiter zu einem Gegenstand rationalen Abwägens des Für und des Gegen. Der Arbeiter kann die Arbeitslosigkeit aus mancherlei Erwägungen für zweckmäßiger ansehen als das Annehmen von Arbeit. Die Erwägungen, die zu [547] der marktmäßigen oder regulären Arbeitslosigkeit führen, sind:

a) Der Arbeiter ist der Meinung, dass es ihm nach einigem Zuwarten gelingen werde, an seinem Aufenthaltsorte und in dem Produktionszweig, in dem er bisher tätig war und für den er besondere Eignung erworben hat, wieder Beschäftigung zu finden. Er zieht vorübergehende Arbeitslosigkeit dem kostspieligen Orts- und Berufswechsel vor. Erwägungen dieser Art fallen besonders dann ins Gewicht, wenn der Arbeiter durch Grund- und Hausbesitz an seinen Aufenthaltsort stärker gebunden ist.

b) Der Umfang der Nachfrage nach der Art von Arbeit, die der Arbeiter auf dem Markte anbietet, schwankt im Verlaufe des Jahres (mitunter im Verlaufe eines längeren Zeitabschnitts) beträchtlich. Einer oder mehreren Perioden stärkerer Nachfrage (Saison, Hochsaison) stehen Perioden gegenüber, in denen die Nachfrage geringer oder überhaupt nicht vorhanden ist (schlechte Saison, tote Saison). Die Arbeiter, die in der guten Saison reichlich verdient haben, sehen sich in der toten Saison nicht um Arbeit anderer Art um, sondern ziehen es vor, arbeitslos zu bleiben und von Rücklagen zu leben, die sie während der Zeit guten Verdienstes gemacht haben.

c) Der Arbeiter zieht vorübergehende Arbeitslosigkeit aus Erwägungen vor, die man nicht als wirtschaftlich (im engeren Sinne) zu bezeichnen pflegt. Er will nicht Arbeit annehmen, die seinen religiösen, ethischen oder politischen Anschauungen und Wertungen zuwiderläuft. Auch ständische Vorurteile spielen mitunter eine große Rolle.

Die Arbeitslosigkeit ist auf dem unbehinderten Markte immer freiwillig gewollt. Der Arbeitslose sieht in ihr das kleinere von zwei Übeln, zwischen denen er zu wählen hat. Die Marktlage mag den Lohn herabdrücken, doch es gibt auf dem unbehinderten Markte stets einen Lohnsatz, zu dem alle Arbeitswilligen Arbeit finden können. Die endlichen Löhne sind jene Lohnsätze, bei denen alle Arbeiter Beschäftigung und alle Unternehmer so viele Arbeiter, als sie beschäftigen wollen, finden.

Es ist unzweckmäßig, die Arbeitslosigkeit als Reibungserscheinung zu bezeichnen. In dem Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft fehlt die Arbeitslosigkeit, weil wir das Gedankenbild so konstruiert haben, dass in ihm Gleichgewicht herrscht und alle Produktionsfaktoren voll beschäftigt sind. Die Arbeitslosigkeit ist eine Begleiterscheinung der Veränderungen, die das Bild der gleichmäßigen Wirtschaft stören. Dass der durch

Veränderungen im Produktionsprozess freigesetzte Arbeiter nicht gleich jede Möglichkeit einer neuen Beschäftigung [548] ergreift, sondern wartet und bessere Verwendungsmöglichkeit für seine Arbeit sucht, ist nicht die Folge der Langsamkeit, mit der die Anpassung an die neue Lage der Dinge vor sich geht, sondern im Gegenteil eine der Ursachen dieser Langsamkeit.

Von der marktmäßigen Arbeitslosigkeit ist die irreguläre Arbeitslosigkeit grundsätzlich verschieden. Sie entspringt nicht dem Entschlusse des einzelnen Arbeiters. Sie ist die Folge einer Politik, die höhere Löhne als die, die der Markt bildet, durch Eingriff in das Getriebe des Marktes festzulegen sucht. Die irreguläre Arbeitslosigkeit geht über den Rahmen einer Betrachtung der unbehinderten Marktwirtschaft hinaus.

V. Die Lohnbildung: Die Ansprüche der Käufer von Arbeit↩

Die Unternehmer müssen die für ihre Geschäfte erforderlichen Produktionsmittel auf dem Markte kaufen. So wie sie nicht schlechthin irgendwelche Rohstoffe und Maschinen kaufen, sondern bestimmte Mengen von bestimmten Produktionsmitteln bestimmter Art, so kaufen sie auch nicht «Arbeit», sondern bestimmte Mengen von Arbeit bestimmter Art. Diese Arbeitsleistungen müssen sie so hoch vergüten, dass sie den Wettbewerb der übrigen Unternehmer aus dem Felde schlagen.

Der Unternehmer kauft immer nur die Arbeitsleistung und zahlt nur für die Arbeitsleistung. Die institutionellen Formen sind dabei ohne Einfluss auf die Gestaltung des Preises, den der Unternehmer für die Leistung zahlt. Der Unternehmer fragt allein nach dem Aufwand, der ihm durch die Einstellung des Arbeiters erwächst, und hält ihm die Ertragssteigerung gegenüber, die er durch seine Einstellung zu erzielen vermag. Darnach entscheidet er sich. Erachtet es der Unternehmer für vorteilhafter, den Arbeiter einzustellen, dann tut er es; erachtet er den Aufwand als zu groß, dann verzichtet er auf die Einstellung. Der erwartete Ertrag bestimmt die Grenze, bis zu der der Unternehmer bei der Beschaffung der Arbeitskraft zu gehen bereit ist.

Die Lohntheorie hat unter dem Ausdruck Lohn stets den gesamten Aufwand zu verstehen, der dem Unternehmer durch die Beschäftigung eines Arbeiters erwächst. Der Unternehmer fragt nicht: was erhält der Arbeiter? sondern: was kostet mich die Arbeitsleistung? Der Unternehmer kauft immer die Leistung und nicht den Arbeiter oder die Arbeit.

Man hat demnach zu beachten:

a) Es macht keinen Unterschied aus, ob die Lohnzahlung in der Gestalt des Stücklohnes oder in der des Zeitlohnes [549] erfolgt. Auch wenn Zeitlöhne gezahlt werden, rechnet der Unternehmer immer nur mit dem Werte der Leistung, die der Arbeiter ihm liefert. Arbeiter, die nicht das erwartete Mindestmaß leisten, werden als ungeeignet entlassen oder schlechter entlohnt. Andererseits kann der Arbeiter, der mehr verdienen will als den Zeitlohn, sein Ziel nur dadurch erreichen, dass er zum Stücklohn übergeht oder einen Arbeitsplatz aufsucht, an dem mehr verlangt und daher auch mehr gezahlt wird.

Es macht ferner keinen Unterschied aus, ob der Zeitlohn als Taglohn, Wochenlohn, Monats- oder Jahresgehalt gezahlt wird, ob die Kündigungsfristen länger oder kürzer sind, ob die Anstellung des Arbeiters für längere Zeit oder gar für Lebensdauer geschieht, ob der Arbeiter einen Anspruch auf Ruhegehalt, Krankengeld, Urlaub, Witwen- und Waisenversorgung hat oder nicht. Die Frage, die sich der Unternehmer vorlegt, ist immer dieselbe: Ist es für mich vorteilhaft, einen Arbeitsvertrag dieser Art abzuschließen? Zahle ich für die Leistung, die ich erhalte, nicht zuviel?

b) Alle sogenannten sozialen Lasten gehen daher zu Lasten des Arbeitslohnes. Es ist ohne Belang, ob der Unternehmer berechtigt ist, die Beiträge, die er für Alters- und Invaliditätsversicherung, Witwen- und Waisenversorgung, Krankenkassen, Sterbekassen, Unfallversicherung und Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hat, vom Arbeitslohn abzuziehen oder nicht. Diese Beträge werden, gleichviel wer sie zahlt, immer vom Arbeiter getragen.

c) Das gleiche gilt von Lohnsteuern. Auch hier ist es ohne Belang, ob ein Recht des Abzugs besteht. Jede Steuer, die nach dem Lohnaufwand bemessen wird, trifft in letzter Linie den Arbeitslohn.

d) Die Belastung, die dem Unternehmer aus den Arbeiterschutzgesetzen erwächst, wird auf den Lohn überwältigt. Wenn die Länge des Arbeitstages gekürzt wird und der Arbeiter diese Verkürzung nicht durch Erhöhung der Leistung wettmacht, dann wird der Lohn, (wofern er Zeitlohn ist), entsprechend gekürzt werden. Wird die Lohnsenkung durch einen weiteren Staatseingriff unmöglich gemacht, dann treten alle Wirkungen einer durch Intervention anbefohlenen Lohnsteigerung auf.

Was von der Kürzung der Länge des Arbeitstages gilt, gilt *mutatis mutandis* auch von den Arbeiterurlauben und von allen verwandten Bestimmungen.

e) Wird andererseits dem Unternehmer, der Arbeiter einer bestimmten Art beschäftigt, ein Beitrag aus öffentlichen Mitteln geleistet, so wird der Lohn, den der Arbeiter empfängt, den Betrag dieses Beitrags erhöht.

[550]

f) Wird dagegen dem Arbeiter aus öffentlichen Mitteln ein Beitrag zur Ergänzung seines Arbeitsverdienstes auf eine bestimmte Höhe geleistet, wie dies in England am Anfang des 19. Jahrhunderts (Speenhamlandsystem) geschah, so bleibt das ohne Einfluss auf die Lohngestaltung, es sei denn, dass der Umstand, dass die Gewährung der Unterstützung an die Bedingung geknüpft wird, dass der Arbeitsfähige auch wirklich arbeite, das Angebot auf dem Arbeitsmarkte vergrößert.

VI. Die Lohnbildung: die Ansprüche der Verkäufer von Arbeit ↩

Das Schicksal des Urmenschen war ein beständiger Kampf mit der Armut der Bedingungen, die die Natur seiner Existenz geboten hat. In diesem Kampf ums nackte Dasein sind Einzelne und ganze Familien, Gruppen und Stämme erlegen. Über dem Handeln des Urmenschen schwebte stets das Gespenst des Hungertodes. Unsere Kultur hat uns über diese Nöte hinausgehoben. Das menschliche Leben ist in jeder Stunde von tausend Gefahren bedroht; jeden Augenblick können unbeherrschbare oder zumindest heute noch nicht gebändigte Elementarkräfte es zerstören. Doch der Hunger hat für die in der kapitalistischen Gesellschaft lebenden Menschen seine Schrecken eingebüsst. Der Arbeitsfähige kann heute durch seine Arbeit weit mehr erwerben als das Existenzminimum.

Es gibt auch Arbeitsunfähige. Es gibt solche, die überhaupt zu keiner Arbeitsleistung fähig sind, und solche, die zwar arbeiten können, deren Leistung jedoch so gering bewertet wird, dass sie nicht imstande wären, von dem Ertrag ihrer Arbeit das Leben zu fristen. Diese Personen können ihr Auskommen nur finden, wenn die Erwerbenden sich ihrer annehmen. Für die mittellosen Erwerbsunfähigen sorgen die Familienangehörigen, die Menschlichkeit und Mildherzigkeit von Wohltätern oder die öffentliche Armenpflege. Sie nehmen am gesellschaftlichen Produktionsprozess keinen Anteil; soweit die Beschaffung der für den Verbrauch benötigten Mittel in Betracht kommt, handeln sie nicht; sie leben, weil andere für sie sorgen. Die Probleme dieser Versorgung stehen als Probleme des Verbrauches jenseits der

Probleme der Mittelwahl, denen die Nationalökonomie ihre Aufmerksamkeit zuwendet. In den Bereich der nationalökonomischen Überlegungen fällt allein die Betrachtung der Wirkungen, die von der bei der Versorgung der Arbeitsunfähigen eingeschlagenen Politik auf das Angebot an Arbeit ausgehen. Man hat in der Armenpolitik mitunter Methoden [551] befolgt, die Arbeitsunwilligkeit und Müßiggang von Arbeitsfähigen gefördert haben.

Es ist denkbar und, wenn man die Wirtschaftspolitik der letzten Zeit ins Auge fasst, nicht ganz unwahrscheinlich, dass durch Kapitalaufzehrung auf der einen Seite und durch Vermehrung oder auch nur durch nicht entsprechend großen Rückgang der Bevölkerungsmenge auf der anderen Seite die Welt einem Zustand näher gebracht werden könnte, in dem die Menschen wieder die Not im strengen Sinn des Wortes kennen lernen. Das Verhältnis von Kapitalmenge und Arbeiterzahl könnte so ungünstig werden, dass ein Teil der Arbeiter weniger erzeugt als das Existenzminimum. Schon die langsame Annäherung an solche Zustände würde zweifellos fürchterliche Kämpfe innerhalb der Gesellschaft auslösen, Kämpfe, die zur vollständigen Vernichtung der Kultur und der gesellschaftlichen Kooperation führen müssten.

Der Begriff des Existenzminimums, mit dem manche Lohntheorien einst gearbeitet haben und den die Demagogen allezeit gerne im Munde geführt haben und noch führen, ist für die Lohntheorie unbrauchbar. Eine der Bedingungen, auf der die gesellschaftliche Kooperation aufgebaut ist, ist eben die Tatsache, dass in Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung geleistete Arbeit in solchem -Masse ergiebiger ist als die Arbeit isolierter Einzelner, dass in der Gesellschaft jeder Einzelne, sofern er nur arbeitsfähig ist, von Not, wie sie entfernten Vorfahren täglich drohte, nichts zu fürchten hat. In der kapitalistischen Welt spielt das Existenzminimum praktisch keine Rolle. [243]

Der Begriff des Existenzminimums entbehrt aber auch der Genauigkeit und Eindeutigkeit, die man in ihm zu finden geglaubt hat. Der an ein mehr tier- denn menschengleiches Leben gewöhnte Urmensch konnte unter Bedingungen existieren, die für den verwöhnten Kulturmenschen unerträglich wären. Es gibt keinen physiologisch-biologischen Begriff eines Existenzminimums, der für den Menschen im allgemeinen anwendbar wäre. Nicht minder unhaltbar ist aber auch die Vorstellung, man brauche ein bestimmtes Quantum an Kalorien, um den — nicht arbeitenden — Menschen gesund und reproduktionsfähig am leben zu erhalten, und dann eine weitere Kalorienmenge, um den durch die Arbeit erfordernten Kräfteverbrauch zu ermöglichen. Mit solchen Viehzüchter- und Laboratoriumsanschauungen kann man die Probleme menschlicher [552] Arbeit und menschlichen Lebens nicht erfassen. Von allen absurden Ideen, die man in die Nationalökonomie einschmuggeln wollte, waren das eherne Lohngesetz und die ihm wesensgleiche Lehre von der «Bestimmung» des «Wertes der Arbeitskraft» durch «die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit» [244] wohl die absurdesten.

Immerhin konnte man mit den Vorstellungen, die dem ehernen Lohngesetz zugrunde lagen, noch einen bestimmten Sinn verbinden. Wenn man im Arbeiter ein Stück Vieh sieht und wenn man glaubt, dass der Arbeiter in der Gesellschaft und auf dem Markte wie Vieh behandelt wird und keine andere gesellschaftliche Rolle spielt als das Zugtier, wenn man ferner meint, dass der Arbeiter keine anderen Ziele kennt als Fressen und Sichfortpflanzen und für den Arbeitslohn keine andere Verwendung hat als die durch diese Zielsetzung bedingte, dann mag das eherne Lohngesetz als eine Lohntheorie erscheinen. Hat man sich aber einmal genötigt gesehen, die unhaltbaren Grundlagen des ehernen Lohngesetzes aufzugeben, dann verwickelt man sich in unauflösbare Widersprüche, wenn man zur Rettung des lieb gewordenen Begriffs des Existenzminimums das physiologisch-biologische Existenzminimum in ein «soziales» verwandelt. Aus den zur Fristung des Lebens, zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und zur Fortpflanzung «notwendigen» Konsummengen

werden dann die zur Erhaltung einer historisch überkommenen Lebensführung erforderlichen Gütermengen. Es ist für die Entstehungsgeschichte dieser Lehre, die den Lohn aus der Tradition und aus der ständischen Gliederung der Gesellschaft erklärt, charakteristisch, dass sie geschaffen wurde als Antwort auf die Feststellung, dass Lohneinkommen und Lebenshaltung der Arbeitermassen in der modernen kapitalistischen Gesellschaft sich in fortschreitendem Aufstieg befinden und dass die überkommenen Rangunterschiede innerhalb der Gesellschaft nicht aufrechterhalten werden können, weil der soziale Aufstieg der arbeitenden Schichten die alten Scheidewände niederreißt. Es bedurfte vollkommener Geschichtsblindheit, um in einem Zeitalter, in dem die Industrie dem Massenkonsum täglich neue Gebiete erschließt, eine Lehre vorzutragen, die die Lohnbildung als traditionell gebunden ansieht.

Dass die historische Richtung der «wirtschaftlichen Staatswissenschaften» den Lohn wie alle anderen Preise als historische Kategorie ansieht und mit dem Begriff des standesgemäßen Einkommens arbeitet, mag weiter nicht auffällig [553] scheinen; es ist doch das Um und Auf der Lehren dieser Schule, die Nationalökonomie durch Wirtschaftsgeschichte zu ersetzen. Merkwürdiger ist es schon, dass Marx und die Marxisten nicht erkannt haben, dass sie mit dem Entgegenkommen an diese Lehre das Lehrgebäude ihres Systems zerstören. Wenn man meint, es sei «der Umfang s.g. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt» und hänge «daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem wesentlich auch davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat», wenn man daher feststellt, dass «die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element» enthält, dann mag man zwar noch immer behaupten, dass «für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode», der «Durchschnittsumkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben» sei. [245] Doch dann hat man die Lohnhöhe nicht mehr nationalökonomisch und katallaktisch erklärt, sondern als historisches Datum gesetzt. Dann ist die Lohnhöhe nicht mehr Ergebnis des Zusammenwirkens der Marktfaktoren, sondern ein marktfremder Tatbestand.

Auch wer die Auffassung vertritt, die Lohnsätze würden dem Markte als Datum von außen aufgedrängt, kann, wenn er überhaupt Nationalökonomie treiben will, um die Aufstellung einer den Lohn als Markterscheinung aus dem Getriebe der Tauschakte erklärenden Lehre nicht herumkommen. Ohne eine solche katallaktische Lohnerklärung bliebe die Marktlehre nicht nur unvollständig, sie wird einfach sinnlos. Es geht nicht an, die Katallaktik auf die Erklärung der Warenpreise und der Zinssätze zu beschränken und die Löhne als Datum hinzunehmen. Eine geschichtliche Situation, in der die Löhne dem Markte von außen her durch Eingriffe vorgeschrieben werden, ist recht wohl denkbar; gerade solche Lohnfestsetzung ist das Kennzeichen unserer heutigen Wirtschaftslage. Doch dann obliegt es der Nationalökonomie zu untersuchen, welche Folgen aus der Verschiedenheit der beiden Lohnsätze der aus dem Zusammenspiel der Marktfaktoren hervorgehenden ideellen Marktsätze und der dem Markte durch von außen her wirkende Kräfte vorgeschriebenen effektiv gezahlten Löhne — entstehen.

Die Vorstellung, dass der Lohn mindestens so hoch sein müsse, dass er dem Arbeiter das «standesgemäße» Auskommen sichere, erfüllt zweifellos die Arbeitnehmer. Jeder einzelne Arbeitnehmer hat dabei seine besondere Auffassung darüber, [554] wozu «Stand» und «Herkommen» ihn berechtigen, wie er andererseits auch seine besondere Auffassung über seine Leistungsfähigkeit und seine Leistungen hat. Doch diese Ansprüche und Selbsteinschätzungen sind für die Lohngestaltung ohne Bedeutung. Sie begrenzen den Lohn weder nach oben noch nach unten. Der Arbeitnehmer muss sich bald mit viel weniger begnügen, als er für angemessen hält; bietet man ihm mehr, als er erwarten konnte, dann nimmt er es ohne Bedenken. Das Zeitalter des Kapitalismus, für das das eiserne Lohngesetz

und Marx's Lehre vom herkommensgemäß bestimmten Lohn Geltung beanspruchen, sah einen fortschreitenden, wenn auch immer wieder durch kurze Rückschläge unterbrochenen Aufstieg der Löhne und dementsprechend eine vorher nie geahnte und in der Geschichte ohne Beispiel dastehende Hebung der Lebenshaltung der lohnempfangenden Schichten.

Die Ansprüche, die der Arbeiter im Hinblick auf Stand, Herkunft und Kulturhöhe erheben mag, spielen in der Lohngestaltung keine Rolle. Der Markt bewertet seine Arbeit und setzt sich dabei über Standesauffassungen und Herkunft ebenso hinweg wie über die Überschätzung der eigenen Leistungen, die wohl als allgemein menschliche Eigenschaft bezeichnet werden kann.

Im Bild der gleichmäßigen Wirtschaft entspricht der Lohn für jede einzelne Art von Arbeit der Grenzproduktivität. Es herrscht Gleichgewicht in der Verteilung der Arbeiter auf die verschiedenen Arten von Arbeit. Denn eine Änderung in der Verteilung der Arbeiter könnte, unseren Annahmen gemäss, nur dazu führen, dass ein Missverhältnis zwischen den Produktionskosten und den auf dem Markte erzielbaren Preisen entsteht; es würde auf der einen Seite Waren gehen, deren Verkauf einen Überschuss über die Produktionskosten bringen würde, auf der andern Seite wieder Waren, deren Verkaufspreise die Produktionskosten nicht decken könnten. In der gleichmäßigen Wirtschaft kann kein Arbeiter durch Wechsel des Arbeitsplatzes oder der Arbeitsart einen höheren Lohn erzielen als den, den er gerade erhält; jeder Arbeiter befindet sich an der Stelle, an der er der Gesellschaft die besten Dienste leistet und daher am höchsten entlohnt wird.

Die mathematische Detailausmalung dieser Lage des Arbeitsmarktes in der gleichmäßigen Wirtschaft vermag keineswegs die Frage zu beantworten, die allein Interesse beanspruchen darf, nämlich die Frage, wie dieser Zustand des Gleichgewichts und der Gleichmäßigkeit entstanden ist und wie er sich nach jeder Störung durch das Auftreten eines neuen Datums wiederherzustellen sucht. Nehmen wir an, dass der gleichmässige [555] Gang der Wirtschaft durch Verschiebung der Nachfrage — Änderung des Bedarfs — unterbrochen wurde. Die Nachfrage nach Bier sei gestiegen und dementsprechend muss — den übrigen dem Gedankenbild der gleichmäßigen Wirtschaft zugrundeliegenden Annahmen gemäss — die Nachfrage nach anderen Artikeln, z. B. nach Wein zurückgehen. Die Biererzeuger erzielen nun Unternehmerrgewinne, die den Anreiz zu einer Ausdehnung der Erzeugung von Bier und der für die Biererzeugung erforderlichen Güter höherer Ordnung geben; auf der anderen Seite erleiden die Weinerzeuger Verluste, die zu einer Einschränkung der auf die Erzeugung von Wein gerichteten Unternehmungstätigkeit führen. Um Arbeiter anzuziehen, wird die Bierindustrie höhere Löhne zahlen müssen; auf der anderen Seite werden die Löhne in der Weinerzeugung zurückgehen, weil Arbeiter freigesetzt werden und auf den Arbeitsmarkt einen Druck ausüben. Das neue Gleichgewicht kann sich erst einstellen, bis diese Umschichtung der Arbeit zum Abschluss gelangt ist, bis die Biererzeugung alle Arbeiter erhalten hat, die sie für die Erzeugung jener Menge benötigt, die unter den neuen Verhältnissen zum Gleichgewichtspreis abgesetzt werden kann, und bis alle in der Weinerzeugung freigesetzten Arbeiter Arbeit gefunden haben. Es ist dabei ohne Belang, ob die Verschiebung durch direkte Abwanderung von Arbeitern aus der Weinerzeugung in die Biererzeugung oder durch eine Kette von Berufsumstellungen, deren Endglieder die Bier- und die Weinerzeugung bilden, erfolgt. Jedenfalls ist schließlich wieder ein Gleichgewicht erreicht; kein Arbeiter kann durch Wechsel der Arbeitsstelle seine Lage weiter verbessern, jeder Arbeiter erhält den höchsten Lohn, den er zu erreichen vermag; kein Unternehmer kann durch die Einstellung weiterer Arbeiter oder durch die Entlassung von Arbeitern den Ertrag seines Unternehmens günstig beeinflussen.

Die Lohnsätze des neuen Gleichgewichtszustandes können von denen des alten Gleichgewichtszustandes verschieden sein, wenn wir annehmen, dass die Arbeit in der Biererzeugung und die in der Weinerzeugung verschiedene Eigenschaften des Arbeiters

erfordern, die nur durch Schulung erworben werden können. Wird in beiden Erzeugungszweigen die gleiche Kategorie von Arbeitern in gleichem Umfang verlangt, dann bedeutet die Produktionsverschiebung im endlichen Ruhezustand nur eine Verschiebung von Arbeitern ohne Beeinflussung der Löhne; dasselbe tritt ein, wenn zwar die in der Weinerzeugung freigesetzten Kräfte nicht in die Biererzeugung übertreten können, wenn sie aber in andere Produktionszweige abwandern können, um dort Arbeiter freizumachen, die für die Biererzeugung [556] geeignet sind. Sind die besonderen Fähigkeiten, die die Biererzeugung verlangt, nur durch Schulung zu erlangen, so tritt diese Ausgleichung der Löhne erst nach Ablauf der Zeit ein, die die Ausbildung der den Beruf wechselnden Arbeiter beansprucht. [246]

Eine Verschiebung der Nachfrage und damit auch der Erzeugung vom Wein zum Bier erhöht die Preise aller spezifischen Produktionsmittel der Biererzeugung und drückt die Preise aller spezifischen Produktionsmittel der Weinerzeugung, sofern jene nicht ohne steigende Kosten vermehrt und diese nicht ohne steigende Kosten für andere Zwecke verwendbar gemacht werden können. Zu diesen spezifischen Produktionsmitteln gehört auch die Arbeit, deren Verrichtung besondere Eignung des Arbeiters voraussetzt.

Nicht die Ansprüche, die der Arbeiter erhebt, sondern die Bewertung seiner Leistung durch die Gesellschaft entscheiden über die Höhe der Löhne; sie allein kommt in den Lohnsätzen, die der Markt bildet, zum Ausdruck. In diesem Sinne ist die Arbeit eine Ware wie jede andere. Doch das ist nicht etwa eine Folge der Hartherzigkeit und Habsucht der Unternehmer, sondern eine Folge des Umstandes, dass die Verbraucher nur gewillt sind, Leistungen zu bezahlen, und nicht Ansprüche auf standesgemäßen, dem Herkommen und der übertriebenen Einschätzung der eigenen Person entsprechenden Lohn zu befriedigen.

VII. Das Arbeitsleid und das Angebot an Arbeit.↩

Die die Arbeit betreffenden Tatbestände, mit denen der Markt zu rechnen hat, sind:

- a) Jeder einzelne Mensch vermag nur eine begrenzte Menge an Arbeit zu leisten.
- b) Diese Arbeitsmenge kann nicht zu beliebiger Zeit geleistet werden; die Einschaltung von Ruhepausen ist erforderlich.
- c) Nicht jeder Mensch ist imstande, jede Art von Arbeit zu leisten. Es gibt angeborene und durch Schulung und Übung erworbene Befähigung zur Leistung bestimmter Arbeiten; die angeborene Begabung, die bestimmte Arbeiten erfordern, kann durch keine Schulung und Übung erworben werden.
- d) Die Arbeitskraft muss pfleglich behandelt werden, wenn sie nicht ganz zerstört oder in der Qualität verschlechtert werden soll. Es muss ein besonderer Aufwand geleistet werden, [557] damit der Arbeiter im Vollbesitz seiner Arbeitsfähigkeit — der angeborenen sowohl als der erworbenen — verbleibe.
- e) Mit dem Fortschreiten der Arbeit über ein gewisses Maß hinaus und ihrer Annäherung an den Punkt, an dem die zur Zeit überhaupt vom Arbeiter abgebbare Arbeitsmenge erschöpft ist und eine Ruhe- und Erholungspause eingeschaltet werden muss, sinkt die Qualität der Arbeit. [247]
- f) Die Menschen legen dem Freisein von Arbeit, der Muße, Wert bei, d.h. sie streben die Muße an. Die moderne Nationalökonomie drückt diesen Tatbestand aus, indem sie erklärt: Die Arbeit ist mit Arbeitsleid verbunden.

Der isolierte Wirt, der unmittelbar für seinen eigenen Verbrauch arbeitet, bricht die Arbeit an dem Punkt ab, an dem er die Muße, — das Freisein von Arbeitsleid — höher zu bewerten beginnt als den Ertrag, der durch weitere Arbeit erzielt werden kann. Nun, da die dringendsten Bedürfnisse befriedigt wurden, erscheint die Befriedigung der übrigen noch unbefriedigten Bedürfnisse weniger wichtig als die Befriedigung des Bedürfnisses nach Muße.

Auch der einzelne Lohnarbeiter handelt nicht anders als der Wirt, der unmittelbar für seinen Verbrauch arbeitet. Auch er ist nicht gewillt, bis zur Erschöpfung zu arbeiten; auch er will die Arbeit an dem Punkte abbrechen, an dem er die Muße höher zu bewerten beginnt als den Ertrag, der durch weitere Arbeit erzielt werden kann.

Man hat es so außerordentlich schwer gehabt, diesen Tatbestand zu erkennen, weil man es sich nur langsam abgewöhnen konnte, im Arbeiter den Knecht zu sehen und im Lohn eine den geldwirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Gestalt des Unterhalts, den auch der Sklavenhalter und der Viehhalter dem Sklaven und dem Arbeitstier gewähren müssen. Für diese Auffassung ist der Arbeiter ein Mensch, den seine Mittellosigkeit genötigt hat, Knechtschaft auf sich zu nehmen. Diese Unterwerfung werde zwar vom Formaljuristen als freiwillig angesehen und von den Gesetzen als Vertrag zwischen zwei gleich berechtigten Vertragsteilen ausgelegt. In der Tat aber sei sie unter dem Zwange der Not erfolgt; dem Arbeiter bleibe keine Wahl; er müsse das Joch eines Herrendienstes auf sich nehmen, weil er ein Enterbter ist. Selbst die Freiheit, sich den Arbeitsplatz auszusuchen und damit den Herrn selbst zu wählen, sei nur scheinbar; die offene oder stillschweigende [558] Verabredung der Reichen, die die Arbeitsbedingungen ziemlich einheitlich festlege, nehme ihr jede Bedeutung.

Wenn man die Auffassung teilt, dass der Arbeitslohn nur den Ersatz der für die Erhaltung der Arbeitskraft und ihre Reproduktion vom Arbeiter gemachten Auslagen darstelle, oder wenn man den Arbeitslohn als durch das Herkommen bestimmt ansieht, ist es folgerichtig, in jeder Erleichterung der dem Arbeiter durch den Arbeitsvertrag auferlegten Arbeitsverpflichtung einen einseitigen Gewinn des Arbeiters zu erblicken. Wenn der Lohn von der Leistung unabhängig ist, wenn dem Arbeiter nicht das vergütet wird, was das Getriebe des Marktes seiner Leistung als Preis zuweist, wenn der Unternehmer nicht eine bestimmte Menge von Arbeit bestimmter Qualität, wenn er nicht die Leistung, sondern den Knecht kauft, wenn der Lohn so tief ist, dass er aus natürlichen Gründen gar nicht weiter sinken kann, dann verbessert man die Lage des Arbeiters, wenn man die Länge des Arbeitstages kürzt. Die durch Staatsintervention verfügte Kürzung der täglichen Arbeitszeit ist dann in eine Reihe zu stellen mit den Maßnahmen, durch die der Staat des 17., 18. und 19. Jahrhunderts die Robotpflicht der leibeigenen oder erbuntertänigen Bauern schrittweise herabgesetzt und schließlich ganz beseitigt hat, oder mit Dekreten, die die Arbeitslast von Strafgefangenen erleichtern. Die im Zuge der kapitalistischen Entwicklung erfolgte fortschreitende Kürzung des Arbeitstages erscheint dann als ein Sieg, den die ausgebeuteten Knechte über die harte Eigensucht der Herren davongetragen haben. Die sozialpolitischen Gesetze, die dem Arbeitgeber die Verpflichtung auferlegen, Aufwendungen besonderer Art zu Gunsten der Arbeiter zu machen, hält man für Maßnahmen, die den Arbeitern auf Kosten der Arbeitgeber Vorteile verschaffen, für die sie keinerlei Opfer zu bringen hätten.

Man glaubt, dass es, um die Richtigkeit dieser Auffassung zu beweisen, genüge, sich darauf zu berufen, dass der einzelne Arbeiter auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen kaum Einfluss nehmen könne. Die Länge der täglichen Arbeitszeit, die Bestimmungen über die Arbeit an Sonn- und Feiertagen, über die Ruhe- und Essenspausen während der täglichen Arbeit, über allfällige Arbeitsferien und über vieles andere würden von den Unternehmern getroffen, ohne dass man die Arbeiter um ihre Wünsche befrage. Der Arbeiter habe sich den Arbeitsbedingungen, an deren Aufstellung er nicht mitgewirkt hat, zu unterwerfen, wenn er

nicht der Not und dem Elend preisgegeben sein will.

Von dem Fehler, der dieser Auffassung zugrundeliegt, wurde schon gesprochen. Die Unternehmer suchen nicht Arbeit [559] und Arbeiter schlechthin, sondern Arbeit bestimmter Qualität und Arbeiter, die imstande sind, diese Arbeit zu verrichten. Geradeso wie der Unternehmer darauf bedacht sein muss, für seine Geschäfte den geeignetsten Standort, das geeignetste Verfahren, die geeignetsten Anlagen und die geeignetsten Rohstoffe und Halbfabrikate zu finden, so muss er auch darauf bedacht sein, die geeignetsten Arbeiter heranzuziehen. Er muss die Arbeitsbedingungen so erstellen, dass sie den Arbeitern, die er benötigt, anziehend erscheinen. Der einzelne Arbeiter hat freilich auf die Erstellung der Arbeitsbedingungen nicht mehr, aber auch nicht weniger Einfluss als der einzelne Konsument auf die Richtung, die die Industrie der Erzeugung von Massenverbrauchsartikeln gibt. Wie nicht der Geschmack Einzelner, der vom Geschmack der Menge verschieden ist, über die Gestaltung der Qualität der Massenbedarfsartikel entscheidet, so entscheiden auch nicht die besonderen Wünsche Einzelner, die von denen der Menge verschieden sind, über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den Fabriken. Doch die Unternehmer müssen selbst schwere Unzukömmlichkeiten in Kauf nehmen, wenn die Arbeiter, die sie benötigen, anders nicht zu arbeiten gewillt sind. Im Osten Europas und in Asien müssen Arbeitszeit, Feiertage und manche Betriebseinrichtungen den religiösen und gesellschaftlichen Wertungen der Arbeiterschaft Rechnung tragen, mag auch der Unternehmer dies als noch so störend und kostspielig empfinden. Wenn ein Unternehmer von Arbeitern Leistungen unter Bedingungen verlangt, die den Arbeitern aus irgendwelchen Gründen besonders drückend erscheinen, muss er Sondervergütung leisten.

Alle Arbeitsbedingungen, nicht nur die Lohnhöhe allein, müssen in Betracht gezogen werden, wenn man das Arbeitsverhältnis ins Auge fasst. Alle Arbeitsbedingungen, nicht nur der Lohn allein, sind Gegenstand des Arbeitsvertrags. Dass die Zusammenarbeit in Fabriken und Werkstätten und der Verkehr zwischen den einzelnen Unternehmungen es nicht gestatten, von den landesüblichen Bedingungen in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitspausen und auf manche andere Modalitäten der Arbeitsverrichtung abzuweichen, und zur Vereinheitlichung und Ausgleichung der Arbeitsverhältnisse führen, bedeutet nicht, dass der Einfluss der Arbeitnehmer auf ihre Gestaltung vermindert oder ausgeschaltet wird. Für den einzelnen Arbeitnehmer sind diese Bedingungen freilich eine Tatsache, der er sich fügen muss, wenn er nicht Berufs- oder Ortswechsel vorzieht. Wenn man in Westeuropa und Amerika deutsche Verkäufer, Kellner und Friseurgehilfen nach den Gründen fragte, die sie zur Auswanderung veranlasst hätten, bekam man oft die [560] Antwort, sie hätten den barschen Ton, den Offiziere, Corpsstudenten und deren Standesgenossen im Verkehr mit ihnen einzuschlagen pflegen, nicht länger ertragen können. Die Masse ihrer Berufskollegen wird diesen Ton als selbstverständlich hingenommen haben; wer ihn nicht hinnehmen wollte, musste auswandern.

Wo das Arbeitsverhältnis nicht rein geldwirtschaftlich geordnet ist, wo z. B. ein Teil des Lohnes in Naturalleistungen besteht, oder wo es zu persönlicher Berührung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führt, spielen Dinge mit, die sich der eindeutigen Regelung in Verträgen und der objektiven Feststellung der Vertragserfüllung entziehen. Der Arbeiter ist da mehr oder weniger auf wohlwollende Auslegung des Arbeitsvertrags durch den Arbeitgeber angewiesen; es macht einen Unterschied aus, ob er gut oder schlecht behandelt wird. In den rein geldwirtschaftlich geregelten Beziehungen wird der Arbeitnehmer nicht *behandelt*; er leistet und wird für die Leistung nach dem Marktpreise bezahlt. Wo aber *behandelt* wird, wird *gute* Behandlung vom Arbeitnehmer, der sie sucht, durch Lohnnachlass erkaufte. In den Ankündigungen in den Tageszeitungen, durch die häusliche Dienstboten Stellung suchen, las man und liest man sehr häufig in den Ländern, in denen man die Dienstboten nach alter Art noch streng behandelt, die Wendung: «sieht mehr auf gute

Man hat der Geschichte der Arbeitsverhältnisse in der modernen Großindustrie eine falsche Auslegung gegeben, wenn man meinte, die Hebung der Reallöhne, die Verdrängung der Frauen- und Kinderarbeit und die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit wären das Ergebnis des auf die Unternehmer vom Staate, von den Gewerkschaften und von der öffentlichen Meinung geübten Druckes; die Arbeitgeber hätten, wenn sie nicht diesem Zwange hätten weichen müssen, die Vorteile, die die Steigerung der Produktivität der Arbeit gebracht hat, ganz für sich behalten; der soziale Aufstieg der Arbeitnehmer gehe daher auf Kosten des Einkommens der besitzenden Schichten, der Unternehmer, Kapitalisten und Grundbesitzer. Dass diese Auffassung unhaltbar ist, ergibt sich schon aus dem über die vermeintliche stillschweigende Koalition der Arbeitgeber zur Niedrighaltung der Löhne Gesagten. Die Wirkung der «sozialpolitischen» Gesetze, insbesondere der Arbeiterschutzgesetze im engeren Sinne, ist ganz anders, als es sich die öffentliche Meinung gemeiniglich vorzustellen pflegt.

Die Kürzung der täglichen Arbeitsdauer, die Ausdehnung der Sonn- und Feiertagsruhe, die Verfügungen über Arbeiterurlaube und alle ähnliche Maßnahmen, die das Zeitausmaß der [561] Arbeit, die der einzelne Arbeiter leistet, herabsetzen, belasten die besitzenden Schichten, die Eigentümer der Produktionsmittel, durch die Verschiebung der Grenzproduktivität von Kapital und Arbeit. Da das Gesamtangebot an Arbeit herabgemindert wird, wird bei ungeändertem Stand des Kapitalreichtums eine Erhöhung des der Arbeit zufallenden Anteils am Gesamtprodukt eintreten. Doch das Gesamtprodukt, wird kleiner sein, und es ist fraglich, ob der größere Anteil am kleineren Produkt mehr bedeutet als früher der geringere Anteil am größeren Produkt. Zins und Unternehmergeinn werden von der Kürzung der verfügbaren Arbeitsmenge überhaupt nicht unmittelbar berührt. Die Preise der Kapitalgüter sinken, die Löhne steigen pro Arbeitsleistungseinheit; die Preise der Produkte steigen gleichfalls. Ob die Geldlohnsteigerung im Haushalt der Arbeiter nicht durch die Steigerung der Preise der Konsumgüter aufgewogen wird, ist, wie gesagt, *questio facti*.

Es kann sich aber auch unter Umständen ergeben, dass die Voraussetzung, von der wir ausgegangen sind, dass nämlich die verfügbare Kapitalmenge unverändert geblieben ist, nicht zutrifft. Die Verkürzung der Arbeitszeit mag bestehende Anlagen unverwendbar machen und neue Anlagen erfordern, die nicht einfach durch Umstellung schon bestehender Anlagen, die nun nicht mehr brauchbar sind, gewonnen werden können. Damit entsteht eine Kapitalsverknappung, die einen Teil der Verknappung der Arbeitsmenge für eine längere oder kürzere Übergangszeit ganz oder teilweise in ihrer Wirkung auf die Verschiebung der Anteile der Produktionsfaktoren am Gesamtprodukt aufwiegen mag.

Wird mit der Verkürzung der Arbeitszeit verfügt, dass eine Kürzung der Tages-, Wochen- und Monatslöhne, die durch die neue Marktlage etwa erfordert wird, nicht eintreten darf, oder hindern schon bestehende institutionelle Einrichtungen die Kürzung, dann ist die Wirkung jener gleich, die auch sonst Lohntaxen, die die Löhne über die Marktsätze erhöhen wollen, auslösen. Die dekretierte Lohnsteigerung führt zu Arbeitslosigkeit.

Mit dem Fortschreiten der Kapitalbildung hat sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeit verschoben. Auf diesem Gebiete der geschichtlichen Erfahrung gibt es keine Möglichkeit der Messung und der arithmetischen Vergleiche. Doch das Urteil aller Geschichtsforscher, deren Urteilskraft nicht durch die Befangenheit im romantisch-sozialistischen Vorstellungskreis getrübt ist, muss dahin lauten, dass die kapitalistische Entwicklung überall den Kapitalreichtum weit stärker gemehrt hat, als der Vermehrung der Bevölkerungszahl entsprochen hätte. Die Kapitalmenge pro Kopf der [562] Gesamtbevölkerung und pro Kopf der arbeitsfähigen Bevölkerung ist heute weit größer als sie vor 50, vor 100 oder vor 200 Jahren war. Damit ist auch der Anteil, der vom Preis der

Endprodukte auf den Lohn entfällt, gestiegen. Da die kapitalistische Produktion auch die Produktivität der Arbeit in gewaltigster Masse gesteigert hat, führte das zu einer Hebung der materiellen Lage der Lohnarbeiter, die man als märchenhaft bezeichnen muss, wenn man sie mit dem Lebensstand der Arbeiter vergangener Zeiten vergleicht. Die Zeit, die man als die vorkapitalistische oder als die Zeit vor der «industriellen Revolution» bezeichnet, hat auch dem, den man damals als reich oder als wohlhabend angesehen hat, nur ein Leben ermöglicht, das man heute ärmlich nennen muss, wenn man es mit dem Leben der Massen in den modernen Industriestaaten vergleicht. Der Kapitalismus hat den Arbeiter nicht nur nicht verelendet, wie die Geschichtsblindheit Marx's und der Marxisten romantischen Lobrednern der guten alten Zeit nachgeschrieben hat und wie gedankenlose Demagogen immer wieder in die Welt hinausschreien; er hat über die Massen ein Füllhorn von Gaben ausgeschüttet. Wie unglücklich würde sich ein moderner amerikanischer oder englischer Fabrikarbeiter fühlen, wenn man ihn in das Haus eines mittelalterlichen Herrn versetzen würde und ihm zumuten würde, so zu leben, wie jener gelebt hat!

Mit dem Wachsen des Wohlstandes hat sich die Bewertung der Muße und des Arbeitsleids ändern müssen. Der besser befriedigte Arbeiter erreicht früher den Punkt, wo er in der Fortsetzung der Arbeit ein Übel erblickt, das durch den Ertrag der Arbeit nicht mehr aufgewogen wird; er lässt Kinder und Frau daheim, weil er auf den Ertrag ihrer Arbeit leichter verzichten kann. Nicht die sozialpolitische Gesetzgebung und nicht das Eingreifen der Gewerkschaften haben die Kürzung der täglichen Arbeitszeit, die Sonntagsruhe, die Einschränkung der Frauenarbeit und die Beseitigung der Kinderarbeit bewirkt, sondern der Kapitalismus, der den Arbeiter so wohlhabend gemacht hat, dass er nun für sich und seine Familie mehr Muße finden kann als früher. Die sozialpolitische Gesetzgebung hat im Grossen und Ganzen im 19. Jahrhundert nichts anderes getan, als Wandlungen, die sich auf dem Arbeitsmarkte vollzogen hatten, nachträglich die gesetzliche Weihe zu verleihen. Wo sie der industriellen Entwicklung vorauseilte, wurde der Vorsprung durch den schnellen Fortschritt der Reichtumszunahme bald wieder aufgeholt. Wo aber die Arbeiterschutzgesetze Verfügungen trafen, die nicht einfach eine Bestätigung eingetretener Wandlungen oder die Vorwegnahme von Wandlungen, die sich vorbereiteten, darstellten, blieb es fraglich, ob [563] sie für die betroffenen Arbeiter mehr eine Wohltat oder eine Last bedeuteten.

Die Sozialversicherungsgesetze haben dem Arbeitnehmer bestimmte Zuwendungen gebracht. Doch die Aufbringung der Mittel, aus denen diese Zuwendungen bestritten wurden, belasten, sofern sie durch eine allgemeine Steuer beschafft werden, immer die Arbeitnehmer, gleichviel ob die Arbeitgeber zu Beitragsleistungen verpflichtet wurden, die sie dem Arbeiter vom Lohn nicht abziehen dürfen, oder nicht. Eine Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge, Steuern oder anderer Art — des Arbeitslohns wird vom Arbeitgeber als Erhöhung des Preises, den er für die Arbeit zu zahlen hat, angesehen und muss daher schließlich durch eine entsprechende Senkung des dem Arbeiter zukommenden Barlohnes ausgeglichen werden. So betrachtet stellt sich die Sozialversicherung nicht als eine gegen den Arbeitgeber gerichtete Zwangsmassnahme dar, sondern als eine dem Arbeitnehmer auferlegte Beschränkung der Verwendung seines Arbeitsertrages.

VIII. Das Unternehmerrisiko des Arbeiters ↩

Die Ausdrücke Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind aus Anschauungen entstanden, die uns schon lange fremd geworden sind. Sie stellen den Sachverhalt schief dar. Der Unternehmer empfängt die Arbeitsleistung des Arbeiters und zahlt dafür einen Preis, den Lohn; der Arbeiter verkauft dem Unternehmer die Leistung und wird für ihre Hingabe entlohnt.

Die Arbeit ist Produktionsmittel, und der Arbeiter ist als Verkäufer dieses Produktionsmittels von der Gestaltung der Marktlage abhängig.

Menge und Art der Arbeit, die der einzelne Arbeiter abzugeben vermag, sind teils durch seine angeborenen, teils durch seine erworbenen Eigenschaften bestimmt. An den angeborenen Eigenschaften kann der Arbeiter nichts mehr ändern. Sie sind ihm als Ausstattung von seinen Vorfahren mitgegeben worden; er kann dieses Pfund pfleglich verwalten und entwickeln, er kann es vor vorzeitigem Schwinden bewahren, doch er kann sich nie über die Grenzen hinwegsetzen, die die Natur seinen Kräften und Fähigkeiten gezogen hat. Er kann mehr oder weniger Geschick bezeigen in dem Bestreben, seine Leistungsfähigkeit so zu verwenden und zu verkaufen, dass er für sie den höchsten Preis herauschlägt, der auf dem Markte augenblicklich zu erzielen ist; doch er kann seine Natur nicht ändern, um sie dem Markte besser anzupassen. Es ist sein Glück, wenn [564] die Marktverhältnisse so liegen, dass eine Art von Arbeit, die er zu leisten versteht hoch belohnt wird; nicht seiner Geschicklichkeit, dem Schicksal hat er es zu danken, wenn Arbeit, die er zu leisten vermag, gut bezahlt wird. Greta Garbo hätte, wäre sie hundert Jahre früher zur Welt gekommen, sich wohl mit weit geringeren Löhnen begnügen müssen als mit denen, die ihr im 20. Jahrhundert gezahlt werden. Soweit ihre angeborenen Anlagen in Frage kommen, ist sie in ähnlicher Lage wie der Bauer, dessen Gut gewaltig im Preise gestiegen ist, weil die Ausbreitung einer Grosstadt es in das Stadtgebiet einbezogen hat.

Die angeborenen Anlagen werden durch Schulung und Übung für besondere Arbeiten ausgebildet. Der Arbeiter — oder seine Eltern — wenden Kosten für eine Erziehung auf, deren Frucht in der Erlangung von Eigenschaften liegt, die zur Leistung von besonderen Arten von Arbeit befähigen. Durch die Schulung wird die Brauchbarkeit der Arbeit einseitig erhöht; jede Spezialausbildung macht einseitig, sie erhöht den spezifischen Charakter des Produktionsmittels Arbeit. Die Mühe, — das Arbeitsleid —, die der Arbeiter auf seine Ausbildung verwendet hat, der Lohnentgang der Ausbildungszeit und die Geldauslagen, die mit der Ausbildung verbunden waren, sollen sich später in Gestalt höheren Lohnes bezahlt machen. Diese Aufwendungen stellen eine Anlage von Mitteln für künftigen Erfolg dar; ob die Erwartungen, unter denen sie gemacht wurden, sich erfüllen werden, ob die Aufwendung sich durch höheren Lohn bezahlt machen wird, ist wie bei jeder andern Spekulation von der künftigen Gestaltung des Marktes abhängig. Durch die Ausbildung, die Aufwendungen bindet, wird der Arbeiter zum Spekulanten und Unternehmer. Sein Risiko ist hier echtes Unternehmerrisiko, das Unternehmerverlust oder Unternehmergewinn bringt je nach der Gestaltung des Marktes.

Der Lohnarbeiter verkauft seine Leistung um den Preis, den sie heute auf dem Markte hat; dieser Preis bleibt, wie die Preise aller Produktionsmittel, *caeteris paribus* hinter dem Preise zurück, der für sie am Tage der Fertigstellung der Genussgüter, deren Erzeugung sie dient, erzielt werden könnte. Das Risiko künftiger Änderungen der Marktpreise der Produkte wird ganz vom Unternehmer getragen, der den Arbeiter beschäftigt und entlohnt. Doch dem Arbeiter bleiben andere Risiken:

a) Das Risiko, das mit der Aufwendung von Zeit, Arbeitsleid und Barauslagen für die Ausbildung zu einem bestimmten Beruf verbunden ist.

[565]

b) Das Risiko, das mit der Aufwendung von Zeit und Barauslagen für die Niederlassung an einem bestimmten Ort verbunden ist.

c) Im Falle des Verkaufes der Arbeitsleistung für einen längeren Zeitabschnitt: das Risiko der Veränderung der Lohnhöhe während der Dauer der Vertragszeit und das Risiko der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers.

Der Arbeiter trägt mithin auch als Lohnarbeiter wie die Unternehmer Risiken, die aus der Unsicherheit der Zukunft stammen.

IX. Der Arbeitsmarkt ↩

Der Arbeitslohn ist der Preis des ProduktionsmittelsArbeitsleistung. Wie die Preise aller komplementären Produktionsmittel wird er durch die Preise der Genussgüter bestimmt. Es macht dabei keinen Unterschied, ob der Arbeiter seine Arbeitsleistung als Lohnarbeiter einem Unternehmer verkauft, der sie mit anderen Produktionsmitteln zusammenfügt und das Produkt dieser Zusammenfügung weiter verkauft, oder ob der Arbeiter seine Arbeitsleistung als Unternehmer auf eigene Rechnung und Gefahr mit anderen Produktionsmitteln zusammenfügt und selbst das Produkt veräußert. Gleicher Leistung kommt im endlichen Preisstand gleicher Lohn zu. Der Preis der Arbeit ist stets der volle Arbeitsertrag. Die Bildung der Löhne und die der Preise der sachlichen Produktionsmittel folgen denselben Gesetzen. Dem Schlagwort «Recht des Arbeiters auf den vollen Arbeitsertrag» lag eine unsinnige Vorstellung zugrunde. Die Produkte können keiner wie immer gearteten Betrachtung als Ertrag bloßer Arbeit erscheinen. Sie treten in die Welt als das Ergebnis einer Verbindung von Arbeit und von sachlichen Produktionsmitteln.

In der lebenden und sich verändernden Wirtschaft haben die Löhne die Tendenz, sich zu den Gleichgewichtslöhnen hin zu bewegen; wenn keine weiteren Datenänderungen auftreten würden, müssten die Marktlöhne und die Gleichgewichtslöhne schließlich zusammenfallen. Die Anpassung erfordert Zeit. Die Anpassungszeit ist umso länger, je mehr Unkenntnis über die Lage des Marktes besteht; die Bedeutung der Einrichtungen für Arbeitsvermittlung liegt gerade darin, dass sie diese Unwissenheit abzustellen suchen. Dann kommt die Dauer der Umschulungszeit in Betracht und schließlich auch die Zeit, die durch die Umsiedlung der Arbeiter beansprucht wird.

Die Anpassung des Arbeiterangebots an die Nachfrage nach Arbeit erfordert meist mehr oder weniger hohe Aufwendungen. [566] Umschulung und Umsiedlung sind mit Kosten verbunden, die man nur aufwendet, wenn man der Überzeugung ist, dass die künftige Lage des Arbeitsmarktes sie rechtfertigt. Die Anpassung ist daher in gewissem Umfange von spekulativen Erwägungen abhängig.

In all dem liegt nichts, was der Arbeit, dem Arbeitsmarkte und dem Arbeitslohne eigentümlich wäre. Die Besonderheit des Arbeitsmarktes in dieser Hinsicht wird durch den Umstand gegeben, dass der Arbeiter nicht nur Träger des Produktionsmittels Leistung ist, sondern zugleich auch Mensch, und dass man die Leistung vom Menschen nicht zu trennen vermag. Man hat den Hinweis auf diesen Umstand meist dazu verwendet, um die nationalökonomische Lehre vom Arbeitslohn als weltfremd zu bezeichnen. Doch die Erinnerung an diese Kritik darf die Nationalökonomie nicht abhalten, diesem Tatbestand die ihm gebührende Berücksichtigung zuteil werden zu lassen.

Es ist für den Arbeiter nicht gleichgültig, was für eine Art von Arbeit (von den verschiedenen Arten von Arbeit, die er zu leisten vermag) er leistet, wo er sie leistet, und unter welchen äußeren Umständen er sie leistet. Man mag die Anschauungen und Gefühle, die den Arbeiter dazu veranlassen, manche Art von Arbeit, manche Arbeitsstätten und manche Arbeitsbedingungen anderen vorzuziehen, als unbegründete Vorurteile bezeichnen. Doch solche Werturteile gehen die Nationalökonomie nichts an. Für die nationalökonomische Betrachtung liegt nichts Auffälliges darin, dass der Arbeiter die Arbeit nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Lohns und des Arbeitsleids betrachtet, sondern auch prüft, ob sie nicht unter Umständen geleistet werden muss, die er als Beeinträchtigung seines Lebensgenusses ansieht. Dass ein Arbeiter bereit ist, Opfer dafür zu bringen, dass er in seiner Heimat bleiben darf und sie nicht mit einem Arbeitsorte vertauschen muss den er als weniger wünschenswerten Aufenthaltsort ansieht, ist nicht mehr oder weniger auffällig, als dass ein Müßiggänger, der seinen Aufenthalt nach Belieben wählen darf, den kostspieligen Aufenthalt in der Hauptstadt dem billigeren Leben in einem Dorf vorzieht. Da der Mensch, der arbeitet,

der Arbeiter, und der Mensch, der genießt, der Verbraucher, identisch sind, da sie nur im Denken, das die Funktionen gesondert betrachtet, in zwei Wesen zerlegt werden können, können die Menschen die Entscheidungen über die Verwertung ihrer Arbeit nicht von denen über ihren Genuss sondern.

Der Arbeiter ist durch seine Herkunft, Sprache, Erziehung, Religion und Mentalität und durch die persönlichen Beziehungen zu seiner Familie und zu seinen Freunden örtlich [567] gebunden, so dass er die Wahl des Arbeitsortes, die auch seinen Wohnsitz bestimmt, nicht nur im Hinblick auf die Lohnhöhe trifft.

Wir wollen die Lohnsätze, die in der gleichmäßigen Wirtschaft unter der Voraussetzung bestehen würden, das die Arbeiter zwischen den verschiedenen Arbeitsorten nicht unterscheiden und bei gleicher Lohnhöhe keinem Arbeitsort vor einem andern den Vorzug geben, neutrale Lohnsätze nennen. Sofern die Arbeiter jedoch aus den obenbezeichneten Gründen zwischen den verschiedenen Arbeitsorten unterscheiden, können die Marktlöhne von den Neutrallöhnen abweichen. Die höchste Differenz zwischen dem Marktlohn und dem Neutrallohn, bei der es nicht zur Abwanderung von Arbeitern von den Orten niedrigeren Marktlohns zu den Orten höheren Marktlohns kommt, wollen wir die Lohnprämie nennen. Die Lohnprämie eines Ortes kann positiv oder negativ sein. [248]

Wir müssen ferner den Umstand in Betracht ziehen, dass die verschiedenen Orte in Bezug auf die Zufuhr der Genussgüter unter verschiedenen Bedingungen stehen, je nach dem sie näher oder weiter von den Produktionsstätten entfernt sind, und dass an manchen Orten vom Arbeiter Aufwendungen gemacht werden müssen, die er an anderen Orten nicht machen müsste, um, abgesehen von den Momenten, die die Gestaltung der Lohnprämie bestimmen, denselben Grad von Befriedigung zu erreichen. An manchen Orten wieder kann der Arbeiter ohne Beeinträchtigung seiner Befriedigung Aufwendungen vermeiden, die er an der Mehrzahl aller anderen Orte machen müsste. Die Aufwendungen, die der Arbeiter an manchen Orten machen muss, um in diesem Sinne dasselbe Maß an Befriedigung zu erreichen, oder die er an anderen Orten sparen könnte, ohne in diesem Sinne das Maß an Befriedigung zu schmälern, wollen wir die Ortsprämie nennen. Die Ortsprämie kann positiv oder negativ sein.

Nehmen wir an, dass der Übertragung der Kapitalgüter und der Arbeiter von Ort zu Ort keine institutionellen Hindernisse im Wege stehen, dann wird, wenn die Arbeiter zwischen den Arbeitsorten nicht unterscheiden, in der gleichmäßigen Wirtschaft die Verteilung der Arbeiter über die Erdoberfläche der Abstufung der Ergiebigkeit der ursprünglichen naturgegebenen Produktionsfaktoren und der in der Vergangenheit mit dem Boden fest verbundenen Kapitalsanlagen entsprechen. Es gibt dichter und weniger dicht besiedelte Gebiete; die Lohnsätze [568] sind, wenn wir von der Ortsprämie absehen, überall gleich hoch.

Man kann einen Teil der Erdoberfläche als relativ überbevölkert bezeichnen, wenn der Marktlohn zuzüglich oder abzüglich der Ortsprämie dort niedriger ist als der Neutrallohn, und als relativ unterbevölkert, wenn der Marktlohn zuzüglich oder abzüglich der Ortsprämie dort höher steht als der Neutrallohn. Diese Ausdrucksweise wäre jedoch für die Erklärung der Gestaltung der Lohnsätze und des Verhaltens der Arbeiter nicht zweckmäßig. Aus dem so gefassten Tatbestand der relativen Über- oder Untervölkerung ergibt sich nichts, was das Handeln bestimmt.

Es erscheint daher zweckmäßiger, die Begriffe der relativen Über- und Untervölkerung anders zu fassen. Als relativ überbevölkert wollen wir einen Teil der Erdoberfläche bezeichnen, in dem der Marktlohn (M) niedriger ist als der um die Ortsprämie (O) vermehrte oder verminderte Neutrallohn (N) abzüglich oder zuzüglich der Lohnprämie (L), wo also $M <$

($N \pm O \pm L$) . Als relativ untervölkert wollen wir einen Teil der Erdoberfläche bezeichnen, in dem der Marktlohn höher ist als der um die Ortsprämie vermehrte oder verminderte Neutrallohn abzüglich oder zuzüglich der Lohnprämie, wo also $M > (N \pm O \pm L)$. Stehen der Abwanderung und Zuwanderung von Arbeitern keine gesetzlichen Hindernisse im Wege, dann wandern Arbeiter von den übervölkerten Gebieten nach den untervölkerten, bis endlich überall der Marktlohn gleich ist dem durch Ortsprämie und Lohnprämie erhöhten oder verminderten Neutrallohn.

Was von den Lohnarbeitern gilt, gilt *mutatis mutandis* auch von den Wirten, deren Arbeitslohn im Preise von Produkten, die sie als selbständige Unternehmer verkaufen, enthalten ist.

Der gleiche Gedankengang ist auch auf die Wanderung von Arbeitern von einem Berufszweig zu einem andern anwendbar; statt von Ortsprämie könnte man in diesem Falle von Berufsprämie sprechen.

Die Arbeit der Tiere und der Sklaven↔

Die Tiere sind für den Menschen sachliche Produktionsmittel. Es mag sein, dass ein Wandel der sittlichen Auffassungen einmal dazu führen wird, dass die Menschen die Tiere besser behandeln werden. Doch soweit die Menschen die Tiere nicht ruhig ihrer Wege ziehen und sie frei gewähren lassen, werden sie in ihnen lediglich Objekte ihres Handelns sehen. Kooperation in gesellschaftlichem Verbands ist nur zwischen Menschen möglich, weil nur Menschen fähig sind, Einsicht in das Wesen der Arbeitsteilung und des friedlichen freien Zusammenwirkens zu erlangen.

[569]

Der Mensch bändigt das Tier und fügt es in sein Handeln als Sache ein. Auch wenn die Bändigung und Abrichtung des Tieres sich eines Verfahrens bedient, das auf dem Eingehen auf die Eigenart der tierischen Psyche beruht, bleibt die Kluft, die den Menschen vom Tier scheidet, unüberbrückbar. Das Tier kann nie anderes erhalten als Nahrung, Befriedigung des Geschlechtstriebes und den den natürlichen Bedingungen, denen sein Wesen angepasst ist, entsprechenden Schutz gegen schädliche Einwirkungen der Außenwelt. Die Tiere sind tierisch und unmenschlich, weil sie genau so sind, wie sich das ehernen Lohngesetzes die Menschen vorgestellt hat. Und wie niemals menschliche Gesellschaft und menschliche Kultur hätten werden können, wenn die Menschen nur auf Fressen, Saufen und Paarung bedacht geblieben wären, so können die Tiere weder selbst Gesellschaft bilden noch an der Gesellschaft der Menschen teilhaben.

Man hat versucht, auch Menschen als Haustiere zu behandeln und zu bewirtschaften. Man hat Galeerensklaven und Schiffszieher mit der Peitsche zur Arbeit verhalten wie Pferde im Göpelwerk. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass man durch andere Verfahren aus den Menschen, und wären sie auch noch so roh und unbegabt, mehr herauszuholen vermag als durch brutale Vergewaltigung.

Der Urmensch macht keinen Unterschied zwischen seinem Eigentum an Weibern, Kindern und Sklaven und seinem Eigentum an Vieh und an leblosen Gegenständen. Doch wenn er vom Sklaven andere Dienste verlangt als solche, die auch ein Zugtier oder Tragtier leisten kann, muss er seine Fesseln lockern und ihn nicht nur durch bloße Gewalt und Androhung von Gewalt, sondern auch durch Weckung persönlichen Interesses an sich zu binden suchen. Wo der Sklave nicht nur durch Fesselung und ständige Bewachung am Entfliehen gehindert und nicht nur durch die Peitsche zur Arbeit angehalten wird, wird das Verhältnis *Herr-Sklave* ein gesellschaftliches Verhältnis. Der Sklave mag, besonders wenn die Erinnerung an glücklichere Tage der Freiheit noch frisch ist, sein Schicksal beklagen und

- [31] Vgl. unten S. 225 ff.
- [32] Vgl. *Kant*, *Metaphysische Anfangsgründe der Naturwissenschaft*. (Werke, Inselausgabe, Band 4., S. 548.)
- [33] Niemand hat die Paradoxien des Anthropomorphismus klarer erfasst als der katholische Mystiker *Angelus Silesius (Johannes Scheffer)* in den Versen seines 1674 veröffentlichten *Cherubinischen Wandersmannes*.
- [34] Vgl. z. B. *Cassel*, *Theoretische Sozialökonomie*, 5. Auflage, Leipzig 1932, S. 64 ff.
- [35] Von den freien Gütern sagt Knight sehr richtig: "Such goods have no causal relation to conduct and no place in a science of conduct." Vgl. *Knight*, *Risk, Uncertainty and Profit*, Boston 1921, S. 61.
- [36] Man beachte, dass diese Ausführungen auch für die Verwendung der Begriffe Mittel und Zweck gelten. Man kann jedes Mittel als Zwischenziel ansehen, ohne der Richtigkeit des Gedankenganges Abbruch zu tun.
- [37] Vgl. *Feuerbach*, *Sämtliche Werke*, neu herausgegeben von Bolin und Jodl, Stuttgart 1907, X. Bd., S. 231.
- [38] In diesen Wahlakten spielt eine große Rolle der Umstand, dass der Befriedigung in einem näheren Abschnitt der Zukunft eine Befriedigung in einem späteren Abschnitt der Zukunft entgegeng gehalten wird. Über die Wertung in solcher Situation vgl. weiter unten S. 434 ff.
- [39] Vgl. *Kant*, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (Sämtliche Werke, Inselausgabe, I. Bd.)*, S. 227 f.
- [40] Zur Kritik dieser Lehren vgl. meine *Grundprobleme der Nationalökonomie*, a. a. O., S. 80 ff.
- [41] «L'antériorité logique n'est pas du tout une antériorité. ...Ce qui explique cette métaphore, c'est que notre pensée discursive se voit obligée d'admettre le conséquent après qu'elle a admis le principe; l'ordre intemporel de dépendance logique prescrit à la pensée l'ordre temporel de ses assertions discursives.» Vgl. *Goblot*, *Traité de logique*, Sixième édition, Paris 1937, S. 19.
- [42] Vgl. *Bergson*, *Matière et mémoire*, 7ième édition. Paris 1911. S. 205.
- [43] Vgl. *Husserl*, *Vorlesungen zur Phänomenologie des inneren Zeitbewusstseins (Jahrbuch für Philosophie und Phänomenologische Forschung, Bd. 9. Halle 1928)*. S. 391 ff.
- [44] Vgl. *Husserl*, a.a.O., S. 391 ff.; *Schütz*, a. a. O., S. 45 ff.
- [45] Vgl. *Mauthner*, *Wörterbuch der Philosophie*, a. a. O., III. Bd., S. 438 ff.
- [46] «Ce que j'appelle mon présent, c'est mon attitude vis-à-vis de l'avenir immédiat, c'est mon action imminente.» *Bergson*, *Matière et mémoire*, a.a.O., S. 152.
- [47] Vgl. *Bergson*, *La pensée et le motivant*, a. a. O., S. 190 ff.
- [48] Vgl. *Schütz*, a.a.O., S. 59, 69.
- [49] Vgl. *Kaufmann*, *On the Subject-Matter and Method of Economic Science*, a.a.O., S. 390.

- [80] ebendort.
- [81] Vgl. *Delbrück*, Geschichte der Kriegskunst, III. Teil, Berlin 1907, S. 273.
- [82] Sie befriedigt auch das Ressentiment der Juden. Der Jude führt seine Misserfolge nicht auf eigene Unzulänglichkeit zurück, sondern auf das, was man «Antisemitismus» nennt.
- [83] Vgl. *Menger*, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften, Leipzig 1883, S. 178. Vgl. weiter unten S. 365 ff.
- [84] Wir haben dabei allein den praxeologischen Begriff Macht im Auge, der vom naturwissenschaftlich-technologischen Begriff Macht zu unterscheiden ist.
- [85] Ein Strolch kann einen schwächeren Einzelnen vergewaltigen. Doch das hat mit dem Leben im gesellschaftlichen Verband nichts zu tun; es ist ein vereinzelter antisozialer Akt.
- [86] Hier ist von der Aufrechterhaltung der Minderheitsherrschaft der Europäer in den außereuropäischen Gebieten die Rede und nicht etwa von einem Angriff der Asiaten auf die europäische Kultur in Europa und Amerika. Darüber vgl. weiter unten S. 611 f.
- [87] Vgl. *Kelsen*, Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen 1920, S. 36 ff.; Staatsform und Weltanschauung, Tübingen 1933, S. 24 ff.
- [88] Vgl. oben S. 55 f.
- [89] Vgl. *Gobineau*, Essai sur l'inégalité des races humaines, erste Ausgabe, Paris 1853-1855.
- [90] Vgl. *Gumplowicz*, Der Rassenkampf, erste Ausgabe, Innsbruck 1883; Grundriss der Soziologie, erste Ausgabe, Wien 1885.
- [91] Vgl. *Ratzehofer*, Soziologie, Leipzig 1907.
- [92] Vgl. *Chamberlain*, Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, erste Ausgabe, München 1899.
- [93] Vgl. die Rede vom 3. September 1933, a. a. O.
- [94] Vgl. *Gumplowicz*, Grundriss der Soziologie, 2. Auflage, Wien 1905, S. 195; ähnlich *Hitler* in der Rede vom 3. September 1933, a. a. O.
- [95] Vgl. *Gumplowicz*, Grundriss der Soziologie, a. a. O., S. 235 f.
- [96] Vgl. *Guyau*, La morale anglaise contemporaine, Deuxième édition, Paris 1885, S. 3.
- [97] Vgl. *Cassel*, Theoretische Sozialökonomie, a. a. O., S. 331 f.
- [98] Der Ausdruck «herrschaftlich» soll darauf hinweisen, dass für die Kooperation der Einzelnen das System angewendet wird, nach dem die Herrschaft im staatlichen Verband geübt wird. Man könnte statt «herrschaftlich» auch «sozialistisch» sagen. Dieser Ausdruck soll dann später überall verwendet werden, wo es sich um die Prüfung der Probleme handelt, die dem Handeln eines herrschaftlichen Verbandes gesetzt sind. Vgl. besonders Teil V.
- [99] Vgl. vor allem *Böhm-Bawerk*, Kapital- und Kapitalzins, II. Abteilung, III. Buch.
- [100] Vgl. *Wieser*, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft (Grundriss der Sozialökonomik, I. Abteilung, Tübingen 1914), S. 137, 141 ff.

genussreifen Güter als Zwischenprodukte und Produktionsmittel anzusehen sind.) Das Bedürfnis, durch Rechnung den Erfolg des Handelns zu ermitteln, war bei den produzierten Produktionsmitteln, die in der Verwendung und durch die Verwendung untergehen, dringender als bei dem für die Produktion verfügbaren Bestand an Boden. Die Kapitalrechnung der einzelnen Wirte zog daher anfangs den Wert des Bodens nicht in den Begriff des Kapitals ein; heute ist diese Einbeziehung Regel. Wenn die Nationalökonomie den Begriff der Kapitalgüter auf produzierte Produktionsmittel beschränkt, darf sie nicht vergessen, dass die Kapitalrechnung der Wirte auch den Boden miteinschließt. Doch auch die Wirte stellen in ihrem Sprachgebrauch mitunter dem Boden das Kapital gegenüber. Wenn ein Grundbesitzer davon spricht, dass ihm nicht genug Kapital zur Verfügung stehe, um seinen Grundbesitz so intensiv zu bewirtschaften, wie es die Lage des Marktes erfordern würde, oder wenn alle Grundbesitzer eines Landes oder die ihre Wirtschaft betrachtenden Nationalökonomien so sprechen, dann sehen sie davon ab, dass die einzelnen Grundbesitzer durch Veräußerung eines Teiles des Grundbesitzes die Geldmittel beschaffen könnten, die es ihnen gestatten würden, das Missverhältnis abzustellen. — Der Umfang des verfügbaren Bestandes an Kapitalgütern (produzierten Produktionsmitteln) und der verfügbaren Arbeitsmenge entscheidet über das Ausmaß, in dem der Boden zur Produktion herangezogen wird. Das lässt der Nationalökonomie den Sprachgebrauch, der den Ausdruck Kapitalgüter auf die produzierten Produktionsmittel einschränkt und den Boden nicht zum Kapital rechnet, zweckmäßig erscheinen.

[135] Vgl. *Sombart*, Artikel *Kapitalismus* im *Handwörterbuch der Soziologie*, her. v. *Vierkandt*, Stuttgart 1931, S. 258.

[136] Vgl. *Frank A. Fetter*, *The Principles of Economics*, Third Edition, New York 1913, S. 394, 410.

[137] Vgl. *Baudin*, *Le mécanisme des prix*, Paris 1940, S. 115 ff.

[138] Vgl. *Spann*, *Der wahre Staat*, Leipzig 1921, S. 249.

[139] Es charakterisiert die politische Voreingenommenheit vieler Nationalökonomien, dass sie dem Unternehmergeinn mehr Aufmerksamkeit zugewendet haben als dem Unternehmerverlust.

[140] Vgl. *Mangoldt*, *Die Lehre vom Unternehmergeinn*, Leipzig 1855, S. 82. — Dass aus 100 Liter stillen Weins nicht 100 Liter Schaumwein, sondern weniger werden, hat keine andere Bedeutung als der Umstand, dass aus 100 kg Zuckerrübe nicht 100 kg Zucker, sondern weniger werden.

[141] Vgl. *Knight*, *Risk, Uncertainty and Profit*, a.a.O., S. 211 ff.

[142] Vgl. S. 249 f.

[143] Vgl. *Chamberlin*, *The Theory of Monopolistic Competition*, Cambridge 1935, S. 123 ff.

[144] Selbst die Schweizer und die Italiener dachten so in Bezug auf Österreich, obwohl sie doch aus eigener Erfahrung hätten wissen können, dass man Kohlen auch aus dem Ausland einführen kann.

[145] Von der durch das Zeitmoment bewirkten Differenz zwischen dem Preis der komplementären Produktionsmittel und dem Produktpreis sehen wir zunächst ab.

[146] Vgl. *Böhm-Bawerk*, Kapital und Kapitalzins, II. Abteilung, Exkurs VII (3. Auflage, Innsbruck 1909, S. 173 ff.). — Man beachte doch, dass es vollkommen unsinnig ist, von einer Summe von Wertschätzungen (Summe von Werten) zu sprechen. Man darf sagen: die Wertschätzung, die einem Produkt beigelegt wird, ist, wenn vom Zeitmoment abgesehen wird, gleich der Wertschätzung, die den komplementären Produktionsmitteln zusammengenommen beigelegt wird; doch es wäre unsinnig zu sagen, dass sie gleich sei der Summe der Wertschätzungen, die den einzelnen Komplementärgütern beigelegt wird. Wertschätzungen (Werte) können nicht addiert werden. Man kann Geldpreise addieren, doch nicht Werte (Rangordnungen, Reihungen.) Man kann Werte auch nicht teilen und aufteilen. Werten kann nie etwas anderes als das Unterscheiden von wichtiger und minderwichtig. Erst durch die im Tausch gebildeten Austauschverhältnisse wird eine Grundlage für Rechnen geschaffen; für Rechnen mit Preisen, doch nicht mit Werten.

[147] Vgl. *Hans Mayer*, Die Wert- und Preisbildung der Produktionsmittel. (In *Economia Politica Contemporanea*, Supinofestschrift, Padova 1930), S. 29, Anm. 2.

[148] Wieser's «einfache Wirtschaft».

[149] Gerade weil sich der Markt um die Ansprüche der vested interests nicht kümmert, fordern diese Interessenten Intervention der Obrigkeit.

[150] Richtiger wäre zu sagen: die Wirte, die beim Ausbot der Produktionsmittel mitbieten, nennen wir Unternehmer im Sinne unternehmenderer Wirt.

[151] Man kann vom absolut spezifischen Charakter zweier Produktivgüter auch dann sprechen, wenn sie in demselben Mischungsverhältnis verschiedene Verwendungen zulassen. Sie sind absolut spezifisch im Hinblick auf die Erzeugung eines Zwischenproduktes, von dem man verschiedenen Gebrauch machen kann; Der Preis dieses Zwischenproduktes kann auf sie nur kumulativ übertragen werden. Ob dieses Zwischenprodukt direkt sinnlich wahrnehmbar ist oder nur im Zusammenwirken der beiden Produktionsmittel besteht, ist dabei irrelevant.

[152] Der Gedankengang kann ohne Schwierigkeit auf den Fall übertragen werden, in dem die Abschreibung von dem um die früheren Abschreibungen verminderten Anschaffungswert erfolgt.

[153] Am deutlichsten wird dies in der Geldlehre durch Gegenüberstellung dessen, was die Verkehrsgleichungen sagen, und der Leistungen der erklärenden Geldtheorie. Vgl. weiter unten S. 358 f.

[154] Vgl. oben S. 261 f.

[155] Man darf nicht übersehen, dass der Wettbewerbspreis in den Überlegungen des Monopolisten keine Rolle spielt. Der Monopolist sucht den Preis, bei dem sein Gewinn so hoch als möglich ist. Nur der die Probleme betrachtende Nationalökonom vergleicht diesen Preis mit dem Preis, der bei Wettbewerb mehrerer selbständig vorgehender Verkäufer gebildet worden wäre.

[156] Vgl. *Forchheimer*, Theoretisches zum unvollständigen Monopole (Schmoller's Jahrbuch, 1908, XXXII, S. 1-12); *Leduc*, La théorie des prix de monopole, Aix-en-Provence 1927, S. 337 ff.

[157] In diesen Aufwand wollen wir auch den Unternehmerlohn einrechnen, d.i. den Marktwert der aufgewendeten eigenen Arbeit des Unternehmers.

- [158] Diesem Fall ist gleichzuhalten der Fall, in dem die Einrichtung eines neuen Betriebes, der den bestehenden Konkurrenz machen und ihr Monopol brechen könnte, unrentabel erscheint, weil die bestehenden Betriebe ausreichen, um beim Wettbewerbspreis den ganzen Bedarf zu decken. Das Hinzukommen eines neuen Betriebs würde nur dann rentabel erscheinen, wenn er günstigere Produktionsbedingungen finden kann als manche der schon bestehenden, die er aus dem Geschäft verdrängen müsste. Das ist im Zeitalter rasch fortschreitender Technik die Regel; der jüngste Betrieb ist den älteren in der Regel technisch überlegen.
- [159] Es muss das nicht gerade in der Weise geschehen, dass die Regierung die unter günstigeren Verhältnissen arbeitenden Betriebe an der vollständigen Ausnützung ihrer Überlegenheit hindert. Es genügt oft schon, dass diese Betriebe sich selbst derartige Beschränkungen auferlegen, da sie fürchten müssen, sonst durch die Eingriffe der Regierung noch schärfer behindert zu werden.
- [160] Ob, in welcher Weise und in welchem Umfang der goodwill übertragbar ist, ist in jedem einzelnen Fall *questio facti*.
- [161] Auch die Auslagen für zusätzliche Werbung sind zusätzliche Kapitalinvestition.
- [162] Auch die Kassenhaltung ist, selbst wenn sie über das übliche Ausmaß hinausgeht und daher als Hortung bezeichnet wird, in diesem Sinn Anlage. Unter den auf dem Marke gegebenen Verhältnissen hält der Wirt Kassenhaltung für die zweckmäßigste Anlage eines Teiles seiner Mittel.
- [163] Unser Annahme gemäss ist a ohne b und b ohne a unverwendbar und daher wertlos. Wer ein a kauft, muss daher auch ein b kaufen und umgekehrt.
- [164] Wenn alle Verbraucher so vorgehen würden, hätte schon der Wettbewerbspreis entsprechend steigen können.
- [165] Wenn alle Verbraucher so vorgehen würden, wäre es für den Verkäufer ohne Belang, ob er zum Monopolpreis oder zum Wettbewerbspreis verkauft.
- [166] Wenn alle Verbraucher so vorgehen würden, könnte es nicht zur Bildung von Monopolpreisen kommen, da die Verkäufer dabei schlechter fahren würden als beim Wettbewerbspreis. Nur wenn der Monopolist ein Wohltäter ist, der Verluste in Kauf nehmen will, um seine Mitbürger vom Genuss schädlicher Güter abzulenken, würde er auch in diesem Fall den Preis über den Wettbewerbspreis erhöhen.
- [167] Vgl. *Marshall*, Handbuch der Volkswirtschaftslehre, übersetzt von Ephraim und Salz, Stuttgart 1905, S. 165 ff.
- [168] In welchem Sinne die Arbeit, ungeachtet ihrer Qualitätsverschiedenheit, als nicht spezifisches Produktionsmittel angesehen werden darf, wurde bereits oben (S. 104 f.) gesagt.
- [169] Vgl. oben S. 204 f.
- [170] Nur der gesellschaftliche (zwischenmenschliche) Tausch kann indirekter (vermittelter) Tausch sein.
- [171] Die Lehre von der Geldrechnung ist kein Teil der Theorie des indirekten Tausches; sie ist ein Stück der allgemeinen Katallaktik.
- [172] Zur Geschichte und Terminologie des Problems vgl. *Hayek*, *Prices and Production*, Revised Edition, London 1935, S. 1 ff., 129 ff.

- [173] Vgl. *Cannan* ; Money, Fourth Edition, London 1923, S. 71 ff.
- [174] Vgl. darüber meine Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, a. a. O., S. 7 ff.
- [175] Geld kann auf dem Transporte sein, kann in Schiffen, Eisenbahnzügen oder Flugzeugen auf dem Weg von einem Ort nach einem anderen sein. Doch es bleibt auch dann stets in der Verfügung irgendwelcher Wirte.
- [176] Vgl. *Carl Menger* , Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien 1871, S. 250 ff.; Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 2. Auflage, Wien 1923, S. 241 ff.; Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften, Leipzig 1883, S. 171 ff.
- [177] Vgl. *Menger*, Untersuchungen, a. a. O., S. 178.
- [178] Von dem Gelde, das nur dem Tauschmitteldienste gewidmet ist und das keine sonstigen Eigenschaften hat, um derentwillen es begehrt werden könnte, wird später unter X. zu sprechen sein.
- [179] Ich habe diese Ableitung der Geldwertgestaltung zuerst 1912 in der ersten Auflage meiner Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel (a.a.O., 2. Aufl., S. 85 ff.) vorgetragen. Gegen meine Auffassung sind von mehreren Seiten Einwendungen erhoben worden. Manche davon, so vor allem die von *B. M. Anderson* in seinem zuerst 1917 veröffentlichten Buche vorgebrachten, müssen eingehend geprüft werden. (vgl. *Anderson*, *The Value of Money*, New York 1936, S. 100 ff.) Die Wichtigkeit des Problems lässt es angezeigt erscheinen, auch die Einwendungen von Ellis (*German Monetary Theory*, 1905/1933, Cambridge 1934, S. 77 ff.) nicht ohne Antwort zu lassen. Im Text werden alle vorgebrachten Kritiken dargelegt und widerlegt.
- [180] Für diesen Vorgang gebraucht man auch die Bezeichnung: Enthörung.
- [181] In den letzten Jahrhunderten war die Resultante freilich meist eine fortschreitende Aufwärtsbewegung der Preise.
- [182] Vgl. darüber meine Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, a. a. O., S. 121 f.
- [183] Vgl. oben S. 241 ff.
- [184] Vgl. weiter unten Abschnitt IX.
- [185] Das steht keineswegs in Widerspruch zu den Feststellungen über die Bedeutung des überkommenen Tauschwertes des Geldes für die Bildung des Tauschwertes (der Kaufkraft) von heute, wie dies irrtümlich von *Greidanus* (*The Value of Money*, London 1932, S. 112) behauptet wird. Die weiteren Ausführungen im Text reichen wohl aus, um das vollkommen klarzustellen. Greidanus irrt auch, wenn er meint, die Gleichsetzung des subjektiven Tauschwertes des Geldes mit dem Grenznutzen der übrigen wirtschaftlichen Güter, die man für Geld kaufen kann, bedeute, dass man «does not assign any services to money», weil man ihm «no value of its own» zuspreche. Dass ein wirtschaftliches Gut über den Bedarf für Gebrauch oder Verbrauch hinaus oder ein für sonstige Gebrauchsoder Verbrauchszwecke ungeeignetes Ding überhaupt nachgefragt, begehrt und somit für wertvoll erachtet wird, ist darauf zurückzuführen, dass man über einen bestimmten Vorrat davon um seines Tauschmitteldienstes willen verfügen will; weil Geld um seines Tauschmitteldienstes willen begehrt wird, erhält es spezifischen (auf dem Gelddienst beruhenden) Wert und Kaufkraft; die subjektive Bedeutung dieser Kaufkraft für den Einzelnen ist dann notwendigerweise gleich dem Grenznutzen der wirtschaftlichen Güter, gegen die man das Geld auf dem Markte umzusetzen vermag. Von der Anweisungstheorie, die Greidanus die Anrecht-Theorie nennt, ist das *toto coelo*

verschieden.

[186] Die Ausdrücke Inflation und Deflation bezeichnen nicht praxeologische Begriffe. Sie sind aus der Vorstellung heraus gebildet worden, dass es «normales» Geld gebe, dem man Neutralität zuschreiben darf. Als Inflation und Deflation wollte man dann das «abnormale», das «schlechte» Geldwesen bezeichnen, bei dem Kaufkraftänderungen von der Geldseite her auftreten. Man kann die Ausdrücke Inflation und Deflation zur Erleichterung der Darstellung in wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftspolitischen Erörterungen ohne Bedenken verwenden, wenn man damit von der Geldseite her wirkende *starke* Veränderungen der Kaufkraft bezeichnen will.

[187] Diesen Versuch hat *Greidanus* (a. a. O. S. 197 ff.) unternommen.

[188] Wird die Ausgabe von Teil- oder Scheidemünzen in engen Grenzen gehalten, dann ist jede Vorkehrung für den Umtausch überflüssig. Der Bedarf des Verkehrs nach Kleingeld sorgt schon für die jederzeitige Umwechslungsmöglichkeit.

[189] Es ist auch ohne Belang, ob die Geldsurrogate vom Gesetz als Zahlungsmittel (legal tender) erklärt wurden. Wenn sie ohnehin als Geldsurrogate angesehen und daher dem Gelde gleich geschätzt werden, hat die Verleihung der Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel nur die Bedeutung, dass sie Chikane im Verkehr unmöglich macht. Sind diese Stücke aber nicht Geldsurrogate, werden sie niedriger bewertet als Geld, dann hat die gesetzliche Zahlkraft die Wirkung einer behördlichen Preistaxe und löst das Spiel des Gresham'schen Gesetzes aus.

[190] Vgl. darüber meine Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, a. a. O. S. 352 ff.

[191] Für die Katallaktik ist der Begriff «normale Kreditausweitung» sinnlos. Jede Kreditausweitung wirkt auf die Gestaltung der Preise, Löhne und Zinssätze und löst den Prozess aus, den zu beschreiben die Aufgabe der Konjunkturtheorie ist.

[192] Auf diesen Umstand hat Vera C. Smith in ihrer verdienstvollen Untersuchung *The Rationale of Central Banking*, (London 1936, S. 157 ff.) nicht genügend Rücksicht genommen.

[193] Vgl. *Cernuschi*, *Contre le billet de banque*, Paris 1866, S. 55.

[194] Die Annahmepflicht zum vollen Nennwert ist für die Geldsurrogate vielfach schon lange vor Einstellung der Einlösung ausgesprochen worden. Solange die Geldsurrogate vom Markte nicht weniger hoch gewertet wurden als das Geld, war die Massnahme bedeutungslos. Sie erhält ihre Tragweite erst durch die Entstehung eines Preisunterschiedes zwischen dem Sachgeld und dem Kreditgeld.

[195] Z. B. täglich rückzahlbare Einlagen, über die nicht durch Scheck verfügt werden kann.

[196] Vgl. die kritische Untersuchung von *Marianne von Herzfeld*, *Die Geschichte als Funktion der Geldbewegung* (Archiv für Sozialwissenschaft, 56. Bd., S. 654-686) und die dort angeführten Schriften.

[197] Vgl. weiter unter S. 498 ff.

[198] Über die Preisprämien vgl. weiter unten S. 493 f.

[199] Vgl. *Gregory*, *The Gold Standard and its Future*, Third Edition, London 1934, S. 22 ff.

[200] Warum man so vorgeht, wird aus den weiteren Ausführungen erhellen.

- [201] Würde die Verlängerung der Nutzdauer nicht mindestens dem Mehraufwand entsprechen, dann würde es zweckmäßiger sein, den Aufwand auf die Herstellung einer größeren Anzahl von Stücken mit kürzerer Nutzdauer zu richten.
- [202] Vgl. *Böhm-Bawerk* , Kapital und Kapitalzins, 3. Aufl., Innsbruck 1917, 2. Abteilung, S. 426.
- [203] Vgl. *Böhm-Bawerk* , a. a. O., S. 453, Anm. 1.
- [204] Vgl. *Böhm-Bawerk* , a. a. O., S. 441.
- [205] Vgl. *Böhm-Bawerk* , a. a. O., S. 443 ff.
- [206] Vgl. *Fetter*, The Principles of Economics, a.a.O., S. 144.
- [207] Vgl. *Cuhel* , Zur Lehre von den Bedürfnissen, Innsbruck 1907, S. 304.
- [208] Damit erweisen sich die von *Knight* (Capital, Time and the Interest Rate, in *Economica*, New Series, Vol. I., S. 271 ff.) vorgebrachten Einwände gegen die Agiotheorie als unstichhaltig.
- [209] Vgl. *Böhm-Bawerk*, Kleinere Abhandlungen über Kapital und Zins (Der Gesammelten Schriften 2. Bd.) her. v. F. X. Weiss, Wien 1926. S. 169.
- [210] Ohne die Geldrechnung könnte man auch nicht den Tatbestand feststellen, ob ein Verfahren, von der erforderlichen Produktionszeit abgesehen, höhere Mengenergiebigkeit verspricht als ein anderes. Denn die Aufwendungen, die Verfahren mit verschiedener Länge der Produktionszeit erfordern, können nur durch die Geldrechnung verglichen werden.
- [211] Daher ist die in der Sprache sehr heftige, doch sachlich unbegründete Kritik, die *Knight* (Capital, Time and the Interest Rate, a.a.O., S. 262) am Böhm- Bawerk'schen Gedankengang übt, zurückzuweisen.
- [212] Vgl. *Jevons* , The Theory of Political Economy, Third Edition, London 1888, S. 223 ff.
- [213] Vgl. *J. B. Clark*, Essentials of Economic Theory, New York 1907, S. 133 ff.
- [214] Auch der öffentliche Haushalt ist in diesem Sinne ein Wirt im Gefüge der Marktwirtschaft.
- [215] Mittelbar erfolgt eine Beeinflussung wie in jedem Fall der Geldwertveränderung durch Verschiebung der Eigentumsverhältnisse.
- [216] Der Einfachheit halber sprechen wir von heutigen (gegenwärtigen) und künftigen Gütern und Bedürfnissen. Genauer müsste man sagen: Befriedigung in näherer und Befriedigung in fernerer Zukunft.
- [217] Vgl. *Hayek*, The Mythology of Capital (*The Quarterly Journal of Economics*, Vol. I, 1936), S. 223 f.
- [218] Vgl. *Schumpeter*, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 2. Auflage, München 1926, S. 78
- [219] Vgl. *Robbins*, On a Certain Ambiguity in the Conception of Stationary Equilibrium (*The Economic Journal* , Vol. XL, 1930) S. 211 ff.

- [220] Vgl. *Whately*, Elements of Logic, Ninth Edition, London 1848, S. 354 ff.; *Cannan*, A History of the Theories of Production and Distribution in English Political Economy from 1776 to 1848, Third Edition, London 1924, S. 189 ff.
- [221] Maßnahmen, die die Schuldverträge zu Gunsten der Gläubiger abändern, sind nie ins Werk gesetzt worden, weil die öffentliche Meinung immer und überall die Partei der Schuldner gegen die Gläubiger ergriffen hat. Nirgends tritt das Ressentiment gegen Besitz und erworbene Rechte deutlicher zutage als in dem altüberlieferten Brauche, den armen bedauernswerten Schuldner dem hartherzigen reichen Gläubiger gegenüberzustellen. Selbst Leute, da die Gläubiger in den breiten Massen als Sparkasseneinleger, Inhaber von Schuldverschreibungen und Versicherungsnehmer zu finden sind und die Schuldner der Großindustrie und dem Grundbesitz angehören, ist diese Vorstellung nicht überwunden, und die Sympathie des Gesetzgebers betätigt sich zu Gunsten der Schuldner wie in den Tagen Solons und der römischen Schuldgesetze. Dem Risiko des Gläubigers, durch Änderungen der Gesetzgebung benachteiligt zu werden, steht mithin keine entsprechende Gewinnchance gegenüber.
- [222] Der Unterschied zwischen diesem Fall (Fall *b*) und der oben (auf S. 478) besprochenen Lage der Erwartung unmittelbar bevorstehenden Weltuntergangs (Fall *a*) liegt darin, dass im Fall *a* der Urzins selbst über alles Maß wächst, weil künftige Güter jeden Wert verlieren, im Fall *b* aber der Urzins unverändert bleibt und nur die Risikoprämie über alles Maß hinauswächst.
- [223] Vgl. *Irvin gFisher*, The Rate of Interest, New York 1907, S. 77 ff.
- [224] Vgl. *Vito*, Risparmio Forzato e Cicli Economici (in Cicli Economici, Contributi dell'Istituto di Scienze Economiche, Università Cattolica del Sacro Cuore, Milano 1937), S. 34 ff.
- [225] Diesem Grenzfall entspricht die Lage der Dinge bei Kreditausweitung.
- [226] Man hat nicht etwa «umlaufendes» Kapital in «fixes» Kapital verwandelt. Der einzelne Unternehmer mag sich sagen: Hätte ich das Geld, das ich zur Erweiterung meiner Fabrik ausgegeben habe, noch zur freien Verfügung, dann wäre ich in besserer Lage; ich müsste nicht neuen Kredit in Anspruch nehmen, um den Betrieb fortzuführen. Doch die Rohstoffe, Halbfabrikate und Lebensmittel fehlen nicht auf dem Marke; die Krise ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie in einem Umfange angeboten werden, der Absatz nur zu sinkenden Preisen ermöglicht.
- [227] Über den Anstoß zur Wendung in der Bankpolitik vgl. S. 696.
- [228] Dass die Restriktion in der Geschichte niemals die Rolle gespielt hat, die die Kreditausweitung im 19. und 20. Jahrhundert gespielt hat, ist der allgemeinen Unpopularität des Preisfalls und der allgemeinen Popularität aller Bestrebungen zur Senkung des Darlehenszinses zuzuschreiben.
- [229] In den großen Inflationen der Nachkriegszeit kam für den Anpassungsprozess, der durch die Einstellung der weiteren Ausgabe zusätzlichen Geldes ausgelöst wurde, der Ausdruck *Stabilisierungskrise* auf.
- [230] Vgl. *Röpke*, Crises and Cycles, London 1936, S. 119 ff.
- [231] Vgl. *Jenny Griziotti Kretschmann*, Il Problema del Trend Secolare nelle Fluttuazioni dei Prezzi, Pavia 1935, S. 5 ff.

- [232] Auch im Gleichgewichtszustand können Anlagen bestehen, die nicht oder nicht vollständig ausgenutzt werden. Sie stören den Gleichgewichtsstand ebensowenig wie das Brachliegen des extramarginalen Bodens.
- [233] Zu dem gleichen Schluss gelangt, wenn auch auf Grund eines anderen Gedankenganges, *Hayek*, Preise und Produktion, Wien 1931, S. 94 ff.
- [234] Vgl. *Haberler*, Prosperity and Depression, New Edition, (League of Nations Publications, 1939, II. A. 4), S. 89 ff.
- [235] Man beachte, dass die Sprache mit Spekulation sowohl die Überlegungen und die auf ihnen beruhenden Handlungen der Unternehmer als auch die das theoretische Feld nicht überschreitenden Überlegungen der Denker bezeichnet.
- [236] *Haberler* nennt diese Lehren: Non-monetary Over-investment Theories. Vgl. a.a.O., S. 72 ff. — Darüber, dass das Wesen des Aufschwungs nicht Überinvestition, sondern Investition am unrechten Ort ist, vgl. oben S. 510 f.
- [237] Das Erkennen sucht kein Ziel, das außerhalb und jenseits des Aktes des Erkennens liegt; nicht die — menschlichem Denken nie erreichbare — Erkenntnis, sondern das Erkennen, das Denken, befriedigt.
- [238] Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises darauf, dass die Einreihung des Strebens nach reiner Bildung und des Strebens nach gottgefälligem Leben in eine Kategorie, der auch Sport und Spiel zugerechnet werden, keine abfällige Beurteilung enthält.
- [239] Vgl. *Engels*, Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, 7. Auflage, Stuttgart 1910, S. 317.
- [240] Vgl. oben S. 103 ff.
- [241] Vgl. *Adam Smith*, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Book I, Chapter VIII. (Ausgabe Basel 1791, I. Bd., S. 100.) Adam Smith hat jedoch an diesem Gedanken nicht festgehalten. Vgl. *Hutt*, The Theory of Collective Bargaining, London 1930, S. 24 f.
- [242] Vgl. oben S. 341 ff.
- [243] Die Notlage weiter Schichten in Asien und in Sowjetrussland ist institutionell bedingt; diese Not würde verschwinden, wenn die Behinderung des Marktmechanismus aufhören würde.
- [244] Vgl. *Marx*, Das Kapital, I. Bd., 7. Auflage, Hamburg 1914, S. 133.
- [245] Vgl. *Marx* ebendort S. 134.
- [246] Von den Kosten der Umschulung sehen wir zunächst ab. Darüber vgl. weiter unten S. 564.
- [247] Die übrigen Schwankungen der Leistungsgröße, insbesondere die geringere Leistung unmittelbar nach Wiederaufnahme der durch eine Pause unterbrochenen Arbeit spielen für den Markt kaum eine Rolle.
- [248] Auf die Gestaltung der Lohnprämie können auch politische Verhältnisse (z. B. Unduldsamkeit) einen besonders starken Einfluss nehmen.

SACHREGISTER ↩

- Absatzfähigkeit 360 ff., 419 f.
Abwertung 685 ff.
Accelerationstheorie 530 f.
Agrarsozialismus 701 f.
Ammosen 233, 260 f.
Alternativwahrung 681
Anarchismus 199 ff.
Angebot 291
Anleihen, öffentliche 214 ff., 491
Antike Kultur, ihr Untergang 677 ff.
a priori 16, 41, 185, 718 f.
Arbeit 99 ff., 532 ff.
Arbeit der Sklaven 568 ff.
Arbeit der Tiere 568 f.
Arbeiterschutzgesetze, Wirkung der 560 ff.
Arbeit, Knappheit der 544
Arbeitsfreude 534 ff.
Arbeitsgenuss 108 f.
Arbeitsleid 41 f., 100 ff., 112, 532 ff., 537 f., 556 ff.
Arbeitslohn 540 ff.
Arbeitslosigkeit 107
Arbeitslosigkeit, irreguläre 548, 561, 676 f., 685, 720 f. Arbeitslosigkeit, marktmassige 546 ff.
Arbeitslosigkeit, «technologische » 107, 676 f., 720 f.
Arbeitsmarkt 565 ff.
Arbeitsqual 534 ff.
Arbeitsteilung 112, 125 ff.
Arbeitsteilung, Internationale 625 ff.
Auslese 271 ff.
Ausreifungszeit 434
Aussenarbeit 533 f.
Aussenhandel 280 ff., 607 f.
Autarkie 281 ff., 730 ff.
Bahnbrecher 109 ff.
Bankfreiheit 401 ff., 404 ff.
Banking-Theorie 400 f., 519 ff.
Banknoten, Einlösung der 399 f., 691 f.
Bedürfnis 71 f., 88 f.

Befriedung 622 ff.
Begreifen 51 ff.
Begriff, praxeologischer 56 ff.
Behaviourismus 27
Berufsprämie 568
Besteuerung, Ziele der 660 ff.
Bevölkerungs-Gesetz, Malthus'sches 98, 609 ff.
Bevölkerung-Optimum 608
Bewertung 289
Bodenpreise 477, 583 f.
Bodenwirtschaft 577 ff.
Bruttozins 490
Clearingverträge 432 f., 699
Currency-Theorie 398, 400 f., 402 f., 518 ff.
Darlehensmarkt 477, 496 ff.
Datum 585 ff.
Deflation 389 Anm.
Deflationspolitik 515 ff., 682 f.
Demokratie 152 f.
Demokratie des Marktes 260, 275 f., 336, 343 ff.
Devisenbewirtschaftung 697 ff.
Devisenkurse 412 ff.
Devisenmangel 697 ff.
Diktatur 152 f.
Diskontpolitik 418
Diskriminationspreise 346 ff.
Doppelwahrung 429 f., 681
Duopol 324
Dynamik 239 f., 244, 318
Eigennutz 232, 704 f.
Eingriffe 647 ff., 722
Einkommen 353, 445, 475 f.
Einreserve-System 422 f.
Erbrecht, seine Beschränkung 703
Erfahrung 16 ff., 20 ff., 41, 717 ff.
Erfahrung, innere 17 ff.
Ersatzstoffe 733 ff.
Ertrag 95 ff., 306 ff.
Ethik und Wirtschaft 749 f.
Eudämonismus 68 f.

[753]

Existenzminimum 551 ff., 609

external costs 599 ff.
external drain 400 f., 418, 519, 689 f.
external economies 599 ff., 619
Experiment 44 f., 228
Flucht in die Sachwerte 383 f., 396
Fortschritt 178 ff., 522 f.
Freiheit und Zwang 572, 617 f.
Freizeit, Gestaltung der 594
Fremdbegreifen 23 ff.
Frieden 624 ff., 723 f., 730, 738 f.
Führerprinzip 123, 708 ff.
Funktionell gegliederte Marktwirtschaft 245 ff.
Geburtenregelung 610 ff.
Gedankenbilder 227 ff.
Gegebene, das 586 f.
Geist 113 f.
Geistiges Eigentum 604 f., 619 f.
Geld 356 ff., 361 ff.
Geldbedarf 360 ff.
Geldmarkt 362, 496 f.
Geldpolitik 382 f.
Geldrechnung 197 ff., 217 ff., 252 f., 383 ff., 450 ff.
Geldsurrogate 392
Geldstand 361
Geld, seine Triebkraft 376 ff., 494 f.
Geld, sein Ursprung 360 ff.
Geldvorrat 360 ff.
Geldvorrat im engeren Sinn 408
Geldvorrat im weiteren Sinn 408
Geldzertifikate 392
Gemeinschaft 136 ff.
Gemeinwirtschaft 632 ff.
Geschichte 39, 42 ff.
Gesellschaft 115 ff., 180 ff.
Gewalt 167 f., 182 f., 589 ff.
Gewohnheit 36
Gildensozialismus 711 ff.
Gleichgewicht 238 ff.
Gleichmassige Wirtschaft 238 ff., 286
Goldwahrung 420 ff., 681, 692, 695
Grenznutzen 86 ff.
Greshamsches Gesetz 394 Anm., 409, 429 f., 669, 680, 697

Güter 66 ff.
Handeln 11 ff., 37 ff., 40 ff.
Harmonie der Interessen 230, 276, 614 ff.
Hedonismus 68 f.
Heereskrieg 725 ff.
Herrschaft 167 ff., 171 f.
Herrschaftlicher Verband 182 ff.
Historismus 4
homo oeconomicus 58 f., 231
hot money 422 f., 690 f.
Hortung 362
Ideelle, das 226 f., 742 ff.
Ideologie 4, 147 ff., 166 ff., 588 ff.
Ideologienlehre, Marxistische 155 ff.
Individualismus 31 f.
Individuum 47
Inflation 389 Anm.
Inflationismus 689
Inflationistische Geschichtsauffassung 423 ff., 499, 520 f.
Innenarbeit 532 ff.
Instinkt 29 f.
Institutionen 588
Interessenkonflikte 624 ff.
Interventionismus 646 ff., 720 ff.
Irrational 14 £, 82 f., 741 f.
Irrationalismus 5
Irrtum 594 ff.
Kapital 253 ff., 445 f.
Kapitalaufzehrung 451 f., 470, 483,
499 Kapitalbildung 451, 468 f.
Kapitalersatz 467, 579
Kapitalfehlleitung 480
Kapital, freies und gebundenes 459 ff.
Kapitalgüter 255, 449 ff.
Kapitalismus 219, 255 ff., 624 ff.
Kapitalist 245 ff.
Kapitalmangel 455 ff.
Kapitalmarkt 496 f.
Kapitalrechnung 253 ff., 450 ff., 467
Kassenhaltung 361 ff., 387 ff., 390 ff., 406 ff., 524 f.
Katallaktik 3, 224 ff., 284
Katastrophenhausse 388, 396, 495, 512

Kaufkraft des Geldes 209 ff., 212, 368 ff., 379 ff., 386 ff.
 Kaufkraftparitätentheorie 415
 Kaufkrafttheorie des Lohnes 676 f.
 Kausalität 22 f., 26 f.
 Knappheit 66, 479 f.
 Konfiskation 700 ff.
 Konjunkturabstieg 513 f., 517 f., 523 f.
 Konjunkturaufschwung 503, 521 f.
 Konjunktur, lange Wellen der 520
 Konjunkturtheorien, nichtmonetäre 504, 529 ff., 693 f.
 Konjunktur, Umschlagen der 512, 696
 Konjunkturwechsel 404
[754]
 Konjunkturwechsel, Zirkulationskredittheorie des 504, 518 ff., 529 f., 693 ff.
 Konsequenz 82 f.
 Konsumentenpolitik 273 ff.
 Konvention 20
 Korporativismus 705 ff.
 Kosten 75, 301 ff.
 Kosten, Gesetz der komparativen 129 ff.
 Kreditausweitung 393 f., 506, 516, 520, 692 ff.
 Kreditgeld 382, 389
 Kreditkontrolle, qualitative 695 f.
 Kredit, Verbilligung des 401 f.
 Krieg 139 f., 624 f.
 Krieg, der totale 725 ff.
 Kriegsgewinne 729 f.
 Kriegssozialismus 728 ff.
 Kriegswirtschaft 723 ff.
 Kundschaft 337 ff.
 Leben und Wissenschaft 740 ff.
 Lenkbarkeit der Kapitalgüter 459 ff.
 Liberalismus 229, 624, 748
 Lohnbildung 548 ff.
 Lohngesetz, ehernes 552 f., 569, 609
 Lohnprämie 567
 long run 597 ff., 615, 621, 719
 Macht 166 f., 588 ff.
 Markt 251
 Marktpreis 237, 287 f., 290 f.
 Marktwirtschaft 228 ff., 232, 250 ff.
 Marktwirtschaft, sozialistische Kritik der 616 ff.

Marktzins 489, 496
Marxismus 4, 155 ff.
Materielle, das 113, 226 f., 742 ff.
Mathematische Nationalökonomie 312 ff., 335 f., 358 ff., 641 ff.
Mehrergiebigkeit zeitraubender Verfahren 436, 477, 478 ff.
Methodenstreit 4
Mindestlohne 676
Mittel 66
Mobilmachung, totale 727 ff.
Monopol 262 ff.
Monopol der Arbeit 334 f.
Monopolpreise 260, 262 ff., 319 ff., 338, 343 ff., 619 ff.
Monopolpreise und Kostengestaltung 331 f.
Monopolpreise und Preistaxen 675
Monopol, unvollständiges 323 f.
Mordtrieb 141 ff.
Motive 225
Nachfrage 291
Nachfragemonopol 341 ff.
Nachfragemonopol der Arbeit 542 ff.
Nationalismus 153 f.
Nationalökonomie, Gegenstand der 224 ff.
Nationalökonomie, Klassische 58 f., 230 f., 352
Naturaltausch-Fiktion 189 f.
Neutralist des Geldes 190 f., 242, 357 ff., 375 ff., 492 f., 505, 529
Neutrallohn 567
Neutralzins 488 f.
Nutzdauer 435
Nutzen 86
Objektivität der Wissensehaft vom Handeln 16
Obrigkeit 646 ff.
Oligopol 324
open market policy 419
Ortsprämie 567 f.
Parallelwährung 428
Paritäten 412 ff.
Paritäten, bewegliche 688 ff.
Parteien, politische 150 ff.
Physikalismus 21, 24 ff., 45 f., 60
Politik und Nationalökonomie 743 ff.
Politik, Primat der 625
Polylogismus 4 ff., 155 ff.

Positivismus 4, 24 t, 44 ff., 60
Praxeologie 3, 40 ff.
Preis 75, 283 ff.
Preisbildung 283 ff., 350 ff.
Preis, endlicher 237, 288
Preise der Produktionsmittel 291 ff
Preise der Vergangenheit 198 ff., 287 f.
Preise, Zusammenhang und Verbundenheit 350 ff.
Preisniveau 357 f., 359 f., 373
Preisprämie 492 ff., 501 f.
Preisrevolution 373
Preisstatistik 287 ff.
Preistaxen 672 ff.
Preisunterschiede 286 1
Privilegien 172, 605, 665 f.
Produktion 111 ff.
Produktionsmittel 67
Produktionsmittel, Preise der 291 ff.
Produktionszeit 435, 449 ff., 452 ff.

[755]

Produktivität 230, 235
Produktivitätstheorien 478 ff.
Produzentenpolitik 273 ff., 665 f.
Profit 486
Psychoanalyse 12
Psychologie 12, 88 f.
Quantitätstheorie 364 f., 372 f.
Quantitative Nationalökonomie 50 f., 62 f., 750
Rassenanthropologischer Polylogismus 5, 157 ff.
Rassenbiologische Gesellschaftslehre 175 ff.
Rassenhass 138 f.
Realkapital 253 ff.
Reaktionszeit 597 ff.
Rechnen im Handeln 185 ff.
Recht 185, 622
Redeflationspolitik 524 f., 686
Relativismus 172 ff.
Rentabilität und Kriegswirtschaft 735
Renten 574 ff.
Rente, absolute und Höchspreise 674 f.
Restriktion 516 ff.
Rezepte 96, 113, 326, 604 f.

Risikokomponente im Bruttozins 489 ff.
Rohstoffmangel 731, 736
Romantik 219 f.
Rückwälzung von Grundsteuern 583
Ruhezustand, endlicher 237
Ruhezustand, einfacher 235 ff., 285, 672
Sachgeld 382, 389
Sachkredit 393
Scheingewinne und Scheinverluste 385,
499 Schuldenabbürdung 682 ff.
short run 597 ff., 621, 719
Sinn 44
Sittengesetz und Wirtschaft 649 ff.
Sondereigentum 599 ff., 621 ff.
Sozialismus 153, 182 ff., 194 f., 230 1, 251 f.
Sozialismus, Herkunft des 230 f., 628 ff.
Sozialistische Kritik der Marktwirtschaft 616 f.
Sozialkapital 471 f.
Sparen 449, 468, 472 ff., 476 f., 481 ff.
Sparen, einfaches und kapitalistisches 481 ff.
Sparen, erzwungenes 498 ff., 506, 513, 522
Sparen und Investieren 472 ff.
Spekulation 201, 249 f., 531
Spiel 533
Staatsanleihen 216 f.
Stabilisierung 208 ff.
Ständestaat 705 ff.
Standort 582 f.
Statik 238 ff., 244
Statische Methode 239, 244
Stationäre Wirtschaft 243 f., 249 f.
Steuer, die neutrale 657 ff.
Steuer, die totale 659 f.
Subjektivismus 16, 172 ff.
Subjektivismus der Wissenschaft vom Handeln 15, 73
Subsistenzmittelfonds 448
Syndikalismus 715 ff.
Tatsachen, ihre Beweiskraft 717 ff.
Tausch 75, 180 ff.
Tauschgesellschaft 180 ff.
Tausch, indirekter 356 ff.
Tausch, innerer und gesellschaftlicher 180

Tauschmittel 356, 360 f.
 Tauschmittel, sekundäre 419 ff.
 Tautologie 19
 Technokraten 464, 593
 Teilbarkeit, beschränkte 302 ff.
 Teleologie 26 ff.
 Termingeschäft 249 f.
 Theorie 42 ff.
 Trieb 69 ff.
 Typus (Idealtypus) 56 ff., 245 ff.
 Überinvestition 509 ff., 525, 531 ff.
 Übervölkerung, relative 568
 Umlaufgeschwindigkeit des Geldes 358 f., 361
 Umlaufmittel 393, 692 f.
 Umlaufmittel, Grenzen der Ausgabe von 394 ff.
 Unbefriedigtsein 30
 Unbewusstes Verhalten 11 f.
 Ungewissheit der Zukunft 201 f., 245 1, 265 ff., 297, 637 f.
 Ungleichheit der Menschen 125 ff., 161 ff., 248 f.
 Universalismus 32 f., 35
 Unrentabilität 602 ff.
 Unterkonsumtionstheorien 676 f.

[756]

Unternehmer 57, 245 ff., 258 ff.
 Unternehmergewinn und -Verlust 240, 265 ff., 486 f., 606 f.
 Unternehmerlohn 486
 Unternehmerrisiko des Arbeiters 247 f., 563 ff.
 Unternehmerrisiko des Kapitalisten und des Grundeigentümers 246 f., 271 f., 490 ff.
 Urzins 474 ff., 483, 578 f.
 Utilitarismus 68 f.
 Verbraucher 258 ff., 273 ff.
 Verbrauchslenkung durch die Obrigkeit 654 ff.
 Vergesellschaftungsgesetz 126 ff.
 Verifikation 21, 45
 Verkehrsgleichung 358 f.
 Vernunft 14, 145 ff., 741
 Versicherung 267 f.
 Verstehen 52 ff., 157
 Verteilung 532, 700
 Volksvermögen 204 f.
 Volkswirtschaft 280 ff.
 Voraussage 61 f., 587 f., 750 f.

Voraussetzungslosigkeit der Nationalökonomie 747 ff.
Vorsorgezeit 435 f., 452 ff., 458 f., 487
Vorziehen 13
Wahlen 13
Wahrungsausgleichsfonds 692
Wahrungspolitik 679 ff.
Wanderungsbeschränkungen 624 f.
Wartezeit 436 ff., 452 ff.
Weltanschauung 147 ff.
Werbekosten 280
Werbung 277 ff.
Werkzeit 434
Wertfreiheit der Wissenschaft 8, 14 ff., 740 ff.
Wertmessung 87 f., 191 ff., 206 ff.
Wertung 289
Werturteile 53
Wettbewerb 261 ff.
Wettbewerb, monopolistischer 322 f., 328 ff., 339 ff.
Wettbewerbspreis 263, 320
Wettbewerb, unvollständiger 322 f., 328 ff., 339 ff.
Wichtigkeit 84 f.
Wirklichkeit 19, 20 ff., 585 f.
Wirt, isolierter 234
Wirtschaft, einfache 234 f.
Wirtschaft, gleichmässige 238 ff., 286
Wirtschaftliche, das ... im engeren Sinn 226
Wirtschaftliche Kriegsursachen 621 ff.
Wirtschaftsgeschichte 49 ff.
Wirtschaftsrechnung 195 ff.
Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen 194 f., 634 ff.
Wirtschaftsstatistik 50 f., 312 ff.
Wissenssoziologie 4, 155 ff., 195
Zahlungsbilanzen 409 ff.
Zeichengeld 382, 390
Zeit 76 ff., 237 ff., 318, 434 ff., 578 ff.
Zins 474 ff.
Zinsfussarbitrage 417 ff., 691
Zinshöhe, Beschränkung der 704 f.
Zirkulationskredit 393
Zölle 664 f.
Zurechnung 293 ff., 312 ff., 574 ff.
Zwangsarbeit 568 ff., 572, 721

